

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Sonderband

Zur Wirtschafts-
und
Sozialgeschichte Berlins
vom
17. Jahrhundert
bis zur
Gegenwart

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE



Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

**Verantwortlich für die Zusammenstellung
und wissenschaftliche Redaktion**
Karin Lehmann

**AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE**

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Ingrid Thümmler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky, Reinhard Schumacher

Jahrbuch für Sonderband
**WIRTSCHAFTS
GESCHICHTE**

Zur Wirtschafts-
und
Sozialgeschichte Berlins
vom
17. Jahrhundert
bis zur
Gegenwart

Berlin
BD 264 EUR
268





261390

Dieser Titel wurde vom Originalmanuskript des Autors reproduziert

ISSN 0075-2800

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1986

Lizenznummer: 202 · 100/51/86

P 3/86

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 1. 12. 1984

LSV 0305

Bestellnummer: 754 620 3 (2103/86/S)

01800

Inhalt

- Helga Schultz Sozialstruktur und Lebensweise
Berliner Lohnarbeiter im 18. Jh. BD 956
933 7
- Horst Mauter Zur Geschichte der Berliner
Fayencemanufakturen von 1678
bis etwa 1779 BD 5
29
- Lothar Baar Berlin in der industriellen Revo-
lution. Zu Anstoß und Anlauf,
Durchsetzung und Abschluß BD 557
67
- Gerhard Narweleit Zur Umweltproblematik in der
Stadt Berlin während der Indu-
striellen Revolution (1800 - 1870) BD 22
85
- Renate Scholze Zu einigen Problemen der Entwick-
lung der Elektrizitätsversorgung
Berlins von den Anfängen bis 1945 BD 45
109
- Dieter Baudis Vom "Schweinemord" zum "Kohlrü-
benwinter". Streiflichter zur Ent-
wicklung der Lebensverhältnisse in
Berlin im ersten Weltkrieg (August
1914 bis Frühjahr 1917) BD 20
129
- Heinz Habedank Zur Entwicklung der Löhne der Me-
tallarbeiter in der Berliner Elektro-
industrie (1924 - 1936) BD 22
52
159
- Lotte Zumpe Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit
in Berlin 1932 bis 1935 und die Maß-
nahmen zu ihrer Verringerung. (Vom
"Papen-Plan" bis zum "Göring-Plan") BD 90
169
- Jörg Roesler Wiederaufbau des Kabelwerkes Ober-
spreewitz (KWO). Die Wirtschaftsentwick-
lung eines Berliner Großbetriebes in
der Nachkriegszeit (1945/50) BD 52
209

Waltraud Falk

BD 208

Der Berliner und seine Initiativen.
Zur Geschichte der Aktivistinnen- und
Wettbewerbsbewegung und zu ihrer
aktuellen Bedeutung

263

Renate Schwärzel

BD 450

1131

Vom Berliner Glühlampenwerk zum
Kombinat VEB NARVA. Ein Berliner
Großbetrieb als Zentrum der Kombi-
natsbildung in der Lichtquellenindu-
strie im Jahre 1969

283

Frank Zschaler

BD 994

Zu einigen Besonderheiten bei der
Gründung einer wirtschaftswissen-
schaftlichen Fakultät an der Berliner
Universität

305

Autorenverzeichnis

317

Sozialstruktur und Lebensweise Berliner Lohnarbeiter
im 18. Jh.⁺

von Helga Schultz

Die Vor- und Frühgeschichte des deutschen Proletariats während der Manufakturperiode liegt noch weitgehend im dunkeln. Jürgen Kuczynski hat in seiner 40bändigen Darstellung¹ auch für die Erforschung des Konstituierungsprozesses des Proletariats den Grund gelegt und weitere Forschungen angeregt, die im letzten Jahrzehnt vor allem durch die theoretischen und empirischen Arbeiten von Hartmut Zwahr² geprägt sind. Dieser vielschichtige Konstituierungsprozeß der Klasse war mit der industriellen Revolution verbunden, er leitet aber auch unser Interesse für die Vor- und Frühgeschichte des Proletariats.

Unter marxistischen Historikern ist vor allem die Frage in der Diskussion, ob und in welchem Maße es Kontinuitätslinien von den Lohnarbeitern des ausgehenden Feudalismus zum Proletariat des reifen Kapitalismus gab. Wenn wir uns unter diesem Gesichtspunkt den Berliner Lohnarbeitern des 18. Jh. zuwenden, so müssen wir im Auge behalten, daß die Verhältnisse in der zweitgrößten Manufaktur- und Gewerbestadt des Reiches keineswegs repräsentativ für die Situation in den deutschen Territorien waren, sondern eine besonders ausgeprägte manufakturkapitalistische Entwicklung zur Grundlage hatten. Zur Geschichte der Berliner Manufakturen und ihrer Arbeiter hat Horst Krüger ein reiches Material vorgelegt, das auch heute noch Basis und Ausgangspunkt jeder weitergehenden Untersuchung ist.³

Im folgenden können zur Lebensweise der Berliner Lohnarbeiter Zwischenergebnisse eines größeren Forschungsprojekts unterbreitet werden. In die quantitative Auswertung ist bisher der größere Teil der Beerdigungsregister des St. Georgen-Kirchspiels in der Königstadt einbezogen, h. d. annähernd 30 000 Eintragungen des Zeitraums 1710/1800.⁴

Grundtatsachen des Lebens der arbeitenden Menschen im alten Berlin waren Armut, Krankheit und früher Tod. Dies verdeutlicht Abb. 1. Eine Gegenüberstellung der Zahl der Einwohner und der Armen (d. h. der von der Armenkasse unterstützten Personen) zeigt, daß zwischen 1665 und 1800 die Einwohnerzahl etwa auf das 15fache, die Zahl der Armen aber auf das 70fache stieg und somit mehr als ein Zehntel der Bevölkerung umfaßte. Dabei treten deutlich 2 Phasen hervor: Bis etwa zur Mitte des 18. Jh. nahmen die Bewohner insgesamt rascher zu als die Armen. Die Einwandererpolitik der Hohenzollern stand offenbar im Einklang mit der Prosperität des Berliner Wirtschaftslebens. Dann aber begann die Zahl der Armen überproportional zu wachsen, so daß mit Beginn der 90er Jahre ein Gipfel erreicht wurde.

Der Umschlag erfolgte gewiß im Zusammenhang mit dem Siebenjährigen Krieg, der eine zeitweise Stagnation der Bevölkerungszahl und zugleich eine Verelendung mit sich brachte. Der Krieg war ein unheilvoller Einschnitt in die Stadtgeschichte. Die Stagnation der Einwohnerzahl ist nicht nur, vielleicht nicht einmal vor allem darauf zurückzuführen, daß in diesen Zeiten Zuwanderer ausblieben. Sie muß ursächlich mit der Verelendung verknüpft gewesen sein, denn es ist eine Erhöhung der ohnehin extremen Sterblichkeit bei großen Teilen der Bevölkerung festzustellen.

So starben im Zeitraum 1740/69 von den Lohnarbeiterkindern 58,1 % vor Vollendung des 4. Lebensjahres. Davor und danach lag dieser Anteil im Durchschnitt von jeweils 30 Jahren um 2,5 % niedriger.⁵ Auch die Lebenserwartung der Erwachsenen sank während der Kriegezeiten, besonders natürlich bei den Soldaten, aber auch bei den Tagelöhnern (s. Abb. 5). Die natürliche Reproduktion der Berliner Lohnarbeiter war also in der Zeit der Schlesischen Kriege noch weniger gewährleistet als es ohnehin unter manufakturkapitalistischen Bedingungen der Fall war. Teuerung, Krankheiten und unmittelbare Kriegseinwirkungen trafen die Lohnarbeiterschichten am schwersten, drückten aber auch andere Werktätige. Im Jahre 1761 fand eine Brotverteilung an hungernde Berliner statt, zu der sich mehr als 30 000 Menschen einfanden, d. h. fast ein Drittel der Einwohner!⁶

Unübersehbar war aber schon für die zeitgenössischen Beobachter der Zusammenhang zwischen der Ausbreitung der Armut und dem Anwachsen der Manufakturen. So stellte 1786 der Chef der Armendirektion, Oberkonsistorialpräsident von der Hagen, in einem großen Memorandum fest:

"Endlich hat die hiesige Stadt bekanntermaßen viele Fabriken, und besonders die Woll- und Seidenstuhlarbeiter sind größtenteils arme Leute, welche wöchentlich soviel verdienen müssen als sie gebrauchen. Im Falle sie krank werden, oder es an Arbeit fehlt, fallen sie den Armenanstalten zur Last."⁷ Das wachsende Gewicht der Manufakturarbeiter geben Abb. 2 und Tab. 1 wieder. Nach der Mitte des Jh. wurden sie zur dominierenden Schicht der Lohnarbeiter.

Die fortschreitende Verarmung während des 18. Jh. war demnach zumindest in Berlin ein Charakteristikum der Manufakturperiode. Diese Armut betraf nicht Randgruppen der Gesellschaft, nicht deklassierte Elemente, sondern große Teile der Werktätigen, vor allem der Lohnarbeiter. Ihre Ausdehnung korrespondiert mit den von Horst Krüger errechneten tendenziell sinkenden Reallöhnen.⁸

Der Zusammenhang von Armut und Lohnarbeit, speziell Manufakturarbeit, wird auch durch die Daten der Lebenserwartung unterstrichen, die die Sterberegister liefern. Die Lebenserwartung bei der Geburt wurde errechnet als arithmetisches Mittel aller Sterbealter. Dieses Verfahren ist problematisch, da wir in Berlin ganz und gar keine geschlossene Bevölkerung haben, liefert aber eher zu hohe Werte, da die Zuwanderung überwiegend Erwachsene betraf.⁹

Die Lebenserwartung betrug für die Lohnarbeiter nur 19,3 Jahre, für die Beamten und die Intelligenz, die in dieser Hinsicht an der Spitze der Gesellschaft standen, hingegen 33,2 Jahre. Sie war also in hohem Maße durch die Klassen- und Schichtzugehörigkeit determiniert, Ausdruck der Lebensbedingungen und der Lebensweise. Die Manufakturarbeiter hatten gar nur

eine durchschnittliche Lebenserwartung von 17,4 Jahren.¹⁰ Dies entspricht ziemlich genau den sozialen Unterschieden der Lebenserwartung in Genf im 17. Jh., der einzigen Großstadt im mitteleuropäischen Raum dieser Epoche, für die diese Frage bisher quantitativ untersucht ist.¹¹

Für die Ursachen dieser hohen Sterblichkeit gibt die Verteilung der Todesursachen Anhaltspunkte, trotz der Problematik ihrer rein symptomatischen, überwiegend durch Laien vorgenommenen Bestimmung.¹² Darüber gibt Abb. 3 Auskunft. Drei Viertel aller Todesursachen bildeten die 10 häufigsten Krankheiten. Am "Jammer" (Krämpfen) und den "Zähnen" starben die Kleinkinder massenweise dahin, viel häufiger als an den Pocken. Erstaunlich gering, aber durch die Daten anderer Städte bestätigt, erscheint die Kindbettsterblichkeit. Sehr hoch war die Zahl der Todesfälle infolge Auszehrung/Schwindsucht und Brustkrankheit. Es läßt sich unschwer zeigen, daß diese Krankheiten größtenteils nicht naturgegeben in dem medizinischen und hygienischen Standard der Zeit wurzelten, sondern in erheblichem Maße sozial bedingt waren.

Betrachten wir die Todesursachen der Lohnarbeiter in ihrer Entwicklung während des 18. Jh., die in Abb. 4 und Tab. 2 dargestellt ist. Unverändert - weil schwer beeinflussbar - war der Anteil der an Schlagfluß und Geschwulst Gestorbenen. Aber auch die Infektionskrankheiten Pocken, Ruhr und Hitziges Fieber (Influenza?) gingen nicht zurück. Der Anteil der Pockentoten war sogar leicht erhöht, obwohl in Berlin im letzten Drittel des Jh. die Pockenimpfung langsam durchdrang.¹³ Geschützt wurden aber vornehmlich die Kinder der Gebildeten und Begüterten. Von 1786 bis 1795 grassierten 6 Blatternepidemien in Berlin. Zahlreiche Opfer forderte in den kalten Wintern, die sich vor allem bis zum Ende der "kleinen Eiszeit" 1785 häuften, das Hitzige Fieber unter den Lohnarbeitern.¹⁴ Das Brennholz war angesichts horrend steigender Preise nach Nahrung und Miete zum Hauptproblem für die ärmeren Berliner geworden, so daß Kinder und Erwachsene ständig froren und sogar erfroren. Schon 1766 erwog die Armendirektion die Einrichtung von Wärmehallen, verwarf den Plan aber wegen des zu erwartenden großen Andrangs und der hohen Kosten.¹⁵

Die auffälligste Tendenz ist die Zunahme der Todesfälle infolge von Auszehrung/Schwindsucht und Brustkrankheit. Diese Krankheitsgruppe wurde geradezu zur typischen Todesursache der Lohnarbeiter, vor allem der Arbeiter in den dezentralisierten Manufakturen und der Handwerksgesellen. Die angespannte 13- bis 15stündige Arbeit in engen Räumen, die zugleich Wohnstatt waren, begünstigte die Ausbreitung dieser Krankheiten. Der Berliner Arzt Formey schreibt dazu: Kleine Wohnungen "werden immer seltener und teurer, und der Arme findet kaum ein Obdach für sich und die Seinen. Er schränkt sich daher immer mehr ein, und behilft sich mit einem einzigen Zimmer, worin er nicht allein sein Handwerk treibt, sondern auch mit seiner ganzen Hausgenossenschaft wohnt und schläft. Bei dem hohen Preise des Brennholzes versperrt er nun im Winter der äußeren Luft allen Zugang aufs Sorgfältigste, und so leben diese Menschen in einer Atmosphäre, die beim Eintritt in ein solches Zimmer jeden Fremden zu ersticken droht."¹⁶ Die Miete betrug selbst nach dem zu geringen Anschlag des Chefs der Armendirektion ein Sechstel bis ein Viertel der Lebenshaltungskosten einer Lohnarbeiterfamilie.¹⁷ Ein Großteil der bei den Stadtgerichten angestregten Prozesse betraf daher rückständige Mieten, und die Schuldner waren meistens Manufakturarbeiter, Gesellen und deren Witwen.¹⁸

Die unzureichende Ernährung tat ein übriges, Grundnahrungsmittel blieb in Berlin das Brot, Der Kartoffelkonsum der Gesamtstadt betrug nach Formey noch 1793 nur 107 Wispel, ein Fünfundsechzigstel des Verbrauchs an Brotgetreide.¹⁹ War das Brot teuer, mußte es durch Wassersuppen ersetzt werden, Der Eiweißbedarf der ärmeren Einwohner wurde offensichtlich durch Kaldaunen und Heringe ganz ungenügend gedeckt, Gemüse und frisches Obst waren Luxus.²⁰

Die Todesursachen "Jammer" und "Zähne" gingen im Verlaufe des Jh. bei den Lohnarbeitern anteilig zurück, Dies wird aus einer differenzierteren Bestimmung der Todesursachen herrühren, denn unverändert starben am Ende wie am Beginn des 18. Jh. 55,6 % aller Lohnarbeiterkinder bis zur Vollendung des 4. Lebensjahres.²¹ Auch deren Tod war keineswegs naturgegeben, Der Sekretär der Armendirektion beschreibt den Tod durch "Jammer" und "Zähne" bei den Kostkindern des Waisenhauses so: Die armen Ziehmütter würden die 1 1/2 Taler pro Monat nicht für Milch, Zwieback und Zucker verwenden, sondern als Notpfennig zu Miete und Holz betrachten, Die Kinder bekämen groben Brei und einen sog. Lutschbeutel von gekautem Brot, Branntwein und Wasser, "Die natürlichste Folge ist leider davon, daß sie ganz klein an der Epilepsie (Jammer) sterben, und wenn ihnen ja bis ins zweite oder dritte Jahr das traurige Leben aufgehalten wird, um nicht so bald das Kostgeld zum obigen Behuf zu verlieren, heißt ihre Grabschrift: an den Zähnen gestorben."²²

Dies war nicht nur das Schicksal der Kostkinder des Waisenhauses, sondern auch das Schicksal der Kinder lediger Mütter, die nach der Entlassung aus der Charité ohne Bleibe und Verdienst waren und keine andere Möglichkeit sahen, als einen Ammendienst anzunehmen und ihr Kind in Kost zu geben, Es war auch das Schicksal der Kinder von Lohnarbeiterwitwen, Dies zeigen die Lebensläufe von 20 Lohnarbeiterfrauen, die die Waisenhausdirektion unter den Besuchern der Kinder ausforschte und als deren Mütter identifizierte, um sich der Kinder zu entledigen, So gab die 46jährige Elisabeth Martin an: Ihr erster Mann, ein Raschmachersgeselle, sei gestorben und habe sie in unsäglicher Armut mit einem Sohn und hochschwanger zurückgelassen, Auf Empfehlung des Hofpredigers, bei dem sie in Dienst war, habe sie den Jungen ins Waisenhaus bringen können und dort gelassen, Nach der Niederkunft sei sie in Ammendienst gegangen und habe den Säugling in Kost gegeben, wo er nach einem Jahr verstarb, Sie sei nun mit einem Zeugmacher verheiratet und hätte mit ihm noch ein eigenes und ein Stiefkind, Der Mann arbeitete für die Wegelysche Fabrik, sie selbst spinne und spule, Angesichts solcher "günstigen Umstände" mußte sie den Sohn aus dem Waisenhaus holen.²³ Andere Frauen verließen ihre Kinder sogar in Absprache mit den Nachbarn, damit sie ins Waisenhaus kämen und nicht mehr zu hungern brauchten.²⁴ Doch wird man deshalb sagen dürfen, daß diese Mütter ihre Kinder nicht liebten? Diese Frage verneinte sogar der Hofrat Gregory als Mitglied der Armendirektion im Jahre 1770, allerdings mit der Absicht, dem Staat die Kosten für ein Findelhaus zu sparen, Er meint, "daß nicht allein ganz außerordentliche große Unkosten zu einer solchen Anstalt erfordert werden, sondern daß auch aller dieser Unkosten ohnerachtet die Erhaltung der kleinen Kinder durch fremde Pflügemütter im großen nicht so bewürcket werden kann, als einzeln durch die Mütter, denen die Natur Triebe eingepflanzt um die Erhaltung ihrer Kinder willen, alles auszuhalten, Mutterliebe gegen ihr neu geborenes Kind ist

wohl im ganzen genommen unstreitig die größte. Ich glaube also bey denen ärmsten Müttern, wann nur die Mutter nicht selbst Hungers-Noth ausgesetzt ist, die Kinder eher am Leben erhalten werden können, als in denen größten Anstalten. . ."25

Die frühe Witwenschaft war im 18. Jh. kein individueller Schicksalsschlag, sondern ein Massenproblem, da es eine Übersterblichkeit der Männer während des ganzen Zeitraums und in allen sozialen Klassen und Schichten gab. Dies Ergebnis widerspricht Resultaten, die beispielsweise für Gießen erzielt worden sind,²⁶ es ist jedoch in Berlin zu allgemein, um zufällig zu sein. Die Witwenschaft traf die Lohnarbeiterfrauen besonders hart. Sie rangiert vor Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Armut. Witwen mit Kleinkindern machten stets den Hauptteil der von der Armenkasse registrierten Personen aus.

Diese Rangfolge der Armutursachen deutet darauf hin, daß der Zusammenhang von Armut und Manufaktorentwicklung recht komplex war. Er ist nicht nur in dem stoßweisen, krisenanfälligen Charakter der Manufakturproduktion begründet. Entscheidend war offenbar, daß die Manufakturunternehmer nicht die vollen Reproduktionskosten der Arbeitskraft ihrer Arbeiter erstatteten. Dies fand vor allem in den extrem niedrigen Frauenlöhnen Ausdruck. Sie lagen besonders tief unter dem Wert, denn die Frauen konnten mit Spinnen und Spulen kaum ihre eigene Existenz, keinesfalls aber die Aufzucht kleiner, nicht arbeitsfähiger Kinder gewährleisten.

Auch im Krankheitsfalle und im Alter wurden die Arbeiter gänzlich ihrem Elend und der Armenfürsorge des Staates überlassen. Armenwesen und Armenanstalten waren jedoch für diese Aufgabe gänzlich unzureichend. Der aufgeklärte preußische Staat beschritt vielmehr den Weg einer Kriminalisierung der Armut, der in dem Edikt gegen die Gassenbettelei von 1774 gipfelte.²⁷ Es scheint, daß die Manufakturkapitalisten eine Entlohnung der Arbeitskraft entsprechend ihrem Wert ökonomisch nicht leisten konnten, da sie angesichts der sonst spärlichen Quellen der ursprünglichen Akkumulation diesen Extraprofit brauchten, und daß sie die Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht voll tragen mußten, da es einen ständigen Zu- strom besonders ungelerner weiblicher Arbeitskräfte gab. Von einer industriellen Reservearmee zu sprechen, wäre verfrüht, eine Reservearmee von Lohnarbeitern hat es in Gestalt des starken Zuzugs für Berlin gewiß gegeben. Die weiteren Forschungen werden das Bild genauer zeichnen. Als sicher kann jedoch angesichts der Lebenslage und der Sterblichkeitsverhältnisse gelten, daß sich die Berliner Manufakturarbeiterbevölkerung auf natürlichem Wege nicht einmal einfach reproduziert hat.

Inscheinbarem Gegensatz hierzu steht eine andere Aussage der Sterberegister: Im Verlaufe des 18. Jh. stieg die durchschnittliche Lebenserwartung der Berliner Lohnarbeiter bei Geburt um 3 Jahre, und zwar von 17, 5 auf 20, 4 Jahre. Diese Erhöhung ging ausschließlich auf eine Verminderung der Erwachsenensterblichkeit zurück. Dieser Widerspruch ist vielleicht am ehesten folgendermaßen aufzulösen: Mit dem Anwachsen der Manufakturen verbreitete sich Armut außerordentlich, aber sie wurde wenigstens für die Erwachsenen in etwas geringerem Maße lebensbedrohend. Zur Erklärung dieser Tatsache ist eine komplexere Betrachtung der Lebensweise der Arbeiter notwendig. Sie ist im Zusammenhang mit deren Struktur, mit ihrer unterschiedlichen Einbindung in frühe kapitalistische Produktionsverhältnis-

se und nicht zuletzt mit deren unterschiedlichen Organisations- und Kampf-
formen zu sehen. Dies soll im folgenden ansatzweise versucht werden.

Die Lebenserwartung der einzelnen Lohnarbeiterschichten entwickelte sich
ganz unterschiedlich, Abb. 5 und Tab. 3 verdeutlichen dies,

Auffällig und überraschend ist die gleichbleibend relativ hohe Lebenserwar-
tung der Tagelöhner, die etwa der der Handwerker gleichkommt. Die-
se ungelerten Lohnarbeiter waren überwiegend nicht in kapitalistische Pro-
duktionsverhältnisse eingebunden. Sie repräsentieren den uralten Typ des
städtischen Lohnarbeiters, der im Transport, auf dem Markt, beim Bau
und in der Landwirtschaft tätig war. Die Tagelöhner waren überwiegend in
den Vorstädten ansässig, sie stellten in dem von uns ausgewerteten St. Ge-
orgen-Kirchspiel einen doppelt so hohen Bevölkerungsanteil wie in der Ge-
samtstadt. Während des ersten Drittels des 18. Jh. waren sie hier sogar
der vorherrschende Typ des Lohnarbeiters. Diese Tagelöhner hatten häu-
fig ein eigenes kleines Häuschen und etwas Gartenland. Das wird ihnen eine
etwas bessere Lebenshaltung ermöglicht und die höhere Lebenserwartung
bewirkt haben. Die Tagelöhner waren im allgemeinen Analphabeten, wie
eine Unterschriftenliste der Berliner Hausbesitzer zeigt, in der die An-
alphabetenquote der Vorstädte auffällig hoch ist.²⁸ Sie hatten keinerlei ge-
nossenschaftliche Organisationen. Sie scheinen nicht nur ökonomisch und
politisch-ideologisch, sondern auch sozial kaum mit den anderen Lohnar-
beiterschichten verbunden gewesen zu sein. Die Analyse der Tauf- und
Heiratsregister wird hierüber näheren Aufschluß geben. Von dieser, noch
ganz archaischen Schicht führten vorerst keine Linien zum späteren Prole-
tariat.

Eine andere große, für Berlin besonders charakteristische Gruppe bildeten
die Soldaten. Sie stellten am Ende des Jh. 13 % der Berliner Einwohner-
schaft. Ihr Anteil an der Bevölkerung des St. Georgen-Kirchspiels betrug
aber nur etwas über 3 %, da die meisten Kasernen in anderen Stadtteilen
lagen.²⁹ Es ist problematisch, die Soldaten zu den Lohnarbeitern zu rech-
nen. Als Soldaten gehörten sie zweifellos nicht dazu. Aber bekanntermaßen
mußten die Soldaten in Brandenburg-Preußen nicht nur dann, wenn sie Frei-
wächter waren, ihr Brot größtenteils durch Lohnarbeit verdienen.³⁰ Sie ar-
beiteten als Tagelöhner, in den dezentralisierten Manufakturen und als Ge-
sellten im Handwerk, waren also mit verschiedenen Gruppen der Berliner
Lohnarbeiter verflochten und gehörten auch deren Organisationen an. Ein
geringerer Teil "pfuschte" auch als einfache Warenproduzenten in der
Schuhmacherei und anderen Gewerben. Die Soldaten kamen überwiegend
nicht aus Berlin, da die Stadt von der Kantonpflicht befreit war, sondern
aus den kleineren brandenburgischen Städten und vom Lande, in geringer
Zahl auch aus dem nichtpreußischen "Ausland". Die Tatsache, daß sie Ber-
liner auf Zeit waren, behinderte sicher ihre Verbundenheit mit den übrigen
Lohnarbeiterschichten ebenso wie die Besonderheiten der militärischen
Disziplin und des militärischen Lebens. Inwieweit aus den offensichtlich
immer häufigeren legalen und illegalen Soldatenfamilien erbliche Lohnar-
beiterfamilien wurden, bleibt zu untersuchen. Die Lebenserwartung der
Soldatenbevölkerung, die anfangs relativ hoch war, sank im Verlaufe des
18. Jh. deutlich. Am niedrigsten war sie verständlicherweise zur Zeit der
3 Schlesischen Kriege. Die Soldatenbevölkerung war eine stets wachsende
Quelle der Armut. Schon 1739 soll sie nach einem Bericht der Kurmärki-

schen Kammer die Hälfte der Berliner Bettler gestellt haben.³¹ Im Jahre 1783 waren bei regelrechten Treibjagden auf Bettler im Tiergarten unter 9 aufgegriffenen Frauen 7 Soldatenwitwen und -töchter.³²

In vergleichbarem Maße sank die Lebenserwartung der Diensthöten. Diese Schicht war außerordentlich heterogen. Sie reichte vom herrschaftlichen Kammerdiener, Koch und Kutscher bis zu den jugendlichen, jeder Willkür schutzlos ausgelieferten und kaum entlohnten Dienstmädchen. Waren jene im weiteren Sinne auch Lohnarbeiter, so verband sie doch viel mehr mit ihren Herrschaften als mit den übrigen Lohnarbeitern, wie schon ein flüchtiger Blick in die Tauf- und Trauregister zeigt. Ganz anders ist die Mehrzahl der weiblichen Diensthöten zu betrachten. Für sie war dieses Dienstverhältnis eine notwendige, sobald wie möglich zu beendende Lebensphase. Dies betraf vor allem Lohnarbeitertöchter bis zu ihrer Heirat oder Witwen, die wieder in Dienst gehen mußten, weil der Spinnerinnen- oder Wäscherinnenlohn für eine eigene Haushaltung nicht reichte. Die Mädchen des Waisenhauses wurden grundsätzlich mit diesem Ziel erzogen und sofort nach der Einsegnung in Dienst gegeben.³³

Die Ausbreitung manufakturkapitalistischer Verhältnisse hat also die Einbindung der weiblichen Arbeiter in - in negativem Sinne - patriarchalische Verhältnisse sehr wenig gelockert. Deshalb möchte ich der Skepsis, die Jürgen Kuczynski in seiner Alltagsgeschichte hinsichtlich der Situation der Frauen im Manufakturzeitalter äußerte, zustimmen.³⁴ Die staatlich sanktionierte Gewalt der Spinnstubenhalter und Bordellwirte war nur die schlimmste Ausprägung dieser Tatsache.³⁵

Die Lebenserwartung der Handwerksgesellen und ihrer Familien stieg demgegenüber leicht an. In der Lebens- und Arbeitsweise dieser Schicht bahnten sich im Verlaufe des 18. Jh. Veränderungen an. Ein immer größerer Teil der Gesellen wohnte nicht mehr beim Meister, sondern hatte eine eigene kleine Haushaltung und Familie. Bei den Maurer- und Zimmergesellen war das schon immer so. Nun aber verlor der Gesellenstand für weitere Berufsgruppen den Charakter einer Durchgangsphase im Jugendalter. Schon 1678 enthielt das Gewerksprivileg der Schuhmacher zweierlei Gesellenlohnsätze, einen unter Einschluß der "Meisterkost", den höheren für den Fall der eigenen Kost.³⁶ Die Zahl der verheirateten Gesellen wuchs insbesondere in den Bekleidungshandwerken und bei den verschiedenen Textilgewerben. Im Unterschied dazu konnte noch im Jahre 1800 einer Arbeitsniederlegung der Schlossergesellen begegnet werden, indem der Magistrat den Bürgern verbot, Schlafstellen an sie zu vermieten; die Schlossergesellen hätten bei ihren Meistern Kost und Bett, solange sie in Arbeit wären.³⁷ Die Trennung der Gesellen von den Meistern fand offensichtlich vor allem in den Gewerken statt, die für den Armeebedarf arbeiteten. Sie stand in engem Zusammenhang mit der Verlagerung auch der Arbeit aus der Werkstatt des Meisters in die Wohnstätte des Gesellen. Derartige setzte sich 1795 sogar bei den Großuhrmachern durch. Der ehemalige Altmeister und Hoflieferant Klemeyer war angeklagt, alle Gesellen an sich zu ziehen und sie in ihren Schlafstellen und Wohnungen zu beschäftigen. Da er auch nach seiner eigenen Aussage "die alte Art zu arbeiten abschaffte und einem jeden Arbeiter sein bestimmtes Stück zu verfertigen (gab), zum Exempel, wer schmiedet, der schmiedet das ganze Jahr hindurch..."³⁸, war hier schon der Schritt von der einfachen Warenproduktion zur dezentralisierten Manufaktur vollzogen.

Die verheirateten Gesellen waren natürlich an die Stadt und den Arbeitsplatz in starkem Maße gebunden; die staatlichen Wanderverbote für gebürtige Berliner wirkten in dieselbe Richtung.³⁹ Ihnen standen deshalb traditionelle Kampfmittel der Gesellen, wie der Auszug aus der Stadt, nicht mehr zur Verfügung. So erklärten 1761 die Altmeister des Tuchbereiterwerkes bei einem Lohnstreit: "die mehresten ledigen Gesellen (seyn) ausgewandert, die verheyrateten Gesellen aber arbeiteten noch bis dato für den alten Lohn",⁴⁰ Diese Gesellen stellten unter den Berliner Handwerksge-
sellen eine Minderheit dar. Sie zeigen aber an, daß der neue Typ des proletarisierten Handwerksge-
sellen gerade dort entstand, wo das Handwerk nicht durch Niedergang und Übersetzung, sondern durch Wachstum und immer engere Verbindung mit der manufakturkapitalistischen Produktion gekennzeichnet war.

Ungeachtet der Restriktionsmaßnahmen des preußischen Staates zeichneten sich die Berliner Gesellen durch eine starke Streikaktivität und durch ein hohes Niveau der Organisiertheit aus. Nach der absolutistischen Gewerbeform der 30er Jahre erreichten sie alle ein Wiedererstehen der alten Gesellenvereinigungen, teils mit viel List und mit Unterstützung der Meister, wie bei den Tischlergesellen.⁴¹ Diese Zusammenschlüsse wurden von der Obrigkeit nur als Kranken- und Sterbekassen zugelassen und auch so bezeichnet, von den Gesellen aber stets "Bruderschaft" oder zumindest "Gesellschaft" benannt und mit den Zeichen und Wesensmerkmalen der alten Organisationen versehen. So hatten alle Gesellschaften eine Herberge, auf der die Lade und das rituelle Silbergeschirr verwahrt wurde, und sie hielten 4wöchentlich Auflageversammlung unter dem Vorsitz des Altgesellen, möglichst am "Guten" Montagnachmittag.⁴²

Es reicht nicht aus, diese Gesellenorganisationen als zünftig zu charakterisieren. Sie sind unbedingt zu trennen von den Meisterzünften, da sie als Zusammenschlüsse von Lohnarbeitern eine andere soziale Grundlage hatten, im wesentlichen autonom und in potenzieller Kontrastellung zu den Meisterzünften existierten.

Die Versorgung der Kranken und die Beerdigung der Toten waren tatsächlich ein Hauptanliegen dieser Vereinigungen. Große Gewerke, wie die Schuster und Schneider, hatten eigene Krankenhäuser oder zumindest Krankenstuben.⁴³ Die Gesellschaften bezahlten auch den Aufenthalt ihrer Mitglieder in der Charité. Diese solidarische Versicherung ist unter den beschriebenen Verhältnissen gar nicht hoch genug zu veranschlagen und hat sicher zur Eindämmung der Sterblichkeit dieser Lohnarbeitergruppe beigetragen.

Die Herbergen waren vor allem auch Ort der Geselligkeit. Noch immer gab es Zechgelage zu den großen Halbjahresversammlungen und an den Wochenenden. Hier pflegte man Traditionen und gab ein kollektives Bewußtsein weiter, das wohl am ehesten als ständisch-beruflich zu kennzeichnen ist, da es noch keine proletarischen Elemente im Sinne von Klassenbewußtsein und Klassensolidarität enthielt.

Die Bruderschaften waren unerläßliche Bedingung der zahlreichen, oft erfolgreichen, sich besonders in den 90er Jahren häufenden Gesellenunruhen.⁴⁴ Die Erhöhung des durchschnittlichen Wochenlohns im Berliner Handwerk von 1 Taler um 1700 auf 2 Taler am Ende des 18. Jh., die den Reallohn einigermaßen sicherte, ist nur im Ergebnis vieler einzelner solcher Kämpfe er-

folgt, wie die Gewerbeakten für die Schuhmacher, Tischler, Tuchbereiter, Maurer und Uhrmacher zeigen.⁴⁵ Die Gesellen verteidigten eben nicht in erster Linie ein "symbolisches Kapital der Ehre", sondern sie stritten um mehr Lohn, um ihr Kündigungsrecht, um den Arbeitsplatz und schließlich auch besonders häufig um den Bestand ihrer Organisationen. Dies geschah mit rückwärts gewandten Zielvorstellungen, wenn sich die Handschuhmachergesellen gegen die Beschäftigung von Mädchen und die Tuchbereitergesellen gegen die zahlreichen Lehrlinge wandten.⁴⁶ Häufig lag auch die Argumentation auf der Linie des "alten Rechts". So verteidigte die Schlossergesellschaft in einem Brief an den König ihr ökonomisch wichtiges Recht auf Arbeitsvermittlung durch "Umschauen" der ankommenden Gesellen so: "Sind dergleichen Observanzen als deren eine das Umschauen der Gesellen durch die Orten-Jünger ist, auch einmal den Gesellen, eben ihres Alters wegen so lieb und werth geworden, und sie haben eine solche Anhänglichkeit gefunden, daß ihre Abschaffung unglaublichen Nachtheil stiftet..."⁴⁷ Die Berufung auf das alte Recht war gewiß nicht nur Drapierung, aber sie war auch nicht der Kern der Auseinandersetzung.

Die Gesellenladen sollen nach 1804 kassiert, die Bruderschaften zerschlagen worden sein.⁴⁸ Züge dieser Gesellenverbände kehren jedoch später in den gewerkschaftlichen Fachverbänden der frühen Arbeiterbewegung wieder.⁴⁹ Es wäre eine wichtige Aufgabe, direkte und indirekte Kontinuitätslinien zwischen beiden zu erforschen.

Zur zentralen Gruppe der Berliner Lohnarbeiter wurden immer mehr die Manufakturarbeiter. Sie bilden in unserem Untersuchungsmaterial vor 1740 ein Elftel, danach ein Sechstel aller erfaßten Personen. Diese Schicht war also in der Königstadt noch stärker vertreten als in der Gesamtstadt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein beträchtlicher Teil der ungelernten weiblichen Manufakturarbeiter nicht erfaßt ist, und zwar weil es sich um Ehefrauen oder Witwen anderer Lohnarbeiterschichten oder armer Handwerker handelt.

Die Lebenserwartung der Manufakturarbeiter entwickelte sich entschieden anders als die der übrigen Lohnarbeiter; sie stieg zwischen 1710 und 1800 um fast 10 Jahre. Dies geschah in einem Zeitraum, für den wir eigentlich eine generelle Verschlechterung der Lebenslage der Lohnarbeiter annehmen mußten. Eine differenziertere Erforschung dieses Phänomens steht noch aus. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber ein Blick auf die Entwicklung der Nominallöhne; Materialien über die Reallöhne stehen leider noch nicht für den gesamten Zeitraum zur Verfügung. Abb. 6 gibt eine Zusammenstellung aller greifbaren Berliner Lohndaten, die vor allem das von Horst Krüger zusammengetragene Material nutzt.⁵⁰ Sie zeigt eine sich öffnende Schere zwischen den Löhnen ungelernter und qualifizierter Arbeiter. Offenbar bildete sich die starke Differenzierung zwischen den Löhnen gelernter und ungelernter Arbeiter im Manufakturzeitalter erst heraus. Jürgen Kuczynski hat sie einleuchtend daraus erklärt, daß die gelernte Arbeit noch nicht Ware war, sondern besondere, individuell zu bezahlende Kunstfertigkeit.⁵¹ Daneben möchte ich die Aufmerksamkeit auf ein anderes Moment lenken, nämlich auf die Tatsache, daß die gelernten Manufakturarbeiter größtenteils organisiert waren, die ungelernten durchweg nicht - weder die weiblichen, noch die männlichen.

Zuerst schlossen sich 1729 die Spanisch Tuchweber vom Lagerhaus zusammen, später auch die dort tätigen Tuchbereitergesellen, 1767 die Seidenwirkergesellen.⁵² Sogar die sog. Freiheitsweber gründeten eine eigene Kranken- und Sterbekasse.⁵³ Diese Verbindungen wiederholten wesentliche äußere und innere Merkmale der Handwerksgehlenbruderschaften. In derselben Weise wie bei den Handwerksgehlen trugen diese Organisationen auch die Auseinandersetzungen um Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen.⁵⁴ Der hohe Grad der Organisiertheit ermöglichte nicht nur kollektive Aktionen wie den Ausstand bzw. Streik einer ganzen Berufsgruppe, er verlieh sicher auch Rückhalt in den individuellen Konflikten zwischen Manufakturarbeitern und Unternehmern oder Zwischenmeistern. Die Zahl dieser Konflikte war groß. Heinz-Peter Zierholz führt 23 solcher Prozesse an, die allein am 24. April 1797 beim Berliner Fabrikengericht schwebten.⁵⁵ Angesichts der relativ kurzen Bearbeitungszeiten kann man zwischen 200 und 300 derartige Verfahren pro Jahr vermuten.

Von den bei Zierholz angeführten 23 Prozessen betrafen 10, also fast die Hälfte, das "Entweichen" der Arbeiter oder deren Anspruch auf Entlassung gegen den Willen des Unternehmers. In 4 dieser Fälle traten die Arbeiter als Kläger auf. In 8 Prozessen warfen die Unternehmer den Arbeitern die Veruntreuung von Waren oder Material vor, oder sie forderten Schadenersatz für verdorbenes Material. Die restlichen 5 Fälle betrafen Schuldforderungen der Unternehmer. Die Arbeiter erweherten sich also des außerökonomischen Zwangs, mit dem sie an den Arbeitsplatz gefesselt werden sollten, und sie unterliefen die niedrigen Löhne durch nachlässige Arbeit und Verkauf von Waren und Material auf eigene Rechnung. Sicher wirkten dabei auch alte, handwerksmäßige Vorstellungen vom Verfügungsrecht des Produzenten am Produkt mit.

Diese permanenten Konflikte zwischen Unternehmern und Manufakturarbeitern reichen in die Ebene des Klassenkampfes hinein. Sie waren die alltägliche Form, die breite Basis, auf der sich die kollektiv organisierten Streiks entwickelten. Die Gesamtheit dieses Widerstandes könnte erklären, warum gerade die am besten organisierten, qualifizierten Manufakturarbeiter eine relativ günstige Lohnentwicklung behaupten konnten, warum sich schließlich die Lebenserwartung einer ganzen Schicht von Lohnarbeitern spürbar erhöhte.

Diese Verbesserung der Lebensbedingungen, die natürlich trotzdem äußerst dürftig blieben, war unerläßliche Voraussetzung für die Gründung von immer mehr Manufakturarbeiterfamilien. In den Beerdigungsregistern zeigt sich dies an dem Anteil der weiblichen und minderjährigen Personen, der gerade bei den Manufakturarbeitern stark anstieg.

Im Ergebnis der Manufakturperiode entstand also in Berlin die proletarische Familie. War der verheiratete Geselle im Handwerk die Ausnahme, so war er in der dezentralisierten Manufaktur der Regelfall. Wie Ehmer am Wiener Beispiel nachwies, erforderte und ermöglichte gerade der dezentralisierte Produktionsprozeß im Manufakturzeitalter die Familiengründung. Während der industriellen Revolution war dieser Prozeß dann erst einmal rückläufig.⁵⁶ Die frühproletarischen Familien des Manufakturzeitalters haben zweifellos große Bedeutung für die Entstehung eines erblichen Proletariats gehabt.

Die Berliner Manufakturarbeiter, insbesondere die gelernten, wichen in so vielen Zügen vom Bild des späteren Fabrikproletariats ab, daß sie als dessen Vorfahren nur schwer erkennbar sind. Dies hängt mit der überwiegend dezentralisierten Produktionsweise der Berliner Manufakturen zusammen. Die Forschungen von Josef Ehmer über das Wiener Manufakturproletariat legen die Auffassung nahe, daß es sich dabei nicht um eine lokale Besonderheit handelt, sondern um ein Wesensmerkmal auch der städtischen Manufakturproduktion schlechthin. Die Produzenten arbeiteten in ihren Wohnstätten teils mit eigenem, teils mit dem Werkzeug und Webstuhl des Unternehmers. Sie konnten den Status eines Meisters, eines Gesellen oder eines unzünftigen "Freiheitswebers" haben, ohne doch im Kern etwas anderes zu sein als Arbeiter in einer dezentralisierten Manufaktur. Die Manufakturgesellen waren ihren Meistern in äußerlich ähnlicher Weise zugeordnet wie im Handwerk. Dadurch wurde handwerkliches, beruflich-ständisches Bewußtsein auf beiden Seiten reproduziert, und der Konflikt zwischen Meistern und Gesellen überdeckte den zwischen Unternehmern und Arbeitern teilweise. So waren die Meister des Seidenwirkerergewerks die eifrigsten Befürworter einer Auflösung des Gesellenverbandes. Sie erklärten 1799 dem Magistrat: "Sie hätten es schon längst gewünscht, daß die Entrichtung der sogenannten Auflage auf der Herberge abgeschafft werden möchte. Das Zusammentreffen auf der Herberge von vielen hundert jungen Leuten sei für Meister und Gesellen gleich nachteilig. Diese überließen sich allen Ausschweifungen und brächten sich dadurch um ihre Gesundheit und um ihren Verdienst, wodurch sie nicht nur sich selbst sondern auch ihre Frauen und Kinder, indem ein großer Teil von ihren Gesellen verheiratet sei, leiden und dem Staate zur Last fallen müßten. Hinzu komme, daß die Herberge der Ort sei, wo alle verbotenen Verbindungen unter den Gesellen, welche oft die Aufmerksamkeit des Staates auf sich ziehen müßten verabredet und geschlossen würden."⁵⁷ Die Seidenwirkerergesellen dokumentierten dann mit den Klagen um ihre Lade, "das alte Heiligthum des Gewercks", ohne das sie "keine Freude schmecken" könnten,⁵⁸ daß der Durchbruch von der ständischen Bewegung proletarischer Berufsgruppen zur Klassenbewegung noch bevorstand. An diesem Durchbruch hatten dann während der industriellen Revolution gerade diese städtischen Lohnarbeiter und proletarisierten Handwerksgesellen besonderen Anteil, wie Zwahr feststellt.⁵⁹

Abschließend ist festzustellen, daß selbst der fortgeschrittenste Teil der Lohnarbeiter im Berlin des 18. Jh., die Manufakturarbeiter und proletarisierten Handwerksgesellen, durch eine Kluft getrennt war vom Industrieproletariat des reifen Kapitalismus. Er war dies infolge seiner vornehmlich dezentralisierten "hausindustriellen" Arbeitsweise, der mündlich tradierten, "zünftigen" Organisations- und Kampfformen und auch infolge der ständigen unmittelbaren Bedrohung durch Krankheit und Tod, die seine Kämpfe in eine vornehmlich ökonomische Richtung lenkte. Diese Lohnarbeiter waren dem Industrieproletariat zugleich nahe durch die Ausprägung einer beruflich und sozial determinierten Solidarität und durch die Abstreifung patriarchalischer Bindungen an Unternehmer und Meister zugunsten eines permanenten Kampfes um Lohn und Arbeit. Dabei erwies sich der Grad der Organisiertheit als eine wesentliche Bedingung des proletarischen Kampfes.

Der Widerstand dieser frühen Proletarier ist teilweise noch nicht als Klassenkampf zu qualifizieren. Er war keineswegs auf Gesellschaftsveränderung gerichtet. Aber er ist mittelbar in die Tradition der Kämpfe der revolutionären Arbeiterklasse einzuordnen. Auch elementare Formen der Selbstbehauptung, einschließlich des Ringens der Lohnarbeiterfrauen um das Überleben ihrer Kinder unter lebensfeindlichen gesellschaftlichen und natürlichen Bedingungen sind nicht gering zu achten. Sie waren ein wichtiger Fortschrittsfaktor, indem sie die Selbstreproduktion der werdenden Klasse in wachsendem Maße sicherten.

Anmerkungen

- + Überarbeitete Fassung eines am 14. 9. 1983 auf dem René-Kuczynski-Kolloquium in Berlin gehaltenen Vortrages.
- 1 Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961; Bd. 19: Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin 1968.
 - 2 Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts = Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Forschungswege - Bilanz - Aufgaben, Bd. 1, hg. v. H. Zwahr.
 - 3 Krüger, H., Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts = Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd. 3, Berlin 1958.
 - 4 Beerdigungsregister des St. Georgen-Kirchspiels in der Königstadt. - An der rechentechnischen u. der wissenschaftlich-technischen Bearbeitung der Quelle haben vor allem W. Reimann (Soziologisch-Methodisches Zentrum am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW der DDR), R. Harbauer u. K. Gaede (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) großen Anteil.
 - 5 Beerdigungsregister ...
 - 6 Stadtarchiv Berlin (StB), Armendirektion, Nr. 604, betr. die Anlegung von Spinn- und Wärmestuben, 1740 - 1772, Anlage zur Denkschrift des Hofrates Gregory v. 25. 1. 1766: Aufstellung der Personen, die bei der General-Brotverteilung 1761 sich gemeldet und Brodt empfangen haben.
 - 7 Ebenda, Nr. 322, betr. der von Fr. W. genehmigte Plan zur besseren Einrichtung der Armenpflege v. 4. 7. 1787, 1786 - 1801, Pro Memoria des Oberkonsistorial-Präsidenten von der Hagen v. 16. 10. 1786.
 - 8 Siehe Krüger, S. 351 - 362.
 - 9 Vgl. Krasnošček, J., Migration und Alterung der Bevölkerung, in: Demographie und ihre Methoden = Beiträge zur Demographie, Nr. 1, hg. v. P. Khalatbari, Berlin 1977, S. 193 - 210.
 - 10 Beerdigungsregister ...
 - 11 Siehe Perrenoud, A., Die soziale Ungleichheit vor dem Tod in Genf im 17. Jahrhundert, in: Biologie des Menschen in der Geschichte, Beiträge zur Sozialgeschichte der Neuzeit aus Frankreich und Skandinavien, eingeleitet, übersetzt u. hg. v. A. E. Imhof, Stuttgart/Bad Cannstatt 1978, S. 138.
 - 12 Vgl. Imhof, A. E./Lindskog, B. I., Die Todesursachen in Schweden und Finnland 1749 - 1773, in: ebenda, S. 97 - 117.
 - 13 Formey, L., Versuch einer medicinischen Topographie von Berlin, Berlin 1796, S. 165 f.
 - 14 Ebenda, S. 161 f.; Schlaak, P., Berliner meteorologische Daten aus drei Jahrhunderten, in: Berlin, Klima, geologischer Untergrund und geowissenschaftliche Institute, Beilage zu den Tagungsunterlagen des Alfred-Wegener-Symposiums 1980, S. 2 - 14.
 - 15 StB, Armendirektion, Nr. 604 ...
 - 16 Formey, S. 86.
 - 17 Siehe Krüger, S. 352, 354.

- 18 StB, Armendirektion, Nr. 603, betr. die seitens der hiesigen Stadtrichter von der Kgl. Armendirektion erbetenen Unterstützungen für arme, ohne ihr Verschulden in Not geratene Bürger und Eigentümer, 1786 - 1802.
- 19 Formey, S. 70 - 73.
- 20 Siehe Krüger, S. 352 - 355; StB, Armendirektion, Nr. 899, betr. die nach dem Plan des Oberkonsistorialpräsidenten v. d. Hagen verbesserte Einrichtung des Waisenhauses, darin: Extrakt von der Verspeisung der Deputanten, Domestiquen, Invaliden und Kinder im Großen Friedrichs-Hospital, 13. 12. 1777. - Der Speiseplan der Kinder des Berliner Waisenhauses enthielt täglich Wurst, Kaldaunen oder Heringe und am Mittwoch und Sonntag Fleisch und war damit deutlich reichhaltiger als die Verpflegung der Hospitalklasse des Arbeitshauses, aber nur ein Viertel so kostspielig wie die Speisung der Domestiken und Handwerker im Waisenhaus.
- 21 Beerdigungsregister ...
- 22 StB, Armendirektion, Nr. 906, Acta wegen der Delinquenten Kinder und derselben Alimente, 1731 - 1793, darin: Geheimsekretär Schartow an Armendirektion, 10. 8. 1781.
- 23 Ebenda, Nr. 899, Act. Berlin, d. 4. 2. 1779.
- 24 Ebenda, Act. Berlin, d. 6. 2. 1779: Verhör der Anna Christina Dettmann; ebenda, Act. Berlin, d. 5. 2. 1779: Verhör der Charlotte Gören.
- 25 Ebenda, Nr. 874, betr. die geplante Einrichtung eines Findlingshauses, 1717 - 1773, darin: Bedenken des Hofrat Gregory, Berlin (1770).
- 26 Imhof, Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zum Leben und Sterben. Ein historischer Essay, München 1981, S. 144 - 150.
- 27 Verordnung wegen Verpflegung der Armen und des gänzlich abzustellenden Bettelns auf Straßen und in Häusern in Berlin, Berlin, d. 16. 12. 1774, abgedr. u. a. in: Krüger, S. 613 - 615.
- 28 StB, Gewerbe-Deputation, Nr. 9434, Das Wandern der Handwerksgesellen 1736 - 1791, darin: Kgl. Order v. 24. 9. 1782 über angedrohte Aufhebung der Kantonfreiheit mit Listen über Kenntnissnahme der Hauseigentümer, Bl. 292 ff.
- 29 Nicolai, F., Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, Berlin 1786, S. 250 f.
- 30 Krüger, S. 278 - 283; Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1600 bis 1945. Studien, Bd. 2: 1650 - 1810, mit einem Abschnitt "Alltag und Übergangsepoche" von G. Heitz, Berlin 1981, S. 309 - 364.
- 31 StB, Armendirektion, Nr. 356, betr. die Einrichtung und Verbesserung des Armenwesens, die Abstellung der Bettelei in Berlin und auf dem Lande, 1716 - 1757, darin: Bericht der Kurmärkischen Kammer an den König wegen des Armenwesens in den Residenzen, Berlin, d. 6. 2. 1739.
- 32 Ebenda, Nr. 357, betr. die Einrichtung und Verbesserung des Armenwesens, die Abstellung der Bettelei in Berlin und auf dem Lande und die deshalb ergangenen Edicte, 1770 - 1796, darin: Bericht des Sekretärs Schartow über Visitationen im Tiergarten, Berlin, d. 28. 6. 1783, d. 9. 8. 1783.
- 33 StB, Armendirektion, Nr. 899, Bl. 171, 331, Febr. 1778, Febr. 1779:

- Liste der Dienstherrschaften, zu denen die Mädchen nach dem Erhalt des Abendmahls in Dienst gegangen sind.
- 34 Kuczynski, Geschichte des Alltags, Bd. 2, S. 231, 233.
 - 35 Ebenda, S. 230 - 234; StB, Nr. 1059, betr. die hiesigen Bordelle und die Prostitution, 1792; Verordnung wider die Verführung junger Mädchen zu Bordells und zur Verhütung der Ausbreitung venerischer Übel, Berlin, d. 2. 2. 1792.
 - 36 StB, Gewerbe-Deputation, Nr. 6070, betr. das Schumacher- und Lohgerber-Gewerksprivilegium, 1678 - 1824, darin: Cöllner Privileg v. 18. 7. 1678, zur Bestätigung eingesandt am 23. 5. 1713, § 26.
 - 37 Ebenda, Nr. 2755, betr. die Bestimmungen für die hiesigen Schlossergesellen wegen der Auflage, 1799 - 1834, darin: Act. Berlin, 20. 2. 1800.
 - 38 Ebenda, Nr. 3403, betr. das Arbeiten der Uhrmachergesellen außer den Wohnungen ihrer Meister, 1794/95.
 - 39 Ebenda, Nr. 9434, betr. das Wandern der Handwerksge- sellen, 1736 - 1791.
 - 40 Ebenda, Nr. 1901/1b, Wegen des Tuchbereiter-Gesellenlohns 1761, Act, Berlin, d. 4. 8. 1761; Act, Berlin, d. 2. 11. 1761.
 - 41 Ebenda, Nr. 12301, betr. Tischlergewerk wegen der Gesellenlade, 1738 - 1761.
 - 42 Ebenda, Nr. 2754, betr. Schlös- ser-, Sporer-, Büchsen-, Winden- und Uhrmachergesellen Articul, 1724 - 1790, darin: Reglement für die Gesellschaft des combinirten Schlosser etc. Gewerks, Berlin 23. 12. 1752; ebenda, Nr. 9467, betr. die Schornsteinfeger Gesellen Kranken- und Sterbekasse und das Fremdengeschenk, 1759 - 1884; ebenda, Nr. 8436, betr. die Töpfergesellschaft und deren Reglement, 1796 - 1884.
 - 43 Ebenda, Nr. 11519, betr. die Regulierung der Nachlässe verstorbener Gesellen, 1782 - 1864; ebenda, Nr. 6858, betr. die Kur- und Verpflegungskosten erkrankter Nadlergesellen 1786 - 1873.
 - 44 Grießinger, A., Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksge- sellen im 18. Jahrhundert = Ullstein Materialien, Nr. 35080, Frankfurt a. M./Berlin (West)/Wien 1981, S. 255 - 284.
 - 45 StB, Gewerbe-Deputation, Nr. 1901/1b, Wegen Erhöhung des Tuchbereiter-Gesellenlohns, 1761; ebenda, Nr. 6492, betr. den Lohn der Maurergesellen und die Meistergroschen, 1767 - 1869; ebenda, Nr. 7094, betr. verschiedene generelle Verordnungen für das hiesige Schuhmacher-Gewerk, 1736 - 1847, darin: Magistratsverordnung wegen des Gesellenlohns der Schuhmacher, 13. 12. 1760.
 - 46 Ebenda, Nr. 3331, betr. Handschuhmacher, die Gesellenschaft und deren Reglement, Artikel v. 26. 4. 1727, § 53; ebenda, Nr. 1901/1, betr. Bestimmungen für die Tuchbereitergesellen 1801 - 1829, darin: Beschwerde des Gewerks an Magistrat v. 28. 7. 1801.
 - 47 Ebenda, Nr. 2755, betr. die Bestimmungen für die hiesigen Schlossergesellen wegen der Auflage, 1799 - 1834, darin: Schreiben der Schlossergesellschaft an den König, Berlin 25. 1. 1800.
 - 48 Grießinger, S. 272 - 284.
 - 49 Siehe Ehmer, J., Rote Fahnen - Blauer Montag. Soziale Bedingungen von Aktions- und Organisationsformen der frühen Wiener Arbeiterbewegung, in: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur

- Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, hg. v. D. Puls, Frankfurt a. M. 1979, S. 143 - 174; vgl. Reininghaus, W., Die Entstehung der Gesellengilden im späten Mittelalter, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 71, 1981, S. 11-15: Das Verhältnis von Gesellengilden und Arbeiterbewegung im Zentrum der Forschung.
- 50 Krüger, S. 300 - 327, 533, 540 - 549; (Mylius), Corpus Constitutionum Marchicarum, 5. Theil, II. Abt., X. Kap., Nr. 3 - 5; ebenda, Lohnangaben in den Generalprivilegien 1734 f.;; verstreute Angaben in den Akten der Gewerbe-Deputation im StB.
- 51 Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Anhang 1: Zum Gesetz der abnehmenden Differenzierung der Löhne im nationalen Maßstab und zum Gesetz der abnehmenden Differenzierung der Löhne von Gelernten und Ungelernten, Berlin 1961, S. 349 - 354.
- 52 StB, Gewerbe-Deputation, Nr. 9977, betr. die Seidenwirkergesellschaft und deren Reglement, 1797 - 1841; ebenda, Nr. 10094, betr. die Articul der Spanischen Weber. So von ihnen aufgerichtet Anno 1729; ebenda, Nr. 1901/1f, darin: Gesuch der Tuchbereiter, daß die Lagerhaus-Tuchbereitergesellen einem einwandernden Gesellen nicht eher das Geschenk geben als wenn er nicht zuvor bey den Stadtmeistern umgeschickt, 1797.
- 53 Ebenda, Nr. 2588, darin: Verordnung v. 10. 8. 1753, wie es mit der hiesigen Gesellschaft, derer Zeug-, Leinen- und Wollen-Weber, auf der sogenannten Freiheit, ihrer Kranken- und Sterbe-Büchse gehalten werden soll.
- 54 Krüger, S. 405 - 443.
- 55 Zierholz, H.-P., Die arbeitsrechtliche und strafrechtliche Stellung und Behandlung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Produktionsstätten in den Städten in Brandenburg-Preußen (1648 - 1800), jur. Diss. A, Berlin 1977, S. 204 ff.
- 56 Ehmer, Familienstruktur und Arbeitsorganisation im frühindustriellen Wien = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, hg. v. A. Hoffmann u. M. Mitterauer, Bd. 13, München 1980, S. 37 - 39.
- 57 StB, Gewerbe-Deputation, Nr. 9977, Act, Berlin, 10. 1. 1799.
- 58 Ebenda, Altgesellen an den Magistrat, 15. 12. 1809.
- 59 Zwahr, H., Zur Konstituierungsgeschichte der deutschen Arbeiterklasse. Stand und Aufgaben der Forschung, in: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse ..., S. 22.

Tabelle 1

Gliederung der Bevölkerung Berlins

Soziale Gruppe	Berlin	Beerdigungen
	insgesamt 1790 ⁺ in %	St. Georgen 1740 - 1799 in %
Hof- und Beamtenadel	1,71	0,12
Offiziere	0,76	0,42
Handels- u. Manufakturbourgeoisie	0,62	2,18
Leitende Beamte	1,00	1,01
Mittlere u. subalterne Beamte	2,56	5,47
Intelligenz/Akademiker	0,51	1,23
Unteroffiziere	3,13	0,95
Lehrer	0,43	0,91
Handwerker	7,24	24,44
Kleinhändler/Kleingewerbetreibende	3,26	7,11
Ackerleute/Gärtner	1,03	7,56
Soldaten	12,60	3,38
Gesellen	11,72	13,54
Manufakturarbeiter	15,83	16,69
Dienstboten	15,41	2,70
Tagelöhner	4,96	10,81
Arme	13,11	0,29
ohne Angabe/Sonstige	4,10	1,19
Summe	100,0	100,0

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Generaldirektorium Kurmark, Materien, Tit. 265, Nr. 29: Alphabetische Tabellen von den Künstlern, Handwerkern... in den kurmärkischen Städten, 1792 - 1802.

Tabelle 2

Todesursachenentwicklung Berliner Lohnarbeiter

Krankheitsgruppe	1710/39 in %		1740/69 in %		1770/99 in %	
	insges. arb.	Manuf. -arb.	insges. arb.	Manuf. -arb.	insges. arb.	Manuf. -arb.
Jammer/Zähne (Kleinkinder)	28,8	35,3	26,9	27,4	21,5	21,3
Auszehrung/ Schwindsucht/ Brustkrankheit	14,0	14,3	20,1	20,7	21,7	22,6
Pocken/Hitziges Fieber/ Ruhr	13,5	13,0	16,2	14,9	14,5	14,9
Schlagfluß/Geschwulst	10,8	11,8	12,3	10,5	11,4	11,6
Summe	67,1	74,4	75,5	73,5	69,1	70,4

Quelle:

Beerdigungsregister des St. Georgen-Kirchspiels in der Königstadt.

Tabelle 3

Entwicklung der Lebenserwartung Berliner Lohnarbeiter

Soziale Gruppe	1710/39		1740/69		1770/99	
	bei Geburt	mit 20 Jahren	bei Geburt	mit 20 Jahren	bei Geburt	mit 20 Jahren
Soldaten	17,1	56,2	10,5	50,7	12,8	51,9
Gesellen	19,5	49,0	22,5	50,4	18,4	51,2
Manufakturarbeiter	11,8	45,6	13,9	49,9	20,2	54,8
Dienstboten	20,2	55,0	18,8	50,7	19,1	49,4
Tagelöhner	22,6	54,4	23,6	52,3	25,8	54,9
Insgesamt	17,5	48,5	18,6	50,3	20,4	53,0

Quelle:

Beerdigungsregister des St. Georgen-Kirchspiels in der Königstadt.

Abbildung 1

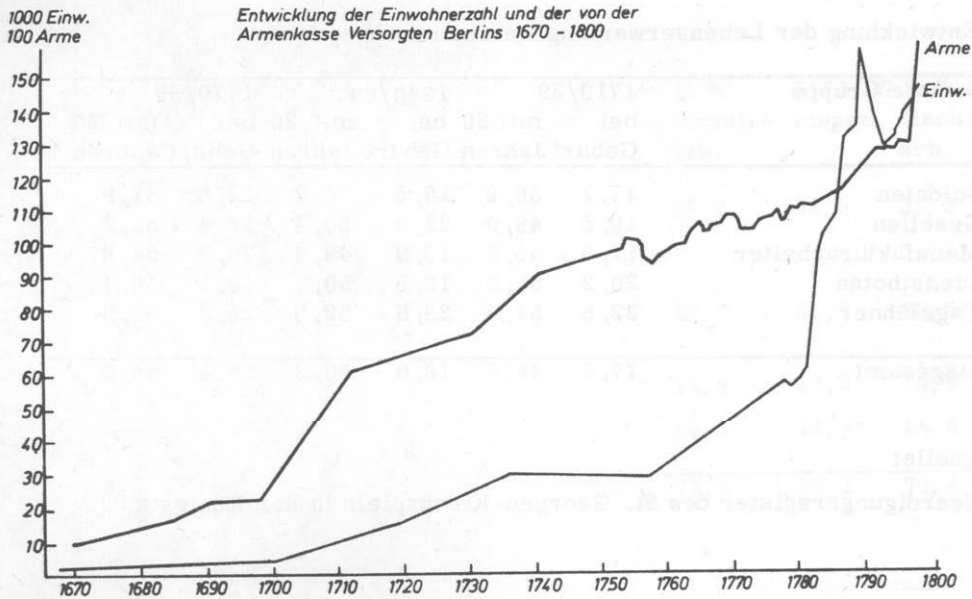


Abbildung 2

Zusammensetzung der Lohnarbeiter im St. Georgen-Kirchspiel

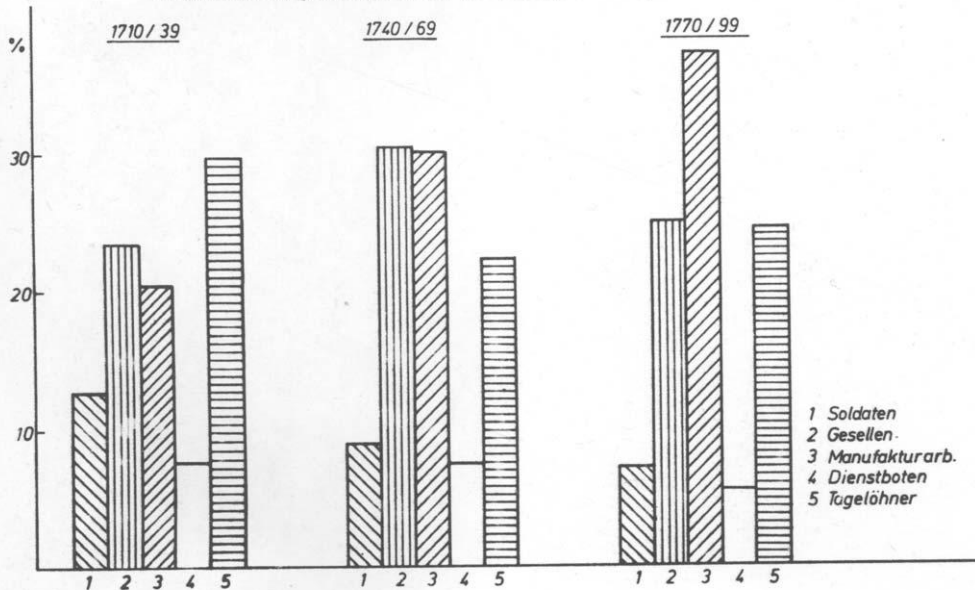


Abbildung 3

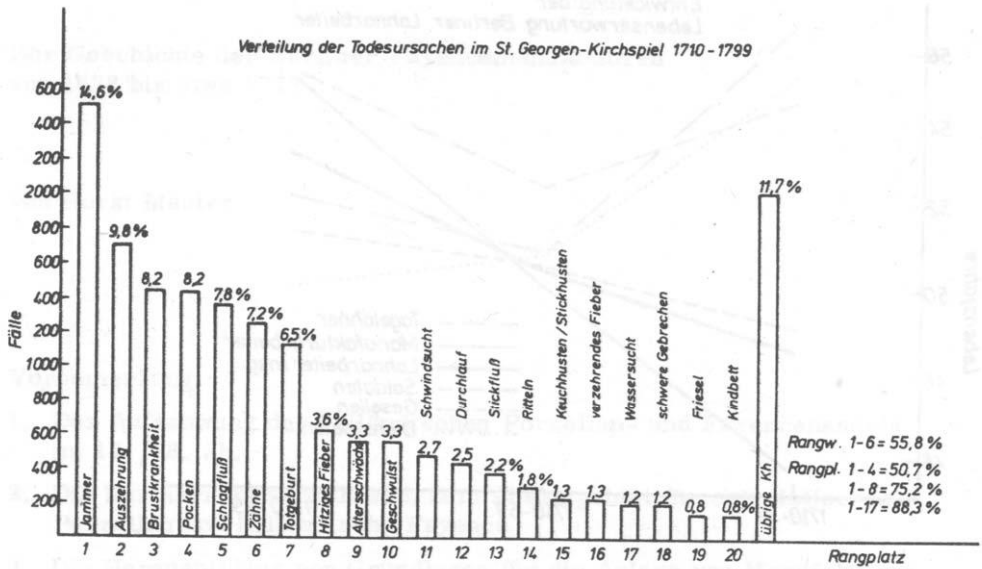


Abbildung 4

Entwicklung der Todesursachen Berliner Lohnarbeiter

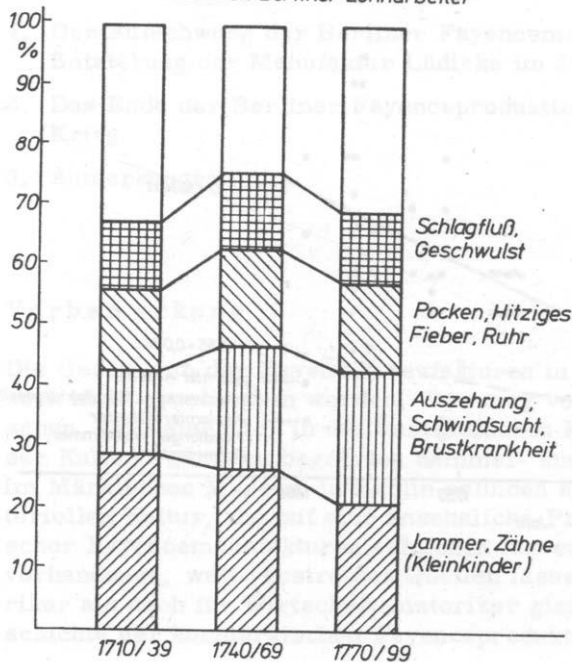


Abbildung 5

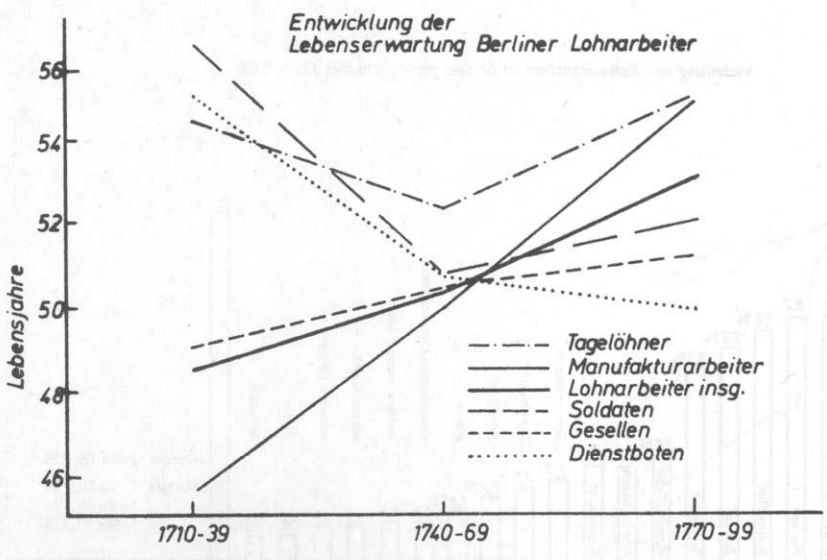
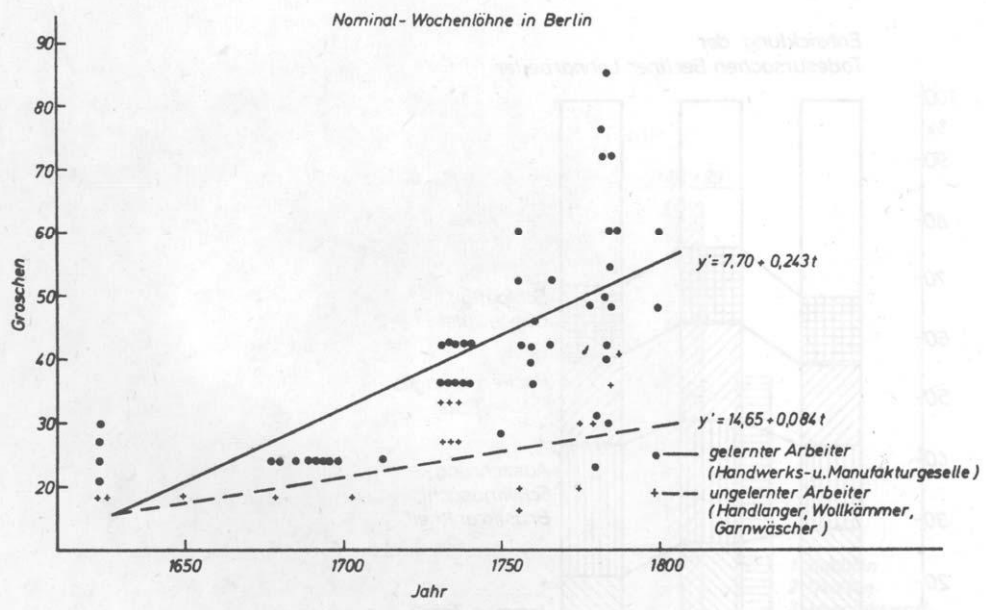


Abbildung 6



Zur Geschichte der Berliner Fayencemanufakturen
von 1678 bis etwa 1779

von Horst Mauter

Vorbemerkung

1. Der Aufschwung des holländischen Porzellan- und Fayencehandels im 17./18. Jh.
2. Die Kurmark entwickelt sich zum Absatzgebiet für ostasiatisches Porzellan und holländische Fayence
3. Die Herausbildung von Grundlagen für die Anlage von Manufakturen in Berlin/Cölln im letzten Drittel des 17. Jh.
4. Die Entstehung der ersten Fayencemanufaktur im Jahre 1678 und ihre Entwicklung bis zur Jahrhundertwende
5. Die Entstehung der zweiten Berliner Fayencemanufaktur im Jahre 1699
6. Die Entwicklung der Berliner Fayencemanufaktur bis 1740
7. Der Aufschwung der Berliner Fayencemanufakturen und die Entstehung der Manufaktur Lüdicke im Jahre 1756
8. Das Ende der Berliner Fayenceproduktion nach dem Siebenjährigen Krieg
9. Anmerkungen

Vorbemerkung

Die Geschichte der Fayencemanufakturen in der ehemaligen Kurmark ist noch nicht geschrieben worden. Das mag verwundern, denn in den deutschen, teilweise auch in den ausländischen Museen gehören Fayencen dieser Kulturprovinz zu begehrten Sammel- und Ausstellungsobjekten. Allein im Märkischen Museum in Berlin befinden sich 500 dieser Zeugen der materiellen Kultur, die auf eine ansehnliche Produktion einzelner kurmärkischer Fayencemanufakturen schließen lassen.¹ Die nur sehr lückenhaft vorhandenen, weit verstreuten Quellen lassen eine sowohl für Kulturhistoriker als auch für Wirtschaftshistoriker gleich wertvolle geschlossene Geschichte der kurmärkischen Fayenceproduktion nicht zu.² Auch die vorlie-

gende Studie kann solch eine Darstellung nicht ersetzen. Ihre Aufgabe soll es sein, bei der musealen Bearbeitung von Produkten der Fayencemanufakturen angefallenes, gesammeltes und ausgewertetes, durch gezielte Recherchen in verschiedenen Archiven und Bibliotheken ergänztes Quellenmaterial aufzubereiten, so daß für die territoriale Wirtschaftsgeschichte dieser Zeit Schlußfolgerungen gezogen werden können. Denn trotz aller Lücken in den Nachrichten über die fast 100jährige Geschichte der Berliner Fayenceproduktion lassen manche der Quellen im einzelnen doch wichtige Erkenntnisse über die Entstehung und Entwicklung solcher Manufakturen und über die sozialökonomische Stellung spezifischer Teile des Bürgertums zu. Den marxistischen Berlin-Historiker muß der von bürgerlichen und borussophilen Historikern oft als "Phänomen" verklärte Aufstieg der in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Residenz an der Spree zum "glanzvollen" Mittelpunkt des preußischen Königreiches und zur größten deutschen Manufakturstadt immer wieder herausfordern zu detaillierten Untersuchungen, zu Forschungen nach den Ursachen solch einer Entwicklung und zu differenzierteren Einschätzungen.

Was das ostelbische Preußen anbetrifft, liegen für die Zeit vor dem Siebenjährigen Krieg interessante Studien zur Entwicklung im Agrarbereich vor. In welcher Weise und in welchem Umfang sich die Veränderungen der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft während des beginnenden Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzogen haben, läßt sich trotz mancher interessanter Detailstudie immer noch nicht annähernd beantworten.³ In Anknüpfung an Überlegungen marxistischer Historiker scheint es mir nach wie vor notwendig, die während des Reifeudalisierungsprozesses nach dem Dreißigjährigen Krieg entstandenen Voraussetzungen und Möglichkeiten "für die Herausbildung nicht mehr oder nicht mehr ausschließlich feudaler Produktionsverhältnisse" in unserer Stadt zu analysieren und neue detaillierte Untersuchungen über die Herausbildung und Entwicklung der Manufakturen und des Manufakturbürgertums vorzulegen.⁴ Besonders wichtig erweisen sich solche Analysen hinsichtlich der Entwicklung Berlins zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und 1713. Vor einem halben Jh. gab es erste Untersuchungen durch den Historiker Hugo Rachel, die auf die Beantwortung der oben gestellten Fragen hinzielten, allerdings aus einseitig großbürgerlicher Sicht.⁵ Sie sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen,⁶ zugleich die letzten. Trotzdem wird in manchen allgemeinen Darstellungen auch heute immer noch die ökonomische Entwicklung Berlins so geschildert, als wären erst seit 1713 lebensfähige Manufakturen entstanden.⁷ Der Widerspruch zu anderen Darstellungen liegt hier klar auf der Hand und bedarf einer Klärung.

1. Der Aufschwung des holländischen Porzellan- und Fayencehandels im 17./18. Jh.

Seit sich die 7 niederländischen Nordprovinzen 1581 von Spanien losgesagt hatten, vollzog sich unter den Bedingungen eines erfolgreichen Befreiungskrieges, über grundlegende Veränderungen der Produktions- und Ausbeutungsformen und der Ausbreitung und Durchsetzung neuer ideologischer Auffassungen, unter ständigen äußeren und inneren Auseinandersetzungen jene revolutionäre Entwicklung, an deren Ende zum erstenmal der Sieg der frühbürgerlichen Revolution in einem Land stand. In ihrem Ergebnis errangen die Bourgeoisie und der verbürgerlichte Adel die Macht. Dieser Prozeß äußerte sich wirtschaftsgeschichtlich im Aufstieg der Generalstaaten zur ersten Handelsmacht der Erde, so daß niederländische Zeitgenossen vom "goldenen Jahrhundert" sprachen.

Seit 1580 war Phillip II. von Spanien zugleich König von Portugal. Im Jahre 1594 sperrte er den Holländern den auch für sie bis dahin so wichtigen Durchgangshafen Lissabon, damals das Tor Mittel-, Nord- und Westeuropas zu den mittel- und fernöstlichen Ländern. So zwang er ungewollt seine Gegner, sich dem direkten Handel mit diesen Gebieten zuzuwenden.⁸ Neben dem Ausbau der vielen traditionellen Handelsverbindungen drängte die expansive holländische Handelsbourgeoisie nun mit Macht in die Domänen der spanischen und portugiesischen Kaufleute. Im März 1602 wurde die "Vereenigde Oostindische Compagnie" mit dem seinerzeit riesigen Startkapital von 6 424 588 niederländische Gulden gegründet; sie übernahm - 2 Jahre nach Gründung der englischen "East-India-Company" - den niederländischen Monopolhandel mit dem Mittleren und Fernen Osten.⁹ Nachdem einige Niederlassungen - oft durch die Vertreibung portugiesischer Konkurrenten - entstanden waren, gelang es, mit China Handelsverbindungen aufzunehmen, die trotz vorübergehender Schwankungen und Tiefpunkte zur ständigen Einrichtung wurden. Nach der Öffnung des Hafens von Guanzhou (Kanton) für Europäer im Jahre 1699 konnten diese Verbindungen durch eine niederländische Faktorei stabilisiert werden. Neben Pfeffer und Seide, den Hauptwaren des Chinahandels, gewann im 17. Jh. Tee als Handelsprodukt zunehmend an Bedeutung. In den Jahren 1602 und 1604 waren die beiden portugiesischen porzellanführenden Schiffe "San Jago" und "Catarina" von holländischen Seeleuten gekapert worden, und damals wurden auch in Middelburg und Amsterdam zum erstenmal große Mengen chinesischen Porzellans versteigert.¹⁰ Jetzt begann für die Holländer in Ostasien käuflich erworbenes Porzellan ein bedeutendes Importgut zu werden. Es blieb allerdings immer hinter den anderen, wichtigeren Handelsgütern zurück. Zwar kam auch über das früher den Porzellanhandel beherrschende Lissabon, später mehr und mehr auch über britische und französische Häfen Porzellan nach Europa, doch holländische Häfen entwickelten sich zu Hauptumschlagplätzen für dieses Handelsgut.¹¹

Als der Porzellanhandel mit China wegen innerchinesischer Wirren nach 1640 zusammenbrach, nahmen holländische Kaufleute auch mit Japan Verbindung auf und bezogen diese Keramik zeitweise und in geringen Mengen von dort. Während von 1604 bis 1657 etwa 3 Mill. Stück chinesisches Porzellan nach Europa gebracht wurden, belief sich die Einfuhr von japanischem zwischen 1659 und 1682 nur auf insgesamt 190 000 Stück.¹² Seit Anfang des 17. Jh. kauften Könige, Adlige und Bourgeois aus anderen europäischen

Ländern Porzellan in Holland. Nach dem Westfälischen Frieden wurde auch das Gebiet zwischen Rhein und Oder mit seinen rund 1350 souveränen Ländern und Ländchen zum wichtigen Absatzgebiet für den niederländischen Porzellanhandel.

Als am Anfang des 17. Jh. in Holland zum erstenmal chinesisches Porzellan in größeren Mengen versteigert wurde, gab es in den Niederlanden bereits eine Art Keramik, die bald mehr in den Mittelpunkt treten sollte.¹³ Zu Beginn des 16. Jh. hatten italienische, nach Flandern eingewanderte Keramiker aus ihrer Heimat die Kunst der Herstellung von Majolika mitgebracht. Eine vorwiegend weiße, nur spärlich bemalte Abart hatte nach dem ersten bedeutenden Hauptort ihrer Herstellung - der italienischen Stadt Fayenca - den Namen Fayence erhalten. Am Anfang des 17. Jh. gab es in mehreren Städten der von der spanischen Herrschaft befreiten Nordprovinzen eine größere Anzahl von Fayencetöpfnern, z. B. in Haarlem, Amsterdam, Dordrecht und Delft. Ihre Meister waren mit Vertretern von 7 anderen Berufsgruppen in der St. Lucas Gilde organisiert. Zum Mittelpunkt der Produktion dieser bald manufakturmäßig gefertigten Keramik entwickelte sich bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges die Stadt Delft. Der große Aufschwung der Fayencemanufakturen war durch die Tatsache bestimmt, daß es den Keramikern gelungen war, ihre Produkte zu vervollkommen. Diese sahen dem teuren chinesischen Porzellan oft täuschend ähnlich. Als fast gleich schönes, aber billigeres und schneller lieferbares, auf Bestellung in besonderen Formen herstellbares "Hollantsch porcelain", "unecht porcellain" oder "Delftisch Guth"¹⁴ erfreute es sich schon vor 1700 großer Beliebtheit. Zwar hatte es entgegen dem "echten" Porzellan aufgrund der Materialzusammensetzung und seiner Verarbeitung einen dickeren, weichen, porösen, nicht so haltbaren Scherben. Aber die im Äußeren gelungene Nachahmung des fremdartigen fernöstlichen Vorbildes und der geringere Preis erlaubten es den Manufakturbesitzern und Händlern, der Konkurrenz des ostasiatischen Porzellans zu begegnen. Außerdem konnten durch die Gegebenheiten des andersartigen Materials und die Zinn-Oxid-Glasur mitunter besondere Reize und Effekte hervorgerufen werden, die der barocken Kunstauffassung weitgehend entgegenkamen. Auf den Kaminen, Schränken und Tischen sowie in den Küchen der Feudalherren und Patrizier, der Hofadligen, Beamten, der reicheren Manufakturbesitzer und Zunftmeister und anderer bemittelter Bürger fanden sich neben mehr oder minder zahlreichem "echtem" Porzellan bald in immer größerer Menge allerart Fayencen.

Die Nachfrage - auch aus anderen europäischen Ländern - war bedeutend. So avancierte Fayence zu einem wichtigen Exportgut der niederländischen Kaufleute. Allein in Delft gab es zwischen 1660 und 1730, der Blütezeit der niederländischen Fayenceproduktion, über 30 Manufakturen, und noch 1764 betrug ihre Zahl 25.¹⁵

2. Die Kurmark entwickelt sich zum Absatzgebiet für ostasiatisches Porzellan und holländische Fayence

Im zähen Ringen mit den Ständen der einzelnen Territorien Brandenburg-Preußens und in ständigen Auseinandersetzungen mit seinen anderen deutschen und europäischen Konkurrenten sicherte Kurfürst Friedrich Wilhelm nach dem Dreißigjährigen Krieg die Grundlagen der feudalabsolutistischen Herrschaft. Berlin/Cölln und Potsdam, die Residenzstädte des Kurfürstentums, wandelten sich zum Wohn- und Wirkungsbereich eines sich schnell entwickelnden Hofstaates. Allmählich erholte sich das Land von den Auswirkungen des großen Krieges. Die unmittelbare Bedrohung durch die Armeen ausländischer Mächte konnte bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre beseitigt werden. Die finanzpolitischen Grundlagen des Staates wurden durch die Verbesserung der Domänenwirtschaft und die Einführung eines Steuersystems nach holländischem Vorbild verbessert. So entstanden günstige Voraussetzungen, um auch die Residenzstädte Berlin/Cölln und Potsdam samt ihren kurfürstlichen Schlössern wieder auf- bzw. ausbauen zu lassen.

Der Einfluß der Niederlande auf die deutschen Staaten war auf allen Gebieten des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens in diesen Jahrzehnten des 17. Jh. bedeutend.¹⁶ Die Ursache, daß Holland, der entwickeltste Teil der Niederlande, im 17. Jh. "das Musterland der ökonomischen Entwicklung" war,¹⁷ Das im erfolgreichen Verlauf seines Freiheitskampfes politisch erstarkte und ökonomisch sich schnell entwickelnde Land zog Vertreter des Adels und des Bürgertums aus ganz Europa wie ein Magnet an. Für seine besondere Ausstrahlungskraft auf Brandenburg-Preußen gab es jedoch noch andere Faktoren.

Durch die Angliederung des Herzogtums Kleve wurde der brandenburgisch-preußische Staat direkter Nachbar der bürgerlichen Republik. Bereits 1634 bis 1638 hatte Friedrich Wilhelm als Kurprinz mit seinem persönlichen Gefolge zur Ausbildung in den Niederlanden geweiht. In diesen Jahren der Persönlichkeitsfestigung trieb er u. a. gesellschaftspolitische und staatswissenschaftliche Studien an der damals tonangebenden Universität Leiden.¹⁸ 8 Jahre später heiratete er im Haag Luise Henriette von Oranien, die Tochter des Statthalters Friedrich Heinrich von Oranien.¹⁹ Die außenpolitischen Bestrebungen des Kurfürsten zielten in den ersten Jahrzehnten seiner Regierung unter dem Einfluß dieser engen persönlichen Bindungen auf ein Bündnis mit diesem Lande hin, das seine politischen und ökonomischen Vorstellungen so stark geprägt hatte. Seine enge Verbundenheit mit diesem Lande drückte sich auch in der Tatsache aus, daß er dem Magistrat der weltoffenen Handelsstadt Amsterdam 1655 die Patenschaft über seinen erstgeborenen Sohn Karl Aemil anbot. Eine Amsterdamer Bürgerdelegation unter Leitung des Bürgermeisters reiste zu diesem Zweck nach Berlin.²⁰ Der Kurfürst seinerseits weilte bis zum Tod seiner ersten Gattin (1667) mehrmals in Holland, mitunter auch noch danach.

Diese besonderen Beziehungen des Kurfürsten zu den Generalstaaten spiegelten sich in seiner näheren Umgebung wider. Einer seiner engeren Vertrauten in früher Regierungszeit war Graf Georg Friedrich von Waldeck, der nach seinem Eintritt in kurbrandenburgische Dienste 1651 zeitweilig bedeutenden Einfluß auf die Politik Friedrich Wilhelms ausübte. In den Niederlanden ausgebildet, hatte er in den Diensten der republikanischen

Armee gestanden und war durch seine nassauische Gemahlin ebenfalls mit dem oranischen Hause verschwägert.²¹ Johann Georg II. von Anhalt-Des-sau, den der Kurfürst ebenfalls in seine Dienste nahm, war mit einer Tochter seines Schwiegervaters Friedrich Heinrich von Oranien vermählt.²² Der Reisemarschall des brandenburgisch-preußischen Herrschers, Dietrich Sigismund von Buch, verlebte manchen seiner Urlaube in Holland; mehrmals weilte er dort auch im Gefolge des Kurfürsten und in dienstlichen Angelegenheiten.²³ Andere Beamte des Herrschers konnten sich ebenfalls nicht den Verbindungen mit Holland entziehen. Otto von Schwerin, der Erzieher der Kronprinzen und Oberpräsident des Geheimen Rates, hatte nicht nur die Universitäten in Königsberg, Frankfurt (Oder) und Straßburg, sondern auch in Leiden besucht.²⁴ Für ihn sind auch später ebenso Aufenthalte in Holland nachweisbar, wie für andere Adlige, Beamte und Offiziere, z. B. Blaspiel, Romswinkel, v. Pöllnitz, die beiden Prinzen von Kurland, v. Knesebeck und v. Dönhoff. Überhaupt war es bei jungen vermögenden Adligen üblich, einmal eine längere Reise zu unternehmen, die nicht nur nach England und Frankreich, sondern vor allem auch nach Holland führen mußte.²⁵

Die auf diese Art verstärkte Ausstrahlungskraft des bürgerlich-aristokratischen Hollands beeinflusste auch die kulturelle Entwicklung in Brandenburg-Preußen und dort vor allem in dessen Residenzstädten jahrzehntelang. Für den Aufbau der im Dreißigjährigen Krieg verelendeten Städte, für den Ausbau mancher von ihnen zu Festungen, für die Gestaltung der zu rekonstruierenden und neu zu erbauenden Schlösser, für die Anlage der Schloßparks und Lustgärten und für den Ausbau der Verkehrswege zog der Kurfürst nachweislich seit 1647 Spezialisten aus den Niederlanden heran. Ständig warben seine Beauftragten oder er selbst im Haag, Amsterdam und Brüssel Ingenieure, Architekten, Maler, Kupferstecher, Medailleure und andere Künstler, Techniker und Handwerker. Friedrich Nicolai nennt Namen von 131 dieser für den Ausbau der Residenzstädte angeworbenen Künstler und Techniker, ohne daß seine Aufzählung Anspruch auf Vollständigkeit erheben könnte.²⁶

Nach dem Vorbild niederländischer Kaufleute, Kapitäne und Vertreter des verbürgerlichten Adels bezog der Kurfürst - ähnlich wie andere Territorialfürsten - in die Aufbau- und Erweiterungspläne für die Schlösser Raritätenkabinette, Kunst- und Porzellankammern mit ein; dem eiferten Hof- und vermögende Landadlige, bald auch wohlhabende Bürger nach.

Stark beeindruckt zeigte sich der Kurfürst vom profitablen Handel der Vereinigten Ostindischen Kompagnie mit den fernöstlichen Ländern, der eine "wichtige Quelle der Akkumulation von Geldvermögen"²⁷ war. Offenbar hegte er, noch bevor erste Pläne für die Anlage brandenburgisch-preußischer Faktoreien an der westafrikanischen Küste gereift waren, Hoffnungen, in Zukunft selbst "einen Handel mit Ostindien und China anknüpfen zu können, von dessen Erfolgen er sich große Resultate versprach".²⁸ Solche Gedanken mögen Ausgangspunkte für die Unterstützung des Probstes Müller in Berlin und des kurfürstlichen Leibarztes Menzel bei Studien der chinesischen Sprache und Kultur sowie für die Berufung des aus China zurückgekehrten sprachkundigen Franzosen Couplet an den Hof gewesen sein. Durch die Vermittlung Müllers und Menzels sollen erste Raritäten aus jenen Ländern nach Berlin eingeführt worden sein.²⁹

Seit 1670 stand der Kurfürst mit dem Lieutenant der Ostindischen Kompagnie in Batavia, Christian Pohlemann, in brieflichem Kontakt. Dieser schickte bis zu seinem Tod, der nach 1676 eingetreten sein muß, nachweisbar mit mehreren Schiffen Sammlergut für die Raritäten- und Kunstsammlungen des Kurfürsten in die Residenz an der Spree.³⁰ Seit 1682 hat ein anderer ostasiatischer Agent in Batavia, L. Andr. Steyer, solche Sendungen nach Berlin geschafft. Als Vermittler fungierte der Kaufmann und kurfürstliche Agent in Amsterdam, Tibery Matroos.³¹ Der Kurfürst wurde bei seinem Amsterdam-Besuch im Jahre 1675 von den Holländern "mit großer Pracht" empfangen; er besuchte dort auch das "indische Haus", wo ihm Gewürze und "alle anderen Seltenheiten, welche aus dem Lande kamen", gezeigt wurden und wo er "viele Geschenke von Spezereien und anderen seltenen Sachen" erhielt.³²

Mit Sicherheit kam Kurfürst Friedrich Wilhelm seit seinem ersten Aufenthalt in Holland - dort wuchs das Porzellan aus der Abgeschiedenheit der Kunst- und Wunderkammern in die Sphäre barocker repräsentativer Dekoration hinüber - immer wieder mit dieser Keramik in Berührung. Seine ganz im holländischen Kulturmilieu aufgewachsene Gattin Luise Henriette ließ beim 1651 begonnenen Aufbau ihres Schlosses Oranienburg durch Johann Gregor Memhardt unter Beteiligung von Michael Matthias Smids die erste bedeutende Porzellankammer in Deutschland "mit nicht geringen Porzellanbeständen" einrichten.³³ Ein weit größeres Porzellankabinett und eine Porzellanküche nach holländischer Art entstanden hier seit 1693 mit dem 1688 begonnenen Umbau des Schlosses durch Johann Arnold Nering.³⁴ Als seit 1679 der Alabastersaal im Berliner Schloß nach dem Vorbild holländischer Fest- und Repräsentationssäle und die Braunschweigische Galerie entstanden, ist darauf geachtet worden, daß "der kostbare Porzellanschatz" seine Aufstellung fand.³⁵ Am Ende des 17. und am Beginn des 18. Jh. verzeichneten einzelne Inventare mehrerer Schlösser und Herrenhäuser z. T. reiche Porzellanbestände, und einzelne Reisende berichteten enthusiastisch von ihnen.³⁶

Um 1680 tauchten hier und da erste Nachrichten über den Erwerb von ostasiatischem Porzellan auf, wenn sie in solchen Erwerbsberichten auch noch hinter anderem Sammelgut zurückstehen. Im Jahre 1689 beklagte sich der Verwalter der kurfürstlichen Kunstammer, Christoph Ungelter, bei Friedrich III., dem späteren König Friedrich I. in Preußen, über die unübersichtliche Unterbringung des Kunst- und Raritätengutes und nennt u. a. auch Porzellan.³⁷ Als im Stile Ludwig XIV. die Zurschaustellung absolutistischer Macht auch durch äußere Pracht zum Werkzeug der Außen- und Innenpolitik wurde, erhielt das Porzellan eine hervorragende Bedeutung. So wie August der Starke, ein "leidenschaftlicher Freund jenes ostasiatischen Fabrikats", für das er "Hunderttausende verschleuderte", "mit der Porzellansucht den ganzen Hof ansteckte",³⁸ hat Porzellan einschließlich des "Delfter Guths" - also der Fayence - am Ende des 17. Jh. einen immer breiteren Absatz in der herrschenden Klasse und nachweislich auch in den vermögenden Schichten des sich schneller entwickelnden Bürgertums in Brandenburg-Preußen gefunden. Er wurde durch die Produktion und den Handel der Holländer gedeckt. Das mußte beim Landesherrn und seinen Beamten, deren Vorstellungen zeitgemäß im Merkantilismus wurzelten, die Überlegung herausfordern, ob die eingeführten, viel "gutes Geld" kostenden Waren nicht im Lande selbst produziert werden könnten.

3. Die Herausbildung von Grundlagen für die Anlage von Manufakturen in Berlin/Cölln im letzten Drittel des 17. Jh.

Helga Eichler betonte mit Recht, daß in Preußen insgesamt gesehen "wichtige wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen für die Entwicklung kapitalistischer Manufakturen ... nur unzureichend gegeben" waren.³⁹ Trotzdem entwickelten sich bis zu den 80er Jahren des 17. Jh. gewisse Grundlagen, so daß man "von einer zögernden Entwicklung kapitalistischer Manufakturen"⁴⁰ sprechen kann.

Mit Recht wird der Dreißigjährige Krieg als die größte Katastrophe bezeichnet, die Deutschland bis dahin erlebt hatte. Nach seinem Ende waren große Teile des Reiches verwüstet und seine Bevölkerung um ein Drittel dezimiert.⁴¹ Die Kurmark, seit 1626 mehrmals Durchzugsgebiet und Kampfschauplatz der sich bekämpfenden Parteien, hatte besonders hohe Verluste an Menschen, Vieh und kultiviertem Land erlitten. Ihre Bevölkerungszahl auf dem "platten Land" war von 240 000 auf etwa 70 000, die Anzahl der Dörfer von ca. 8000 auf 4000 gesunken. Die Städte der Kurmark und der angrenzenden Gebiete waren besonders hart betroffen:

Einwohnerzahlen einiger wichtiger Städte der Kurmark und angrenzender Gebiete vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg

Frankfurt (Oder)	1618 = 13 000	1653 = 2 366
Brandenburg	1618 = 10 000	1648 = 4 000
Spandau	1620 = 3 600	1648 = 1 500
Berlin/Cölln	1609 = 12 000	1654 = 6 197
Magdeburg	1618 = 20 000	1644 = 2 464

Quelle:

Hinze, K., Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685 - 1806, Berlin 1963, erw. u. verb. 2. Aufl., S. 24 f.

Berlin/Cölln zeigte vor dem Krieg bescheidene Ansätze einer wirtschaftlichen Belebung.⁴² Doch nun waren diese beiden Städte zu armseligen, ökonomisch unvermögenden, halbverfallenen Orten herabgesunken. Von den ehemals 1209 Häusern galten nach dem Krieg 450 als "wüst".⁴³ Die Kaufleute der beiden Städte fanden ihre Beziehungen zu anderen kommerziellen und gewerblichen Zentren Mittel-, Nord- und Ostdeutschlands gestört; außerdem drängte sie die allgegenwärtige Konkurrenz der kapitalkräftigeren Hamburger Kaufleute in den Hintergrund. Überall stießen sie auch auf die Konkurrenz der Leipziger, Magdeburger und Frankfurter Kaufleute.⁴⁴

Die gewerbliche Kleinproduktion hatte in Berlin/Cölln kaum noch überörtliche Bedeutung, bestenfalls für die angrenzenden Agrarbezirke. Die wirtschaftlich verzweifelte Situation forderte die Zünfte zu Maßnahmen heraus, die eher der Begrenzung ihrer Produktion statt ihrer Ausweitung dienten. Von 1500 bis 1612 waren zu den 11 schon vorhandenen Zünften 27 hinzugekommen; bis 1682 wurde nur ein einziges neues Gewerksprivileg - 1643 für die Seifensieder - erteilt. Erst in den folgenden 60 Jahren sind wieder 40 neue Gewerksprivilegien vergeben worden.⁴⁵ Auch diese Zahlen spie-

geln den gewerblichen Rückschritt während des Dreißigjährigen Krieges und die gewerbliche Stagnation danach wider.

Zwischen dem Kriegsende und der Zeit um 1680 wirkten in Deutschland verschiedene Faktoren auf die ökonomische Entwicklung ein, die durchaus Fortschritte ermöglichten, wenn insgesamt gesehen auch relativ bescheidene - Fortschritte, die Friedrich Engels als das "Wiederemporkriechen des Bürgertums" charakterisierte.⁴⁶

Unter den Bedingungen der Herausbildung des "verkrüppelten" kleinstaatlichen Absolutismus prägte die Zementierung der zweiten Leibeigenschaft durch die Übereinkunft zwischen Kurfürst Friedrich Wilhelm und den Ständen die gesamte weitere Entwicklung. Auch das Festhalten am verknöcherten Zunftsystem dürfte jenem Prozeß dienlich gewesen sein, der als "Refeudalisierung" die sozialökonomische Entwicklung in Deutschland ganz allgemein bestimmte.⁴⁷ Das neugeschaffene stehende Heer als Instrument des Kurfürsten sicherte dessen Machtansprüche im Innern gegen den Landadel und die Volksmassen, nach außen gegen angreifende ausländische Mächte und ermöglichte zugleich die Realisierung eigener Expansionspläne.

Auf die Entwicklung von Berlin/Cölln wirkte diese gesellschaftliche Grundgestaltung auf besondere Art. Die Sanktionierung der zweiten Leibeigenschaft und der bestehenden Zunftverhältnisse beeinflusste ihre Entwicklung insgesamt gesehen negativ, aber: sie erhoben die Doppelstadt von vornherein zum kommerziell-gewerblichen Wirkungsfeld. Von Bedeutung war außerdem die Funktion Berlin/Cöllns als brandenburgisch-preußische Residenz; sie wuchs zum Zentrum der entstehenden staatlichen Verwaltung. Der nun verstärkt in die Stadt ziehende, luxusbeanspruchende Adel wurde zum bedeutenden Auftraggeber und Käufer für den Handel und das Handwerk. Der Auf- und Ausbau der Wohnbezirke, Palais und Schlösser sowie der Festungsbau rissen zwar große Löcher in den sich nur allmählich stabilisierenden Staatshaushalt, aber diese Summen flossen wenigstens z. T. in die Kassen der Berliner Kaufleute und Handwerker. Der schon unter Kurfürst Friedrich Wilhelm durch den Hof und die dazu gehörende Gesellschaft betriebene Aufwand bildete die Grundlage für ein Luxus-, Mode- und Galanteriegewerbe,⁴⁸ dessen Anfänge bis in die 70er Jahre des 17. Jh. zurückreichen.

Dem an wirtschaftspolitischen Vorstellungen holländischer Merkantilisten geschulten brandenburgisch-preußischen Herrscher⁴⁹ erschien "nicht nur Warenzirkulation, sondern auch Warenproduktion als notwendiges Element" der Gesamtwirtschaft.⁵⁰ Durch die 1649 begonnene Einrichtung von Postverkehrslineien bis in die entlegendsten Teile des Staates, nach Hamburg und Sachsen, durch den Ausbau der Oder-, Spree-, Havel- und Elbeschiffahrt, durch den Bau des Oder-Spree-Kanals und die Verbesserung der Berliner Packhofanlagen rückten die Residenzstädte in den Mittelpunkt verschiedener sich herausbildender Wirtschaftsgebiete, wurde ihre den Handel vermittelnde Stellung gestärkt. Die Aussicht auf profitablen Handel zog Kaufleute aus dem Rheinland, aus Westfalen und aus Holland nach Berlin/Cölln, wie auch Daniel Enckefort, Johann Weyler, Chambert, Daniel Stephani und Elard Esich.⁵¹ Als sich entsprechend dem Edikt vom 21. Mai 1671 bis 1688 über 40 wegen ihres Glaubens aus Wien ausgewiesene bemittelte jüdische Familien in Berlin ansiedelten, trieben sie nahezu ausschließlich "unbeschränkten Handel am Ort und auf den Märkten". Mit ihrem kapitalistischen

Erwerbsgeist trugen sie zur Überwindung der bei den Einheimischen noch vorherrschenden zünftlerisch geprägten Handelsvorstellungen bei. In den Reihen der sich seit 1685 in Berlin/Cölln niederlassenden Refugiés (Hugenotten) befanden sich über 100 Kaufleute und Händler; einige von ihnen betrieben Großhandel.⁵²

Diese Entwicklung führte dazu, daß Berlin/Cöllner Handwerksmeister, vor allem aber Kaufleute, jetzt wieder z. T. erhebliche Geldfonds ansammelten. Sicher verlief der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation in Brandenburg-Preußen immer noch "träge und qualvoll" wenn man mit den Niederlanden, England und Frankreich vergleicht.⁵³ Doch die Situation in Berlin/Cölln war günstiger als im übrigen Brandenburg-Preußen.

Die Entwicklung einer metallurgischen Basis sowie die Wieder- bzw. Neuerrichtung von Glashütten in der Kurmark brachten zwar bedeutende Probleme mit sich, auf die hier nicht einzugehen ist; aber auf die gewerbliche Entwicklung in Berlin/Cölln hatten sie zweifelsohne stimulierende Auswirkungen. Bald nach dem Ende des Krieges begann man mit Versuchen, die Menschenverluste durch Neusiedler auszugleichen, zuerst durch die Ansiedlung von Niederländern.⁵⁴ Schon beim Ausbau Berlin/Cöllns zur Festung (1658/83) wurde mit der Anlage des Friedrichswerder innerhalb der Wälle Raum für neue Siedler geschaffen. Die Bauarbeiten an der Festung waren noch im vollen Gange, als mit der Gründung der Dorotheenstadt (Privileg von 1674) und der Friedrichstadt (1688) weitere siedlungsmäßige Grundlagen für die massenhafte Ansiedlung gelegt wurden. Noch während ihrer Besiedlung, vorwiegend durch Hugenotten, entstanden im Norden, Osten und Süden außerhalb der Festungswälle nach 1680 schnell wachsende vorstädtische Siedlungen. Jetzt schnellten die Bevölkerungszahlen sprunghaft in die Höhe:

Bevölkerungsentwicklung in Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt, Friedrichstadt und den Vorstädten von 1640 bis 1700

Jahr	1640	1654	1661	1670	1680	1685	1690	1700
Einwohner	6 000	6 197	6 500	8 150	9 800	17 400	21 500	29 000

Quelle:

Hinze, K., Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685 - 1806, Berlin 1931, erw. u. verb. 2. Aufl., S. 23.

Wenn außer der zweiten Leibeigenschaft die geringe durchschnittliche Bevölkerungsdichte im ostelbischen Brandenburg-Preußen als eine Hauptursache des nur zögernden Entstehens von Manufakturen anzusehen ist⁵⁵ - für Berlin/Cölln spielte dieser Gesichtspunkt keine Rolle. Nirgendwo in der Kurmark, noch weniger in anderen ostelbischen Teilen Brandenburg-Preußens, entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 17. Jh. eine so günstige Arbeitskräftesituation wie in der Doppelstadt an der Spree.

Ein großes Reservoir von ungelernten Arbeitskräften, das für alle möglichen einfachen Tagelohnarbeiten genutzt werden konnte, war um 1680 hier vorhanden. Sicher bereitete es z. T. Schwierigkeiten, die möglichen Arbeitskräfte - vor allem wenn sie der Stadtarmut, dem "Bettel- und Armenwesen" zugehörten - in wirkliche Arbeitskräfte zu verwandeln.⁵⁶ Lösungswege reichten vom materiellen Anreiz durch den Lohn bis hin zum Er-

laß von Edikten mit der drohenden Aufforderung, "daß alle Müßiggänger und Bettler, so zur Arbeit und Spinner tüchtig, in den Manufakturen und Fabriken und für die Gewerke arbeiten sollen". Letztere hatten schließlich die Einrichtung von Zwangsarbeitsanstalten zur Folge.⁵⁷

Helga Schultz wies auch darauf hin, daß "nicht die Existenz zahlreicher mehr oder weniger freier Arbeitskräfte... etwa eine zahlreiche Landarmut ohne Mobilitätsbeschränkungen, oder viele unzüftige städtische Lohnarbeiter" allein für die Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Gewerbe ausreiche; erforderlich sei auch ein "hohes Niveau der handwerklichen Produktion, das Vorhandensein zahlreicher gewerblich geschulter Arbeitskräfte".⁵⁸ Relativ gut ausgebildete Facharbeiter, Handwerker, gab es in Berlin/Cölln in großer Zahl. Sie gehörten 39 Zünften an, deren strengen Bräuchen und Regeln sie sich allerdings unterwerfen mußten. Für Freimeister, privilegierte und konzessionierte Manufakturbesitzer, die "mit Hilfe des staatlichen Zwanges, mit Hilfe staatlicher Privilegien"⁵⁹ vom Zunftzwang befreit waren, stellten sie oft den Hauptteil der Facharbeiterschaft. Die Einwanderung tausender Refugiés seit 1685 wurde eine weitere Quelle von Spezialarbeitern in den entstehenden Manufakturen. In dieser Zeit brachten die aus dem Ausland verpflichteten Manufakturgründer auch oft ihre Spezialisten aus der Heimat mit.

So gab es in der Arbeitskräftesituation um 1680 - im Vergleich zu den großen Städten und Gewerbezentren in Westeuropa - sicher keine idealen Bedingungen für das Entstehen von Manufakturen, aber immerhin die besten im ganzen ostelbischen Raum.

Bis zum Ende des 17. Jh. hatten sich die sozialökonomischen Verhältnisse in Berlin/Cölln in einem Maße stabilisiert, daß das Entstehen von Manufakturen möglich wurde. Erste Konzessionen sind 1660/61 dem Amsterdamer Kaufmann Johann Weyler erteilt worden, doch scheinen diese Versuche erfolglos geblieben zu sein. Die Kammerräte des Kurfürsten Daniel Stephani und Elard Esich gründeten 1678 eine "große Wollmanufaktur", die Weber hausindustriell ausbeutete und in einer zentralen Werkstatt die Appretur und Färberei betrieb. Nur 1 Jahr später erhielten dieselben Unternehmer ein Privileg für die "erste im Lande errichtete" Zuckersiederei, 2 Jahre danach der Berliner Bürgermeister Bartholdy und der kurfürstliche Rat Senning ein 20jähriges Monopol für die erste Tabakspinnerei. Nach der Aufnahme der Hugenotten in Berlin im Jahre 1685 entstanden hier und in der gesamten Mark z. T. neue Gewerbe. Viele der neuen Betriebe könnten von vornherein als Manufakturen gegründet worden sein. In einem Edikt von 1689 werden "verschiedene ansehnliche und sehr kostbare Französische und andere Manufakturen, von allerhand Tüchern, Stoffen, Hüten, Strümpfen von Seiden und Wollen" genannt, andere Quellen erwähnen solche für Lein- und Rüböl, gegossene Lichte, Seife, Papier, Lohgerbereien und eine Gazemanufaktur.⁶⁰

Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte all dieser Unternehmungen harret noch ihrer genauen Untersuchung. Recherchen in den Archiven müssen noch genaue Antworten auf die Fragen geben, in welchem Maße Kaufleute ihre Geldfonds in Kapital verwandelten bzw. wie umfangreich und erfolgreich die vom Kurfürsten aus Mitteln des Staatsschatzes bereitgestellten finanziellen Starthilfen für die Anlage solcher Manufakturen wirkten.⁶¹ Trotz der vielen offenen Fragen ist doch deutlich erkennbar,

daß Berlin/Cölln mit seinem engeren Umland zu einem der wichtigen Wirtschaftszentren mit "einer vertieften regionalen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung" heranwuchs, die nach dem Dreißigjährigen Krieg für die gewerbliche Entwicklung in Deutschland typisch wurden.⁶² Die "zögernde Entwicklung der kapitalistischen Manufakturen" waren als "zaghafte Keime des Neuen"⁶³ um 1680 in Berlin/Cölln deutlicher und in größerer Konzentration erkennbar als anderswo in Brandenburg-Preußen.

4. Die Entstehung der ersten Fayencemanufaktur im Jahre 1678 und ihre Entwicklung bis zur Jahrhundertwende

Warum mit als erstes in Berlin/Cölln eine Manufaktur für die Herstellung von Fayencen entstand, ist von Zeitgenossen nie wörtlich formuliert worden. Nach den Ergebnissen der bisherigen Ausführungen kann man wohl der Formulierung Anton Balthasar Königs aus dem Jahre 1793 beipflichten, der Kurfürst wollte "eine Porzellanbäckerei anlegen, weil das Porzellan so gut bekannt war, in großer Menge gebraucht wurde, und dafür viel Geld aus dem Lande nach Holland ging, wo die Delfter Fabrik damals in großem Flor stand".⁶⁴ Diese Denkweise entsprach durchaus den durch merkantilistische Lehrmeinungen bestimmten Vorstellungen des brandenburgisch-preußischen Herrschers und seiner Beamten. Sie zwang dazu, durch die eigene Produktion von im Lande viel gekauften teuren Waren dem Abfluß der Edelmetalle in das Ausland wirkungsvoll zu begegnen.⁶⁵

Die Einrichtung der ersten drei Fayencemanufakturen in Hanau (1661), Heusenstamm (1662) und Frankfurt (Main) (1666), die in Deutschland als erste die Produktion nach Delfter Vorbild aufnahmen, hat möglicherweise Anstöße zur Gründung einer solchen Manufaktur in Berlin gegeben.

Die Art und Weise, wie in Holland ein Unternehmer zur Errichtung einer Fayencewerkstatt in Berlin geworben wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Hatte einer der kurfürstlichen Diplomaten den Auftrag, ihn zu werben? War einer der Wirtschaftsbeamten mit dieser Aufgabe betraut und, wie etwa 1666 der Kaufmann und kurfürstliche Obersalzfaktor Daniel Enckefort, nach Holland geschickt worden, um das Manufakturwesen und die Arbeitskräftesituation dort zu studieren? Ist die Anwerbung durch den Faktor des Kurfürsten in Amsterdam Tibery Matroos oder durch einen anderen Agenten vorgenommen worden? Möglich wäre immerhin auch, daß die Kurfürst bei seinem Amsterdam-Besuch im Jahre 1675, der ihn u. a. nach Delft führte,⁶⁶ erste Verbindungen selbst angeknüpft hat.

Am 18. Mai 1678 unterschrieb Kurfürst Friedrich Wilhelm einen Vertrag, der dem "Porcellan-Macher aus Delft, Pieter Fransen van der Lee genannte", erlaubte, "alhir in dem Lande Delftisch porcellain zu verfertigen."⁶⁷ Der 9 Paragraphen enthaltende Kontrakt gibt interessante Einzelheiten über die Gründung der Manufaktur: Der brandenburgisch-preußische Territorialfürst mußte dem Fayencemacher und seiner Familie sowie einem ebenfalls angeworbenen Dreher relativ großzügige Bedingungen gewähren, um sie zur Übersiedlung zu veranlassen. Beide sollten nach vollzogener Einreise mit ihren Familien 100 bzw. 50 Rtl. Übersiedlungsprämie und zusätzlich die Reisekosten erhalten. Bis zum Verkauf der ersten Waren wurden ihnen Unterhaltsunterstützungen in Höhe von 4 bzw. 3 Rtl. zuge-

billigt. Drei Jahre lang hatte Pieter Frans van der Lee Anspruch auf jährlich 1 Wispel Roggen und 1 Wispel Gerste. Das Holz für den Hausbrand (nicht für die Fayenceproduktion!) sollte frei geliefert werden, van der Lee durfte "seine Kunst frey von allen bürgerlichen Lasten und anderen beschwerden treiben" und mußte die Akzise nur zur Hälfte ("gleich anderen Eximirten") zahlen.

Boten diese Bedingungen schon einen bedeutenden Anreiz für eine Übersiedlung nach Berlin, so wurde dieser durch die anderen Paragraphen noch verstärkt. Der Kurfürst wollte aus Mitteln seiner Baukasse den Brennofen, die Glasurmühle und alle übrigen Einrichtungen anfertigen lassen. Als Produktions- und Wohngebäude hatte man die einst zur Papierproduktion vorbereitete, an der Panke im ("kleinen") Tiergarten gelegene Wassermühle bestimmt. Ihr Umbau begann entsprechend der Anweisung des Kurfürsten an den Bau- und Amtsschreiber in Potsdam noch im Juli 1678,⁶⁸

Der Herrscher stellte also einen Teil des variablen, einen noch bedeutenderen des konstanten Kapitals zur Verfügung. Allerdings geschah dies in Kreditform, denn der Vertrag legte fest, daß van der Lee nach 4 Jahren jährlich 20 Rtl. zurückzahlen hatte. Daß der Holländer juristischer Eigentümer der Manufaktur bleiben sollte, geht aus Punkt 6 des Kontraktes hervor: Dem Fayencemacher wurde freigestellt, "seine verferthigte Waren an welchen orthe er will, zu verkaufen". Der Kurfürst erhielt lediglich das Vorkaufsrecht, d. h., er mußte das von ihm Gewünschte kaufen, denn es war nicht sein Eigentum. Auch die Tatsache, daß van der Lee das für den Brennofen benötigte Holz käuflich erwerben mußte - sicher auch die Rohstoffe, die in dem Vertrag nicht erwähnt werden -, beweist dies.

Der Unternehmer wurde mit einem Monopol ausgestattet,⁶⁹ "Delftisch porcellain" durfte nicht mehr eingeführt werden und "12 Jahre lang" kein anderer Fayencemacher "in dero hiesigen Landen" sich niederlassen.

Einigen kurfürstlichen Beamten scheint die Realisierung der Pläne van der Lees nicht sehr am Herzen gelegen zu haben, denn mehrmals mußte der Herrscher - einmal auf die schriftliche Beschwerde van der Lees hin - bei ihnen auf strikte Einhaltung des Vertrages dringen, damit das im Umbau befindliche Objekt wenigstens noch winterfest gemacht werden könnte.⁷⁰ Leider geht aus den Akten nicht hervor, ob die Produktion im Jahre 1679 aufgenommen werden konnte oder welche Ergebnisse die hier klar erkennbare Subventionierung dieses kleinen Betriebes des Luxusgewerbes am Anfang zeitigte. So kann an unserem Beispiel zur Rolle der Subventionierung als Quelle der ursprünglichen Akkumulation bestenfalls ausgesagt werden, daß durch sie ein Betrieb entstanden ist, der 1690 mit Erfolg produzierte und immerhin fast 90 Jahre lang existierte.

Die Eigentumsverhältnisse änderten sich jäh, als der Leiter des Unternehmens im Januar 1680 verstarb. Nun setzte der Kurfürst den Geheimen Kammerdiener Johann Senning auf dessen Bitte als Inspekteur der Manufaktur ein, in der Hoffnung, daß dieser das Fayencewerk endlich zur erfolgreichen Produktion führen könnte.

Der Übergang der Manufaktur in das Eigentum des Kurfürsten war erfolgt, als ganz allgemein der erwartete Aufschwung des mit viel Mühe und Hoffnung geförderten Manufakturwesens ausgeblieben war. Durch diese un-

günstige Entwicklung glaubte sich der Herrscher gezwungen, zu einer Politik verstärkter staatlicher Eingriffe und eines kleinlichen Dirigismus übergehen zu müssen.⁷¹ Die Fayencemanufaktur wurde in diesem Sinne durch den beauftragten Beamten als kurfürstliche Manufaktur weitergeführt.

Als technischer Leiter der Fayencemanufaktur wird wohl einer der eingewanderten Holländer praktiziert haben, vielleicht der im Vertrag mit van der Lee erwähnte Dreher; oder ein "Meister Jan", der 1683 im Dorotheenstädtischen Kirchenbuch als Fayencebäcker erwähnt wird. Diese Quelle verzeichnet für 1682/83 noch 2 weitere Porzellanbäcker aus Holland.⁷² Nach quellenmäßig bedingter grober Schätzung können um 1683 in der Berliner Werkstatt etwa 5 bis 8 Spezialisten, eventuell nach Bedarf noch einige Tagelöhner tätig gewesen sein. So bestimmte hier der freie kapitalistische Lohnarbeiter, der "freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person" war,⁷³ von Anfang an den Produktionsprozess. Denn mit der Anweisung auf die Ausgabe einer erheblichen Menge von Brennholz an Senning vom 28. April 1682 "zu Behuf der Porzellanbäckerei" ist wenigstens ein quellenmäßiger Beweis erhalten, daß die Produktion inzwischen in Gang gekommen war.⁷⁴

Ein, zwei oder drei Jahre lang wurde in der Manufaktur vor dem Spandauer Tor an der Panke tatsächlich Fayence hergestellt. Aus welchem Grunde das junge Unternehmen seine Produktion dort einstellen und laut kurfürstlichem Rescript vom 20. Juli 1683 an den südlichen Stadtrand von Berlin ziehen mußte, darüber schweigen die Quellen. Im "alten" kurfürstlichen Salzhaus⁷⁵ - so wurde dem Amtsrat Mathias aufgetragen - sollte Johann Senning den Betrieb wiedereinrichten. Fünf Jahre später, im Juli 1688, wird angewiesen, daß "in seiner Gegenwart" die Abnahme der "Porzellan-Rechnung" zu erfolgen hätte.⁷⁶

In den Kirchenbüchern wird zwischen 1683 und 1692 nur ein einziger Porzellanbäckergeselle verzeichnet: 1685 Peter Urtz aus Holland. Da auch sonst jegliche Nachrichten aus dieser Zeit über eine erfolgreiche Produktion fehlen, kann man wohl auf einen nurgeringen Betrieb schließen. Die Übernahme der Manufaktur in kurfürstliches Eigentum scheint sich nicht bewährt zu haben.

Um 1690 soll die Manufaktur von dem "kurfürstlichen Porzellanbäcker" Gerhard Molin, in dem Otto von Falke einen Holländer vermutet, übernommen worden sein.⁷⁷ Noch einmal wechselt die Manufaktur jetzt ihr Domizil. Sie wird in einem Haus, das nach dem Abbruch des alten Berliner Kalkofens am Stralauer Tor errichtet worden war und nun von dem kurfürstlichen Geheimen Rat Dodo Freiherr von In- und Knyphausen erworben wurde, eingerichtet. Hier führte nach dem Tod ihres Gatten die Witwe Anna Maria Molin die Manufaktur weiter, jetzt wieder als Privatunternehmen. Seit ihrer Vermählung mit dem "kurfürstlichen Lakai" Gerhard Wolbeer am 16. Mai 1697 leitete sie ihn noch jahrelang als "Meisterin".⁷⁸ Daß der Betrieb von vornherein als zentralisierte Manufaktur angelegt wurde, entsprach der Natur dieser Art der keramischen Produktion und wird sowohl durch den Kontrakt von 1678 bewiesen, der ja einen Porzellanmacher und einen Dreher verpflichtet, als auch durch die Angaben der Kirchenbücher. Diese nennen vor 1700 Porzellanbäcker, -dreher, -macher und -maler sowie einen Meister. Da der Leiter der Dresdener Fayencemanufaktur, Peter Eggebrecht, aus der 1699 in Berlin angelegten zweiten Manufaktur stammte, wird er bei der Struktur seiner Dresdener

Manufaktur - von einigen Verbesserungen abgesehen - im wesentlichen das Berliner Vorbild kopiert haben. Zu seinem Betrieb gehörten 1711 neben Drehern auch Former, Glasierer, Massebereiter und Brenner, außerdem nicht näher bezeichnete Hilfskräfte (wahrscheinlich Holzspalter, Farbenreiber u. a.).⁷⁹

Das alles weist einen arbeitsteilig aufgegliederten Produktionsprozeß von 1678 an nach, der sich von zuerst mindestens 2 Teilarbeiten bis 1710 zu wenigstens 8 bis 10 Teilarbeiten differenzierte. Die handwerkliche Arbeit blieb dabei Grundlage. Jeder Teilprozeß, den das Produkt durchlaufen mußte, war als handwerksmäßige Teilarbeit ausführbar.⁸⁰ Neben der menschlichen Arbeitskraft dienten als zusätzliche Energiequellen Holz und Pferdekraft. Möglicherweise trieben - wie in anderen Manufakturen - Wind- oder Wasserkraft die Stampf-, Mahl- und Rührwerke an. Diese bis 1700 entstandene Grundform der Fayencemanufaktur blieb bestehen, solange in Berlin Fayence produziert wurde.⁸¹

Unter Leitung von Gerhard Molin, Anna Maria Molin und Gerh rd Wolbeer erlebte die Manufaktur offensichtlich einen Aufschwung, der sich sowohl in der steigenden Mitarbeiterzahl als auch im Nachweis zahlreicher erwähnter und in Museen z. T. noch erhaltener Fayencen widerspiegelt. Das Fehlen von genauen Quellen zwingt allerdings wieder dazu, von den Eintragungen der Kirchenbücher ausgehend, sich mit groben Schätzungen zufriedenzugeben. Neben den drei erwähnten Leitern der Manufaktur nennt diese Quelle von 1690 bis 1701 noch 4 weitere Fayencefacharbeiter, so daß jetzt wieder eine st ndige Personenzahl von 5 bis 8 Spezialisten angenommen werden kann. Diese Eintragungen verraten auch, daß von den 9 vor 1700 erwähnten Fayencefacharbeitern 6 mit Sicherheit, 2 wahrscheinlich aus Holland stammten.⁸² Erst nach 1700 werden, zuerst vereinzelt, deutsche Fayencearbeiter genannt, die ihre Ausbildung aber wohl fast alle in Holland genossen hatten.

Der Produktionsausstoß der Manufaktur Wolbeer wird um 1700 nicht unerheblich gewesen sein. Darauf laßt ein Inventar des Schlosses Oranienburg aus dem Jahre 1743 schließen, in dem aus der Zeit vor 1701 in der Koch- und Bratenk che insgesamt 1579 Stück Berliner Fayence nachgewiesen werden.⁸³ Mit Sicherheit kann man in den Wohn- und K chenr umen vieler anderer Schlösser, Herrenhäuser und Palais umfangreiche Mengen Berliner Fayence vermuten.

Trotzdem: Der in dieser Zeit noch ständig steigende Bedarf an Fayence in Brandenburg-Preußen konnte von der ersten, relativ kleinen Berliner Manufaktur sicher nicht gedeckt werden. Wenn das Importverbot des Vertrages mit van der Lee vom Jahre 1678 überhaupt jemals befolgt worden ist - um 1700 wanderten durch den Handel mit Delfter Fayencen wieder erhebliche Feldsummen aus Preußen nach Holland ab. Zur "systematischen Erörterung aller erdenklichen Bereicherungsm glichkeiten" für die landesfürstliche Kasse im kameralistischen Sinne⁸⁴ gehörten naturgemäß Überlegungen, wie solch einem Zustand begegnet werden könnte.

5. Die Entstehung der zweiten Berliner Fayence- manufaktur im Jahre 1699

Als der seit 1693 in der Molin/Wolbeerschen Manufaktur als Dreher tätige Holländer Cornelius Funcke am 11. April 1699 den Kurfürsten schriftlich um das Bürger- und Meisterrecht bat und um die Erlaubnis, eine eigene Fayenceproduktion aufnehmen zu dürfen, waren die Voraussetzungen also äußerst günstig. Schon am 28. April erhielt der Antragsteller die Genehmigung für die Anlage eines Porzellanofens, den er "jedoch an einem solchen Ort, der wegen des Feuers dero Residentia keine Gefahr zu besorgen haben, anrichten möge".⁸⁵ Diesen Ort glaubte man in dem damals noch spärlich bebauten Neucölln am Wasser gefunden zu haben. Hier zwischen der Spree und der Wallstraße, zwischen der Fischerbrücke und dem Schlachthause, gegenüber der "Insel", wurden die zweite Berliner Fayencemanufaktur und das Wohnhaus des Besitzers eingerichtet.⁸⁶

Genauere Einzelheiten über Gründung, Größe, Anzahl der Arbeitskräfte und Umfang der Produktion teilen die Quellen nicht mit. Vereinzelt Hinweise lassen aber erkennen, daß die Funckesche Manufaktur neben der Wolbeerschen ein solides, profitables Unternehmen war. Die Bemerkungen des Bürgers und Ratsherrn von Frankfurt (Main), Zacharias Conrad v. Uffenbach, der 1703 Berlin besuchte,⁸⁷ lassen ebenso darauf schließen, wie die Einschätzung des in Funckes Diensten stehenden Pfeifenmachers Caspar Otto Müller. Dieser schrieb am 10. Januar 1713, daß Funcke "als privilegierter Porzellan-Brenner allhier sein vollkommenes und reichliches Auskommen" hätte.⁸⁸

Aus der Zeit zwischen 1701 und 1740 sind zahlreiche Fayencen aus den beiden Berliner Manufakturen erhalten geblieben, die auf einen bedeutenden Umfang der Produktion hinweisen. Auch die steigende Zahl der Eintragungen über Mitarbeiter von Fayencemanufakturen in den Kirchenbüchern lassen eine stabile Tätigkeit vermuten.

Aus der Tatsache, daß das Gesuch des bei Funcke arbeitenden Porzellanmachers Peter Eggebrecht vom 7. August 1709 um ein eigenes Privileg, wie es die anderen Porzellanbäcker in Berlin hätten, abgelehnt wurde, geht auch hervor, daß beide Unternehmen zufriedenstellend produzierten. Der enttäuschte Eggebrecht, der "in Holländischen Delfterfabriken das Mahlen, Kneten und Drehen gelernt hatte", ließ sich mit seiner Familie für 20 Tl. Gehalt pro Monat durch Johann Friedrich Böttger in Dresden für den Aufbau einer Fayencemanufaktur anwerben. Im Jahre 1711 zog dieser noch den Porzellanbäcker, Fliesenmacher und Schilderer Strohmänn aus Berlin in die Dresdener Manufaktur.⁸⁹ Diese beschäftigte in jenem Jahr schon 13 Mitarbeiter. Die Berliner Konkurrenz, die Böttger durch die Einrichtung der Dresdener Fayencemanufaktur ruinieren wollte, konnte aber keinesfalls ernsthaft gefährdet werden.

Funcke plante 1712, zusätzlich umfangreiche Mittel in die Anlage einer Tonpfeifenmanufaktur nach holländischem Vorbild zu investieren, für die er 12 bis 20 Holländer ins Land holen wollte. Wenn diese Gründung offenbar auch nicht geglückt ist - Funcke übertrug das erhaltene Privileg 1718 auf Bernhard Usemann aus Leipzig⁹⁰ -, so läßt allein das Vorhaben auf gesicherte finanzielle Grundlagen des Fayenceunternehmers schließen.

6. Die Entwicklung der Berliner Fayencemanufakturen bis 1740

Über die weiteren Geschicke beider Berliner Manufakturen bis 1740 finden sich in den Quellen immer wieder Hinweise, die ihre Existenz, manchmal auch ihren günstigen Fortgang beweisen. Ihre detaillierte Geschichte lassen sie für diesen Zeitraum nicht nachzeichnen. Einige erhalten gebliebene Rechnungen aus der Manufaktur Funcke zeigen, daß trotz des Aufkommens von Meißner Porzellan, "welches fast so teuer wie Silber bezahlet wird",⁹¹ die billigere Berliner Fayence als Gebrauchsgeschirr, teilweise aber auch Repräsentationsgut selbst am Hofe noch hoch im Kurs stand. So stellte Cornelius Funcke am 19. November 1726 der Königin für die Lieferung von 12 Fayencen in das Schloß Monbijou 1 Tl. 18 Gr. in Rechnung. Nach dem Tode des Manufakturbesitzers im Jahre 1733 führte seine Witwe den Betrieb weiter und verkaufte der Königin im August 1736 ein 134teiliges Tafelgeschirr für fast 125 Rtl., ein dreiviertel Jahr später ein 70teiliges Service für 105 Tl.⁹²

Auch aus den 40er Jahren des 18. Jh. sind solche Rechnungen von Friedrich Wolbeer und Funckes Erben vorhanden.⁹³ Jacob Paul Gundling meinte 1712 in seiner Denkschrift, mit einem Blick auf die Qualität der Berliner Produkte, daß man sich viele Einfuhren aus dem Auslande sparen könnte, würde das "Berlinische Porzellan feiner verarbeitet werden".⁹⁴

Von großem Wert sind die ersten statistischen Nachweise über die Beschäftigtenzahlen beider Manufakturen:

Spezialarbeiter in Berliner Fayencemanufakturen

	1728	1729	1730
Porzellanbäcker			
Meister	2	2	2
Gesellen	4	6	2
Jungen	0	0	0
Porzellanmaler			
Meister	2	2	1
Gesellen	8	9	4
Jungen	0	0	0
Insgesamt	16	19	9

Quellen:

Zusammengestellt aus: Küster, G. G., Das alte und neue Berlin, Berlin 1769, IV. Abt., Sp. 383 ff.; Staatsbibliothek Berlin, Manuscripta Borussia, in: octavio, Nr. 6, Einige Nachrichten von der Kgl. Pr. Residentz Berlin, 1728/29, Bl. 29 ff.

Eine Aufteilung auf die einzelnen Manufakturen ist nicht gegeben. Die Tabelle zeigt das Zahlenverhältnis zwischen Porzellanmalern und anderen Fachkräften und beweist, daß in Berlin noch keine Lehrlinge ausgebildet wurden. Größenmäßig bewegen sich beide Manufakturen immer noch in

jenem Rahmen, den wir durch unsere Schätzungen für die Wolbeermanufaktur um 1700 abgesteckt hatten,

Da der Produktionsausstoß der beiden bestenfalls als mittelgroß zu bezeichnenden Manufakturen den Bedarf nicht decken konnte, wurden sowohl ausländisches Porzellan als auch Fayencewaren in den Zollrollen nur mit geringen Zöllen belegt.⁹⁵ Als die preußischen Unterhändler in den Verhandlungen zur Erneuerung des Handelsvertrages mit Sachsen 1738/39 die sächsischen Topfwaren im Zolltarif mit 7 % weit höher als vorher ansetzen wollten, "weil uns damals Hoffnung gemacht worden, man würde hierzulande ebensolche von der gleichen Qualität bald fertigen können", mußte man schnell eingestehen, daß "solches noch nicht effectuiert". So stimmte man, um die Einfuhr des beliebten ausländischen echten und unechten Porzellans wieder zu erleichtern, dem alten mäßigen Zollfuß zu.⁹⁶

In der Absicht, den Bedarf durch landeseigene Produkte in höherem Maße zu decken, wurde im Jahre 1739 in Potsdam eine weitere Fayencemanufaktur zugelassen. Das von Christian Friedrich Rewendt geleitete Werk beschäftigte 1769 schon 12 Spezialarbeiter.⁹⁷

Interessante Schlüsse lassen die Quellen auch hinsichtlich der Methoden der Absatzregulierung zu. Der Verkauf von Tongeschirren und Kacheln, die von den Berliner Handwerkern selbst hergestellt wurden - "täglich und öffentlich" -, war das ausschließliche Vorrecht der in der Zunft der Töpfer und Ofensetzer vereinigten Handwerker. Sie verkauften vielfach auch auswärtige Waren.⁹⁸ Natürlich waren dazu auch die Mitglieder der Berliner Kaufmannsgilden - privilegiert zum "Handel im Großen und Kleinen" - berechtigt. Lediglich auf den Jahrmärkten, von denen es in den seit 1709 zur Residenzstadt vereinigten Städten im 17. und 18. Jh. jährlich 3 bis 6 gab, durften fremde Handwerker und Kaufleute ("fremde Topfführer") mitgebrachte Waren en détail oder auch en gros weiterverkaufen. So ist bekannt, daß der Vertreter der Meißner Porzellanmanufaktur Stürzel zum Berlin-Friedrichstädter Juli-Jahrmarkt 1710 mit einer "Partie Porcellain Waare" im Werte von 6 150 Tl. anreiste und einen Teil derselben nach Hamburg veräußerte.⁹⁹ Über Verstöße gegen die ebenso strengen wie unübersichtlich wuchernden Regeln des auf einer Mischung von zünftlerischen und merkantilistisch-monopolistischen Vorstellungen aufgebauten Handels beschwerten sich die Töpferinnungen und Räte verschiedener Städte immer wieder. So z. B. "sämtliche Meister des Töpfergewerks von Berlin" am 6. August 1700 darüber, daß fremde Töpfer aus Schlesien, Sachsen und anderen Ländern außerhalb der Jahrmärkte "eine ziemliche Quantität an Kacheln anhero bringen".¹⁰⁰

Nicht nur Berliner Handwerker, auch Kaufleute der Residenzstadt haben schon frühzeitig mit Porzellan und Fayencen aus dem Ausland Handel getrieben. So wie die 1713 als Konkurrenzunternehmen zur Meißner Porzellanmanufaktur gegründete Manufaktur des preußischen Staatsministers v. Görne in Plaue Niederlassungen ihrer Produkte in der Berliner Breite Straße sowie in Braunschweig, Zerbst, Breslau, Magdeburg, Hamburg, Kassel, Danzig und Königsberg unterhielt, die viel Ware in Kommission verkauften,¹⁰¹ werden auch andere größere Manufakturen ihren Absatz organisiert haben, darunter manche ebenso durch Niederlassungen in Berlin. Solche Kaufleute wie Platz & Gaum am Dönhoffplatz oder Föhr in der Judenstraße, die Nicolai 1779 als Niederlassungen für Magdeburger und

Potsdamer Fayence erwähnt,¹⁰² kannte die Stadt sicher schon früher. In Berlin lebten mit Bestimmtheit auch Personen, die ein besonderes Privileg für den Handel mit Fayence- und Porzellanwaren besaßen; dazu gehörten beurlaubte oder entlassene Soldaten.¹⁰³

Auf verschiedenste Weise sind also die nach Berlin gebrachten Fayencen aus "Hollandt und Delfft item von Hanau item aus Frankreich die Großen blumen Töpffe" sowie das "Dresdische Porcelain", das Jacob Paul Gundling in seiner Analyse des brandenburgisch-preußischen Kommerz- und Manufakturwesens nennt,¹⁰⁴ in Berlin verkauft worden und verschärften so die Absatzbedingungen für die Berliner Produzenten.

Wie schon seit 1689 den Besitzern der Tuchmanufakturen, so war es auch den privilegierten Fayenceproduzenten gestattet, unter bestimmten Bedingungen ihre Produkte selbst zu verkaufen.¹⁰⁵ Für Pieter Franssen van der Lee bestimmte Friedrich Wilhelm 1678 ausdrücklich, daß er "seine verferthigte Wahren an welchen Orthe er will" verkaufen dürfte,¹⁰⁶ was sich natürlich auch auf Berlin/Cölln bezog.

Ein bedeutender Teil des Verkaufs wurde in den Manufakturen selbst abgewickelt, oft sicher in Verbindung mit einer Besichtigung der Produktionsstätte. Hierzu bot Berlin als Konzentrationspunkt von ansässigen und die Stadt besuchenden auswärtigen Abnehmern ideale Voraussetzungen. Möglicherweise wirkte sich der Andrang der Käufer störend auf die Produktion aus, oder vielleicht opponierten Töpferzunft und Kaufmannsgilden gegen den ständigen Verkauf der Waren direkt aus der Manufaktur. Die Berliner Fayenceproduzenten nutzten jedenfalls schon frühzeitig noch eine andere Möglichkeit, ihre Waren an den Mann zu bringen. Diese war auf den sog. "Freyheiten" gegeben, die als kurfürstliche Gebiete außerhalb der Hoheitsrechte der Gilden, Zünfte und Räte beider Städte lagen. Besonders eignete sich dafür der Mühlendamm, diente er doch als Hauptverkehrsweg zwischen dem Cöllner und den Berliner Märkten. In den um 1680 massiv erbauten Brückenkolonnaden waren 21 Krämerläden untergebracht, hinter denen seit 1691 die Kaufleute auf eigene Kosten ihre Wohnhäuser bauten.¹⁰⁷

Bis um 1700 hatte sich der Mühlendamm zu einem wichtigen Handelszentrum zwischen den Schwesterstädten entwickelt. Hier trieben unzünftige, z. T. nicht den Kaufmannsgilden angehörende, oft nicht einmal mit Berliner oder Cöllner Bürgerrecht ausgestattete Kaufleute, Handwerker oder Ungelernte einen lebhaften Handel, der an keinerlei Beschränkungen gebunden war. Zeitweilig befand sich hier auch die Kaufmannsbörse.¹⁰⁸ Als im Jahre 1677 die Töpfer der kurfürstlichen Residenzstädte über den Handel durch Unzünftige außerhalb der Jahrmarktzeiten mit Töpferwaren auf dem Mühlendamm eine Beschwerde gewagt hatten, waren sie mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam gemacht worden, daß dieses Gebiet und alle darauf Wohnenden bereits durch das Register von 1591 ihrem Einspruch entzogen waren. Diese Art "Freihandelszone" war ausschließlich Hoheitsgebiet des vom Kurfürsten eingesetzten Mühlenhauptmannes.¹⁰⁹

Hier hatte sich nach 1690 auch der Besitzer der ersten Berliner Fayencemanufaktur, Gerhard Molin, eine "Buhde" (einen Laden - H. M.) gemietet, die nach seinem Tod 1694 der Witwe als Besitz bestätigt wurde.¹²⁰ Von dieser günstigen Möglichkeit, Fayencen an den Käufer zu bringen, wird auch Cornelius Funcke bald Gebrauch gemacht haben. Im Jahre 1704 ist

allerdings nur die "Porcellain-Buhde" Gerhard Wolbeers, des Ehemanns der einstigen Witwe Molin, genannt. Im Jahre 1740 werden dagegen auch "Funckes Erben" als Budenmieter auf dem Mühlendamm erwähnt.¹¹¹

Es muß als sicher angenommen werden, daß die Berliner Besitzer der Fayencemanufakturen auch vor 1740 schon die Möglichkeiten nutzten, während der Jahrmärkte in anderen Städten und auf der Messe in Frankfurt (Oder) ihre Waren abzusetzen.

7. Der Aufschwung der Berliner Fayencemanufakturen und die Entstehung der Manufaktur Lüdicke im Jahre 1756

In der Instruktion des neuerrichteten V. Departements für Manufaktur- und Kommerzwesen des Generaldirektoriums vom 27. Juni 1740 wurde eine klare wirtschaftspolitische Zielstellung formuliert. Von fiskalischen Interessen ausgehend, verlangte sie die Verbesserung der im Lande vorhandenen Manufakturen, die Neueinrichtung noch fehlender Werkstätten sowie das Heranziehen von soviel Fremden aus verschiedenen Gewerbezweigen wie nur irgend möglich.¹¹² Dabei blieb die "einseitige Bevorzugung der Berliner Unternehmer" bis zum Ende des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1763 "ein charakteristischer Zug" der preußischen Wirtschaftspolitik.¹¹³

Berlin wuchs unter diesen Bedingungen zu einem bedeutenden Wirkungsfeld zahlreicher Manufakturen heran. Sicher konnte sich die preußische Metropole am Ende dieser Periode nicht mit Paris oder London messen. Aber, so wird 1788 berichtet, "Berlin hat in der Menge von Werkstätten aller Art, vor vielen Orten, die größte Ähnlichkeit mit London und Paris. Einige seiner Arbeiter haben sich auch schon auswärts einen verdienten Ruhm erworben und erhalten häufige Bestellungen aus der Fremde".¹¹⁴ Schon im Jahre 1769 konzentrierten sich in Berlin und Potsdam über 36 % der Unternehmen Preußens mit mehr als 10 Beschäftigten,¹¹⁵ und 6 Jahre später wohnten in Berlin immerhin "fast zweydrittel der Menschen aller Städte und fast 1/6 aller Menschen in der Churmark Brandenburg". Die Einwohnerzahl der Residenz stieg von 68 691 im Jahre 1740 auf 109 964 im Jahre 1780 an.¹¹⁶

Zweifelsohne war die Stadt schon im Jahre 1748 ein bedeutendes Gewerbezentrum, in dem es mehrere dezentralisierte und zentralisierte Manufakturen und ein quantitativ noch stärkeres Kleingewerbe gab. Ein aus jenem Jahr stammendes Verzeichnis zählt insgesamt 136 Berufe - "Künstler, Handwerker und andere Professionsverwandte" - mit insgesamt 5 249 Meistern und Herren, 5 547 Gesellen und 1 880 Lehrjungen, die sich auf die Handwerks- und die Heimarbeitsstuben sowie die Manufakturen verteilten. Neben diesen Zahlen nehmen sich die der Beschäftigten beider Berliner Fayencemanufakturen im selben Jahr recht bescheiden aus:¹¹⁷

	Herren/Meister	Gesellen	Lehrjungen
Porzellanmacher	3	3	3
Porzellanmaler	6	2	0

Auch hier sagen die Zahlen nichts darüber aus, welche der beiden Manufakturen die bedeutendere war. Das von Funcke gegründete Unternehmen hatte gerade eine Krise hinter sich. Durch einige Zeitungsinserate war sie zwischen 1743 und 1747 von seinen Erben mehrmals zum Kauf ausgeschrieben worden, bis sie im Sommer des letztgenannten Jahres von dem begabten Fayencemaler Johann Gottlieb Menicus übernommen wurde.¹¹⁸ Er führte sie augenscheinlich zu neuer Blüte, denn Bernhard Ludwig Beckmann schrieb 1751 über sie: "Das unächte Holländische Porzellan wird in Neucölln in großer Menge, auch mit schönen Farben in allerhand Arten verfertigt."¹¹⁹ In der Stralauer Straße produzierte außerdem noch die älteste Berliner Fayencemanufaktur unter der Leitung der Witwe Friedrich Wolbeers, Magdalena.

In dieser Zeit reichten die wirtschaftlichen Prinzipien Friedrichs II., die vorwiegend merkantilistischen Vorstellungen französischer Ausprägung entstammten und weitgehend an den Methoden der französischen merkantilistischen Wirtschaftspraxis orientiert waren, noch aus, um die schwach entwickelte kapitalistische Produktion in den mittleren preußischen Provinzen zu fördern.¹²⁰ Die Initiativen zur Erweiterung und Verstärkung des Manufaktursektors entsprechend der Instruktion von 1740 äußerten sich auf dem Gebiet der Keramikproduktion durch das Entstehen mehrerer neuer Anlagen. Friedrich II., der sich schon als Kronprinz für die Möglichkeiten der Produktion von echtem Porzellan nach Meißner Vorbild interessiert, erlaubte 1751 zuerst die Anlage einer solchen Manufaktur der Gebrüder Schackert in Basdorf, dann die des Textilfabrikanten Wilhelm Caspar Wegely im ehemaligen Kommandantenhaus hinter der Königstraße in Berlin. Während das Basdorfer Unternehmen trotz hoher Investitionen nie über das Versuchsstadium hinauskam und nie echtes Porzellan produzierte,¹²¹ stellte Wegely mehrere Jahre lang mit großem Erfolg echtes Porzellan her. In seinem Privileg wurde ausdrücklich verlangt, daß jene Fabrikanten, die vorher vom König Konzessionen "zu Anfertigung anderer Sorten Porcellain" erhalten hatten, durch Wegelys Unternehmen nicht beeinträchtigt werden sollten.¹²² Die Wegelysche Manufaktur dürfte auch kaum ein existenzbedrohender Konkurrent für den Absatz der Berliner Fayencemanufakturen gewesen sein. Die Fayenceproduzenten Berlins erhielten aber auch in ihrem eigenen Fertigungsbereich stärkere Konkurrenz: In Magdeburg (Guischard 1758), Rheinsberg (Baron v. Reisewitz 1762) und Frankfurt (Oder) (Heinrich 1764) entstanden weitere Fayencemanufakturen.

Mitten in dieser Periode der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung erhielt der seit 1750 auf dem Berliner Mühlendamm nachweisbare Kaufmann Carl Heinrich Lüdicke am 14. April 1756 eine Konzession, die ihm gestattete, "daß er eine Fabrique von Fayence oder unechten Porcellain nach Delfter Art auf seine eigene Kosten allhier zu Berlin anlegen könne und dürfe..."¹²³ Der Standort dieser neuen Manufaktur befand sich zwischen der Baumgasse, die die damalige Königstadt mit der Stralauer Vorstadt verband, und der Landsberger Straße, östlich des damals schon vorhandenen Ochsenmarktes (seit 1805 Alexanderplatz).¹²⁴ Zehn Jahre später wird berichtet, der Unternehmer hätte "alles auf seine Kosten machen lassen"; der Aufbau der Manufaktur wurde also nicht vom Fiskus unterstützt.¹²⁵

Die allgemeine Verschärfung der Konkurrenz in den 50er Jahren stellte auch die Produzenten von Fayence in der Kurmark vor bedeutende Probleme. Die ausländischen Einfuhren erhöhten sich erheblich. Im Lande selbst gab es nun mehrere Unternehmer, die ihre Fayencen in immer größeren Mengen auf den Markt warfen und sich gegenseitig im Preis zu unterbieten suchten. Mit der neu hinzugekommenen Porzellanmanufaktur Wegely wurde auch ihr Absatz von Repräsentationsware beeinträchtigt. Christian Friedrich Rewendt, dessen Potsdamer Manufaktur ungünstig mitten im Absatzdreieck der Berliner, Magdeburger und sächsischen Manufakturen lag, verspürte die Veränderungen zuerst. Schon 1752 protestierte er, daß das ihm verbürgte Recht des alleinigen Absatzes im Potsdamer Steuerbezirk nicht genügend beachtet würde.¹²⁶ Daraufhin wurde im November 1754 die Einfuhr der ausländischen Fayence zugunsten dieser Manufaktur "in allen Städten des Potsdamer Departements gänzlich verboten".¹²⁷

Im Zusammenhang mit dem sich zuspitzenden Zollkrieg gegen Sachsen verbot die preußische Regierung am 17. Mai 1755 die Einfuhr der sächsischen Fayence ebenso wie die des echten Porzellans in alle fünf mittleren Provinzen Preußens.¹²⁸ Zollmaßnahmen wurden im April 1756 auch gegen die in Aufschwung kommende Stralsunder Fayencemanufaktur eingeleitet. Ihre Produkte durften nicht nach Pommern eingelassen werden, "weder zur Consumption noch zum Durchgang".¹²⁹

Fast schien es, als sollten die preußischen Fayencemanufakturen, deren auswärtiger Absatz nicht sehr bedeutend war, von den Zollmaßnahmen profitieren. Doch noch im selben Jahr veränderte ein historisches Ereignis die Situation in ganz Mitteleuropa: der Siebenjährige Krieg. Die breite Masse der Bevölkerung mußte bedeutende Opfer bringen. Hauptverdiener war eine kleine Gruppe von Kriegslieferanten.¹³⁰ Aber auch andere Teile des Bürgertums profitierten von den hohen Kriegsgewinnen. Der Berlin-Chronist Anton Balthasar König schrieb dazu: "Die ungeheure Menge Geldes, welches durch die großen Armeen in Umlauf gebracht wurde, und da deren Bedürfnisse stets mit klingender Münze bezahlt werden mußten, verschafften vielen Leuten, besonders den sogenannten Lieferanten und Handwerkern, großen Verdienst". Der Autor berichtet, daß sich die Zahl der wenigen "Bankiers und Kaufleute von Bedeutung in Berlin" schnell vermehrte. "Zugleich fingen die kleineren Kaufleute und Fabrikanten an ihr Haupt zu erheben, und machten vermittelt der schleunigen Zunahme ihres Vermögens, die am vorzüglichst ausgezeichnete Klasse der berlinischen Einwohner aus."¹³¹ Viele Unternehmer in Berlin, Magdeburg, Königsberg und anderen Städten "ließen es sich angelegen sein, aristokratischer als die Aristokratie aufzutreten. Zeitgenössischen Beobachtern fiel ihr Luxus auf."¹³²

Diese Feststellungen lassen vermuten, daß die 3 Berliner Fayencemanufakturen im Siebenjährigen Krieg eher einen Aufschwung erlebten als einen Niedergang, wie es neben anderen Autoren z. B. Eduard Fuchs und Paul Heiland vermuteten.¹³³ Waren einige Junker, manche Angehörige des Hofes und etliche Abnehmer in in- und ausländischen Kriegsgebieten auch zeitweilig als Käufer ausgefallen, so trat an ihre Stelle eine viel breitere Schicht von kaufkräftigen Vertretern des Bürgertums. Zudem wurde für einige Zeit die ausländische Konkurrenz durch das Kriegsgeschehen vom

Markt ferngehalten. Der gestiegene Absatz im Inland scheint eigene verlorengegangene Positionen auf den Außenmärkten kompensiert zu haben.

Nach den preußischen Anfangserfolgen im Krieg wurde Sachsen mit seiner berühmten Porzellanmanufaktur in Meißen erobert. Daraufhin stellte Wegely im Jahre 1757 die Produktion von Porzellan in Berlin ein, fiel somit als Konkurrent der Berliner Fayencemanufakturen völlig aus.

Es gab noch andere Momente, die vor allem die Entwicklung der Manufaktur Lüdicke begünstigten. Der erfahrene Fayencefabrikant Menicus war 1755 verstorben; für seine Manufaktur konnte kein geeigneter Nachfolger gefunden werden.¹³⁴ Die Wolbeerschen Erben aber hatten sich anderen Berufen zugewandt,¹³⁵ so daß auch diese Manufaktur jetzt eines überragenden Leiters entbehrte.

Die junge Manufaktur Lüdicke konnte es schon nach wenigen Jahren mit den altrenommierten Fayencemanufakturen aufnehmen. Das beweist u. a. folgende Tabelle aus dem Jahre 1766:

Fabriken und Manufakturen 1766 in Berlin

Manufaktur	Produktion pro Jahr	Absatz	Herkunft der Rohstoffe
Funcke (Menicus)	3 - 4000 Tl.	inner- und außerhalb des Landes	Aus dem Inland, Farbwaren aus dem Ausland
Wolbeer	gegen 4 000 Tl.	inner- und außerhalb des Landes	Aus dem Inland, Farbwaren aus dem Ausland
Lüdicke	gegen 4 000 Tl.	inner- und außerhalb des Landes	Aus dem Inland, Farbwaren aus dem Ausland

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Dienststelle Merseburg, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XCVI, Nr. 53, Bl. 15, "Tabelle betreffend: Die Fabriken und Manufakturen in Berlin 1766".

Die Zahlen drücken aus, daß alle 3 Berliner Manufakturen etwa dasselbe Produktionsvolumen aufwiesen. Was sie nicht widerspiegeln, ist, daß sich die Manufaktur Lüdicke in aufsteigender, die beiden anderen in absteigender Tendenz ihrer Entwicklung befanden. Dies deutet ein Zusatz hinter den Angaben für die Manufaktur der Erben des Menicus deutlich an: Die Fabrikanten müßten sich "besserer Solidität" befeleißigen!

Ohne Zweifel lag in der Zeit zwischen 1748 und 1762 der Höhepunkt der Fayenceproduktion in Berlin. Der zeitgenössische Chronist Berlins, Georg Gottfried Küster, erwähnte die "Berliner Porzellanbäcker und Brenner" im Jahre 1756 überaus lobend: "Ihre Arbeit ist itzo in gutem Ruf, so daß dieselbe so wohl in- als außer landes in großer Menge verbraucht und verführt wird."¹³⁶ Noch im Jahre 1766, als die "Hochzeit" der Berliner Fayenceproduktion schon zu Ende gegangen war, wird berichtet: Die 3 Berliner Manufakturen hätten "in- und außerhalb des Landes" ihren Absatz.¹³⁷

In der Absatzorganisation ergaben sich keine grundlegenden Veränderungen. Nach wie vor verkauften die Berliner Manufakturbesitzer einen erheblichen

Teil ihrer Waren auch jetzt noch aus "erster Hand", direkt aus der Manufaktur. Dies bestätigte der Nadlermeister Knobloch vom Mühlendamm, der am 24. August 1762 in bezug auf Menicus' Erben berichtete, daß ihre Fayence "größtenteils aus der Fabrik selbst debitieret".¹³⁸

Nach wie vor spielte der Mühlendamm als Handelszentrum im Herzen Berlins eine wichtige Rolle. Von den insgesamt 23 Eigentümern und Mietern der Buden und Wohnhäuser nahm das königliche Amt Mühlenhof jährlich 250 Tl. Grundzins und Miete ein. Auf dem Mühlendamm vor der Cöllnischen Mühle hatten die Erben Wolbeers ihre alte Bude als Eigentum, wofür sie 4 Tl. Grundzins zahlten. Die Erben des Menicus zahlten für ihren sicher viel größeren Laden vor der Malzmühle 34 Tl. Miete.¹³⁹ Auf dem Mühlendamm vor der Klippmühle erweiterte im Jahre 1750 Carl Heinrich Lüdicke seinen Laden durch Aufstockung von 2 Etagen um ein bedeutendes Warenlager und um 2 Wohnungen, wofür er nun insgesamt 20 Tl. Grundzins im Jahr zahlte.¹⁴⁰ Ob Lüdicke sich von Beginn an auf den Handel mit Porzellan und Fayencen spezialisiert hatte oder anfangs außerdem noch andere Waren verkaufte, ließ sich nicht feststellen. Nach dem Aufbau seiner Fayencemanufaktur in der Baumgasse (1756) bezeichnete er sich abwechselnd als Kaufmann, Porzellanfabrikant oder Porzellanhändler.

Das junge Unternehmen Lüdicke geriet in Schwierigkeiten, als 1759 Teile des Mühlendamms samt einiger Mühlengebäude und Wohnhäuser abbrannten. Lüdicke gehörte zu den am schwersten Geschädigten und mußte Laden, Warenlager und Wohnhaus unter hohen Kosten, diesmal "ganz massive", neu errichten lassen, und zwar wie das abgebrannte Anwesen und die Manufaktur in der Baumgasse ganz auf eigene Kosten. Das läßt doch auf erhebliche finanzielle Mittel des Kaufmanns und Manufakturbesitzers schließen.¹⁴¹

So hatten also nach der Wiederherstellung des Mühlendamms anfangs der 60er Jahre wieder alle 3 Berliner Fayencemanufakturen hier ihre Niederlassungen.

Ohne Zweifel haben die Berliner Fayencefabrikanten ihre Waren in den umliegenden Städten während der Jahrmärkte abgesetzt. Der Potsdamer Manufakturbesitzer Christian Friedrich Rewendt beklagte sich 1766 mehrmals ausdrücklich nicht nur über die ausländische Konkurrenz, sondern auch über die durch "andere einländische Fabriken", womit neben der Magdeburger und der Rheinsberger Konkurrenz vor allem die Berliner gemeint war.¹⁴² So wie der Kaufmann Pitscher an der König-/Ecke Klosterstraße 1765 eine Niederlassung der Rheinsberger Manufaktur und die Kaufleute Platz & Gaum am Dönhoffplatz 1773 den Vertrieb der Magdeburger Waren übernommen hatten, gab es sicher in mehreren mittleren und größeren Städten Kommissionäre der Berliner Fayencemanufakturen.¹⁴³

Auch andere Quellen lassen vermuten, daß die Berliner Fayencefabrikanten in dieser Zeit einen Teil ihres Absatzes über Zwischenhändler am Ort und außerhalb an einen breiteren Kundenkreis heranführten. In dem Kaufmann Nitschke, der 1768 "alle Sorten Fayence, ingleichen auch schön gefertigte Fliesen und ganze Platten zu tische" anbot, ist wohl zu recht ein Kommissionär der Manufaktur Lüdicke für die Friedrichstadt zu sehen.¹⁴⁴ Daß Lüdicke - und nicht nur er - nicht erst wie verbürgt 1770 "auswärtige Commissionärs" für die Absatzregelung eingespannt hatte, sondern auch schon vorher, ist als sicher anzunehmen.¹⁴⁵

Interessante Aufschlüsse über den Handel mit Porzellan und Fayencen auf der Margarethen-Messe in Frankfurt (Oder) gibt ein Bericht aus dem Jahre 1750. Der wohl nicht umfangreiche Umsatz echten Porzellans wurde durch je einen Kaufmann aus Leipzig, Dresden und Kopenhagen - insgesamt waren 413 ausländische Kaufleute vertreten - getätigt. Unter den 361 inländischen (preußischen) Kaufleuten gab es nur 2, die mit Fayencen handelten: Wolbeer und Funckes Erben.¹⁴⁶ Daß auch Lüdicke nach 1756 auf diese Art Waren absetzte, kann aufgrund der Konzession von 1770, die ausdrücklich den Absatz der Fayence-Ware "sowohl in- als außerhalb Landes auf Messen, Jahrmärkten und sonst überall engros und endetail" mit einschließt,¹⁴⁷ vermutet werden. Damit liegt also für die Zeit zwischen 1750 und 1760 der Nachweis vor, daß die meisten jener Methoden der Absatzorganisierung, die aus Untersuchungen über west- und südwestdeutschen Fayencemanufakturen bekannt sind, auch von den Berliner Manufakturen angewendet wurden.¹⁴⁸

8. Das Ende der Berliner Fayenceproduktion nach dem Siebenjährigen Krieg

Zum Ende des Siebenjährigen Krieges veränderten sich die Produktions- und Absatzbedingungen völlig. Die allgemeine Scheinkonjunktur, die sich während des Krieges in einzelnen Gewerbebezügen entwickelt hatte, brach jäh zusammen. Eine Finanzkrise erfaßte verschiedene europäische Länder, dehnte sich Ende 1763 auch auf Berlin aus. "Kapitalverluste, Inflation, Teuerung und eine Welle von Bankerotten führten schließlich auch zur Schrumpfung des Binnenmarktes und zu Produktionseinschränkungen."¹⁴⁹ Dieser Entwicklung fiel neben anderen Betrieben auch die neue Berliner Porzellanmanufaktur zum Opfer, die der Kaufmann Johann Ernst Gotzkowsky 1760/61 ins Leben gerufen hatte. Sie wurde aus Mitteln des Staates saniert und seit 1763 als Königliche Porzellanmanufaktur weitergeführt.¹⁵⁰ Die zweite Phase der Krise führte 1766/67 in der preußischen Metropole zum Zusammenbruch weiterer Unternehmen. Im Jahre 1767 liefen allein am Berliner Kammergericht 110 Liquidationsverfahren. Die ökonomische Entwicklung stagnierte in Preußen für mehrere Jahre.¹⁵¹

Die bestehenden Einfuhrbeschränkungen hatte man in der Zeit der Scheinkonjunktur während des Krieges nicht mehr beachtet. Als sich am Kriegsende im Seiden-, Woll- und Leinengewerbe erste Anzeichen einer rückläufigen Tendenz bemerkbar machten,¹⁵² spürten auch die Fayencemanfakturbesitzer die Krise herannahen. Aber auf ein Gesuch des Barons v. Reiseswitz in Rheinsberg, im Lande keine neuen Manufakturen dieser Art mehr zu errichten und die Einfuhr der fremden Keramik zu verbieten, schrieb der um seine Ansicht befragte Kriegsrat v. Linger aus Potsdam noch am 16. Juni 1762, er halte nichts von solchen Monopolen und Privilegien.¹⁵³ Auch Beamte in der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer lehnten die von Reiseswitz gestellten Forderungen am 30. November und 27. Dezember 1762 ab, "da die Monopolia und Einschränkung dieser Fabriken dem Lande bekanntermaßen mehr schädlich als nützlich" wären. Diese Beamten meinten, daß durch die Anlage mehrerer Manufakturen einer Art "die Emulation und der Fleiß zu guten wohlfeilen Waren" stark erhöht werden könnten.¹⁵⁴

Der volle Durchbruch der Krise nach dem Ende des Krieges führte ganz allgemein zu heftigen Klagen über mangelnde Beschäftigung. So berichteten z. B. alle 23 Potsdamer Unternehmer über Absatzmangel, und 14 von ihnen mußten die Produktion bereits einschränken. Unter ihnen befand sich Christian Friedrich Rewendt. Ähnlich ging es auch den Fayenceproduzenten in Berlin und Rheinsberg.¹⁵⁵ Unter diesen Bedingungen erwies sich, daß die Besitzer der Fayencemanufakturen zu jenem großen Teil des Manufakturbürgertums in Preußen zählten, der im Protektionismus - der "Höherimpostierung" oder gar dem Verbot fremder Waren - das Hauptmittel für die Erweiterung des eigenen Absatzes sah.¹⁵⁶

Die Regierungspraxis Friedrichs II. nahm unter diesem Druck der Verhältnisse konservativere Züge an als je zuvor.¹⁵⁷ Seine Wirtschaftspolitik äußerte sich u. a. in der extremen Steigerung des Protektionismus. Die militärischen Konflikte zwischen Sachsen und Preußen wuchsen so "unmittelbar in die weitere wirtschaftliche Auseinandersetzung" hinüber,¹⁵⁸ Zollpolitische Maßnahmen, von denen man sich Wunderdinge erhoffte, sollten nun auch die Fayencemanufakturen besser vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Bereits im Mai 1765 war als Repressivmaßnahme gegen ein weitreichendes sächsisches Einfuhrverbot für Manufakturwaren auch der Verkauf allen sächsischen Porzellans einschließlich der Fayence verboten worden.¹⁵⁹ Man untersagte den preußischen Untertanen den Ankauf sächsischer Produkte selbst auf der Frankfurter Messe. Aber mit dem Kampf gegen die sächsische Konkurrenz begnügten sich die preußischen Beamten nicht. Eine Höherbesteuerung aller übrigen fremden Fayencen und des englischen Steingutes im Januar 1766 zeitigte nicht das erhoffte günstige Ergebnis, und so wurde noch am 24. Dezember desselben Jahres mitgeteilt, daß auch ihre Einfuhr "schlechterdings hiermit gantz und gar verbothen seyn ... soll".¹⁶⁰

Diese strenge Prohibitivpolitik beruhte auf dem Unvermögen Friedrichs II., seine eigenen merkantilistischen Vorstellungen zu überwinden und andere, den sich entwickelnden prokapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechende Stimulierungsmittel zu finden.¹⁶¹ Mit dieser starren Haltung stieß er selbst bei einigen Beamten auf Ablehnung, am heftigsten bei Ursinus, der seine scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik im Zuchthaus zu Spandau abbüßen mußte.¹⁶² Tatsächlich erwies sich die Prohibitivpolitik auch für die Fayencemanufakturen nicht als das richtige Mittel zur Überwindung der Schwierigkeiten. Durch strenge Gegenmaßnahmen von Regierungen anderer Länder wurde der eigene Export erschwert und teilweise ganz unmöglich. Aber selbst auf dem inländischen Markt vervielfachten sich die Probleme. Die Produktionssteigerungen der eigenen Manufakturen und der immer mächtiger anschwellende Schmuggel mit ausländischer Ware übersättigten ihn bald. Für die Fayencemanufakturen gab es also dieselben Probleme, wie sie Ingrid Mittenzwei ganz allgemein für die gewerbliche Produktion in Preußen herausgearbeitet hat.¹⁶³

Die krisenhaften Zustände und die falschen Methoden zu ihrer Überwindung durch die Staatsleitung forderten von den Berliner Fayencemanufakturen ihren bitteren Tribut. Die Manufaktur der Erben des 1755 verstorbenen Menicus wurde zwar, nachdem man sie mehrmals vergeblich angeboten hatte, 1767 an den Besitzer der Frankfurter Fayencemanufaktur Johann Carl Heinrich verkauft; da dieser aber das Kaufgeld in Höhe von "5 560 Talern in altem Golde" nicht aufbringen konnte, wurde sie vom Berliner

Stadtgericht im September 1767 wieder eingezogen.¹⁶⁴ Sie nahm die Produktion nie wieder auf.

Über das Ende der Manufaktur Wolbeer gibt es keine eindeutigen Nachrichten. Die "Tabelle betreffend: Die Fabriken und Manufakturen in Berlin" aus dem Jahre 1766 nennt noch alle 3 Manufakturen und berichtet, daß sie fortgesetzt werden sollten.¹⁶⁵ Das Taschenbuch des Commissaire generale de Commerce im V. Departement des Generaldirektoriums, Dodo Heinrich von Knyphausen, aus dem Jahre 1769, das alle in Betrieb befindlichen Manufakturen Preußens verzeichnet, weist für Berlin nur noch die Fayencemanufaktur von Lüdicke aus.¹⁶⁶ Wenn man annimmt, daß das Verzeichnis den Stand von 1768 reflektiert, wird die Manufaktur Wolbeer 1767 oder 1768 eingegangen sein.

Nur die Manufaktur von Lüdicke hat sich als konkurrenzfähig genug erwiesen und die komplizierte Situation in der zweiten Hälfte der 60er Jahre überstanden. Doch der Sohn des verstorbenen Begründers dieser Manufaktur, Carl Friedrich Lüdicke, bemühte sich im Jahre 1770 um die vakant gewordene Rheinsberger Fayencemanufaktur, die er noch im selben Jahr für 5 000 Tl. erwerben konnte. Der Schwerpunkt der Produktion wurde in die märkische Kleinstadt verlegt, die alte Lüdickesche Niederlassung auf dem Mühlendamm als Niederlassung der alten Berliner und der neuen Rheinsberger Manufaktur aber weitergeführt. Das Berliner Werk in der Baumgasse wird zwar noch 1779 in der Literatur erwähnt, scheint aber in dieser Zeit nicht mehr gearbeitet zu haben.¹⁶⁷ Berlin hatte einst als vierter deutscher Ort die Produktion von Fayencen nach Delfter Vorbild aufgenommen, und zwar im Jahre 1678. Noch vor 1780 fiel es nun als Fayenceproduzent aus.

Bei der Suche nach den Ursachen dieser Entwicklung stoßen wir immer wieder auf Probleme der Standortbedingungen. Als man 1678 mit der Produktion an der Panke begann, waren der Kurfürst und der Hofadel die Hauptabnehmer der Fayence. Durch die Aufnahme der Produktion von "echtem" Porzellan in verschiedenen deutschen Manufakturen hat sich der Kundenkreis allmählich verlagert. Die Produktion der Fayence als Massenware drängte allmählich die Repräsentationsware Fayence in den Hintergrund. Hauptkundenkreis wurde nach und nach die breitere Volksmasse. Für den Absatz der Fayencen war die Nähe des Hofes nicht mehr wichtig, und eine Niederlassung auf dem Mühlendamm reichte für die Versorgung der Käufer in Berlin aus.

Verändert hat sich in diesen Jahrzehnten auch die Arbeitskräftesituation. Um 1700 mußten alle Spezialarbeiter bis hin zum Leiter unter großem finanziellen Aufwand in den Niederlanden angeworben werden. Nach 1750 gab es auf diesem Gebiet in Deutschland zahlreiche Fachkräfte, die von ihrer Freizügigkeit regen Gebrauch machten.¹⁶⁸ Der Arbeitskräftebedarf war quantitativ und qualitativ auch an anderen Orten zu decken.

Jacob Paul Gundling wies in der bereits zitierten Studie schon 1712 auf den Umstand hin, daß sowohl Wohnung als auch Nahrungsmittel in der Residenz an der Spree außerordentlich teuer waren und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Gewerbe beeinträchtigt wurde.¹⁶⁹ Das hat sich in den folgenden Jahrzehnten weiter zum Nachteil der Berliner Unternehmer entwickelt. In einer Beschwerde Carl Heinrich Lüdickes vom 8. September 1762 über die Abwerbung von Arbeitskräften durch den Baron v. Reisewitz in

Rheinsberg wird deutlicher, warum die Fayencearbeiter nicht ungern die Kleinstadt an der Havel der Metropole an der Spree vorzogen: Wohnungen waren dort billiger als in Berlin mit seinen hohen Mietszinsen zu haben. Die Lebensmittelpreise lagen in Rheinsberg niedriger, außerdem zahlte man dort höhere Löhne.¹⁷⁰

Dadurch entstandene Mehrausgaben glichen sich in verschiedener Weise in der Kostenrechnung des Rheinsberger Manufakturunternehmers aus. Denn Berlin war auch von der Rohstoffsituation her benachteiligt. Das Töpfergewerk litt hier von alters her unter der Tatsache, daß in der Umgebung der preußischen Residenz kein guter Ton vorhanden war. Die Berliner Fayence wies daher einen leicht rötlichen Schimmer auf, der oft sogar noch unter der Glasur hindurchschimmerte.¹⁷¹ Zacharias Conrad v. Uffenbach teilte schon 1703 mit, daß der Berliner Fayenceproduzent Funcke deshalb die Erde zum großen Teil aus Holland und England kommen lasse.¹⁷² In den nächsten Jahrzehnten wurden zwar neue Tonvorkommen erschlossen, aber sie lagen alle weit von Berlin entfernt: Ziesar (Kurmark), Crossen (Neumark), Ortensleben (Magdeburg), Bennstädt (Saale-Kreis) und Motz (Niederschlesien). Geeignete Vorkommen gab es jedoch auch im Boberower Forst bei Rheinsberg.¹⁷³

Der Untergang der Berliner Fayencemanufakturen wurde durch ein weiteres Problem beschleunigt, das sich mit dem Aufschwung der Königlichen Porzellanmanufaktur zum Ende der 60er Jahre schnell verschärfte. Horst Krüger hat in seiner Untersuchung des preußischen Manufakturwesens sehr anschaulich geschildert, daß nach 1850 "der riesige, ständig anwachsende Holzbedarf der Schmelzöfen, Glashütten, Bleichen und Hammerwerke, der Bedarf an Bau- und Feuerholz für die Bevölkerung und für die übrige Industrie ... die Wälder im erschreckenden Ausmaß" lichtete.¹⁷⁴ Die Herstellung von Fayence war aber besonders brennstoffaufwendig. So benötigte die Rheinsberger Manufaktur während der 80er Jahre jährlich 195 Klafter (fast 650 m³) Brennholz.¹⁷⁵ In Berlin, d. h. in einem Konzentrationspunkt "brennholzfressender Ungeheuer", weitete sich das Brennstoffproblem bis 1770 zur Katastrophe aus. Wenn man von der einseitigen Bevorzugung Berlins beim Ausbau des Manufakturwesens in dieser Zeit abrückte, dürfte das Brennstoffproblem einer der Hauptgründe gewesen sein.¹⁷⁶ Diese Darlegungen lassen den lakonischen Satz verstehen, den der Verfasser der "Tabelle betreffend: Die Berliner Manufakturen und Fabriken" aus dem Jahre 1766 neben den Angaben über die Manufaktur Menicus formulierte: "Diese viel Holz kostende Fabrik in Berlin mehr zu poussiren, wäre wohl nicht ratsam."¹⁷⁷ Natürlich lag den preußischen Beamten die Absicherung des Holzbedarfs für die Königliche Porzellanmanufaktur weit näher am Herzen als die Existenz der privaten Berliner Fayencemanufakturen.

So schied Berlin bis zum Ende der 70er Jahre des 18. Jh. aus der Reihe der fayenceproduzierenden Standorte in der Kurmark aus. Erhalten blieb die Stellung der Stadt als Handelszentrum für keramische Produkte, unter denen sich nachweislich auch Fayencen befanden.

9. Anmerkungen

- 1 Peibst, S., Berlin-Brandenburgische Fayencen des 17. und 18. Jahrhunderts. Ausstellung des Märkischen Museums, Berlin 1978 (Katalog).
- 2 Die meisten Untersuchungen behandeln die Geschichte der Fayencen aus kunstgeschichtlicher Sicht, andere begnügen sich mit allgemeinen Übersichten. Am besten wird die Geschichte der Berliner Fayencenmanufakturen bisher berücksichtigt bei Stöhr, A., Deutsche Fayencen und deutsches Steingut. Ein Handbuch, Berlin (1920); Mirow, G., Neue Beiträge zur Geschichte der brandenburgischen Fayencen, in: Brandenburgische Museumsblätter, Berlin 1921/1922; Falke, O. v., Altberliner Fayencen, Berlin 1923; Fuchs, E./Heiland, P., Die deutsche Fayence-Kultur, München 1925; Stengel, W., Berliner Fayencen, Berlin (1950); Hüseler, K., Deutsche Fayencen, Bd. I - III, Stuttgart 1956; Ausstellung im Kunstgewerbemuseum, Berlin: Fayencen, von einem Autorenkollektiv, Berlin (West) 1976 (Katalog).
- 3 Hierzu s. die interessanten Ausführungen von Heitz, G., in: Kuczynski, J., Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 2: 1650 - 1810, Berlin 1981, S. 142, 144.
- 4 Probleme der Feudalismus-Forschung in der DDR (1970 - 1975), in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, Berlin 1977, S. 53 ff.
- 5 Rachel, H., Acta Borussica. Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens, Bd. 1, Berlin 1911; Bd. 2, 1. u. 2. Hälfte, Berlin 1922; Bd. 3, 1. u. 2. Hälfte, Berlin 1928; derselbe, Der Merkantilismus in Brandenburg-Preußen, in: Forschungen zur Brandenburgisch-preußischen Geschichte, H. 40, München/Berlin 1927, S. 221 ff.; derselbe, Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, Berlin 1931.
- 6 Siehe auch Eichler, H., Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens. Ihr Anteil an der Verbreitung des Kapitalismus. Eine Untersuchung für die Zeit vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: JWG, 1/1970, S. 127 ff.
- 7 Siehe z. B. Bauer, R./Hühns, E., Berlin, 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild, Berlin 1980, S. 95 ff.; Vogler, G./Vetter, K., Preußen von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1970, S. 45, 60 ff.
- 8 Spading, K., Holland und die Hanse im 16. Jahrhundert, in: Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 127, Weimar 1973, S. 140, 149; Tietzel, B., Fayencen I: Niederlande, Frankreich, England, Katalog des Kunstgewerbemuseums der Stadt Köln, Köln 1980, S. 20 f.
- 9 Spading, S. 149; Tietzel, S. 22.
- 10 Tietzel, S. 23; Beaucamp-Markowsky, B., Europäisches Porzellan und ostasiatisches Exportporzellan. Geschirr und Ziergerät, Köln 1980, S. 16 f.
- 11 Tietzel, S. 23.
- 12 Ebenda, S. 25 f.
- 13 Zur Entwicklung der Fayencemanufakturen in Holland s. ebenda, S. 28 ff.
- 14 "porcelain" war im 17./18. Jh. eine Sammelbezeichnung für Porzellan und Fayence. Zur Unterscheidung wurde Porzellan im heutigen Sinne "echtes porcelain" genannt, Fayence aber "unecht porcelain", "Hollandsch porcelayn", und "Delfter Guth". Für Berliner Fayence bürgerte sich die Bezeichnung "Berlinisch porcelain" oder "Berlinisch Guth" ein.
- 15 Tietzel, S. 31 f.

- 16 Dieser wird noch oft unterschätzt. Hierzu s. die Polemik von Vetter, K., Der Alltag des deutschen Volkes im 17. und 18. Jahrhundert (Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Studien, Bd. 2), in: JWG 2/1982, S. 138.
- 17 Marx, K., Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 25, S. 616.
- 18 Voigt, Ch., Die Beziehungen des Großen Kurfürsten zur Stadt Amsterdam, in: Hohenzollernjahrbuch, Berlin 1915, S. 182.
- 19 Ebenda, S. 183.
- 20 Ebenda, S. 185, 191 ff.
- 21 Hintze, O., Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1915, S. 200, 240.
- 22 Ebenda.
- 23 Kessel, G. v., Tagebuch Dietrich Sigismunds von Buch aus den Jahren 1674 bis 1683, Jena/Leipzig 1865, S. 101, 103 ff., 135.
- 24 Orlich, L. v., Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert, T. 3: Briefe und Quellen, Berlin 1838/1839, S. 247 f.
- 25 Hein, M., Otto von Schwerin, der Oberpräsident des Großen Kurfürsten, Königsberg 1929, S. 3.
- 26 Nicolai, F., Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam und aller daselbst befindlichen Merkwürdigkeiten, und der umliegenden Gegend, Berlin 1786, 3. Aufl.; König, A. B., Versuch einer historischen Schilderung der Hauptveränderungen, der Religion, Sitten, Gewohnheiten, Künste, Wissenschaften etc. der Residenzstadt Berlin seit den ältesten Zeiten, bis zum Jahre 1786, T. 2, Berlin 1793, S. 45 f., 143; Orlich, Geschichte ..., T. 3, S. 440 ff.; Seidel, P., Die Beziehungen des Großen Kurfürsten und König Friedrich I. zur niederländischen Kunst, in: Jahrbuch der Königlich Preußischen Kunst-Sammlungen, Bd. 11, Berlin 1890, S. 119 ff.; Geyer, A., Geschichte des Schlosses zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1936, S. 76 ff.; Hinze, K., Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685 - 1806, Berlin 1963, erw. u. verb. 2. Aufl., S. 51.
- 27 Spading, S. 149.
- 28 Orlich, L. v., Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, Berlin/Posen/Bromberg 1836, S. 314.
- 29 Ebenda, S. 326 ff.; Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Dienststelle Merseburg (ZStAM), Rep. IX, D 2, Fasc. 1, Bl. 56 ff.; s. auch Seidel, S. 138.
- 30 ZStAM, Rep. IX, D 2, Fasc. 1, Bl. 56 ff.
- 31 Ebenda, Bl. 118 ff. - Friedrich I. pflegte um 1708 ähnliche Kontakte mit einem Agenten in Ostasien. - Siehe ebenda, Bl. 234 f.; König, Anhang z. T. 2, S. 380: In der Liste der vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm besoldeten "Factores/Inspectores" wird "Tiberius Matroos, Faktor in Amsterdam", mit 300 Tl. im Jahr ausgewiesen.
- 32 Kessel, S. 104.
- 33 Reidemeister, L., Die Porzellankabinette der Brandenburgisch-preußischen Schlösser, in: Jahrbuch für preußische Kunstsammlungen, Jg. LIV, S. 263 f.; Beaucamp-Markowsky, S. 18 f.; Geppert, C. E., Chronik von Berlin von Entstehung der Stadt an bis heute, Bd. 1, Berlin 1839, S. 355.
- 34 Reidemeister, S. 265 ff.
- 35 Geyer, S. 68 f., 71 f.

- 36 Inventare der Gräfinnen und Grafen v. Lynar aus dem Schloßarchiv Lübbenau von 1694 und 1697 weisen wenig Porzellan aus, aber aus den Schlössern Caputh und Friedrichsthal sowie vom Herrensitz der Gräfin v. Wartenberg an der Spree (später Monbijou) und vom Sommersitz des Grafen v. Schwerin in Alt-Landsberg wird von teilweise reichen Porzellanbeständen gesprochen. - Siehe z. B. Staatsarchiv Potsdam (StAP), Rep. 37, Schloßarchiv Lübbenau, Nr. 5629, Bl. 7 u. Nr. 4729, Bl. 7 ff.; Reidemeister, Jg. LV, S. 4 f., 42 f., 52 ff.; Geppert, S. 349 ff.; Stengel, S. 8 f., 20 ff.
- 37 ZStAM, Rep. IX, D 2, Fasc. 1, Bl. 184.
- 38 Engelhardt, A. M., J. F. Böttger, Erfinder des sächsischen Porzellans, Leipzig 1837, S. 251.
- 39 Eichler, S. 130.
- 40 Mittenzwei, I., Kameralismus und bürgerliche Gegner des Kameralismus. Zu Peter Thals "Bemerkungen zu einigen Thesen des Buches Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland", in: JWG, 4/1979, S. 116.
- 41 Schilfert, G., Deutschland von 1648 bis 1789, Berlin 1980, S. 13. Detaillierte Angaben über die Folgen des Dreißigjährigen Krieges macht Heitz, G., Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges und der Wiederaufbau. Die Entstehung des territorialstaatlichen Absolutismus (1648 bis 1688), in: Deutsche Geschichte, Bd. 3, Berlin 1983, S. 330 ff.
- 42 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 1, S. 231.
- 43 Arendt, M./Faden, E./Gandert, O.-F., Geschichte der Stadt Berlin, Berlin 1937, S. 168.
- 44 Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 81.
- 45 Ebenda, S. 15 f.
- 46 Engels, F., /Varia über Deutschland/, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 18, S. 591; Heitz, Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges ..., S. 342 ff.; Lehmann, H., Die Herausbildung manufakturkapitalistischer Verhältnisse. Der brandenburgisch-preußische Militärstaat (1688 bis 1740), in: Deutsche Geschichte, Bd. 3, S. 383.
- 47 Hierzu s. Schultz, H., Handwerk, Verlag, Manufaktur in den deutschen Territorien während des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Hansische Studien V, S. 199 f.; Heitz, Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges ..., S. 347 f.
- 48 Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 6.
- 49 Derselbe, Merkantilismus ..., S. 223.
- 50 Marx, Das Kapital, Bd. 2, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 24, S. 66.
- 51 König, T. 2, Berlin 1973, S. 63 ff.; Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 37 f., 83 f.
- 52 Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 42 f.; hierzu s. auch Jersch-Wenzel, S., Juden und Franzosen in der Wirtschaft des Raumes Berlin-Brandenburg = Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 23, Berlin 1978, S. 43 ff.
- 53 Eichler, S. 130.
- 54 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 1, S. 646 f., 649 ff.; derselbe, Merkantilismus, S. 224.
- 55 Ebenda, S. 9.
- 56 Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Berlin 1960, Bd. 1, S. 292 f.; Hinze, S. 8 ff., 13 f., 45 f.
- 57 Mylius, Ch. O., Corporis Constitutionum Marchicarum, V. Th., II. Abt., V. Corp., XXV, Edikt v. 11. Juni 1687; Eichler, S. 127 ff.

- 58 Schultz, S. 208.
- 59 Mottek, S. 303.
- 60 Mylius, V. II. V. I, Patent v. 18. Juni 1686 (wegen der Gazemanufaktur - H. M.), S. 441 f., 437 f.; Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 1, S. 722 ff., 725, 729 ff.; derselbe, Merkantilismus ..., S. 225 f.
- 61 Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 784 f.; Mottek, S. 303.
- 62 Schultz, S. 200.
- 63 Mittenzwei, Kameralismus ..., S. 116; sinngemäß so auch Heitz, Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges ..., S. 342 f.
- 64 König, T. 2, S. 183.
- 65 Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (Autorenkollektiv), Berlin 1977, S. 170 ff.
- 66 Kessel, S. 103 f.
- 67 Der Vertrag in: ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 4 f. - Wie ein 8 Punkte enthaltender Entwurf in den Akten von der Hand van der Lees beweist, entsprach der endgültige Vertrag im wesentlichen den Vorschlägen des Holländers (ebenda, Bl. 2 f.). - Vertrag abgedr. bei Hüseler, Bd. 1, S. 135 f.
- 68 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 9. - In älteren Darstellungen wird angenommen, daß diese Papiermühle im Potsdamer Tiergarten war, so Falke, S. 8. Den Standort vor dem Berliner Spandauer Tor an der Panke wies eindeutig nach Jahn, H., Bilder aus der Berliner Feldmark, Berlin 1940, S. 11.
- 69 Die Ansicht, daß das erste Privileg mit einer Monopolklausel an Privatunternehmer erst 1682 vergeben wurde, ist damit überholt, s. so Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 1, S. 733.
- 70 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 11 f.
- 71 Rachel, Merkantilismus ..., S. 230. - Der Autor sah in dieser Tatsache einen krassen Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik des Kurfürsten; vom holländischen Vorbild wäre er nun zum Wirtschaftssystem des Colbertismus übergegangen. Die Frage, ob dieser Übergang so jäher erfolgte oder allmählich und ob am Ende dieses Weges statt des Colbertismus nicht eine kameralistische Wirtschaftsprägung besonderer Art stand, wäre untersuchenswert.
- 72 Da in die Kirchenbücher nur Bürger im Falle von Taufen, Hochzeiten und Todesfällen eingetragen wurden, schätzt man die Gesamtzahl der Arbeiter um etwa 50 % höher. - Siehe Mirow, S. 1 ff.
- 73 Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 182.
- 74 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 15.
- 75 Das einst der Stadt gehörende Gebäude diente bis zur Inbetriebnahme der drei "neuen" Salzhäuser in Neucölln am Wasser, gegenüber der Friedrichsgracht neben dem Köpenicker Tor, im Jahre 1666 als Berliner Faktorei der Ausübung des kurfürstlichen Salzregals (ebenda, Bl. 16; ebenda, Rep. 21, Nr. 23, d, Bl. 367 ff.).
- 76 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 17.
- 77 Falke, S. 8. - Ob es sich tatsächlich um die Weiterführung der Manufaktur von van der Lee und Senning handelt, ist nicht eindeutig nachweisbar, gilt aber als wahrscheinlich. Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 201, nimmt demgegenüber eine Neugründung an.

- 78 Lüdicke, R., Geschichte der Berliner Stadtgrundstücke, Berlin 1933, S. 53 ff.; Der Kauf erfolgte demnach durch Anna Maria Molin 1696 für 4600 Tl., im Besitz hatten es die Molins schon seit 1693. Hierzu s. auch Falke, S. 8 f.; ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 2, Bl. 2; Mirow, S. 2.
- 79 Weinhold, R., Meister - Gesellen - Manufakturier. Zur Keramikproduktion und ihren Produzenten in Sachsen und Thüringen zwischen 1750 und 1830, in: Volksleben zwischen Zunft und Fabrik, Berlin 1982, S. 177.
- 80 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 358.
- 81 Krünitz, D. J. G., Oeconomische Enzyklopädie, T. 12, Brünn 1788, S. 327, nennt als in der Fayencebereitung benötigte Arbeiter immer noch: Kräfte zum Untersuchen, Bearbeiten und Mischen der Tonarten und anderen Materialien, Ofenmeister und Ofenarbeiter, Töpfer (Dreher und Former), Maler, Faktor (Rechnungsführung, Verkauf - H. M.), Werkleiter.
- 82 Mirow, S. 1 ff.
- 83 Stengel, S. 20. - Diese "Berliner Fayencen" dürften fast ausschließlich aus der Wolbeer-Manufaktur stammen, da eine zweite in Berlin erst 1699 entstand.
- 84 Grundlinien des ökonomischen Denkens ..., S. 155.
- 85 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 2, Bl. 3.
- 86 Stengel, S. 22 f.
- 87 Uffenbach, Z. C. v., Merckwürdige Reisen durch Niedersachsen, Holland und Engelland, Frankfurt/Leipzig 1753, T. 1, S. LXIII.
- 88 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 2, Bl. 12.
- 89 Zu Eggebrecht s. StAP, Pr. Br. Rep. 78, IV B 5, Berlin, Tit. 55, Bl. 1 u. 2; Seidel, S. 143. - Zu Eggebrecht s. auch Engelhardt, S. 282, 580 ff.; Weinhold, S. 177 f.; Walcha, O., Meißner Porzellan von den Anfängen bis zur Gegenwart, Dresden 1973, S. 20 ff.
- 90 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 2, Bl. 4 ff., 11 ff.; Küster, G. G., Das alte und neue Berlin, Berlin 1769, IV. Abt., Sp. 278 ff. - Nach K. ist Usemann noch 1726 als Tabakspfeifenproduzent in Berlin nachweisbar.
- 91 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 2, 2. Hälfte, S. 257 (die Angabe bezieht sich auf 1739 - H. M.).
- 92 Stengel, S. 10 f., 20 f.
- 93 Ebenda, S. 8 ff., 20 f.
- 94 Gundling, J. P., Nachricht von dero Commerciem und Manufakturen in der Chur-Mark Brandenburg ingleichen dero Herzogthümern Magdeburg und Pommern ... Staatsbibliothek Berlin, Manuscripta Borussica, in: octavio, Nr. 95, S. 120.
- 95 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 2, 2. Hälfte, S. 257.
- 96 Ebenda, S. 249, Rescript an die Kommission vom 4. Dezember 1738.
- 97 Hoffmann, H., Handwerk und Manufaktur in Preußen 1769 (Das Taschenbuch Knyphausen), Berlin 1969, S. 102 ff., 164.
- 98 Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 94, 200; Stengel, S. 7.
- 99 Walcha, S. 30, 442.
- 100 ZStAM, Rep. 9, J J 5, Bl. 168 f., 289 ff.
- 101 Stieda, W., Zur Geschichte der Porzellanfabrikation in der Mark Brandenburg, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Bd. 17, Leipzig 1904, S. 71, 82 f.; Zick, G., Berliner Porzellan der Manufaktur von Wilhelm Caspar Wegely 1751 - 1757, Berlin 1978, S. 1 f.

- 102 Nicolai, 2. Aufl. Berlin 1779, Bd. 1, S. 339.
- 103 In Potsdam wurde z. B. 1752 dem Grenadier Zweininger und seiner Frau vom König bestätigt, daß sie weiterhin mit Meißner Porzellan und inländischen Fayencen handeln durften (StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam, Generalia 589, Bl. 2).
- 104 Gundling, S. 94, 131.
- 105 Mylius, V. Th., II. Abt., III. Corp., Bl. 187 ff.
- 106 ZStAM, Rep. IX, Allg. Verw., E 16^{II}, Fasc. 1, Bl. 5.
- 107 Küster, III. Abt., Berlin 1756, Sp. 117 ff.; König, T. 2, S. 198; T. 3, Berlin 1795, S. 30.
- 108 Küster, III. Abt., Sp. 118.
- 109 ZStAM, Rep. 9, J J 5, Bl. 289 ff., 293.
- 110 StAP, Pr. Br., Rep. 7, Amt Berlin-Mühlenhof, No. 22, Bl. 19.
- 111 Ebenda; ebenda, D 13 180, unpag. (spezificatio des Buden- und Grundzinses 1740/41).
- 112 Krüger, H., Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958, S. 68.
- 113 Mittenzwei, I., Bürgertum und Staat in Preußen nach dem Siebenjährigen Kriege. Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik, Diss. B, Berlin 1974, S. 28.
- 114 Teutscher Merkur, 1785 II, S. 94; zit. bei Krüger, S. 260.
- 115 Hoffmann, H., Die gewerbliche Produktion Preußens im Jahre 1769 auf Grund des statistischen Taschenbuches des Dodo Heinrich Freiherrn von Knyphausen, wirtsch. -wiss. Diss., Berlin 1957, S. 105.
- 116 Bratring, F. W. A., Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Berlin 1804 - 1809, Bd. 2, S. 158 f.; Büching, A. F., Beschreibung einer Reise von Berlin über Potsdam nach Re Kahn unweit Brandenburg, Berlin 1775, S. 40.
- 117 ZStAM, Gen. Dir. Kurmark, Tit. CXV, Sect. o Handwerkersachen, Nr. 57, Varia. - Diese Tabelle enthält u. a. den ersten Nachweis, daß Fayencemacher in Berlin selbst ausgebildet werden.
- 118 Stengel, S. 14, 22 f.
- 119 Beckmann, B. L., Historische Beschreibung der Chur- und Mark Brandenburg, nach ihrem Ursprung, Einwohnern, natürlichen Beschaffenheit, Gewässer, Landschaften, Städten u. s. w., Berlin 1751, Bd. 1, S. 1168.
- 120 Mittenzwei, I., Theorie und Praxis des aufgeklärten Absolutismus in Brandenburg-Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972, S. 86.
- 121 ZStAM, Gen. Dir. Kurmark, Materien J - Z, Tit. CCLII No 1, Vol. 1, 1750 - 1752, Vol. 2 nach 1852. - Auch 1864 kam aus der Produktion noch kein wirkliches Porzellan, s. ebenda, Bl. 165 ff. - Vgl. auch Zick, S. 3.
- 122 ZStAM, Gen. Dir. Kurmark, Materien J - Z, Nr. 2, 1751 - 1757, Bl. 2, Privileg für Wegely mit Monopolklausel vom 27. Januar 1751; vgl. Zick, S. 17.
- 123 StAP, Pr. Br., Rep. 2, Städte - Geg. Berlin, S. 3043, Abschrift der Konzession für den Kaufmann Lüdicke: Bl. 2. - In der älteren Literatur wird der Begründer der 1756 entstandenen Manufaktur in der Baumgasse und der 1797 in Rheinsberg verstorbene Besitzer der dortigen Fayencemanufaktur als ein- und dieselbe Person angesehen. Auf diesen Irrtum verwies 1950 Stengel, S. 15; er schloß, daß es sich um Vater

und Sohn handelt. Die von mir benutzten Akten beweisen, daß der Vater Carl Heinrich L. hieß. Somit ist die seit Stengel übliche Bezeichnung Carl Friedrich L. senior und Carl Friedrich L. junior ebenfalls nicht mehr haltbar.

- 124 Hierzu s. Mauter, H., Fayence und Steingut aus Berlin und Rheinsberg. Zu einigen Problemen der Manufaktur Lüdicke 1756 bis 1806, in: Jahrbuch des Märkischen Museums, 1979, S. 63.
- 125 ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XCVI, Nr. 53, Tabelle betreffend: Die Fabriken und Manufakturen in Berlin 1766, Bl. 15. - Die in dieser Arbeit angeführten Beispiele beweisen, daß alle Fayencemanufakturen - von der ersten 1678 entstandenen abgesehen - von seiten des Staates keine finanziellen Unterstützungen als Startkapital erhielten. Als die Franzosen Bellevé und Vivier in Berlin eine weitere Fayencemanufaktur anlegen wollten und finanzielle Unterstützungen aus der Staatskasse verlangten, wurde ihnen mitgeteilt, daß sie die Manufaktur außerhalb Berlins und auf eigene Kosten anlegen sollten; erst dann würden sie die üblichen Vorteile der Einwanderer erhalten (ZStAM, Gen.-Dir., Rep. IX, Allg. Verw., c 1^b3, Fasc. 28, Bl. 10 ff.).
- 126 Falke, S. 37.
- 127 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 3, 1. Hälfte, S. 677.
- 128 Ebenda, 2. Hälfte, S. 203.
- 129 Ebenda, 1. Hälfte, S. 677; s. auch Berlekamp, G., Zur Geschichte der Stralsunder Fayencemanufaktur und ihrer Erzeugnisse, phil. Diss., Greifswald 1970.
- 130 Krüger, S. 239 ff.
- 131 König, T. 5, Bd. 2, Berlin 1799, S. 256 f.
- 132 Mittenzwei, L., Die preußischen Beamten und ihre Auseinandersetzungen um wirtschaftliche Probleme der Zeit (1763 - 1789), in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, S. 349 f.
- 133 Fuchs/Heiland, S. 85.
- 134 Stengel, S. 14 f. - Carl Heinrich Lüdicke kaufte den öffentlich angebotenen Betrieb (s. Wöchentliche Berlinische Frag- und Antwortnachrichten 8. Dezember 1755) nicht, sondern errichtete eine neue Manufaktur von Grund auf. Das läßt darauf schließen, daß der Menicus-Betrieb überaltert und nicht mehr ausbaufähig war.
- 135 Falke, S. 9.
- 136 Küster, IV. Abt., Sp. 256.
- 137 ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XCVI, Nr. 53, Bl. 15. - Für die Magdeburger Fayencemanufaktur liegen für 1768 genauere Angaben über die Absatzmärkte vor: Sachsen, Braunschweig, Anhalt, Berlin, Frankfurt (Oder), "oder sonst in hiesigen Landen", in: Staatsarchiv Magdeburg (StAM), 230, Bl. 59.
- 138 StAP, Pr. Br., Rep. 2, Amt Mühlenhof, D 13 189, Bl. 210 ff.
- 139 Ebenda, Bl. 3.
- 140 Ebenda, D 13 187, Bl. 1 ff., 13, 36, 50, 124 ff.; s. auch ebenda, D 13 189, Bl. 3.
- 141 StAP, Pr. Br., Rep. 7, Amt Berlin-Mühlenhof 1689, Bl. 4 ff., 54, 93 f.; ebenda, Rep. 2, Amt Mühlenhof, D 13 187, Bl. 1 ff., 13 ff., 36, 50, 124 ff.; ebenda, D 13 189, Bl. 3, 35 ff., 44 f., 161.
- 142 StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam 502, Bl. 15 ff.
- 143 Stengel, S. 5, 18.

- 144 Ebenda, S. 17 f.
- 145 Berlinische Intelligenz-Zettel, 29. Mai u. 5. Juni 1770.
- 146 ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XXXII, Nr. 64, 1750-51, Bl. 5 ff., 8, 10 ff.
- 147 Ebenda, Tit. CDLIX, Nr. 43, Bl. 4.
- 148 Hierzu s. Mauter, S. 52 f.
- 149 Mittenzwei, Die preußischen Beamten ...; s. auch Skalweit, St., Die Berliner Wirtschaftskrise von 1763 und ihre Hintergründe, Berlin 1937, S. 48 ff., 109. - Zur Krise s. auch Mittenzwei, Bürgertum und Staat ..., S. 12 ff.
- 150 Köllmann, E., Berliner Porzellan 1763 - 1963, Bd. 1, Braunschweig 1966, S. 15 ff.
- 151 Mittenzwei, Bürgertum und Staat ..., S. 12 ff.; dieselbe, Die Vorbereitung der bürgerlichen Umwälzung (1763 bis 1789), in: Deutsche Geschichte, Bd. 3, S. 460 f.
- 152 Dieselbe, Bürgertum und Staat ..., S. 12 ff.
- 153 StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam 503, Bl. 36 f.
- 154 Stieda, W., Die Fayencefabrik in Rheinsberg, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Bd. 30, H. 1, München/Leipzig 1917, S. 72.
- 155 Mittenzwei, Bürgertum und Staat ..., S. 16; StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam 502, Bericht vom 22. 10. 1766, Bl. 15 f.
- 156 Mittenzwei, Bürgertum und Staat ..., S. 168.
- 157 Ebenda.
- 158 Ebenda, S. 51.
- 159 StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam 503, Bl. 52, s. auch ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. LXXXX, Nr. 12, Bl. 16 f.
- 160 Rachel, Acta Borussica ..., Bd. 3, 2. Hälfte, S. 264; StAP, Pr. Br., Rep. 19, Steuerrat Potsdam 503, Bl. 38.
- 161 Mittenzwei, Theorie und Praxis des aufgeklärten Absolutismus ..., S. 86.
- 162 Dieselbe, Bürgertum und Staat ..., S. 76 ff.
- 163 Ebenda, S. 64 ff.
- 164 Stengel, S. 23.
- 165 ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XCVI, Nr. 53, Bl. 15, "Tabelle betreffend: Die Fabriken ..."
- 166 Hoffmann, Handwerk und Manufaktur ..., S. 102 ff., 164.
- 167 Mauter, H., Fayence und Steingut aus Berlin und Rheinsberg, Jg. VI - VII/1980 - 1981, S. 45 f.
- 168 Hüseler, Bd. 2, S. 5 ff. ("Meisterlisten" der Manufakturen) u. S. S. 113 ff.
- 169 Gundling, S. 26, 105, 113, 117 f.
- 170 Stieda, S. 72.
- 171 Rachel, Berliner Wirtschaftsleben ..., S. 200; Falke, S. 10.
- 172 Uffenbach, S. LXIII.
- 173 Hierzu s. Hennert, C. W., Beschreibung des Lustschlosses und Gartens Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Heinrichs, Bruder des Königs, zu Rheinsberg, wie auch der Stadt und der Gegend um dieselben, Berlin 1778, S. 48 f.; StAM, A Rep. A 8 VIII, Nr. 30, 225, Bl. 2; ebenda, 228, Bl. 2; ebenda, 230, Bl. 59; Staatsbibliothek Berlin, Manuscripta Borussica, in folio, Nr. 643, Bl. 8; C. G. v. Thile, Nachricht von der Churm. Commerzien Beschaffenheit, wie auch von den

Manufakturen ... Berlin, 15. März 1751.

174 Krüger, S. 43.

175 Mauter, V/1979, S. 57.

176 Ebenda, S. 50 ff.

177 ZStAM, Gen. Dir. Fabriken-Dep., Tit. XCVL, Nr. 53, Bl. 15,
"Tabelle betreffend: Die Fabriken ..."

Berlin in der industriellen Revolution

Zu Anstoß und Anlauf, Durchsetzung und Abschluß

von Lothar Baar

Das wissenschaftliche Interesse an der Analyse der industriellen Revolution, der ersten Phase der kapitalistischen Industrialisierung während des ausgehenden 18. und des 19. Jh., ist in der internationalen Historiographie ebenso wie in der wirtschaftshistorischen Forschung der DDR seit nahezu 3 Jahrzehnten nicht geringer geworden. Es ist dies nicht nur darin begründet, daß in der bisherigen Geschichte der menschlichen Gesellschaft nach der agrarischen Revolution des Neolithikums nur die industrielle Revolution es war, die eine mit dieser im Umfang und Maß sowie den gesellschaftlichen Wirkungen vergleichbare Umwälzung der Produktivkräfte hervorbrachte. Die Ursachen eines nach wie vor erhöhten wissenschaftlichen Interesses für den historischen Industrialisierungsprozeß, für seine Voraussetzungen, sein Wesen und seinen Verlauf sowie die Ergebnisse und Folgen sind auch darin zu suchen, daß die industrielle Revolution des 19. Jh. als Prämisse für Vergleichsanalysen und Klassifizierungen aktueller Industrialisierungsprozesse herangezogen wird, wie sie sich in jüngster Vergangenheit, in der Gegenwart und auch künftig noch vollziehen. Insbesondere ist es die wissenschaftlich-technische Revolution, die Fragen an die Geschichte, an die industrielle Revolution geradezu provoziert.¹ Obwohl generell eine solche Vergleichsanalyse zwischen dem historischen Industrialisierungsverlauf während der industriellen Revolution und den heutigen Industrialisierungsprozessen allein wegen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen verfehlt erscheint, so können dennoch gewisse Analogieschlüsse von Nutzen sein, nicht zuletzt für die Beurteilung der erreichten Stufe in der gegenwärtigen Revolution der Produktivkräfte.

Der Versuch, zu diesem Verständnis durch die Analyse des Verlaufs der industriellen Revolution in einem entstehenden großstädtischen Industriezentrum beizutragen, ist sicher legitim, birgt jedoch besonders dann Gefahren in sich, wenn eine derartige regionale Einzeluntersuchung nicht als unbedingt repräsentativ angesehen werden kann. Insofern entsteht auch für das im 19. Jh. gewachsene industrielle Zentrum Berlin die Frage der Repräsentanz, vor allem da Berlin, obwohl und gerade weil es Hauptstadt ist, sich in mancherlei Hinsicht von anderen deutschen Wirtschaftszentren recht beachtlich unterschied.

Es unterschied sich z. T. bereits hinsichtlich seiner im 16./18. Jh. begründeten gewerblichen Traditionen, wodurch Berlin schon lange vor seiner Entwicklung zu einem Zentrum der industriellen Revolution wichtiger Standort der außeragrarischen Produktion geworden war und über einen starken bürgerlichen Sektor verfügte. Seit dem 16. Jh. entstanden in der Stadt zahlreiche Gewerbebezweige, wenn auch der 30jährige Krieg die begonnene schnell-

le Aufwärtsentwicklung der gewerblichen Produktion unterbrach und erst gegen Ende des 17. und Anfang des 18. Jh., nach Rückgang und Stagnation, wieder ein schnelleres Wachstum einsetzte.² Es wurde durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik des absolutistischen Staates gefördert, der im Interesse seiner ökonomischen und militärischen Stärke besonders in der Residenz- und Landeshauptstadt die Ausdehnung von Gewerbe und Handel mit protektionistischen Maßnahmen unterstützte. Durch die Beschaffung von Arbeitskräften sowohl im Inland als auch durch eine gelenkte Einwanderung aus dem Ausland erfolgte eine schnelle quantitative Zunahme der gewerblichen Produzenten. So wurde nach der Vertreibung der Hugenotten im Jahre 1685 eine große Zahl jener 20 000 französischen Religionsflüchtlinge, die nach Brandenburg einwanderten, in Berlin angesiedelt, wo sie um 1700 den vierten Teil einer Bevölkerung von etwa 20 000 bis 25 000 Einwohnern ausmachten.³ Viele neue Gewerbezweige, gewerbliche Erfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten wurden dadurch aus dem ökonomisch weiterentwickelten Frankreich, aber auch durch die Anwerbung von Arbeitskräften aus anderen Ländern und Gebieten auf Berlin übertragen.⁴

Neben dieser extensiven Form der Produktionssteigerung durch die quantitative Zunahme der gewerblichen Produzenten führten Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie technischer Fortschritt zur Intensivierung der Produktion, die mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden war.⁵ Auf dieser Grundlage entstanden gerade in Berlin zahlreiche Manufakturen, die zum Bahnbrecher der modernen kapitalistischen Industrie des 19. Jh. werden konnten. Im Gegensatz zu den meisten anderen norddeutschen Städten war somit Berlin schon vor Beginn der industriellen Revolution ein bedeutendes Manufakturzentrum nicht nur der Kurmark und der mittleren Provinzen, sondern zweifellos ganz Preußens.⁶ Nicht nur die Funktionen als Residenz- und Landeshauptstadt und damit als Garnison und Verwaltungszentrum bestimmten Ende des 18. Jh. den Charakter der Stadt, sondern auch bereits in erheblichem Maße die außeragrarisches Produktion des Gewerbes und der Manufakturen. Die Anfänge der industriellen Revolution vermochten deshalb an eine gewerbliche Tradition anzuknüpfen und auf dieser aufzubauen; ohne Zweifel erleichterte dies die Entwicklung Berlins zu einem industriellen Zentrum. Fördernd wirkten vor allem solche Momente wie das Vorhandensein einer Schicht gewerblicher Produzenten mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten, also eines Arbeitskräftemarktes, und einer Unternehmerschicht mit nicht unbeträchtlicher Akkumulation von Geldkapital sowie nicht zuletzt die bestehenden Absatztraditionen auf dem inneren und äußeren Markt.⁷

War Berlin im 18. Jh. bevorzugter Ort der merkantilistischen Wirtschaftspolitik, so genoß es auch nach Beginn der industriellen Revolution weiterhin eine verstärkte Unterstützung im Rahmen der preußischen Gewerbepolitik während der ersten Hälfte des 19. Jh.⁸ Die Organe der staatlich gelenkten Gewerbeförderung nahmen auf den nun beginnenden Mechanisierungsprozeß der Produktion Einfluß, unterstützten durch Maschinen- und Informationsimporte, durch die Entwicklung eines gewerblichen Schulwesens u. a. Maßnahmen den Fortschritt der industriellen Revolution in der Stadt.⁹ Ohne diese wirtschaftspolitischen Faktoren in ihrer Wirkung überschätzen zu wollen und Gegenteilstendenzen zu übersehen, kann man doch in gewissem Umfang auf sie zurückführen, daß Berlin am Prozeß der industriellen Revolution in besonders hohem Maße partizipierte.

Diese bevorzugte Teilnahme resultierte jedoch auch aus einer partiellen Standortbevorzugung infolge der frühen infrastrukturellen Erschließung Berlins durch traditionelle und neue Verkehrswege. Der Deutschland allgemein charakterisierende Zustand der Zurückgebliebenheit gegenüber England hinsichtlich der Flußregulierung und der Kanalbauten war für Berlin nicht zutreffend,¹⁰ Durch zahlreiche Kanalbauten im Berliner und im märkischen Raum nahm die Stadt in bezug auf künstliche Wasserstraßen in Deutschland schon vor dem 19. Jh. eine Sonderstellung ein. Obwohl Spree und Havel nur verhältnismäßig kleine natürliche Wasserstraßen sind, vermittelten sie nach ihrer Regulierung und nach weiteren Kanalbauten während der industriellen Revolution über die größeren Schifffahrtswege Elbe und Oder die Verbindung zu den Seehäfen Hamburg und Stettin.¹¹ Da auch große Teile des Stadtgebietes selbst durch Wasserstraßen erschlossen wurden, war ein relativ billiger Transport von Massengütern, insbesondere die Zufuhr von Roh- und Brennstoffen möglich. Der Wasserverkehr besaß deshalb bis Anfang der 70er Jahre die Führung im Gütertransport für die Berliner Industrie, und er hat seine Bedeutung auch danach, sogar bis in die Gegenwart hinein, nicht verloren.

Das zweifellos leistungsfähige Wasserstraßennetz hätte allerdings niemals jene sprunghafte Entwicklung der Berliner Industrie ermöglicht, wie sie vor allem seit den 30er Jahren des 19. Jh. zu beobachten ist. Die Standortnachteile einer Binnenstadt, in deren Umgebung keine verwertbaren Roh- und Brennstoffe vorhanden sind, waren zeitweise nur zu kompensieren, weil Berlin mit der Transportumwälzung ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt wurde. Bereits Mitte der 40er Jahre war die Stadt zum Zentrum des norddeutschen Netzes geworden und verfügte zu diesem Zeitpunkt über ein Schienennetz wie keine zweite Stadt Deutschlands.¹² Bis zu den 80er Jahren wurde Berlin verkehrsmäßig immer mehr zu einem Kreuzungspunkt der Durchgangsverbindungen in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung. Insgesamt trafen hier zu diesem Zeitpunkt 16 Eisenbahnlinien zusammen, darunter 9 Fernverbindungen. Dadurch verbesserte sich für die städtische Industrie nicht nur die Belieferung mit Roh- und Brennstoffen, sondern es erschloß sich für sie auch ein immer größer werdender Absatzmarkt.¹³ Der Eisenbahnbau, an dem Berlin hauptbeteiligt war, verbesserte aber nicht nur entscheidend die Verkehrsvoraussetzungen für die Industrie der Stadt, von ihm gingen auch selbst wichtige Impulse für die Entwicklung neuer Produktionszweige aus. Auch deshalb konnten "die Anfänge großer Industrie ... seit 1830 und namentlich seit 1840" nicht nur im Rheinland, in Sachsen und Schlesien, sondern auch in Berlin entstehen.¹⁴ Friedrich List hatte schon 1833 die progressive Wirkung des neuen Verkehrsmittels gerade für Berlin erkannt.¹⁵ So ist es unbestreitbar, daß die bevorzugte Teilnahme Berlins am Prozeß der industriellen Revolution ohne den Eisenbahnbau schwer denkbar, wenn nicht gar unmöglich gewesen wäre.¹⁶ Stellt man deshalb die Ergebnisse bestimmter geographischer, administrativer und auch militärischer Gegebenheiten in Rechnung, läßt die Entwicklung Berlins in der industriellen Revolution eine durchaus repräsentative Analyse zu.

Am Beispiel Berlins ist aber auch der Nachweis zu führen, daß die industrielle Revolution im nationalen Rahmen asynchron verlief, ebenso wie sie international durch eine stadiale Inkongruenz charakterisiert war und durchaus keinen Weltprozeß darstellte. Sieht man von der bürgerlichen Revolution ab, die weltweit im Ausmaß und in der Konsequenz ihrer Durchsetzung

stets das Hauptkriterium für die Bewältigung der industriellen Revolution war, und vernachlässigt man die Rolle der Kolonisierung als zusätzlichen und verstärkenden Hemmungsfaktor, so waren es vor allem jene anderen Voraussetzungen oder Gegebenheiten, die ein unterschiedliches Tempo der kapitalistischen Industrialisierung im 19. Jh. verursachten und einen synchronen Ablauf ausschlossen. Von den vorausseilenden Ländern und Gebieten gingen dann aber einerseits Konkurrenzhemmungen auf jene Staaten und Territorien aus, die die industrielle Revolution nachvollzogen oder nicht bewältigten. Dem stand jedoch andererseits auch ein fördernder Einfluß von außen gegenüber. Deshalb gelangten Marx und Engels in diesem Zusammenhang zu der Feststellung, daß es für die revolutionäre Bewegung in weniger entwickelten Ländern möglich ist, auf den Erfolgen der entwickelten Länder aufzubauen, und sie konstatierten dann hinsichtlich der ökonomischen Prozesse: "Es versteht sich, daß die große Industrie nicht in jener Lokalität eines Landes zu derselben Höhe der Ausbildung kommt... Ebenso wirken die Länder, in denen eine große Industrie entwickelt ist, auf die plus ou moins nichtindustriellen Ländern, sofern diese durch den Weltverkehr in den universellen Konkurrenzkampf hineingerissen sind."¹⁷

Für die "Höhe der Ausbildung" der großen Industrie waren aber gerade in Berlin bestimmte fördernde Faktoren maßgebend, und sie konnten besonders dann wirksam werden, als sich nach 1789 die bürgerliche Revolution in Preußen und Deutschland in Form eines rund 8 Jahrzehnte dauernden Prozesses langsam durchzusetzen begann.¹⁸ Schon 1784 hatte sich die industrielle Revolution in Berlin mit ersten Versuchen, die Maschinenspinnerei einzuführen, angekündigt. Im Jahre 1791 errichtete Wilhelm Tappert eine bedeutende Baumwoll-Maschinenspinnerei, die im Jahre 1800 als Königliche Garnmanufaktur übernommen wurde, 5 Jahre später aber wieder in private Hände übergang; 1813 besaß dieser Betrieb etwa 16 000 Spindeln.¹⁹ Während diese Maschinenspinnerei noch über ein Drehwerk mit Hilfe menschlicher Muskelkraft betrieben werden mußte, konnten in der Maschinenspinnerei von J. G. Sieburg seit 1797 die Spinnmaschinen mit einer englischen Dampfmaschine verbunden werden. Obwohl Transport-schäden ihre Aufstellung zunächst verzögerten, die Maschinenleistung den Energiebedarf der Spinnerei weit überschritt und schließlich unangemessen hohe Brennstoffkosten entstanden, wurde damit die erste Dampfmaschine, die in Deutschland dem Antrieb eines Maschinensystems der Baumwollspinnerei diente, in Berlin installiert. Trotz des gesellschaftlichen und des damit verbundenen technologischen Rückstandes Preußens gegenüber England, erfolgte dies nur 12 Jahre später als in Großbritannien.²⁰

Mit der Erfindung und Anwendung von Maschinen zur Verarbeitung von Baumwolle und mit der Dampfmaschine begannen nun - ebenso wie zuvor in Großbritannien - auch in Berlin erste Prozesse der industriellen Revolution. Ebenso wie für England, so gilt deshalb auch für Deutschland jene Feststellung von Friedrich Engels: "Diese Erfindungen gaben bekanntlich den Anstoß zu einer industriellen Revolution, einer Revolution, die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft umwandelte und deren weltgeschichtliche Bedeutung erst jetzt anfängt erkannt zu werden. England ist der klassische Boden dieser Umwälzung, ... das klassische Land für die Entwicklung ihres hauptsächlichsten Resultates, des Proletariats."²¹ Hier wie dort war die Werkzeugmaschine in der Baumwollspinnerei, "wovon die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert" ausging und "jeden Tag

von neuem den Ausgangspunkt" dafür bildete, "sooft Handwerksbetrieb oder Manufakturbetrieb in Maschinenbetrieb" übergang.²²

Dieser Anstoß für eine industrielle Revolution wurde zwar durch den Engpaß in der Baumwollgarnherstellung, durch den Widerspruch zwischen dem Garnbedarf der Weberei und der zurückgebliebenen Garnproduktion ausgelöst, er teilte sich jedoch anderen Produktionszweigen mit, griff auf weitere Bereiche zunächst des Textilgewerbes über, und daraus resultierte der Anlauf des Prozesses der industriellen Revolution auch in Deutschland, in Preußen und Berlin. Die kapitalistische Industrialisierung wurde damit inauguriert; der Kernprozeß der industriellen Revolution, die Ersetzung der manuellen durch die maschinelle Arbeit mit den daraus abgeleiteten sozialökonomischen Begleit- und Folgeprozessen begann.²³ Es handelt sich somit nicht um die Vorbereitung der industriellen Revolution im Sinne der Schaffung von Voraussetzungen für die kapitalistische Industrialisierung, sondern um erste anlaufende Prozesse, um ihre Einleitung. Die quantitative Ausdehnung des begonnenen qualitativen Fortschritts, die Multiplikation des Effekts, bewirkten dann aber erst jene umfassende Revolutionierung der Produktivkräfte und Steigerung der Arbeitsproduktivität, wie sie für den Sieg der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erforderlich und charakteristisch waren.

Für diesen Höhepunkt und Leistungsanstieg mußten in der vorhergehenden Anlaufphase auch in Berlin die erforderlichen Grundlagen geschaffen werden. Nicht nur in der Baumwollspinnerei, die den entscheidenden Anstoß zur industriellen Revolution vermittelte, auch in anderen Berliner Produktionszweigen begann die Anwendung von Arbeits- bzw. Werkzeugmaschinen, die ihrerseits eine energetische Umwälzung, den Einsatz von Dampfmaschinen erforderten.²⁴ Die Nutzung von Dampfkraft - als ein wesentliches Kriterium für den beginnenden Mechanisierungsprozeß gerade in Berlin - erfolgte sehr früh in der keramischen Industrie, als die Königliche Porzellanmanufaktur im Jahre 1800 eine Dampfmaschine in Betrieb nahm. Nach Jahren der Stagnation, verursacht durch Kriege und Kontinentalsperre, ging anderthalb Jahrzehnte später die von den Gebrüdern Cockerill errichtete erste Maschinenspinnerei für Wolle zum Dampfantrieb über. Im Jahre 1816 setzte C. Hummel, einer der ersten Berliner Maschinenbauer, eine Dampfmaschine ein. Aus der 1815 gegründeten ersten deutschen Dampfmaschinenbaumanufaktur von G. Ch. Freund stammte jene Antriebsmaschine, die ein Jahr später in der Gold- und Silberwarenmanufaktur Hensel & Schumann zur Anwendung kam. Auch die seit Anfang der 90er Jahre des 18. Jh. bestehende Woll- und Baumwollspinnerei W. Tapert ging 1816 zum Dampfantrieb über, ebenso wie im darauffolgenden Jahre die Wollspinnerei und Weberei Becker.²⁵ Im Jahre 1820 kamen schließlich in der Kattundruckerei Dannenberger und der Berliner Patentpapierfabrik Dampfmaschinen zum Einsatz, so daß zu diesem Zeitpunkt die Berliner Wirtschaft über insgesamt 8 Antriebsmaschinen mit einer Gesamtleistung von 102 PS verfügte. Bis zum Jahre 1830 erhöhte sich in verschiedenen Produktionszweigen diese Zahl auf 23 mit einem Leistungsvermögen von 221,5 PS. Damit waren etwa 17 % der Dampfmaschinen Preußens mit rund 12 % der PS-Leistung in der Berliner Wirtschaft konzentriert, und dies ist nicht zuletzt ein Beweis für die ersten Fortschritte der industriellen Revolution in der Stadt, ihres Anstoßes und Anlaufes, der aber nur in Einheit mit dem Folgeprozeß begriffen werden kann.²⁶

Dennoch überwog auch Anfang der 30er Jahre noch die manuelle Arbeit ohne neuen energetischen Antrieb in der außeragraren Produktion Berlins. Die Fortschritte, so bedeutsam sie auch gewesen sein mögen, waren noch punktuell begrenzt und führten nur vereinzelt zu einer höheren Arbeitsproduktivität, die aber letztlich entscheidend für den Sieg der kapitalistischen Warenproduktion war. Die Durchsetzung der industriellen Revolution erfolgte erst seit Mitte der 30er Jahre, weil sich die nur zögernde Beseitigung feudaler Hemmnisse im Prozeß der bürgerlichen Revolution auch auf die Ergebnisse der industriellen Entwicklung Berlins auswirken mußten. Die ökonomischen Störungen durch die napoleonischen Eroberungskriege und die Handelspolitik sowie die nach den Befreiungskriegen 1813/14 wieder verstärkt einsetzende Konkurrenz der weiterentwickelten englischen Industrie wirkten als zusätzliche Hemmnisse. Entscheidendes Hindernis blieb jedoch vor allem die ökonomische Zersplitterung, die erst mit Gründung des Deutschen Zollvereins am 1. Januar 1834 teilweise überwunden wurde. Er stellte die wirtschaftliche Einheit für den größten Teil Deutschlands her und sicherte von nun an auch der Berliner Industrie einen erweiterten inneren Markt und Schutzzölle gegenüber der ausländischen Konkurrenz.²⁷

Die Durchsetzung der industriellen Revolution in Berlin unterlag jedoch nach der Beseitigung dieser generellen Hemmnisse einigen spezifischen Einflußfaktoren. Zu ihnen gehörte in erster Linie die erforderliche Fernversorgung der großen Industrie mit Roh- und Brennstoffen. Günstige Verkehrsverhältnisse vermochten deshalb in Berlin diesen erheblichen Standortnachteil nicht auf die Dauer, sondern nur temporär zu kompensieren. Es erwies sich sehr bald, daß der Prozeß der industriellen Revolution, die Durchsetzung der kapitalistischen Warenproduktion auf der Grundlage einer Revolutionierung der Produktivkräfte bei gleichzeitigen erheblichen sozial-ökonomischen Veränderungen, in solchen großstädtischen Industriezentren wie Berlin nur dann erfolgen konnte, wenn Standortvoraussetzungen dies nicht verhinderten oder erschwerten. Stark materialintensive Zweige mit einem hohen Rohstoff- und Brennstoffverbrauch, bei denen die Veredlungsarbeit pro Gewichtseinheit relativ gering war, konnten sich in Berlin nicht oder nur vorübergehend niederlassen. Als allgemeine Tendenz setzte sich deshalb sehr bald die bevorzugte Standortbildung von arbeitsintensiven Industriezweigen durch.²⁸

Dieser Prozeß war jedoch nicht sofort in vollem Maße erkennbar. Wohl zeigte sich, daß im traditionellen Berliner Textilgewerbe eben jene Standortnachteile den Verlauf der industriellen Revolution in der Stadt bereits erheblich deformierten. Das mit zunehmender Mechanisierung der Textilproduktion auftretende Problem der Antriebskräfte konnte in Berlin eben nicht durch billigen Wasserantrieb, sondern nur durch den unvergleichlich mehr Kosten verursachenden Dampftrieb gelöst werden. Darüber hinaus waren gerade in der Textilproduktion Großstädte wie Berlin immer weniger in der Lage, die Produktionskosten so niedrig zu halten, wie es ländliche oder kleinstädtische Textilzentren vermochten. Die Höhe der Produktionskosten wurde in Großstädten weit stärker von den Grundstückspreisen, der städtischen Grundrente, beeinflußt als in ländlichen oder kleinstädtischen Gebieten. Zur Vergrößerung der Produktionskosten trugen aber auch die in Berlin höheren Nominallöhne aufgrund der größeren Re-

produktionskosten der Ware Arbeitskraft und der stärkeren Nachfrage nach ihr bei.²⁹

Hierin sind die Gründe dafür zu suchen, daß die sprunghafte Ausdehnung der mechanischen Baumwollspinnerei, die in England und in geringerem Umfang auch in Deutschland den "Anstoß" zur industriellen Revolution gab, im entstehenden Industriezentrum Berlin zu keiner Blüte führte. Obwohl generell die aufsteigende mechanische Spinnerei in dem Augenblick, als sie die Dampfkraft auszunutzen begann, eine städtische Industrie wurde und Spinnmaschine sowie Dampfmaschine in ihrer Kooperation eine Verlagerung der Spinnerei vom Land in die Stadt bewirkten, konnte Berlin nicht zu einem Zentrum der mechanischen Spinnerei werden.³⁰ Es war dies primär auf die negativen Standortbedingungen in Berlin zurückzuführen,³¹ sekundär allerdings auch auf die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. noch mangelhafte Leistungsfähigkeit des Berliner Maschinenbaus.³² Schließlich sollte in diesem Zusammenhang nicht unberücksichtigt bleiben, daß in dem Handelszentrum Berlin die Bourgeoisie hohe Profite mit einem weit geringeren Risiko aus dem Handel mit Baumwolle und Baumwollgarn erzielen konnte, als aus der Anlage von fixem Kapital in der Spinnerei zu erreichen waren. Nach den Anfängen ist somit der Mechanisierungsprozeß der Spinnerei in Berlin nicht mehr weiter zu verfolgen, da die Stadt für die Baumwollspinnerei in den 50er Jahren und für die Wollspinnerei in den 60er Jahren des 19. Jh. als Produktionsstandort faktisch ausfiel.³³

Ähnliches ist in der Baumwollweberei zu beobachten, deren Produktionsbedingungen nicht minder von den Standortnachteilen einer Großstadt beeinflusst wurden. Ihre Mechanisierung war zwar insgesamt in den 50er Jahren noch sehr gering. Mitte dieses Jahrzehnts können für Berlin nur 72 mechanische Webstühle von insgesamt 1227 Berliner Baumwollwebstühlen und für Ende des Jahrzehnts (1858/59) nur 118 von insgesamt 1028 ermittelt werden.³⁴ Als jedoch in den 60er Jahren des 19. Jh. in der deutschen Baumwollweberei sich die Mechanisierung beschleunigte, war in Berlin schon am Beginn des Jahrzehnts der nahezu vollständige Niedergang erreicht.³⁵

Ebenso verlief die Entwicklung der Berliner Seidenweberei, die im 18. Jh. als typisches Produkt der merkantilistischen preußischen Wirtschaftspolitik sich besonders in Berlin bedeutend ausgedehnt hatte. Vor allem seit Ende der 50er Jahre des 19. Jh. war auch bei ihr der Rückgang offenkundig. Infolge starker technischer Schwierigkeiten hatte sich jedoch bis dahin im allgemeinen der mechanische Webstuhl kaum durchgesetzt. Während in Berlin im Jahre 1849 nur 213 mechanische Seidenwebstühle von insgesamt 2138 gezählt wurden, waren es selbst in ganz Preußen im Jahre 1861 nur 573 von insgesamt über 30 000; auch 1870 überwog überall noch der Handwebstuhl.³⁶

So waren es vor allem die Wollweberei und Teile der Textilveredlung, insbesondere die Kattundruckerei, für die Berlin seine Bedeutung als Produktionsstandort behielt, so daß trotz seines Rückgangs das Berliner Textilgewerbe mit etwa 15 000 Arbeitskräften im Jahre 1861 der Produktionszweig war und bis in die 70er Jahre auch blieb, der die meisten Beschäftigten besaß.³⁷ Die Wollweberei hat jedoch ihre Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu anderen Produktionszweigen durch überaus geringe Löhne auf Kosten der Arbeiter erkauft.³⁸ Darüber hinaus konnte sie einen Vorteil

nutzen, der vorübergehend ihre negativen Standortbedingungen in der Stadt kompensierte, und dieser Vorteil gegenüber anderen Zentren der deutschen Wollwarenproduktion bestand im Aufkommen der Konfektion in Berlin. In enger Anlehnung an den unmittelbaren örtlichen Bedarf der seit den 40er Jahren entstehenden Konfektionsbetriebe entwickelte sich eine bedeutende Produktion wollener und halbwollener Stoffe. Die zunehmende Nachfrage der Konfektion und die äußerst niedrigen Löhne der Wollerei ermöglichten deshalb trotz ungünstiger Konkurrenzbedingungen bedeutende quantitative Fortschritte dieses Produktionszweiges.³⁹

Die Durchsetzung des Prozesses der industriellen Revolution in der Berliner Textilproduktion zu verfolgen, ist somit infolge dieser Entwicklungstendenz erschwert, aber nicht völlig unmöglich. So kann für die Wollweberei, ähnlich wie für die Baumwollweberei, der Nachweis erbracht werden, daß ihre Fortschritte bis Ende der 50er Jahre auch in Berlin noch auf einer Ausdehnung der Handarbeit beruhten. Der mechanische Webstuhl setzte sich in der Wollweberei nur sehr langsam durch, eine Erscheinung, die bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der englischen Wollindustrie zu beobachten war.⁴⁰ Ursachen dafür waren die zunächst nur geringe Steigerung der Arbeitsproduktivität des mechanischen Webstuhls gegenüber dem Handwebstuhl, technische Schwierigkeiten beim Antrieb durch Dampfkraft und hohe Anschaffungskosten. Dies erleichterte wiederum den Widerstand der Handwerker gegenüber der Einführung des Maschinenwebstuhls.⁴¹ Deshalb bestand im Jahre 1861 bei der umfangreichen Berliner Produktion von wollenen und halbwollenen Stoffen ein Verhältnis von mechanischen Webstühlen zu Handwebstühlen von nur 1 : 4.⁴² Dies bestätigt die allgemein festzustellende Tendenz über den während der industriellen Revolution erreichten technischen Reifegrad dieses Produktionszweiges. Bei der Ersetzung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit und bei der Herausbildung und Ausdehnung der auf einer beträchtlichen Anlage von fixem Kapital beruhenden kapitalistischen Fabrikbetriebe blieb somit zunächst überall jener Zweig zurück, der zwischen Spinnerei und Veredlung liegt, die Weberei.⁴³

Dennoch bedeuteten die Fortschritte, die auf der Grundlage der manuellen Arbeit in der Berliner Wollweberei bis in die 50er Jahre erreicht wurden, ebenso wie im Baumwoll- und Seidengewerbe der Stadt in den 40er und 50er Jahren, keine Ausdehnung der einfachen Warenproduktion des Handwerks. Während die Handarbeit von der maschinellen Weberei auch bis 1870 noch nicht völlig verdrängt war, hatte sich die kapitalistische Warenproduktion der dezentralisierten und zentralisierten Manufakturen wie auch der Fabriken schneller und früher durchgesetzt. So bestätigt Ernst Dronke, daß Mitte der 40er Jahre fast sämtliche 837 formell noch selbständige Berliner Seidenwirker für 113 Händler arbeiten mußten, also von ihnen verlegt wurden.⁴⁴ Ein Bericht des Berliner Polizeipräsidiums aus dem Jahre 1852 verdeutlicht dies für die gesamte Textilarbeiterschaft der Stadt, die sozial differenziert wird 1. nach sog. Fabrikarbeitern, offensichtlich die in zentralisierten Manufakturen und tatsächlichen Fabriken Beschäftigten, 2. in die "verhältnismäßig nicht sehr zahlreich" vertretenen "Fabrikanten", d. h. die noch selbständigen Handwerksmeister, und 3. die zahlreichen einfachen Warenproduzenten mit einem oder zwei Gesellen, die zwar formal noch selbständig, sich faktisch aber in ökonomischer Abhängigkeit von Handelskapitalisten oder Manufakturiers befanden und von ihnen ausgebeutet wurden.⁴⁵

Im Gegensatz zur Weberei, in der sich der Mechanisierungsprozeß nur sehr langsam durchsetzte und die industrielle Revolution zunächst keinen mit der Spinnerei vergleichbaren Reifegrad erreichte, vollzog sich dieser Prozeß in der Textilveredlung und der ihr zugehörigen Kattundruckerei in klassischer Weise. In der Berliner Kattundruckerei, deren Tradition bis zur Mitte des 18. Jh. zurückreicht, begann, ebenso wie in den sächsischen und süddeutschen Textilgebieten, schon Anfang des 19. Jh. eine technische Revolutionierung der Produktion. Seit den 30er Jahren steigerte sich auf der Grundlage dieser neuen Technik die Arbeitsproduktivität sprunghaft und führte rasch zur Vernichtung der noch auf Handarbeit beruhenden Produktion. Die zentralisierten Manufakturen, die bisherige Betriebsform des Kattendrucks, wurden jetzt von dem mit Maschinen u. a. technischen Neuerungen ausgerüsteten Fabrikbetrieb verdrängt, und es entstanden die vorwiegend auf maschineller Arbeit und maschinellem Antrieb beruhenden "Kattunfabriken". Bereits im Jahre 1845 verwendete die Berliner Kattundruckerei 24 Walzendruckmaschinen und 14 Dampfmaschinen mit einer Gesamtleistung von 250 PS. Bis zum Jahre 1869 waren 48 Druckmaschinen und 52 Dampfmaschinen mit einer Leistung von 700 PS in Betrieb genommen.⁴⁶ Sie konzentrierten sich in einigen wenigen Fabrikbetrieben und führten deshalb schon in den 40er Jahren zum Untergang aller kleinen und technisch rückständigen zentralisierten Manufakturen.

In anderer Weise verlief dagegen die Entwicklung in der neu entstehenden Konfektion. Im Bekleidungs-gewerbe kam es während der industriellen Revolution zu einer wesentlichen Erhöhung des Produktionsumfangs nicht durch eine umfangreiche Anlage von fixem Kapital und, mit Ausnahme der Nähmaschine, auch nicht durch bedeutende technische Neuerungen. Die Produktionssteigerung beruhte vielmehr vorwiegend auf der starken quantitativen Zunahme der Beschäftigten und ihrer vorwiegend extensiven Ausbeutung. Mit dem Aufkommen von Konfektionsbetrieben und der Anwendung der Nähmaschine war jedoch auch eine Steigerung der Arbeitsintensität verbunden.⁴⁷

Obwohl sich die Zahl der im Berliner Schneidergewerbe Beschäftigten zwischen 1834 und 1871 nahezu verzehnfachte, so beruhte diese enorme Steigerung nicht vorwiegend auf der Ausdehnung der ökonomisch selbständigen einfachen Warenproduktion des Handwerks. Die Herstellung von Oberbekleidung erfolgte vielmehr seit den 40er Jahren in zunehmendem Maße durch kapitalistische Konfektionsbetriebe, die sich aus Kleiderhandlungen entwickelten und ihrem Charakter nach Manufakturen oder Verlagsunternehmen waren. Schon Mitte dieses Jahrzehnts sollen von solchen "Kleiderläden" 75 % der Berliner Schneider ruiniert bzw. in ökonomische Abhängigkeit gebracht worden sein.⁴⁸ Bis zum Jahre 1871 waren in Berlin etwa 60 solcher Konfektionsunternehmen entstanden, die ihre Produktion zumeist in dezentralisierter Form, zum Teil aber auch zentralisiert durchführen ließen.

Während die konfektionsmäßige Herstellung von Oberbekleidung vor allem ein Zurückdrängen der einfachen Warenproduktion des Schneidergewerbes bewirkte, führte die Wäsche- und Weißwarenkonfektion zum teilweisen Rückgang der bis dahin traditionellen Haushaltsproduktion. In Berlin wurden die zahlreichen Leinenhandlungen zu einer Quelle für solche Konfektionsbetriebe, die sich schon vor der Mitte des 19. Jh. Nähanstalten angliederten.⁴⁹ Daneben wurden sog. Nähschulen zu einer zweiten Quelle

für die Wäsche- und Weißwarenkonfektion. Offiziell als Erziehungs- und Ausbildungsstätten bezeichnet, stellten sie oft nichts anderes als zentralisierte Konfektionsmanufakturen dar, in denen z. T. schulpflichtige Mädchen im Alter von 11 bis 12 Jahren ausgebeutet wurden.⁵⁰ Bis Mitte der 50er Jahre war die Zahl dieser "Nähschulen" auf etwa 70 angestiegen.⁵¹

Als jedoch die Nähmaschine seit Mitte des Jh. in die Konfektion eindrang, verloren sowohl die Nähanstalten der Leinenhandlungen als auch diese "Nähschulen" ihren Charakter als zentralisierte Manufakturen. Im Anfangsstadium der Konfektion führte also die Nähmaschine nicht zur Entstehung oder Aufrechterhaltung zentralisierter Manufakturen; die Maschine war vielmehr Impuls für die Ausdehnung der Heimarbeit auf der Grundlage dezentralisierter Manufakturen und des Verlages.⁵² Im Unterschied zu anderen Produktionszweigen bewirkte somit in der Konfektion die Maschinenanwendung anfangs nicht eine Zentralisation, sondern die Dezentralisation der Produktion. Die Versuche, zentralisierte Nähanstalten auf Maschinenarbeit umzustellen, scheiterten wegen der gegenüber der heimindustriellen Maschinenarbeit offensichtlich höheren Betriebskosten.⁵³

Ebenso wie in anderen Produktionszweigen bestätigt sich aber auch bei der entstehenden Berliner Konfektion, wie bei der im weiteren Sinne zum Bekleidungs-gewerbe gehörigen Herstellung von Posamenten, Hüten, Pelzwaren sowie von Handschuhen und Schuhen, die allgemein zu beobachtende Tendenz, daß während der industriellen Revolution die schnelle Zunahme von kapitalistischen Industriebetrieben noch längere Zeit mit einer, wenn auch im Ausmaß nicht vergleichbaren Zunahme des Verlages und der Manufaktur einherging.⁵⁴

Dies ist in weiteren Berliner Produktionszweigen gleichfalls nachweisbar. In der Möbelherstellung gerieten seit den 40er Jahren zahlreiche bis dahin selbständige Tischler in die Verlagsabhängigkeit großer Möbelhandlungen.⁵⁵ Schon Mitte dieses Jahrzehnts wurden zwei Drittel der Berliner Tischler von Handelskapitalisten verlegt, und die starke quantitative Zunahme der Beschäftigten dieses Produktionszweiges beruhte auch in den folgenden Jahrzehnten in erster Linie noch auf Verlagsbeziehungen und Formen der dezentralisierten Manufaktur.⁵⁶

Im Baugewerbe nahmen demgegenüber viele Handwerksbetriebe selbst mehr und mehr den Charakter kapitalistischer Manufakturen an, obwohl damit die einfache Warenproduktion keinesfalls völlig verschwand. Durch den wachsenden Bedarf im Wohnungs- und Industriebau der Großstadt dehnte sich die Bauwirtschaft nicht nur quantitativ aus; es traten vor allem qualitative Veränderungen ein, indem der Häuserbau immer stärker zu einer Angelegenheit kapitalistischer Unternehmer wurde.⁵⁷ Ausdruck dafür war zum einen die erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von Gehilfen pro Meister im Berliner Maurer- und Zimmerhandwerk.⁵⁸ Einer Anzahl von Großmeistern gelang es, kapitalistische Unternehmer zu werden, die von ihnen beschäftigten Gehilfen in Lohnarbeiter zu verwandeln und darüber hinaus auch noch zahlreiche formell selbständige Meister in ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Zum anderen erblickten angesichts des starken Bevölkerungszuwachses der Stadt auch Geldkapitalisten im Häuserbau gute Profitaussichten, so daß sich auch von dieser Seite eine Unternehmerschicht in der Bauwirtschaft

herausbildete. Die Bauunternehmen, die auf diesem Wege entstanden, lösten zwar nicht die noch überwiegend manuelle Arbeit im Baugewerbe ab, und sie trugen deshalb auch Manufakturcharakter. Ihre Überlegenheit bestand aber in der Möglichkeit für eine bessere Kooperation der verschiedenen Gewerke. Darüber hinaus verfügten solche kapitalistischen Bauunternehmer in der Regel über akkumulierte Geldfonds, die ihnen eine Selbstfinanzierung des verhältnismäßig langen Produktionsprozesses erlaubte, falls sie nicht Kredite in Anspruch nahmen. Auf diesem Wege verwandelte sich die bisherige Form des Häuserbaus auf Kundenbestellung zum Spekulationsbau für den Markt.

Während im Baugewerbe und anderen Berliner Produktionszweigen die industrielle Revolution im wesentlichen nicht über das Manufakturstadium hinausreichte, vollzogen sich demgegenüber in der Nahrungsmittelproduktion Fortschritte, die zur Entstehung von Fabrik- bzw. Industriebetrieben führten. So drängten die auf Dampfantrieb beruhenden kapitalistischen Großmühlen in immer stärkerem Maße die kleinen handwerklich arbeitenden Wasser-, Wind- und Göpelmühlen zurück.⁵⁹ Im Jahre 1861 bestanden in Berlin bereits 8 derartige größere Unternehmen, die mit 12 Antriebsmaschinen ausgerüstet waren.⁶⁰ Ähnliches beobachten wir in der auf chemisch-technologischen Prozessen beruhenden Produktion der Brauerei und Brennerei. Obwohl die Zahl der Brauereibetriebe in den 50er und 60er Jahren noch von 30 auf 68 anstieg und erst 1871 ein Rückgang auf 50 eintrat, so nahm dennoch schon in diesen beiden Jahrzehnten die Bedeutung der einfachen Warenproduktion in den zahlreichen Kleinbrauereien gegenüber der kapitalistischen Warenproduktion größerer Betriebe, die mit neuen chemisch-technologischen Apparaturen ausgerüstet waren, immer mehr ab.⁶¹

Von besonderer Bedeutung und charakteristisch für die Durchsetzung der industriellen Revolution in Berlin war aber vor allem die Entwicklung der Maschinenbau- und Metallindustrie. In diesem neuen Produktionszweig hatte die wachsende Nachfrage nach Werkzeug- und Antriebsmaschinen schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. vereinzelt zur Gründung von selbständigen Maschinenbaubetrieben geführt. Unter den Bedingungen der schnellen Vergrößerung des Absatzmarktes seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre, beschleunigt vor allem durch den Eisenbahnbau, entwickelten sich aus den Handwerks- und Manufakturunternehmen erste kapitalistische Fabrikbetriebe. Obwohl immer noch die Manufakturunternehmen überwogen, setzte sich in den 40er Jahren dieser Prozeß fort und erreichte in den beiden folgenden Jahrzehnten seine volle Ausbildung. Der Berliner Maschinenbau errang bis Anfang der 70er Jahre nicht nur eine quantitativ entscheidende Stellung innerhalb der Industrie der Stadt, sondern auch im deutschen Maschinenbau überhaupt. Ein Verzeichnis nennt schon für das Jahr 1860 insgesamt 137 Unternehmen mit fast 8500 Arbeitskräften.⁶²

Diese quantitative Zunahme ging mit wesentlichen qualitativen Fortschritten einher, die den Prozeß der Durchsetzung der industriellen Revolution in diesem Produktionszweig charakterisieren. In den 40er Jahren war aber die Ausrüstung der meisten Maschinenbau- und Metallbetriebe noch äußerst primitiv. Dieser technologische Rückstand ist vor allem daraus ersichtlich, daß die wenigsten Unternehmen bereits ein ganzes System von Maschinen mit Zentralantrieb einsetzten; sie verfügten nur über einige Maschinen zur Unterstützung der noch überwiegend manuellen Produktion.⁶³ In den

zyklischen Aufschwungsperioden der 50er und 60er Jahre trat jedoch eine entscheidende Veränderung ein. Aus Handwerksbetrieben sowie den Maschinenbau- und Metallmanufakturen wurden Fabriken, die nun über ein arbeitsteiliges Maschinensystem mit zentralem Antrieb verfügten.

Die Anwendung von Dampfmaschinen erlaubt auch hier Rückschlüsse auf den Grad der Mechanisierung bzw. auf das Ausmaß der Maschinenverwendung im Maschinenbau selbst. Dabei ist zunächst auffallend, daß selbst Ende der 50er Jahre noch mehr Maschinenbaubetriebe gezählt werden, als es Dampfmaschinen im Berliner Maschinenbau gab.⁶⁴ Berücksichtigt man, daß Großbetriebe wie Borsig, Wöhlert u. a. über mehrere Antriebsmaschinen verfügten,⁶⁵ so kann in diesem Jahrzehnt noch von keiner allseitigen Durchsetzung des Dampftriebs und damit des Mechanisierungsprozesses gesprochen werden. Dies geschah erst in den 60er Jahren mit dem Sieg des Maschinensystems und der weiteren Verbreitung des Fabrikbetriebes in der Maschinenbau- und Metallindustrie.⁶⁶ Die sprunghafte Ausdehnung der Produktion von Arbeitsmitteln, von Werkzeug- und Kraftmaschinen, Apparaten, von Lokomotiven, Eisenbahnwagen und Eisenbahnmateriale waren somit zweifellos insgesamt von weit größerer Bedeutung für die industrielle Revolution und ihren Fortgang in Berlin als die Fortschritte in anderen Produktionszweigen.

Dennoch müssen für die Bewertung ihrer Durchsetzung und als Kriterium für ihren Abschluß die Fortschritte in allen Produktionszweigen sowie alle Komponenten dieses Prozesses herangezogen werden. Völlig zu Recht gehen deshalb jüngste Forschungsergebnisse von einer Triplizität der industriellen Revolution aus, einer untrennbaren Einheit des innerhalb der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und der Klassenverhältnisse vor sich gehenden revolutionären Wandels.⁶⁷ Um die industrielle Revolution in ihrer Komplexität zu erfassen, wird in diesem Zusammenhang konstatiert, daß sie ihren Ausgang im Bereich der Produktivkräfte nahm, dort den Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit, den Aufbau einer Fabrikindustrie bewirkte und mit einer Umwälzung des Transportwesens sowie der Standortverteilung verbunden war. Gleichzeitig wird aber betont, daß die Massenanlage von fixem Kapital in der Industrie und die ihr entsprechende Zusammenballung von Industriearbeitern in Fabriken und Städten zur Herausbildung der beiden Grundklassen der industriekapitalistischen Gesellschaft führte, zur Entstehung von Bourgeoisie und Proletariat. Ebenso berechtigt werden auch die Entstehung eines einheitlichen nationalen Marktes und des Weltmarktes als Bestandteil der sozialökonomischen Umwälzung der industriellen Revolution angesehen.⁶⁸

Aber gerade dieses richtige Verständnis vom komplexen Charakter des von der industriellen Revolution erzeugten revolutionären Wandels innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise veranlaßt, die Revolutionierung der Produktivkräfte selbst in ihrer Komplexität zu erfassen, in der Gesamtheit der subjektiven und gegenständlichen Faktoren des Produktionsprozesses sowie in deren Zusammenwirken bei der Produktion materieller Güter. Die Ersetzung der manuellen durch die maschinelle Arbeit wurde nicht allein durch revolutionierte Arbeitsmittel bestimmt, sondern vor allem vom Menschen, den Arbeitskräften, die mit Hilfe von neuen und konstruktiv fortgeschrittenen Produktionsinstrumenten jenes grundlegend veränderte Einwirken auf die Arbeitsgegenstände erreichten, welches in einer technischen Umwälzung des Produktionsprozesses, in einer die Arbeitsproduktivität

stark erhöhenden Produktionsrevolution mündete. Nur durch die völlig veränderte Stellung der Produktivkraft Mensch, die Veränderung seiner Rolle im außeragraren Produktions- bzw. Reproduktionsprozeß, durch den prinzipiellen und umfassenden Wandel seines Verhältnisses zu den Arbeitsmitteln, bei den Formen und Methoden der Bearbeitung der Arbeitsgegenstände und nicht zuletzt hinsichtlich der dabei genutzten energetischen Quellen wurde jene gegenüber dem Feudalismus weit höhere Arbeitsproduktivität erreicht, die "in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung" war.⁶⁹

Die Feststellung Lenins, daß der Kapitalismus eine Arbeitsproduktivität geschaffen hat, "wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war", ist deshalb ebensowenig von den Ergebnissen der industriellen Revolution zu trennen, wie seine auf die wissenschaftlich-technische Revolution anzuwendende Prämisse: "Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft."⁷⁰ Aber ebenso wie in der Gegenwart die wissenschaftlich-technische Revolution nicht linear verläuft, sondern qualitative Wendepunkte aufweist und der Rhythmus der Steigerung der Arbeitsproduktivität sich verändert, so war auch die Entwicklung der Produktivkräfte und die damit verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität während der industriellen Revolution durch Sprünge charakterisiert, die erst in ihrer Summierung den qualitativen Umschlag im gesamtgesellschaftlichen Maßstab bewirkten. Der Umwälzungsprozeß der industriellen Revolution vollzog sich in den einzelnen Produktionszweigen nicht in völliger Parallelität, und demzufolge trat die Steigerung der Arbeitsproduktivität als eines ihrer wesentlichsten Kriterien nicht sofort allseitig, sondern sukzessive und partiell ein, bis eine generelle Revolutionierung der außeragraren Produktion erreicht war.

Gerade in der entstehenden Berliner Industrie finden sich dafür Beweise. So brachte der Einsatz von Arbeitsmaschinen zunächst in der Spinnerei der Stadt eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität. Man kann annehmen, daß in der 1815 von den Gebrüdern Cockerill errichteten Spinnerei für Wolle Maschinen eingesetzt wurden, die gegenüber den bisher angewendeten das 20fache bei besserer Qualität des Gespinnstes leisteten.⁷¹ Eine noch größere Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde durch die Mechanisierung der Kattundruckerei erreicht. Bereits die erste Walzendruckmaschine von Dannenberger aus dem Jahre 1816 druckte 100 Stück Kattune je Tag, und diese Zahl konnte später noch um das 3fache gesteigert werden, während ein Handdrucker an einem Tage nur vier Stück einfarbig zu bedrucken in der Lage war.⁷² Auch die Nähmaschine, die in den 50er Jahren in Berlin Verbreitung fand, brachte gegenüber der Handnäherei eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um das 6- bis 10fache.⁷³ Ähnliche Beweise lassen sich auch in anderen Produktionszweigen finden. Da sich jedoch der Kernprozeß der industriellen Revolution, die Ersetzung der manuellen durch die maschinelle Arbeit, zunächst nur punktuell und nicht allseitig durchzusetzen vermochte, muß dennoch von einer sukzessiven und partiell sich vollziehenden Steigerung der Arbeitsproduktivität gesprochen werden.⁷⁴

Diese Tatsache steht jedoch in unmittelbarer Korrelation zum Problem des Abschlusses der industriellen Revolution. Es gibt sicher gewichtige Gründe, die erste Phase des kapitalistischen Industrialisierungsprozesses

bereits in den 60er Jahren des 19. Jh. als beendet zu betrachten. Aber das zu diesem Zeitpunkt insgesamt erst erreichte Niveau der Arbeitsproduktivitätssteigerung sowie andere unbestreitbare Tatsachen, die sich nicht zuletzt aus der Reflexion der industriellen Revolution in Berlin ergeben, sprechen gegen eine solche Zäsur. Unterwirft man schließlich hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung die Bewertung von Durchsetzung und Abschluß der industriellen Revolution einem Vergleich mit den durch die agrarische Revolution des Neolithikums erreichten und von der wissenschaftlich-technischen Revolution der Gegenwart zu erwartenden Ergebnissen, so scheinen ebenfalls die 60er Jahre keine völlig gesicherte Zäsur zu sein. Vor allem hatte sich der Kernprozeß der industriellen Revolution, der Übergang vom handgeführten Werkzeug zur Arbeits- bzw. Werkzeugmaschine, zu diesem Zeitpunkt durchaus noch nicht in allen Produktionszweigen durchgesetzt. Frühestens Anfang der 70er Jahre waren, wenn wir Berlin als repräsentatives Beispiel, Ergebnisse erreicht, die es rechtfertigen, vom Abschluß der industriellen Revolution zu sprechen. Die erste Phase des kapitalistischen Industrialisierungsprozesses kann als beendet betrachtet werden, da nun die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland geschaffen und der Übergang vom Agrarland zum Industrie-Agrar-Land vollzogen waren. Der endgültige Übergang zu einem vollentwickelten Industrieland reichte aber über die 70er Jahre hinaus und vollzog sich in einer zweiten Industrialisierungsphase während der letzten Jahrzehnte des 19. Jh. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich dann auch eine Bemerkung von Friedrich Engels über den Verlauf der industriellen Revolution in Berlin. Als er im September 1893 nochmals die Stadt besuchte, die ihm aus den Jahren 1841/42 bekannt war, faßte er seine Eindrücke in die Worte: "Es sind, fast auf den Tag, 51 Jahre, daß ich Berlin zuletzt gesehen. Seitdem ist Berlin vollständig umgewandelt. Damals war es eine kleine sogenannte 'Residenz' von kaum 350 000 Einwohnern und lebte vom Hof, vom Adel, von der Garnison und der Beamtenwelt. Heute ist es eine große Hauptstadt mit fast zwei Millionen Einwohnern, die von der Industrie lebt; heute könnten Hof, Adel, Garnison, und Beamte sich einen anderen Wohnort suchen, und Berlin bliebe doch Berlin... Aber nicht nur Berlin, sondern auch das ganze übrige Deutschland hat diese industrielle Revolution durchgemacht."⁷⁵

- 1 Siehe Sonnemann, R., Die Industrielle Revolution in Deutschland - Wesen, Merkmale, zeitliche Bestimmung, in: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Die Zeit der Industriellen Revolution, Berlin 1982, S. 36; s. a. Herlitzius, E./Sonnemann, R., Prolegomena zu einer Geschichte der technischen Wissenschaften, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der technischen Universität Dresden, 27 (1968), H. 1, S. 37 ff.
- 2 Siehe dazu u. zum folgenden Baar, L., Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, S. 14 ff.
- 3 Matschoß, C., Die Berliner Industrie einst und jetzt. Eine Studie zur Berliner Industriegeschichte, in: Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, Bd. 51, 1. Hbj., Berlin 1907, S. 732.
- 4 Rachel, H., Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, Berlin 1931, S. 34.
- 5 Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1983, S. 241.
- 6 Krüger, H., Zur Geschichte der Manufakturen und Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958, S. 262.
- 7 Siehe Baar, L., Die Berliner Industrie..., S. 15.
- 8 Lärmer, K., Maschinenbau in Preußen. Ein Beitrag zur Problematik Staat und Industrielle Revolution, in: JWG, 2/1975, S. 14 ff.
- 9 Siehe Mieck, I., Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806 - 1844, Berlin 1965.
- 10 Siehe Mottek, H., Bd. 2, Berlin 1964, S. 145 f.
- 11 Siehe Ingenieurwerke in und bei Berlin, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin 1906, S. 13; Berlin und seine Bauten, hg. v. Architekten-Verein zu Berlin, T. 2, Berlin 1877, S. 21.
- 12 Berlin und seine Eisenbahnen 1846 - 1896, Bd. 2, Berlin 1896, S. 145.
- 13 Berlin und seine Bauten, T. IX, Berlin/München/Düsseldorf 1971, S. 34.
- 14 Engels, F., Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 21, S. 408.
- 15 Siehe Faden, E., Berlin. Hauptstadt - seit wann und wodurch? in: Jahrbuch für brandenburgische Landeskunde, Berlin 1950, S. 26.
- 16 Siehe Sartorius v. Waltershausen, A., Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, Jena 1923, S. 101.
- 17 Marx, K./Engels, F., Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 61; s. a. Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 1: Die Entstehung des Proletariats und seine Entwicklung zur revolutionären Klasse, Moskau 1980, S. 407.
- 18 Grundriß der deutschen Geschichte, Berlin 1979, S. 201.
- 19 Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels- und Gewerbefleißes aus der ältesten Zeit bis auf unsere Tage, Festschrift zur Feier des 50-jährigen Bestehens der Kooperation der Berliner Kaufmannschaft am 2. März 1870, Berlin 1870, S. 48 f.; s. ferner Das Fabrikwesen Berlins in den Jahren 1805 bis 1861, in: Königlich Preußischer Staatsanzeiger, Jg. 1868, Nr. 3, 15, 22, 34, 40, 52, 98, 104, 109, 115 (auch ersch. als besonderer Abdruck aus dem Königlich Preussischen Staatsanzeiger).
- 20 Lärmer, K./Strenz, W., Die Bedeutung Berlins bei der Einführung der Dampfkraft in Preußen, in: Berliner Geschichte. Dokumente, Beiträge,

- Informationen, H. 5, Stadtarchiv der Hauptstadt der DDR, Berlin 1984, S. 48.
- 21 Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW, Bd. 2, S. 237 (Hervorhebung - L. B.).
- 22 Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 393.
- 23 Siehe Jonas, W., Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution, in: JWG, 2/1974, S. 273 ff.
- 24 Siehe Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 395 f.
- 25 Lärmer/Strenz, S. 50; s. a. Baar, Die Berliner Industrie ..., S. 43 f.
- 26 Lärmer/Strenz, S. 50 ff.
- 27 Siehe Mottek, Bd. 2, S. 62 ff.
- 28 Siehe Zimm, A., Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin, Berlin 1959, S. 56.
- 29 Siehe Baar, Die Berliner Industrie ..., S. 41.
- 30 Siehe hierzu und zum folgenden Baar, Probleme der industriellen Revolution in großstädtischen Industriezentren. Das Berliner Beispiel, in: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, Berlin 1968, S. 529 - 542.
- 31 Zu den Standortbedingungen anderer deutscher Textilzentren s. Staatsarchiv Potsdam (StA Potsdam), Pr. Br. Rep. 30 C, Tit. 148, Nr. 289, lfd. Nr. 12 494.
- 32 Mottek, Bd. 2, S. 105.
- 33 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 C, Tit. 81, Nr. 58, lfd. Nr. 7284, Bl. 2 f.; s. a. Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin, H. 4, Berlin 1880, S. 8.
- 34 Berechnet nach: StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 C, Tit. 81, Nr. 58, lfd. Nr. 7284, Bl. 3 u. 8 f.; Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 68.
- 35 Siehe Mottek, Bd. 2, S. 190; Wiedfeldt, O., Statistische Studien zur Entwicklungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 - 1890, Leipzig 1898, S. 177.
- 36 Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 64; Das Fabrikwesen Berlins ...; Schmoller, G., Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870, S. 592 ff.
- 37 Heiligenthal, R., Entwicklungslinien der Berliner Industriesiedlung, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 5/1925, S. 49.
- 38 Zimm, S. 38.
- 39 Siehe Baar, Die Berliner Industrie ..., S. 57.
- 40 Blumberg, H., Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 88 ff.
- 41 Ebenda, S. 90 ff.; s. a. Schmoller, S. 496 u. 581.
- 42 Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 68.
- 43 Mottek, Bd. 2, S. 188 ff.
- 44 Dronke, E., Berlin, Berlin 1953, S. 235.
- 45 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam), Dienststelle Merseburg, Rep. 77, Tit. 1542, Nr. 2, Bl. 13 ff.
- 46 ZStA Potsdam, Dienststelle Merseburg, Rep. 89 C, XXXV, Kurmark Nr. 27, Bd. 1, Bl. 137 u. 141 ff.; s. a. Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels- und Gewerbefleißes ..., S. 103.
- 47 Siehe Mottek, Bd. 2, S. 191.
- 48 Sass, F., Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, Leipzig 1846, S. 261 f.

- 49 Siehe Wiedfeldt, S. 199.
- 50 ZStA Potsdam, Dienststelle Merseburg, Rep. 120 BB, VII, 3, Nr. 1, adh. 1, vol. 1, Bl. 102 ff.; s. a. Stadtarchiv der Hauptstadt der DDR, Berlin, Nr. 20498, Bd. 1, Bl. 89.
- 51 Grandke, H., Die Entstehung der Berliner Wäscheindustrie im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 20. Jg., H. 2, Leipzig 1896, S. 248.
- 52 Siehe Schmoller, S. 649.
- 53 Siehe Feig, J., Die Entwicklung der Berliner Wäschekonfektion, staatswirtschaftl. Diss., München 1896, S. 1 f.
- 54 Siehe Berlin und seine Arbeit. Amtlicher Bericht der Berliner Gewerbeausstellung 1896, zugleich eine Darstellung des gegenwärtigen Standes unserer gewerblichen Entwicklung, hg. v. Arbeitsausschuß, Berlin 1898, S. 230 ff.; s. ferner Sass, S. 260; Wiedfeldt, S. 209 ff.
- 55 Berlin und seine Arbeit, S. 46.
- 56 Zur quantitativen Zunahme s. Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 10.
- 57 Mottek, Bd. 2, S. 217; Schmoller, S. 390; s. a. Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 11.
- 58 Siehe Wiedfeldt, S. 279.
- 59 Ebenda, S. 132.
- 60 Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 10.
- 61 Siehe ebenda, S. 11.
- 62 ZStA Potsdam, Dienststelle Merseburg, Rep. 77, Tit. 1542, Nr. 2, Bl. 206 ff. - In seiner Schrift "Die Lage in Preußen" schrieb Karl Marx am 11. Januar 1859: "Wer Berlin vor zehn Jahren gesehen hat, würde es heute nicht wiedererkennen. Aus einem steifen Paradeplatz hat es sich in das geschäftige Zentrum des deutschen Maschinenbaus verwandelt". (Marx, Die Lage in Preußen, in: MEW, Bd. 12, S. 686.)
- 63 Siehe Schröter, A., Die Entstehung der deutschen Maschinenbauindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schröter, A./Becker, W., Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 92.
- 64 Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme ..., S. 7 u. 65.
- 65 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 C, Tit. 35, Nr. 90, Bd. 1.
- 66 Becker, W., Die Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie von 1850 bis 1870, in: Schröter/Becker, S. 192.
- 67 Siehe dazu das von Thomas Kuczynski verfaßte 1. Kapitel der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden, Bd. 1 (erscheint im Akademie-Verlag Berlin).
- 68 Ebenda.
- 69 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Lenin, Werke, Bd. 29, S. 416.
- 70 Ebenda.
- 71 Siehe Blumberg, S. 75.
- 72 Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels- und Gewerbefleißes ..., S. 51.
- 73 Wiedfeldt, S. 199.
- 74 Die Analogie zur wissenschaftlich-technischen Revolution der Gegenwart ist hierbei nach Auffassung des Verfasser unbestritten. Mit Recht stellte deshalb Jürgen Kuczynski fest: "Wenn man ... die nichtpunktuelle, die volle Automatisierung als ihren Kern betrachtet (so wie die

Werkzeugmaschine als Kern der industriellen Revolution nach 1760),
dann stecken wir wahrlich erst in ihren allerersten Anfängen" (Kuczynski,
J., Dialog mit meinem Urenkel, Berlin/Weimar 1983, S. 268).

- 75 Engels, Rede auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Ber-
lin am 22. September 1893 /Zeitungsbericht/, in: MEW, Bd. 22,
S. 412 f.

Zur Umweltproblematik in der Stadt Berlin
während der Industriellen Revolution (1800 - 1870)

von Gerhard Narweleit

Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Reproduktion der Gesellschaft sind so alt wie die Siedlungstätigkeit des Menschen und werden durch zahlreiche Nachrichten aus den vorkapitalistischen Produktionsweisen bezeugt.¹ Mit dem Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise, als durch die Industrielle Revolution das Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse völlig umgestaltet wurde, intensivierte und weiteten sich die Umweltprobleme erheblich aus. Ursache dafür waren die Herausbildung neuer Produktivkräfte - die Anwendung neuer Produktionsinstrumente, Technologien und Organisationsformen der Produktion - sowie die rasche absolute Zunahme der Bevölkerung oder, genauer gesagt, die daraus für Gesellschaft und Umwelt erwachsenden negativen Auswirkungen, die durch das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht oder nur unvollkommen bewältigt werden konnten.² Sie konzentrierten sich besonders in den industriell stärker entwickelten Gebieten und Einzelstandorten. Berlin als größter deutscher Einzelstandort ist dafür ein gravierendes Beispiel.

Die Bevölkerung der Stadt stieg in den Jahren zwischen 1800 und 1875 von rund 173 000 Einwohnern auf fast eine Million und wies im Zeitraum von 1800 bis 1849 eine jährliche Steigerung um durchschnittlich 1,85 %, in den Jahren 1849 - 1875 sogar um 3,22 % auf - ein Zeichen für die rasche Bevölkerungszunahme besonders seit der Mitte des 19. Jh. (S. Tab. 1)

Eine ähnlich schnelle, in manchen Zweigen sogar noch rasantere Entwicklung vollzog sich im Gewerbe. Insbesondere die Zweige Maschinenbau, Papier und Polygraphie wiesen einen schnellen Anstieg der Beschäftigtenzahlen auf, aber auch die Chemie breitete sich rasch aus. Zunehmend waren es Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten, die in Berlin und seinen Vororten ihren Sitz nahmen. Arbeiteten 1837 im Zweig Maschinenbau/Feinmechanik/Optik nur knapp 30 % der Beschäftigten in derartigen Betrieben,³ so waren es 1875 schon fast 90 %.⁴ Durch die vor allem in diesen größeren Werkstätten sich durchsetzende Verwendung von Maschinen vergrößerte sich der Umfang der Einsatzstoffe im Produktionsprozeß immens, gleichzeitig aber auch der Umfang der nicht mehr in der Produktion verwendungsfähigen Abfälle. Diese wurden zumeist unkontrolliert - da oft ohne Wissen um ihre Gefährlichkeit - in die Flüsse, die Luft oder auf Mülldeponien abgegeben.⁵ (S. Tab. 2)

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1800 - 1875⁺

Jahr	Fläche (in km ²)	Index	Bevölkerung (in 1000 Einwohner)	Index
1800	13	100	173	100
1837	14	108	284	164
1849	35	269	424	245
1875	59	454	967	559

+ Quellen:

Büsch, O., Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800 - 1850. Eine empirische Untersuchung zur gewerblichen Wirtschaft einer hauptstadtgebundenen Wirtschaftsregion in frühindustrieller Zeit, Berlin (West) 1971, S. 44 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 9; Publikation zur Geschichte der Industrialisierung) - für die Bevölkerung der Jahre 1800 - 1849; Preussische Statistik, Bd. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezahl-ung vom 1. December 1875 im preussischen Staate, T. 1, Berlin 1878, S. 132 - für das Jahr 1875; Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd. II: Stadt Berlin, Berlin 1932, S. VI f. - für die Flächenzahlen.

Die wachsende Anwendung von Arbeitsmaschinen erforderte eine stärkere Antriebsenergie als es Wind, Wasser oder tierische Kraft waren. Daher verbreitete sich in den Jahren nach 1800 die Nutzung der Dampfkraft,⁶ in sehr raschem Tempo besonders nach 1850 (s. Tabelle 3).

Damit sind die drei wichtigsten Bereiche genannt, die im Zeitraum der kapitalistischen Industrialisierung entscheidend zur Vergrößerung der Umweltbelastung beitrugen:

1. die wachsende Bevölkerung,
2. der Übergang zur industriellen, fabrikmäßigen Produktion im Gewerbe bei immer stärkerer Verwendung von Arbeitsmaschinen in den zunehmend größer werdenden Betrieben und
3. die Einführung der Dampfkraft,

Fragen der Umweltverschmutzung im Berliner Raum haben lange Zeit im Schrifttum wenig Beachtung gefunden. Lediglich die mit dem raschen Bevölkerungs- und Siedlungswachstum entstandenen Schwierigkeiten, vor allem die sich daraus ergebenden sanitären und hygienischen Probleme, fanden schon im 19. Jh. im Zusammenhang mit den Bemühungen um akzeptable Lösungswege ihren Niederschlag in einer Reihe von Publikationen.⁷ Auch später gingen Autoren vorwiegend auf diese Problematik ein.⁸

Dagegen sind Umweltbelastungen, die mit der Ausdehnung der gewerblichen Tätigkeit (einschließlich der Verwendung der Dampfmaschine) während der Industriellen Revolution zusammenhingen, lange Zeit kaum beachtet worden. Erst die Auswirkungen industrieller Abfälle in der jüngsten Vergangenheit haben auch den Blick auf die historischen Anfänge der Umweltbelastungen und -schädigungen durch die Industrie gelenkt, ohne daß die Forschung auf diesem Gebiet bisher über erste Ansätze hinausgekommen wäre. Aus bür-

Tabelle 2

Gewerbeentwicklung in Berlin 1800 - 1875⁺

Gewerbebezug	1800		1837		1849		1875	
	absolut	Index	absolut	Index	absolut	Index	absolut	Index
Steine/Erden/ Glas/Keramik	600	100	1 200	200	1 150	192	3 350	558
Eisen/Stahl/ Metalle	2 500	100	1 800	72	4 180	167	10 240	410
Maschinen/Werk- zeuge/Feinme- chanik/Optik	780	100	2 700	346	7 000	897	30 570	3 319
Chemie	340	100	130	38	1 150	338	4 210	1 238
Elektro	-	-	-	-	30	-	820	-
Textil	20 580	100	8 060	39	19 160	93	11 790	57
Bekleidung	6 270	100	9 970	159	21 540	344	48 650	776
Papier	250	100	730	292	1 410	564	7 620	3 048
Polygraphie	250	100	190	76	2 000	800	6 680	2 672
Leder/Gummi	770	100	810	105	2 100	273	6 320	821
Holz/Schnitz- stoffe	2 200	100	4 390	200	7 990	363	19 560	889
Nahrungs- und Genußmittel	2 640	100	3 220	122	6 200	235	14 500	549
Bau	2 820	100	3 800	135	14 560	516	19 350	686
Summe	40 000	100	37 000	92	89 000	222	183 660	459

+ Quellen:

Büsch, O., Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800 - 1850. Eine empirische Untersuchung zur gewerblichen Wirtschaft einer hauptstadtgebundenen Wirtschaftsregion in frühindustrieller Zeit, Berlin (West) 1971, S. 44 - 51 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 9; Publikation zur Geschichte der Industrialisierung) - für die Jahre 1800 - 1849; Preußische Statistik, Bd. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezahlung vom 1. December 1875 im preussischen Staate, T. 1, Berlin 1878, Tabellen, Generalnachweisung, S. 44 ff.

Tabelle 3

Entwicklung des Dampfmaschineneinsatzes im Berliner Gewerbe
1820 - 1875 (in kW)⁺

Jahr	kW
1820	75
1830	162
1840	505
1846/47	654
1875	10 596

+ Quellen:

Lärmer, K., Zur Einführung der Dampfkraft in die Berliner Wirtschaft in der ersten Phase der Industriellen Revolution (Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1830), in: JWG, 4/1977, S. 121;
Mieck, I., Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806 - 1844, Berlin (West) 1965, S. 228 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 20, T. 1); Gewerbetabellen der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art in sämtlichen Staaten des Zoll-Ver-eins nach der Aufnahme im Monat Dezember 1846, o. O. o. J., S. 16 f.; Preußische Statistik, Bd. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbe-zählung vom 1. December 1875 im preussischen Staate, T. 1, Berlin 1878, S. 424.

gerlicher Sicht nahm sich J. Mieck⁹ des Themas für Berlin in mehreren materialreichen Arbeiten an; Berliner Beispiele für Umweltschäden durch gewerbliche Tätigkeit wurden in der DDR von W. Strenz u. a.¹⁰ herangezogen. Diese Ansätze sollen in dem vorliegenden Aufsatz fortgeführt werden.

In Berlin, einer Stadt mit hoher Bevölkerungsdichte (um 1800: 12 360 Einwohner/km²)¹¹ und einem erheblichen Ausmaß der Gewerbetätigkeit, hatten sich schon vor Beginn der Industriellen Revolution - infolge der mangelhaften Stadtreinigung unter den Bedingungen der Feudalverhältnisse - gesellschaftlich und hygienisch unhaltbare Zustände herausgebildet. Zwar achtete seit dem ausgehenden 17. und während des 18. Jh. der Staat auf mehr Ordnung im Straßenbild Berlins; von Zeit zu Zeit wurden auch Dekrete zur Sauberhaltung der Stadt erlassen.¹² So erhielten Gassenmeister den Auftrag, behördliche Auflagen zur Säuberung zumindest der innerstädtischen Straßen notfalls dadurch durchzusetzen, daß sie den Straßenschmutz den Hausbesitzern in die Häuser werfen ließen.¹³ Aber trotz aller Verordnungen wuchsen die Abfallhaufen in der Stadt an. Auf dem damaligen Neuen Markt (nahe der Marienkirche) soll sich ein förmliches Unratgebirge zusammengefunden haben, das nur dadurch abgetragen werden konnte, daß man die ihre Produkte zum Verkauf nach Berlin bringenden Bauern zwang, auf der Rückfahrt eine Fuhre Mist mitzunehmen.¹⁴ Im Jahre 1782 schrieb J. Winckler¹⁵ über Berlin: "In anderen Städten pflegen die Straßen noch alle Wochen gereinigt zu werden; in Berlin hält man damit die Ordnung, wie in den öffentlichen Schulanstalten mit der zahlreichen Jugend, die reglementsmäßig alle halbe Jahre purgieren muß." Und um 1785 kam das die Situation trefflich charakterisierende Gedicht "Bitt-

schrift eines Dreckhaufens an die Polizey, eingereicht am Sonnabend"
auf.¹⁶

"Ich armes Häuflein Dreck
Lieg' hier wie Du' s befohlen,
Seit Montag wie auf Kohlen;
Und Niemand holt mich weg!
O! Mutter Polizey!
Sey flehentlich gebeten,
Laß mich nicht ganz zertreten,
Ich fließe schon wie Brey.
Kaum bin ich noch ein Hauf',
Soll ich auf deinen Karren
Hier noch acht Tage härren,
Löst sich mein Wesen auf."

Diese Zustände herrschten auch noch bis zur Mitte des 19. Jh., nun aber durch die anschwellende Bevölkerungszahl - die Einwohnerdichte betrug schon 1837 rd. 20 000 Einwohner/km² ¹⁷ - und die beginnende stärkere Industrieansiedlung in den Dimensionen der anfallenden Abfälle riesig vergrößert. Noch immer gab es keine öffentliche Dienststelle, die für die Straßenreinigung zuständig war. Die Spree mit ihren zahlreichen Seitenarmen und Kanalverbindungen diente weiterhin der Aufnahme des Unrats, der in der Stadt anfiel. Dadurch stieg der Verunreinigung des Flußwassers, das z. T. noch als Trinkwasser diente, in beängstigender Weise.

Ein Hauptübel bildeten die Rinnsteine zu beiden Seiten der Straßen, d. h. Gräben zwischen Fahrbahn und Bürgersteigen von ca. 0,50 m Breite - nach 1850 z. T. bis zu 1 m verbreitert - und einer Tiefe bis zu 1 m. In sie mündeten die aus den Häusern führenden Hausgossen, die das von den Häusern und Höfen kommende Brauch- und Regenwasser ableiteten. Wenn auch menschliche und tierische Exkremente sowie feste Abgänge aus Haushaltungen und Gewerbebetrieben nicht in diese Rinnsteine eingeleitet werden durften, waren sie doch üble Fäulnisnerde. Da sie meist ein nur geringes Gefälle besaßen und keine dichten Wandungen aufwiesen, konnte das mit fettigen und sonstigen organischen Bestandteilen gesättigte Schmutzwasser in den Untergrund eindringen und das Grundwasser vergiften. Außerdem war durch keine Verordnung zu erreichen, daß nicht auch Speisereste, Müll und selbst Fäkalien in die Rinnsteine gelangten. Ihre Reinigung wurde nur selten vorgenommen.¹⁸

Die Rinnsteine mündeten entweder in die öffentlichen Wasserläufe oder in unterirdische Kanäle, die ohne System und nur den augenblicklichen Erfordernissen entsprechend, angelegt worden waren. Auch sie besaßen ein zu geringes Gefälle, so daß sie im Laufe der Jahre zu unzugänglichen unterirdischen Dunggruben wurden.¹⁹

Die menschlichen und tierischen Fäkalien sammelten sich in Dunggruben auf den Höfen und wurden von Zeit zu Zeit abgefahren. Auch diese Gruben besaßen meistens keine genügende Abdichtung, so daß die flüssigen Stoffe in den Untergrund eindringen und das Grundwasser verseuchen konnten. Die Abfuhr der Fäkalien erfolgte in völlig unzureichend abgedichteten Wagen, so daß sie die Höfe und Straßen verschmutzten. Zudem wurden die am stärksten riechenden flüssigen Stoffe vorher ausgeschöpft und über die Hausgossen in die Rinnsteine geleitet. Man kann sich kaum vor-

stellen, welche Geruchsbelästigungen dabei auftraten. Im Jahre 1860 berichteten Behrendt und Voigt²⁰ über einige Begebenheiten, die die damaligen hygienischen Zustände eindringlich charakterisieren: "Das Ausleeren der Latrinen ... und das Ausfahren des Unrathes aus denselben, wie es jetzt in Berlin geschieht, ist ganz entsetzlich. In der Nacht, in der diese Prozedur in einem Hause stattfindet, müssen alle Thüren der bewohnten Räume dicht geschlossen werden. Der Gestank, der sich verbreitet, ist aber so stark, dass er dennocheindringt, die Nasen reizt und nicht selten Uebelkeit und Erbrechen erregt, und wer während der Zeit aus dem Hause zu entinnen vermag, der flüchtet und quartiert sich anderswo ein. Wir haben in dieser Hinsicht tragikomische Geschichten erlebt.

Eine wohlhabende Familie aus Süddeutschland, die nach Berlin übersiedelte, miethete eine hohe Parterrewohnung und liess dieselbe auf eigene Kosten tapeziren und stattlich einrichten. In derselben hatten sie kaum 14 Tage gelebt, als eines Abends gegen 11 Uhr ein Wagen auf den Hof fuhr und das Ausräumen der Abtrittsgrube begann. Obgleich Thüren und Fenster aller der nach dem Hofe heraus gelegenen Zimmer sofort dicht geschlossen wurden, verbreitete sich in diesen doch ein so entsetzlicher Gestank, dass die an diese Berliner Genüsse nicht gewöhnte Familie sofort entfloh und die Nacht in einem Hotel zubrachte. Als sie am Morgen in ihre Wohnung zurückkehrte, war zwar der Gestank durch die inzwischen von dem zurückgebliebenen Dienstmädchen weit geöffneten Fenster und Thüren so ziemlich verschwunden, aber die schönen weißen Tapeten in den Hinterzimmern waren grauschwarz angelaufen. Sie enthielten Bleifarben, und es hatte sich in denselben durch das eingetretene Schwefelwasserstoffgas Schwefelblei gebildet. Es entstand eine Entschädigungsklage der Miether gegen den Wirth; wie die Klage entschieden worden, ist uns unbekannt, aber der Wirth machte den Einwand, dass 1. die Latrinengruben entleert und ausgefahren werden müssen, 2. dass es in Berlin dazu kein anderes Mittel oder Verfahren gebe als das angewendete, 3. dass er für den Gestank nicht könne, 4. dass dieser Gestank und die daraus resultierende Wirkung ein langjähriger Usus in Berlin sei, von dem zur Zeit der Ausräumung der Latrinengruben die elegantesten Häuser nicht frei bleiben, und endlich 5. dass nur die Fremden davon belästigt würden, die Berliner aber längst daran gewöhnt seien und jene sich auch akklimatisiren müssten.

Ein praktischer Arzt, der eine Treppe hoch wohnte und nur wenige Zimmer nach vorne, die meisten nach dem Hofe zu gelegen, besass, hatte zu Thee und Abendessen eine Gesellschaft eingeladen. Gegen 11 Uhr ... fuhr ein Wagen durch den Hausflur auf den Hof, und in diesem erhob sich ein verdächtiger Rumor und mit diesem zugleich ein entsetzlicher Gestank. Bleich und erschreckt fuhr der Arzt empor, rief seine Frau ins Nebenzimmer, und da beide aus Erfahrung wussten, was das zu bedeuten hatte und welches die nächste Wirkung sein würde, so blieb ihnen nichts übrig, als der Gesellschaft auf schickliche Weise davon Kunde zu geben und ihr anzurathen, sich zu entfernen. Der in die Zimmer inzwischen eingedrungene Gestank war auch so furchtbar, dass die Damen und Herren eiligst ihre Mäntel und Hüte aufrafften, um sich eiligst davonzumachen. Aber als sie eben im Begriffe waren, die Treppe hinabzusteigen, kam der mit dem schauerlich stinkenden Kothe und Mist übervoll geladene Wagen vom Hofe in den Hausflur, /an/ der Treppe dicht vorbei, und mit dem grössten

Entsetzen fuhr die ganze Gesellschaft zurück und zwar nicht wieder in die Zimmer des Arztes, sondern immer höher und höher in die zweite, in die dritte Etage, so hoch sie kommen konnte, bis unter das Dach. Dort rastete sie auf Treppen, Geländern und Balken, und erst nach einer guten Stunde wagten sich Einige hinab und zum Hause hinaus.

Erst 10, ja bisweilen erst 20 Stunden und länger nach Ausräumung und Ausführung der Gruben ist der Gestank aus dem Gebäude verschwunden und während dieser Zeit sind die Bewohner genöthigt, die mit den giftigen Gasen geschwängerte Luft zu atmen."

Schon früh hatte man versucht, Pläne für eine ausgiebigere Wasserspülung der Rinnsteine zu entwickeln, um der hygienisch unhaltbaren Zustände Herr zu werden. Im Jahre 1816 machte der Leipziger Bauschreiber Dedicke den Vorschlag, Spreewasser durch die Kraft der Werderschen oder der Walkmühle so hoch zu heben, daß es durch Holzpfeiler in die Häuser geleitet und auch die Rinnsteine spülen sowie die Straßen besprengen könnte. Da aber kein genauerer Plan vorgelegt werden konnte, wurde er nicht weiter verfolgt.²¹ Auch in den folgenden Jahren kamen wiederholt modifizierte Projekte für eine Spülung der Rinnsteine mittels Spreewasser ins Gespräch.²²

Größere Beachtung fand der Vorschlag von J. Baeyer.²³ Danach sollte ebenfalls Spreewasser für die Spülung der Rinnsteine am Halleschen Tor und an der Jannowitzbrücke abgepumpt und auf ca. 30 m gehoben werden. Außerdem war vorgesehen, das Küchenwasser zusammen mit den Abflüssen aus den in Gebrauch kommenden Wasserklosetts durch kleine, etwa 1 m tief unter den Gehwegen angelegte Kanäle in die Spree und deren Seitenarme zu lenken. Wegen der schleppenden, uninteressierten Verhandlungsweise des Magistrats und des Abgeordnetenhauses von Berlin kam es nicht zur Ausführung des Projekts, obwohl die unhaltbaren hygienischen Zustände immer augenfälliger wurden. Im Jahre 1844 lehnten die Behörden jede finanzielle Beteiligung ab.²⁴

Auch 1848 sperrten sich die Berliner Abgeordneten gegen eine finanzielle Beihilfe zur Errichtung eines geplanten Wasserwerkes an der Oberspree, so daß 1852 die preußische Regierung ohne Mithilfe der Stadt mit dem englischen Unternehmen Fox & Crompton den Bau und Betrieb eines Wasserwerkes vereinbarte. Das Unternehmen bekam die Konzession, 25 Jahre die Berliner Einwohner, deren Häuser an das Leitungssystem angeschlossen waren, gegen Bezahlung mit Wasser zu versorgen. Daneben sollte Wasser unentgeltlich für die Spülung der Rinnsteine, das Besprengen und Reinigen der Straßen sowie für Feuerlöschzwecke bereitgestellt werden.²⁵

Die angestrebte Verbesserung der Straßenverhältnisse durch das seit 1856 arbeitende Wasserwerk konnte aber nicht erreicht werden. Im Gegenteil. Die Zustände verschlimmerten sich noch, da zum einen die englische Gesellschaft diesen Teil des Vertrages aus Profitgründen nur ungenügend beachtete,²⁶ zum anderen der Wasserverbrauch in den Haushaltungen - besonders durch die Installierung der Wasserklosetts - dermaßen stark zunahm, daß die Rinnsteine trotz Verbreiterung und Eintiefung die Abflusssmengen kaum noch fassen konnten.²⁷

Daher drängte sich immer mehr die Einsicht durch, daß eine grundsätzlich andere technische Lösung des Problems dringend notwendig sei. Schon 1842 hatte der Oberbaurat Crelle²⁸ in einem an der Akademie der Wissen-

schaften zu Berlin gehaltenen Vortrag die Beseitigung der offenen Rinnsteine und statt dessen die Anlage unterirdischer Entwässerungskanäle gefordert, die aber nur in Verbindung mit dem Bau einer zentralen Wasserversorgung einzurichten seien. Durch den steigenden Wasserverbrauch und Ausstoß von Schmutzwasser seit 1856 wurde die Frage der zentralen unterirdischen Entwässerung immer dringender. Der Baurat Wiebe wurde 1860 vom preußischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beauftragt, einen umfassenden Plan für die Beseitigung der sich herausgebildeten Mißstände in der Stadtentwässerung zu erarbeiten. Wiebe stellte in seinem Entwurf folgende wesentliche Forderungen auf:²⁹

1. Beseitigen der Abtrittsgruben, womit sowohl das Aufbewahren und die Fäulnis des Inhalts der Abtritte innerhalb der Häuser oder Höfe abgeschafft als auch das Fortschaffen dieses Inhalts durch die Straßen der Stadt vermieden wären;
2. Beseitigen der tiefen, stinkenden Rinnsteine;
3. Vermeiden jeder Verunreinigung der Spree bzw. anderer öffentlicher Gewässer im Stadtbereich.

Außerdem schlug Wiebe die generelle Einrichtung von Wasserklösetts in den an das Wasserversorgungsnetz angeschlossenen und neu anzuschließenden Häusern und von tief unter der Straßenoberfläche liegenden Abzugskanälen vor, die mittels Pumpen das anfallende Abwasser unterhalb Charlottenburgs in die Spree leiten sollten.

Der Wiebeplan löste einen bis zum Ende der 60er Jahre dauernden Streit aus um die Vor- und Nachteile eines Kanalisations- bzw. eines verbesserten Fäkalienabfuhrsystems. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte am 6. Dezember 1866 ein grundsätzliches Einverständnis mit dem Wiebeschen Projekt mit folgender Begründung ab: "Die Stadtverordnetenversammlung hält sich derzeit nicht für genügend informiert, um einen definitiven Beschluß in der Kanalisierungsfrage zu fassen. Sie erkennt die Notwendigkeit einer Verbesserung des Kloaken- und Rinnsteinwesens an. Eine Entscheidung darüber, ob die Verbesserung durch Einführung eines Kanalsystems nach dem Wiebeschen Plane, oder durch Einführung eines geregelten Abfuhrwesens vorzunehmen sei, kann die Versammlung nicht treffen, bevor die Vorlage des Magistrats vom 15. Mai cv. mehrseitig vervollständigt sein wird."³⁰ Sie verlangte die Klärung verschiedener Fragen in diesem Zusammenhang. Erst einer vom Magistrat eingesetzten Kommission unter Leitung von Prof. Virchow gelang es in einem 1872 erstatteten Gutachten,³¹ das Kanalisationsprojekt bei den Berliner Abgeordneten durchzusetzen. Grundlage war dabei der sog. Hobrechtplan,³² der auf einer Verbindung von Kanalisations- und Rieselfeldsystem beruhte und für die Stadt eine umweltfreundlichere und hygienisch einwandfreiere Lösung brachte.

Parallel zur Frage der Stadtentwässerung und eng mit ihr verbunden vollzog sich die wachsende Einsicht bei verschiedenen Gremien, daß der Belastbarkeit der Berliner Gewässer Grenzen gesetzt sind. Lange waren Kommunalpolitiker wie Privatkapitalisten der Ansicht, daß die natürliche Umwelt, im besonderen die Luft und das Wasser, ein kostenlos funktionierender "Abfallkübel der privatkapitalistischen Akkumulation"³³ sei. Bis zur Mitte des 19. Jh. basierten so auch alle Pläne zur Beseitigung der flüssigen Abfälle Berlins auf der Einleitung dieser Stoffe in die Spree und

die anderen öffentlichen Gewässer. Zwar bestand in der preußischen Gesetzgebung nach dem Gesetz vom 15. November 1810 (§ 10) die Pflicht, bei kleineren Gräben in bestimmten zeitlichen Abständen sorgfältige Räumungen von Unrat vorzunehmen,³⁴ und 1843 erließ die preußische Regierung das "Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse", das Bestimmungen über das Einleiten gewerblicher Betriebswasser in Privatgewässer hinsichtlich der Auswirkungen auf öffentliche Vorfluter enthielt.³⁵ Trotzdem blieb man bei den offiziellen Stellen lange der Meinung, daß Flüsse über genügend Selbstreinigungskraft verfügen, um eingeleitete Schmutzstoffe abzubauen. Noch 1851 versuchte das Berliner Polizeipräsidium die Anlage einer Gerberei an der Panke mit dem Argument zu verhindern, daß der Betrieb nicht unmittelbar am fließenden Gewässer liege.³⁶

Erst durch die mit der raschen Bevölkerungsentwicklung und Industriensiedlung verbundene Vergrößerung der anfallenden Schmutzwassermengen und der nun erkennbar gewordenen Gefahr der Verseuchung bestimmter Gewässer innerhalb Berlins - so des Landwehrkanals, des Grünen Grabens, des Königsgrabens und der Panke - wurden Regierungs- und städtische Verwaltungsstellen gezwungen, sich intensiver mit diesem Problem zu befassen. Schon am 31. März 1853 hieß es in einem Schreiben des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten: "Es sind neuerlich bei verschiedenen Gelegenheiten gegründete Bedenken gegen die Aufnahme von Bestimmungen in die Concessionen für gewerbliche Anlagen hervorgetreten, durch welche Bestimmungen dem Unternehmer in Bezug auf die Benutzung öffentlicher oder Privat-Gewässer unabänderliche Befugnisse gewährt werden. Die Folgen, welche die Ableitung der von gewerblichen Anlagen abfließenden Flüssigkeiten in Gewässer, welche auch anderen Personen zum Gebrauch dienen, haben können, lassen sich selten im Voraus hinreichend übersehen, ihre Wirkung verbreitet sich mitunter viel weiter, als bei Ertheilung der Concession, selbst bei sorgfältiger Prüfung, vorausgesetzt werden konnte." Man sollte deshalb den Gebrauch der Gewässer für die Einleitung von gewerblichen Abwässern unter ausdrückliche Vorbehalte der besonderen polizeilichen Regelung stellen.³⁷

Auch der Wiebeplan von 1860 (s. oben) enthielt schon die Forderung, jede Verunreinigung der Spree und aller sonstigen öffentlichen Wasserläufe innerhalb Berlins zu vermeiden,³⁸ ohne dabei jedoch großräumige Vorstellungen von "Umweltschutz" zu entwickeln. Denn das gesamte Schmutzwasser der Stadt sollte, zwar durch zugeleitetes Leitungswasser verdünnt, aber ungeklärt unterhalb von Charlottenburg in die Spree eingeleitet werden.³⁹ Damit wären die Berliner Gewässer entlastet, die Spreeverschmutzung jedoch nur räumlich verschoben worden. Erst der Hobrechtplan mit der Rieselfeldkonzeption brachte eine bessere Lösung, ohne jedoch für die Folgezeit eine ausreichende Reinhaltung der Spree zu garantieren.⁴⁰ Ein Übriges taten die Fabriken längs des Flusses, deren Besitzer aus Profitgründen die Abwässer entgegen den Vorschriften ungeklärt in die Spree einleiteten.⁴¹ So traf auch weiterhin die 1870 getroffene Feststellung von Engels zu: "Erstes Erfordernis der Dampfmaschine und Haupterfordernis fast aller Betriebszweige der Großen Industrie ist verhältnismäßig reines Wasser. Die Fabrikstadt aber verwandelt alles Wasser in stinkende Jauche."⁴²

Ein weiteres Beispiel für die Diskrepanz zwischen Versuchen und Möglichkeiten zur Reinhaltung von fließenden Gewässern sind die Bemühungen um

die Panke im Norden Berlins. Durch die Ausdehnung der Siedlungs- und Gewerbetätigkeit wurde ihre Wasserführung und -zusammensetzung in großem Umfang beeinflusst. Neben zahlreichen neuen Straßenzügen längs des kleinen Fließchens, den entstehenden und sich vergrößernden Garnisonslazaretten und der Charité waren es besonders die neu angelegten, z. T. recht großen Gerbereien, die erheblich zur Wasserverschmutzung der Panke beitrugen. Bereits 1858 trat eine Panke-Regulierungskommission zusammen,⁴³ um Maßnahmen gegen das zunehmende Umfunktionieren des Fließchens in eine oberirdische Kloakenleitung zu beraten. In einem Schreiben der Königl. Technischen Deputation für Gewerbe vom 4. Juli 1860 wird u. a. vorgeschlagen: "Um den anerkannt lästigen und für das Gesundheitswohl aller Anwohner Nachtheil bringenden Ausdünstungen des Wassers der Panke, in Folge der Verunreinigung dieses Flusses, namentlich durch zahlreiche Gerbereien, welche im Laufe der Jahre an den Ufern derselben angelegt worden sind, ein Ziel zu setzen, ist den Besitzern solcher Gewerbs-Anstalten, die, mit Ausnahme einer einzigen, nicht im Besitz eines landespolizeilichen Consensus zur Benutzung des Pankewassers sich befinden, die fernere Benutzung des letzteren nur unter Bedingungen, und widerruflich, zu gestatten." Als Bedingung für die weitere Gewerbetätigkeit dieser Betriebe schrieb die Deputation die Anlage von Spülbassins längs der Panke vor, die, mit Gittern versehen, das Einschwemmen von fauligen Abfallstoffen in den Fluß verhindern sollten.⁴⁴

In den folgenden Jahren versuchte man, die Zahl der Gewerbebetriebe an der Panke zu begrenzen. Besonders das Polizeipräsidium von Berlin war, so z. B. im Fall des Weißgerbers Anders in der Prinzenallee 26 (heute Westberliner Bezirk Wedding), der Meinung, "daß die Bebauungs- und Bevölkerungs-Verhältnisse Berlins immer mehr dazu drängen, die für den öffentlichen Gesundheitszustand nachtheiligen gewerblichen Anlagen nach Möglichkeit zu beschränken. Dieser Grundsatz hat das Polizei-Präsidium auch bei der Behandlung der vorliegenden Sache geleitet und es bestimmt, aus Rücksichten auf das Gemeinwohl die nachgesuchte Concession zu versagen, trotzdem von Privaten kein Widerspruch erhoben worden war."⁴⁵ Im Rekursentscheid des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 28. Juli 1865 wurde dem Anders mitgeteilt, daß die Ablehnung des Konzessionsgesuchs u. a. auch deswegen erfolgte, weil "es nicht zulässig erscheint, derartige Abgänge (in der Gerberei - G. N.) einem Flusse zuzuführen, welcher wie die Panke wenig Wasser und wenig Gefälle besitzt und durch bebautes oder im Ausbau begriffenes Terrain fließt, da unter solchen Umständen die Zersetzung dieser Abgänge, welche sich durch kein bekanntes Mittel verhindern läßt, auf den Gesundheitszustand der Bewohner der unterhalb an der Panke gelegenen bebauten Grundstücke nachtheilig einzuwirken geeignet ist".⁴⁶

Diese Maßnahmen hatten aber wenig Erfolg. "Die den Gewerbetreibenden aufgestellten Bedingungen für die weitere Benutzung der Panke wurden nicht genau eingehalten", schrieb am 9. Juli 1868 das Berliner Polizeipräsidium.⁴⁷ Außerdem ließen sich seit dem Ende der 50er Jahre immer mehr Gerbereibetriebe am Fließchen nieder, die z. T. um eine Konzession nachgesucht hatten, sie aber nicht erhalten und völlig ohne Genehmigung die Produktion aufgenommen hatten. Im Jahre 1868 zählte man 11 Betriebe mit 234 Arbeitern und einer Erzeugung von ca. 1 315 000 Stück Leder pro Jahr, die ohne Konzession arbeiteten.⁴⁸

In einem Schreiben der Abteilung III des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 18. September 1868 ging man auf das Pankeproblem ein und analysierte eingehend die Forderung in verschiedenen Eingaben, den Lauf der Panke zu verkürzen oder zu verändern, um so das verpestete Wasser des Fließchens von den bewohnten Stadtteilen abzuleiten.⁴⁹ Diesbezüglich gelangten die Verfasser zu dem Schluß, daß theoretisch zwei Möglichkeiten bestünden. Das verschmutzte Wasser konnte entweder durch den alten Schönhauser Graben in den Nordhafen oder durch einen weiter unterhalb neu anzulegenden Lauf in den Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal geleitet werden.

Die Abteilung hielt aber beide Varianten für unzulässig, da der Schifffahrtskanal einschließlich des Nordhafens nur während des Schleusens etwas Frischwasser bekomme, also im großen ganzen ein stehendes Gewässer sei. Die von der umgeleiteten Panke eingeführten Sinkstoffe würden sich daher im Kanal ablagern und die Schifffahrt behindern. Gleichzeitig müßte damit gerechnet werden, daß sich der Kanal in einen stinkenden Wasserlauf verwandeln würde. Die Mitarbeiter stellten außerdem fest, daß die Panke in ihrem Unterlauf viel Schmutz aus den Garnisonslazaretten, den Rinnsteinen der Straßen und der Anatomie (Charité) aufnähme, so daß man ihr nicht noch Wasser entziehen dürfe, und führen fort: "Solange die unreinen Abflüsse Berlins nicht durch angemessene Abzugskanäle weit aus der Stadt geleitet werden können, bleibt nichts übrig, als die Abflüsse der Panke etwa in der Richtung ihres bisherigen Laufes in die Spree zu führen, deren Strömung wenigstens die stinkenden Flüssigkeiten zu verdünnen und aus der Stadt fortzuspülen im Stande ist.

Sollten die an der Panke gelegenen Gerbereien bestehen bleiben, und doch die Übelstände beseitigt werden, welche die in hohem Grade stinkenden Abflüsse dieser Anlagen in den von der Panke durchzogenen Stadttheilen erzeugen, so giebt es einstweilen, doch solange nicht ein allgemeines Entwässerungssystem vorhanden ist, für den Zweck nur ein zuverlässiges Mittel. Dieses besteht darin, daß diese industriellen Anlagen das für ihren Betrieb erforderliche Wasser zwar aus der Panke entnehmen, dasselbe aber, nachdem es verunreinigt ist, nicht wieder in den Lauf dieses Baches zurückführen dürfen, sondern durch einen tiefer liegenden mit Spülvorrichtungen versehenen unterirdischen Abzugskanal bis in die Spree ableiten müssen.

Durch diesen Abzugskanal können dann auch die Water-Closets aus dem Garnison-Lazareth, die Rinnsteine des Gesundbrunnens, der Invaliden- und Karlstraße und die Abflüsse aus der Anatomie unschädlich bis in die Spree geleitet werden."⁵⁰

Das Schreiben verwies in diesem Zusammenhang auf ein von Oberbaurat Wiebe 1861 ausgearbeitetes Gutachten mit einer dazugehörigen Projektskizze. Doch erst der Hobrechtplan brachte eine Lösung des Pankeproblems.

Die Industrielle Revolution mit der Entwicklung neuer Arbeits- und Antriebsmaschinen brachte auch in anderen Bereichen einen Qualitätssprung in der Umweltbelastung. Dazu gehörte u. a. die wachsende Lärmbelastung. Die durch Dampf angetriebenen Arbeitsmaschinen erzeugten wesentlich stärkere und intensivere Geräusche als die handangetriebenen Werkzeuge.

Im Jahre 1832 kam es zu einer Beschwerde über die Tuchfabrik Sehlmacher in der Stralauer Straße wegen starker Lärmbelästigung und Erschütterung des Bodens, die durch die Walke und die maschinell betriebene Rauhaschine hervorgerufen wurden. Da sich Sehlmacher mit der Maschinenfabrik Egells in Verbindung setzen wollte, um zumindest die Erschütterungen abschwächen zu lassen, blieb der Einspruch ohne Erfolg.⁵¹ Auch die Kupferschmiede Heckmann am Hausvogteiplatz erzeugte in den 30er Jahren erheblichen Lärm; dieser wurde selbst von Ärzten als kaum erträglich eingeschätzt. Beschwerden der Anwohner blieben jedoch ohne Ergebnis, da keine gesetzliche Handhabe zur Stilllegung des Betriebes vorlag.⁵²

Erst die Allgemeine Gewerbeordnung des Königreichs Preußen vom 17. Januar 1845 enthielt auch die Möglichkeit, gebunden an besondere Ortslagen, so in der Nähe von Schulen, Kirchen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden, Einschränkungen bei Gewerbebetrieben anzuordnen, deren "Ausübung mit ungewöhnlichen Geräuschen" verbunden war. Zu diesen Betrieben rechnete man u. a. auch Tanz- und Fechtschulen, Turn- und Badeanstalten.⁵³ Daß aber selbst in den folgenden Jahren Beschwerden wegen zu starker Lärmbelästigung durch Industriebetriebe kaum Erfolg zeitigten, belegt das Beispiel eines Rekurses gegen die Maschinenfabrik von Reich & Brushaver in der Blumenstraße. So beschwerten sich 1857 die Anwohner: "Schon jetzt ist ein betäubender Lärm, der selbst zur Nachtzeit und an den Sonntagen nicht aufhört, hervorgerufen durch unausgesetztes Pochen, Getöse und das Bewegen und Niederwerfen schwerer Lasten verbunden mit heftigen Erschütterungen, störend und nachtheilig."⁵⁴ Und weiter: "Wenn das Königliche Polizei-Präsidium behauptet, daß ein solches Geräusch als belästigend für die Nachbarn im Sinne der Gewerbeordnung nicht anzuerkennen ist, so ist nicht ersichtlich, woran der Gesetzgeber gedacht haben soll, da außer Hüttenwerken, die, der Natur der Sache nach, nicht inmitten der Städte liegen können, wohl kaum Etwas so großes Geräusch macht, als Dampfmaschinen, Bohr- und Drehwerke!"⁵⁵ Trotzdem blieb die Beschwerde ohne Erfolg.⁵⁶

Eine wesentlich größere Rolle im Rahmen der Umweltschädigungen spielte die Luftverschmutzung, zum einen, da sie sich lokal schon frühzeitig zumindest unangenehm, z. T. auch gesundheitsschädigend bemerkbar machte, zum anderen, da sich die Schmutzteilchen in der Atmosphäre negativ auf zahlreiche traditionelle Gewerbe (Bleichereien, Leimsiedereien, Stärkebetriebe u. a.) auswirkten.

Luftverschmutzungen zeigten sich dabei

- in der Verunreinigung der Atmosphäre durch Rauch- und Aschepartikel bei der Kohleverbrennung in den Dampfmaschinen- und anderen Feuerungsanlagen,
- in der Freisetzung von gas- oder staubförmigen Substanzen im Produktionsprozeß, so von Schwefel- und Chlorverbindungen in chemischen Werken sowie Bleistaub in Metallscheidebetrieben, die sich schädlich für Natur und Mensch auswirken konnten. Teilweise waren es auch nur unangenehme Gerüche, die im Produktionsprozeß verschiedener Gewerbe auftraten.

Fragen der Luftverschmutzung spielten bis Ende des 18. Jh. in der preussischen Gesetzgebung kaum eine Rolle, obwohl Friedrich II. schon im Okto-

ber 1740 anlässlich der Neuanlage einer Zuckersiederei in Berlin darauf hinwies, daß die Umgebung nicht durch Gestank belästigt werden solle.⁵⁷ Erst mit dem Reskript vom 21. Januar 1800 erhielt die Polizei die Möglichkeit, gegen Betriebe mit "bösaartigen Ausdünstungen" (Gerbereien, Leimsiedereien u. a.) vorzugehen.⁵⁸

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit im Königreich Preußen 1810/11, besonders mit dem Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe,⁵⁹ fielen die alten feudalen Beschränkungen zur Anlage von Gewerbebetrieben. Notwendig war nur noch ein Gewerbeschein, den jede unbescholtene Person erhalten konnte. Der Polizei blieb aber eine gewisse Einflußnahme bei Neugründungen bzw. Erweiterungen von Betrieben durch die bau- und feuerpolizeiliche Genehmigungspflicht, die das "Gemeinwesen" vor Schaden und Unsicherheit bewahren sollte.⁶⁰ Daher unterlagen um 1825 in Berlin folgende Betriebe gewissen Einschränkungen: Kalkbrennereien, Glashütten, große Eisengießereien und Eisengußbetriebe, Dampfmaschinenanlagen, Abdeckereien, Gasbereitungsanstalten, Kphleschwebereien, Pech- und Teerbetriebe, Seifensiedereien, Lichtziehereien, Darmsaitenbetriebe, Leimkochereien, Knochenbrennereien, Poudrette-⁶¹ und Uratanstalten⁶², Feuerwerksherstellungsbetriebe, chemische Werke, Hanfröstereien, Gerbereien, Leder-, Pergament- und Pappenbetriebe, Fettschmelzereien, Schlachthäuser, Stärke- und Tabakbetriebe sowie Branntweinbrennereien.⁶³ Besonders gegen chemische Betriebe wurde wegen Luftverunreinigung polizeilich vorgegangen. Mehrere wurden an die Peripherie der Stadt verlegt.⁶⁴

Generelle, für das Königreiche Preußen einheitliche gesetzliche Regelungen gegen die Luftverschmutzung begannen erst Ende der 20er Jahre des 19. Jh. Gestalt anzunehmen. Aber auch die Instruktion vom 13. Oktober 1831 für die Aufstellung und Betreibung von Dampfmaschinen galt eben nur einem Teilbereich der Verursacher, wobei die Behörden die Sicherheitsfragen mehr in den Vordergrund stellten als die der Luftverschmutzung.⁶⁵ Weite Kreise der Industrie lehnten diese ersten Versuche einer Umweltschutzgesetzgebung sofort ab, da sie angeblich der Gewerbefreiheit widersprächen.⁶⁶

Besonders bei chemischen Betrieben und solchen, die chemische Produkte verwendeten und bei denen die Gefahr bestand, schädliche chemische oder metallische Substanzen in die Luft zu emittieren, wurden in den folgenden Jahren zumeist mit größerer Sorgfalt die Genehmigungsverfahren durchgeführt (auch durch die gesetzlichen Möglichkeiten der Gewerbeordnung von 1845 unterstützt). Dazu ein Beispiel: Die Gold- und Silberscheide-Anstalt Sachs & Edinger erhielt 1855 die Erlaubnis, ihren Betrieb von der Schönhauser Allee 130 auf das größere Grundstück Nr. 71/72 in derselben Straße zu verlegen, obwohl Einsprüche der Anwohner wegen Gesundheitsgefährdung vorlagen. Diesbezüglich gab die Königliche Wissenschaftliche Deputation für das Medicinal-Wesen zwar zu, daß bei dem früher angewendeten Verfahren viel Schwefel- und schweflige Säure in Gasform entwich, die "den Nachbarn beschwerlich gefallen ist", erklärte aber ausdrücklich, solches sei jetzt dank modernerer Methoden, "wenn richtig gearbeitet wird", nicht zu befürchten.⁶⁷ Einem Antrag der Firma auf Errichtung eines Krummofens und eines Treibeheredes, um die Produktion zu erweitern, wurde aber 1859 nicht stattgegeben. Nach Meinung des mit der Begutachtung betrauten Medizinalrates Müller war "die Anlage in gesundheitspoli-

zeitlicher Beziehung unzulässig, weil dabei die Verunreinigung der benachbarten Atmosphäre durch feine Metalltheilchen (Blei - G. N.) unvermeidlich sei".⁶⁸ Außerhalb der Stadt, in der Nähe der damaligen Pankower Mühle, durften Sachs & Edinger ihre neue Anlage, trotz der Proteste des dortigen Müllers, errichten.⁶⁹

Zu einem der wichtigsten Luftverschmutzer entwickelte sich im Verlauf der Industriellen Revolution die Dampfmaschine mit ihrem großen Bedarf an Feuerungsmaterial, das bei den anfänglich noch sehr unvollkommenen Verbrennungsanlagen in erheblichem Umfang als Ruß und Asche über die niedrigen Schornsteine in die Atmosphäre gelangte.⁷⁰ Schon Ende des 18. Jh. ließ daher Freiherr von Reck, ein in der Nähe wohnender Privatmann, die geplante Aufstellung einer Dampfmaschine in der Königlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin für die Dauer von 12 Jahren untersagen.⁷¹

In den 30er Jahren war aber die Industrialisierung in Teilen Berlins, so im Norden, d. h. vor dem Oranienburger Tor, mit mehreren Maschinenbaubetrieben und im Südosten mit Fabriken für verschiedenartige Gewerbebezüge, stark vorangeschritten. In diesen Arealen mit einem hohen Verbrauch an Energieträgern für die wachsende Zahl von Dampfmaschinen - in den Jahren von 1830 bis 1840 stieg sie von 26 auf 54⁷² - und für die sonstigen gewerblichen und privaten Feuerungsanlagen nahm die Luftverschmutzung erheblich zu. Wurden die ersten Dampfmaschinen, besonders die im Südosten der Stadt (im Bereich der Spree zwischen Holzmarktstraße und Oberbaumbrücke), noch mit Torf befeuert,⁷³ wobei nur wenig Rauch entstand, so kam später zunehmend englische Steinkohle in Gebrauch, die einen höheren Heizwert aufwies, aber bei den anfangs noch unvollkommenen Verbrennungsanlagen eine starke Rauch- und Rußbelästigung verursachte. Besonders die Fettkohleverfeuerung führte zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Umgebung solcher Betriebe.⁷⁴

Bei der Behandlung der schon angeführten Beschwerde über die Tuchfabrik Sehlmacher im Jahre 1832 (siehe oben) hatte das Ministerium des Innern und der Polizei festgestellt, daß es zur Zeit an Gesetzen fehle, die eine Handhabe gegen Rauch emittierende Betriebe bieten würden.⁷⁵ Die Instruktion von 1831 legte nur eine Mindesthöhe von 60 Fuß (rd. 22,6 m) für Schornsteine bei Dampfmaschinenanlagen fest.⁷⁶ Auch gesetzliche Möglichkeiten zur angeordneten Verlegung von luftverschmutzenden Betrieben außerhalb der Stadt gäbe es nicht, es sei denn, sie beeinträchtigten das Allgemeinwohl.⁷⁷

In der Folgezeit versuchte die preußische Regierung, genötigt durch die wachsende Zahl von Eingaben und Beschwerden über rücksichtslose Nutzung der Atmosphäre als "Abfalleimer" für die Abfälle der kapitalistischen Betriebe, durch eine Reihe von Gesetzen, Regulative und Verfügungen der steigenden Luftverschmutzung Herr zu werden. Bei der Untersuchung der Dampfkesselanlage in der Schicklerschen Zuckerfabrik (Holzmarkt-/Alexanderstraße), aus deren niedrigem Schornstein "in großem Maße dicke(r) schwere(r) Steinkohlenrauch" entwich,⁷⁸ betonte die Königliche Ober-Bau-Deputation am 28. August 1837, daß die "Eigentümer der Dampfkessel immer die Nachbarn vor der Belästigung durch ungewöhnlich starken Rauch sichern" müßten und daher die Höhe der Schornsteine nach den gegebenen Umständen einzurichten hätten.⁷⁹ Daraufhin erschien am 6. Mai 1838 ein Regulativ, das die Schornsteinhöhe bei gewerblichen Feuer-

rungsanlagen festzusetzen versuchte.⁸⁰ Auch die Allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 ging in speziellen Vorschriften (§ 37) auf den Betrieb von Dampfmaschinenanlagen ein,⁸¹ während sich die Verfügung vom 17. Juni 1853 mit der möglichst vollständigen Verfeuerung von Brennstoffen befaßte.⁸²

Schon 1853 wies das preußische Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in einem Schreiben an alle Präsidenten der Regierungsbezirke darauf hin, daß "die erhebliche Zunahme der Zahl der Dampfmaschinen und anderer gewerblichen Anlagen der im § 27 der Gewerbe-Ordnung aufgeführten Art der Verwaltung die Pflicht auf(erlegt), bei Ertheilung der Concession zu denselben mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen, um der Belästigung der Umgebung durch dergleichen Feuerungen vorzubeugen".⁸³ Und 1855 erinnerte dasselbe Ministerium daran, daß bei größeren Feuerungsanlagen die gemäß der Verfügung von 1853 vorgeschriebenen Bedingungen für eine möglichst vollständige Verbrennung des Feuerungsmaterials einzuhalten seien. Die Unternehmer sollten gehalten sein, Abänderungen der Feuerungsanlagen vorzunehmen oder andere Energieträger zu verwenden, wenn sich ergäbe, daß die getroffenen Maßnahmen nicht genügten, um Belästigungen oder Schädigungen der benachbarten Grundbesitzer durch Rausch und Ruß zu verhüten.⁸⁴

Mit diesen Bestimmungen wollte die preußische Regierung sowohl der industriellen Entwicklung als auch dem Gemeinwohl dienen. Dem standen aber erhebliche Widerstände und unterschiedliche Auslegungen seitens der kapitalistischen Fabrikbesitzer mit ihren rein profitbezogenen Interessen bei der Errichtung und Betreibung ihrer Betriebe wie auch seitens der verschiedenen Verwaltungsgremien mit ihren Durchführungspraktiken entgegen.

Objektiv trat dabei oft der Widerspruch auf, daß mit der wachsenden Zahl von Fabriken auch eine rasche Ausdehnung der Siedlungen erfolgte, so daß Betriebe in Randbereichen der Orte bald mitten in Wohngebieten lagen. In einem Schreiben des Gewerbe-Vereins zu Görlitz (vom 15. Dezember 1865) wurde dazu - allerdings sehr einseitig die Interessen der privatkapitalistischen Unternehmer in den Vordergrund rückend - ausgeführt: "Und nun soll der Fabrikant, der durch seine kostspieligen Anlagen vielleicht wesentlich zu dem Emporblühen des Ortes beigetragen hat, genöthigt werden, sein Etablissement aufzugeben, weil er es nicht verhindern kann, daß die Nachbarn bei ungünstiger Windrichtung in etwas durch den Rauch seiner Schornsteine belästigt werden!"⁸⁵

Erkennbar ist auch eine widersprüchliche Handhabung der Gesetze und Verordnungen. Im allgemeinen hatten Einsprüche von Privatpersonen bzw. -gruppen gegen Verursacher von Luftverschmutzung nur geringe Chancen auf Erfolg. Im Höchsthfall wurden verschiedene Auflagen für die Weiterführung der Produktion ausgesprochen,⁸⁶ die die Unternehmer aber nicht immer befolgten.⁸⁷ Sehr oft erhielten die Beschwerdeführer den Bescheid, den Gerichtsweg zu beschreiten, der für die wenig kapitalkräftigen und einflußlosen Einzelpersonen oder kleinen Gruppen meist kaum Erfolgsaussichten bot.⁸⁸

Ein Beispiel für die geringen Chancen von Beschwerden gegen größere umweltschädigende Betriebe bietet die Eingabe über die Maschinenfabrik Reich & Brushaver in der Blumenstraße aus dem Jahre 1857. Dort hieß es u. a.:

"Es ist ... unter Beweis gestellt worden, daß ein heftiger, schwarzer Rauch die ganze Straße verfinstert, daß ein schwarzer Qualm, verbunden mit starkem Ascheregen und einem widerlichen Geruch, nicht bloß den Aufenthalt in den nächsten Häusern unmöglich macht und zur Unterbrechung des Schulunterrichts gezwungen hat, sondern daß, wie medizinische Autoritäten bekunden werden, die größten Nachtheile für die Gesundheit der Bewohner der Blumenstraße erwachsen." Die Beschwerdeführer warnten vor einer weiteren Ausbreitung der Luftverschmutzung, z. T. mit Argumenten, die auf eine Erhaltung der vorkapitalistischen Gewerbeverhältnisse gerichtet waren: "Sonst geht Berlin, nicht zu reden von dem Schicksal, das die dort gepflegten (traditionellen - G. N.) Industriezweige erwartet, der Zukunft entgegen, vor der London als abschreckendes Beispiel warnen sollte."⁸⁹ Trotzdem blieb die Eingabe ohne Erfolg.⁹⁰

Demgegenüber nahmen die zuständigen Stellen Untersuchungen schon bei nur zu erwartender Luftverschmutzung in den Wohngebieten "hochstehender" Personen sehr gewissenhaft vor, wie das Beispiel des Kaufmanns Schwinning in Stettin, der Ende der 50er Jahre eine Dampfmaschinenanlage in seinem Destillationsbetrieb in der damaligen Frauenstraße nahe des königlichen Schlosses einrichten wollte, deutlich macht.⁹¹

Für Berlin läßt sich eine ebensolche Auffassung der Regierungsstellen über die Zumutbarkeit von Rauchbelästigung anhand von Vorgängen aus dem Tiergartenbereich belegen. Für dieses Gebiet war auf der Grundlage eines Ministerial-Reskripts vom 26. Juli 1852⁹² eine spezielle Tiergartenverwaltung zum Schutz der dortigen Anlagen gegründet worden. Insbesondere wendete sich ihr Vorsteher, der Geheime Regierungsrat Pohlemann, im Verein mit dem Berliner Polizeipräsidium gegen die Anlage von Dampfmaschinen. Als warnendes Beispiel wurde die Königliche Porzellan-Manufaktur in der Leipziger Straße angeführt, durch deren Dampfmaschinen "nur zu oft ein ganzes Stadtviertel im höchsten Grade belästigt wird".⁹³ Anlässlich des Antrages von Th. Hildebrandt auf Errichtung einer Zementfabrik mit Dampfmaschine im Jahre 1852 befürchtete Pohlemann - wegen der günstigen Lage von Teilen des Tiergartengeländes in der Nähe des Schiffahrtkanals - eine unerwünschte Signalwirkung bei Genehmigung des Antrages. Dadurch würde der Tiergarten seine Annehmlichkeiten verlieren und "seine Umgebung sehr bald ein ähnliches Ansehen erhalten, wie die Theile Berlins am oberen Theile der Spree".⁹⁴ Das Polizeipräsidium war hier sogar der Meinung, daß "nach diesseitigem Ermessen weder eine gewisse Entfernung der Schornsteine von der Nachbargrenze, noch ... die Höhe derselben dem Inhaber der Wachsbleiche auf dem Grundstücke Grabenstraße Nr. 29 gegen Staub und Rußniederschlag der projectirten Fabrik einen genügenden Schutz gewähren" könnten.⁹⁵

Ein wesentlicher Grund für die Ablehnung von industriellen Anlagen im Tiergartenbereich findet sich allerdings im Schriftsatz von Pohlemann: "Ebenso würden die Fabrik-Anlagen mit dem hohen Schornstein des Dampfkessels zu den Umgebungen des Thiergartens nicht passen und einen unästhetischen Anblick gewähren, auch durch den Betrieb der Fabrik ein Verkehr von Wagen und Fabrikarbeitern nach der Gegend des Thiergartens gezogen werden, der den Besuchern desselben in hohem Grade lästig werden müßte (Hervorhebungen von G. N.)."⁹⁶ Die hier wohnenden Angehörigen von Adel und Kapital sowie die entsprechenden Besucher des Tiergartens woll-

ten unter sich bleiben und nicht durch den Anblick von Proletariern "belästigt" werden. Auf Grund der Vorbehalte gegen seine Anlage zog Hildebrandt 1853 seinen Antrag zurück.⁹⁷

Als 1853 das Berliner Polizeipräsidium selbst das Projekt einer kleinen Dampfkesselanlage zur Bewässerung des Gartens des Kaufmanns Reichenheim (Tiergartenstraße 19/Grabenstraße 28) und zum Betrieb der darin befindlichen Springbrunnen mit der Begründung ablehnte, daß verfügt worden sei, "in der Nähe des Thiergartens gar keine Dampfkessel-Anlage, mag der Zweck sein, welcher er wolle, zu gestatten",⁹⁸ schritt das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ein. Im Schreiben vom 1. Juni 1853 wies es darauf hin, daß Beschränkungen in der Disposition der Grundeigentümer in der Umgebung des Thiergartens, die die den Verwaltungsbehörden z. Z. gesetzlich zustehenden Befugnisse überschreiten, nur auf dem Wege der Gesetzgebung auszuführen wären. Ein solches Gesetz sei im Augenblick nicht notwendig, zumal sich dabei auch ein Anspruch der Eigentümer im Tiergartenbereich auf Entschädigung ergeben könnte. Nach Meinung des Ministeriums sei die Allgemeine Gewerbeordnung von 1845 zur Klärung von Genehmigungs- bzw. Ablehnungsfragen auch für den Tiergartenbereich völlig ausreichend.⁹⁹

In den folgenden Jahren sind weitere Dampfmaschinenanlagen "zum Betrieb von Springbrunnen und zur Vermehrung der Annehmlichkeiten des Thiergartens" entstanden.¹⁰⁰ Bei der Genehmigung von gewerblich genutzten Dampfmaschinen blieb man aber weiterhin zurückhaltend. Zwar erhielt am 19. April 1861 der Bildhauermeister Schleicher für den Betrieb seiner Marmorwaren-Fabrik (Grabenstraße 27) die Erlaubnis zum Aufstellen einer Dampfmaschine, mußte aber zur Feuerung den rauchärmeren Koks benutzen und noch weitere Vorschriften beim Betrieb einhalten.¹⁰¹

Neben dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, dem Oberschlesischen Revier und dem Saargebiet sowie einigen Städten (Chemnitz, Magdeburg u. a.) bietet Berlin ein typisches Beispiel für den engen Zusammenhang von Bevölkerungs- und Industrieverdichtung einerseits und wachsender Umweltverschmutzung andererseits im Zeitraum der Industriellen Revolution. Die Stadt, in der sich Hauptstadtfunktionen, vielfältiges Gewerbe, Handel und Verkehr sowie weitere Formen des tertiären Sektors miteinander verbanden, erhielt durch diese Vielfalt ihre Anziehungskraft auf ihre nähere und weitere Umgebung. Gleichzeitig wurde sie damit ein Schwerpunkt der räumlichen Umweltveränderung. An die Stelle der natürlichen Umwelt trat ausufernd die gebaute Umwelt¹⁰² mit den für die sich formierende kapitalistische Produktionsweise typisch werdenden Problemen in den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur. Die schon früher auftretenden Umweltbelastungen, die sich auf die Lebensverhältnisse der Menschen auswirkten, wurden in vielen Bereichen verstärkt und intensiviert.

Das betraf besonders die hygienischen Verhältnisse in der Stadt. Vor allem die Stadtreinhaltung warf mit wachsender Bevölkerung und stärkerer Industrialisierung immer dringendere Probleme auf, die zwar gelöst werden mußten, bei deren Lösung aber nur bedingt Profite möglich waren. Daher ging man diese Probleme nur zögernd an. Erst als die hygienischen Verhältnisse fast unhaltbar wurden, der Ort, wie Engels es 1872 ausdrückte,

"seit mindestens dreißig Jahren in seinem eigenen Dreck" erstank, 103
entschloß man sich mit dem Hobrechtplan zu einem für die damalige Zeit
brauchbaren Ausweg.

Wachsende Bevölkerung und Industrie wirkten sich auf die Qualität von
Wasser und Luft negativ aus. Beide Umweltbereiche waren lange Zeit als
dimensionslose Abfallkübel für die Abfälle der kapitalistischen Gesellschaft
angesehen worden, bis wachsende Belastung im unmittelbaren Umfeld erste
Warnzeichen setzte, Schäden für die Lebensqualität der Berliner Bevölke-
rung auftraten. Die preußischen Regierungsstellen sahen sich zwar durch
die steigende Zahl von Eingaben und Protesten genötigt, mittels Gesetzen
und Verordnungen zumindest die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen,
ohne jedoch das Problem der Umweltverschmutzung völlig in den Griff zu
bekommen.

Anmerkungen

- 1 Dazu s. Musiolek, P./Epperlein, S./Fischer, H./Kagel, W./Schattkowsky, M., Zu Problemen von Gesellschaft und Umwelt in den vor-kapitalistischen Produktionsweisen, in: JWG, 4/1983, S. 105 - 128.
- 2 Dazu s. Strenz, W./Narweleit, G./Rook, H.-J./Thümmler, H., Zu den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt von der Industriellen Revolution bis zum Übergang zum Imperialismus, in: JWG, 1/1984, S. 90 ff.
- 3 Berechnet nach Büsch, O., Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800 - 1850. Eine empirische Untersuchung zur gewerblichen Wirtschaft einer hauptstadtgebundenen Wirtschaftsregion in frühindustrieller Zeit, Berlin (West) 1971, S. 46 (Einzerveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 9; Publikation zur Geschichte der Industrialisierung; Thienel, J., Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel, Berlin (West)/New York 1973, S. 58 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 39; Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung, Bd. 3).
- 4 Berechnet nach Preußische Statistik, Bd. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbebeziehung vom 1. December 1875 im preussischen Staate, T. 1, Berlin 1878, S. 44 f.
- 5 Hierzu s. Strenz/Narweleit/Rook/Thümmler, S. 115 ff.
- 6 Hierzu s. Lärmer, K., Zur Einführung der Dampfkraft in die Berliner Wirtschaft in der ersten Phase der Industriellen Revolution (Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1830), in: JWG, 4/1977, S. 101 - 126.
- 7 Hinzuweisen ist besonders auf Baeyer, J. J./Blesson, L., Die Bewässerung und Reinigung der Straßen Berlins. Eine Denkschrift zur allgemeinen Verständigung, Berlin 1843; Wiebe, E., Ueber die Reinigung und Entwässerung der Stadt Berlin, Berlin 1861; Behrendt, F. J., Die Kanalisierung der Stadt Berlin in gesundheitlicher Beziehung, Berlin 1866; Virchow, R., Über die Kanalisation von Berlin. Gutachten der Kgl. Wiss. Deputation für das Medizinalwesen, Berlin 1868.
- 8 Dazu u. a. Kunitz, P., Die Geschichte der Entwässerung Berlins, in: Technisches Gemeindeblatt 13, 1911, S. 114 - 117, 131 - 137; Langbein, F., Der Werdegang der Berliner Stadtentwässerung, in: Fünfzig Jahre Berliner Stadtentwässerung 1878 - 1928, Berlin 1928, S. 13 - 55; 75 Jahre Berliner Stadtentwässerung 1878 - 1953, Berlin 1953.
- 9 Mieck, J., "Aerem corrumpere non licet". Luftverunreinigung und Immissionsschutz in Preußen bis zur Gewerbeordnung 1869, in: Technikgeschichte 34, 1967, S. 36 - 78; derselbe, Umweltschutz in Alt-Berlin. Luftverunreinigung und Lärmbelästigung zur Zeit der frühen Industrialisierung, in: Der Bär von Berlin 22 (1973), 1972, S. 7 - 25.
- 10 Strenz/Narweleit/Rook/Thümmler.
- 11 Berechnet nach Tab. 1.
- 12 So z. B. das Dekret vom 1. 12. 1700, das 1707 erneuert wurde (s. Geiger, L., Berlin 1688 - 1840, Geschichte des geistigen Lebens der preußischen Hauptstadt, Bd. 1, Berlin 1893, S. 137 f.).
- 13 Langbein, S. 15.

- 14 Ebenda.
- 15 Winckler, J., Hebe. Ein Pendant zum Ganymed, Nürnberg 1782, S. 29 f., zit. nach: Geiger, Bd. 1, S. 639.
- 16 Abgedr. in: Geiger, Bd. 1, S. 643.
- 17 Berechnet nach Tab. 1.
- 18 Langbein, S. 15.
- 19 Ebenda.
- 20 Behrendt, F. J./Voigt, F. W., Ueber die Ausleerung der Latrinen grosser Städte in sanitätspolizeilicher und ökonomischer Hinsicht, mit besonderem Bezug auf die desfallsigen Verhältnisse in Berlin, in: Henkes Zeitschrift für die Staatsarzneikunde 1860, H. 1, S. 74 - 76.
- 21 Wiebe, S. 6.
- 22 Siehe ebenda, S. 6 ff. - Erwähnenswert ist der 1844 auftauchende Plan des Architekten Schramke, das Wasser des ca. 17 m über dem Spree-niveau liegenden Wandlitzsees sowie anderer nördlich Bernaus befindlicher Seen nach dem 30 km entfernten Berlin zu leiten und zur Wasserversorgung einschließlich der Straßenreinigung heranzuziehen. Der bekannte Landes-Ökonomierat Thaer schlug dafür die Seen zwischen Altlandsberg und Straußberg vor. Beide Projekte wurden abgelehnt, da die zu erwartende Druckhöhe wie auch die Wassermenge als nicht ausreichend angesehen wurden (ebenda, S. 17).
- 23 Baeyer/Blesson, S. 45 ff.
- 24 Wiebe, S. 11 f.
- 25 Kunze, Ph., 100 Jahre Berliner Wasserwerke, in: Berliner Heimat 1957, S. 105 - 112.
- 26 Ebenda, S. 106.
- 27 Langbein, S. 22.
- 28 Crelle, A. L., Ueber die Mittel und die nöthigen Bauwerke zur Reinigung der Städte und zur Versorgung derselben mit Wasser; mit besonderer Rücksicht auf die Stadt Berlin, als Beispiel, in: Journal für die Baukunst, Bd. 16, 1842, S. 247 - 288, 289 - 391.
- 29 Nach Wiebe, S. 198 ff.
- 30 Zit. nach Langbein, S. 28.
- 31 Virchow, R., Reinigung und Entwässerung Berlins. General-Bericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf die Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen, Berlin 1873.
- 32 Nach dem Baurat Hobrecht, dem Initiator dieses Entwässerungsplans, benannt.
- 33 Kade, G., Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes, in: Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem, München 1972, S. 131 (Piper Sozialwissenschaft, Bd. 15).
- 34 Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Dienststelle Merseburg (im folgenden: ZStA Merseburg), Rep. 120 BB IIa 1, Nr. 1, Die Vorschriften wegen Errichtung gewerblicher Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebs-Stätte oder durch ungeschickten Betrieb für die Besitzer oder Bewohner der Umgebung oder für das Publikum überhaupt, Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, Vol. 3 (1865 - 1869), Bl. 260.
- 35 Preussische Gesetzsammlung, Berlin 1843, S. 41 - 52.

- 36 ZStA Merseburg, Rep. 120 BB IIa 2, Nr. 30, Gewerbliche Anlagen an der Panke bei Berlin, und die zur Beseitigung der Verunreinigung der letzteren und der Belästigung der Nachbarn und des Publikums getroffenen Maßregeln (1851 - 1868), Bl. 12.
- 37 Ebenda, Nr. 1, Die Vorschriften über Errichtung und Betrieb der mit Gefahr oder Belästigung für Nachbarschaft und Publicum verbundenen gewerblichen Anlagen, Vol. 2 (1853 - 1865), Bl. 6 f.
- 38 Wiebe, S. 201 ff.
- 39 Ebenda, S. 202.
- 40 Insbesondere das Öffnen der zahlreichen Notauslässe des Kanalisationssystems nach starken Regenfällen, wodurch Schlamm, Fäkalien und gewerbliche, oft giftige Abfälle in das Spreewasser gelangten, führte oft zu erheblicher Verschmutzung und Verseuchung des Flusses. Die Folge waren große Fischsterben, so z. B. in den Jahren 1885 - 1892 (s. Brandenburgia, Monatsblatt der Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg zu Berlin 4, 1895/96, S. 177 ff.; ferner Poettters, K., Ursachen des Fischsterbens und Fischmangels in der Spree und Havel, in: ebenda 5, 1896/97, S. 235 - 241).
- 41 Poettters, S. 236.
- 42 Engels, F., Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 20, S. 275.
- 43 ZStA Merseburg, Rep. 120 BB IIa 2, Nr. 30, Bl. 268.
- 44 Ebenda, Bl. 140.
- 45 Ebenda, Bl. 183.
- 46 Ebenda, Bl. 193 b.
- 47 Ebenda, Bl. 268 b.
- 48 Ebenda, Bl. 336 f.
- 49 Ebenda, Bl. 266 ff.
- 50 Ebenda, Bl. 266 b - 267.
- 51 Ebenda, Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Vol. 2, Bl. 32; s. auch Mieck, "Aerem..."^M, S. 62 f.
- 52 Ebenda, S. 66 f.
- 53 Derselbe, Umweltschutz, S. 24.
- 54 ZStA Merseburg, Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Die Vorschriften über die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen, Vol. 17 (1857 - 1859), Bl. 78.
- 55 Ebenda, Bl. 78 b.
- 56 Ebenda, Bl. 81
- 57 Nach Mieck, Umweltschutz, S. 10.
- 58 In: ebenda, S. 11.
- 59 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, Berlin 1811, S. 263 - 280.
- 60 Mieck, Umweltschutz, S. 16.
- 61 Poudrette = eingedampfter Kot.
- 62 Urat = Dungpulver.
- 63 Mieck, Umweltschutz, S. 17.
- 64 Derselbe, "Aerem ..."^M, S. 41 ff.
- 65 Derselbe, Umweltschutz, S. 18.
- 66 Dazu s. Usemann, K. W., Lönholdt's Patent-Feuer-Closett, Kuriositäten und Anekdoten früherer Haustechnik, Düsseldorf 1980, S. 120.
- 67 ZStA Merseburg, Rep. 120 B II 1, Nr. 45, Die Anlage von Gold- und Silberscheide-Anstalten, Vol. 2 (1855 - 1860), Bl. 8 f.
- 68 Ebenda, Bl. 31 - 32.

- 69 Ebenda, Bl. 53 - 58.
- 70 Auch der Hausbrand verbrauchte in steigendem Umfang Kohle, wodurch die Atmosphäre in Berlin verschmutzt wurde.
- 71 Matschoss, C., Die Entwicklung der Dampfmaschine, Bd. 1, Berlin 1908, S. 163.
- 72 Mieck, Umweltschutz, S. 18.
- 73 Ebenda, S. 20. - Besonders die Torflager bei Storkow, bei Linum und Fehrbellin sowie bei Liebenwalde belieferten Berlin (s. Büsch, S. 58 f.). Die ersten Dampfmaschinen wurden z. T. noch mit Holz befeuert (s. Lärmer, S. 109).
- 74 ZStA Merseburg, Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Vorschriften über die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen, Vol. 2 (1831 - 1834), Bl. 172 f., u. Vol. 3 (1834 - 1837), Bl. 17 - 22.
- 75 Ebenda, Vol. 2, Bl. 33.
- 76 Ebenda, Bl. 3 b.
- 77 Ebenda, Bl. 37 f.
- 78 Ebenda, Vol. 5, Bl. 8.
- 79 Ebenda, Bl. 31.
- 80 Ebenda, Vol. 8, Bl. 202 f. - Festlegungen über die Höhe von Industrieschornsteinen enthielten auch das Gesetz vom 1. 7. 1861 und das Regulative des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 31. 8. 1864 (ZStA Merseburg, Rep. 120 BB IIa 1, Nr. 1, Vol. 3, Bl. 55 f.).
- 81 Ebenda, Rep. 120 B XX, Nr. 19, Die Emanierung eines allgemeinen Gewerbe-Polizei-Gesetzes in den Königl. Preuß. Staaten, Vol. 3 (1839 - 1848), Bl. 199 b.
- 82 Ebenda, Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Vol. 15, Bl. 29.
- 83 Ebenda, Vol. 14, Bl. 26.
- 84 Ebenda, Vol. 15, Bl. 29 f.
- 85 Ebenda, Rep. 120 BB IIa 1, Nr. 1, Vol. 3, Bl. 54 b.
- 86 So u. a. Erhöhen der Schornsteine, Veränderungen an den Feuerungsanlagen oder Verwendung anderer Energieträger.
- 87 So heißt es in einem Schreiben der Abt. Inneres der Regierungsbezirks-Verwaltung zu Merseburg vom 23. 4. 1867: "Liegt die Nichtbeachtung einer Bedingung oder polizeilichen Vorschrift im finanziellen Interesse des Fabrikanten, so wird er es immerhin auf die Gefahr der Entdeckung ankommen lassen, die geringe Chance der Bestrafung mit einer Geldbuße, welche kaum im Wiederholungsfall erheblich zu nennen ist, wird durch den Gewinn meist weit überwogen werden. Bis aber die Landespolizeibehörde zu einem directen, den Bestand der Fabrik gefährdenden Verbote schreiten kann, mag bereits viel Schaden geschehen sein." (ZStA Merseburg, Rep. 120 BB IIa 1, Nr. 1, Vol. 3, Bl. 197 f.).
- 88 In dem Schreiben des Gewerbe-Vereins zu Görlitz vom 15. 12. 1865 (ebenda, Bl. 53) wurde direkt gefordert, Fragen der Luftverschmutzung nur von Gerichten und nicht von der Polizei entscheiden zu lassen: "Daß der Industrielle aus dem Fabrikbetrieb keine Nachtheile für den Nachbarn heraufbeschwören darf, versteht sich von selbst. Es ist aber wichtig, daß ein Richter entscheidet, ob eine Beeinträchtigung der Nachbarn erfolgt oder nicht." - Diesen Weg über die Gerichte wollten bzw. konnten viele Opponenten gegen gewerbliche Anlagen aber nicht beschreiten, wie verschiedene Beispiele außerhalb Berlins zeigen. Der Kölner Tuchappreteur Göhr z. B. wollte sich 1838 nicht in einen "ewigen Prozeß" mit dem Besitzer einer Zuckerraffinerie (Seeligmann) einlassen (ebenda,

Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Vol. 5, Bl. 77 b). Die oft ungleichen finanziellen Möglichkeiten in einem solchen Prozeß zeigen sich in einer Beschwerde von Bochholter Bewohnern (Ruhrgebiet) gegen die Anlage einer Dampfmaschine auf der Zinkhütte von Lecomte & Co. aus dem Jahre 1853 deutlich: "Die Hüttengewerkschaft läßt sich durchaus nicht im geringsten auf Entschädigung unseres, so enormen Schadens ein, sondern verweist uns Wege Rechtens, um uns noch länger durch schwere Prozeßkosten unsere so sehr bedrängte Lage zu erbittern" (ebenda, Rep. 120 BB IIa 1, Nr. 5, Vol. 13, Bl. 72). Schon 1848 hieß es in einem Beschwerdebrief über dieselbe Firma, daß viele Anwohner geduldig die Nachteile aus der Nachbarschaft solcher Fabriken ertragen, da sie die hohen Prozeßkosten scheuen. Ehe sie "gegen die mit Einfluß und Mitteln begabten Besitzer solcher Etablissements gerichtlich klagbar" werden, verlören sie lieber so ein Teil ihres Vermögens. (Ebenda, Rep. 120 BB IIa 2, Nr. 13, Die Anlage von Zinkhütten und die zur Vorbeugung der ... hervorgehenden schädlichen Auswirkungen auf die Nachbarschaft getroffenen Maßregeln, Vol. 1 (1847 - 1853), Bl. 18.)

89 Ebenda, Rep. 120 B II 1, Nr. 5, Vol. 17, Bl. 79 f.

90 Ebenda, Bl. 81. - Lediglich eine Erhöhung des Schornsteins auf 80 Fuß (ca. 30 m) wurde angeordnet (ebenda, Bl. 47).

91 Lange Untersuchungen erfolgten, ob das Schloß durch den rd. 26 m hohen Schornstein verunziert würde und die Schloßbewohner - in dem "gefährdeten" Flügel lagen die Räume des Provinz-Oberpräsidenten sowie einige Gästezimmer des Königs - durch Rauch belästigt werden könnten, so daß Schwinning um baldigen definitiven Bescheid bat (ebenda, Bl. 127 - 133). Erst als der Oberpräsident persönlich sich für eine Genehmigung aussprach (ebenda, Bl. 134), erfolgte die Konzessionsvergabe, allerdings unter den Bedingungen, daß sich Schwinning gerichtlich bereit erklärte, die Anlage bei Rauchbelästigung der Einwohner im königlichen Schloß sofort stillzulegen und auch die weiteren Verpflichtungen und Bedingungen in das Hypothekenbuch seines Grundstückes einzutragen zu lassen (ebenda, Bl. 136).

92 Ebenda, Rep. 120 B II 1, Nr. 69, Gewerbliche, die Nachbarn und das Publikum belästigende Anlagen im Thiergarten bei Berlin (1852 - 1867), Bl. 37 b.

93 Ebenda, Bl. 8 b.

94 Ebenda, Bl. 19 f.

95 Ebenda, Bl. 6 f.

96 Ebenda, Bl. 18 b f.

97 Ebenda, Bl. 37 b.

98 Ebenda, Bl. 47.

99 Ebenda, Bl. 58 f.

100 Ebenda, Bl. 137 b (Schreiben v. 14. 3. 1861).

101 Ebenda, Bl. 147 f.

102 Schindler, H., Graben wir uns selbst das Wasser ab? Umweltprobleme in unserer Zeit, Berlin 1979, S. 20.

103 Engels, F., Zur Wohnungsfrage, in: MEW, Bd. 18, S. 280.

Zu einigen Problemen
der Entwicklung der Elektrizitätsversorgung Berlins
von den Anfängen bis 1945

von Renate Scholze

1. Vorbemerkung
2. Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Berlins von den Anfängen bis 1914
3. Kommunalisierung und Zentralisierung der Elektrizitätsversorgung Berlins
4. Die öffentliche Elektrizitätsversorgung Berlins von 1914/45
5. Anmerkungen

1. Vorbemerkung

Das Beispiel Berlins ist trotz bestimmter Spezifika der Großstadt und Reichshauptstadt geeignet, wesentliche Entwicklungslinien der Elektrifizierung in Deutschland aufzuzeigen. Die Stadt spielte nicht nur deshalb eine herausragende Rolle, weil hier die ersten Blockstationen bzw. Kraftwerke zur öffentlichen Versorgung mit Elektroenergie in Deutschland entstanden, sondern weil von Berlin aus entscheidende Impulse für die Elektrifizierung in Deutschland und über seine Grenzen hinaus ausgingen.

Die junge Elektroindustrie fand in Berlin bereits zu Beginn ihrer Entwicklung sehr gute Standortbedingungen vor. Berlin als administratives Zentrum, Versorgungszentrum für die Armee und Eisenbahnknotenpunkt bot der aufstrebenden Elektroindustrie, die in ihren Anfängen seit der 2. Hälfte des 19. Jh. hauptsächlich Nachrichtentechnik produzierte, geradezu ideale Absatzbedingungen. Später wirkten sich auch als förderlich aus das großstädtische Arbeitskräftepotential, günstige Verkehrsbedingungen, aber auch die Existenz zahlreicher Großbanken in Berlin als Finanzierungsquelle sowie die Nachbarschaft zu wissenschaftlichen Gesellschaften und Forschungseinrichtungen.¹

Die Elektroindustrie basierte bis zu den 70er Jahren des 19. Jh. in Deutschland vornehmlich auf Schwachstromelektrik. Mit der Entdeckung des elektrodynamischen Prinzips durch Werner Siemens und dessen Anwendung sowie mit der Demonstration von "Kraft und Licht als geschlossenes technisches und ökonomisches System"² durch den amerikanischen Erfinder Edi-

son auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1881 wurde die Herausbildung der Starkstromtechnik auf der Grundlage von Gleichstrom möglich.

Bereits in einer Zeit, wo nur galvanische Elemente als Stromquellen zur Verfügung standen, hatte man u. a. auch in Berlin versucht, Straßen und Plätze elektrisch zu beleuchten, so die Kaisergalerie zwischen Friedrichstraße und Straße "Unter den Linden" (1879) und den Pariser Platz am Brandenburger Tor (1880).³ Anfänglich blieb es jedoch bei viel bestaunten Einzelanlagen. Da außerdem für jede Bogenlampe eine eigene Kraft- und Lichtmaschine benötigt wurde, blieb der ökonomische Aufwand unverträglich hoch; ein solcher wurde nur bei Einzelanlagen, wie 1882 bei der ersten dauernden galvanischen Straßenbeleuchtung in der Leipziger Straße, realisiert.

Die Erfindung der Glühlampe ermöglichte kleinere Lichtstärken und eine leichtere Verteilbarkeit des Lichtes. Das erweiterte die Einsatzgebiete der neuen Beleuchtungsart, gab ihr neue Verwendungsmöglichkeiten und sicherte ihr in Verbindung mit ihren Vorzügen vor den bis dahin bekannten in bezug auf Feuersicherheit, Helligkeit, Sauberkeit und Bequemlichkeit zunehmende Anwendung beim Verbraucher.⁴ Das elektrische Licht konnte nun zur Innenraumbeleuchtung verwendet werden. So wurde 1882 die erste Glühlampenanlage in der Druckerei des "Berliner Börsen Curier" installiert; ihr folgten Anlagen im Finanzierclub "Ressource von 1794" und im "Union Club". Als erste Straße erhielt die Kochstraße zwischen Friedrichstraße und Markgrafenstraße im selben Jahr Glühlampenbeleuchtung, wenn auch dieser Versuch nicht sehr erfolgreich war.⁵ Bis 1884 blieb es jedoch bei Einzelanlagen vornehmlich für Reklame und Luxuszwecke. Der Bau von größeren Beleuchtungsanlagen befand sich noch im technisch-experimentellen Stadium. Aber mit diesen Versuchen waren Aufsehen erregt und eine neue Beleuchtungsart eindrucksvoll demonstriert worden.

2. Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Berlins von den Anfängen bis 1914

Die ersten Kraftwerke zur Erzeugung elektrischer Energie wurden von der Starkstromindustrie gebaut, denn nur so war es diesem aufstrebenden Industriezweig möglich, Bedarf nach elektrischem Licht zu wecken und den Absatz seiner Erzeugnisse zu sichern. "Die Starkstromindustrie sah sich im Augenblick des Entstehens vor die Aufgabe gestellt, den Bedarf für ihre Tätigkeit erst selbst zu schaffen, Verwendungsgebiete zu suchen."⁶ Während die früher entstandene Schwachstromindustrie ihre Anlagen und Produkte direkt verkaufen konnte, hatte die Starkstromindustrie die elektrotechnischen Werke, die sie baute, im Anfangsstadium selbst zu exploitierten. "Die Erklärung liegt darin, daß die neue Industrie nicht neue Arbeitsgebiete schuf, sondern mit älteren Betrieben in Wettbewerb trat; die Zentralstationen mit den Gasanstalten ..."⁷

Zum Wettbewerb zwischen Elektrizitätswerken und Gasanstalten findet man in der Literatur oft Äußerungen über den hemmenden Einfluß der Gaswerke auf die Entwicklung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Das ist insofern berechtigt, da die städtischen Behörden als Eigentümer der Gaswerke an der Prosperität dieser Anstalten interessiert waren und in der Errichtung privatkapitalistischer Elektrizitätswerke eine für die Zukunft

ernstzunehmende Konkurrenz sich herausbilden sahen. Aber auch in Städten, in denen die Gaswerke sich in privatkapitalistischem Eigentum befanden, erhob sich gegen die Anwendung von Elektrizität entschiedener Widerstand, wurden der Entwicklung der kommunalen Elektrizitätswirtschaft beträchtliche Hemmnisse bereitet.⁸

Ebenso findet man aber in der zeitgenössischen Literatur der Jahrhundertwende Bemerkungen, die die Folgen der Konkurrenz für die Gaswerke nicht überschätzen. So hieß es bei Gustav Kemman: "Ein erheblicher Rückgang im Gasverbrauch, der auf die Einführung der elektrischen Beleuchtung zurückzuführen war, ist nicht eingetreten."⁹ Und: "Im Gegenteil, statt eines Rückganges im Gasverbrauch hat lange eine Zunahme stattgefunden."¹⁰ Arthur Wilke ging noch weiter: "Tatsächlich hebt sich der Gasverbrauch überall, wo elektrisches Licht eingeführt wird, was durch die gesteigerten Ansprüche an Helligkeit bedingt ist."¹¹

Wenn es auch nicht mehr zu einem beschleunigten Wachstum des Gasverbrauchs kam, so war die Gasabgabe zumindest nicht rückläufig. F. Ross bemerkte dazu, daß "die Gasabgabe für Beleuchtung seit Beginn der Abgabe von Strom mindestens zum Stillstand gekommen ist und der Zuwachs ausschließlich auf die Gasabgabe für technische Zwecke entfällt."¹² Hinzu kam, da die neu entstandenen Elektrizitätswerke zunächst nur die absatzgünstigsten Teile der Innenstadt versorgten, daß das Gaslicht noch lange parallel zum elektrischen Licht von Bedeutung blieb, vor allem außerhalb des Stadtzentrums und in den Vororten. Das Zuwachstempo des Elektrizitätsverbrauchs stieg schneller als das des Gasverbrauchs. Es kann auch behauptet werden, daß der Zuwachs in der Abgabe an Beleuchtungsenergie fast vollständig zugunsten des Stroms ging. Für 1911 hieß es: "Der Zuwachs in der Stromabgabe bezogen auf den Kopf der Bevölkerung war im Durchschnitt der letzten sechs Jahre rund sechsmal so groß wie der Zuwachs in der Gasabgabe."¹³

Für die industrielle Umsetzung der meisten elektrotechnischen Erfindungen und Neuerungen, den Bau kapitalintensiver Kraftwerke, die erst nach größerem Zeitraum Profit abwarfen, bedurfte es großer Kapitalmengen. Die Notwendigkeit hoher Kapitalkonzentration sowie die damit enge Bindung an das Finanzkapital ließen die Elektroindustrie als Industriezweig mit bereits stark ausgeprägten monopolistischen Zügen entstehen. Berlin bot hierfür günstige Möglichkeiten. Die Stadt als Sitz der führenden deutschen Großbanken und als internationaler Börsenplatz gab dem entstehenden Industriezweig die finanziellen Voraussetzungen.¹⁴

Die Erteilung der Konzession durch den Magistrat von Berlin an die Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität (DEG) über "Straßenbenutzung zur Kabelverlegung innerhalb eines Gebietes von 800 m r um das Fürstenhaus (Werderscher Markt)"¹⁵ ermöglichte 1884 die Gründung der privatkapitalistischen AG Städtische Elektrizitätswerke durch die DEG. Die Gründung dieses selbständigen Tochterunternehmens sicherte der DEG, aus der die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) hervorging,¹⁶ neben Bau- und Gründergewinn vor allem den Liefergewinn durch Vorbehalt des alleinigen Lieferrechts. Emil Schiff bemerkte dazu: "Der Vorteil der AEG bedeutete somit Verteuerung der Anlage und des Betriebes und Vorentnahme von Gewinn."¹⁷

Nach dem erfolgreichen Betrieb der ersten Blockstation in der Friedrichstraße zur Stromversorgung eines Häuserblocks erfolgte die Inbetriebnahme des ersten größeren Kraftwerks in Deutschland 1885 in der Markgrafenstraße (der heutigen Wilhelm-Külz-Straße) mit 6 Dampfmaschinen von je 150 PS (109 kW) Leistungsfähigkeit (insgesamt 654 kW). Ihm folgte bereits 1886 das Kraftwerk Mauerstraße mit einer Kapazität von 285 kW.¹⁸

Mit dem Bau der ersten Kraftwerke vollzog sich der Übergang von der Blockstation zur Stadtzentrale, wurde die begrenzte Übertragung elektrischer Energie möglich. Der steigende Bedarf an Elektroenergie hauptsächlich für Beleuchtungszwecke und der begrenzte Wirkungsradius sowie die noch geringe Leistungsfähigkeit der auf der Basis von Gleichstrom arbeitenden Zentralen machten bald den Bau weiterer Kraftwerke notwendig. So entstanden die Werke am Schiffbauerdamm mit einer Kapazität von 840 kW und in der Spandauer Straße mit einer Leistungsfähigkeit von 1680 kW in den Jahren 1887 und 1888. Der steigende Bedarf erzwang auch den 1890 vollzogenen Übergang vom Zweileiter- zum Dreileitersystem. Außerdem mußte das Kraftwerk Mauerstraße bereits 1892 auf 4800 PS (3520 kW) erweitert werden.¹⁹

Es war durchaus kein Zufall, daß die ersten Kraftwerke, die hauptsächlich Lichtstrom erzeugten, im Stadtkern der Großstadt und Reichshauptstadt gebaut wurden. Obwohl Standortfaktoren wie transportaufwendige Brennstoff- und Wasserzufuhr für den Bau der Kraftstationen in der Innenstadt eher hemmend als fördernd hervortraten, fanden sich in der Anfangsphase der Elektrifizierung für die Verwertung des angewandten Kapitals im Zentrum der Stadt die günstigsten Bedingungen. Hier war die Aussicht auf Profit des spekulativ angelegten Kapitals am höchsten. Der hauptsächlichliche Absatz von Lichtstrom erklärt auch den Bau der ersten Kraftwerke in der Innenstadt und nicht in der Nähe der bereits zahlreichen Industrieansiedlungen wie z. B. des Maschinenbauviertels vor dem Oranienburger Tor. Im Geschäftsviertel konzentrierte sich auf engstem Raum eine große Anzahl zahlungskräftiger potentieller Abnehmer von elektrischem Strom, wie Restaurants, Cafés, Hotels, Banken und Theater. So zählten bereits seit 1885 die Reichsbank und das Königliche Schauspielhaus am Gendarmenmarkt (heute: Platz der Akademie) zu den ersten Großabnehmern. Theater waren an der neuen, gefahrlosen Beleuchtungsart besonders interessiert, da das offene Gaslicht in der Vergangenheit zahlreiche verheerende Theaterbrände verursacht hatte.²⁰ "Deshalb boten sie (die städtischen Behörden - R. S.) uns (dem Elektrizitätswerk - R. S.) trotz des großen Interesses, welches sie als Eigentümer der städtischen Gaswerke an der Prosperität dieser Anstalten haben..."²¹ an, das Theater am Gendarmenmarkt elektrisch zu beleuchten. Insgesamt 156 Abnehmer wurden bereits 1886 mit elektrischem Strom versorgt; sie nahmen 355 850 kWh ab.²²

Wie bereits angeführt, war für die Anfänge der Elektrifizierung Berlins die fast ausschließliche Verwendung von Lichtstrom kennzeichnend. Da aber Lichtstrom nur zu begrenzten Tageszeiten, entsprechend der Jahreszeit differierend, benötigt wurde, die Größe der Erzeugungsanlagen aber auf die winterliche Höchstlast ausgerichtet sein mußte, waren die Berliner Elektrizitätswerke (BEW) von Beginn an bemüht, Abnehmer für Kraftstrom zu gewinnen, um die Auslastung ihrer Anlagen zu erhöhen. "Mit der Einführung des Kraftstromes ging es nicht nur um eine profitablere Auslastung

der Zentralen der BEW, sondern damit unmittelbar um eine breite Anwendung des Elektromotors.²³

Zwar wurde bereits 1886 der erste Elektromotor an das öffentliche Versorgungsnetz der BEW angeschlossen, aber die Zunahme in den folgenden Jahren blieb äußerst gering. Erst für 1888/89 wird die Abgabe von Kraftstrom mit 12 956 kWh gegenüber 1 410 300 kWh für Beleuchtungszwecke nachgewiesen.²⁴ Als erster Berliner Großbetrieb ließ die Ludwig Loewe & Co. AG ihre Elektromotoren aus dem BEW-Netz speisen; später wurde der Anschluß jedoch wieder gelöst.²⁵

Bis 1894 erhöhte sich der Anteil des für Kraftzwecke erzeugten Stroms auf lediglich 14 %, ²⁶ obwohl bereits ab 1891 Elektrizität für gewerbliche Zwecke etwa zu zwei Dritteln des Lichtstrompreises geliefert wurde, d. h. im Jahre 1892 zu 24 Pf, 1893 zu 20 Pf, 1894 zu 18 Pf und 1895 zu 16 Pf pro kWh.²⁷ Nach teils konjunkturell bedingten Schwankungen stieg der Kraftstromanteil aber ab 1893/94 kontinuierlich an.²⁸

Trotz des gewährten Vorzugstarifs für Kraftstrom, der breiten Propagierung der neuen Antriebsmaschine und der mietweisen Überlassung von Elektromotoren an gewerbliche Betriebe, die die Möglichkeit hatten, die Motoren später unter Anrechnung der gezahlten Mietsraten zu übernehmen,²⁹ blieb die Anzahl der Elektromotoren in der Berliner Wirtschaft noch gering. So konnte 1898 lediglich ein Gleichstand zwischen Kraft- und Lichtstromabgabe erreicht werden; 1899/1900 übertraf die Kraftstromabgabe der BEW mit 17 240 284 kWh erstmalig die Abgabe von Strom für Beleuchtungszwecke mit 12 083 000 kWh.³⁰ Von einer beginnenden Elektrifizierung der Berliner Industrie,³¹ der Einführung des Elektromotors, der Ablösung des klassischen Fabriksystems, wie es sich in der Vermittlung von zentralem Dampfmaschinenantrieb und Arbeitsmaschine über die Transmission darstellte, kann aber nach Gerd Hennigers Ansicht³² frühestens nach 1905 gesprochen werden. Das wird auch aus einer Äußerung von Gustav Siegel über das Jahr 1922 deutlich: "Der Elektromotor findet Eingang in die Werkstätten des Kleingewerbes, als dessen immer bereiter, sparsamer und unermüdlicher Helfer er allmählich (Hervorhebung - R. S.) erkannt und geschätzt wird."³³ Tatsächlich vollzog sich der Übergang vom Dampfmaschinenantrieb zum elektrischen Antrieb verstärkt erst zwischen 1905 und 1925. Von 1907 bis 1925 erhöhte sich der Anteil des Elektromotors an der Gesamtleistung aller Kraftmaschinen in Industrie und Handwerk Deutschlands von 19,5 % auf 65,6 %. Die gesamte Antriebsleistung stieg von 7,75 Mill. PS (5,7 Mill. kW) auf 18,61 Mill. PS (13,6 Mill. kW). Bis 1933 war der Anteil des Elektromotors an der Gesamtleistung aller Kraftmaschinen in Industrie und Handwerk auf 72,5 % angestiegen.³⁴

Für 1925 läßt sich anhand des Zahlenmaterials der Volks-, Berufs- und Betriebszählung der Anteil der Betriebe mit Elektromotor an der Gesamtzahl der Berliner Betriebe in den Industriezweigen errechnen. Der Anteil der Betriebe mit motorischer Kraft lag im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 57,6 % am höchsten, vor der chemischen Industrie mit 48,3 %, dem Papier- und Vervielfältigungsgewerbe mit 41,4 %, der Herstellung von Eisen-, Stahl und Metallwaren mit 36,7 %; dann erst folgten die elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik mit 34 %.³⁵



Während der 2. Hälfte der 20er Jahre, insbesondere seit der Rationalisierungskonjunktur 1926/27, vollzog sich in Deutschland der Übergang vom Dampfmaschinenantrieb zum elektrischen Antrieb sowohl in der Form des Gruppenantriebs als auch verstärkt des Einzelantriebs in großem Tempo.³⁶

Von Vertretern der Elektroindustrie wurde in diesem Zusammenhang während des Zeitraumes 1927/29 auf die steigende Nachfrage bei elektrotechnischen Erzeugnissen aus den verschiedenen Industriezweigen Berlins, z. B. der metallverarbeitenden Industrie, der Textil-, Papier- und Lederindustrie sowie der chemischen Industrie, hingewiesen. Die Investitionen in den genannten Industriezweigen erstreckten "sich sowohl auf Erweiterungen bestehender elektrischer Anlagen als auch vielleicht in noch stärkerem Maße auf die Umstellung auf modernste Betriebsformen".³⁷ In den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für 1928 wurde von den Elektroindustrieunternehmen folgendes mitgeteilt: "Unverändert gut war das Geschäft mit der Werkzeugmaschinen-, der sonstigen Metall-, der Holz- und Papierindustrie. In diesen Wirtschaftszweigen zeigte das Bestreben, den unwirtschaftlichen Riemenantrieb durch elektrischen zu ersetzen, nach wie vor die Aufstellung großer Projekte."³⁸

Basierten die Erzeugungsanlagen der Berliner Elektrizitätswerke bis zur Jahrhundertwende fast ausschließlich auf der Verwendung von Gleichstrom, so stieß das mit der Erweiterung des Versorgungsgebietes immer mehr auf technische und ökonomische Grenzen. Gleichstrom läßt sich nur über geringe Entfernungen mit ökonomisch vertretbaren Verlusten übertragen. Die Gleichstromanlagen zwangen daher zur Errichtung einer großen Anzahl von Werken. Sie hatten auch den Nachteil, daß infolge der beschränkten Versorgungsgebiete die "Zentralstationen" in den Mittelpunkt dieses Territoriums gelegt werden mußten. Das machte die Verwendung kleiner niedriger Maschinen mit erheblichen Bedienungskosten und hohem Kohleverbrauch notwendig. Die engen baulichen Verhältnisse in der Innenstadt in Verbindung mit der schwieriger werdenden Kohle- und Aschefrage sowie die Wasserzufuhr³⁹ wurden zu technischen Schranken der Kapitalverwertung.

Für die Weiterentwicklung der Elektrifizierung, die mit der Unmöglichkeit der ökonomischen Fernübertragung von Gleichstrom an ihre technischen Grenzen zu stoßen drohte, war die Entwicklung des Drehstromsystems durch den AEG-Techniker Doliwo-Dobrowolski sowie die erste erfolgreiche Drehstromfernübertragung von Lauffen (Neckar) nach Frankfurt (Main) 1891 anlässlich der elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt (Main) von entscheidender Bedeutung.

Durch diese Entwicklung konnte dazu übergegangen werden, das System der Stromversorgung, wie es sich in seinen technischen Anfängen gestaltet hatte, zu rationalisieren. So wurde zum einen die Konzentration der Erzeugung möglich, die durch den besseren Wirkungsgrad der großen Einheiten zu einer wesentlichen Reduzierung der Stromkosten beitrug, und zum anderen die Kopplung der verschiedenen Konsumzentren.

Die intensive Ausnutzung der Erzeugungsanlagen sowie der teilweise Wegfall teurer Reserveaggregate trugen ebenfalls zur Senkung der Erzeugungskosten bei. Der Übergang zur Anwendung von Hochspannungswechselstrom ermöglichte nicht nur die Auswahl des besten Standortes für die vergrößerten

ten Kraftwerke, sondern auch die Trennung des Erzeugungsschwerpunktes vom Konsumschwerpunkt.

"Die Erfahrungen mit den in der Stadt betriebenen Dampfmaschinenanlagen hatten gezeigt, daß die Errichtung weiterer Krafthäuser im Innern Berlins nicht angängig sein würde. Die Hauptschwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, sind die erschwerte Beschaffung geräumiger, für Dampfmaschinenbetriebe geeignete Grundstücke, der kostspielige Transport und die umständliche Lagerung der Heizstoffe, die meist nur mit großen Opfern zu erlangende Ab- und Zuführung der erheblichen Wassermengen für die Kondensation des Dampfes sowie die ... unvermeidliche Belästigung der Nachbarschaft durch Staub, Rauch und Geräusche."⁴⁰

Um die BEW als Tochtergesellschaft des AEG-Konzerns auch weiterhin profitabel betreiben zu können, war also eine Umorientierung und Modernisierung des bestehenden Stromversorgungssystems dringend erforderlich.

Anreiz für die BEW, diese technischen Möglichkeiten schnell zu realisieren, boten der gewachsene Bedarf auch außerhalb des bisherigen Versorgungsgebietes und die gestiegene Sicherheit der Elektrizitätsversorgung. Ausschlaggebend war aber die Freigabe des gesamten Weichbildes der Stadt für die Versorgung durch die BEW ab 1898 sowie die Zusicherung des Magistrats, die bestehenden Anlagen nicht vor 1915 in städtisches Eigentum zu überführen. Das sicherte den privatkapitalistischen BEW auch weiterhin das Monopol der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Berlins. Der bis 1898 zurückgehaltene Anschluß neuer Anlagen⁴¹ und die vom Profitmotiv gegebene Notwendigkeit "bei der verhältnismäßig kurzen Vertragsdauer von 16 1/2 Jahren Neuanlagen möglichst schnell dem Betriebe zu übergeben, bewirkten nun in den Jahren 1899 - 1901 eine rastlose Bautätigkeit."⁴² Tatsächlich kam es bis 1907 zu einer Häufung von Kraftwerksbauten, z. B. Moabit, und dem Bau zahlreicher Umformwerke. Die neu erbauten Kraftstationen wiesen gegenüber den herkömmlichen Kraftwerken durch den Übergang von der Anwendung der Kolbendampfmaschine zur Verwendung von Turbinen eine wesentlich höhere Leistungsfähigkeit aus. Um die technischen Neuerungen für die Berliner Stromversorgung zu nutzen, "wurde ein Projekt erarbeitet, nach dem in verschiedenen Kraftwerken Drehstrom von 6000 Volt erzeugt und in das Stadttinnere geleitet und hier in verschiedenen Umformwerken in Gleichstrom umgewandelt werden sollte."⁴³ So entstand die erste Hochspannungswechselstromzentrale Oberspree, die für das Berliner Territorium den Übergang von der Stadtzentrale zum Überlandwerk einleitete.⁴⁴ Ausdruck für die Verlagerung der Energieerzeugung in die Randbezirke der Großstadt bildeten die Kraftwerksbauten von Moabit und Rummelsburg.⁴⁵ Standortfaktoren, wie die mögliche Zufuhr von Kohle auf dem Wasserwege sowie die günstige Bereitstellung von Kühlwasser, waren ausschlaggebend für die Errichtung der Kraftwerke im Randgebiet. Die noch bestehenden Stadtzentralen arbeiteten weiter, wie das Kraftwerk Mauerstraße, oder wurden zu Umformwerken umgebaut. Zahlreiche neue Umformwerke, verteilt über das ganze Stadtgebiet, kamen hinzu.⁴⁶

Die Verlagerung der Elektroenergieerzeugung an die Peripherie der Stadt durch die BEW ergab sich aber nicht nur aus der durch die technische Entwicklung vergrößerte Möglichkeit für die Standortwahl. Da die Berliner Elektrizitätswerke ihre Monopolstellung genutzt hatten, den Abnehmern

höhere Preise zu diktieren, war es zur Ansiedlung von Werken in den Vororten gekommen. "Das erkennt man am deutlichsten in den Tarifen der in den letzten Jahren neuerstandenen Elektrizitätswerke in den Vororten, die z. T. 35 - 60 Prozent billiger liefern und dabei ein glänzendes Geschäft machen."⁴⁷ Durch den Neubau von BEW-Kraftwerken in den Vororten war man bemüht, verlorenes Terrain wiederzuerlangen und die industriereichen Vororte in das Versorgungsgebiet einzugliedern.

3. Kommunalisierung und Zentralisierung der Elektrizitätsversorgung Berlins

Während des ersten Weltkrieges, im Jahre 1915, wurden die Anlagen der AEG-eigenen Berliner Elektrizitätswerke von der Stadt Berlin in kommunales Eigentum übernommen und unter dem Namen "Städtische Elektrizitätswerke" weitergeführt. Die Stadt besaß nun 6 Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 174 000 kW, die 1914/15 252 Mill. kWh Elektroenergie erzeugten.⁴⁸

Die sog. öffentliche Elektrizitätsversorgung bildet einen Bereich der Infrastruktur, dessen Kapitalbestandteile "nicht in den unmittelbaren Produktionsprozeß"⁴⁹ eingehen, aber "deren Stärke für die Macht und Politik der herrschenden Klasse von wesentlicher Bedeutung"⁵⁰ ist. Ihr infrastruktureller Charakter, die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle und die Benutzung öffentlicher Wege sowie ihr flächenerschließender Aspekt fordern die Eingriffe des Staates heraus. Die Elektrizitätsversorgung als natürlicher Integrationsfaktor aller Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft erfordert eine zentrale Leitung und gesamtvolkswirtschaftliche Koordinierung.⁵¹ Für die Erzeugung von Elektroenergie für überbetriebliche Zwecke bestand daher schon frühzeitig der Zwang, moderne staatskapitalistische Formen zur rationellen Organisation der modernen Produktivkräfte zu entwickeln. Im Gegensatz zur erfolgten Verstaatlichung des Eisenbahnwesens und der nachfolgenden Errichtung eines gesamtstaatlichen Monopols, blieb die Errichtung des Reichselektrizitätsmonopols in Deutschland nur ein Projekt.⁵² Widerstände gab es vor allem von seiten der Elektrizitätskonzerne, die ihr in zahlreichen Elektrizitätswerken investiertes Kapital gefährdet sahen, aber auch von den Städten und Gemeinden, die aus fiskalischen Gründen an der Weiterführung kommunaler Elektrizitätswerke interessiert waren. So entstanden staatskapitalistische Formen nur auf den drei Ebenen Staat, Länder und Gemeinden. Gegenseitige Konkurrenz, fehlende gesamtstaatliche Koordinierung und Planung, unterschiedliche Eigentumsformen führten zu einer bis 1945 beibehaltenen unrationellen Zersplitterung in Erzeugung und Verteilung.

Die Kommunalisierung der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Berlins begünstigte die Herausbildung einer einheitlich geregelten Infrastruktur und damit besserer allgemeiner Verwertungsbedingungen für die monopolistische Profitwirtschaft. In Deutschland hatte sich bereits ein breiter Sektor kommunalen Eigentums in der sog. öffentlichen Elektrizitätsversorgung herausgebildet. Im Jahre 1911 betrug der Anteil der kommunalen Elektrizitätswerke am Gesamtanschlußwert aller Kraftwerke der Allgemeinvertorgung 41 %.⁵³ Während des ersten Weltkrieges entsprach die Überführung der BEW-Anlagen in kommunales Eigentum aber auch den Interessen des Elektrokapitals, insbesondere denen des AEG-Konzerns. Die

AEG stand der Übernahme durch die Stadt zu diesem Zeitpunkt keineswegs ablehnend gegenüber, zwangen doch die durch den ständig steigenden Bedarf und die schnelle technische Entwicklung rasch moralisch verschlissenen Anlagen zu Erweiterungs- bzw. Modernisierungsinvestitionen.

Aber "Krieg und Rüstungswirtschaft eröffneten damals dem Finanzkapital wesentlich größere Profitmöglichkeiten als die Energieversorgung. Die großen Elektrokonzerne zogen zu dieser Zeit allgemein ihr Kapital aus den Kraftwerken und Verkehrsbetrieben heraus und legten es in der Kriegsproduktion an".⁵⁴ Möglicherweise wirkte sich auf die Bereitschaft der AEG zum Verkauf auch die schwebende Diskussion um die Errichtung eines Starkstrommonopols aus. Dieser Verkauf wurde sogar noch zu einem profitablen Geschäft. Die Stadt mußte 132,4 Mill. M zahlen; der Buchwert der Anlagen betrug 122 Mill. M.⁵⁵

Für die Rationalisierung der Elektrizitätsversorgung in Berlin schuf die Verwirklichung des Gesetzes über die "Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin" vom 27. April 1920 günstige Voraussetzungen, wenn es auch Jahre zu spät kam und reale Entwicklungen lediglich administrativ nachvollzog. Durch das Gesetz wurde die administrative Einheit der im Umkreis entstandenen 59 Landgemeinden, der 27 Gutsbezirke und 7 Großstädte Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, Spandau, Wilmersdorf, Lichtenberg und Schöneberg mit den ursprünglichen Bezirken Berlins hergestellt.⁵⁶ Die administrative Neuregelung durch die Bildung Groß-Berlins ermöglichte die Vereinheitlichung und Zentralisierung wichtiger Bereiche der Infrastruktur, z. B. des Verkehrswesens, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Die Folgen der jahrzehntelangen politischen und verwaltungstechnischen Zersplitterung des Berliner Wirtschaftsgebietes waren auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung besonders stark hervorgetreten. Von den Vorstädten Berlins waren z. T. vor der Bildung der neuen Stadtgemeinde eigene kommunale Elektrizitätswerke errichtet worden, wie in Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Friedenau, Steglitz und Köpenick. Andere Orte wurden vom Elektrizitätswerk Südwest AG, vom Märkischen Elektrizitätswerk AG und vom Elektrizitätswerk der Stadt Potsdam versorgt.⁵⁷ Diese Unternehmungen arbeiteten isoliert voneinander, bekämpften sich mit ihren Tarifen oft gegenseitig und berieten sich nicht in technischen Fragen, und so erklärt sich, daß alle Elektrizitätswerke z. B. verschiedene Vorschriften für die Anlage elektrischer Beleuchtungsanlagen besaßen.⁵⁸ Wie sehr das den Interessen der Monopolbourgeoisie widersprach, ersieht man aus der Denkschrift der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin im Jahre 1910 zur Zersplitterung des Wirtschaftsgebietes von Groß-Berlin: "Die Sonderbestimmungen einzelner Elektrizitätswerke in Groß-Berlin führen zu schwerer Schädigung verschiedener Interessengruppen."⁵⁹ So äußerte sich auch Walter Paproth: "Die Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins z. B. war keineswegs vorbildlich geregelt. 12 einzelne Kraftwerke mit mehr als 16 Kraftstationen hatten bisher den Gesamtstrombedarf gedeckt, ein Beweis für die Zersplitterung der Kräfte auf diesem Gebiet. Drei Großkraftwerke wären nach sachverständiger Meinung in der Lage gewesen, das Gebiet der jetzigen Einheitsgemeinde Berlin ausreichend mit Elektrizität zu versorgen."⁶⁰

Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß konnte sich in der Elektrizitätswirtschaft, in der das Gesetz von Monopol und Konkurrenz modifiziert wirkt, nur langsam vollziehen und begünstigte das Fortbestehen der Zer-

splitterung. Wurde das Gebietsmonopol eines Unternehmens erst einmal errichtet, war es nicht möglich, dieses - wie in anderen Industriezweigen - niederzukonkurrieren, da eine gegenseitige Durchsetzung der Netze mehrerer Kraftwerke den Ausnutzungsgrad jedes einzelnen Kraftwerkes herabgesetzt hätte. Der Konzentrationsprozeß konnte sich also in der Elektrizitätswirtschaft nur auf dem Wege des Aufkaufs bzw. innerhalb des staatlichen Sektors durch zwangsweise Stilllegung mit hohen Konzentrationskosten vollziehen.⁶¹ So nahm die neue Stadtverwaltung die Zentralisierung der Berliner Elektrizitätsversorgung in Angriff; die in kommunalem Besitz befindlichen Kraftwerke gingen 1920 an sie über. Im Jahre 1922 begann die Zusammenlegung der Personalverwaltungen aller Anlagen der vor 1920 selbständigen Gemeinden und Städte. Einige Versorgungsbetriebe der ehemaligen Vororte behielten anfänglich ihre Konzession, wurden aber nach der Gründung der BEWAG 1923 stillgelegt, wie die Kraftwerke Neukölln, Pankow, Lichtenberg und Köpenick; ihre Netze blieben nach Kopplung mit dem BEWAG-Netz erhalten. Andere bezog die BEWAG in die Elektrizitätsversorgung ein, so z. B. die Werke Charlottenburg und Steglitz,⁶² Moabit, Rummelsburg und Oberspree.⁶³

Die Konzentration der Elektrizitätserzeugung war für die rationelle und ökonomische Gestaltung des Elektroenergieversorgungsnetzes von Bedeutung, da die Zusammenfassung der bisher isolierten Versorgungsgebiete die Möglichkeit eines Belastungsausgleichs eröffnete, vor allem zwischen Industriebezirken der Stadt und primär als Wohngebiet dienenden Stadtbezirken.

Obwohl 1926 bereits über 80 % des Berliner Stadtgebietes von der BEWAG versorgt wurden, lieferten neben den Reichselektrowerken (Fernstrom) weiterhin die Märkische Elektrizitätswerk AG (MEW), die Elektrizitätswerke Südwest AG und das Elektrizitätswerk der Stadt Potsdam Strom für Berlin.

Nachdem sich 1927 die Elektrizitätswerke Südwest AG in einem Vertrag mit der BEWAG verpflichteten, in ihrem Versorgungsgebiet den BEWAG-Tarif einzuführen und einen Teil ihres Versorgungsgebietes an die BEWAG abzutreten, kam es im Dezember 1928 zu einem Gebietsaustauschvertrag mit der MEW. In diesem Vertrag wurde vereinbart, daß die BEWAG die Versorgung der bisher von ihr belieferten Landgemeinden außerhalb der Stadt der MEW überläßt und sie von der MEW dafür die Rechte zur Versorgung von Ortsteilen im Stadtgebiet erhält.⁶⁴ Der Interessenwiderspruch zwischen beiden sog. öffentlichen Versorgungsbetrieben verhinderte aber eine vollständige Einigung, so daß immer noch einige Stadtteile im Versorgungsgebiet des MEW verblieben.

Am Ende der 20er Jahre belieferte die BEWAG 90 % des Stadtgebietes. Bis 1929 konnte die Tarifgleichheit für alle Stadtteile auf der Basis des BEWAG-Tarifs erreicht werden. Die Folgen der Zersplitterung blieben jedoch in Form der weiterbestehenden verschiedenen Stromarten und -spannungen noch lange Zeit vorhanden und wurden erst durch die allmähliche Umstellung auf das Drehstromsystem behoben.⁶⁵ Erst 1938 war die Zentralisierung mit Ausnahme der Stadtteile Buch und Wannsee erreicht worden, nachdem die BEWAG das noch im MEW-Besitz verbliebene Versorgungsgebiet übernahm und mit dem Elektrizitätswerk Südwest fusionierte.⁶⁶

Die für Deutschland typische Zersplitterung der Elektrizitätsversorgung konnte zumindest für ein begrenztes Wirtschaftsterritorium doch noch überwunden werden.

4. Die öffentliche Elektrizitätsversorgung Berlins 1914/45

Zu Beginn des ersten Weltkrieges sank der Stromverbrauch zunächst um ein Viertel ab. Im Verlauf des Krieges wurden die BEW jedoch zunehmend Lieferer für die Rüstungsindustrie. Die Rüstungsbetriebe nutzten die Vorteile der öffentlichen Versorgung, da eine den erhöhten Anforderungen gemäße schnelle Erweiterung ihrer Eigenerzeugungsanlagen nicht möglich gewesen wäre. Obwohl der Lichtstromverbrauch sank, hatte sich die Gesamtenergieerzeugung der BEW im Verlauf des Krieges gegenüber 1913 verdoppelt.⁶⁷ Da das Hindenburg-Programm Neuanschlüsse von Unternehmen mit Ausnahme kriegswichtiger Betriebe verbot, um den Bedarf der Rüstungsindustrie zu sichern, dürfte der erhöhte Zuwachs somit auf erhöhte Stromlieferung an Rüstungsbetriebe sowie auf verstärkte Mechanisierungsprozesse in angeschlossenen Betrieben zurückzuführen sein.⁶⁸ Bei gleichbleibender Kapazität der Berliner Kraftwerke wurde während des Krieges die Versorgung Berlins mit Fernstrom notwendig. Durch Kohlemangel, Kohlerationierung und Verteuerung sowie den dadurch bedingten Übergang vieler Betriebe von der Eigenerzeugung zum Strombezug verschärfte sich die Situation der Berliner Stromversorgung. Bereits 1913 war das Projekt, ein Kraftwerk in unmittelbarer Nähe der Rohstoffbasis im Bitterfelder Braunkohlenrevier zur Versorgung Berlins mit Fernstrom zu bauen, bei der AEG entstanden,⁶⁹ die im Bau und in der Lieferung von Ausrüstungen für das Kraftwerk, aber auch in der Stromlieferung eine aussichtsreiche Profitquelle sah.

Der ursprüngliche Plan der Fernstromversorgung Berlins wurde aber von der AEG zugunsten besserer Profitaussichten durch die Versorgung von Rüstungsbetrieben fallengelassen. So lieferte das 1915 erbaute Großkraftwerk Zschornowitz (ab 1916 in Besitz der Reichselektrowerke), Elektroenergie für umliegende Sprengstofffabriken. Durch eine Explosion im Werk der Elektro-Nitrum AG, eines bisherigen Hauptabnehmers, wurden ab 1917 große Strommengen frei, und das Projekt der Fernstromlieferung nach Berlin wurde erneut in Angriff genommen,⁷⁰ wenn auch wieder zunächst für die Rüstung. Dazu hieß es in einem Schreiben des Kriegsministeriums vom 16. September 1917: "Der Bau der 100 000 Volt Leitung von Golpa nach Berlin besitzt sehr große militärische Bedeutung und wird von der Kriegs-Rohstoffabteilung ausgeführt... Alle in Frage kommenden Stellen werden ersucht, die Angelegenheiten dieses Baues mit besonderer Bevorzugung und allem Nachdruck zu fördern."⁷¹ Mit dieser Leitung sollte das Feinzinkwerk Rummelsburg, eine große Metallgewinnungsanlage für militärische Zwecke, versorgt werden.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg ermöglichte, die freigewordenen Kapazitäten für die Berliner Versorgung zu nutzen. Nach der Fertigstellung der ersten Leitung Golpa-Zschornowitz nach Berlin erfolgte 1921 der Bau einer Leitung von Trattendorf (Niederlausitzer Revier) nach Berlin. In den Jahren 1925 bis 1928 wurden die jeweils zweiten Leitungen auf diesen Strecken errichtet. Der Fernstromanteil erreich-

te 1923 mit 71 % am Gesamtstromverbrauch Berlins seinen Höhepunkt.⁷² Im Verlauf der 20er Jahre wurde die Fernstromversorgung zugunsten der Eigenerzeugung in Berlin (Bau der Großkraftwerke Klingenberg und West) wieder vermindert. Auftretende Probleme im Verbundsystem, zahlreiche Betriebsstörungen sowie vor allem politische Gründe waren hier ausschlaggebend. In der Denkschrift "Zur Zukunft der Berliner Elektrizitätsversorgung" äußerte sich BEWAG-Direktor Rehmer 1925: "Ein so empfindliches Gebiet wie die Reichshauptstadt mit ihrer großen Industrie und zahlreichen anderen Unternehmungen muß unter allen Umständen vor Störungen in der Stromlieferung bewahrt werden... Die angestrebte Betriebssicherheit verbietet demnach eine Mehrversorgung durch Fernstrom."⁷³ Der Anteil des Fernstroms änderte sich ständig, betrug 1929 26 %, stieg dann aber in den 30er Jahren wiederum auf etwa 33 % an.⁷⁴

Bereits zu Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zeichnete sich ein enorm anwachsender Stromverbrauch, eine erhöhte Nachfrage nach Elektroenergie aus der Industrie, dem Gewerbe, dem Verkehrswesen und von Seiten der Bevölkerung ab. Hatte sich die Menge der in der öffentlichen Versorgung verbrauchten Elektroenergie in Berlin in den Jahren des ersten Weltkrieges und der Inflation, genauer von 1916 bis 1923 - wenn auch nicht kontinuierlich - von 229 Mill. kWh auf 426 Mill. kWh erhöht, so konnte mit Sicherheit für die Phase des zyklischen Aufschwungs eine starke Erhöhung vor allem des industriellen Stromverbrauchs erwartet werden.⁷⁵ Das hatte für Berlin besondere Bedeutung, da hier der Anteil der an das öffentliche Elektroenergienetz angeschlossenen Großbetriebe schon frühzeitig relativ hoch war. Lag der Anteil der industrieeigenen Erzeugungsanlagen gemessen an der Kapazität in Deutschland bei 38,6 % (1931), so betrug er in Berlin 9,3 % (1928). Die Berliner industrieeigenen Kraftwerke hatten nur einen Anteil von 15,7 % (1928) an der Erzeugung im Vergleich zu Deutschland, wo der Anteil der betriebseigenen Anlagen bei 46,5 % im Jahre 1929 lag.⁷⁶

Es hieß 1934 in der Festschrift zum 50jährigen Bestehen der BEW: "Kaum ein großes Unternehmen fehlt heute unter den Hochspannungsabnehmern der BEWAG."⁷⁷ Tatsächlich schlossen sich bis zum Beginn der 30er Jahre zahlreiche Großbetriebe der Berliner Industrie, darunter Siemens & Schuckert AG, AEG und die Deutsche Industrierwerke AG, an das öffentliche Versorgungsnetz der BEWAG an. Bis 1931 waren insgesamt 32 Betriebe der Elektroindustrie, 92 Maschinenbaubetriebe, 91 metallverarbeitende Betriebe, 78 Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 60 der chemischen Industrie und 37 Betriebe aus der Textil-, Papier- und Lederwarenbranche angeschlossen.⁷⁸

Die relativ geringe Bedeutung der Eigenerzeugung elektrischer Energie in Berlin erklärt sich zum einen aus der von Beginn an besonderen Stärke der BEW, des bis 1905 größten öffentlichen Versorgungsunternehmens, und aus dem Bemühen der AEG, technische Neuerungen und Modernisierungen möglichst schnell als Empfehlung ihrer Leistungsfähigkeit im Anlagenbau einzuführen, zum anderen aus den Standortbedingungen Berlins. So war die Berliner Industrie hauptsächlich verarbeitende Industrie mit einem hohen Anteil der Leichtindustrie, was es nur in geringem Maße möglich machte, Abwärme z. B. der Hüttenindustrie zur Eigenerzeugung elektrischer Energie zu nutzen. Die Bewirtschaftung von Rohstoffen, besonders von Kohle, während und nach dem ersten Weltkrieg sowie die notwendige Modernisie-

rung der bereits seit dem Ende des vorigen Jh. arbeitenden Eigenerzeuger gaben den Ausschlag zum Anschluß an die sog. öffentliche Versorgung. So konnten der Stromverbrauch ohne eigene Kapitalaufwendungen jederzeit erhöht und konjunkturelle Schwankungen des Verbrauchs auf die öffentliche Versorgung abgewälzt werden. Allgemein setzte in Deutschland der Wendepunkt zugunsten der öffentlichen Versorgung in der Mitte der 20er Jahre des 20. Jh. ein.

Um den steigenden Bedarf vor allem von seiten der Berliner Industrie zu Beginn der 20er Jahre decken zu können, mußte sowohl ökonomisch als auch technisch zur rationellen Gestaltung der Elektrizitätsversorgung der Stadt Berlin übergegangen werden. Den Bedürfnissen der kapitalistischen Industrie nach Schaffung allgemein günstiger Bedingungen für die Anwendung der modernen Produktivkraft mußte durch den Kommunalbetrieb entsprochen werden. Im Gründungsjahr 1923 aber verfügte die BEWAG über Kraftwerke, die bereits vor oder um die Jahrhundertwende gebaut, moralisch und physisch verschlissen waren. Seit Kriegsbeginn waren kaum Modernisierungen und Erweiterungen ausgeführt worden. Während der Inflation mußten begonnene Bauarbeiten sogar eingestellt werden.⁷⁹ Die Kraftwerksleistung war seit 1918 stetig zurückgegangen. "Damals war sie doppelt so hoch wie das zu deckende Verbrauchsmaximum, 1924 aber war zur Zeit der Höchstbelastung nicht die geringste Reserve mehr vorhanden."⁸⁰ Verstärkt mußte Fernstrom von den Reichselektrowerken bezogen werden.

Es wurde notwendig, bedeutende Modernisierungen bestehender Kraftwerke und den Neubau leistungsfähiger Erzeugungsanlagen in Angriff zu nehmen. Nur so konnte der Kommunalbetrieb BEWAG den Ansprüchen der Berliner Industrie an eine ausreichende, sichere und billige Stromversorgung gerecht werden. Die BEWAG übernahm damit einen Teil der Elektrifizierungskosten⁸¹ und schuf allgemeine Voraussetzungen für die Umwandlung der energetischen Basis in den Industriebetrieben, die Einführung des elektromotorischen Antriebs.

Im Rahmen der Erweiterungsinvestitionen der BEWAG wurde zunächst 1926 das Kraftwerk Charlottenburg umgebaut und dessen Kapazität auf 50 000 kW verdoppelt. In einer zweiten Ausbaustufe wurde im Jahre 1929 seine Kapazität durch den Einbau einer Ruthsspeicheranlage um weitere 40 000 kW erhöht. Es folgten Erweiterungs- bzw. Modernisierungsinvestitionen in den Kraftwerken Rummelsburg und Steglitz. Durch diese Erweiterungen konnte die maximale Leistungsfähigkeit der Werke Moabit, Oberspree, Rummelsburg, Charlottenburg und Steglitz bei gleichzeitiger Stilllegung veralteter Anlagen, wie der Kraftwerke Mauerstraße und Schiffbauerdamm, auf 221 500 kW im Jahre 1925 erhöht werden.⁸² Wie bereits erwähnt, hatte es im Verlauf der 20er Jahre eine Verringerung des Fernstrombezuges gegeben. Hatte Georg Klingenberg in der letzten Kriegszeit und den darauffolgenden Jahren den Fernstrombezug als wesentlich für die Gesundung der Berliner Stromversorgung angesehen und sich erfolgreich hierfür eingesetzt, sah er unter den veränderten Verhältnissen jetzt den Vorteil in der Eigenherzeugung durch große in der Nähe des Verbrauchs liegende Kraftwerke.⁸³

Im Rahmen dieser veränderten Konzeption entschloß sich die BEWAG zum Bau von Großkraftwerken am Verbrauchsort. So entstanden die Kraftwerke Klingenberg (1927) mit einer Kapazität von 270 000 kW und West (1928/32)

mit 224 000 kW. Der Bau von Großkraftwerken in Berlin gestaltete sich rentabel durch die nach der Bildung der Einheitsgemeinde von Groß-Berlin vervielfachte Abnehmerzahl. Auf technischem Gebiet war die Nutzung aller Neuerungen des Kraftwerkbaus möglich geworden, z. B. die Turbinenvergrößerung und die Kohlenstaubfeuerung. Die Ausrüstung der Kraftwerke mit riesigen Aggregaten erforderte relativ geringe Ausgaben je installierter kWh. Der Wirkungsgrad dieser Großkraftwerke war erheblich höher als bei mittleren und kleinen Kraftwerken. Neben der Senkung des spezifischen Kohleverbrauchs bot der Bau von Großkraftwerken den Vorteil der Zentralisation der Elektroenergieerzeugung an einem Ort, von dem aus größere Territorien mit besonders hoher Absatzdichte versorgt werden konnten. Durch die möglich gewordene Vermischung der verschiedenen Verbrauchergruppen erhöhte sich die Auslastung der Anlagen, was sich günstig auf eine Kostendegression auswirkte. Das Kraftwerk Klingenberg hatte 1927 einen Anteil von 52 % an der Gesamtkapazität der BEWAG.⁸⁴

Neben dem Bau von Großkraftwerken und der verstärkten Erweiterung bestehender Erzeugungsstationen wurden in der 2. Hälfte der 20er Jahre zunehmend Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit der öffentlichen Elektrizitätsversorgung zu erhöhen. Hatten bis 1927 die meisten Werke im Inselbetrieb einzelne Stadtteile versorgt, so kam es jetzt zur Gruppen- oder Parallelschaltung. Auf diese Weise wurden alle Kraftwerke Berlins miteinander und mit den Fernstrom liefernden Werken verbunden.⁸⁵ In den Jahren der relativen Stabilisierung erfolgte eine Rationalisierung der gesamten öffentlichen Stromversorgung Berlins im BEWAG-Bereich. Physisch und moralisch verschlissene Anlagen wurden stillgelegt, mittlere und kleinere Werke, wie Moabit und Steglitz, nur noch zur Deckung der Spitzenlast herangezogen. Die Erzeugung konzentrierte sich mit dem Bau der Großkraftwerke in den größten und modernsten Einheiten.

Der zyklische Aufschwung der 20er Jahre des 20. Jh. bewirkte für die öffentliche Elektrizitätsversorgung Berlins die zweite große Ausbaustufe und zugleich die letzte Stufe ihrer Extensivierung bis 1945. Die Leistungsfähigkeit aller Berliner Elektrizitätswerke verdreifachte sich von 1924 bis 1929 von 195 200 kW auf 593 550 kW.⁸⁶ Der Index der insgesamt nutzbar abgegebenen elektrischen Arbeit wuchs von 1924 bis 1929 (1924 = 100) auf 286 an, während er sich von 1933 bis 1938 (1933 = 100) bei gestiegenem Ausgangsniveau auf 165 erhöhte.⁸⁷ Im Verlauf der 20er Jahre setzte sich die Elektrizität gegenüber den herkömmlichen Antriebs- und Beleuchtungsenergien unwiderruflich durch. Sie fand weitgehend Eingang in die Industrie - durch die zunehmende Einführung des Elektromotors - sowie in die Haushalte und Wohnungen der Bevölkerung.

Nachdem der Elektrifizierungsprozeß andere Gebiete der Wirtschaft bereits in größerem Maße erfaßt hatte, stellte die Elektrifizierung der Haushalte und Wohnungen für die Elektrokonzerne eine günstige Profitaussicht dar. Die Elektrokonzerne waren nicht nur durch Lieferung elektrischer Haushaltsgeräte, sondern auch von Installationsmaterialien, Zählern usw. daran beteiligt. Wegen der Kriegsproduktion und des durch den ersten Weltkrieg bedingten Absinkens der Massenkaufkraft unterbrochen, setzte der Prozeß der Haushaltelektrifizierung in der 2. Hälfte der 20er Jahre verstärkt ein. In Berlin übertrafen die Aufträge zur Elektrifizierung der Haushalte oftmals sogar die der Industrie.⁸⁸ Das von der BEWAG 1925 geschaffene Elektrissima-System, das den Käufern elektrischer Geräte ermöglichte, Raten für

erworbene elektrische Haushaltsgeräte mit der monatlichen Stromrechnung an die BEWAG abzuzahlen, trug im Interesse der Elektrokonzerne wesentlich zur Beschleunigung bei. Der kommunale Betrieb übernahm dabei die Risiken des Teilzahlungssystems, kreditierte die Elektrizitätsmonopole und wirkte gleichzeitig fördernd mit öffentlichen Mitteln auf die Erhöhung der Nachfrage ein.⁸⁹ Waren 1922 nur 11 % und 1924 nur 21,5 % der Berliner Wohnungen an das Versorgungsnetz der Städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen, so betrug der Anteil der elektrifizierten Wohnungen 1931 bereits 70 %.⁹⁰ Bis 1939/40 erhöhte er sich auf 93,9 %.⁹¹

Neben dem Neubau von Großkraftwerken in Berlin, der Rationalisierung der öffentlichen Versorgung, der erstmalig in Deutschland eingeführten Ringschaltung der Erzeugungseinheiten begann der Übergang vom Gleichstrom- zum Drehstromsystem. Dieser Prozeß dauerte in der Innenstadt jedoch noch bis 1939 an.

Die Weltwirtschaftskrise führte auch bei der Elektroenergieerzeugung zu drastischen Produktionseinschränkungen. Das zeigte insbesondere bei einem überdurchschnittlich die kapitalistische Industrie versorgenden Unternehmen wie der BEWAG die Abhängigkeit vom Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft. Wurden vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 von der BEWAG rund 1324 Mill. kWh an elektrischer Arbeit verkauft, so sank der Stromverkauf - einschließlich Fernstrombezug - auf rund 1068 Mill. kWh im Jahre 1932. Der Vorkrisenwert konnte erst 1936 wieder übertroffen werden. Da der Fernstrombezug aufgrund langfristiger Verträge annähernd konstant blieb, mußte die Eigenerzeugung gedrosselt werden.⁹² Die Erzeugung der BEWAG konzentrierte sich während der Krise in den drei größten Kraftwerken Klingenberg, West und Charlottenburg. Die anderen Erzeugungskapazitäten lagen brach oder wurden nur zu einem Bruchteil ausgelastet.⁹³ In den 30er Jahren kam es im wesentlichen zu keinen Neubauten in der Berliner Elektrizitätsversorgung, lediglich zu kleinen Erweiterungen und Netzausbauten. Die Extensivierung während des zyklischen Aufschwungs der 20er Jahre hatte für die folgenden Jahre, sowohl während der Weltwirtschaftskrise als auch während der Rüstungskonjunktur, erhebliche Überkapazitäten geschaffen. Trotz steigender Stromabgabe soll die Kapazität der Werke Berlins im Jahre 1935 nur mit fast 40 % ausgelastet gewesen sein.⁹⁴ Die Überkapazitäten sind auch aus der Tatsache erwiesen, daß erst infolge der Erhöhung der Kriegsproduktion 1942 eine Erweiterung des Kraftwerkes West in Angriff genommen wurde.⁹⁵

Die faschistische Aufrüstung ließ die Berliner Licht- und Kraft AG (BEWAG) in zunehmendem Maße zum Zulieferer der Rüstungsproduktion werden. In den Geschäftsberichten der BKL (BEWAG) ab 1934/35 wurde wiederholt darauf verwiesen, daß der Zuwachs des Stromverbrauchs auf den Mehrverbrauch der Industrie zurückzuführen ist. Dagegen sank der Anteil des Lichtstromverbrauchs am Gesamtverbrauch - verstärkt in den Jahren des Krieges⁹⁶ -, obwohl der Anteil der elektrifizierten Wohnungen sich bis 1941 auf 94 % - bei 72 % elektrifizierter Wohnungen in Berlin - 1932 erhöht hatte.⁹⁷

Mit dem Übergang zur Kriegsproduktion erfolgte nochmals eine Erhöhung des Stromabsatzes für industrielle und gewerbliche Zwecke. Hier zeigten sich aber bereits Grenzen der Leistungsfähigkeit. Es kam während des

Krieges, im Geschäftsjahr 1942/43, zu einem Rückgang der Stromerzeugung. Im Geschäftsjahr 1942/43 wurden in Berlin rund 2,9 Mrd. kWh weniger erzeugt als im Vorjahr. Das entsprach einem Rückgang um 2,9%.⁹⁸ Infolge der Zerstörungen des zweiten Weltkrieges brach am 27. April 1945 das Energieversorgungsnetz Berlins völlig zusammen.

5. Anmerkungen

- 1 Baar, L., Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, S. 130 ff.
- 2 Mader, U., Walter Rathenau als Funktionär des Finanzkapitals (1887 - 1917), Diss., Berlin 1974, S. 12.
- 3 Matschoß, C./Schulz, E./Groß, A. Th., 50 Jahre Berliner Elektrizitätswerke 1884 - 1934, Berlin 1934, S. 4.
- 4 Weber, H., Eine volkswirtschaftlich statistische Untersuchung der deutschen öffentlichen Elektrizitätsversorgung, Diss., Gießen 1927, S. 10.
- 5 Matschoß/Schulz/Groß, S. 8.
- 6 Schacht, Hj., Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 1883/1908, Festschrift, Berlin 1908, S. 9.
- 7 Siegel, G., Die Elektrizitätslieferungsgesellschaft Berlin. Ein Rückblick auf 25 Jahre ihrer Entwicklung, Berlin 1922, S. 12.
- 8 50 Jahre deutscher Elektrizitätswirtschaft. Anfänge der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland, in: Elektrizitätswirtschaft, 7/1934, S. 133.
- 9 Kemmann, G., Die Berliner Elektrizitätswerke bis Ende 1896, Berlin/München 1897, S. 8.
- 10 Ebenda, S. 12.
- 11 Wilke, A., Die Berliner Elektrizitätswerke, 1. Heft: Entstehung und Entwicklung des Unternehmens, Berlin 1890, S. 13.
- 12 Ross, F., Gasanstalten und Elektrizitätswerke, in: Elektrotechnische Zeitschrift (ETZ), 17/1911, S. 407.
- 13 Ebenda, S. 408.
- 14 75 Jahre AEG, Berlin/Frankfurt (Main) 1950, S. 30.
- 15 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 133, Bl. 2.
- 16 Mit der Gründung der AEG im Jahre 1887 - aus der DEG hervorgegangen - wurden die Städtischen Elektrizitätswerke in Berliner Elektrizitätswerke (BEW) umbenannt. Die BEW gingen 1915 in kommunales Eigentum der Stadt Berlin über und führten seitdem den Namen "Städtische Elektrizitätswerke". Ab 1923 wurde die unmittelbare Leitung der Werke durch die Stadt aufgegeben und diese in eine Aktiengesellschaft umgewandelt (BEWAG). 1931 erfolgte eine teilweise Reprivatisierung durch die Umwandlung in ein "gemischtwirtschaftliches" Unternehmen, das den Namen Berliner Kraft- und Licht AG (BEWAG) führte.
- 17 Schiff, E., Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Berliner Elektrizitätswerke, Berlin 1915, S. 3.
- 18 Selbinger, H./Stranz-Gassner, L., 75 Jahre Berliner Stromversorgung, Veröffentlichungen der BEWAG, Berlin 1959, S. 16.
- 19 Ebenda.
- 20 Ebenda, S. 12.
- 21 Wilke, S. 6.
- 22 Selbinger/Stranz-Gassner, S. 6.
- 23 Henniger, G., Zu einigen Problemen der Elektrifizierung der Berliner Industriebetriebe von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Berliner Geschichte. Dokumente, Beiträge, Informationen, Berlin 1981, S. 45.
- 24 Zentrales Staatsarchiv (ZStA), Dienststelle Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77, Tit. 1375, Nr. 3 spec, Beiheft 1, Bl. 28.
- 25 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 133, Bl. 3.

- 26 ZStA, Dienststelle Merseburg, ebenda, Bl. 28.
- 27 50 Jahre deutscher Elektrizitätswirtschaft. Die Elektrizitätsversorgung Berlins, in: Elektrizitätswirtschaft, 5/1934, S. 83.
- 28 ZStA, Dienststelle Merseburg, ebenda, Bl. 28.
- 29 50 Jahre deutscher Elektrizitätswirtschaft. Die Elektrizitätsversorgung Berlins, S. 83.
- 30 ZStA, Dienststelle Merseburg, ebenda, Bl. 28.
- 31 Unberücksichtigt blieb die Eigenstromerzeugung der Berliner Industrie. Vgl. dazu Henniger, S. 35 ff.
- 32 Ebenda.
- 33 Siegel, S. 10.
- 34 Die Elektrizitätswirtschaft im Deutschen Reich 1935, Berlin 1935, S. 17.
- 35 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1927, 3. Jg., S. 66 - 70.
- 36 Mottek, H./Becker, W./Schröter, A., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1975, S. 121.
- 37 Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1928, S. 884 f.
- 38 Ebenda, S. 886 f.
- 39 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 247, Bl. 4.
- 40 Datterer, L., Die Berliner Elektrizitätswerke im Jahre 1902, in: Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, 6/1902, S. 183.
- 41 Ebenda.
- 42 Ebenda.
- 43 Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Dresden 1931, S. 251.
- 44 Die Stadt Berlin bestand bis 1920 aus den Stadtbezirken Mitte, Tiergarten, Prenzlauer Berg, Wedding, Kreuzberg und Friedrichshain.
- 45 Matschoß, C., Geschichtliche Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke von ihrer Begründung bis zur Übernahme durch die Stadt, Berlin 1915/16, S. 13. - Die Kraftwerke Moabit, Rummelsburg und Oberspree entstanden in den Jahren 1899 - 1901.
- 46 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 133, Bl. 4 f.
- 47 ZStA Potsdam, Bestand Reichslandbund, Pressearchiv, Nr. 1951, Bl. 12.
- 48 Selbinger/Stranz-Gassner, S. 20.
- 49 Marx, K., Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 626.
- 50 Mottek/Becker/Schröter, S. 121.
- 51 Siehe Grünert, H., Zur Rolle der Energie bei der Vergesellschaftung der Produktion in Phasen der kapitalistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 1/1977, S. 26 f.
- 52 Baudis, D./Nussbaum, H., Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Bd. 1, Berlin 1978, S. 112 f.
- 53 Ebenda, S. 99.
- 54 Selbinger/Stranz-Gassner, S. 20.
- 55 ZStA Potsdam, ebenda, Bl. 12, 111.
- 56 Noack, W., Bürgerausschuß Groß-Berlin 1917-20, in: Kultur und Fortschritt, Nr. 544/49, Leipzig 1920, S. 28.
- 57 Zastrow, R. v., Elektrizitätswirtschaft der Stadt Berlin, in: Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Dresden 1931, S. 255.
- 58 Stadtarchiv Berlin, Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Nr. 1035, Bl. 34 f.

- 59 Ebenda.
- 60 Paproth, W., Die Versorgung der Stadt Berlin mit elektrischer Energie durch die "Berliner", später "Städtische Elektrizitätswerke", Diss., Würzburg 1923, S. 80.
- 61 Siehe dazu Nussbaum, H., Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 - 1914, in: JWG, 2/1968, S. 118.
- 62 Rückwardt, O., Entwicklung und Erfolge der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft (BEWAG) bis zum Ende des Jahres 1928, in: Das kommunale Elektrizitätswerk, Mitteilungsblatt für die Interessen der kommunalen Elektrizitätswirtschaft, 5/1929, S. 69.
- 63 Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, Nr. 8, Berlin 1924, S. 57.
- 64 Büsch, O., Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche, Berlin (West) 1960, S. 107.
- 65 Adolph, V., Normung der Stromverteilung, in: Probleme der neuen Stadt Berlin, Berlin 1926, S. 435.
- 66 Völkischer Beobachter, 5. 4. 1938; Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 215 b, Bl. 4 ff.
- 67 Matschoß/Schulz/Groß, S. 36; Kaeber, E., Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegerarbeit, Berlin 1921, S. 415 f.
- 68 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 196, Bl. 8.
- 69 Hamburger, R., Musterbetriebe deutscher Wirtschaft, Bd. 1: Die Elektrizitätswirtschaft, Elektrowerke AG Berlin, Berlin 1930, S. 14 f.
- 70 Ebenda, S. 16.
- 71 ZStA, Dienststelle Merseburg, ebenda, Bl. 363.
- 72 Stadtarchiv Berlin, Bestand BEWAG, Nr. 247, Abb. 3.
- 73 Ebenda, Bl. 6.
- 74 ZStA Potsdam, Deutsche Bank.
- 75 Die Entwicklung der Berliner Elektrizitätsversorgung, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 2. Jg., Nr. 22, Berlin 1925, S. 257.
- 76 Die deutsche Stromerzeugung im Jahre 1929. Wirtschaft und Statistik, Sonderhefte 4 u. 6, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49. Jg., Berlin 1930, S. 123; Die Elektrizitätswirtschaft im Deutschen Reich, Berlin 1934, S. 9.
- 77 Matschoß/Schulz/Groß, S. 88.
- 78 Zastrow, S. 274.
- 79 Erster Verwaltungsbericht ..., S. 58.
- 80 Matschoß/Schulz/Groß, S. 54.
- 81 Mottek/Becker/Schröter, S. 36.
- 82 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1927, S. 268; 1929, S. 269; 1932, S. 221.
- 83 Matschoß/Schulz/Groß, S. 55.
- 84 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Berlin 1929.
- 85 Zastrow, S. 268.
- 86 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Jgg. 1927, 1929, 1932.
- 87 ZStA Potsdam, Deutsche Bank.
- 88 Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1925, Berlin 1925, S. 259.
- 89 Siehe Wimmer, R., Charakteristika der Berliner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, in: JWG, 1/1969, S. 105 f.
- 90 ETZ, 15/1936, S. 420.

- 91 Stadtarchiv Berlin, Bestand Stadtbetriebsamt, Nr. 6, Bl. 79.
- 92 ZStA Potsdam, Deutsche Bank.
- 93 BEWAG-Jahrbuch der Verkehrsdirektion 1930, Veröffentlichungen der BEWAG, Reihe II, Bd. 11, Berlin 1930, S. 9.
- 94 ZStA Potsdam, Deutsche Bank.
- 95 Ebenda.
- 96 Ebenda; ZStA Potsdam, Statistisches Reichsamt, Nr. 2638, Bl. 83.
- 97 ZStA Potsdam, Deutsche Bank.
- 98 Ebenda.

Vom "Schweinemord" zum "Kohlrübenwinter"

Streiflichter zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in Berlin
im ersten Weltkrieg (August 1914 bis Frühjahr 1917)

von Dieter Baudis

1. Auswirkungen der sog. Mobilmachungskrise zu Beginn des Krieges
2. Die Verschlechterung der Lage der Werktätigen im Jahre 1915
3. Die Verschärfung der Situation bis zum Sommer 1916
4. Der "Kohlrübenwinter" 1916/17
5. Anmerkungen

1. Auswirkungen der sog. Mobilmachungskrise zu Beginn des Krieges

Als am 31. Juli 1914 über Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, der Belagerungszustand verhängt wurde, ahnte wohl kaum jemand unter den Zeitgenossen aller Klassen und Schichten, daß damit bereits vor den offiziellen Kriegserklärungen Entscheidungen gefallen waren, die sich auf die Berliner Bevölkerung nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für ganze Jahrzehnte und selbst bis in unsere Zeit hinein auswirken sollten. Hatten noch in den letzten Tagen des Juli Zehntausende Berliner Arbeiter den Aufruf des Parteivorstandes der SPD befolgt und in geschlossenen Versammlungen sowie Demonstrationen auf offener Straße gegen den Krieg protestiert, so beherrschten Anfang August Nationalismus und Chauvinismus die Szene. Der offene Übergang der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in das Lager der angeblichen Vaterlandsverteidiger, mit der Begründung, das Vaterland "nicht im Stich" lassen zu wollen¹, entband den deutschen Kaiser von der selbst gestellten Aufgabe, vor der Eröffnung der Feindseligkeiten erst die Sozialisten "abschießen, köpfen und unschädlich (zu) machen, wenn nötig per Blutbad..."² Ebenso wenig war es nötig, "die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren" zu lassen, wie Wilhelm II. unter dem Eindruck der großen Antikriegsdemonstrationen der deutschen Arbeiter noch am 29. Juli 1914 notiert hatte.³ Der Verrat der opportunistischen Führer der Arbeiterbewegung, mit dem sie das Proletariat "im Stich" ließen zugunsten der aggressiven Politik der herrschenden Klassen, ermöglichte es dem Kaiser - vom Balkon seines Berliner Schlosses und später auf einer Sitzung des Reichstages im Schloß selbst - zu erklären: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deut-

sche."⁴ Wahrhaftig: Eine günstigere innenpolitische Konstellation als Ausgangsposition für die Führung des Krieges hatten die Machthaber nicht erwarten können!

Die Schatten des Krieges lagen bereits im Juli über der Stadt, ohne daß ihre Bürger es fühlten oder wahrhaben wollten. Schon in der ersten Juliwoche hatte das Reichsamt des Innern beim Berliner Magistrat angefragt, ob die Hauptstadt für die nächste Zeit ausreichend mit Lebensmitteln versorgt sei. Am 27. Juli erhielt der Oberbürgermeister, Adolf Wermuth, der seinen Urlaub abgebrochen hatte und nach Berlin zurückgekehrt war, im Reichsamt des Innern die Mitteilung, der Große Generalstab habe nahegelegt, in der Stadt Getreidevorräte anzulegen, um Lieferungsstörungen als Folge einer Mobilmachung auszugleichen. Darauf wurden "binnen kürzester Frist" 20 000 t Mehl und Brotgetreide eingelagert.⁵ Der Magistrat setzte bereits vor der Mobilmachung einen Ausschuß für die "dringlichsten Arbeiten" ein, dem neben dem Oberbürgermeister der Bürgermeister, die Lebensmitteldezernenten, der Kommissar für Einquartierungs-, Unterstützungs- und andere "militärische Sachen", der Stadtkämmerer (der spätere Oberbürgermeister Böß), die Bauräte und einige Stadträte angehörten.⁶ Nach Kriegsausbruch wurde dieser Ausschuß zunächst als "Mobilmachungskommission" und ab 19. August als "Kriegskommission" bezeichnet. Sie tagte anfangs täglich, ab September zweimal und nach einem Jahr Krieg nur noch einmal wöchentlich.

Am 6. August traten die Berliner Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, die lediglich 15 Minuten dauerte und die in erster Linie dazu diente, die angebliche Einheit aller politischen Kräfte zu demonstrieren. Bei den Worten, es handele sich um die "für lange Zeit denkwürdigste Sitzung", erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen.⁷ Schiller wurde zitiert ("Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, In keiner Not uns trennen und Gefahr") und der Kaiser als "der wahre, aufrichtigste Friedensfürst" gepriesen.⁸ Die Vorlagen 574 und 575 wurden ohne Wortmeldung einstimmig angenommen. Bei der ersteren ging es um einen Kredit in Höhe von 6 Mill. M zur Beschaffung von Mehl, Brotgetreide u. a. Nahrungsmitteln, bei der letzteren um die Ausführung des völlig veralteten, durch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten überholten und entwerteten, durch die Novelle vom 4. August 1914 nur leicht abgeänderten Gesetzes vom 28. Februar 1888, betr. die "Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften". Diese Unterstützung aus Reichsmitteln, zu verauslagen von der Gemeindekasse, war für die Ehefrauen mit monatlich 9 M im Sommer, 12 M im Winter und für alle übrigen Familienmitglieder mit 6 M pro Person angesetzt. Die Vorlage empfahl "als selbstverständliche Pflicht" aus Gemeindemitteln einen Zuschuß zu zahlen, der dieselbe Höhe haben sollte wie die Unterstützung des Reiches. Nach den Worten des Oberbürgermeisters ging es darum, den Einberufenen "die Sorge um Weib und Kind von der Seele abzunehmen, damit sie freien Mutes fechten können".⁹ Man rechnete zunächst damit, 40 000 Frauen und 52 000 andere Familienangehörige unterstützen zu müssen.

Ebenso wie die ersten Maßnahmen der Reichsregierung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht waren auch die des Berliner Magistrats von der Vorstellung geprägt, daß der Krieg nur von kurzer Dauer sein werde und die eingeleiteten Schritte lediglich der Abhilfe von kurzfristig wirksamen Notständen zu dienen hätten. Nach allgemeiner Überzeugung waren die durch

die Mobilmachung eingetretenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens, die Blockierung der Verkehrswege, in erster Linie der Eisenbahnen, durch die militärischen Transporte, die dadurch hervorgerufenen Störungen und Stockungen der Zufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen, das sprunghafte Anwachsen der Arbeitslosigkeit infolge von Unterbrechung oder Umstellung der Produktion und der Schließung vieler kleiner und sogar mittlerer Betriebe, die Unsicherheit auf dem Geld- und Kreditmarkt und andere unmittelbare Folgen des Kriegsausbruchs lediglich vorübergehender Natur, Erscheinungen, die bald überwunden werden und in ein relativ normales Wirtschaftsleben münden würden.

Die Entwicklung schien diesen Auffassungen zunächst auch recht zu geben. Wie angenommen kam es bereits Ende Juli zu dem erwarteten Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte, die Banken und Sparkassen, brach das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen im August alle Rekorde. Die Preise schossen in die Höhe; selbst das Salz wurde knapp und vor allem teuer. Die Warenhäuser der Stadt sahen sich schon am 31. Juli gezwungen, den Verkauf von Lebensmitteln einzuschränken und teilweise auch einzustellen.¹⁰ Da die proletarischen Frauen kaum über die finanziellen Mittel verfügten, sich und ihre Familien für längere Zeit mit Lebensmitteln einzudecken, so waren es in erster Linie die Frauen aus den besitzenden Schichten, die, mit ihren Dienstmädchen und etlichen großen Taschen ausgerüstet, die Regale der Kaufhäuser, Markthallen und Geschäfte leerten. Das Vertrauen in die Stabilität der Währung schwand rasch, und stellenweise weigerten sich die Händler, Banknoten anzunehmen, und forderten Bezahlung in Gold- oder Silbermünzen. Der Magistrat der Stadt sah sich am 3. August veranlaßt, einen Aufruf an die Bürger Berlins herauszugeben, um der sich ausbreitenden Panik entgegenzuwirken. Darin war eingangs von der "Notwehr", vom Kampf um "die Sicherheit des teuer erkämpften Reiches, für das Gleichgewicht in Europa" die Rede - kurz, man bediente sich der üblichen Phrasen, um den Kampf einer imperialistischen Macht um die Vorherrschaft in der Welt zu verschleiern.¹¹ Weiter hieß es dazu: "Wer jetzt in der Stunde ernster Bedrohung des Reichgebietes seinen Groschen aus den öffentlichen Kassen oder Geldinstituten in den eigenen Strumpf zu bringen sich abmüht, wer die Erregung dazu benutzt, um sich an den Lebensmitteln zu bereichern, oder wer durch törichte Voreinkäufe den Preis treibt, der macht sich schwer verantwortlich vor seinen Landsgenossen. Er ist schuldig, daß Deutsche in den Ruf kommen können, eine große Zeit durch Eigensucht und Kopflösigkeit zu entwürdigen."¹² Derartige Appelle an den "Patriotismus" des einzelnen erwiesen sich wie auch im weiteren Verlauf des Krieges stets als wenig wirkungsvoll und vermochten die Dominanz der kapitalistischen Gesellschaft eigenen materiellen und Profitinteressen in keiner Weise zu paralisieren, wie die Entwicklung noch zeigen wird.

Mit den ersten militärischen Erfolgen beruhigte sich jedoch die Lage auf dem Lebensmittelmarkt bald wieder. Während die Reichsregierung mit dem Gesetz über die Höchstpreise vom 4. August dem Preisauftrieb entgegenzuwirken suchte und die preußische Regierung den Gemeinden die Möglichkeit eröffnete, Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen, war das allmähliche, wenn auch bald vorübergehende Nachlassen des Drucks wohl vor allem der Zuversicht in die baldige siegreiche Beendigung des

Krieges à la 1870/71 und der damit erwarteten Wiederherstellung normaler Verhältnisse geschuldet.

Schwieriger erwies sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo die Zahl der Arbeitslosen in den ersten Kriegswochen in Berlin auf über 100 000 angestiegen war.¹³ Zu dieser Zeit waren etwa 300 000, d. h. etwa die Hälfte der Beschäftigten insgesamt in den Freien Gewerkschaften organisiert. Die Berliner Gewerkschaftskommission meldete 57 188 Arbeitslose und schätzte die Gesamtzahl der Arbeitslosen - eine offizielle, alle Beschäftigten umfassende Arbeitslosenstatistik existierte noch nicht - ebenfalls auf über 100 000.¹⁴ Den Hauptanteil der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder stellten die Holzarbeiter (14 000), die Metallarbeiter (11 000), die Transportarbeiter (5 076), die Buchdrucker (4 000) und die Buchbinder (3 158).¹⁵

Bereits im August mußte sich die Stadtverordnetenversammlung mehrfach mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigen. Auf einer außerordentlichen Sitzung am 13. August drängte der sozialdemokratische Abgeordnete Adolph Hoffmann auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, z. B. durch von der Stadt finanzierte Bautätigkeit. Er wandte sich dagegen, daß bei der privaten Straßenbahngesellschaft, der "Großen Berliner", anstelle der einberufenen Schaffner Frauen eingestellt worden waren, und trat für die städtischen Straßenbahnen dafür ein, Arbeitslose zu beschäftigen.¹⁶ Eine Woche danach forderte der Stadtverordnete Emanuel Wurm (SPD) anlässlich einer Vorlage, nach der für die einberufenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter möglichst wenig neue Beschäftigte angestellt werden sollten, derartige Einschränkungen im Interesse der Arbeitslosen nicht zuzulassen.¹⁷ Am 27. August beschloß die Versammlung, eine "Fürsorge für Arbeitslose" einzuführen, die nicht nur betroffenen Arbeitern, sondern auch "den vielfach notleidenden Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe" zugute kommen sollte - 5 M wöchentlich für Personen, die Kinder zu unterhalten hatten, und 4 M für alle anderen.¹⁸ Da z. B. die Freien Gewerkschaften ihren arbeitslosen Mitgliedern Unterstützungen zahlten und damit in folgerichtiger Unterstützung der Kriegspolitik der herrschenden Klassen einen Teil der finanziellen Belastungen des Krieges übernommen hatten, wurde in solchen Fällen nur ein Zuschlag in Höhe von 50 % der Unterstützung gewährt. Auch die Frage von Mietbeihilfen für Erwerbs- und Arbeitslose, die "unverschuldet durch den Krieg in Not geraten" waren, diskutierte man im Sitzungssaal des Rathauses am 3. Dezember 1914, jedoch unter Hinweis darauf, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig entwickelt habe und eine Ausdehnung der Arbeitslosenfürsorge daher nicht gerechtfertigt sei.¹⁹ Die gegebenen Zahlen deuteten tatsächlich auf eine allmähliche "Normalisierung" der Arbeitslosigkeit hin.²⁰ Dagegen erwies sich die Frage der Unterstützung der Familien der Einberufenen, der Arbeitslosen und Erwerbslosen in den ersten Monaten des Krieges als das Hauptproblem, mit dem sich die herrschenden Klassen auf dem Gebiet der Sozialpolitik nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Deutschen Reich konfrontiert sahen. Solange sich die Teuerung in Grenzen hielt, waren die Familien der einberufenen Beamten, die nach dem Reichsmilitär-gesetz ihr Gehalt weiter gezahlt erhielten, relativ gut gestellt. Auch städtische Arbeiter und Angestellte erhielten Zuschüsse über die übliche Unterstützung hinaus. So sollten städtische Arbeiter insgesamt mindestens 50 und höchstens 75 % ihrer bisherigen Bezüge erhalten, allerdings nur, so-

weit ein "Bedürfnis" vorliege.²¹ Dagegen mußte selbst von bürgerlicher Seite anerkannt werden, daß die normale Unterstützung von monatlich 18 M für die Ehefrau eines Soldaten keineswegs ausreichend sei (so der Stadtverordnete Oskar Cassel, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, bereits am 20. August 1914). Ein anderer Stadtverordneter äußerte, die gewährten Unterstützungssätze "reichten nicht einmal zur Nahrung aus".²²

Um so weniger aber waren die Betroffenen in der Lage, ihren Mietverpflichtungen nachzukommen. Zu diesem Komplex entwickelte sich eine längere, sich über Monate hinziehende Debatte, in der die Interessengegensätze erstmals während des Krieges und z. T. heftig aufeinanderprallten. Der Ausgangspunkt lag in der wachsenden Zahl von Mietern, die ihre Miete schuldig bleiben mußten. Zwar konnten die Ehefrauen und Familien der Einberufenen deshalb nicht exmittiert werden, aber mit dem Anwachsen der Mietschulden schwand auch die Aussicht, diese Schulden jemals begleichen zu können. Damit wuchs die Unsicherheit der Existenz derjenigen, die sich, wie vorgegeben, für das Vaterland "schlugen". Diese Entwicklung alarmierte sowohl die Sozialdemokraten als auch die Vertreter der Grundbesitzer, die alle um ihre Einkünfte und einige, belastet mit Hypotheken, sogar um ihre bürgerliche Existenz fürchteten. Am 15. Oktober lamentierte der sozialdemokratische Stadtverordnete (und Reichstagsabgeordnete) Arthur Stadthagen, er möchte nicht "parteilpolitische Auseinandersetzungen machen und Gegensätze heute betonen", man könne aber leider wieder erkennen, "wie bedauerliche Folgen unsere kapitalistische Ordnung hat".²³ Die Lage auf diesem Gebiet war so ernst, daß ein führender bürgerlicher Politiker, der Stadtverordnete Karl Mommsen, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank in Berlin, den Vorschlag machte, die Hausbesitzer sollten die Miete für Bedürftige senken. Das wurde vom Bund der Berliner Grundbesitzervereine jedoch abgelehnt, der durch seinen Vertreter erklären ließ, daß "kein Stand in Berlin die Höhe der Opfer erreicht, die gegenwärtig von den Hausbesitzern schon getragen" werde.²⁴ Es wurden Fälle bekannt, wo die Miete von der staatlich-kommunalen Mindestunterstützung abgezogen und direkt den Hauseigentümern zugestellt worden war. Auch Fabriken stellten die Zahlung von zusätzlichen Unterstützungen an Frauen von Kriegsteilnehmern ein und zahlten diese als Mietunterstützungen direkt an die Vermieter. Zur Abschwächung des Konfliktstoffes wurde von den Stadtverordneten beschlossen, der Einrichtung von Mieteinigungsämtern zuzustimmen und mit Wirkung vom 1. November 1914 an die Familien von Soldaten Mietbeihilfen zu zahlen, da, wie der Vorsitzende des Ausschusses zur Beratung der entsprechenden Vorlagen, der bereits erwähnte Oskar Cassel, meinte, "ein großer Teil des Hausbesitzes ... dem Untergang entgegengeführt" werde, "wenn nicht eine schnelle und ausreichende Hilfe einsetze".²⁵ Der Oberbürgermeister bedauerte, daß bei der Beratung dieses Problems erstmals wieder eine "Interessenverfolgung" aufgetreten und eine "ernste Kampfesstimmung" entstanden sei.²⁶

Auf dem Lebensmittelmarkt hatte sich die Lage nach den hektischen Panik- und Hamsterkäufen zu Beginn des Krieges zunächst bald wieder beruhigt. Die Meldungen über die militärischen Erfolge an den Fronten - Niederlagen wie die in der Schlacht an der Marne wurden verheimlicht oder verniedlicht - bestärkten die Zuversicht einer baldigen und siegreichen Beendigung des Krieges.²⁷ Allerdings waren die ersten Anzeichen von Verknappungen anhand der Preisentwicklung bereits spürbar. Die Statistiken lassen einen

deutlichen Preissprung vom Juli zum August erkennen und danach bei Rind-, Kalb- und Hammelfleisch eine Normalisierung, dagegen bei Schweinefleisch, Speck, Schmalz und Butter ein weiteres Ansteigen.²⁸ Die Brotpreise entwickelten sich ebenfalls deutlich nach oben.²⁹

Die Preisentwicklung machte sich auch bei der Armenspeisungsanstalt bemerkbar. So hieß es in der Vorlage Nr. 822 vom 24. November 1914 für die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die die zusätzliche Bewilligung von 60 000 M für die Anstalt forderte: Die Preise für Hülsenfrüchte seien "nicht zu bezahlen", und bei den beschränkten Mitteln müßten mehr Gemüse und Kartoffeln zum "Verlängern" genutzt werden.³⁰

Auf manchen anderen Gebieten machten sich die Auswirkungen und Nöte des Krieges gleichfalls bereits in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn bemerkbar. Durch den eintretenden Mangel an Petroleum - in der Stadtverordnetenversammlung sprach man von "Notstand"³¹ - wurden insbesondere die wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung betroffen, Einschränkungen des städtischen Verkehrs, teils durch die Einberufung von rund der Hälfte des Personals der Straßenbahnen verursacht³², veranlaßten die SPD-Fraktion im Rathaus Ende November "auf Abstellung der jetzigen unhaltbaren Verkehrsverhältnisse" zu drängen.³³ Der Unterricht der Schulkinder litt darunter, daß etwa zwei Drittel der Lehrer zum Militär eingezogen waren.³⁴

Der oberflächliche Betrachter, der als Außenstehender die Stadt besuchte, mochte sicher in den letzten Monaten des Jahres 1914 nur wenig von den Veränderungen erkennen, die der Krieg mit sich gebracht hatte. Wer sich nur an den Auslagen der Geschäfte orientierte, konnte die Verhältnisse noch für relativ normal halten.³⁵ Die Notlage, in die viele Berliner Bürger, Arbeiter, Angestellte und kleine Gewerbetreibende bereits geraten waren, prägte noch nicht das äußere Bild. Nicht allein die Herrschenden im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden hielten zudem krampfhaft an der Vorstellung fest, der Krieg würde im Frühjahr des kommenden Jahres vorüber sein, womit dann auch alle Entbehrung ein Ende hätte. Die Vorstellung, das Elend könne sich unermeßlich verschärfen und viele Jahre dauern, war noch nicht in das öffentliche Bewußtsein gedrungen. Daher hatte man weder in die Zukunft reichende Maßnahmen getroffen oder vorgesehen, um den kommenden Belastungen entgegenzuwirken, noch waren Kräfte mobilisiert worden, die der Fortsetzung der aggressiven und expansionistischen Politik der herrschenden Klassen und den daraus erwachsenden Verschlechterungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Volkes ihr kategorisches, konsequentes "Nein" entgegensetzten. Doch das Signal ertönte, als Karl Liebknecht im Dezember 1914 im Reichstag gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite stimmte - damals noch als einziger.

2. Die Verschlechterung der Lage der Werktätigen im Jahre 1915

Zu Beginn des neuen Jahres begrüßte der Stadtverordnetenvorsteher Michélet in der ersten Sitzung des Hauses die Versammelten mit den Worten, er wünsche, daß das Schwert nicht wieder in die Scheide gesteckt werde, "bevor nicht die Feinde ... zu dem Frieden gezwungen sind, den wir diktieren werden (lebhafter Beifall) zur Verbreitung deutscher Kultur und deutschen

Wesens ..."³⁶ Er formulierte damit exakt in Kurzform das Kriegszielprogramm der extremen Kräfte des deutschen Imperialismus. Aber auch andere Töne waren zu hören. Der Stadtverordnete Iden meinte, man habe wohl 1914 nicht daran glauben können, in einen Weltkrieg verwickelt zu werden, "der so unverhältnismäßig viel Elend geschaffen hat". Ein großer Teil der künftigen Generation, "die Blüte unseres Volkes", liege "in fremder Erde". Der "unselige Krieg" habe auch bürgerliche Kreise in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung geschädigt, "mancher ist schon existenzlos geworden und viele andere werden noch folgen".³⁷

Zunächst zeigte sich die Verschlechterung der Lage auf dem weiten Feld der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Sie begann beim Brot und erfaßte in der Art einer Kettenreaktion danach die Kartoffeln, Milch und Butter, Fleisch und schließlich alle weiteren Nahrungsmittel.

Der Berliner Magistrat hatte bereits im Herbst 1914, die kommenden Schwierigkeiten mehr vorausahnend als -sehend, mehrfach versucht, das Reichsamt des Innern zu veranlassen, einen festen "Plan für das ganze Reich und das ganze Jahr über die Versorgung mit Brotgetreide, Mehl und anderen Nahrungsmitteln" aufzustellen.³⁸ Aber die Hoffnungen auf einen baldigen erfolgreichen Ausgang des Krieges und der starke Einfluß der großen Grundbesitzer, der Junker insbesondere, die an einer staatlichen Regulierung der Lebensmittelversorgung nicht interessiert waren, verhinderten vorerst weitergehende Maßnahmen. Die Sorge erwies sich bald als begründet, daß Berlin, umgeben von einem Ring mit der Stadt wirtschaftlich und verkehrstechnisch völlig verwachsenen, aber verwaltungsmäßig selbständigen Städten und Vororten, das größte Ballungsgebiet des Deutschen Reiches, bei Versorgungsschwierigkeiten besonders anfällig reagierte. Doch erst am 25. Januar 1915 legte eine Bundesratsverordnung den Grundstein für die Rationierung von Brot und Mehl, deren technische Durchführung sie den Kommunalverbänden übertrug. Am 22. Februar führte Berlin als erste deutsche Stadt die Brotkarte ein. Der Tagessatz sah für den Verbraucher eine Menge von 225 g Mehl vor, die einer wöchentlichen Ration von 2000 g Brot entsprach. Zur Verteilung der Karten wurden Brotkommissionen gebildet, die häufig in Schulen untergebracht waren und auch unter der Leitung von Direktoren und Lehrern standen. Unter dem Zwang der Verhältnisse kam es erstmals zu einer gemeinsamen "Groß-Berliner" Aktion: Berlin und seine Nachbarorte bildeten eine "Brotkartengemeinschaft" und gaben eine einheitliche Brotkarte heraus.

Bereits seit dem 28. Oktober 1914 mußte das Roggenbrot durch Kartoffelzusätze um mindestens 5 % gestreckt werden. Nachdem eine Bestandsaufnahme des Brotgetreides ergeben hatte, daß die Vorräte nicht bis zur nächsten Ernte reichen würden, mußte der Zusatz für das Kriegs- oder Kartoffel-Brot (K-Brot) auf mindestens 10 % erhöht werden. Daneben entstand das KK-Brot mit über 20 % Kartoffelzusatz. Dabei ging man von der Annahme aus, die Kartoffel könne in Deutschland niemals knapp werden. Das sollte sich zwar bald als Irrtum herausstellen, aber vorerst konnte noch empfohlen werden, die Kartoffel zum Hauptnahrungsmittel zu machen und ihren Verbrauch zu erhöhen. Der stellvertretende kommandierende General von Hamburg, von Roehl, hatte sogar behauptet, wer dieser Empfehlung nicht folge, sei ein "schändlicher und fluchwürdiger Verräter an dem Fortbestehen Deutschlands".³⁹

Im totalen Gegensatz zu diesen Vorschlägen stand die große Kartoffelknappheit, von der die Berliner Bevölkerung im Frühjahr 1915 betroffen wurde. Nach dem Ausfall der ausländischen Futtermittellieferungen und dem Verbot der Verfütterung von Brotgetreide Ende Oktober 1914 waren die Viehhalter verstärkt dazu übergegangen, die Kartoffel als Futter zu verwenden. Damit stiegen sowohl die Viehpreise als auch die Kartoffelpreise. Das veranlaßte den für Berlin zuständigen Oberkommandierenden in den Marken, Höchstpreise festzusetzen, die aber nur für den Kleinhandel galten. Weder die Produzenten noch der Großhandel zeigten sich daran interessiert, zu diesen Preisen zu liefern. Die Kartoffeln wurden daher über Berlin nach den westlichen Gebieten Deutschlands transportiert, wo keine Höchstpreise existierten. Nicht nur in Berlin - und das zur Zeit der Einführung der Rationierung von Brot! - waren Kartoffeln so gut wie nicht zu haben. Selbst aus der weiteren Umgebung mit ihrem landwirtschaftlichen Umfeld strömte die Bevölkerung nach Berlin in der Hoffnung, sich mit Kartoffeln versorgen zu können - und mußte unverrichteter Dinge wieder umkehren. Um die Kartoffel wieder auf den Markt zu bringen, wurden die Höchstpreise aufgehoben. Die Folge waren umfangreiche Preissteigerungen. Während die Kartoffelpreise in den Jahren 1912 bis 1914 in den Monaten Januar bis April allgemein eine sinkende Tendenz gezeigt hatten, erhöhten sie sich 1915 im selben Zeitraum auf annähernd das Doppelte.⁴⁰

War die Kartoffel auf dem Berliner Markt knapp geworden, so hatten auf der anderen Seite die Schweinebestände zugenommen. In der öffentlichen Meinung setzte sich die von einigen Politikern und Wissenschaftlern kräftig geförderte Auffassung durch, daß nur eine radikale Reduzierung der Schweine das Ernährungsproblem lösen könne. In Wirklichkeit aber bildete die konfuse und konzeptionslose Wirtschaftspolitik, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, die wichtigste Ursache für die entstandenen Probleme. So war denn auch am 4. März 1915 in der Stadtverordnetenversammlung erstmals nach Beginn des Krieges wieder davon die Rede, daß die Regierung versagt habe. Der Stadtverordnete Wurm forderte die Beschlagnahme und Enteignung der noch vorhandenen Kartoffelvorräte, die Einführung von Höchstpreisen bei den Produzenten und im Zwischenhandel sowie Höchstpreise für das Vieh, "damit wir nicht das traurige Schauspiel erleben, daß zwar die Schweine gedeihen, daß aber die Menschen verhungern müssen".⁴¹ Stadtrat Otto Fischbeck - der 1918 zum preußischen Minister für Handel und Gewerbe berufen wurde - behauptete, das Schwein sei ein "Konkurrent des Menschen" und die Zunahme der Schweinebestände eine "Bedrohung".⁴² Die Folge dieser Auffassungen und Haltungen war der berühmte "Schweinemord" vom Frühjahr 1915, die "Bartholomäusnacht der Borstentiere"⁴³, wodurch sich der Bestand bis zum 15. April um annähernd 9 Mill. Tiere, d. h. um mehr als ein Drittel gegenüber dem Stand vom 1. Dezember 1914 verringerte. Mit einer Bekanntmachung zur Sicherstellung von Fleischvorräten wollte der Bundesrat dafür sorgen, daß bei dem plötzlich stark ansteigenden Aufkommen an Frischfleisch keine Verluste auftraten und möglichst viel der Konservierung zugeführt wurde. Die Stadt Berlin wurde damit zu Aufwendungen verpflichtet, welche die Verantwortlichen daran zweifeln ließen, "ob sie erfüllbar sind".⁴⁴ Vorerst sollten 80 000 Schweine beschafft werden. Nach der Aktion kamen im späten Frühjahr 1915 wieder ausreichend Kartoffeln auf den Berliner Markt. Es blieb zweifelhaft, ob das die Folge der Massenabschlachtungen war oder nicht

vielmehr darauf zurückging, daß die Spekulanten mit fortschreitender Jahreszeit gezwungen waren, ihre Lager zu leeren. Die negativen Auswirkungen auf die Viehwirtschaft insgesamt machten sich jedoch bald in sehr einschneidender Weise bemerkbar.

Der allgemeine Futtermangel führte zum Rückgang der Milchproduktion und zum verstärkten Abschlachten von Milchkühen. Während die Zahl der Kühe, die in Berliner Ställen standen, von 10 614 am 1. Dezember 1914 auf 9076 am 1. Oktober 1915 zurückging, sank die Milchproduktion noch stärker, um etwa 30 %.⁴⁵ Versuche der Stadt, Milchlieferverträge abzuschließen, blieben erfolglos. Die Stadtverordneten beschlossen daher am 21. Oktober 1915 die Einführung von Milchkarten für Kinder, stillende Frauen und einige Kranke. Im selben Monat sah sich die Regierung veranlaßt, sog. fleisch- und fettlose Tage einzuführen. Danach herrschte das Verbot, am Dienstag und am Freitag weder Fleisch noch Fleischwaren und ebenso Speisen, die mit Fleisch hergestellt waren, zu verkaufen. Restaurants durften außerdem montags und donnerstags keine Gerichte anbieten, bei denen zum Braten, Backen oder Schmoren Fett oder Speck benötigt wurden, und mußten zudem am Sonnabend auf das Angebot von Schweinefleischgerichten verzichten.

Diese Maßnahmen waren sehr deutliche Vorzeichen für die nahende Katastrophe. Die Verschärfung der Lage auf dem Gebiet der Ernährung spiegelt sich in den Tagesordnungen der Sitzungen des Magistrats wider. Seit September 1915 ist zu beobachten, wie sich die Behandlung von Versorgungsfragen mehrt, zunächst für Fleisch und Kartoffeln, ab November 1915 auch für die Einführung von Höchstpreisen bei einer Reihe von Produkten.⁴⁶

Auch äußerlich war die Verschlechterung der Situation im Berliner Straßenbild nun klar erkennbar. Die Zeit der "Polonäsen", wie die Berliner im ersten Weltkrieg das Anstehen in langen Schlangen vor den Geschäften nannten, begann. Einen Vorgeschmack des Kommenden hatte die große Kartoffelnot der Frühjahrszeit vermittelt. Im Herbst war es das Petroleum, für viele gerade aus den werktätigen Schichten die einzige Beleuchtungsquelle, und schließlich die Butter, die nicht nur knapp, sondern auch außerordentlich teuer wurde. Im Oktober 1915 hatte sich das Pfund Butter gegenüber demselben Monat des Vorjahres im Preis annähernd verdoppelt und war selbst darüber hinaus zeitweise bis auf 3,30 M gestiegen.⁴⁷ In seinen Erinnerungen sprach der damalige Oberbürgermeister schon von 2,50 M als einem "unerhörten Preis".⁴⁸ Die Erregung der Menschen machte sich bald in "Krawallen" Luft. Am 16. Oktober wurde eine Reihe von Geschäften wegen der hohen Butterpreise von verbitterten Käufern gestürmt.⁴⁹ Die Polizei ging mit gezogenem Säbel gegen die Demonstranten vor. Emanuel Wurm sprach 5 Tage danach vor den Stadtverordneten von einer "unerträglich werdenden Not", wie sie "seit undenkbarer Zeit das deutsche Volk noch nicht heimgesucht hat".⁵⁰

Natürlich fehlte es nicht an Leuten, die aus der Not eine Tugend machen und dem zunehmenden Mangel an allem Lebensnotwendigen eine positive Seite abgewinnen wollten. Einige Professoren verbreiteten sich über die Schädlichkeit des Genusses von Fleisch und Fett.⁵¹ Ein Arzt und Schriftsteller behauptete allen Ernstes, daß "auch bei minimaler Nahrungsaufnahme, zum Beispiel einem Glas Milch pro Tag, monatelang die Arbeitsleistung nicht abnimmt, sondern bei manchen fettwanstigen Bequemlich-

keitsmenschen sich sogar steigerte...⁵² Es sei "eine feststehende Tatsache, daß man mit einigen Mohrrüben, einigen Nüssen, einem Apfel pro Tag und einem Liter Wasser pro Kopf noch an Gewicht zunehmen kann..."⁵³ Zugleich begann bereits im ersten Halbjahr 1915 die Produktion von Ersatz-Lebensmitteln. Ein "Ersatz"-Fleisch z. B. unter der Bezeichnung De De Fleisch, eine Mischung von Klippfisch und Schweinefleisch, sollte angeblich nicht nur sehr nahrhaft, sondern selbst lange haltbar sein. Der "Vorwärts" bemerkte dazu sarkastisch: "Beim Braten dieses Fleisches entströmte der Bratpfanne ein wenig angenehmer Geruch, an dem manche Hausfrau schon allein satt werden dürfte."⁵⁴

Die Preissteigerung als Auswirkung der zunehmenden Knappheit an Lebensmitteln hatte die Stadtverordneten bereits im März erstmals beschäftigt, als die Händler für Kartoffeln "Phantasiepreise" von 10 bis 12 Pfg. pro Pfd.⁵⁵ verlangten. Von Juli 1914 bis Juli 1915 stiegen die monatlichen Nahrungsmittelkosten pro Kopf für die arbeitende Bevölkerung in Berlin von 23,45 M auf 39,83 M.⁵⁶ Bis zum Herbst zeigte die Entwicklung der Preise eine weiter steigende Tendenz, so daß in der Sitzung des Stadtparlaments vom 21. Oktober von Preissteigerungen bei Kartoffeln und Butter um 100 %, bei Brot um 70 %, Milch um 36 % und bei Eiern um 23 % die Rede war.⁵⁷ Der Versuch, dieser Entwicklung durch die Einführung von Höchstpreisen entgegenzutreten, verlief negativ, da die Produzenten, allen Appellen an ihre vaterländischen Gefühle zum Trotz, die betroffenen Waren zurückhielten und auf Aufhebung der Höchstpreise bzw. weitere Preissteigerung hofften. Anfang November 1915 waren in einer Woche noch 23 098 Schweine auf den Berliner Schlachtviehmarkt gekommen. Nach Einführung von Höchstpreisen für Schweine am 4. November 1915 reduzierte sich diese Zahl auf 8377.⁵⁸ Gleichzeitig erreichte der Auftrieb von Rindern und Kälbern, für die noch keine Höchstpreise existierten, eine Rekordhöhe⁵⁹, und die Preise stiegen in einem atemberaubenden Tempo von 114,50 M im Oktober 1915 für 50 kg Schlachtgewicht auf 178,50 im Februar 1916.⁶⁰ Ab März 1916 wurden bezeichnenderweise keine Preise mehr veröffentlicht, Preissteigerungen, und in Verbindung damit spekulative Gewinne, kamen bei anderen Lebensmitteln, insbesondere Konserven, durch den sog. Kettenhandel zustande, wo die Ware innerhalb weniger Tage bei ständig steigenden Preisen mehrfach den Besitzer wechselte, ohne dem Verbraucher zugeführt zu werden.

Besonders betroffen durch die anhaltende Steigerung der Lebenshaltungskosten waren die Unterstützungsempfänger, die wachsende Zahl der Frauen von Kriegsteilnehmern und ihre Familienmitglieder. Am 1. Oktober 1914 hatte die Stadt 64 168 Familien zu unterstützen und am 24. April 1915 bereits 115 378 Familien.⁶¹ Ursprünglich war vorgesehen, die Unterstützungssätze für die Sommermonate zu senken. Der Oberbürgermeister mußte jedoch vor der Stadtverordnetenversammlung anerkennen, daß dies bei den "fieberhaften Bewegungen" der Preise, insbesondere bei Kartoffeln und Fleisch, nicht möglich sei.⁶² Bis zum Jahresende stieg die Zahl der Unterstützten auf 172 000 Frauen von Soldaten mit 226 000 Kindern und 51 000 weiteren Familienangehörigen an.⁶³

Ausdruck der wachsenden Not war auch die Zunahme der an der Schulspeisung teilnehmenden Kinder. Von August 1914 bis Februar 1915 hatte sich die Zahl der ausgegebenen Portionen fast verdreifacht, d. h. von 1 149 663 für den gleichen Zeitraum 1913/14 auf 3 315 283 erhöht.⁶⁴ Rückläufig ent-

wickelten sich dagegen Quantität und Qualität des Unterrichts. Von 3600 Lehrern allein der Volksschulen waren 2065 bis Dezember 1915 zum Kriegsdienst geholt worden.⁶⁵ Zunehmender Unterrichtsausfall, Erhöhung der Klassenfrequenzen und Reduzierung des Lehrplans waren die Folgen. Der Magistrat versuchte, durch Einstellung ehemaliger Lehrerinnen den schlimmsten Auswirkungen zu begegnen. Kinder und Jugendliche wurden dazu veranlaßt, durch Teilnahme an Erntearbeiten, Geld-, Rohstoff- und Materialsammlungen ausgefallene Arbeitskräfte zu ersetzen und die Kriegswirtschaftspolitik zu stützen. Die Bildung von "Jugendkompagnien" sollte dazu beitragen, Jugendliche mit Hilfe von Übungen, "patriotischen" Veranstaltungen, Elternabenden etc. auf den Kriegsdienst vorzubereiten.

Zur weiteren Verschlechterung der allgemeinen Lebensverhältnisse trugen die Einschränkungen auf dem Gebiet des innerstädtischen Verkehrs bei, die auf den Mangel an Arbeitskräften, an Treibstoffen und Kohle zurückzuführen waren. Schon im Frühjahr 1915 war der Verkehr von sog. Automobilen eingestellt worden. Die Große Berliner Straßenbahn kündigte an, den Verkehr auf etwa 20 Linien ganz einzustellen, bei weiteren 62 Linien einzuschränken und nur 50 unverändert fahren zu lassen.⁶⁶

Erste Auswirkungen des Krieges zeigten sich hinsichtlich der Gesundheit der Bevölkerung. Regelmäßig waren im Herbst eines jeden Jahres die Diphtherie-Erkrankungen angestiegen. Diese ansteckende und damals sehr gefährliche Krankheit trat im Jahre 1915 früher als bisher und "auffallend bösartig" auf⁶⁷, so daß die Stadt Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung einleiten mußte. Der große Mangel an Ärzten verschärfte die Situation zusätzlich. Außerdem war die ärztliche Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer den Armenärzten übertragen worden, die von den Frauen und Müttern erst "unter dem Zwange der höchsten Lebensgefahr" aufgesucht wurden.⁶⁸ Es kam zu 722 Todesfällen (1914: 563).⁶⁹

Neben den drückenden wirtschaftlichen und sozialen Lasten des Krieges sah sich die Berliner Arbeiterklasse bereits zu Beginn des Jahres 1915 mit Versuchen der Unternehmer konfrontiert, die Freizügigkeit der Wahl des Arbeitsplatzes aufzuheben und damit den Arbeiter zwangsweise an den Betrieb zu binden. Die Berliner Metallindustriellen hatten bei der Feldzeugmeisterei eine Verfügung erwirkt, nach der die Beschäftigten ihrer Betriebe nur nach Ausstellung eines sog. Abkehrscheins durch das Unternehmen den Betrieb verlassen durften. Der Widerstand der Berliner Metallarbeiter verhinderte die konsequente Durchsetzung dieser Maßnahmen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie setzte die Bildung eines Kriegsausschusses für die Groß-Berliner Metallbetriebe durch, mit dem sie einen Ansatz für die Verwirklichung ihrer Pläne für eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit entwickelte. Unternehmer und Gewerkschaftsfunktionäre saßen in diesem Gremium an einem Tisch, verhandelten und entschieden gemeinsam über Fälle, in denen Arbeiter ihre Arbeitsstelle wechseln wollten.⁷⁰

Die Belastungen und Bedrückungen, denen die Berliner Arbeiter und Angestellten ausgesetzt waren, führten im Laufe des Jahres 1915 zu ersten Aktionen des Widerstandes gegen die Kriegspolitik der herrschenden Klassen und ihre Unterstützung durch die reformistische Partei- und Gewerkschaftsführung. Die ersten Proteste bereits im Frühjahr richteten sich gegen den Mangel an Kartoffeln. Im Oktober kam es zu den sog. Butterkrawal-

len, spontanen Bewegungen, die sich gegen die unerträgliche Teuerung und den Mangel an notwendigsten Lebensmitteln richteten.⁷¹ Es zeigte sich, daß die Annahme des Polizeipräsidenten vom Juni 1915, die Einschränkungen in der Lebenshaltung würden "im allgemeinen ... mit Gelassenheit getragen" und "Hungerrevolten" seien nicht zu erwarten,⁷² schon nicht mehr der realen Lage entsprach. Der preußische Minister des Innern schrieb am 22. Oktober 1915 an den preußischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg, der bekanntlich gleichzeitig Reichskanzler war: Die "einmütige patriotische Stimmung" sei als Folge der Lage auf dem Lebensmittelmarkt "im Begriff, einer empfindlichen Störung, wenn nicht völliger Zerstörung entgegenzugehen".⁷³ Insbesondere erschien ihm die "erbitterte Stimmung gegen die Landwirtschaft" von außerordentlicher Gefahr für die innenpolitische Lage.⁷⁴ Derart wirklichkeitsnahe Einschätzungen einer historischen Situation sind bei Vertretern der herrschenden Klassen in einer solchen Position nicht unbedingt als Regel zu betrachten.

Es blieb indessen nicht bei Äußerungen des Unmuts über die krasse Senkung des Lebensstandards. Nach dem Schock über die (scheinbar) einmütige Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Kriegskrediten begann das politische Bewußtsein wieder zu erwachen, regte sich der Widerstand gegen die Politik des Burgfriedens und äußerte sich in konkreten Aktionen, in denen der Kampf gegen Teuerung und Mangel mit dem Kampf um den Frieden verbunden wurde. Eine erste Kundgebung von Frauen fand am 18. März 1915 vor dem Reichstag statt, der eine weitere am 28. Mai folgte und an der sich etwa 1500 Personen, meist Frauen, beteiligten.⁷⁵ Einige Demonstranten, darunter Wilhelm Pieck, wurden von der Polizei verhaftet. Im November und Dezember kam es in der Straße Unter den Linden und auf dem Potsdamer Platz zu mehreren Straßendemonstrationen, die von den Linken organisiert waren und an denen bereits Tausende teilnahmen.⁷⁶ Die Empörung richtete sich nicht allein gegen die Politik der herrschenden Klassen, sondern auch gegen die sozialdemokratische Parteiführung, die nicht müde wurde, ihre Loyalität zu erklären und ihre Mitarbeit anzubieten, wenn auch zu dieser Zeit noch ohne größeren Erfolg. So glaubte der sozialdemokratische Stadtverordnete Hugo Heimann am 11. März 1915, die bürgerliche Mehrheit des Hauses darauf hinweisen zu müssen, daß die Sozialdemokratie bewiesen habe, daß das ihr entgegengebrachte Mißtrauen "total unberechtigt" gewesen sei.⁷⁷ Ganz anderer Auffassung war dagegen eine Delegation von Frauen der Berliner Parteiorganisation, die am 29. Oktober eine Sitzung des Parteiausschusses der SPD unterbrach, um gegen Krieg und Teuerung und gegen die Politik der Parteiführung zu protestieren. In der von ihnen vorgetragenen Rede hieß es u. a.: "Mit jeder weiteren Kriegswoche wird die wirtschaftliche Lage der Arbeitermassen unerträglicher. Der beste Schutz gegen weitere Verteuerung ist eine rasche Beendigung des Krieges. Wir fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie alles tue, um dieses Ende herbeizuführen."⁷⁸

Den Forderungen der Frauen zu entsprechen hätte bedeutet, mit der Politik des Burgfriedens zu brechen und zur konsequenten Vertretung der Klasseninteressen zurückzukehren. Dazu waren die opportunistischen Führer nicht bereit. Statt dessen konzentrierten sie ihre Kraft darauf, gegen die Gruppe der Linken in der Partei und insbesondere gegen ihren exponiertesten Vertreter, Karl Liebknecht, vorzugehen. Liebknecht nutzte die relativ geringen Möglichkeiten, die ihm als Abgeordneten des Reichstages gegeben wa-

ren, um für die Interessen des Volkes einzutreten. Und dies im weitesten Sinne, so auch die mögliche unmittelbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen betreffend. In einer seiner kleinen Anfragen an die Regierung in der Reichstagssitzung vom 14. Dezember 1915 warf Liebknecht folgende Frage auf:

"Weiß die Regierung, in welcher schwerer wirtschaftlicher Not sich die Masse des deutschen Volkes infolge des Krieges, der Gewinnsucht kapitalistischer Interessengruppen und des Versagens der Regierung befindet?"

Ist die Regierung endlich bereit, zur Steuerung dieser Not bei energischer Steigerung der allgemeinen Kriegsfürsorge ohne weiteres Zögern unter Beiseiteschiebung aller Sonderinteressen die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung) zu tun, und zwar durch Regelung der Produktion nach den Interessen der Allgemeinheit, durch Beschlagnahme der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung auf die Gesamtbevölkerung, so zwar, daß sie den Bedürftigen bei einfachster und weitherzigster Prüfung der Bedürftigkeit, unter scharfer Anspannung öffentlicher Mittel, aber unter grundsätzlicher Ausschaltung der Armenfürsorge auf diesem Gebiete, kostenlos oder zu leicht erschwinglichen Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen?"⁷⁹

Der Reichskanzler lehnte durch seinen Vertreter die Beantwortung dieser Fragen ab. Nicht allein, daß er die Fragen eines Abgeordneten, der für ihn ein "Vaterlandsverräter" war, nicht beantworten wollte - er wäre auch gar nicht dazu fähig und in der Lage gewesen. Seine gehorsamen Paladine aber schlossen Liebknecht am 12. Januar 1916 aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus.

3. Die Verschärfung der Situation bis zum Sommer 1916

Im Frühjahr 1916 kam es zu einer erneuten dramatischen Verschlechterung der Lage auf dem Lebensmittelmarkt. Davon waren besonders die großen Städte betroffen, denen es immer weniger gelang, ihre Bevölkerung mit einem lebensnotwendigen Minimum an Nahrungsmitteln zu versorgen. Zwischen der Reichsregierung und den Städten kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Bestand seit Beginn des Krieges für das ganze Reich ein Ausfuhrverbot von Lebensmitteln, so wurde es jetzt üblich, daß die Bundesstaaten und selbst Bezirke und Kreise Ausfuhrverbote erließen, um die eigene Versorgung sicherzustellen. Die Spannungen zwischen den städtischen Verbrauchern und den landwirtschaftlichen Marktproduzenten nahmen zu. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu heftigen Angriffen insbesondere von sozialdemokratischer Seite auf die "Agrarier" und auf die Reichsregierung, die "nicht Rückgrat genug" habe⁸⁰, gegen die Preistreibereien vorzugehen, und "verfehlte Maßnahmen" treffe⁸¹, indem sie zwar Höchstpreise festlege, aber vor Enteignung und Beschlagnahme zurückschrecke.

Die größten Probleme ergaben sich erneut - wie bereits 1915 - bei der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, obwohl die Ernte mit etwa 54 Mill.^t nur ganz knapp hinter dem Rekordergebnis von 1913 zurückgeblieben war.⁸² Allerdings lagen die Erträge insbesondere bei Roggen, Gerste, Hafer und

Zuckerrüben weit unter den Ergebnissen der durchschnittlichen bis guten Ernte des Jahres 1914.⁸³ Da jedoch nur etwa 15 Mill. t Kartoffeln für die menschliche Ernährung benötigt wurden, war die Annahme nur allzu verantwortlich, die Liefersabotage der Großproduzenten sei für die Misere verantwortlich. Wurm zitierte in der Stadtverordnetenversammlung den berühmten-berühmten preußischen Junker von Oldenburg-Januschau, der auf einer Versammlung der westpreußischen Landwirtschaftskammern gesagt habe: "Der Landwirtschaftsminister steht ganz auf unserm Boden, .. Die neuen Erhebungen über die Kartoffelvorräte sind noch nicht abgeschlossen, aber man hat bereits mit der Beschlagnahme der Kartoffeln gedroht. Doch das Papier ist geduldig. .. Die Ausführung der Bestimmungen liegt ja in den Händen der Provinzialverwaltung, zu der wir Vertrauen haben."⁸⁴ Die Städte waren laut Verordnung vom 9. Oktober 1915 verpflichtet, die "zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Maßnahmen zu treffen".⁸⁵ Sie meldeten ihren Bedarf bei der Reichskartoffelstelle, die jedoch keiner Pflicht zur Lieferung unterlag. Sie war zwar berechtigt, 10 % der Ernte bei Produzenten, die mehr als 10 ha bebauten, zu enteignen, machte von dieser Möglichkeit aber kaum Gebrauch. Die Kartoffel war nicht nur knapp bis zur "Kartoffelnot"⁸⁶, so daß sogar Brotmangel auftrat, weil die Kartoffel für den Zusatz fehlte - sie verschlechterte sich auch in der Qualität, während gleichzeitig die staatlich festgelegten Höchstpreise stark stiegen und sich von Februar bis Juli 1916 verdreifachten.⁸⁷ Der Deutsche Städte- tag, dessen Vorsitzender der Berliner Oberbürgermeister war, sah sich genötigt, in einer Eingabe an die Regierung zur Kartoffelversorgung zu betonen, daß "die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen."⁸⁸

Als sich die Lage hinsichtlich der Kartoffeln im späten Frühjahr zu beruhigen begann und die Großproduzenten ihre Vorräte auf den Markt warfen, machte sich der zunehmende Mangel an Fleisch, Butter und anderen Fetten um so drückender bemerkbar. Sollten in 3 Aprilwochen vertragsgemäß 42 348 Schweine geliefert werden, so kamen tatsächlich nur 2343.⁸⁹ Stadtrat Berndt verwies darauf, daß ein Viehhandelsverband statt vereinbarter 16 000 in 3 Wochen lediglich 96 Schweine geliefert hatte.⁹⁰ Zum Ausgleich empfahl der preußische Landwirtschaftsminister, möglichst viele Saatkrahen zu schießen - als ein außerordentlich gutes Nahrungsmittel.⁹¹ Als im März 1916 Höchstpreise für Rindfleisch und im April auch für Kalb- und Hammelfleisch eingeführt wurden, trat nach dem Schweinefleisch nun auch bei diesen Fleischsorten ein starker Mangel ein, dem durch Rationierung abgeholfen werden sollte. Bei der Fleischverteilung kam es jedoch zu großen regionalen Unterschieden. Während in Bayern 800 g pro Kopf und Woche ausgegeben werden konnten, waren es in Berlin lediglich 250 g, so daß die Forderung nach Einführung einer einheitlichen Reichs fleischkarte, die die Städte bereits im November 1915 verlangt hatten, immer lauter wurde. Fleisch war trotz Rationierung nur zu haben, wenn die Frauen mitten in der Nacht vor den Geschäften oder Markthallen Posten bezogen, um auf Lieferungen zu warten, oftmals vergebens. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei der Versorgung mit Butter. Ende Mai 1916 konnten in Berlin nur noch 90 g pro Kopf und Woche verteilt werden. Dennoch bildeten sich die bereits zum Alltag gewordenen "Polonäsen" vor den Geschäften, "Bereits vor sechs Uhr früh kamen die Frauen, hatten sich Feldstühle mitgebracht und saßen

nun in der Morgenkühle fröstelnd vor den geschlossenen Ladentüren, bis endlich nach mehreren Stunden der Butterwagen vorfuhr und der Verkauf beginnen konnte, der sich dann auch noch stundenlang hinzog.⁹² Beinahe noch überraschender als der Kartoffelmangel machte sich ein großes Defizit an Zucker bemerkbar und führte im April 1916 zur Gründung der Reichszuckerstelle und zur Rationierung auch dieses Nahrungsmittels. Nicht nur, daß 1915 der Anbau von Zuckerrüben zugunsten der Getreidesorten eingeschränkt worden war, es blieben auch die Erträge erheblich hinter denen der Vorjahre zurück. Dem stand eine erhebliche Steigerung des Verbrauchs gegenüber. Einmal war die Bevölkerung von der Regierung geradezu aufgefordert worden, den weitgehenden Ausfall anderer Lebensmittel durch Zucker zu ersetzen. Zucker diente aber gleichzeitig als Ersatz für Futtermittel und in großen Mengen zur Herstellung von Sprengstoffen. Außerdem wurde die Marmelade mehr und mehr zum Ersatz für die fehlende Butter; die Marmeladenfabriken hatten 1915 Hochkonjunktur. Die Nachfrage überstieg also bei weitem das Angebot und führte zu denselben Erscheinungen und Nachwirkungen wie bei den anderen in zu geringen Mengen zur Verfügung stehenden Hauptnahrungsmitteln.

Weit davon entfernt, die Lage realistisch einzuschätzen, zeigte sich die Reichsregierung von dieser Entwicklung der Dinge außerordentlich überrascht. Die Behauptung des preußischen Ministeriums des Innern in einer im Frühjahr 1916 herausgegebenen Propagandabroschüre, "Hunger ist niemals zu besorgen in der Heimat der höchstentwickelten, der leistungsfähigsten Landwirtschaft"⁹³, war auf geradezu erschreckende Weise absurdum geführt worden. Statt dessen sahen sich die herrschenden Kreise mit den von sehr verschiedenen Kräften vorgetragenen, immer lauter werdenden Forderungen nach einem "Lebensmitteldiktator" konfrontiert.

Dem Magistrat der Stadt war die Notlage eines ständig wachsenden Teiles der Berliner Bevölkerung bestens bekannt. Der Gedanke, die schlimmsten Auswirkungen durch die Einrichtung sog. Volksküchen zu mildern, war bereits 1914 in der Kriegskommission diskutiert worden. Als sich die Lage zusehends verschlechterte, wurden Stimmen laut, die eine zwangsweise Massenspeisung der gesamten Bevölkerung forderten.⁹⁴ Der Oberkommandierende in den Marken, General von Kessel, wollte partout die Berliner Einwohner ebenso wie das Militär aus der sog. Gulaschkanone versorgen.⁹⁵ In der Sitzung des Berliner Stadtparlaments am 27. April 1916 schlug ein sozialdemokratischer Stadtverordneter vor, die Einrichtung der Armenspeisungsküche zu Volksspeisungsanstalten auszubauen.⁹⁶ Die Lage hatte sich bis dahin so zugespitzt, daß sich die ständig zögernde Reichsregierung zum Eingreifen veranlaßt sah. Der Reichskanzler forderte den Berliner Oberbürgermeister zu dessen "Überraschung" auf, Volksküchen als Vorbild für das ganze Reich einzurichten.⁹⁷ Am 6. Juli 1916 beriet die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage Nr. 315 über die Errichtung einer städtischen Volksspeisung und bewilligte dafür 2 Mill. M.⁹⁸ Der Teilnehmer an der Volksspeisung hatte Lebensmittelmarken abzugeben, so daß ihm nur 75 g Fleisch und 2 Pfd. Kartoffeln pro Woche für den persönlichen Bedarf verblieben. Es kam zu einer Diskussion über die Frage, ob bereits, besonders unter der Schuljugend, von Unterernährung gesprochen werden könne. Andererseits wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, der Lebensmittelmangel sei für manche durchaus "eine Art Wohltat", da sie auf den gewohnten Kuraufenthalt nunmehr verzichten könnten.⁹⁹ Am 10. Juli

1916 konnte die erste Berliner Zentralküche eröffnet werden. Aber die Klassenschranken erwiesen sich selbst bei dieser Einrichtung als unüberwindbar: Es gab getrennte Küchen für das "Volk" und für den "Mittelstand".¹⁰⁰ Ein weiterer Versuch, der Kalamität in der Lebensmittelversorgung Herr zu werden, bestand in der Errichtung einer Trocknungsanlage für Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, wofür die Stadtverordnetenversammlung am 27. April 1916 Mittel in Höhe von 250 000 M bewilligte.¹⁰¹ Notgedrungen versuchten viele Berliner, insbesondere aus den werktätigen Schichten, sich durch Kleinviehhaltung in Kellern und auf Balkonen, den Anbau von Gemüse und Kartoffeln auf jedem nur denkbaren Fleckchen Erde und durch Einkäufe und Tauschhandel auf dem Lande ihre Ernährungsgrundlage zu verbessern.

Nicht nur bei diesen Käufen mußten die Berliner tief in die Tasche greifen. Bis zum Frühjahr 1916 hatten sich die Kosten für Nahrungsmittel gegenüber dem Ausgangspunkt zu Beginn des Krieges etwa verdoppelt.¹⁰² Die Festsetzung von Höchstpreisen bedeutete zunächst in aller Regel, daß die betreffende Ware vom Markt verschwand. Als am 19. April 1916 Höchstpreise für Rindfleisch erlassen wurden, wiederholte sich, was die Berliner bereits vorher beim Schweinefleisch erleben mußten, Rindfleisch war nicht mehr zu haben, gleichzeitig aber zogen die noch freien Preise für Kalb- und Hammelfleisch sowie für Wurst stark an und mußten daher im Mai ebenfalls in die Höchstpreisregelungen einbezogen werden. Da aus dem Ausland eingeführte Lebensmittel zu dieser Zeit noch nicht zu den festgelegten Höchstpreisen verkauft werden mußten, konnten die besitzenden Schichten sich zu entsprechend höheren Preisen mit angeblich ausländischem Schweinefleisch, Käse etc. versorgen.¹⁰³ Wer sich in der Lage sah - und das war nur eine kleine Minderheit -, über den Höchstpreis hinaus für eine Ware einen Überpreis zu bezahlen, konnte auch Dinge kaufen, die angeblich überhaupt nicht vorhanden waren.

Die sozialen Unterschiede und Gegensätze vertieften sich sprunghaft. Ein Symptom dafür war die Vorlage 92, beraten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. Februar 1916, welche die Einrichtung von Armen-ämtern, von denen zu dieser Zeit vier existierten, im gesamten Stadtgebiet vorsah.¹⁰⁴ Da die Frauen der Einberufenen es als diskriminierend empfanden, den "Armenarzt" in Anspruch zu nehmen und sich dementsprechend verhielten, wurde vorgeschlagen, diesen Titel in "Stadtarzt" umzuwandeln. Eine Vorlage zur ärztlichen Versorgung der Familien der Kriegsteilnehmer erklärte "sämtliche Ärzte, die bereit (! - D. B.) sind"¹⁰⁵, als für die Behandlung solcher Familien zugelassen. Es war nicht zuletzt eine Folge der allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen der werktätigen Schichten, wenn die seit dem frühen Herbst 1915 in der Stadt grassierende Diphtherie-Epidemie auch im Januar 1916 noch "nichts Wesentliches von ihrer Unheimlichkeit verloren" hatte und die Krankenhäuser mit Diphtherie-Kranken überfüllt waren.¹⁰⁶

Die Beschäftigungslage hatte sich seit der großen Arbeitslosigkeit im Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1916 gründlich verändert. Die von der Stadt gewährte Unterstützung an Arbeits- und Erwerbslose konnte mit der wachsenden Nachfrage der Kriegsindustrie nach Arbeitskräften und der allmählichen Absorbierung der Arbeitskraftreserven mehr und mehr eingeschränkt werden. Bemühte sich der Magistrat nach Beginn des Krieges noch um die Ankurbelung der Bautätigkeit auf den verschiedensten Gebieten, so mußte die

Stadtverordnetenversammlung sich am 22. Juni 1916 darauf beschränken, von der, wie man sich vorsichtig ausdrückte, "vorläufige(n) Zurückstellung von Bauarbeiten aller Art" Kenntnis zu nehmen.¹⁰⁷ Es fehlte an allem, an Geld, Material und nicht zuletzt an Arbeitern. Gleichzeitig gearbete die Expansion der Kriegswirtschaft neue Arbeitslose durch Einschränkungen in den Konsumgüterindustrien, wenn auch nur vorübergehend, da bald wieder von der Rüstungsindustrie aufgesogen, zumal es sich kein Arbeiter leisten konnte, angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten und der niedrigen Unterstützungssätze viel Zeit für die Suche nach einer Arbeitsgelegenheit aufzuwenden. Im Frühjahr 1916 mußte die Textilindustrie infolge Rohstoffmangels und Beschlagnahme des Materials ihre Produktion erheblich drosseln. Die Stadtverordnetenversammlung sah sich veranlaßt, am 25. Mai die Einrichtung einer Fürsorge für ganz oder teilweise erwerbslos gewordene Textilarbeiter zu beraten. Die um Integration in den bürgerlichen Staats- und kommunalen Verwaltungsapparat bemühten Vertreter der SPD-Fraktion versuchten, die Gewerkschaften als Mitwirkende in die neu zu schaffenden Einrichtungen einzubeziehen. Diese Forderung wurde mit 48 gegen 39 Stimmen abgelehnt.¹⁰⁸ Diese Debatte machte die scharfen Gegensätze in der sozialdemokratischen Fraktion des Berliner Stadtparlaments deutlich. Als der sozialdemokratische Stadtverordnete Brückner sich über die Ablehnung beklagte und auf die anerkannten "Verdienste" der Gewerkschaften bei Kriegsbeginn verwies, vermerkt das Protokoll den Zwischenruf von Adolph Hoffmann: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!¹⁰⁹ Brückner distanzierte sich davon durch die Bemerkung, er sei nicht so "pessimistisch" und gehöre nicht zu diesen "Schwarzsehern".¹¹⁰

Diese polemische Auseinandersetzung war ein Zeichen der sich verschärfenden sozialen Widersprüche, die zur weiteren Differenzierung in der sozialdemokratischen Partei führten und ihren linken Flügel stärkten. Der Widerstand gegen den Krieg und seine Folgen wuchs. Das fand seinen Ausdruck in der großen Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz am 1. Mai 1916, an der schätzungsweise 10 000 Menschen, unter ihnen auffallend viele Frauen und Jugendliche, teilnahmen.¹¹¹ Karl Liebknecht wies mit den Worten: "Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!", die zu seiner Verhaftung führten, den Versammelten den einzig möglichen Weg, der aus Not und Elend herausführen konnte.

4. Der "Kohlrübenwinter" 1916/17

Im Laufe des Sommers 1916 war die katastrophale Verschlechterung der Gesamtlage des deutschen Imperialismus nicht nur immer deutlicher, sondern auch den herrschenden Gruppen und deren exponiertesten Vertretern mehr und mehr bewußt geworden. In einer Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 19. August 1916 äußerte sich der Ministerpräsident und Reichskanzler von Bethmann Hollweg über die Verschlechterung der militärischen Lage und der Volksstimmung, die "in letzter Zeit merklich zurückgegangen sei".¹¹² "Die Masse frage, wozu der Krieg noch weiter geführt werde, und behaupte vielfach, dies geschehe nur im Interesse der Kapitalisten".¹¹³ Und in der Sitzung des Staatsministeriums vom 8. Oktober 1916 erklärte der Minister des Innern, die wirtschaftliche Lage sei "ernst", und fügte hinzu: "Binnen Jahr und Tag würden uns diese Verhält-

nisse zwingen, den Frieden herbeizuführen.¹¹⁴ Gegen alle subjektiven Widerstände drängten daher die objektiven Bedingungen zur Konzentration und Zentralisierung der Kräfte, zur verstärkten Reglementierung der Produktion, der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Lebensmitteln und zur Regulierung des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig verstärkte sich innerhalb der herrschenden Klassen eine Tendenz, die Potenzen der rechtssozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung stärker zu nutzen, um die anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen zu helfen.

Bereits im Mai 1916 wurde das Kriegsernährungsamt als zentrale Einrichtung zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung gebildet. Allerdings verfügte dieses Amt nicht über ausreichende Befugnisse, um des organisatorischen Durcheinanders kurzfristig wirklich Herr zu werden; deshalb konnte es auch keineswegs den in dieser Zeit oft zu hörenden Forderungen nach einem "Lebensmitteldiktator" entsprechen. Schon gar nicht war diese Institution in der Lage, den Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion aufzuhalten. So sah sich das Kriegsernährungsamt letztlich vor die Aufgabe gestellt, einen totalen Zusammenbruch der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu verhindern, womit natürlich die an seine Bildung geknüpften hochgesteckten Erwartungen nicht im mindesten erfüllt werden konnten. Große Enttäuschung über sein Wirken war die unvermeidliche Folge.¹¹⁵ Als z. B. am 25. August 1916 endlich eine einheitliche Reichsfleischkarte eingeführt und damit die vielen lokalen und regionalen Unterschiede in der Verteilung beseitigt wurden, geschah dies auf Kosten des bisherigen Versorgungsniveaus, das weiter gesenkt werden mußte. Wurden in Berlin im Juni 1916 noch durchschnittlich 330 g pro Kopf und Woche und in Bayern 700 g Fleisch zugewiesen, gab es nach der Vereinheitlichung nur noch 250 g Fleisch, einschließlich der eingewachsenen Knochen.¹¹⁶

Obwohl das Frühjahr bereits eine "Kostprobe" gegeben hatte, ahnte noch niemand, was der Berliner Bevölkerung im kommenden Winter bevorstand. Der Sommer hatte zu einer leichten Entspannung der Lage geführt. Aber schon am 14. September befaßte sich die Stadtverordnetenversammlung von Berlin mit einer von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorlage, betreffend die "Sicherstellung der Versorgung Berlins mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate" und die Herabsetzung von Höchstpreisen.¹¹⁷ Der Stadtverordnete Wurm sprach zur Vorlage und zitierte dabei Angaben des Kölner Stadtrats Konrad Adenauer über die Mehreinnahmen der landwirtschaftlichen Marktproduzenten durch die Höchstpreise. Er kritisierte die Verschlechterung der Qualität des Brotes, das man sich manchmal "hinunterekeln" müsse.¹¹⁸ Als er behauptete: "Wagenschmiere ist mitunter eine herrliche Sache gegenüber dem, was man uns als Margarine anbietet", erhob sich kein Widerspruch aus dem Auditorium.¹¹⁹ Die Sorgen verdichteten sich, aber das ganze Ausmaß der Not für die Berliner Werktätigen in diesem denkwürdigen Winter war noch nicht erkennbar.

Im späten Herbst veranstaltete der Oberbefehlshaber Ost in Berlin eine Ausstellung von russischem Obst, die sog. Oberostobstausstellung. Am Rande dieser Veranstaltung will der Berliner Oberbürgermeister erstmals davon erfahren haben, daß die geerntete Kartoffelmenge nicht reichen würde, den Bedarf bis zur nächsten Ernte zu decken, und daß die Kohlrübe mit ihren angeblich guten Ersatzigenschaften die Lücke füllen müsse.¹²⁰ Tat-

sächlich war die Kartoffelernte weit unter den Erwartungen geblieben und lag beträchtlich unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre (1906 - 1915). Dieser Durchschnitt hatte 46,3 Mill. t¹²¹ betragen, während 1916 nur 25,1 Mill. t geerntet wurden,¹²² was etwa dem Niveau zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jh. entsprach, sowohl in bezug auf Ernteflächen als auch hinsichtlich der Hektarerträge. Das war ernst, denn nach den Ausföhrungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, auf der Dienstversammlung der Regierungspräsidenten am 11. Oktober 1916 im Ministerium des Innern wirkte der Mangel an Kartoffeln stets wie ein Barometer: "Wochenlang kein Fett, absolute Fleischlosigkeit, auch Mangel an Brot und Streckungsmitteln habe die Bevölkerung geduldig ertragen. Aber sobald die Kartoffelversorgung stockte, sei die Stimmung völlig umgeschlagen."¹²³

Die Lage wurde noch komplizierter, als sich die Auswirkungen des sog. Hindenburg-Programms, eines im Kern utopischen Programms des deutschen Imperialismus zu forcierten Rüstungsanstrengungen als Antwort auf die militärische und materielle Überlegenheit der Mächte der Entente und insbesondere Großbritanniens, mehr und mehr bemerkbar machten. Wirtschaft und Verkehr erwiesen sich als durch dieses Programm restlos überfordert. Die Eisenbahnen waren im Herbst, der bekanntlich immer die jahreszeitliche Spitze bei den Transportleistungen mit sich bringt, den erhöhten Anforderungen nicht gewachsen. Es kam zu einer schweren, für die Verantwortlichen aber "überraschend"¹²⁴ hereingebrochenen Transportkrise, die den ganzen Winter über andauerte und die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Waren, wie insbesondere Kartoffeln und Kohlen, über den bestehenden Mangel hinaus zusätzlich behinderte und damit die wirtschaftliche und soziale Lage weiter verschärfte. Hinzu kam ein ungewöhnlich strenger und langer Winter, besonders in den Monaten Januar bis März 1917, in denen die Temperaturen weit unter den langjährigen Mittelwerten lagen, so an der Meßstelle Friedrichshain im Februar um 5,1 Grad und im März um 4,1 Grad Celsius.¹²⁵ Es war für Berlin schon eine Seltenheit, wenn die mittlere Lufttemperatur für den gesamten Monat März unter dem Gefrierpunkt lag (-0,4 Grad)¹²⁶ und die Anzahl sowohl der Eistage (ganztägig Temperaturen unter 0 Grad) mit 9 als auch der Frosttage (Absinken der Temperaturen unter die Null-Grad-Grenze) mit 22 Rekordhöhen erreichte.¹²⁷ Die Krise der Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen ballte sich - in Verbindung mit der Krise im Verkehrswesen und verschärft durch den harten Winter - zu einem unentwirrbaren Knäuel zusammen und stellte die Stadtverwaltung objektiv vor unlösbare Probleme. Diese Krise spiegelte wider, daß sich die herrschenden Klassen in Deutschland bei der Realisierung ihrer Kriegspolitik bereits restlos übernommen hatten und die von ihnen verfolgten Ziele weit hinter ihren tatsächlichen Möglichkeiten zurückblieben.

Für die Berliner Arbeiterklasse und die Mittelschichten waren das harte, endlos scheinende Monate, die schwersten während des gesamten Krieges. Für sie wurde die Kohlrübe anstelle der Kartoffel zum Hauptnahrungsmittel. Der Berliner Oberbürgermeister berichtete darüber: "Weit mehr, als sich im Herbst ahnen ließ, mußte die dicke wässrige Frucht dem Berliner aufgenötigt werden, bis sie ihm und noch mehr der Stadtverwaltung zu Haß und Abscheu wurde... Monatelang, vom Februar 1917 bis in den April hinein, suchte ich jeden Morgen vergeblich einen Eisenbahnwagen Kartoffeln

auf meiner Liste."¹²⁸ Das tägliche Brot wurde nicht nur noch stärker ausgemahlen, sondern mit Kohlrüben "gestreckt". Am Frühstückstisch gab es Marmelade aus Kohlrüben, zum Mittagessen wurde Kohlrübensuppe oder gar ein "Kotelett" aus Kohlrüben serviert und am Abend ein Brotaufstrich aus Kohlrüben. Es war scheinbar möglich, fast alles aus oder mit Kohlrüben herzustellen, einschließlich Kaffee-Ersatz, Pudding und Bier. Die niedrigen Rationen anderer wichtiger Lebensmittel konnten zudem oft nicht in voller Höhe ausgeliefert werden, so daß der Hunger für die große Masse der Berliner Bevölkerung nicht mehr ein drohendes Gespenst, sondern tägliche Realität war.

Bereits in der ersten Sitzung des Stadtparlaments im neuen Jahr, am 4. Januar 1917, kam es, nachdem der Vorsteher der Versammlung, Michelet, zunächst dem Kaiser für seine Politik den "innigsten Dank" ausgesprochen und ihm bescheinigt hatte, er sei ein "Friedensfürst"¹²⁹, zu einer heftigen Debatte über die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln. Selbst der Oberbürgermeister kam dabei nicht umhin, wenigstens die Art und Weise, die Formen und Methoden der Regulierung der Lebensmittelversorgung zu kritisieren: "Das allerschlimmste ist das Schwanken, ist der häufige Systemwechsel."¹³⁰ Aber auch deutliche Warnungen an die Adresse der Herrschenden kamen hier zum Ausdruck, so durch den sozialdemokratischen Stadtverordneten Wurm, der nicht einmal zu den weiter links Stehenden zählte: "... die Mißstände werden von Tag zu Tag größer, und der Unwille, die Erbitterung im Volke wächst in einer Weise, daß die Herren da oben sich überlegen mögen, wie weit sie es noch treiben können".¹³¹ Das war wohl mehr die Warnung eines Wohlmeinenden, der sich in der Stimmung der Volksmassen auskannte, denn die Drohung eines oppositionellen Politikers.

Im Winterhalbjahr 1916/17 erzielten die Schleichhändler, Schieber und Spekulanten, vom Volksmund als "Raffkes" bezeichnet, im krassen Gegensatz zu den darbenenden Massen märchenhafte Gewinne. Zwar handelte es sich da um keine prinzipiell neue Erscheinung - die Profiteure des Elends, die aus dem Mangel an Nahrungsmitteln persönlichen Nutzen zogen, waren bereits zu Beginn des Krieges in Aktion getreten -, aber die eigentliche Hochkonjunktur setzte für sie erst in dieser Zeit ein. Ein besonderes Feld bot sich ihnen bei der Produktion von Ersatz-Lebensmitteln. Eine Mischung aus roten Rüben, Mohrrüben, Kohlrüben und Gewürzen ergab eine "ungarische Gemüsebutter", ein anderer Butter-Ersatz bestand aus Sauermilchquark mit Zucker und Farbstoff, hinter Ei-Ersatz verbarg sich gefärbtes Mais- oder Kartoffelmehl.¹³² Es gab "'Marmeladen' aus Gelatine und Wasser mit Farbstoff und Essenzen, 'Puddingpulver' aus Leimsorten, 'Pfefferersatz' zu 85 v. H. aus Asche..."¹³³

Auch einzelne Wissenschaftler beteiligten sich an der Suche nach Ersatz-Lebensmitteln. Prof. Fritz Haber, dem die Völker bereits die Entwicklung der ersten im Kriege eingesetzten Giftgase verdankten, befand, daß Stroh als Mehlersatz verwendet werden könne.¹³⁴ Selbst eine neue Atemmethode zur Bekämpfung des Hungergefühls ward bestens empfohlen.¹³⁵ Wenn es auch so gut wie nicht mit Erfolg gelang, Fleischersatz herzustellen, z. B. "Pflanzenfleisch", so war es doch möglich, "Wurst" zu produzieren, die mit diesem Lebensmittel lediglich den Namen gemein hatte. Mit einem besonders eklatanten Fall hatte sich die Stadtverordnetenversammlung am 5. Oktober 1916 zu beschäftigen. Sie ersuchte den Magistrat, "um-

gehend energische Abwehrmaßnahmen gegen die üblen Gerüche im Bötzowviertel zu ergreifen", ausgehend von einer Fabrik, die "Kram" (Eingeweide) zu Wurst verarbeitete. Dabei entstanden "so widerliche, unangenehme, durchdringende Gerüche, daß sie im höchsten Grade verpestend die Luft der Umgebung erfüllen".¹³⁶ Inmitten dieses Wohnviertels war es unmöglich geworden, die Fenster zu öffnen. Der Unternehmer, der daran bereits Millionen verdient hatte und ebenfalls ursprünglich dort ansässig war, hatte das Problem bereits auf seine Weise gelöst und sich eine Wohnung im Westen der Stadt, in der Joachimsthaler Straße, genommen.

Zum Hunger gesellte sich das Frieren als ständiger Begleiter des Großteils der Berliner Bevölkerung. In den ersten beiden Kriegswintern war die Versorgung mit Kohle relativ normal verlaufen. Das änderte sich im Herbst 1916, und im Winter kam es vor den Berliner Kohlenhandlungen zu den bereits sattsam bekannten "Polonäsen", wo die Menschen, meist Frauen, in strenger Kälte 4 bis 5 Std. standen, um 20 bis 30 Briketts oder bestenfalls einen halben Ztr. zu erhalten, wenn die Kohle nicht schon ausverkauft war. Der Bevölkerung war unbegreiflich, ebenso wie bei Kartoffeln und Zucker, wie in dem "mit Kohlen gesegneten Deutschland eine solche Not hat eintreten können".¹³⁷ Schulen und Badeanstalten mußten wegen Kohlenmangels geschlossen werden.

Aber nicht allein, daß die Kohle knapp wurde, sie verteuerte sich auch und folgte damit dem allgemeinen Trend der Preise. Abgesehen von den Phantasiereisen, die im Schleichhandel zu zahlen waren und von denen ein wachsender Teil der Bevölkerung, sofern er zu zahlen in der Lage war, betroffen wurde, zogen auch alle anderen, einschließlich der staatlich festgelegten Höchstpreise laufend an, obwohl nun langsamer als in den ersten beiden Kriegsjahren.¹³⁸ Die Fleischpreise, wenn auch nach Einführung der Höchstpreise reduziert, waren so hoch, daß die ärmere Bevölkerung nicht einmal die minimale Ration von 250 g pro Woche kaufen konnte.¹³⁹ Ebenso unerschwinglich blieben für viele die Kosten von 0,40 M pro Essen für die Teilnahme an der Volksspeisung.¹⁴⁰ Die Volksküchen hatten gerade in den ersten Monaten des Jahres 1917 den stärksten Zulauf und gaben täglich durchschnittlich 180 000 Mittagessen aus.¹⁴¹ Nicht nur die Kapazität der Küchen, sondern auch die Nachfrage war theoretisch bedeutend größer, doch gab es - neben dem Preis - eine Reihe von Faktoren, die eine stärkere Nutzung verhinderten, z. B. die für viele untragbar hohe Abgabe von Lebensmittelmarken und eine verbreitete Scheu, zu den Armen gerechnet zu werden.

Zu einem besonderen Problem entwickelten sich im Winterhalbjahr 1916/17, als sich die Energiesituation erheblich verschlechterte, die Verkehrsverhältnisse. In dieser Zeit sah sich die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1916 und im Januar 1917 veranlaßt, die Zustände im innerstädtischen Verkehr auf die Tagesordnung zu setzen. Es ging dabei nur am Rande um die allgemeinen Verhältnisse in den innerstädtischen Verkehrsmitteln, deren Benutzung nach Aussagen des sozialdemokratischen Stadtverordneten Heimann "wahrlich keine Lustbarkeit" darstellte,¹⁴² da das Fahren in den "überall gefropften, schlecht ventilierten, unzulänglich beleuchteten, quiekenden Wagen, in denen häufig jede Bewegungsmöglichkeit vollkommen ausgeschlossen" sei, für die Fahrgäste "eine Qual ... und einen außerordentlich schweren und anstrengenden Dienst für die ... abgehetzten Schaffnerinnen" bedeutete.¹⁴³ In der Sitzung vom 18. Januar 1917 ergänzte

einer der Führer der bürgerlichen Parteien im Stadtparlament, Cassel, diese Darstellung, Er sprach über die drangvolle Enge, "gesundheitsgefährliche Häufungen" und davon, daß die Fahrgäste "sich gegenseitig von der Plattform" herunterstießen.¹⁴⁴ Die Schaffnerinnen seien dagegen machtlos; es kam vor, daß sie selbst aus den Wagen hinausgeworfen wurden.¹⁴⁵

Die öffentliche Erregung über diese Zustände hatte sich noch gesteigert, als staatliche Stellen am 15. Dezember 1916 zwecks Energieeinsparung Verkehrsbeschränkungen verfügten, die für die Berliner die Möglichkeit, die Verkehrsmittel zu benutzen, um eine Stunde und mehr verkürzten. Gleichzeitig wurde die Polizeistunde auf 23. 30 Uhr vorverlegt. Das war für viele Berliner Werktätige gleichbedeutend mit einer einschneidenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen und betraf vor allem Schichtarbeiter, Büroangestellte und das Personal von Hotels und Gaststätteneinrichtungen. Nicht wenige Werktätige mußten nun nachts "stundenlang in ihre Wohnungen nach Hause laufen".¹⁴⁶ Auf dieses Problem hin angesprochen, erklärte ein Mitarbeiter der Kriegsrohstoffabteilung der Presse gegenüber, Arbeiter, die wirklich nicht mehr nach Hause fahren könnten, sollten "in Feldbetten an der Arbeitsstätte übernachten".¹⁴⁷ Selbst der Oberbürgermeister bewahrte eine kritische Distanz zu dieser Art von "Sparmaßnahmen", indem er darauf hinwies, daß auf den gesamten Kohlenverbrauch der Stadt eine Ersparnis von nicht einmal 1 o/oo zustande käme.¹⁴⁸

Schließlich wurde behauptet, es ginge überhaupt nicht um Kohlenersparnis, sondern um das Fehlen von männlichem Personal bei der Straßenbahn. Dahinter steckte die Auffassung, Frauen seien der anstrengenden Arbeit bei den Verkehrsbetrieben nicht gewachsen. Für weibliche Arbeitskräfte waren sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Entlohnung tatsächlich außerordentlich schlecht. Sie arbeiteten statt 8 Std., oft 12 bis 14 Std., "um überhaupt existieren zu können".¹⁴⁹ Ohne die Arbeit der Frauen war aber der städtische Verkehr nicht aufrechtzuerhalten. Gab es bei den städtischen Straßenbahnen im Januar 1914 bei 616 Beschäftigten nur 2 weibliche Arbeitskräfte, keine davon im Fahrdienst tätig, so zählten sie am 1. Januar 1917 bei einer Gesamtzahl von 580 Beschäftigten annähernd die Hälfte, d. h. 288, von denen 231 im Fahrdienst beschäftigt waren.¹⁵⁰ Die Verkehrsbetriebe verzeichneten eine hohe Fluktuation, daß aber Frauen unter den gegebenen Umständen dieser Arbeit überhaupt nachgingen, wurde in der Stadtverordnetenversammlung als "erstaunlich" bezeichnet.¹⁵¹

Dies um so mehr, als sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt grundlegend gewandelt hatte. Die Arbeitslosigkeit der Anfangsphase des Krieges war, bezogen auf männliche Arbeitskräfte als Folge steigender Nachfrage der kriegswichtigen Betriebe, im Laufe des Jahres 1915 wieder auf den unmittelbaren Vorkriegsstand zurückgegangen.¹⁵² Bis zum September 1916 sank die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf 1400.¹⁵³ Andererseits drängten Hunderttausende Frauen, die durch die Auswirkungen des Krieges gezwungen waren, einer Beschäftigung nachzugehen, in den Jahren 1915 und 1916 auf den Arbeitsmarkt, so daß es in dieser Zeit ein ausgesprochenes Übergangangebot an weiblichen Arbeitskräften gab. Das änderte sich ab Herbst 1916 im Zusammenhang mit dem "Hindenburg-Programm", d. h. mit den erhöhten Rüstungsanstrengungen des deutschen Imperialismus. Der enorme Bedarf konnte nur durch verstärkten Einsatz des vorhandenen Potentials

der weiblichen Arbeitskräfte vorläufig noch annähernd gedeckt werden. Welche Ausmaße die Frauenarbeit bereits angenommen hatte, zeigt eine Erhebung des Berliner Metallarbeiterverbandes vom Herbst 1916. Diese erfaßte 222 006 Arbeiterinnen. Nahezu die Hälfte von ihnen (46,8 %) arbeitete im Zweischichtsystem und noch ein Fünftel (19,1 %) im Dreischichtsystem.¹⁵⁴ Nur 10,6 % waren weniger als 48 Std. beschäftigt. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit bewegte sich zwischen 6 und 13 1/2 Std., ohne Berücksichtigung von Überstunden und Sonntagsarbeit. Aber 27 % der Arbeiterinnen waren 57 bis 60 Std. tätig, und wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 75 Std. kamen offenbar nicht selten vor.¹⁵⁵

Generell tendierte die Arbeitszeit während des Krieges zur Verlängerung, gefördert durch steigende Anforderungen an die Kriegswirtschaft, denen abnehmende Zahlen von Arbeitskräften gegenüberstanden. Das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916, dessen Kern darin bestand, sowohl neue Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zu gewinnen, als auch die Arbeiter an den Betrieb zu binden und - mit Einverständnis der Gewerkschaften - einen Wechsel der Arbeitsstelle zu erschweren, förderte diese Tendenz noch zusätzlich, so daß in den Rüstungsbetrieben der großen und mittleren Industrie in Berlin überwiegend werktags 10 bis 12 Std. und sonntags 5 bis 12 Std. gearbeitet wurde.¹⁵⁶

Allein die hier genannten Faktoren zusammengenommen - nicht alle konnten auch nur angedeutet werden - ergaben für die Berliner Werkstätigen im Frühjahr 1917 eine Situation, wie sie katastrophaler kaum noch sein konnte. Die Krise der Lebensmittelversorgung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Nach angestrenzter Arbeit konnten die Werkstätigen zu Haus weder mit einer ausreichend warmen Wohnung noch mit einer Mahlzeit, die ihre verbrauchte Arbeitskraft wiederherstellte, rechnen. Wer auf die Verkehrsmittel angewiesen war, den erwartete Abenteuerliches. Die Gesundheitsverhältnisse waren erschreckend. Sinkender Leistungsfähigkeit und unter den gegebenen Bedingungen natürlich auch sinkender Leistungsbereitschaft auf der einen Seite stand die ständig erneuerte Forderung nach höherer Leistung gegenüber. Während sich ihre wirtschaftliche Lage immer weiter verschlechterte, wurden auch die Rechte der Werkstätigen ständig wachsenden Beschränkungen unterworfen. Es entwickelte sich eine derart gespannte Situation, in der es nur noch eine Frage der Zeit oder eines gegebenen Anlasses war, um zu einer Entladung zu führen.

Ein erstes großes Signal war die Erhebung der russischen Arbeiter und Bauern in der Februarrevolution 1917. Dieses Ereignis wirkte auf die revolutionäre Linke in der deutschen Arbeiterbewegung wie auch auf andere antiimperialistisch eingestellte Kräfte wie ein Fanal und veranlaßte sie, ihre Anstrengungen zur Beendigung des Krieges und zur Beseitigung der Klassenherrschaft der Monopole und Junker zu verstärken. Es war schon als Symptom für die veränderte Lage zu betrachten, wenn der Stadtverordnete Dr. Hermann Weyl, ein Arzt und Mitglied der eben gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), am 12. April bei der Beratung einer Vorlage zur ärztlichen Versorgung der Familien der Kriegsteilnehmer erklärte, er hoffe, daß "diese Vorlage ... recht bald überflüssig sein wird, wenn es endlich einmal gelingt, hoffentlich mit Unterstützung der tapferen russischen Arbeiter und Bauern, dem Weltkrieg ein Ende zu machen durch eine friedliche Verständigung der Völker".¹⁵⁷

Unter den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse und insbesondere unter den Arbeitern in der Berliner Rüstungsindustrie wuchs die Entschlossenheit, sich gegen die ständige, unerträgliche Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen, wie die Berichte des Berliner Polizeipräsidenten vom Februar/März 1917 zeigen.¹⁵⁸ Die Linken gewannen deutlich an Einfluß auf die Arbeiterklasse. So hieß es in einem dieser Berichte vom 19. Februar 1917, zur Zeit seien "fast alle Verbandsfunktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Obmänner und Vertrauensmänner), die in den Fabriken als tonangebend für die gesamte Arbeiterschaft gelten, in politischer Hinsicht Anhänger der Opposition und zum großen Teil Anhänger der sogenannten Spartacusgruppe..."¹⁵⁹ Schon vor der Februarrevolution war erkennbar, daß neben den Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werkstätigen politische Ziele mehr und mehr in den Vordergrund traten.¹⁶⁰ Als die Regierung sich am 23. März genötigt sah, für den 15. April eine Senkung der Mehl- und damit der Brottration anzukündigen, war die Grenze des Erträglichen endgültig überschritten. Am 16. April trat die Arbeiterschaft von mehr als 300 Berliner Rüstungsbetrieben mit etwa 300 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in den Streik. Brot und Frieden waren die zentralen Forderungen dieser während des Krieges bis zu diesem Zeitpunkt größten Massenaktion der deutschen Arbeiterklasse. Sie zeigte, daß auch in Deutschland eine revolutionäre Situation heranzureifen begann.

5. Anmerkungen

- 1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914 - 1945, Bd. 1 (Juli 1914 - Oktober 1917), Berlin 1958, S. 23.
- 2 Bülow, B. Fürst v., Denkwürdigkeiten, 2, Bd., Berlin (1930), S. 198.
- 3 Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, zusammengest. v. K. Kautsky, hg. v. M. Graf v. Montgelas u. W. Schücking, durchges. u. verm. Ausg., Bd. 2, Berlin 1927, Dok. Nr. 332, S. 46.
- 4 Vorwärts, 5. 8. 1914, zit. nach: Glatzer, D. u. R., Berliner Leben 1914 - 1918, Berlin 1983, S. 60.
- 5 Wermuth, A., Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 359. - Der Magistrat hatte sich "in aller Stille, um eine Beunruhigung des Marktes zu vermeiden, mit geeigneten Händlern in Verbindung" gesetzt, die "große Aufkäufe" tätigten (Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin, 1914, S. 663 /Vorlage Nr. 574/).
- 6 Wermuth, S. 361.
- 7 Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin, 41, Jg., 1914, Berlin 1915, S. 260.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda.
- 10 Skalweit, A., Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 115.
- 11 Zit. nach: Glatzer, S. 41.
- 12 Ebenda.
- 13 Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit, hg. v. E. Kaeber, Berlin 1921, S. 354.
- 14 Vorwärts, 25. 8. 1914, zit. nach: Glatzer, S. 71.
- 15 Ebenda.
- 16 Stenographische Berichte ..., 1914, S. 262.
- 17 Ebenda, S. 265.
- 18 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 713.
- 19 Stenographische Berichte ..., 1914, S. 333.
- 20 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, 36. Jg., 1915, S. 427.
- 21 Stenographische Berichte ..., 1914, S. 272.
- 22 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 858.
- 23 Stenographische Berichte ..., 1914, S. 290.
- 24 Ebenda, S. 302.
- 25 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 861.
- 26 Stenographische Berichte ..., 1914, S. 333.
- 27 Stadtverordnete brachten mehrfach zum Ausdruck, daß sie mit einer Kriegsdauer von 8 Monaten rechneten (s. Stenographische Berichte ..., 1914, S. 299; Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 859).
- 28 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 34. Jg., enthaltend die Statistik der Jahre 1915 bis 1919, Berlin 1920, S. 434 ff.
- 29 Ebenda, S. 440.
- 30 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 909.
- 31 Ebenda, S. 881.

- 32 Vgl. Glatzer, S. 78.
- 33 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 316, Vorlagen ..., S. 901.
- 34 Lange A., Das wilhelminische Berlin, Berlin 1976, S. 652.
- 35 "Der Fleischverbrauch stieg in den ersten Monaten sogar noch, und zu keiner Zeit wurde in Berlin so viel Kuchen gebacken wie Weihnachten 1914." (Ebenda, S. 649.)
- 36 Stenographische Berichte ..., 42. Jg., 1915, Berlin 1916, S. 1.
- 37 Ebenda, S. 3.
- 38 Wermuth, S. 367.
- 39 Zit. nach: Stenographische Berichte ..., 1915, S. 49.
- 40 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 340.
- 41 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 40.
- 42 Ebenda.
- 43 Skalweit, S. 96.
- 44 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 311, Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin, 1915, S. 225.
- 45 Ebenda, S. 607.
- 46 Stadtarchiv Berlin, Nr. 3126, Tagesordnungen zu den Magistratssitzungen, 1913 - 1915, u. Nr. 3127, Tagesordnungen zu den Magistratssitzungen, 1916 - 1920.
- 47 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 437 f.
- 48 Wermuth, S. 373.
- 49 Dokumente und Materialien ..., S. 696.
- 50 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 182.
- 51 Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 125.
- 52 Berliner Lokal-Anzeiger, 17. 1. 1915, zit. nach: Glatzer, S. 83.
- 53 Ebenda, S. 84.
- 54 Vorwärts, 21. 5. 1915, zit. nach Glatzer, S. 212.
- 55 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 39.
- 56 Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 348.
- 57 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 182.
- 58 Skalweit, S. 101.
- 59 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 395.
- 60 Ebenda, S. 403.
- 61 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 106.
- 62 Ebenda, S. 105.
- 63 Wermuth, S. 361 f.
- 64 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 317, Vorlagen ..., 1915, S. 224.
- 65 Nach Glatzer, S. 157.
- 66 Stenographische Berichte ..., 43. Jg., 1916, Berlin 1917, S. 52.
- 67 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 317, Vorlagen ..., 1915, S. 577.
- 68 Ebenda, S. 595.
- 69 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 120.
- 70 Vgl. Richter, W., Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im I. Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914 - 1919), Berlin 1959, S. 59 f.; Umbreit, P., Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928, S. 117 f.
- 71 Vgl. Kuczynski, S. 254.
- 72 Zit. nach: Glatzer, S. 202.

- 73 Dokumente und Materialien ..., S. 243.
- 74 Ebenda, S. 244.
- 75 Spartakusbriefe, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1958, S. 42.
- 76 Dokumente und Materialien ..., S. 696.
- 77 Stenographische Berichte ..., 1915, S. 48.
- 78 Dokumente und Materialien ..., S. 248.
- 79 Ebenda, S. 256.
- 80 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 29.
- 81 Ebenda, S. 52 f.
- 82 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1915, S. 51; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Statistischen Reichsamt, 40. Jg., 1919, S. 67.
- 83 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1919, S. 67, 111.
- 84 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 53.
- 85 Ebenda.
- 86 Ebenda, S. 52.
- 87 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 440.
- 88 Zit. nach: Stenographische Berichte ..., 1916, S. 130.
- 89 Ebenda, S. 132.
- 90 Ebenda, S. 138.
- 91 Siehe ebenda, S. 134.
- 92 Dombrowski, E., Deutschlands wirtschaftliche und soziale Organisation während des vierten Kriegshalbjahres, in: Der Völkerkrieg. Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914, bearb. u. hg. v. C. H. Baer, Bd. 16, Stuttgart 1917, S. 67.
- 93 Ernährung und Teuerung. Ausgabe der "Ernährung im Kriege" für Frühjahr 1916, hg. v. Ministerium des Innern, Berlin (1916), S. 2.
- 94 So auch (im Oktober 1916) der preußische Unterstaatssekretär und spätere Reichskanzler Georg Michaelis, der bei einer Beratung beim Minister des Innern vorschlug, angesichts der Lage die Massenspeisung zwangsweise "schon jetzt ... nicht erst im Februar oder März, wenn danach geschrien werde", für "sämtliche Einwohner der Städte" einzuführen. (Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, III, Hauptabteilung, Auswärtiges Amt, Nr. 1811, Bl. 187.)
- 95 Siehe Lange, S. 667.
- 96 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 119 f.
- 97 Siehe Wermuth, S. 380.
- 98 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 194 ff.
- 99 Ebenda, S. 199.
- 100 Vgl. Dombrowski, S. 52.
- 101 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 18, Akten der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin, betr. die Sessions-Protokolle, 1916, Bl. 73.
- 102 Vgl. Kuczynski, S. 349.
- 103 Vgl. Skalweit, S. 137.
- 104 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 44 ff.
- 105 Ebenda, S. 11.
- 106 Ebenda.
- 107 Stadtarchiv Berlin, Rep. 00, Nr. 18, Bl. 110.
- 108 Ebenda, Bl. 91.
- 109 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 147.
- 110 Ebenda.

- 111 Dokumente zur deutschen Geschichte 1914 - 1917, hg. v. D. Fricke, bearb. v. W. Gutsche, Berlin 1976, S. 99.
- 112 Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Preußisches Staatsministerium, Nr. 2428, Bl. 295.
- 113 Ebenda.
- 114 Ebenda, Bl. 327.
- 115 So auch die Meinung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, der in der Sitzung des Staatsministeriums am 19. August feststellte, die ersten Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes hätten "eine Enttäuschung hervorgerufen". (Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Bl. 303.)
- 116 Dombrowski, S. 64 f.
- 117 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 222 f.
- 118 Ebenda, S. 225.
- 119 Ebenda, S. 226.
- 120 Wermuth, S. 377.
- 121 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, 39. Jg., 1918, Berlin 1918, S. 15.
- 122 Ebenda.
- 123 Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, III. Hauptabteilung, Auswärtiges Amt, Nr. 1811, Bl. 185.
- 124 Bundesarchiv Koblenz, Militärarchiv, Nachlaß Groener, N 46, Nr. 121, Bl. 40.
- 125 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, S. 202.
- 126 Ebenda.
- 127 Ebenda, S. 209.
- 128 Wermuth, S. 377.
- 129 Stenographische Berichte ..., 44. Jg., 1917, Berlin 1918, S. 2.
- 130 Ebenda, S. 23.
- 131 Ebenda, S. 16.
- 132 Vgl. Skalweit, S. 58.
- 133 Ebenda, S. 58 f.
- 134 Siehe Lange, S. 679.
- 135 Siehe ebenda, S. 680.
- 136 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 261.
- 137 Ebenda, 1917, S. 189.
- 138 Vgl. z. B. die bei Kuczynski, S. 349, gegebenen Indizes der Nahrungsmittelkosten.
- 139 So der Stadtverordnete Wurm am 14. September 1916 in der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Herabsetzung der Höchstpreise (Stenographische Berichte ..., 1916, S. 226).
- 140 Ebenda, S. 227.
- 141 Skalweit, S. 48.
- 142 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 333.
- 143 Ebenda.
- 144 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 45.
- 145 Ebenda.
- 146 Ebenda, S. 42.
- 147 Nach der Darlegung des Stadtverordneten Heimann (Stenographische Berichte ..., 1916, S. 334).
- 148 Ebenda, S. 335.
- 149 Ebenda, 1917, S. 44.

- 150 Berlin im Weltkriege, S. 394.
- 151 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 44.
- 152 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Statistischen Reichsamte, 40. Jg., 1919, Berlin 1919, S. 325.
- 153 Stenographische Berichte ..., 1916, S. 231.
- 154 Lorenz, Ch., Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, S. 340.
- 155 Ebenda, S. 340 f.
- 156 Berlin, 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild, v. einem Autorenkollektiv u. d. L. v. R. Bauer u. E. Hühns, Berlin 1980, S. 209.
- 157 Stenographische Berichte ..., 1917, S. 160.
- 158 Vgl. Scheel, H., Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, Berlin 1957, S. 4 ff.
- 159 Zit. nach: Scheel, S. 5.
- 160 Siehe Stern, L., Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1958, S. 86; Scheel, S. 4.

Zur Entwicklung der Löhne der Metallarbeiter
in der Berliner Elektroindustrie (1924 - 1936)

von Heinz Habedank

In Berlin gehörten die Metallarbeiter zu den Arbeitskräften, die - verglichen mit den Arbeitern der übrigen Fabrikationszweige der Hauptstadt - nur mittelmäßige tarifliche Stundenlöhne erhielten. Diese waren Anfang 1924, wie uns die folgende Tabelle zeigt, von den Unternehmern auf einen sehr niedrigen Stand herabgedrückt worden.

Tabelle 1

Tarifliche Stundenlöhne in der Berliner Metallindustrie, chemischen Industrie und Textilindustrie im April 1924
(in RM)

Arbeitergruppen	Metall- industrie	chemische Industrie	Textil- industrie
Gehobene gelernte männl.			
Facharbeiter	0, 54	0, 66	0, 45 - 0, 50
Gelernte männl. Arbeiter	0, 49	0, 64	0, 39 - 0, 42
Angelernte männl. Arbeiter	0, 44	0, 56	---- ⁺
Ungelernte männl. Arbeiter	0, 38	0, 51	0, 35 - 0, 38
Ungelernte weibl. Arbeiter	0, 27	0, 34	0, 28 - 0, 31 ⁺⁺

+ Angabe fehlt.

++ geschätzte Angabe.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 3. Jg. (1927), S. 116 f.

Ende 1923 hatte der Verband Berliner Metallindustrieller (VBMI) den Tarifvertrag gekündigt und Lohnkürzungen von 14 bis 20 % angewiesen. Die Betriebsobleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV), unter denen die Berliner Kommunisten relativ großen Einfluß gewonnen hatten, griffen zur Waffe des Streiks. Die Unternehmer sperren 150 000 Berliner Metallarbeiter aus. Rechte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer setzten den Abbruch des Streiks und einen staatlichen Schiedsspruch durch, der einen 4- bis 6prozentigen Lohnabbau festlegte. Und angesichts des bestimmenden Einflusses der reformistischen Gewerkschaftsführung mußten die Metallarbeiter diesen Lohnraub zunächst hinnehmen. Sie begannen aber bald danach, um höhere Löhne zu kämpfen. Es gelang ihnen, in mehreren Wellen von Lohnkämpfen, die Bruttostundenlöhne kontinuierlich zu verbessern.

In der Elektroindustrie, die in der verarbeitenden Industrie Berlins an der Spitze stand, führten die Lohnkämpfe der Metallarbeiter zu nachstehenden Ergebnissen.

Tabelle 2

Stundenlöhne in der Berliner Elektroindustrie 1924 - 1927
(in RM)

Jahr	Werkzeug- macher	Maschinen- arbeiter	Lohn- arbeiterinnen
1924	0,92	0,67	0,37
1925	1,22	0,80	0,44
1926	1,23	0,85	0,44
1927	1,32	0,92	0,53

Quelle:

Czada, P., Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, Berlin (West) 1969, S. 168.

Einen tieferen Einblick in die Lohnverhältnisse der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie gewinnen wir aus der Lohnerhebung, die im Jahre 1928 in der Metallindustrie durchgeführt wurde. Die Erhebung erfaßte in der Hauptstadt 29 Betriebe mit 81 146 Arbeitern.¹ Das war - nach Abzug der in die Erhebung nicht einbezogenen Kleinbetriebe (mit bis zu 10 Arbeitern) - fast ein Drittel der Arbeiter, die in der Berliner Metallindustrie beschäftigt waren. Und von diesen 81 146 Metallarbeitern arbeiteten 61 687 in der Elektroindustrie.² Das heißt, die Hauptergebnisse der Lohnerhebung in der Berliner Metallindustrie spiegeln in erster Linie die Löhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie wider. Allgemein aber handelt es sich bei diesen wie auch bei allen anderen im folgenden herangezogenen Zahlenangaben immer um grobe Werte. Mit ihnen können und wollen wir Relationen und Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Löhne in der Berliner Elektroindustrie sichtbar machen. (S. Tabelle 3)

Von den erfaßten 61 687 Arbeitskräften der Berliner Elektroindustrie arbeiteten mehr als zwei Drittel bis zu 48 Stunden in der Woche; rund 26 % arbeiteten wöchentlich mehr als 48 Stunden. In der Regel mußten die Zeitlohnarbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten. Erheblich war die Lohnspanne zwischen dem im Zeitlohn arbeitenden Hilfsarbeiter und den meist ebenfalls als Hilfsarbeiter beschäftigten Arbeiterinnen. Der weibliche Hilfsarbeiter im Zeitlohn erhielt wöchentlich bei nur 2 3/4 Stunden kürzerer Wochenarbeitszeit 12,67 RM weniger als der männliche Kollege. Die Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", die Clara Zetkin 1889 als Vertreterin der Arbeiterinnen Berlins auf dem Gründungskongreß der II. Internationale gestellt hatte, hatte noch immer nicht durchgesetzt werden können.

Nun sagt aber zum anderen die Höhe des Bruttowochenlohnes noch nichts darüber aus, was sich der Arbeiter dafür an Waren kaufen kann. Ein ungefähres Bild davon erhalten wir erst, wenn wir vom Bruttowochenlohn die Steuer und den Beitrag des Arbeiters für die Sozialversicherung abziehen und den Nettowochenlohn mit den Lebenshaltungskosten vergleichen. Ihre Entwicklung wird durch den Lebenshaltungskostenindex des Statistischen

Tabelle 3

Ergebnisse der amtlichen Erhebung über durchschnittliche Arbeitszeit, Löhne und Lohnabzüge verschiedener Gruppen von 61 687 Metallarbeitern in der Berliner Elektroindustrie für Oktober 1928

Arbeitergruppen und Lohnform (Z = Zeitlohn, St = Stücklohn)	Zahl der erfaßten Arbeitskräfte	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit Std.	Durchschnittlicher Brutto- wochenlohn RM	Lohnabzug für Steuer und Sozialversicherung in %
Facharbeiter im Z	6 238	49 1/2	56,02	11,4
Facharbeiter im St	15 784	47 3/4	59,08	11,8
Angelernte Arbeiter im Z	2 575	50 1/2	44,69	11,2
Angelernte Arbeiter im St	6 016	47	48,88	11,4
Hilfsarbeiter im Z	7 404	48 3/4	40,03	11,0
Hilfsarbeiter im St	3 484	47	44,47	11,2
Weibliche Arbeiter im Z	4 035	46	27,36	9,6
Weibliche Arbeiter im St	16 151	47 1/4	30,97	10,4

Quelle:

Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. (1929), S. 455 f.

Reichsamt charakterisiert. Die Berechnung der Indexziffern für die Lebenshaltungskosten basiert auf einem vom Statistischen Reichsamt festgelegten Verbrauchsplan für eine Familie von zwei Erwachsenen mit drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren. Die Zusammensetzung des Index entspricht jedoch nicht der realen Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie. Der Index gibt z. B. nicht den tatsächlichen Preisstand an, außerdem ist er allgemein zu niedrig. Das Ausgabenbudget, auf dem er basiert, ist kein "normales" Budget einer Arbeiterfamilie,³ was übrigens intern auch von der wissenschaftlichen Abteilung der Reichsbank in einer Expertise rückblickend eingestanden wurde,⁴ Leider steht uns kein besseres Zahlenmaterial zur Verfügung. Wir benutzen diesen verfälschten Index dennoch, um die Relationen zwischen Nettowochenlöhnen und wöchentlichem Existenzminimum wenigstens in ganz groben Umrissen skizzieren zu können.

Vergleichen wir das Existenzminimum mit den zu errechnenden Nettolöhnen der in Rede stehenden Metallarbeiter, dann erhalten wir eine ungefähre Vorstellung davon, inwieweit die o. g. Arbeitergruppen mit ihren Löhnen die Grundbedürfnisse befriedigen konnten. Dazu übernehmen wir das wöchentliche Existenzminimum, wie Jürgen Kuczynski es anhand des Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Reichsamtes berechnet hat. Es betrug im Jahre 1928 rund 49 RM.

Tabelle 4

Nettowochenlöhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie für Oktober 1928 und wöchentliches Existenzminimum im Jahre 1928

Arbeitergruppen und Lohnform (Z = Zeitlohn, St = Stücklohn)	Durchschnittlicher Nettowochenlohn vom Oktober 1928 RM	Durchschnittlicher Nettowochenlohn in % zum Existenzminimum 1928 = 49 RM; 49 RM = 100
Facharbeiter im Z	49,63	101
Facharbeiter im St	52,11	106
Angelernte Arbeiter im Z	39,68	81
Angelernte Arbeiter im St	43,31	88
Hilfsarbeiter im Z	35,63	73
Hilfsarbeiter im St	39,49	81
Weibliche Arbeiter im Z	24,73	50
Weibliche Arbeiter im St	27,75	57

Quellen:

Berechnet vom Verf. nach: Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. (1929), S. 455 f.
- Zum Existenzminimum s. a. Kuczynski, J., Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, 1600 - 1945. Studien, Bd. 5: 1918 - 1945, Berlin 1982, S. 361.

Selbst im Konjunkturjahr 1928 erreichten die Nettowochenlöhne der meisten Arbeitergruppen nicht das Existenzminimum. Die Gruppen der angelernten Arbeiter und der Hilfsarbeiter blieben beträchtlich darunter. Es gab nur zwei Gruppen, die Facharbeiter im Zeit- und die im Stücklohn, deren Nettolöhne etwas über dem Existenzminimum lagen. Demgegenüber hätten die Nettolöhne der Arbeiterinnen verdoppelt werden müssen, um jenes Minimum zu erreichen.

Als Deutschland Ende 1929 von der Weltwirtschaftskrise erfaßt wurde, nutzte die herrschende Ausbeuterklasse diese zyklische Krise sowohl zur Aushöhlung und Zerstörung der bürgerlichen Demokratie als auch für einen Generalangriff auf die Löhne.

Ende September 1930 trat Brüning mit einem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung hervor, der u. a. Lohnsenkungen vorsah. Gestützt auf diesen Kurs der Reichsregierung, hatte der Verband Berliner Metallindustrieller den Lohntarif zum 1. Oktober gekündigt und eine Senkung der Löhne um 15 % verlangt,⁵ obwohl die bisherigen Nettowochenlöhne der ungelernten und der angelernten Metallarbeiter unter dem wöchentlichen Existenzminimum von 47,84 RM im Jahre 1930 lagen. Die rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vertrösteten zunächst die erbitterten Metallarbeiter auf Verhandlungen, die aber am 10. Oktober zu einem Schiedsspruch führten, der eine Lohnsenkung um 8 % bzw. 6 % bei Jugendlichen und Arbeiterinnen vorsah; er sollte am 3. November in Kraft treten.

Die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition bestärkten die Metallarbeiter in ihrem Willen, sich gegen den Vorstoß der Metallindustriellen entschieden zu wehren. Schon während der Schiedsverhandlungen hatten 407 Delegierte der Opposition aus 125 Metallbetrieben mit Paul Peschke (Vorsitzender des Berliner Bezirkskomitees der revolutionären

Gewerkschaftsopposition) und mit Albert Kuntz (Org.-Sekretär der Berliner Bezirksparteiorganisation der KPD die Vorbereitung eines Streiks beraten und einen zentralen Kampfausschuß gewählt.⁶ In vielen Betrieben entstanden unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition Streikleitungen.

Unter dem Druck der empörten Arbeiter sahen sich die reformistischen Führer des DMV genötigt, eine Abstimmung über den Schiedsspruch durchzuführen. Bei dieser Urabstimmung, die am 13. Oktober stattfand, lehnten die Gewerkschaftsmitglieder mit der überwältigenden Mehrheit von 85 % den Schiedsspruch ab.⁷ Bereits am folgenden Tage traten einige Metallbetriebe in den Streik. In den AEG-Betrieben schlossen sich einzelne Abteilungen sofort an. Angesichts dieser Tatsache und des eindeutigen Ergebnisses der Urabstimmung riefen die Führer des DMV zum Streik auf, um sich die Einflußnahme auf die Bewegung zu sichern.⁸ Am 15. Oktober streikten 130 000 Berliner Metallarbeiter; unter ihnen 40 000 Arbeiterinnen und mehr als 1000 Lehrlinge.

Zwei Wochen währte der Ausstand. Die Berliner Parteiorganisation der KPD unterstützte den Streik energisch. Ihre Unterbezirksleitungen und die Betriebs- und Straßenzellen gaben Flugblätter in einer Gesamtauflage von fast 200 000 Stück heraus, richteten 102 Agitationslokale ein, organisierten mehr als 200 Kundgebungen und Demonstrationen und wirkten für die Entwicklung einer großen Solidaritätsaktion.

Metallarbeiter des Ruhrreviers erklärten sich mit den streikenden Berliner Kollegen solidarisch. In der UdSSR spendeten viele Arbeiter ein halbes Prozent ihres Monateinkommens für ihre Berliner Klassenbrüder. Auch in der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH), in den Sektionen der Tschechoslowakei, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und der Schweiz, fand der Berliner Metallarbeiterstreik Unterstützung. In Berlin organisierten die Unterbezirke der KPD und die IAH Berlin-Brandenburg eine Solidaritäts- und Sammelaktion, die mit Kleidung und Geld im Werte von 200 000 RM abschloß.

Die streikenden Berliner Metallarbeiter erreichten aber nur einen geringen Erfolg, denn die Unternehmer und die sozialdemokratischen DMV-Führer, mit Max Urich an der Spitze, unterminierten von der ersten Stunde des Streiks an die Kampffront. Nach zwei Wochen setzten sie die Wiederaufnahme der Arbeit durch. Ein erneuter Schiedsspruch diktierte nun den Lohnraub von 8 % bei erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen und von 6 % bei Jugendlichen, der - gegenüber dem Schiedsspruch vom 10. Oktober - nicht auf einmal, sondern etappenweise erfolgen sollte.⁹

Die Ergebnisse der zweiten amtlichen Lohnerhebung im Oktober 1931 in der metallverarbeitenden Industrie zeigen, wie sehr die Metallindustriellen in der Weltwirtschaftskrise die Löhne herabzudrücken vermochten. In dieser Erhebung wurden von den in der Berliner Elektroindustrie beschäftigten Metallarbeitern 40 219 Arbeitskräfte erfaßt. Aus der Reduzierung der betrieblichen Wochenarbeitszeit auf rund 40 Stunden ergab sich für die Metallarbeiter eine zusätzliche Senkung des Wochenlohnes. Alle Gruppen der Metallarbeiter in der elektrotechnischen Industrie Berlins erhielten im Oktober 1931 einen durchschnittlich 20 % niedrigeren Bruttowochenlohn als im Oktober 1928 (vgl. Tab. 3).

Tabelle 5

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit, Löhne und Lohnabzüge verschiedener Gruppen der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie für Oktober 1931

Arbeitergruppen und Lohnform (Z = Zeitlohn, St = Stücklohn)	Zahl der erfaßten Arbeitskräfte	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit Std.	Durchschnittlicher Bruttowochenlohn RM	Lohnabzug für Steuer u. Sozialversicherung in %
Facharbeiter im Z	5 014	41 1/3	45, 19	12, 5
Facharbeiter im St	10 606	36 2/3	46, 32	12, 7
Angelernte Arbeiter im Z	1 552	40 1/2	34, 88	11, 7
Angelernte Arbeiter im St	3 805	38 1/4	38, 79	12, 2
Hilfsarbeiter im Z	4 127	40 1/2	32, 04	11, 5
Hilfsarbeiter im St	1 446	38	35, 81	12, 4
Weibliche Arbeiter im Z	2 069	41	23, 37	9, 6 ⁺
Weibliche Arbeiter im St	11 600	39	25, 91	10, 1 ⁺

+ geschätzte Angabe.

Quellen:

Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 41, Jg. (1932), H. 2, S. 69; Wirtschaft und Statistik, 12. Jg (1932), S. 789.

Während die Bruttowochenlöhne gegenüber 1928 durchschnittlich um ein Fünftel herabgedrückt wurden, erhöhte der imperialistische Staat den Lohnabzug vom Bruttowochenlohn um 0,5 bis 1,2 %. Die Nettowochenlöhne wurden so noch stärker gesenkt als die Bruttowochenlöhne (vgl. Tab. 4).

Die Nettowochenlöhne der angelernten und der ungelerten Metallarbeiter lagen nun weit unter dem Existenzminimum, und die Nettolöhne der Arbeiterinnen hätten verdoppelt werden müssen, um jenes dürftige Minimum zu erreichen. Auch die Löhne der Facharbeiter sanken in der Krise unter das Existenzminimum. Dabei blieb die Differenz zwischen den Löhnen der Facharbeiter und der angelernten Arbeiter gegenüber denen der Hilfsarbeiter fast im bisherigen Ausmaß bestehen. (S. Tabelle 7)

Es trat in der Berliner Elektroindustrie also keineswegs die in Krisenzeiten zu erwartende Angleichung der Löhne der besser bezahlten an die der schlechter bezahlten Arbeiter ein. Über die Gründe, die zu dieser Erscheinung führten, wissen wir noch zu wenig. Zur Erklärung jenes Vorganges bedarf es weiterer Forschungsarbeit.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur und nach der Zerschlagung der Gewerkschaften ging die Regelung der Löhne in die Hände von Staatsbeamten über. Bereits am 6. April 1933 verkündete Reichsarbeitsminister Seldte den Lohnstopp. Der Faschismus an der Macht, dessen Politik sich grundsätzlich an den Interessen des Finanzkapitals orientierte, verwirklichte auch die Forderung der Monopolbourgeoisie, die Löhne auf

Tabelle 6

Nettowochenlöhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie für Oktober 1931 und wöchentliches Existenzminimum im Jahre 1931

Arbeitergruppen und Lohnform (Z = Zeitlohn, St = Stücklohn)	Durchschnittlicher Nettowochenlohn vom Oktober 1931 RM	Durchschnittlicher Nettowochenlohn in % des Existenzminimums (1931 = 43,96 RM; 43,96 RM = 100)
Facharbeiter im Z	39,54	90
Facharbeiter im St	40,44	92
Angelernte Arbeiter im Z	30,80	70
Angelernte Arbeiter im St	34,06	77
Hilfsarbeiter im Z	28,36	65
Hilfsarbeiter im St	31,37	71
Weibliche Arbeiter im Z	21,13	48
Weibliche Arbeiter im St	23,29	53

Quelle:

Berechnet vom Verf. nach: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 41. Jg. (1932), H. 2, S. 69; Wirtschaft und Statistik, 12. Jg. (1932), S. 789.

Tabelle 7

Nettowochenlöhne der Facharbeiter und der angelernten Arbeiter in der Berliner Elektroindustrie in % der Löhne der Hilfsarbeiter (Löhne der Hilfsarbeiter = 100)

Arbeitergruppen (Z = Zeitlohn, St = Stücklohn)	Oktober 1928	Oktober 1931
Facharbeiter im Z	141	139
Facharbeiter im St	132	129
Angelernte Arbeiter im Z	112	109
Angelernte Arbeiter im St	109	109

Berechnet vom Verf.

dem Niveau zu halten, auf das sie während der Krise herabgedrückt worden waren.¹⁰ Das gelang ihm zunächst auch bei den Berliner Metallarbeitern.

Da die Elektroindustrie zu den rüstungswichtigen Industriezweigen gehörte, kam es im Zuge der Aufrüstung bald zu einer stark steigenden Nachfrage nach Metallarbeitern. Während im November 1936 in Berlin noch insgesamt 139 000 Arbeitslose registriert wurden,¹¹ gab es zur selben Zeit fast keine arbeitslosen Metallarbeiter mehr. Es trat auch in der Elektroindustrie ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ein. Das Anbieten von Löhnen, die weit über den tariflichen Mindestlöhnen lagen, wurde zu einer

Hauptmethode des Abwerbens und des Haltens von Arbeitskräften in den rüstungswichtigen Industrien. Viele in Arbeit stehende qualifizierte Metallarbeiter wechselten von einem Betrieb zum anderen, um den Lohn zu verbessern. Diese Prozesse und vor allem die Verlängerung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit in der metallverarbeitenden Industrie ab Sommer 1936 auf 49,3 Stunden und die sich daraus ergebenden gewichtigen Überstundenzuschläge bewirkten bei den Fach- und angelernten Arbeitern eine Steigerung der Bruttowochenlöhne um rund 20%.¹²

Tabelle 8

Durchschnittliche Bruttowochenlöhne der Metallarbeiter in der Elektroindustrie Deutschlands für Juni 1936

Arbeitergruppen	Durchschnittlicher Bruttostundenlohn Rpf.	Durchschnittlicher Bruttowochenlohn RM	Durchschnittliche gesetzliche Abzüge vom Bruttowochenlohn in %
Facharbeiter	107,4	53,93	14,3
Angelernte Arbeiter	92,9	45,07	14,3
Hilfsarbeiter	76,1	36,92	14,3
Weibliche Arbeiter	56,5	26,76	13,7

Quelle:

Wirtschaft und Statistik, 16. Jg. (1936), S. 745 f.

Bei den obigen Angaben ist zu beachten, daß sie nicht in derselben Weise wie in den Jahren 1928 und 1931 ermittelt wurden. Die faschistischen Behörden wollten Vergleiche mit den Ergebnissen der Lohnerhebungen aus den Jahren 1928 und 1931 unmöglich machen und wechselten deshalb von sogenannten Individualloohnerhebungen zur Lohnsummenstatistik über. Das heißt, im Gegensatz zu erstgenannter Erhebungsmethode, bei der von den Unternehmern die Löhne der einzelnen Arbeiter ermittelt worden waren, wurden nach der neuen Methode die Angaben nur in Form summenmäßiger Nachweise für die wichtigsten Arbeitergruppen erfragt. Die in Tabelle 8 genannten Bruttowochenlöhne stellen Durchschnitte für sämtliche Altersstufen (jedoch ohne Lehrlinge) und Lohnformen der Metallarbeiter der Elektroindustrie Deutschlands dar. Da 1936 auf Berlin etwa die Hälfte aller Beschäftigten der deutschen Elektroindustrie entfiel,¹³ dürfen wir im Hinblick auf den Stand der Löhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie davon ausgehen, daß diese weitgehend den in den Tabellen 8 und 9 genannten bzw. berechneten Löhnen entsprachen.

Berechnen wir anhand der Ergebnisse der Lohnerhebung von 1936 die Nettowochenlöhne und stellen diese dem Existenzminimum gegenüber, so erhalten wir folgendes Bild:

Tabelle 9

Nettowochenlöhne der Metallarbeiter in der deutschen Elektroindustrie vom Juni 1936 in % des Existenzminimums

Arbeitergruppen	Durchschnittlicher Nettowochenlohn vom Juni 1936 RM	Durchschnittlicher Nettowochenlohn in % des Existenzminimums (1936 = 40, 21 RM; 40, 21 RM = 100)
Facharbeiter	46, 22	115
Angelernte Arbeiter	38, 62	96
Hilfsarbeiter	31, 64	79
Weibliche Arbeiter	23, 09	57

Quelle:

Berechnet vom Verf. nach: Wirtschaft und Statistik, 16. Jg. (1936), S. 745; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 56. Jg. (1937), S. 310.

Die Nettolöhne der Facharbeiter liegen wie 1928 (vgl. Tabelle 4) wieder etwas über dem Existenzminimum, die der Angelernten wieder etwas darunter und die der Hilfsarbeiter auch wieder beträchtlich darunter. Die Löhne der Arbeiterinnen hätten wiederum fast verdoppelt werden müssen, um an das Existenzminimum heranzukommen.

Bei den Angaben und Berechnungen zum Existenzminimum in dem hier behandelten Zeitraum von 1924 bis 1935 ist allerdings zumindest folgendes zu berücksichtigen: "Die Berechnung des Lebenshaltungskostenindex beruht auf dem Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, ist ungefähr auf dem Existenzminimum aufgebaut und stützt sich hauptsächlich auf die Preise der billigen Massenkonsumwaren, auf denen der Druck der Preisüberwachung am stärksten lastet",¹⁴ schrieb die Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Reichsbank Anfang Februar 1938. Ihre Mitarbeiter untersuchten die Entwicklung einer Reihe von Lebensmittel- und Einzelhandelspreisen und stellten fest, daß der Lebenshaltungskostenindex "offensichtlich kein den wirklichen Verhältnissen entsprechendes Bild" gibt.¹⁵ "Während nach dem Index die Lebenshaltungskosten von Januar 1933 bis September 1937 nur um 6, 7 Prozent gestiegen sind, kommt man bei Berücksichtigung der Großhandelspreise, der Entwicklung einer Reihe von Einzelhandelspreisen, der eingetretenen Qualitätsverschlechterungen und der Mehrbelastung durch Beiträge und Spenden zu der Schätzung, daß die Lebenshaltung um etwa 17 Prozent verteuert sein dürfte."¹⁶ Aber auch wenn wir den Lebenshaltungskostenindex im Umfange der Schätzung der wissenschaftlichen Abteilung der Reichsbank korrigieren, blieben die Nettowochenlöhne der Berliner Metallfacharbeiter, verglichen mit dem präzisierten Existenzminimum, eindeutig über diesem. Und da die Nettowochenlöhne dieser Arbeitergruppe bis 1939 weiter stiegen, erreichte die Gruppe der Metallfacharbeiter in der materiellen Bedürfnisbefriedigung einen in den 20er Jahren nicht erreichten Stand. Jedoch von viel größerer politischer Bedeutung für das faschistische Regime war die Tatsache, daß fast alle in der Weltwirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Metallarbeiter bis 1936 im Zuge der Aufrüstung Arbeit erhielten.

Gewiß, sie arbeiteten an der Vorbereitung eines verheerenden Krieges, der viele von ihnen verschlingen sollte. Aber wie wenige von ihnen durchschauten die verbrecherischen Kriegsvorbereitungen des faschistischen deutschen Imperialismus. Sie erhielten zwar - sofern sie als angelernte oder ungelernete Metallarbeiter beschäftigt waren - Nettowochenlöhne, die unter dem Existenzminimum lagen, aber immerhin Löhne, mit denen man besser leben konnte als die Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise. Das war eine Tatsache, die - wie J. Kuczynski treffend feststellt - "viele Arbeiter in diesen Jahren ideologisch verwirrte"¹⁷. Und das war ein Moment, das auch dazu beitrug, viele Berliner Metallarbeiter für die nationalistischen und pseudosozialistischen Parolen der Nazis aufnahmebereit zu machen.

Anmerkungen

- 1 Berliner Wirtschaftsberichte, 6. Jg. (1929), S. 290.
- 2 Ebenda, S. 291.
- 3 Vgl. Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Bd. 1, Berlin 1948, S. 183.
- 4 Siehe Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam), Reichsbank Nr. 6583, Bl. 713: Ausarbeitung der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank vom 8. Februar 1938.
- 5 Siehe Kortmann, E., Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930, in: Die Arbeit, 9/1960, S. 58.
- 6 Ebenda.
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda, S. 59.
- 9 Ebenda, S. 61.
- 10 Siehe Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Berlin 1933, S. 78.
- 11 Bericht über die Wirtschaftslage im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Berlin im Jahre 1936, Berlin 1937, S. 14.
- 12 Wirtschaft und Statistik, 16. Jg. (1936), S. 745.
- 13 Siehe Czada, P., Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, Berlin (West) 1969, S. 86.
- 14 ZStA Potsdam, Reichsbank Nr. 6583, Bl. 713: Ausarbeitung ...
- 15 Ebenda, Bl. 724.
- 16 Ebenda, Bl. 724 f.
- 17 Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, 1600 - 1945, Studien, Bd. 5, 1918 - 1945, Berlin 1982, S. 366.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1932 bis 1935
und die Maßnahmen zu ihrer Verringerung

(Vom "Papen-Plan" bis zum "Göring-Plan")

von Lotte Zumpe

1. Einleitung
2. Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins am Ende der 20er Jahre
3. Die Arbeitslosigkeit in Berlin 1932/33
 - a) Soziale, berufliche und regionale Strukturen der Arbeitslosigkeit in Berlin nach der Erhebung vom 16. Juni 1933
 - b) Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung von Laubenkolonien und Wanderungsbewegung
4. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Berlin 1933/34
5. Der "Göring-Plan" von 1934/35
6. Zusammenfassung
7. Anmerkungen
8. Anhang

1. Einleitung

Die große Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 und ihre Beseitigung im faschistischen Deutschland sind schon wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen.¹ Dabei liegt der Schwerpunkt immer wieder auf der Frage, welche Faktoren in Deutschland - anders als in den meisten übrigen kapitalistischen Industrieländern - den schnellen Rückgang der Arbeitslosigkeit ab 1933 und ihre schließliche Beseitigung ab 1937 hervorgerufen haben. Hier liegen auch die Streitpunkte. War diese Entwicklung hauptsächlich antizyklischen Maßnahmen des Staates, wie Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Steuererleichterungen, oder war sie der Aufrüstung geschuldet? Daß die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der bald eintretende Mangel an Arbeitskräften ein Ergebnis der forcierten Aufrüstung war, wozu die umfangreichen Entwicklungsprogramme des Vierjahresplans gehören, darüber besteht kein Zweifel. Da aber eine anti-zyklische Wirkung der Rüstungsproduktion im volkswirtschaftlichen Maßstab frühestens erst ab 1935/36 angenommen werden kann, ablesbar vor allem an der Investitionsentwicklung, die bis zu dieser Zeit eine vorwie-

gend einfache (oft nicht einmal das) und erst dann eine erweiterte Reproduktion anzeigte,² konzentriert sich das Interesse auf die Jahre 1933 bis 1935.

Bereits Ende März 1934 konnte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Reichsdurchschnitt einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 50 % melden. Das waren seit dem 31. Januar 1933, an dem die offizielle Statistik 6 Mill. Arbeitslose verzeichnet hatte, 3,2 Mill. weniger.³ Nach der Krankenkassenmitgliederstatistik war die Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten insgesamt im selben Zeitraum von 62,5 auf 78,3 % gestiegen.⁴ Die deutsche Industrie jedoch, als Hauptträger einer zyklischen Entwicklung, Hauptträger aber auch der Rüstungsproduktion, überschritt 1935 erstmals mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,66 Mrd. RM den darin enthaltenen jährlichen Ersatzbedarf von 1,5 Mrd. RM. Noch 1934 wurde nach den Bilanzen industrieller Aktiengesellschaften nicht einmal dieser Ersatzbedarf abgedeckt, d. h., die Aufwendungen dafür lagen noch unter den laufenden Abschreibungen.⁵

Sicher muß man bei dieser ganzen Problematik auch bedenken, will man sie unter dem Aspekt der industriellen Investitionsentwicklung betrachten, daß die Industrie, und hier insbesondere die Großindustrie, vor der Krise gerade erst ihre große Investitionswelle abgeschlossen hatte. Es ging infolgedessen zunächst nicht so sehr um Investitionen, es ging um Auslastung der Kapazitäten. Aber auch hier zeigt sich noch 1934, nachdem 50 % der Arbeitslosen aus der Statistik verschwunden waren, daß die Arbeitsplatzkapazität in den industriellen Aktiengesellschaften erst zur guten Hälfte ausgenutzt war.⁶ Als ein Ergebnis allein der Aufrüstung wird man also diesen Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht bezeichnen können. Der von der Nazipropaganda als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hochgespielte Autobahnbau kann hier, wie Lärmer nachgewiesen hat, noch weniger als entscheidender Faktor in Betracht gezogen werden.⁷ Es bleibt zu untersuchen, welche Rolle die staatliche und öffentliche Arbeitsbeschaffung gespielt hat.

Auf die Wirkung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, deren Laufzeit 1935 endete, wurde bereits an anderer Stelle eingegangen.⁸ Dort ist anhand von berufsstrukturellen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit aufgezeigt, daß für die Jahre 1933 und 1934 durchaus von einer wirksamen Arbeitsbeschaffung gesprochen werden kann. Sie zeigte sich speziell im Bausektor (Bau-, Bauhilfs- und Baustoffgewerbe), worauf die Programme von 1933 schwerpunktmäßig ausgerichtet waren und wodurch eine entsprechende Breitenwirkung erzielt wurde.

Diese Schlußfolgerung ist naturgemäß sehr allgemein, da sie auf den großen Aggregaten der Reichsstatistik beruht. Schon die Vergleiche zwischen den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken zeigen, daß die Unterschiede im Rückgang der Arbeitslosigkeit außerordentlich groß und auch überraschend sind. So lag Ostpreußen 1934 mit einem Rückgang von 82 % an der Spitze, es folgten Pommern mit 80 % und Niedersachsen mit 63 %. Westfalen und Schlesien lagen leicht über dem Reichsdurchschnitt. Den geringsten Rückgang wiesen die Bezirke Brandenburg und Rheinland mit 42 bzw. 39 % auf.⁹ Entsprechend unterschiedlich war auch die Entwicklung in den deutschen Großstädten. Um nun der Frage nach den Faktoren für den Rückgang der Arbeitslosigkeit überhaupt, wie auch für die aufgezeigten regionalen Unter-

schiede insbesondere in den Jahren 1933 bis 1935 etwas näher zu kommen, soll die Untersuchung am Beispiel Berlin weiter vertieft werden.

2. Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins am Ende der 20er Jahre

Berlin bietet sich für diese Untersuchung nicht deshalb an, weil es die Hauptstadt des Deutschen Reiches war, sondern weil es zu den größten Wirtschafts- und Industriezentren Deutschlands gehörte. Mit seinen 4,3 Mill. Einwohnern ohnehin die größte deutsche Stadt, überflügelte Berlin mit seinem Wirtschaftsleben zudem alle übrigen deutschen Großstädte. Berlin bildete in ganz besonderem Maße einen Konzentrationspunkt von Kapital und Arbeit. Dazu einige Zahlen, die die Verhältnisse vor dem Ausbruch der Krise wiedergeben.

Mit 300 000 gewerblichen Betrieben besaß Berlin ein Zwölftel (8,5 %) aller gewerblichen Betriebe in Deutschland. Die 1,7 Mill. Beschäftigten in diesen Betrieben stellten ein Zehntel (9,3 %) der in allen gewerblichen Betrieben des Reiches beschäftigten Personen. Insgesamt zählte Berlin 2,3 Mill. (54,3 %) hauptberuflich Erwerbstätige, davon über 1 Mill. (43,6 %) Arbeiter und 665 000 (28,9 %) Angestellte. Berufstätig waren 74,9 % der männlichen und 36,8 % der weiblichen Gesamtbevölkerung Berlins.¹⁰

Die Konzentration zeigt sich besonders deutlich, wenn der territoriale Aspekt in die Betrachtung einbezogen wird. Mit der Zahl seiner gewerblichen Betriebe stand Berlin innerhalb Preußens an zweiter Stelle nach dem Rheinland, innerhalb Gesamtdeutschlands an dritter Stelle nach Bayern und Sachsen. Berlin konzentrierte seine Wirtschaftskraft jedoch auf eine Fläche von nur 878 km², die Rheinprovinz umfaßte etwa das 28fache dieser Fläche, Bayern etwa das 85fache und Sachsen etwa das 16fache.¹¹ Was die Konzentration gerade im Hinblick auf die sozialen und politischen Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit während der Krise bedeutete, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß bei einer etwa gleichen Einwohnerzahl im Ruhrgebiet 1600 Menschen auf 1 km² lebten, in Berlin dagegen 4500.¹²

Als gewerbliche Betriebe wurden die der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Banken, des Versicherungs- und Verkehrswesens sowie die des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes erfaßt. Insofern besagt die Zahl von 300 000 noch nicht viel. Immerhin waren 148 000 (49,8 %), also fast die Hälfte, "Alleinbetriebe", die ohne eine weitere Hilfskraft nur von einer Person betrieben wurden.¹³ Aussagekräftiger ist deshalb die Betriebsgrößenstruktur Berlins und der Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen im Reich (s. Tabelle 1).

Nur 1,2 % der gewerblichen Betriebe Berlins waren Großbetriebe, ein Verhältnis, das dem des Reichsdurchschnitts genau entsprach. Aber 51 % der Erwerbstätigen arbeiteten dort. Diese Konzentration lag über dem deutschen Gesamtdurchschnitt. Der hohen Konzentration von Produktion und Arbeitskräften in Berlin entsprach auch eine hohe Konzentration des Kapitals in dieser Stadt. Ein Viertel der deutschen Aktiengesellschaften war in Berlin ansässig. Ende 1928 lag deren Durchschnittskapital bei 1,998 Mill. RM, im Durchschnitt sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften lag es bei 1,938 Mill. RM.¹⁴ 1932 entfielen von dem gesamten Nominalkapital in Höhe von 24,6 Mrd. RM annähernd 7 Mrd. auf die Berliner Aktiengesell-

Tabelle 1

Die gewerblichen Betriebe Berlins und im Deutschen Reich nach Betriebsgrößenklassen (nach der Zählung von 1925)

Betriebsgröße	Betriebe			Beschäftigte Personen		
	Zahl	Berlin %	Reich %	Zahl	Berlin %	Reich %
Kleinbetriebe (bis 5 Beschäftigte)	262 089	88,2	89,2	442 961	25,0	28,4
Mittelbetriebe (6 - 50 Beschäftigte)	31 979	10,6	9,6	430 801	24,2	24,0
Großbetriebe (über 50 Beschäftigte)	3 703	1,2	1,2	896 378	50,8	47,6
Betriebe insgesamt	297 771	100,0	100,0	1 770 140	100,0	100,0

Quelle:

Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Berlin, 6. Jg., 1929, S. 63.

schaften,¹⁵ Berlin nahm zudem den ersten Platz beim großen Geld- und Börsengeschäft in Deutschland ein. Rund 3200 Bankniederlassungen hatten hier ihren Sitz. Sie beschäftigten 50 000 Angestellte, das entsprach einem Viertel aller im deutschen Geld-, Bank- und Börsenwesen tätigen Personen.¹⁶ "Von den 11 Milliarden fremden Geldern", so schrieb der damalige Oberbürgermeister von Berlin, "die von sämtlichen deutschen Aktienbanken verwaltet werden, sind 8,6 Milliarden Mark in den Händen von sieben Berliner Großbanken."¹⁷

Die gewerbliche Struktur Berlins war außerordentlich vielfältig, wie es für eine Großstadt, die Produktions- und Konsumtionsstadt gleichermaßen ist, gar nicht anders sein kann. Dennoch gab es aber einige Hauptindustrieweige, die das Gesicht der Industriestadt Berlin sowie ihr Gewicht in der deutschen und nicht zuletzt in der Weltwirtschaft bestimmten. Diese Rolle spielten die Metallindustrie und die Bekleidungsindustrie Berlins.

Die 15 000 Metallindustriebetriebe, d. h. 11 % aller Berliner Industriebetriebe, beschäftigten 400 000 Personen und damit 39 % aller in der Industrie Tätigen. Ein Fünftel der Berliner Bevölkerung lebte von der Metallindustrie, die ganzen Stadtteilen ihr Gepräge gab. Mit seiner Eisen- und Metallindustrie stand Berlin an zweiter Stelle nach der Rheinprovinz. Diese beschäftigte 17 % aller in der deutschen Eisen- und Metallindustrie arbeitenden Personen, Berlin 12 %.¹⁸

Die Hauptzweige der Berliner Metallindustrie bildeten die Elektrotechnik und der Maschinenbau. Nirgendwo in Deutschland war die elektrotechnische Industrie so zusammengeballt wie in Berlin. Die weltbekannten Konzerne Siemens, AEG und Bergmann hatten hier ihren Sitz. Mit 41 % aller in der deutschen elektrotechnischen Industrie tätigen Personen stand Berlin weit an der Spitze. Berlin war die Stadt der Elektroindustrie, aber auch die Stadt des Maschinenbaues, der hier eine lange Tradition besaß,¹⁹

Firmen wie Schwartzkopff, Orenstein & Koppel, Borsig, Pintsch u. a. waren weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannt. Innerhalb Deutschlands lag der Berliner Maschinenbau an dritter Stelle nach dem Lande Sachsen und der Rheinprovinz. In Sachsen arbeiteten 14,4 %, in der Rheinprovinz 10 % und in Berlin 9 % aller im deutschen Maschinenbau beschäftigten Personen.

Weit über Deutschlands Grenzen hinaus reichte auch der Ruf des Berliner Bekleidungsgebietes, insbesondere mit seiner Damenoberbekleidung. Vorwiegend in der Innenstadt angesiedelt, lagen die Zentren dieses Industriezweiges besonders im "Exportblock Ritterstraße" und am Hausvogteiplatz. 80 000 Betriebe mit 210 000 Arbeitern und Angestellten zählte dieser Industriezweig, d. h., er beschäftigte 12 % der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins. Der Frauenanteil lag hier bei 65 %, während er im Durchschnitt der Berliner Industrie bei 33 %, in der Metallindustrie Berlins hingegen bei 26 % lag. Insgesamt waren in Berlin 13,2 % aller deutschen Bekleidungsbetriebe ansässig; der Anteil der Beschäftigten Berlins an der gesamten Branche betrug 14,5 %.²⁰

Die nächstfolgenden größeren Industriezweige hatten vorwiegend lokale Bedeutung, waren aber ebenfalls sehr gewichtig, nämlich die Bauindustrie mit 105 000 und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 85 000 Beschäftigten. Das Vervielfältigungsgewerbe, das mit der Papierindustrie zusammen 74 000 Menschen beschäftigte, war, ähnlich den großen Industriezweigen, mit seinen Unternehmen zu 14 % in der Stadt konzentriert. Berlin war führend im deutschen Buch- und Zeitungswesen. Mit an erster Stelle stand es auch in der Möbelindustrie. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe beschäftigte hier 58 000 Personen. Weniger stark vertreten war die chemische Industrie mit 25 000 Beschäftigten; sie hatte in Berlin jedoch einen besonderen Schwerpunkt in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Nicht zuletzt hatte die 4-Millionen-Stadt noch ein starkes und reich gegliedertes Handwerk. Anfang 1927 gab es 68 000 Handwerksbetriebe mit insgesamt 224 000 Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen.²¹

Berlin war aber nicht nur Industriestadt. Die günstige Lage im Herzen Mitteleuropas und im Wasserstraßennetz zwischen Oder und Elbe mit gutem Zugang zur Ost- und zur Nordsee hatte es zu einer internationalen Handelsstadt ersten Ranges werden lassen. Von den 2963 Aktiengesellschaften, die Ende 1928 in Berlin ihren Sitz hatten, entfielen 1644 (55,5 %) auf das Handelsgewerbe. Im Gesamtdurchschnitt Deutschlands lag der entsprechende Anteil bei 29,5 %.²² 444 000 Erwerbstätige waren in 17 000 Großhandels-, in 122 000 Handels- und in 56 000 Einzelhandelsunternehmen sowie in 54 Kauf- und Warenhäusern beschäftigt. Der Handel mit Halb- und Fertigerzeugnissen der Eisen- und Metallindustrie, mit Bekleidung, insbesondere Damen- und Mädchenoberbekleidung, sowie mit Nahrungs- und Genußmitteln nahm den größten Platz im Berliner Warenhandel ein.²³

Wenn es hier auch nicht das Anliegen ist, einen vollständigen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung Berlins und die Erwerbsstruktur seiner Bevölkerung zu geben, so darf doch nicht der Hinweis auf zwei der größten Unternehmen fehlen, die zusammen rd. 90 000 Personen beschäftigten; das waren die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Post.²⁴ Ergänzt werden muß auch, daß die Stadt Berlin mit ihren kommunalen Versorgungsbetrieben selbst zu den größten Unternehmern gehörte. Diese städtischen Unter-

nehmen hatten sich nach der großen Eingemeindung von 1920 besonders stark entwickelt. Gegen Ende der 20er Jahre lag die Zahl der hier Beschäftigten bei etwa 60 000.²⁵

Insgesamt zeigt dieser Überblick, welch ungeheure Wirtschaftskraft in Berlin konzentriert war. Sie bildete die Existenzgrundlage der mehr als 4 Mill. Menschen, die in Berlin lebten; sie wirkte außerdem wie ein Magnet auf die Arbeitsuchenden aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere aber aus den östlichen preußischen Provinzen. Berlin war aber nicht nur Industriestadt schlechthin, als Zentrum der deutschen elektrotechnischen Industrie und auch des Maschinenbaus war es eine gewichtige Potenz für die Aufrüstungspläne Hitlerdeutschlands, zum anderen war Berlin Hauptstadt dieses Staates, für dessen politische Stabilisierung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit einen ganz wesentlichen Faktor darstellte. Aus beiden Gründen gewinnt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin nach dem Januar 1933 eine besondere, über regionale Grenzen hinausgehende Bedeutung für die historische Forschung. Sie spiegelt sich auch in Maßnahmen wider, die hier zur Verminderung der Arbeitslosigkeit getroffen wurden.

Das Naziregime beteiligte Berlin zunächst ohne besondere Begünstigung an den Finanzmitteln der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme, ging dann aber angesichts unbefriedigender Ergebnisse im Rückgang der Berliner Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1934 mit dem sog. Göring-Plan zu Zwangsmaßnahmen über, die einen schnelleren Abbau sichern konnten. Bevor jedoch genauer auf diese Entwicklung eingegangen wird, sollen zunächst der Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin, ihre Entwicklung und einige ihrer Auswirkungen untersucht werden. Um auch die politische Bedeutung deutlich zu machen, die dieses Massenheer von Arbeitslosen in Berlin für das Naziregime hatte, werden einige Vergleiche mit der Lage im Reich und in anderen Großstädten angestellt.

3. Die Arbeitslosigkeit in Berlin 1932/33

Es ergibt sich aus den Standortbedingungen der Industrie, daß die Arbeitslosigkeit besonders in den Städten konzentriert war. Die Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern hatten 1932 und 1933 einen Anteil von über 40 % an der Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich.²⁶ Unter diesen Städten stand Berlin mit der Zahl seiner Arbeitslosen an erster Stelle. Auf die Zahl der Einwohner umgerechnet, befand es sich ebenfalls mit an der Spitze. Nach dieser Berechnung waren die großen Städte des sächsischen Industriegebietes (Chemnitz, Leipzig, Dresden, Plauen) von Beginn der Krise an stärker betroffen als Berlin, während die Städte des rheinischen Industriegebietes zunächst sehr viel mehr zum Reichsdurchschnitt tendierten oder sogar darunter lagen.²⁷ (Siehe Tabelle 2.)

Berlin befand sich im Frühjahr 1933 auf dem Höhepunkt seiner Arbeitslosigkeit. Sie lag fast ein Zehntel über der des Frühjahrs 1932 und sank erst ab Juli 1933 unter den entsprechenden Stand des Vorjahres. Während die Arbeitslosigkeit insgesamt von Januar bis Ende Dezember 1933 um 30 % zurückging, sank die Zahl der Arbeitslosen in Berlin in dieser Zeit nur um 18 %. Ende März 1934, als für das Reich - gegenüber Ende März 1933 - ein Rückgang von 50 % verzeichnet wurde, betrug der Rückgang in

Tabelle 2

Die Arbeitslosigkeit in Berlin, in den Städten ab 100 000 Einwohnern und im Deutschen Reich insgesamt
(jeweils am 31. 3. der Jahre 1932 bis 1934)

	31. 3. 1932			31. 3. 1933			31. 3. 1934		
	Arbeitslose absolut	auf 1000 Einwohner	% von insgesamt	Arbeitslose absolut	auf 1000 Einwohner	% von insgesamt	Arbeitslose absolut	auf 1000 Einwohner	% von insgesamt
Berlin	597 536	139,9	9,9	627 043	145,7	11,2	424 511	100,2	15,2
Städte	2 497 415	130,7	41,4	2 522 517	127,7	45,1	1 606 918	81,3	57,4
Reich	6 034 100	92,6	100,0	5 598 855	85,9	100,0	2 798 324	42,9	100,0

Quelle:

Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 9. Jg., 1932, S. 87;

Sechster Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1934, Berlin 1934, S. 9;

Siebenter Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. April 1934 bis zum 31. März 1935, Berlin 1935, S. 6.

Berlin 32 %. Es kamen noch immer 100 Arbeitslose auf 1000 Einwohner; daß diese Zahl in Wirklichkeit höher lag, darauf wird noch einzugehen sein. Außerdem muß bei allen Zahlenangaben immer wieder berücksichtigt werden, daß damit nur die Arbeitslosen erfaßt wurden, die sich bei den Arbeitsämtern meldeten. Die darüber hinausgehende Zahl der "unsichtbaren" Arbeitslosen, der also, die sich aus verschiedensten Gründen nicht oder nicht mehr erfassen ließen, schätzte der Präsident der Reichsanstalt auf 10 - 15 % der offiziell erfaßten Arbeitslosen,²⁸

Tabelle 3

Bei den Berliner Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose 1932 und 1933
(jeweils am Ende des Monats)

1932 Monat	1932		1933	
	Zahl der Arbeitslosen absolut	auf 1000 Einw.	Zahl der Arbeitslosen absolut	auf 1000 Einw.
Jan.	594 631	138,7	654 878	155,0
Febr.	600 876	140,3	646 490	153,1
März	597 536	139,9	627 043	148,8 ⁺
April	585 276	137,3	610 396	145,1
Mai	579 970	136,2	603 981	143,8
Juni	586 686	138,0	601 511	143,6
Juli	598 846	141,2	580 223	138,8
Aug.	577 654	136,5	564 599	135,3
Sept.	585 590	138,5	531 116	127,4
Okt.	596 867	141,2	528 435	126,8
Nov.	616 452	145,8	521 713	125,1
Dez.	636 298	150,5	520 356	124,8

+ Betr. Differenz zu Tab. 2; hier Berechnung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, in Tab. 2 Berechnung der Reichsanstalt.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 9. Jg., 1933, S. 105 f.; ebenda, 10. Jg., 1934, S. 124.

Auf die Zahl der Beschäftigten umgerechnet, kamen 1932 im Jahresdurchschnitt in Berlin 523 Arbeitslose auf 1000 Beschäftigte, im Reichsgebiet dagegen 447. Die Berliner Quote lag also um 17 % über der des Reiches. 1933 kamen in Berlin 504 Arbeitslose und im Reich insgesamt 375 auf 1000 Beschäftigte.²⁹ Das heißt, in diesem Jahr lag die Berliner Quote sogar um 34 % über dem Reichsdurchschnitt. Die von der Naziregierung lautstark gerühmte "Arbeitsschlacht" hatte ausgerechnet in der industriereichen Hauptstadt keinen rechten Erfolg. Berlin war von allen deutschen Städten am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Für das Frühjahr 1933 kann man die gemeldeten und die "unsichtbaren" Arbeitslosen zusammen gut auf eine dreiviertel Mill. schätzen.

a) Soziale, berufliche und regionale Strukturen der Arbeitslosigkeit in Berlin nach der Erhebung vom 16. Juni 1933

Gleichzeitig mit der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933 wurde seitens der Reichsanstalt auch eine genaue Erhebung der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen durchgeführt. Daraus ergibt sich für Berlin eine besonders hohe Arbeitslosigkeit der Frauen und der Angestellten.³⁰

Tabelle 4

Höhe und soziale Gliederung der Frauenarbeitslosigkeit in Berlin und im Reichsgebiet am 16. Juni 1933
(in %)

Von 100 Arbeitslosen waren weiblich

	in Berlin	im Reich
Arbeiterinnen	26,9	18,4
davon gelernte und angelernte Arbeiterinnen	24,7	19,4
ungelernte Arbeiterinnen	33,5	15,2
Angestellte	41,3	34,1
Insgesamt	29,3	20,3

Quelle:

Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 11. Jg., 1934, S. 47.

Berechnet man die Anteile der Berliner Arbeitslosen an denen des Reichs insgesamt nach Geschlecht und sozialer Gliederung, so zeigen sich die Schwerpunkte noch deutlicher. (Siehe Tabelle 5 auf der nächsten Seite.)

Ungelernte Arbeiterinnen und weibliche Angestellte waren im Verhältnis am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Hier zeigen sich charakteristische Besonderheiten der Berliner Wirtschaft. Als Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelszentrum hatte Berlin in seiner Erwerbstätigenstruktur einen nahezu doppelt so hohen Anteil an Angestellten wie das gesamte Reichsgebiet mit einem - wie überall - hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften.³¹ Die starke Stellung der Bekleidungsindustrie in Berlin mit ihrem sehr hohen Frauenanteil, aber auch die der elektrotechnischen Industrie trugen ebenfalls zur hohen Frauenarbeitslosigkeit bei. So kamen 12,4 % der arbeitslosen Frauen aus der Bekleidungsindustrie, 10,3 % aus der Metallbranche, 16,2 % waren in "Häuslichen Diensten" tätig gewesen und 16,9 % galten als Ungelernte, 24,1 % zählten zu den Angestellten. Alle übrigen Berufsgruppen blieben mit ihren Anteilen weit hinter den genannten zurück. Von den arbeitslosen Männern kamen die größten Berufsgruppen aus der Eisen- und Metallbranche (23 %), aus dem Verkehrsge-

Tabelle 5

Anteil der Berliner Arbeitslosen an den Gesamtzahlen des Reichs nach Geschlecht und sozialer Gliederung am 16. Juni 1933 (in %, Reich = 100)

	männlich	weiblich
Arbeiter	10,4	16,9
davon gelernte und angelernte Arbeiter	10,9	14,8
ungelernte Arbeiter	8,9	25,1
Angestellte	15,6	21,1
Insgesamt	10,9	17,8

Berechnet nach: Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 11. Jg., 1934, S. 47.

werbe (12,8 %), aus der Bauindustrie (12,1 %), 13,7 % galten als Ungelernte und 14,2 % waren Angestellte.³²

Eine weitere Besonderheit Berlins zeigte sich in der Altersstruktur seiner Bevölkerung. Verglichen mit dem Reichsgebiet lag hier der Anteil der Altersgruppen von 20 bis 65 Jahren mit 11 % über dem allgemeinen Durchschnitt.³³ Dieses Verhältnis ergab sich aus der Zuwanderung nach Berlin. Es zogen vor allem jüngere Menschen, solche im besten arbeitsfähigen Alter zu. Das wirkte sich auf die Altersstruktur der Erwerbstätigen aus. Den höchsten Anteil hatte bei den abhängig Beschäftigten die Altersgruppe 30 - 50 Jahre (47 %). Bei den Frauen waren die Altersgruppen 20 - 30 und 30 - 50 Jahre fast gleich stark vertreten (39 % und 38 %).³⁴ In der Altersstruktur der Arbeitslosen verschieben sich diese Verhältnisse etwas. Rund 40 % gehörten der Altersgruppe 25 - 40 Jahre an. Das entsprach ungefähr auch dem Reichsdurchschnitt. Wesentlich stärker als im gesamten Reichsgebiet war jedoch die Altersgruppe 40 - 60 Jahre betroffen (32 % gegenüber rd. 25 % im Reichsdurchschnitt), so daß das Durchschnittsalter der Erwerbslosen in Berlin höher lag als im Reich.³⁵

Die Erhebung der Arbeitsämter im Juni 1933 erfolgte zu einer saisonal günstigen Zeit. Um so bemerkenswerter ist der Unterschied zwischen den Berliner Bedingungen und denen im Reichsgebiet insgesamt. Waren in Berlin zu diesem Zeitpunkt 29,8 % aller Erwerbspersonen arbeitslos, so betrug der entsprechende Reichsdurchschnitt 18,1 %. Auf einen km² kamen in Berlin 680 Arbeitslose.

Wenn diese Verhältniszahlen auch nicht so einfach nebeneinandergestellt werden können, so machen sie doch die soziale, vor allem aber auch die politische Brisanz deutlich, die in dieser Konzentration der Arbeitslosigkeit in Berlin, und hier wiederum auch nur in bestimmten Stadtteilen, für das Regime steckte.

Zählt man zu den Arbeitslosen noch die Angehörigen "ohne Hauptberuf", so lag der Anteil an der Gesamtbevölkerung in Berlin nach der amtlichen Statistik bei 24,7 %, im Reichsgebiet bei 17,4 %.³⁶ Das heißt, ein Viertel der

Berliner Bevölkerung war direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen, also mehr als 1 Mill. Einwohner. Doch die regionale Quote ist wiederum nur ein allgemeiner Durchschnitt für Berlin. Die Verteilung der Arbeitslosen auf das Stadtgebiet wies für einzelne Stadtbezirke natürlich eine viel höhere Konzentration auf. Das ergibt sich aus der sozialen Struktur der Stadtbezirke. (Siehe Tabelle 6 auf der nächsten Seite.)

Die Spalten a, b, e und f der Tabelle 6 stehen deutlich im Zusammenhang und weisen mit ihren überdurchschnittlichen Anteilen die Wohnbezirke der oberen Klassen und Schichten der Berliner Bevölkerung aus. Dabei können die Anteile der Spalte e als ein wesentliches Kriterium angesehen werden. An der Spitze stehen die Stadtbezirke Zehlendorf und Wilmersdorf, gefolgt von Steglitz, Schöneberg und Charlottenburg. Der Stadtbezirk Pankow steht zwar mit seinem Anteil an Pensionären und Rentnern an der Spitze der Spalte f, mit dem Anteil an Hauspersonal liegt er aber wesentlich unter dem Gesamtdurchschnitt von Berlin. Hier lassen die Anteile der Spalten a, b und c zusammen den Schluß zu, daß es sich in diesem Stadtbezirk um eine Bevölkerungsstruktur handelte, die vorwiegend von den mittleren sozialen Schichten geprägt wurde. Diese Schichten hielten in der Regel kein festes Hauspersonal, sondern sie beschäftigten - wenn überhaupt - Aufwartefrauen, die für geringe Löhne stunden- oder tageweise in der Woche zum Hausputz kamen. Solche Aufwartefrauen waren Arbeiterfrauen, die zumeist aus familiären Gründen keiner vollen Beschäftigung nachgehen konnten und deshalb diese unversicherte und unversussteuerte Tätigkeit verrichteten, die statistisch gar nicht erfaßt wurde.

Als eigentliche Arbeiterbezirke kann man die Stadtbezirke bezeichnen, wo der Anteil der Arbeiterbevölkerung über dem Gesamtdurchschnitt von 42,8 % lag. Hier standen mit über 50 % der Wedding, Friedrichshain (von der nazistischen Stadtverwaltung in "Horst Wessel" umbenannt), Weissensee und Neukölln an der Spitze. Wie aus Abb. 1 am Ende dieses Artikels ersichtlich ist, konzentrierte sich die Arbeiterbevölkerung Berlins auf die Alt-Berliner Stadtbezirke (der Tiergarten mit 40,2 % kann mit seinem industriereichen Stadtteil Moabit dazugerechnet werden), auf die östlichen und südöstlichen sowie mit Spandau und Reinickendorf auf die nordwestlichen Stadtbezirke. Das heißt, 12 von 20 Stadtbezirken waren im genannten Sinne Arbeiterbezirke.

Die Ausprägung der Arbeiterbezirke wird noch deutlicher, auch hinsichtlich der Verteilung der Arbeitslosen auf die Stadt, faßt man die Anteile der Arbeiter und der Angestellten zusammen. Hier errechnet sich ein durchschnittlicher Bevölkerungsanteil von 62,6 %. Die über diesem Durchschnitt liegenden 11 Stadtbezirke stimmen - bis auf Köpenick - mit den oben genannten und abgebildeten überein. Außer in Wilmersdorf und in Zehlendorf lag in allen anderen Stadtbezirken der Anteil der Arbeiter und Angestellten zusammen über 50 %. Insofern verteilte sich die Arbeitslosigkeit auf alle diese Stadtbezirke, doch es liegt auf der Hand, daß sie ganz besonders stark in den Arbeiterbezirken konzentriert war. Dafür spricht auch die Tatsache, daß rd. 75 % der Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung von den Berliner Arbeitsämtern gemeldet wurden, die im wesentlichen die als Arbeiterbezirke bezeichneten Teile der Stadt erfaßten.³⁷ Dazu ist zu vermerken, daß die Zahl dieser Unterstützungsempfänger 1933 im Durchschnitt nur 38 % der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen ausmach-

Tabelle 6

Die soziale Struktur der Stadtbezirke Berlins nach der Erhebung vom 16. Juni 1933
(in % der Gesamtbevölkerung⁺)

Stadtbezirk	Selbständige ⁺⁺	Beamte, Soldaten ⁺⁺⁺	Angestellte ⁺⁺⁺	Arbeiter ^o	Hauspersonal	Pensionäre, Rentner ^{oo}
a	b	c	d	e	f	
Mitte	16,0	3,9	16,0	48,0	2,8	13,3
Tiergarten	14,3	6,2	20,2	40,2	3,9	15,2
Wedding	8,6	4,4	14,4	56,8	1,1	14,7
Prenzlauer Berg	11,3	6,0	17,9	48,7	1,4	14,7
Friedrichshain	10,4	3,8	12,6	56,6	1,4	15,2
Kreuzberg	12,7	4,9	16,5	48,5	2,1	15,3
Charlottenburg	16,3	7,0	23,4	31,6	5,0	16,7
Spandau	8,2	6,7	20,3	48,3	1,4	15,1
Wilmerdorf	21,9	9,8	26,7	17,4	7,5	16,7
Zehlendorf	19,4	14,0	24,1	18,5	8,9	15,1
Schöneberg	18,0	8,4	25,7	26,9	4,7	16,3
Steglitz	14,7	13,8	27,7	23,1	4,1	16,6
Tempelhof	12,1	11,8	30,1	31,5	2,3	12,2
Neukölln	9,8	6,5	18,2	51,9	1,1	12,5
Treptow	9,2	8,7	23,7	44,5	1,3	12,6
Köpenick	12,3	10,3	17,4	44,0	1,9	14,1
Lichtenberg	9,7	7,8	18,1	48,2	1,2	15,0
Weißensee	12,5	6,0	16,3	52,4	1,4	11,4
Pankow	10,2	10,3	21,2	39,2	1,3	17,8
Reinickendorf	9,7	8,4	21,7	43,9	1,5	14,8
Zusammen	12,7	7,1	19,8	42,8	2,7	14,9

Quelle und Anmerkungen zu Tabelle 6:

- + Hauptberuflich Erwerbstätige und Erwerbslose, berufslose Selbständige und Angehörige ohne Hauptberuf.
- ++ Einschließlich mithelfende Familienangehörige sowie Beamte und Angestellte in leitender Stellung.
- +++ Ohne solche in leitender Stellung.
- o Einschließlich Heimarbeiter.
- oo Einschließlich von eigenem Vermögen oder von Unterstützung lebende Personen.

Quelle:

Die Bevölkerung der Stadt Berlin nach der Berufszählung vom 16. Juni 1933, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Berlin 1936, Nr. 18, T. 10, S. 11.

te, während 53 % Wohlfahrtsunterstützung bezogen. Dieser hohe Prozentsatz spricht für die große Zahl der langfristig Erwerbslosen.³⁸

Wirft man noch einen Blick auf die Bevölkerungsdichte in den 20 Stadtbezirken, so wird deutlich, wie stark die hohe Arbeitslosigkeit Berlins, d. h. also Not und Elend, aber auch politischer Sprengstoff in einzelnen Stadtbezirken konzentriert war.

Tabelle 7

Die Bevölkerungsdichte in den Stadtbezirken von Berlin 1933
(Bewohner pro ha)

Stadtbezirk	Bewohner pro ha	
	der Gesamtfläche	der bebauten Fläche
Mitte	255,3	394,7
Tiergarten	184,9	423,0
Wedding	254,0	662,0
Prenzlauer Berg	309,0	810,0
Friedrichshain	345,7	688,7
Kreuzberg	318,5	565,0
Charlottenburg	101,0	351,3
Spandau	16,7	120,1
Wilmerdorf	38,4	256,8
Zehlendorf	11,2	63,1
Schöneberg	200,6	435,5
Steglitz	69,4	189,2
Tempelhof	28,4	134,1
Neukölln	64,4	412,2
Treptow	30,3	152,7
Köpenick	7,2	85,6
Lichtenberg	30,5	143,4
Weißensee	17,6	203,7
Pankow	18,3	171,9
Reinickendorf	18,5	132,6
Zusammen	48,0	259,5

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 10. Jg., 1934, S. 6.

Wieder sind es die Alt-Berliner Bezirke und von diesen Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Wedding und Kreuzberg, die neben einem hohen Anteil Arbeiterbevölkerung auch die höchste Wohndichte von Berlin aufwiesen. Ein Beispiel aus Friedrichshain zeigt, wie stark die Werte in den eigentlichen Wohnkasernenvierteln vom Durchschnitt des Stadtbezirks nach oben abweichen: So wies 1934 ein Wohnblock mit 6geschossigem Vorder- und Hinterhaus 1798 Bewohner pro ha (ohne Straßenland) auf, in einem Teil dieses Blocks bestand sogar eine Wohndichte von 2256 Bewohnern pro ha (ohne Straßenland). Die sanitären Verhältnisse waren so, daß

132 Treppenaborte für 652 Familien,
 19 Hofaborte für 63 Familien
 (davon 3 Aborte für 23 Familien ohne Licht) und
 5 Kelleraborte für 10 Familien

zur Verfügung standen.³⁹ Die Hinterhöfe hatten in solchen Wohngebieten z. T. nur eine Grundfläche von 36 m², so daß die Sonne beim höchsten Stand nur bis zum vierten Stockwerk herab die Wohnungen erreichte.⁴⁰

Es war zwangsläufig, daß in diesen Bezirken die Kindersterblichkeit und auch die Tuberkulosesterblichkeit z. T. wesentlich über dem Durchschnitt der Stadt lagen.

Tabelle 8

Kindersterblichkeit im 1. Lebensjahr und Tuberkulosesterblichkeit in den Alt-Berliner Stadtbezirken 1932 und 1933

Stadtbezirk	Kindersterblichkeit im 1. Lebensjahr (auf 1000 Lebend- geburten)		Tuberkulosesterblichkeit (auf 10 000 Einw.)	
	1932	1933	1932	1933
	Mitte	8,7	7,7	11,5
Tiergarten	5,7	6,2	8,4	8,5
Wedding	6,9	7,8	9,8	10,4
Prenzlauer Berg	7,0	6,5	9,3	10,1
Friedrichshain	8,2	7,9	10,0	10,7
Kreuzberg	8,2	8,3	9,9	10,3
Stadt Berlin	6,7	6,8	8,7	9,3

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 10. Jg., 1934, S. 26 f., 44.

b) Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung von Laubenkolonien und Wanderungsbewegung

Eine besondere Gruppe der Wohnbevölkerung Berlins bildeten die Dauerbewohner von Lauben und Baracken, von Behelfs- oder Notwohnungen; sie waren zumeist in den Außenbezirken, weniger oder gar nicht in den Alt-Berliner Stadtbezirken angesiedelt. Berlin stellte in dieser Hinsicht keinen Sonderfall dar. Siedlungen dieser Art existierten in allen größeren Städten quer durch Deutschland, Berlin stand jedoch mit der Zahl solcher Wohnungen weit vor allen anderen Städten an der Spitze.⁴¹ Im Juni 1933 wurden 120 190 Personen gezählt, Männer, Frauen und Kinder, die in solchen Notwohnungen ihre einzige Unterkunft besaßen. Diese Zahl entsprach vergleichsweise annähernd der damaligen Bevölkerung von Potsdam (73 676) und Weimar (49 327) zusammengenommen. Von diesen 120 190 Personen waren rd. 60 000 von der Arbeitslosigkeit betroffen.⁴² Umgerechnet waren von 1000 Lauben- und Barackenbewohnern 173,6 im Juni 1933

arbeitslos. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, kamen zu dieser Zeit auf 1000 Einwohner Berlins 143,6 bei den Arbeitsämtern gemeldete Erwerbslose. Da die Erhebung über den Stand der Berliner Behelfsbauten nur die Erwerbslosigkeit der Haushaltungsvorstände ausweist, von denen 90 % Männer und davon wieder 86 % verheiratet waren, so kann man annehmen, daß es außer den arbeitslosen Haushaltungsvorständen auch noch arbeitslose Ehepartner sowie erwachsene Söhne und Töchter gab. Die Quote kann also noch höher gewesen sein als 173,6 o/oo.

Die Laubensiedlungen waren zunächst in erster Linie Ausdruck der ständigen Wohnungsnot Berlins und der zu hohen Mieten. Insofern siedelten hier auch vor allen anderen Arbeiter und ihre Familien, die sich auf Pachtland oder auf billigem Boden in den Außenbezirken selbst Wohnmöglichkeiten schufen. In den Krisenjahren jedoch ist es vor allem die Arbeitslosigkeit, die eine schnelle Zunahme dieser Behelfswohnungen bewirkte.

Tabelle 9

Baracken- und Laubenwohnungen in Berlin 1925, 1927 und 1933

	1925	1927	1933
Alt Berlin	1 606	1 973	3 122
Außenbezirke	6 364	11 031	38 852
Stadt Berlin	7 970	13 004	41 974

Quelle:

Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten (Baracken und Wohnlauben), in: Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 1. Jg., 1934, S. 120, 122.

Rein rechnerisch war von 1925 bis 1927 in Berlin ein jährlicher Zuwachs um 2517 und von 1927 bis 1933 um 4828 Lauben- und Barackenwohnungen erfolgt. Die Ansiedlung geschah vor allem und zunehmend in den Außenbezirken, und hier standen Lichtenberg und Reinickendorf mit der Zahl von Bewohnern dieser Behelfsbauten an der Spitze, gefolgt von Pankow, Spandau und Neukölln - wie Abb. 2 am Ende dieses Beitrages zeigt.

In Reinickendorf wohnten 10,5 %, in Lichtenberg 9,5 % der Bevölkerung in Lauben und Baracken. Der größte Teil aller Berliner Bewohner solcher Behelfsbauten, nämlich 62 %, war in den Arbeiterbezirken Lichtenberg (19,1 %), Reinickendorf (14,4 %), Neukölln (12,5 %) und Spandau (8,3 %) sowie im Wedding und in Prenzlauer Berg (zusammen 7,3 %) angesiedelt.⁴³

Das schnelle Anwachsen der Dauerwohnbevölkerung in den Laubenkolonien ist nur z. T. auf die durch die hohe Arbeitslosigkeit forcierte Wanderungsbewegung in Berlin zurückzuführen. Diese war immer sehr groß, sowohl innerhalb der Stadt, als auch zwischen der Stadt und ihrem großen Einzugsbereich, der überwiegend aus der Provinz Brandenburg, aber auch aus den östlichen preußischen Provinzen bestand. Innerhalb der Stadt wurde vorwiegend von den Innen- in die Außenbezirke, von der zu teuer gewordenen Wohnung in eine billigere gezogen oder mit dem Wechsel der

Arbeitsstelle möglichst in die Nähe der neuen umgezogen. Das Einsparen von Miete und von Fahrgeld waren wesentliche Gründe für den Umzug. In den Außenbezirken wohnte man in der Regel billiger als in den Innenbezirken. Dieser Bevölkerungsstrom ging in der Innenstadt einher mit einer zunehmenden City-Bildung. Die Abwanderung verstärkte sich mit den Auswirkungen der Krise, und zugleich wurde auch die Wanderungsbilanz der Stadt negativ. Von 1925 bis 1933 hatte die Bevölkerung der Alt-Berliner Bezirke um 165 583 Personen oder 8,3 % abgenommen, dagegen in den Außenbezirken um 383 798 Personen oder 18,7 % zugenommen. In den Innenbezirken war der Bevölkerungsverlust durch Sterbe- und Fortzugsüberschuß eingetreten, in den Außenbezirken stand einem Sterbeüberschuß von 17 548 Personen ein Zuzugsüberschuß von 401 346 Personen gegenüber.⁴⁴ Dabei übertraf in den Alt-Berliner Bezirken der Zuzug von auswärts den Fortzug nach auswärts, während die Wanderungsbewegung zwischen den Bezirken umgekehrt verlief. Hier war der Fortzug höher als der Zuzug. In den Außenbezirken verlief die Bewegung wiederum umgekehrt.

Tabelle 10

Die Wanderungsbewegung in Berlin 1925 - 1933

	Zuzug von auswärts (in % des Gesamtzuzugs)	Zuzug von anderen Bezirken (in % des Gesamtzuzugs)	Fortzug nach auswärts (in % des Gesamtfortzugs)	Fortzug nach anderen Bezirken (in % des Gesamtfortzugs)
Alt-Berlin	40,0	60,0	32,9	67,1
Außenbezirke	39,9	60,1	40,5	59,5
Stadt Berlin	39,9	60,1	36,9	63,1

Quelle:

Bevölkerungsentwicklung Berlins 1925 bis 1933, in: Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Berlin, 11. Jg., 1934, S. 104.

Natürlich lag dieser Entwicklung auch die Tatsache zugrunde, daß die Siedlungsmöglichkeiten in den Außenbezirken größer waren als in den zumeist dicht bebauten Arbeiterbezirken Alt-Berlins, 1928, auf dem Höhepunkt der Konjunktur, hatten von den Alt-Berliner Bezirken den stärksten Zuzug Prenzlauer Berg, Kreuzberg und Wedding, von den Außenbezirken lag Reinickendorf mit über 10 % an der Spitze. Schon daraus geht hervor, daß die Zuziehenden vorwiegend Arbeiter und Arbeiterfamilien waren. Die Berliner Wirtschaft braucht Arbeitskräfte. Nach Reinickendorf folgten Wilmersdorf, Steglitz und Lichtenberg mit über 6 % Zuzug; hier zeigen sich die besonderen Bedingungen der Außenbezirke,⁴⁵

Die Bevölkerung der Stadt war von 1925 bis 1933 um 5,42 % gewachsen, aber nicht aufgrund einer natürlichen Bevölkerungsbewegung, sondern aufgrund des Wanderungsgewinns von auswärts. Der große, beruflich sehr stark gegliederte Berliner Arbeitsmarkt zog die Menschen an, und es bestand deshalb auch eine enge Beziehung zwischen dem Wachstum der Stadt und den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten.

Tabelle 11

Wanderungsbilanz und Arbeitslosigkeit in Berlin 1924 - 1933

Jahr	Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuß (-)	Arbeitslose im Jahresmittel
1924	73 106	133 000
1925	94 900	81 000
1926	43 185	275 000
1927	75 798	209 000
1928	82 891	183 000
1929	66 850	232 000
1930	9 725	384 000
1931	- 7 772	533 000
1932	- 28 562	596 000
1933	- 38 585	583 000

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 10, Jg., 1934, S. 27, 124. -
 Wanderungsbilanz und Wirtschaftslage, in: Berliner Wirtschaftsberichte,
 hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 10. Jg., 1933, S. 45.

Das Steigen und Fallen der Arbeitslosenzahlen wirkte sich sehr schnell auf die Zu- und Fortzugsbewegung aus. Ab 1931, als die Arbeitslosigkeit über eine halbe Million anstieg, wurde die Wanderungsbilanz negativ. Der Fortzugsüberschuß betrug von 1931 bis Ende 1933 rd. 75 000 Personen, davon waren mehr als die Hälfte erst im Jahre 1933 weggezogen. 1934 stieg der Gesamtverlust mit einem Abwanderungsüberschuß von 32 247 Personen auf 105 000 Personen.⁴⁶ Diese verstärkte Abwanderung entlastete natürlich die Berliner Arbeitslosenstatistik; sie zeigte aber auch die Hoffnungslosigkeit hinsichtlich einer baldigen Besserung der Lage.

4. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Berlin 1933/34

Die Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit setzten wirkungsvoll erst 1933 ein. Das lag allein daran, daß erst im Herbst 1932 das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm, der sog. Papen-Plan, aufgelegt wurde. Es ist an anderer Stelle ausführlich über die Zusammenhänge geschrieben worden, weshalb erst so spät von der bis dahin verbindlichen deflationären Haushaltspolitik, der "Sparpolitik" von Reich, Ländern und Gemeinden, abgegangen wurde.⁴⁷ Der damit vollzogene Wandel war tiefgreifend und viel umstritten, und er hatte unabhängig von allen politischen und außenpolitischen Überlegungen und Absichten sein eigenes Gewicht. Es waren schließlich die sozialen und politischen Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit, die zu Maßnahmen zwangen und die schwerer wogen als finanz- und währungspolitische Bedenken. Mit dem "Papen-Plan" sollte der Weg einer öffentlichen Finanzierung antizyklischer Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und - so hoffte man - zur Ankurbelung der Wirtschaft geöffnet werden. Im Januar 1933 folgte das von der Regierung Schleicher aufgelegte "Sofort-Programm". Damit standen insgesamt

2,5 Mrd. RM zur Verfügung, wovon über 1 Mrd. RM für arbeitsintensive öffentliche Arbeiten vorgesehen war.⁴⁸

Die Hitler-Regierung übernahm diese Programme, die Ende Januar 1933 verwaltungsmäßig und finanztechnisch fertig vorbereitet vorlagen, und inszenierte mit großem Propagandaaufwand die "Arbeitsschlacht" gegen die Arbeitslosigkeit. Der am 1. Mai 1933 verkündete Autobahnbau wurde zum Aushängeschild für diese Propaganda und bald auch zum Kern der Legende, daß Hitler vor allem damit die Arbeitslosigkeit beseitigt habe.⁴⁹ Erst im Juni 1933 legte die Regierung ein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, das sog. Reinhardt-Programm, das im September 1933 mit der Bezeichnung "2. Reinhardt-Programm" erweitert wurde, um die im Winter saisonbedingt ansteigende Arbeitslosigkeit möglichst niedrig zu halten.

Mit diesem Programm standen noch einmal 1,86 Mrd. RM zur Verfügung, die vor allem im Bauwesen Arbeitsplätze schaffen sollten. Die staatlichen Programme wurden ergänzt durch Beschaffungsprogramme der Deutschen Reichsbahn (991 Mill. RM), der Deutschen Post (111 Mill. RM) sowie durch den Ausbau der vorstädtischen Kleinsiedlungen (83 Mill. RM).⁵⁰ Eine weitere Ergänzung stellten die Finanzmittel dar, die von seiten der Reichsanstalt für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt waren es 5,4 Mrd. RM, die so für die unmittelbare Arbeitsbeschaffung bereitstanden. Hinzu kamen noch verschiedene Maßnahmen zur mittelbaren Arbeitsbeschaffung, wie Steuergutscheine, einige gezielte Steuererleichterungen, Ehestandsdarlehen u. a.⁵¹

Berlin partizipierte an diesen Mitteln und Maßnahmen, aber die nur sehr langsam rückläufige Zahl der Arbeitslosen wie auch der Abwanderungsüberschuß zeigen doch, daß eine besondere Berücksichtigung nicht erfolgt sein kann. Die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit waren Notstandsarbeiten, bei denen Arbeitslosengeld, Krisenunterstützung oder Wohlfahrtfürsorge beziehende Arbeitslose - und zwar ausschließlich Männer - für ein Taschengeld Beschäftigung fanden. Die ständig relativ hohe Arbeitslosigkeit der 20er Jahre hatte diese Form der Arbeitsbeschaffung zur ständigen Einrichtung gemacht. Sie unterlag bestimmten Normativen und wurde durch öffentliche Mittel finanziert. Nach Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung trug diese durch sog. verlorene Zuschüsse als Grundförderungsmittel ebenfalls zur Mitfinanzierung von Notstandsarbeiten bei.⁵² Für Berlin wurden von der Stadtverwaltung folgende Zahlen angegeben:

Tabelle 12

Notstandsarbeiter in Berlin bis 1932

1. 8. 1923	2 967
1. 6. 1925	3 032
1. 4. 1927	8 479
15. 9. 1928	5 984
31.12. 1929	2 037
31.12. 1930	151
31.12. 1931	528
31.12. 1932	772

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt
Berlin, 6. Jg., 1930, S. 140;
Der Kampf der Reichshauptstadt
gegen die Arbeitslosigkeit, bearb.
im Auftrag des Wirtschaftsamts
der Stadt Berlin v. Dr. Grajetzky,
Beil. der Berliner Wirtschafts-
berichte, 12. Jg., 1935, Nr. 18,
S. 7.

Nach den Angaben der Reichsanstalt lag die Zahl der Notstandsarbeiter im Reich insgesamt bis zum März 1933 ständig und in den Krisenjahren zu- meist ganz wesentlich unter 100 000. Für 1928 und 1929 wird ein Durch- schnitt von "etwa 54 000, im Jahre 1930 im Jahresdurchschnitt sogar nur 33 000 Notstandsarbeiter" angegeben.⁵³ Die Tiefpunkte lagen in der Regel am Ende des Jahres. Insofern sind die für Berlin angegebenen Jahresend- zahlen besonders niedrig, doch die Tendenz, die gegenüber den anderen Zahlen zum Ausdruck kommt, entspricht der allgemeinen Entwicklung.

Im Jahre 1932 stieg, entgegen dem sonstigen Verlauf, die Zahl der Not- standsarbeiter insgesamt in den Monaten Oktober bis Dezember erheblich an, was als Auswirkung des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms gelten kann. Das Wirtschaftsamt der Stadt Berlin berichtete für das Jahr 1932 von Notstandsarbeiten beim Straßenbau sowie auf dem Gebiet der Stadt- entwässerung mit einem Gesamtbetrag von 12,2 Mill. RM. Für Notstands- arbeiten bei der BEWAG wurden 3,5 Mill. RM für die Jahre 1929 - 1931 ausgegeben.⁵⁴

Der neue Magistrat zeigte kein Interesse, die Maßnahmen der alten Stadt- verwaltung auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung genauer darzustellen. Dagegen lieferte er einen ausführlichen Bericht über den "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin während des 1. Jahres nach der Machtübernah- me", aus dem die folgenden Sachangaben zitiert werden:

Im Rahmen des "Sofort-Programms" wurden in Berlin "Arbeiten mit einem Kostenaufwand von 22 986 900 RM eingeleitet, und zwar:

- | | |
|--|---------------|
| 1. Tiefbauverwaltung: Straßenbau - Brückenbau - Wasser- und Bahnbau - Stadtentwässerung | 12 313 000 RM |
| 2. Hochbauverwaltung: Instandsetzen von Zufahrtsstraßen auf dem Gelände städtischer Anstalten sowie Erdarbeiten und Anlagen von Kanalisations- und sonstigen Leitungen | 1 165 000 RM |
| 3. Umwandlung des Feuermeldesystems | 342 000 RM |
| 4. Arbeiten der Berliner Verkehrs-A.G. | 9 166 900 RM |

Im Rahmen des 'Reinhardt-Programms' konnten Arbeiten mit einem Kostenaufwand von 37 445 050 RM aufgenommen werden, und zwar:

- | | |
|---|---------------|
| 1. Hochbauverwaltung: Instandsetzungsarbeiten, Ergänzungsbauten auf dem Gebiet des Schul- und Gesundheitswesens | 11 810 000 RM |
| 2. Tiefbauverwaltung: Stadtentwässerung, Brückenbau, Straßenbau, Stadion-Straßenbau | 14 476 750 RM |
| 3. Siedlungs- und Wohnungswesen: Beseitigung von Baumstäben und Neupflanzungen | 100 000 RM |
| 4. Gaswerke: Verbesserung und Erweiterung des Leitungsnetzes | 5 044 000 RM |
| 5. Wasserwerke: ebenso | 1 586 000 RM |
| 6. Luftschutz | 4 428 300 RM |

Neben diesen Arbeiten im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die aus Darlehnsmitteln der Oeffa, der Rentenbank-Kreditanstalt, aus Grund- förderungsmitteln der Reichsanstalt und mit eigenen Mitteln finanziert wur- den, haben die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Jahre 1933 weitere Arbeiten mit einem

Kostenaufwand von rd. 31 000 000 RM in Angriff nehmen können, Es handelt sich hierbei um Arbeiten der

1. Vorstädtischen Kleinsiedlung	6 000 000 RM
2. Wohnungsfürsorgegesellschaft	5 500 000 RM
3. Elektrizitätswerke	10 000 000 RM
4. Wasserwerke	1 500 000 RM
5. Gaswerke	8 000 000 RM. ⁵⁵

Aus dem erweiterten Arbeitsbeschaffungsprogramm vom September 1933, das besonders auf Instandsetzungsarbeiten und Wohnungsteilungen im privaten Hausbesitz angelegt war und die Finanzierung solcher Arbeiten vom Einsatz bestimmter Anteile Eigenkapital abhängig machte, flossen der Stadt nochmals 45 Mill. RM zu. Zusammen mit den Eigenkapitalmitteln wurde die Gesamtsumme, die für diese Arbeiten eingesetzt worden ist, auf ca. 200 Mill. RM geschätzt.⁵⁶

Wenn man davon ausgeht, welch hohen Anteil die Berliner Wirtschaft, die Berliner Bevölkerung, die Berliner Arbeitslosigkeit an der des Reiches hatte, so sind die Summen, die von den Arbeitsbeschaffungsprogrammen nach Berlin geflossen sind, nicht sehr hoch. Vom "Sofort-Programm" und den beiden "Reinhardt-Programmen" zusammen sind einschließlich des Pflichtanteils an Eigenkapital rd. 260 Mill. RM oder knapp 5 % der Mittel in Berlin verausgabt worden. Davon wurden 4,4 Mill. RM für den Bau von Luftschuttsammelräumen, d. h. unmittelbar für die Aufrüstung ausgegeben.⁵⁷

Das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lag bei den öffentlichen Aufträgen, die ganz überwiegend im Bereich der Infrastruktur und der Bauwirtschaft lagen. In der Regel wurden 80 - 90 % dieser Arbeitsplätze mit Arbeitslosen besetzt, da die anfallenden Arbeiten zumeist nur eine kurze Einarbeitung erforderlich machten.⁵⁸ Auch die private Wirtschaft bemühte sich um Aufträge für diese Arbeiten. Von der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK) war im Oktober 1933 z. B. die "Elektrofront" als Weg zur Arbeitsbeschaffung für das Elektrogewerbe propagiert worden. Allein in Berlin, so wurde festgestellt, gäbe es noch rd. 68 000 Häuser mit 200 000 Wohnungen, die nicht an das Energienetz angeschlossen seien. Ihr Anschluß sowie die Erneuerung, Instandsetzung und Verbesserung bestehender Anschlüsse könnten viele Arbeitsplätze schaffen. Hinter dieser Aktion, die mit umfangreicher Reklame und mit Rundfunkvorträgen in Berlin und Potsdam gestartet wurde, standen neben der IHK die Handwerkskammer Berlin und der vom faschistischen Staat eingesetzte "Reichstrehänder der Arbeit" für Berlin und Brandenburg.⁵⁹

Ein nicht unwesentlicher Teil der Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bestand in der Notstands- und der Arbeitsfürsorgearbeit (Afü-Arbeit). Beide Arten unterschieden sich durch ihre Finanzierung; die Afü-Arbeit wurde vorwiegend durch städtische, die Notstandsarbeit dagegen vorwiegend mit staatlichen Mitteln finanziert. Es waren durchweg einfache, niedrig entlohnte und arbeitsaufwendige Arbeiten, die einen bestimmten volkswirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Nutzen haben mußten, aber keine laufenden Arbeiten sein durften und für deren Erledigung mit regulären Arbeitskräften, d. h. also mit fest angestellten Arbeitern auf längere Frist keine Finanzmittel bei der Stadt zur Verfügung standen.

Es waren auch Arbeiten, die z. T. im Rahmen der städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramme geleistet wurden. Im Bereich der Tiefbauverwaltung verrichteten "Afü-Arbeiter", die jeweils nach 26 Wochen ausgetauscht wurden, z. B. alle einfachen Arbeiten, wie Planieren, Böschungsbefestigung, Anlegen von Promenaden- und Radfahrwegen, Grabenräumung u. ä. Im Durchschnitt beschäftigte dieser Bereich ständig 1000 solcher Fürsorgearbeiter.⁶⁰ Noch höher lag die Zahl im Bereich der Stadtgüterverwaltung, der seit 1931 eine "Afü-Abteilung der städtischen Tiefbauverwaltung angegliedert" war.⁶¹ Die Notstandsarbeit - 1933 für das ganze Reich erheblich ausgedehnt - stieg im Reich bis März 1934 auf über 600 000 Personen. Auch in Berlin nahmen die Zahlen zu; sehr viel höher lagen jedoch die Zahlen der Fürsorgearbeiter.

Tabelle 13

Notstands- und Fürsorgearbeiter in Berlin 1933/34

Jeweils am Monatsende	Notstands- arbeiter	Fürsorge- arbeiter	Pflicht- arbeiter ⁺
1933			
Januar	443	8 953	-
Februar	558	9 430	-
März	1 996	10 517	-
April	2 449	10 958	-
Mai	2 641	11 450	-
Juni	2 234	11 808	-
Juli	2 049	12 059	-
August	1 583	11 330	-
September	831	11 500	58
Oktober	589	11 257	543
November	739	11 097	613
Dezember	360	10 024	509
1934			
Januar	926	10 338	644
Februar	1 440	10 639	664
März	2 879	11 479	691

+ Zu vorwiegend berufsfremder Arbeit verpflichtete langjährig Erwerbslose, insbesondere Frauen und als asozial geltende langjährige Arbeitslose.

Quelle:

Der Kampf der Reichshauptstadt gegen die Arbeitslosigkeit, bearb. im Auftrag des Wirtschaftsamts der Stadt Berlin v. Dr. Grajetzky, Beil. der Berliner Wirtschaftsberichte, 12. Jg., 1935, Nr. 18, S. 23.

Da Notstands- wie auch Fürsorgearbeiter nicht mehr als arbeitslos erfaßt wurden, desgleichen Arbeitsuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung sowie "Arbeitsdienstwillige" und "Landhelfer" fand eine ganz erhebliche Verfälschung der Arbeitslosenstatistik statt.⁶² Trotz dieser Manipulation gelang es in Berlin nicht, die Arbeitslosenzahlen besonders stark herabzudrücken. Während im ganzen Reich die Arbeitslosigkeit bis zum 31. Dezember 1933 statistisch um 32,5 % abgenommen hatte, war sie in Berlin nur um 20,5 % zu senken. Wie wenig die Berliner Wirtschaft daran beteiligt war, zeigt eine Aufstellung über die Entwicklung in den Großbetrieben (ab 50 Beschäftigte). Von 1831 im Jahr 1932 noch existierenden Großbetrieben bestanden 1933 54 nicht mehr und 170 nur noch als Klein- und Mittelbetriebe, d. h. die Zahl der Großbetriebe war um 12 % zurückgegangen.

In den Großbetrieben jedoch, die 1933 noch existierten, hatte sich die Zahl der Beschäftigten von 1932 bis 1933 um 8031 (2 %) erhöht. Dagegen fand aber in den ehemaligen 170 Großbetrieben, die 1933 nur noch als Klein- oder Mittelbetriebe bestanden, eine Verringerung der Beschäftigtenzahl von 12 557 auf 5916 bzw. um 53 % statt. In den 54 eingegangenen Großbetrieben hatten 7915 Personen ihren Arbeitsplatz verloren. Damit hatte sich die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Personen 1933 gegenüber 1932 um 6255 (1,5 %) verringert.⁶³

Von den Gewerbebezügen, die in Berlin besonders stark vertreten waren, hatte der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau (zusammen mit den Gruppen Eisen- und Metallgewinnung sowie Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren) die Beschäftigtenzahl gegenüber 1932 um 112 (0,3 %) und die elektrotechnische Industrie um 743 (0,8 %) erhöht, dagegen hatten das Bekleidungs-gewerbe die Beschäftigtenzahl um 1363 (5,8 %) und das Handelsgewerbe um 2077 (2,2 %) verringert.⁶⁴

Diese magere Bilanz veranlaßte das Naziregime, vertreten in Berlin durch den "Staatskommissar der Reichshauptstadt", Lippert,⁶⁵ Maßnahmen vorzubereiten, die einen schnelleren Rückgang der Arbeitslosigkeit sichern konnten. Göring selbst, in seiner Funktion als preußischer Innenminister, gab das Maßnahmenpaket im Frühjahr 1934 bekannt, das bis Mitte 1935 unter der Bezeichnung "Göring-Plan" lief. Es markiert, ausgehend von der Arbeitsbeschaffung, den Übergang zu Zwangsmaßnahmen, mit denen zunächst in Berlin, bald aber auch im ganzen Reich die Einschränkung der Freizügigkeit für die Arbeiter und die Zwangsregulierung des Arbeitsmarktes eingeleitet wurden.

5. Der "Göring-Plan" von 1934/35

Schon im Verlauf des Jahres 1933 zeigte es sich, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Berlin nur begrenzt wirksam wurden. Einmal waren es vorwiegend Hoch- und Tiefbauarbeiten, wofür zudem ein großer Teil des Materialbedarfs nur außerhalb der Stadt gedeckt werden konnte. Zum anderen endete die "arbeitschaffende" Wirkung dieser Arbeiten, sobald sie abgeschlossen waren. Eine "Ankurbelung der Wirtschaft" über diesen Zeitpunkt hinaus zeigte sich kaum. Die Dauer dieser Arbeiten war begrenzt: Notstandsarbeiten - nach der Erfahrung der Reichsanstalt - durchschnittlich bis zu 4 oder 5 Monaten, Fürsorgearbeiten bis zu 6 Monaten. Es waren

Notlösungen. Von einer echten Eingliederung in den Arbeitsprozeß konnte nicht die Rede sein. Für die Betroffenen, schon monate- und jahrelang arbeitslos, bedeutete zwar jede Arbeit ein Glück, aber die Entlohnung blieb viel zu niedrig, als daß die dadurch entstehende Kaufkraft einen wirksamen volkswirtschaftlichen Anstoß hätte geben können.

Auch in der gewerblichen Wirtschaft war die Lage nicht rosig. Die IHK Berlin appellierte im Juni 1933 im Zusammenhang mit dem "Reinhardt-Programm" an ihre Mitglieder, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch großzügige Ersatzbeschaffung von Maschinen usw. zu unterstützen und durch die Einstellung von männlichen Arbeitskräften zur Belegung des Arbeitsmarktes beizutragen. Sie beteiligte sich an der Kampagne gegen das "Doppelverdienertum", in dem sie Beispiele veröffentlichte, die "zur Nachahmung" empfohlen wurden. Doch offensichtlich hatte sie mit beiden Aktionen wenig Erfolg. Gegen Ende des Jahres sprach sich die Regierung im Einvernehmen mit der Industrie und deren Verbänden (Reichsverband der Industrie) gegen jegliche Regelung des "Doppelverdienertums" aus.⁶⁶

Noch im Herbst 1933 sprach man seitens der IHK von der "verzweifelten Lage derjenigen Gewerbebranche", "die auf Export angewiesen sind" sowie von solch großen Zahlungsschwierigkeiten vor allem bei Großbetrieben, daß sie Massentlassungen von Arbeitern befürchten ließen. In einer deshalb einberufenen "Gläubigerversammlung" sollten Wege gefunden werden, um solche vor der Entlassung stehenden Arbeitskräfte möglichst bei anderen Arbeiten oder Betrieben unterzubringen.⁶⁷ Es ging darum, alles zu vermeiden, was zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen konnte.

Die Berliner Wirtschaft bot am Jahresende 1933 insgesamt kein sehr hoffnungsvolles Bild. Die noch immer mehr als eine halbe Million zählenden Arbeitslosen zeugten gegen den Erfolg der "Arbeitsschlacht". Die IHK verhandelte mit dem "Reichstreuhandler der Arbeit" über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die eine Verminderung der Arbeitslosen bewirken sollten und mit echter Arbeitsbeschaffung wenig zu tun hatten. Folgende Themen standen zur Diskussion, wovon zwei wieder im "Göring-Plan" auftauchten: a) die 40-Stunden-Woche, b) die Bekämpfung der Schwarzarbeit, c) die Einschränkung des Doppelverdienertums und d) die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft.⁶⁸ Weder die 40-Stunden-Woche noch Maßnahmen gegen das sog. Doppelverdienertum lagen im Interesse der Industrie, und sie verschwanden auch von der Tagesordnung. Zwangsmaßnahmen hingegen, um endlich bessere Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit und damit für die Stabilisierung des Nazistaates zu erzielen, dafür gab es viele Interessenten im Bereich der Wirtschaft. Für Berlin zeichnet sich Ende 1933/Anfang 1934 der Übergang zu Zwangsmaßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ab.

Im Januar/Februar 1934 war beim "Staatskommissar" ein Plan ausgearbeitet worden, mit dem man wirkungsvoller gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen wollte. Dabei stützte man sich auf Erfahrungen aus dem Jahre 1933 in der Provinz Ostpreußen, wo innerhalb von 2 Monaten alle arbeitslosen und arbeitsfähigen Personen, auch solche aus den Städten Königsberg und Elbing, in der Landwirtschaft eingesetzt worden waren. Auf diese Weise hatte sich Ostpreußen mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von über 80 % an die Spitze gesetzt und - so beschafften sich die ostpreußischen Großgrundbesitzer billige Arbeitskräfte.

Der für Berlin ausgearbeitete Plan sollte nun auf ähnliche Weise dazu verhelfen, die Arbeitslosigkeit endlich spürbar zu senken. Am 9. März 1934 trug Lippert den Plan Göring vor, und dieser legte dann die einzelnen Maßnahmen für Berlin fest. Um dem Plan das nötige Gewicht zu verleihen, wurde er nach Göring benannt und von ihm persönlich am 30. April 1934 verkündet. Ende Dezember 1934 ließ man die besondere Bezeichnung offiziell wieder fallen, "da durch den Erfolg des Jahres 1934 Berlin aus der Reihe der Großstädte mit besonders starker Arbeitslosigkeit herausgerückt ... (war) und Ministerpräsident Göring in einer besonderen Unterstützung der Reichshauptstadt in dieser Hinsicht eine Benachteiligung anderer Großstädte erblickt(e)". Göring hatte jedoch in einem Schreiben an Lippert seine Bereitschaft erklärt, "sich in besonderen Notfällen für die Berliner Arbeitsschlacht auch weiterhin persönlich einsetzen" zu wollen.⁶⁹ Inoffiziell blieb die Bezeichnung "Göring-Plan" jedoch bis zu seinem Abschluß bestehen.

Nachdem Berlin Mitte 1935 mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Reichsgebiet in etwa gleichgezogen hatte (am 31. Juli 1935 betrug der Rückgang im Reich insgesamt 70,8 % und in Berlin 67,7 %), wurde der Plan als abgeschlossen betrachtet. Der tiefere Grund dürfte jedoch in der Wiedereinführung der Wehrpflicht gelegen haben, denn es wurde festgestellt: "Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der aller Voraussicht nach mit den im Göring-Plan eingeleiteten Maßnahmen noch für eine längere Zeit geführt werden muß, ... wird durch die wiedergewonnene Wehrfreiheit wesentlich erleichtert werden. Durch die Dienstzeit der wehrfähigen Jugendlichen werden dauernd Arbeitsplätze für ältere Arbeitslose frei."⁷⁰ Ein größerer Plan, die Vorbereitung des Krieges, hatte mit seiner Wirkung den Berliner "Göring-Plan" abgelöst.

Der "Göring-Plan" legte im einzelnen folgende Maßnahmen fest:

- a) Verhinderung des Zuzugs Arbeitsuchender nach Berlin
- b) Bekämpfung der Schwarzarbeit
- c) Arbeitseinsatz der Jugendlichen in der Landwirtschaft - Arbeitsplatz-austausch
- d) Bekämpfung des Hausmädchenmangels in Berlin
- e) Arbeitseinsatz Berliner Arbeitsloser bei auswärtigen Notstandsarbeiten".⁷¹

Es waren Maßnahmen, die teils direkt, teils indirekt nur mit Zwang funktionierten. Ihre Bedeutung ging jedoch über den regionalen Bereich hinaus. Berlin wurde mit dem "Göring-Plan" zum Probierfeld für den Ausbau der Arbeitsmarktregulierung in ganz Deutschland gemacht. Der mit diesem Plan verkündete "Kampf der Reichshauptstadt gegen die Arbeitslosigkeit" diente in Wahrheit der Fesselung und Unterordnung der Arbeitskräfte sowie der Stabilisierung des faschistischen Staates gleichermaßen. Bezeichnend für die Richtung dieses "Kampfes" sind die "9 Gebote", die als propagandistische Begleitmusik mehr drohend als aufmunternd gewirkt haben müssen.⁷²

Die Zwangsmaßnahmen dieser Art begannen mit der Zuzugssperre für Berlin; sie wurde im August 1934 auch für die Wirtschaftsgebiete Hamburg und Bremen und im März 1935 für das Saargebiet verordnet. Juristische Grundlage bildete das "Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes" vom 15. Mai 1934; noch am selben Tage hatte der Präsident der Reichsanstalt

die Zuzugssperre für Berlin angeordnet.⁷³ Der Zuzug nach Berlin unterlag damit der Genehmigung des Arbeitsamts. Um ein Unterlaufen der Anordnung durch private Arbeitsabsprachen zu verhindern, hatte das Landesarbeitsamt eine zusätzliche Vereinbarung mit den Berliner Krankenkassen getroffen.⁷⁴ Die Auswirkung auf den Stand der Berliner Arbeitslosigkeit war ziffernmäßig nicht zu ermitteln. Der Abwanderungsüberschuß von mehr als 32 000 Personen bestätigt jedoch eine erhebliche Entlastung der Arbeitslosenstatistik.

Offener bürokratisch-polizeilicher Zwang setzte auch bei der "Bekämpfung der Schwarzarbeit" ein. Als Schwarzarbeiter wurden Personen bezeichnet, die als Arbeitslose eine Unterstützung bezogen und daneben noch einer bezahlten Beschäftigung nachgingen. Die Strafe bestand in völligem oder teilweisem Entzug der Unterstützung. Der Unternehmer konnte bis zu einer Strafe von 150 RM verurteilt werden, wenn er wußte, daß sein Arbeiter Unterstützung bezog. Das nachzuweisen war immer schwierig, und so richtete sich diese Verordnung in erster Linie gegen die ärmsten der Arbeitslosen.

Es lag sicher an der überaus vielfältigen Struktur der Berliner Wirtschaft, die neben einer Reihe sehr großer Unternehmen aus einer riesigen Anzahl von Klein-, Mittel- und Handwerksbetrieben bestand, daß sehr bald von der IHK Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit gefordert worden waren. Unmittelbar nach der Besprechung bei Göring wurde die Schwarzarbeit durch eine Polizeiverordnung unter Strafe gestellt.⁷⁵ Die "Abteilung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit" im Landeswohlfahrtsamt meldete für 1934 26 309 ermittelte "Schwarzarbeitverdächtige", davon bezogen 20 907 Unterstützung, und zwar 11 844 Wohlfahrts-, 7468 Krisen- und 1595 Arbeitslosenunterstützung. Je geringer die Unterstützung war, und das war der Fall, je länger die Arbeitslosigkeit dauerte, desto häufiger traten Fälle von Schwarzarbeit auf. Für Januar bis Juli 1935 wurden nochmals 14 536 "Schwarzarbeitverdächtige" gemeldet, von denen 12 727 Unterstützung bezogen, und zwar 5620 Wohlfahrts-, 5139 Krisen- und 1968 Arbeitslosenunterstützung.⁷⁶ Insgesamt sind im Rahmen des "Göring-Plans" rd. 41 000 "Schwarzarbeitverdächtige" ermittelt worden.

Die als Arbeitseinsatz der Jugendlichen in der Landwirtschaft verkündete Maßnahme leitete einen ganzen Komplex von Zwangsmaßnahmen ein. Zunächst ging es darum, arbeitslose Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren für die "Landhilfe" oder für den "Arbeitsdienst" zu gewinnen.⁷⁷

Diese Aktion war schon 1933 gelaufen; hierbei waren 9092 arbeitslose Jugendliche als "Landhelfer" oder "Hütoburschen" in die Landwirtschaft vermittelt worden. 1934 stieg die Zahl auf 27 103 und von Januar bis Juli 1935 nochmals auf 22 133.⁷⁸ Diese Steigerungen gingen jedoch nicht mehr nur auf die Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher zurück; die neue, mit dem "Göring-Plan" eingeführte Methode war der Arbeitsplatzaustausch. Wie es im Bericht der Stadtverwaltung hieß, hatte man durch Sondererhebungen festgestellt, daß die Zahl der arbeitslosen und für die Landwirtschaft vermittlungsfähigen Jugendlichen gar nicht so erheblich war, daß aber andererseits "der Anteil der Jugendlichen in den Berliner Betrieben unverhältnismäßig stark war... Aus diesem Grunde", so hieß es weiter, "wurde der Arbeitsplatzaustausch zur Forderung des Göring-Plans erhoben. Die jugendlichen Arbeitskräfte bis zum Alter von 25 Jah-

ren gehen in die Landhilfe oder in den Arbeitsdienst und räumen so ihre Arbeitsplätze den älteren Arbeitslosen".⁷⁹

Am Ende der Vorbereitung dieser Berliner Aktion stand die berüchtigte "Verteilungsordnung" des Präsidenten der Reichsanstalt vom 28. August 1934, die die Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter für das ganze Reich einleitete.⁸⁰ Die Stadtverwaltung stellte den Hergang wie folgt dar: "Dieser Arbeitsplatzaustausch wurde vorbereitet durch eine namentliche Erfassung aller jugendlichen Betriebsmitglieder durch die NSBO... Der damalige Führer der gewerblichen Wirtschaft erließ im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsanstalt eine Bekanntmachung an die Betriebsführer, den Arbeitsplatzaustausch nach Kräften zu fördern... Die Stadtverwaltung leitete dann diese Aktion im Einvernehmen mit der Reichsanstalt ein. Sie lud die Betriebsführer und Obmänner der NSBO einiger größerer Berliner Wirtschaftsbetriebe zu Besprechungen über die Durchführung dieser Aktion in diesen Betrieben ein. In den Besprechungen waren ferner vertreten: Der Landesobmann der NSBO, der Vertrauensmann der Unternehmer, das Landesarbeitsamt, das für den Betrieb zuständige Arbeitsamt, die Fachvermittlung des Arbeitsamts und der Bezirksbürgermeister des betreffenden Verwaltungsbezirks. ...

Bei diesen Verhandlungen zeigten sich zwei sehr bedeutsame Tatsachen: 1. die Arbeitsplätze waren tatsächlich unverhältnismäßig stark mit Jugendlichen besetzt, 2. die Betriebsführer erklärten sich im Hinblick auf das große Ziel dieser Aktion ausnahmslos freiwillig bereit, den Arbeitsplatzaustausch durchzuführen. Den Austausch übernahm dann nach den in diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarungen das Arbeitsamt.

Auf Grund dieser günstigen, durch freiwillige Verhandlungen erzielten Ergebnisse hat dann der Präsident der Reichsanstalt am 28. August 1934 die Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften erlassen und damit den Arbeitsplatzaustausch für das ganze Reichsgebiet angeordnet. Sämtliche Betriebe und Verwaltungen wurden verpflichtet, dem Arbeitsamt die austauschfähigen Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren zu melden. Den Austausch, d. h. die Vermittlung in Landhilfe, Arbeitsdienst und Hauswirtschaft... nimmt dann das Arbeitsamt vor."⁸¹

Die meisten Berliner "Landhelfer" vermittelte man in die Provinzen Brandenburg, Ostpreußen und Pommern. Von den Arbeitsämtern wurden im Rahmen der Aktion bis Mitte 1935 rd. 12 000 Arbeitsplätze "freigemacht". Das tatsächliche Ergebnis wurde jedoch höher eingeschätzt, "weil sich viele Jugendliche aus den Betrieben vor der Erfassung durch das Arbeitsamt freiwillig zum Arbeitsdienst oder zur Landhilfe meldeten und ferner durch die Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 28. August 1934 die Einstellung von Jugendlichen unter 25 Jahren der Genehmigung des Arbeitsamts bedarf".⁸² Die so betonte "Freiwilligkeit" der Jugendlichen war nicht selten nur die Folge der Zwangsmaßnahmen, die alle anderen Möglichkeiten versperrten.

Die "Bekämpfung des Hausmädchenmangels" sollte, wie andere Maßnahmen dieser Art auch, dazu dienen, die große Zahl der arbeitslosen Frauen auf Hausarbeit abzulenken, um so freie Arbeitsplätze in den Betrieben vorwiegend mit Männern besetzen zu können. Diesem Ziel, das ja auch eine Rolle in der Naziideologie spielte, dienten gleich drei der für die "Berliner Arbeitsschlacht" proklamierten "9 Gebote", von denen zwei

ausreichen, um die ganze Aktion zu charakterisieren: "Dem deutschen Mädel: Pack' Kochtopf, Schaufel und Besen an, Du bekommst viel eher einen Mann; Unseren Hausfrauen: Stiehl keine Zeit den Kindern und dem Mann, nimm Hilfe eines Dienstmädchens an". Der Hausmädchenbedarf wurde vorwiegend immer mit den vom Lande zuziehenden jungen Mädchen gedeckt, weil sie billig und "arbeitswillig" waren. In der Mehrzahl wechselten sie jedoch bald zu besser bezahlter Arbeit in Betriebe und Verwaltungen über, und so bestand ständig eine gewisse Nachfrage, auch in der Zeit großer Arbeitslosigkeit. Die Nachfrage wurde durch die Zuzugssperre noch verstärkt. Mit der Aktion gegen den Hausmädchenmangel hoffte man nun, die relativ hohe Arbeitslosigkeit der Frauen abbauen zu können. Ende Mai 1934 gab es noch rd. 110 000 weibliche Arbeitslose in Berlin. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß nur wenige der arbeitslosen Frauen und Mädchen in Hausmädchen- oder Aufwartestellen zu vermitteln waren. Viele hatten Kinder oder waren schon älter und kamen deshalb, wie lakonisch festgestellt wurde, "nicht in Frage". Angesichts der so geringen Auswirkung wurde das Schwergewicht der Aktion auf den Arbeitsplatztausch berufstätiger junger Mädchen im Alter bis zu 25 Jahren gelegt. Im Bericht der Stadtverwaltung hieß es hierzu: "Die Deutsche Arbeitsfront und der BDM übernahmen die Werbung in den Betrieben. Durch Schulungskurse der Arbeitsämter, der Arbeitsfront, der Wohlfahrtsämter und der Hausfrauenvereine werden die Mädchen auf den Hausmädchenberuf vorbereitet."⁸³ Der Bedarf konnte trotzdem nicht gedeckt werden, und so wurde die Zuzugssperre für junge Mädchen, die eine Hausmädchenstelle in Berlin annehmen wollten, wieder etwas gelockert.

Die Auswirkung dieser Aktion auf die Arbeitslosenstatistik ist schwer bestimmbar. Selbst die Stadtverwaltung gab zu, daß die Werbung wenig Erfolg hatte. Die Gründe lagen mit Sicherheit in der niedrigen Entlohnung und der geringen Freizeit, die in diesem Beruf üblich waren. Insofern kamen ältere Frauen, die ja den größeren Anteil bei den weiblichen Arbeitslosen hatten, "nicht mehr in Frage", weil sie bessere Arbeitsbedingungen fordern konnten. Aus demselben Grunde dürfte auch der Erfolg beim Arbeitsplatztausch nicht der Erwartung entsprochen haben.

Die zunächst freiwillige Entscheidung, eine Arbeitsstelle im Haushalt anzunehmen, wurde durch ein System von gesellschaftlichem und bürokratischem Zwang ergänzt. Letzteres geschah insbesondere durch die "Verteilungsordnung", durch das "hauswirtschaftliche Jahr für Mädchen" und das "Gesetz über das Landjahr in Preußen". All dies traf in erster Linie Schülertlassene und Jugendliche.⁸⁴

Die letzte der im "Göring-Plan" verkündeten Maßnahmen, der Arbeits-einsatz Berliner Arbeitsloser bei auswärtigen Notstandsarbeiten, dehnte die Einsatzmöglichkeiten faktisch auf das ganze Reich aus. Vom Reichsfinanzminister wurde dafür ein Sonderkontingent von 20 Mill. RM zur Verfügung gestellt. Außerdem zahlte die Stadt Berlin noch bestimmte Zuschüsse. Diese auswärts eingesetzten Berliner Arbeitslosen wurden in Lagern untergebracht. Für ihre Ausrüstung erhielten sie einen Gutschein über 25 RM, den sie in Berliner Bekleidungsgeschäften einlösen und in wöchentlichen Beträgen von 50 Pfg abzahlen mußten. Ihre Bezahlung richtete sich nach den örtlichen, nicht nach den Berliner Tarifen. Im Jahre 1934 wurden im Rahmen des "Göring-Plans" 8940 Berliner Arbeitslose zu auswärtigen Notstandsarbeiten vermittelt und 1935 bis Ende Juli nochmals

7408, der größte Teil von ihnen in der Provinz Brandenburg, nach Niedersachsen, Pommern, Ostpreußen und Bayern. Darüber hinaus kam es zu verstärkter Vermittlung von Berliner Arbeitslosen zum Autobahnbau, 1934 waren hier 8853 und 1935 (bis Ende Juli) 13 778 Berliner Arbeitslose beschäftigt.⁸⁵ Die absolute Zahl der Berliner Arbeitslosen lag jedoch 1934 noch wesentlich über 300 000 und 1935 über 200 000.

Auch in Berlin selbst war die Notstands- und Fürsorgearbeit im Rahmen des "Göring-Plans" stark forciert worden.

Tabelle 14

Notstands- und Fürsorgearbeiter in Berlin 1934/35

Jeweils am Monatsende	Notstands- arbeiter	Fürsorge- arbeiter	Pflicht- arbeiter ⁺
1934			
April	2 714	14 095	696
Mai	2 559	15 078	732
Juni	2 751	16 793	794
Juli	3 134	17 918	789
August	3 073	17 892	846
September	3 535	17 982	843
Oktober	3 142	18 294	870
November	2 529	17 432	808
Dezember	2 105	17 628	860
1935			
Januar	1 468	15 295	1 344
Februar	2 039	15 422	2 055
März	2 504	15 665	2 772
April	2 585	16 497	3 263
Mai	2 564	15 664	4 716
Juni	3 075	13 218	4 725
Juli	2 838	11 208	5 371

+ Zu vorwiegend berufsfremder Arbeit verpflichtete langjährig Erwerbslose, insbesondere Frauen und als asozial geltende langjährige Arbeitslose

Quelle:

Der Kampf der Reichshauptstadt gegen die Arbeitslosigkeit, bearb. im Auftrag des Wirtschaftsamts der Stadt Berlin v. Dr. Grajetzky, Beil. der Berliner Wirtschaftsberichte, 12. Jg., 1935, Nr. 18, S. 23.

Im Jahre 1934 ging in Berlin mit 46,7 % die Arbeitslosigkeit erstmals stärker zurück als im Reichsdurchschnitt (35,8 %). Insgesamt lag sie am 31. Dezember 1934 im Vergleich zum 31. Januar 1933 in Berlin 58 % und im Reichsdurchschnitt 57 % niedriger. Offenbar waren aber auch die besonderen Möglichkeiten der verschiedenen Maßnahmen sowie die finanziellen Mittel erschöpft, denn Mitte 1935, bis zur Abrechnung des "Göring-Plans",

blieb der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Berlin (23,6 %) schon wieder erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt (32,7 %) zurück.⁸⁶

Lippert hatte im November 1934 versucht, Schacht für eine "Bereitstellung weiterer Mittel zwecks Fortführung des Göring-Plans (Notstandsarbeiten) und zwar hauptsächlich im größeren Umfang im kommenden Frühjahr zu interessieren", wobei er, wie im Bericht für den Oberbürgermeister betont wurde, von der Erwägung ausgegangen sei, "daß, wenn auch die finanziellen Anstrengungen zur Wiederherstellung der deutschen Wehrhaftigkeit im Vordergrund stehen müßten, dennoch auch dafür Sorge zu tragen sei, daß hinter dieser wieder zu schaffenden äußeren Machtstellung des Reiches, ein leiblich und vor allem seelisch leistungsfähiges und leistungswilliges Volk stehe. Die Anstrengungen zur finanziellen Unterbauung der Wehrhaftigkeit müssen nach meiner Ansicht derart verteilt werden, daß ein Wiederabsinken des Lebensstandards weiter Volkskreise unter allen Umständen vermieden wird und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit während des Winters in erträglichen Grenzen bleibt."⁸⁷

Schacht, ohnehin kein Freund dieser Art Arbeitsbeschaffung, stellte keine Mittel zur Verfügung. Er wußte, in welchem Umfang die Aufrüstung im Anlaufen war, und wie sie sich auf dem Arbeitsmarkt auswirken würde.

Im Frühjahr 1935 ging die Arbeitslosigkeit nur geringfügig zurück, aber auch im Sommer sank sie nicht unter 200 000. Zum Jahresende stieg die Zahl sogar wieder auf eine viertel Mill. Erst 1936 setzte sich eine Entwicklung durch, die in wenigen Monaten die Zahl der Arbeitslosen um fast 50 % sinken ließ. (Siehe Tabelle 15.)

Von April bis zum Jahresende 1935 hatte die Zahl der in dieser Statistik nicht erfaßten Notstandsarbeiter, "Landhelfer" und "Arbeitsdienstwilligen" zwischen 8000 und 9000 Personen betragen, ab Januar 1936 sank diese Zahl auf wenige Hundert ab. Die Zahl der Fürsorgearbeiter - ebenfalls nicht als arbeitslos erfaßt, obwohl sie, wie die Notstandsarbeiter auch, berufsfremde und zeitlich begrenzte Arbeit verrichteten und deshalb Arbeitsuchende blieben - sank schon im zweiten Halbjahr 1935 allmählich auf etwas über 4000 und blieb auf diesem Niveau auch Anfang 1936.⁸⁸

Die Zeit der Notstandsarbeit ging mit dem Jahre 1935 zu Ende; die Rüstungsaufträge und bald auch die Vierjahresplan-Bauten saugten ab 1936 die Arbeitslosigkeit auch in Berlin zunehmend auf. Übrig blieben die nur noch bedingt oder nicht mehr einsetzbaren Arbeitslosen, die zur Fürsorge- und "Pflichtarbeit" herangezogen wurden. Nicht zu Ende war die Zeit der Zwangsmaßnahmen, wie sie durch den "Göring-Plan" eingeführt und forciert worden waren. Hatten sie zuerst dazu gedient, die Arbeitslosigkeit zu verringern, so dienten sie mit zunehmender Arbeitskräfteknappheit immer mehr dazu, die Freizügigkeit der Arbeiter einzuschränken und ihre Fesselung für die Kriegswirtschaft vorzubereiten.

Tabelle 15

Die Arbeitslosigkeit in Berlin 1934 - 1936

Stichtag	Arbeitstage (absolut)	Entwicklung von Stichtag zu Stichtag
31. 1. 33	654 878	-
31. 3. 34	427 154	- 35 %
31.12. 34	278 946	- 35 %
31. 3. 35	263 808	- 5 %
31. 7. 35	212 717	- 19 %
31.12. 35	245 822	+ 16 %
31. 1. 36	253 716	+ 3 %
31. 7. 36	134 035	- 47 %
31.12. 36	144 915	+ 8 %

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 11. Jg. 1935, S. 125; ebenda, 12. Jg. 1936, S. 89; ebenda, 13. Jg. 1937, S. 89.

6. Zusammenfassung

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin spiegelt die konjunkturelle Lage der Wirtschaft im Untersuchungszeitraum 1933 - 1935 wider. Da die Stadt zu den drei größten Wirtschaftszentren Deutschlands gehörte, kann diese Lage in gewisser Weise auch als repräsentativ für die gesamte gewerbliche Wirtschaft in dieser Zeit gelten.

Das Jahr 1933 hatte in Berlin, im Unterschied zum Reichsdurchschnitt, keinen einschneidenden Rückgang der Arbeitslosigkeit gebracht. Die Stadt stand mit ihrer Arbeitslosenquote (pro 1000 Einwohner) am Jahresende unter den deutschen Großstädten mit über 300 000 Einwohnern auf dem zweiten Platz, Ende Januar 1933 hatte sie an dritter Stelle gestanden. Den dritten Platz besetzte sie auch am 30. April 1934, als der "Göring-Plan" offiziell in Kraft trat.

Auch die starken Abwanderungen, die bis ins Jahr 1934 hinein den Zuzug in noch nie dagewesener Weise übertrafen, zeigen, daß die Aussichten auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit auch auf eine schnelle Verminderung der Arbeitslosigkeit in dem großen Ballungsraum Berlin schlechter waren als in anderen Gebieten. Dafür spricht auch der massenhafte Umzug in Lauben- und Barackenwohnungen. Es erhebt sich also die Frage, warum Berlin so erheblich vom Reichsdurchschnitt abwich.

Man kann annehmen, daß der Anteil Berlins an den Finanzmitteln der Arbeitsbeschaffungsprogramme dem allgemeinen Schlüssel entsprach. Die Summen waren beachtlich, aber nicht außergewöhnlich hoch. Die einzelnen Maßnahmen jedoch, arbeitsintensive Erd- und Bauarbeiten, konnten für einen so großen und stark gegliederten Industriestandort wie Berlin die erhoffte Wirkung nicht haben. Gemessen an der hohen Zahl der Arbeitslosen war der dadurch erreichte Rückgang - auch wenn viele Tausen-

de Arbeit fanden - kein großer Erfolg für das faschistische Regime. Daran änderten auch Manipulationen, wie die Streichung von Notstands- und Fürsorgearbeitern, von "Landhelfern" und "Arbeitsdienstwilligen" aus der Statistik, wenig.

Der Reichsdurchschnitt wurde natürlich von den gesamten Bedingungen gebildet, und vielleicht kann man annehmen, daß die Wirkung der Arbeitsbeschaffung wegen der Art der damit finanzierten Arbeiten in ländlichen Bezirken stärker gewesen ist, als in reinen Industriestandorten wie Berlin. Wie das Beispiel Ostpreußen zeigt, das wahrscheinlich keinen Einzelfall bildete, verband sich außerdem auf dem Lande, wo der Bedarf an Landarbeitern auch in den Krisenjahren nicht gedeckt werden konnte, die Arbeitsbeschaffung sehr schnell mit Zwangsmaßnahmen. So konnte der Rückgang der Arbeitslosenzahlen auch forciert werden. Ob damit allerdings 1933/34 der Reichsdurchschnitt ausschlaggebend beeinflußt worden ist, das bleibt doch zu bezweifeln,

Die Entwicklung in Berlin zeigt, daß die Arbeitsbeschaffungsprogramme nur eine zeitlich und strukturell begrenzte, aber keine echte antizyklische Wirkung für Industrie und Handel hatten. Die erwartete Initialzündung für eine neue Konjunktur blieb aus. Die Annahme, daß durch diese Programme zwar keine echte Wirtschaftsbelebung, aber hinsichtlich der Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen politischen Wirkung für das Regime doch eine Überbrückung bis zum vollen Anlaufen der Rüstungskonjunktur erreicht wurde, trifft für Berlin nicht zu. Diese Feststellung stimmt mit der einleitend dargelegten Investitionsentwicklung überein, nach der 1934 noch nicht einmal der Ersatzbedarf der Wirtschaft gedeckt wurde. Entsprechend wurde auch die Arbeitsstundenkapazität der Industrie Ende 1933 erst zu 45 % und Ende 1934 zu 57 % ausgelastet. In den für Berlin wichtigen Industriezweigen, Maschinenbau, Elektroindustrie und Bekleidungsindustrie, lagen diese Werte 1933 bei 43 %, 52 % und 46 % und 1934 - etwas höher, aber noch immer niedrig - bei 66 %, 65 % und 52 %.⁸⁹ Ähnlich waren auch die Werte in den übrigen für Berlin ebenfalls wichtigen Industriezweigen. Das heißt, Ende 1933 gab es noch keine Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung, die sich auf dem Arbeitsmarkt stärker hätte auswirken können.

Berlin war jedoch nicht nur ein großer Industriestandort, sondern auch ein Ballungsraum mit mehr als 4 Mill. Menschen, und es war die "Reichshauptstadt" des Naziregimes, das hier seine Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, mit großem Propagandagetöse verkündet hatte. Die faschistischen Führer und ihre Hintermänner wußten, daß die Stabilität des Regimes von der Einlösung dieses Versprechens abhing.

Das Vertrauen der Naziregierung auf die Wirkung der Milliardensumme, die mit den Programmen zur Verfügung stand und die in der Tat in dieser Höhe bis dahin noch keiner Regierung zum Zwecke der Wirtschaftsbelebung zur Verfügung gestanden hatte, war zunächst sehr groß. Aber angesichts der unerwartet geringen Wirkung in den industriellen Ballungsgebieten schwand es offenbar Ende 1933/Anfang 1934 zuerst für Berlin. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Überlegungen, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Zwangsmaßnahmen zu ergänzen. Daß sich Göring als zweiter Mann des Regimes selbst dahinter stellte, zeigt: Diese Wendung war mehr als nur eine lokale Berliner Angelegenheit. Die schnell folgende Ausdehnung

der Zwangsmaßnahmen auf das ganze Reich bzw. auf bestimmte Industriebezirke zeigt außerdem, daß die Berliner Lage keine Ausnahmeerscheinung bildete. Sie spiegelte nur etwas deutlicher als der Reichsdurchschnitt die wirklichen Aussichten für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wider.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahre 1934 war in Berlin durch die Zwangsmaßnahmen geprägt, mit denen die Wirkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergänzt wurde. Wie aus der Intervention Lipperts bei Schacht hervorgeht, war damit für 1935 kein großer Durchbruch mehr zu erzielen. Auch das Jahr 1935 blieb ein Jahr der umfangreichen Notstands- und Fürsorgearbeit für Berlin. Erst 1936 setzte sich die Aufrüstungskonjunktur voll auf dem Arbeitsmarkt durch und führte zur drastischen Einschränkung der Notstandsmaßnahmen aller Art.

Die Arbeitsbeschaffung des Naziregimes wurde ab Frühjahr 1934 in Berlin - und von da aus sehr schnell auf das ganze Reichsgebiet übergreifend - durch ein ganzes Paket von Zwangsmaßnahmen ergänzt und geprägt. Damit erfolgte der erste grundsätzliche Angriff auf die Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten, wobei hier ganz besonders jugendliche und weibliche Arbeitskräfte betroffen waren. Nur mit Hilfe von Zwang wurde es dem Naziregime in den ersten 2 - 3 Jahren seiner Herrschaft möglich, die Arbeitslosigkeit in Berlin und auch in anderen industriellen Ballungsgebieten stärker zu vermindern; nur so - nicht allein mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen - konnte der Anschluß an die Rüstungskonjunktur geschafft werden, die ab 1936 zur endgültigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit führte.

Die Bedeutung dieser zuerst im "Göring-Plan" verordneten Zwangsmaßnahmen ist jedoch nicht nur temporär für die möglichst schnelle Senkung der Arbeitslosigkeit zu werten. Wie nachgewiesen, wurden sie auch zum Ausgangspunkt für die spezifische, den Interessen der Kriegsvorbereitung untergeordnete Arbeitsmarktpolitik des faschistischen Regimes. Deren Kern war die Beseitigung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Damit kann abschließend festgestellt werden, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin neben ihren regionalen Besonderheiten auch grundsätzliche Bezüge zur Geschichte des Faschismus in Deutschland aufweist,

7. Anmerkungen

- 1 Zur Problematik s. Zumpe, L., Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1980, S. 64 ff., insbes. S. 78, Anm. 90 = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. H. Nussbaum und L. Zumpe, Bd. 3; dieselbe, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit 1933 bis 1935, Kritische Bemerkungen zu einer Schacht-Biographie, in: JWG, 2/1982, S. 121 ff.
- 2 Siehe dieselbe, Wirtschaft und Staat ..., S. 75 f. (Tab. 11, 13).
- 3 Sechster Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1934, Berlin 1935, S. 1.
- 4 Ebenda, S. 12, Tab. 14.
- 5 Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1936, hg. v. d. Reichskredit-Gesellschaft AG, S. 11; dasselbe an der Jahreswende 1937/38, S. 6.
- 6 Dasselbe im ersten Halbjahr 1934, S. 3.
- 7 Lärmer, K., Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen, Berlin 1975, S. 57 ff. - Siehe auch Zumpe, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit ..., S. 125.
- 8 Zumpe, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit ..., S. 124 ff.
- 9 Sechster Bericht der Reichsanstalt ..., S. 6.
- 10 Böß, G., Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft, Berlin 1929, S. 10. - Die Zahl der Angestellten enthält nach der Berufszählung von 1925 Angestellte und Beamte, während "Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer, leitende Beamte und sonstige Betriebsleiter" unter die Rubrik "Selbständige" eingeordnet wurden. (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, August 1929, H. 6, S. 3.)
- 11 Büsch, O., Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche = Veröffentlichung der Berliner Historischen Kommission, Bd. 1, Berlin (West) 1960, S. 10.
- 12 Behrens, P., Berlins Häusermeer. Ein städtebauliches Problem, in: Berlin in der Weltwirtschaft, hg. v. E. F. Werner-Rades, Berlin 1929, S. 29.
- 13 Gewerbliche Klein-, Mittel- und Großbetriebe in Berlin 1925, in: Berliner Wirtschaftsbericht, hg. v. Statistischem Amt der Stadt Berlin, 6. Jg. 1929, S. 63.
- 14 Aktiengesellschaften in Berlin nach Gewerbegruppen 1928, in: ebenda, S. 277.
- 15 Aktiengesellschaften in Berlin ..., in: ebenda, 9. Jg. 1932, S. 173.
- 16 Böß, S. 13.
- 17 Ebenda.
- 18 Ebenda, S. 11. - Zur Einordnung der Berliner Wirtschaft in die gesamten Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands sehr ausführlich: Berlins wirtschaftliche Verflechtung, im Auftrage des Magistrats bearb. im Statistischen Amt der Stadt Berlin, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Berlin 1928, Nr. 8. - Die hier nach Böß zitierten Zahlen beruhen im wesentlichen auf dieser Analyse.
- 19 Im Januar 1859 schrieb Marx: "Wer Berlin vor zehn Jahren gesehn hat, würde es heute nicht wiedererkennen. Aus einem steifen Paradeplatz

hat es sich in das geschäftige Zentrum des deutschen Maschinenbaues verwandelt." (Marx, Karl, Die Lage in Preußen, in: MEW, Bd. 12, Berlin 1961, S. 686.)

20 Böß, S. 11.

21 Ebenda, S. 11 f.

22 Aktiengesellschaften in Berlin ..., in: Berliner Wirtschaftsberichte, 6. Jg. 1929, S. 277. - Zum Handelsgewerbe wurden hier auch die Banken, Finanzierungs- und Beteiligungsgesellschaften gerechnet.

23 Böß, S. 12 f.

24 Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Berlin 1931, Nr. 8, S. 45 (Tab. XXII).

25 Büsch, S. 14 f. - In Berlin kamen auf die Unternehmensform "Körperschaften des öffentlichen Rechts" im Durchschnitt 2028 Beschäftigte auf 1 Unternehmen (bei den Aktiengesellschaften 331). Der Anteil an allen Unternehmen betrug 0,2 % (im Reich 0,7 %), an allen Beschäftigten dagegen 38 % (im Reich 9 %). Siehe auch Gewerbliche Unternehmen in Berlin nach der Unternehmensform 1925, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 8. Jg. 1931, S. 57.

26 Der Anteil betrug 1932 genau 41,4 % und 1933 genau 45,1 %. Berechnet nach Berliner Wirtschaftsberichte, 9. Jg. 1932, S. 87; Sechster Bericht der Reichsanstalt ..., S. 6.

27 Die Arbeitslosigkeit in Berlin, in den Großstädten und im Reich 1929 - 1931, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 9. Jg. 1932, S. 127; Arbeitslosigkeit in 49 deutschen Großstädten am 31. Oktober 1932, in: ebenda, 10. Jg. 1933, S. 5.

28 Syrup, F., Die finanzielle Bedeutung des Arbeitseinsatzes und der Arbeitslosenhilfe, in: Probleme des deutschen Wirtschaftslebens, hg. v. Deutschen Institut für Bankwissenschaften und Bankwesen, Berlin/Leipzig 1937, S. 624.

29 Der Berliner Beschäftigungsgrad 1932 und 1933, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 11. Jg. 1934, S. 31 f.

30 Unter der dortigen Rubrik "Angestellte" sind Beamte und leitende Angestellte nicht erfaßt.

31 Die Bevölkerung der Stadt Berlin nach der Berufszählung vom 16. Juni 1933, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes ..., Berlin 1936, Nr. 18, T. 10, S. 8 ff.

32 Die Berliner Arbeitslosen nach Beruf und Alter am 16. Juni 1933, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 11. Jg. 1934, S. 49. - Die Bezeichnung "ungelernte Arbeiter" ist rein bürokratisch begründet, denn als "Ungelernte" wurden Arbeiter registriert, die weniger als 26 Wochen vor Eintritt der Arbeitslosigkeit in einem Gewerbebezweig gearbeitet hatten. Arbeiter ohne gelernten Beruf mit mehr als 26 Wochen Tätigkeit in einem Gewerbebezweig wurden dagegen der jeweiligen Beschäftigtengruppe zugeordnet und erschienen unter der Rubrik "gelernte und angelernte Arbeiter".

33 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Berlin 1934, 10. Jg. 1934, S. 9; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1935, 54. Jg. 1935, S. 11.

34 Die Bevölkerung der Stadt Berlin nach der Berufszählung vom 16. Juni 1933, S. 13.

35 Die Berliner Arbeitslosen nach Beruf und Alter am 16. Juni 1933, S. 48.

- 36 Die Bevölkerung der Stadt Berlin nach der Berufszählung vom 16. Juni 1933, S. 4.
- 37 Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 10. Jg. 1934, S. 122.
- Für die Gebietseinteilung der Berliner Arbeitsämter, die dem Landesarbeitsamt Brandenburg zugehörten, s. ebenda, 6. Jg. 1930, S. 137.
- 38 Ebenda, 10. Jg. 1934, S. 124.
- 39 Der Bezirksbürgermeister des Verwaltungsbezirkes Horst Wessel (Friedrichshain) der Reichshauptstadt Berlin/Verwaltungsbericht 1. April 1928 bis 31. März 1936, Berlin 1936, S. 40.
- 40 Ebenda, S. 41. - Zu den dichtest besiedelten Wohnbezirken Berlins gehörte das sog. Scheunenviertel und hier insbes. die Dragoner- (heute Max-Beer-Str.), Grenadier- (heute Almstadtstr.), Linien-, Rücker- und Mulackstraße. Eine gesonderte Erhebung ergab 1925 für diese Straßen eine Siedlungsdichte von 1477 Bewohnern pro ha bebauter Fläche (ohne Straßenland). Der Durchschnitt betrug für Alt-Berlin zusammengekommen 634, für den Verwaltungsbezirk Mitte 439 und für die ganze Stadt 296. Am dichtesten waren die nördlichen Teile der Dragoner- und Grenadierstraße, der westliche Teil der Linienstraße sowie die Rücker- und Mulackstraße bevölkert: 1863 bis 1411 Bewohner pro ha, Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linien-, Rücker- und Mulackstraße, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes ... , Berlin 1929, Nr. 5, H. 5, S. 7; dazu auch Geisel, E., Im Scheunenviertel. Bilder, Texte und Dokumente, Berlin (West) 1981.
- 41 Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten (Baracken und Wohnlauben), in: Berliner Wirtschaftsberichte, 11. Jg. 1934, S. 119.
- 42 Ebenda, S. 122 f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 54. Jg. 1935, S. 9.
- 43 Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten ... , S. 122.
- 44 Bevölkerungsentwicklung Berlins 1925 bis 1933, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 11. Jg. 1934, S. 103.
- 45 Wanderungsbewegung in der Bevölkerungsentwicklung Berlins, in: ebenda, 6. Jg. 1929, S. 112.
- 46 Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 11. Jg. 1935, S. 51.
- 47 Dazu Nussbaum, M., Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978, S. 373 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland ... , Bd. 2.
- 48 Ebenda, S. 382.
- 49 Dazu ausführlich Lärmer, S. 57 ff.; Zumpe, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit ... , S. 124 ff.
- 50 Zumpe, Wirtschaft und Staat ... , S. 69 f.
- 51 Ebenda, S. 70 f.
- 52 Dazu die Ausführungen in: Sechter Bericht der Reichsanstalt ... , S. 35 ff.
- 53 Ebenda.
- 54 Verwaltungsbericht des Wirtschaftsamts, des Beschaffungsamts, der Hauptmarktverwaltung und der Verwaltung des Vieh- und Schlachthofs für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1936 mit kurzem Rückblick auf die Zeit vom 1. April 1928 bis zum 31. März 1932, Berlin 1937, S. 15 f.
- 55 Der Kampf der Reichshauptstadt gegen die Arbeitslosigkeit, bearb. im Auftrag des Wirtschaftsamts der Stadt Berlin v. Dr. Grajetzky, Beil.

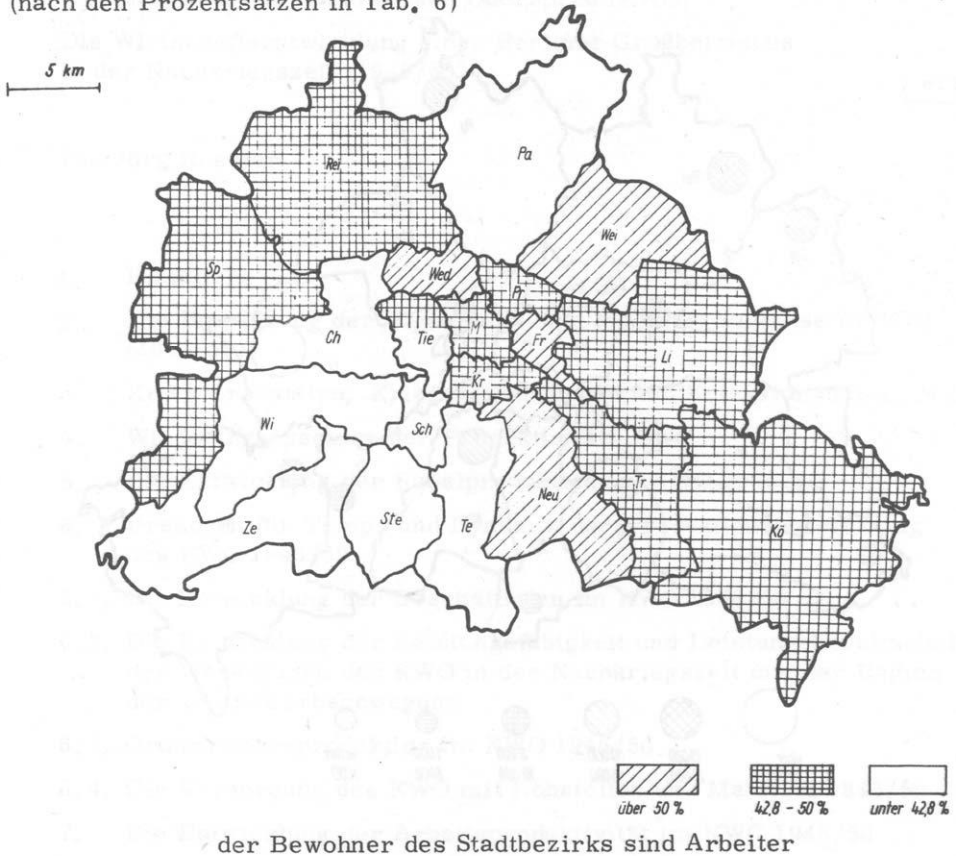
- d. Berliner Wirtschaftsberichte, 12, Jg. 1935, Nr. 18, S. 7 f.
- 56 Ebenda, S. 8.
- 57 Zum Verhältnis von Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung s. Zumpe, Wirtschaft und Staat ..., S. 65 ff., 70.
- 58 Bericht der Haupttiefbauverwaltung für die Zeit vom 1. April 1928 bis 30. September 1936, Berlin 1937, S. 25.
- 59 Elektrofront, Ein neuer Weg zur Arbeitsbeschaffung, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, 31, Jg. 1933, S. 724. - Zum Komplex "Reichstreuhand der Arbeit" ausführlich bei Zumpe, Wirtschaft und Staat ..., S. 88 f.
- 60 Bericht der Haupttiefbauverwaltung ..., S. 25.
- 61 Verwaltungsbericht der Stadtgüterverwaltung und Forstverwaltung für die Zeit vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1936, Berlin 1937, S. 26.
- 62 Dazu Petric, F., Eine Untersuchung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in den Jahren 1933 bis 1935, in: JWG, 1/1967, S. 287 ff.; Sechster Bericht der Reichsanstalt ..., S. 1; Mason, T. W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 126 ff.
- 63 Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Berliner Großbetrieben von 1932 zu 1933, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 11, Jg. 1934, S. 209 f.
- 64 Ebenda, S. 210.
- 65 Am 14. 3. 1933 hatte der preußische Innenminister (Göring) einen Kommissar zur besonderen Verwendung beim Magistrat von Berlin ernannt. Dessen Aufgabe war, in der Stadtverwaltung die Politik der neuen Machthaber durchzusetzen. Goebbels schlug dafür den Chefredakteur des NS-Blattes "Der Angriff", Dr. Julius Lippert, vor, der seit 1929 Fraktionsführer der NSDAP im Berliner Stadtparlament war. Diese Funktion wurde sehr schnell gesetzlich fixiert und zur staatlichen Verwaltungsbehörde ausgebaut. Der dabei entstehende Dualismus zwischen Oberbürgermeister und Staatskommissar fand 1937 durch die Entlassung des OB und die Personalunion beider Ämter ein Ende. (Staatsarchiv Potsdam /StA Potsdam/, Pr. Br. Rep. 60, Stadtpräsident Berlin, Behördengeschichtliche Einleitung.)
- 66 Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer ..., 31, Jg. 1933, S. 523, 766, 925; dazu s. Zumpe, Wirtschaft und Staat ..., S. 49 ff.
- 67 Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer ..., 31, Jg. 1933, S. 923.
- 68 Ebenda,
- 69 Der Kampf der Reichshauptstadt ..., S. 8 ff., 19.
- 70 Ebenda, S. 19.
- 71 Ebenda, S. 4.
- 72 Ebenda, S. 26.
- 73 Siehe dazu Zumpe, Wirtschaft und Staat ..., S. 94 ff.; Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 150 ff.
- 74 Der Kampf der Reichshauptstadt ..., S. 10.
- 75 Ebenda, S. 24 (Runderlaß des Preußischen Ministers des Inneren vom 17. März 1934).
- 76 Ebenda, S. 21.
- 77 Die "Landhilfe" war am 1. 3. 1933 als Nachfolgeeinrichtung vom "Not-

- werk der deutschen Jugend" eingerichtet worden (Reichsarbeitsblatt, 1933, I, S. 77 f.). Der "Freiwillige Arbeitsdienst", gegründet im August 1931, wurde 1935 mit dem Reichsarbeitsdienstgesetz zur Pflichteinrichtung gemacht. Ausführlich dazu Petrick, S. 290 ff.
- 78 Der Kampf der Reichshauptstadt ..., S. 21. - Die Zahlen der Berliner "Arbeitsdienstwilligen" waren statistisch nicht erfaßt und wurden für den Zeitraum ab 1933 bis Mitte 1935 auf 15 000 geschätzt (ebenda, S. 12).
- 79 Ebenda, S. 11.
- 80 Dazu s. Zumpe, Wirtschaft und Staat ..., S. 96 f., 273.
- 81 Der Kampf der Reichshauptstadt ..., S. 11.
- 82 Ebenda, S. 12.
- 83 Ebenda.
- 84 Dazu ausführlich Petrick, S. 296 f.
- 85 Der Kampf der Reichshauptstadt ..., S. 14.
- 86 Ebenda, S. 15.
- 87 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 60, Der Stadtpräsident Berlin, Nr. 248, S. 9.
- 88 Ebenda, Nr. 336, S. 11 - 34.
- 89 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 54. Jg. 1935, S. 314 f.; Industrielle Produktion, Sammlung von Ergebnissen der Produktions- und Vorratsstatistik bis Mitte 1934, bearb. im Statistischen Reichsamt, in: Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik, Nr. 13, Berlin 1934, S. 8f.

8. Anhang

Abbildung 1

Die Arbeiterbezirke Berlins
(nach den Prozentsätzen in Tab. 6)



Alt-Berliner Stadtbezirke:

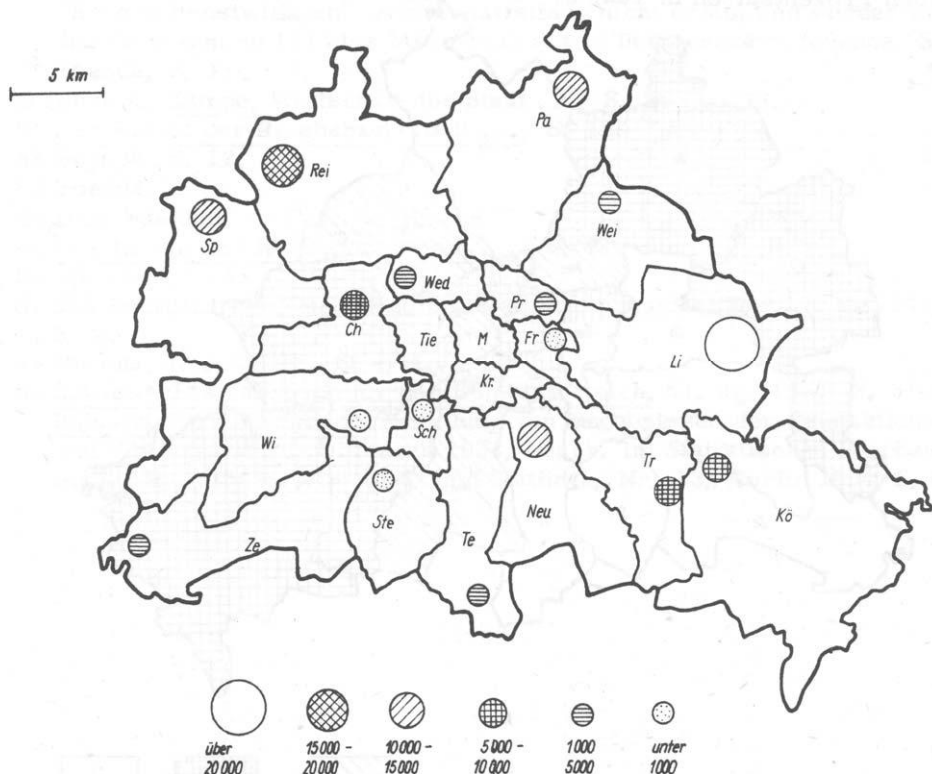
M	Mitte	Sp	Spandau	Tr	Treptow
Wed	Wedding	Wi	Wilmersdorf	Kö	Köpenick
Tie	Tiergarten	Ze	Zehlendorf	Li	Lichtenberg
Pr	Prenzlauer Berg	Sch	Schöneberg	Wei	Weißensee
Fr	Friedrichshain	Ste	Steglitz	Pa	Pankow
Kr	Kreuzberg	Te	Tempelhof	Rei	Reinickendorf
Ch	Charlottenburg	Neu	Neukölln		

Quelle:

Die Bevölkerung der Stadt Berlin nach der Berufszählung vom 16. Juni 1933,
in: Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Berlin 1936,
Nr. 18, T. 10, S. 11.

Abbildung 2

Bewohner von Dauerwohnlauben und -baracken in den Berliner Stadtbezirken nach der Erhebung vom 16. Juni 1933



Alt-Berliner Stadtbezirke:

M	Mitte	Sp	Spandau	Tr	Treptow
Wed	Wedding	Wi	Wilmerisdorf	Kö	Köpenick
Tie	Tiergarten	Ze	Zehlendorf	Li	Lichtenberg
Pr	Prenzlauer Berg	Sch	Schöneberg	Wei	Weißensee
Fr	Friedrichshain	Ste	Steglitz	Pa	Pankow
Kr	Kreuzberg	Te	Tempelhof	Rei	Reinickendorf
Ch	Charlottenburg	Neu	Neukölln		

Quelle:

Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten (Baracken und Wohnlauben), in: Berliner Wirtschaftsberichte, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Berlin, 11. Jg. 1934, S. 123.

Wiederaufbau des Kabelwerkes Oberspree (KWO)

Die Wirtschaftsentwicklung eines Berliner Großbetriebes in der Nachkriegszeit (1945/50)

von Jörg Roesler

1. Einleitung
2. Die Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse im KWO (1945/50)
3. Kriegsproduktion, Kriegszerstörungen und Kriegsfolgen im KWO
4. Wiedereingangsetzen der Produktion im KWO
5. Die Entwicklung der Kabelproduktion im KWO 1946/50
6. Ursachen für Tempo und Dynamik der Produktionsentwicklung des KWO 1946/50
 - 6.1. Die Entwicklung der Beschäftigten im KWO 1946/50
 - 6.2. Die Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Werktätigen des KWO in der Nachkriegszeit und der Beginn der Wettbewerbsbewegung
- 6.3. Grundfondsreproduktion im KWO 1946/50
- 6.4. Die Versorgung des KWO mit Rohstoffen und Material 1945/50
7. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im KWO 1946/50
8. Schlußbemerkung
9. Anmerkungen
10. Anhang

1. Einleitung

Mit der Jahreswende 1944/45 kehrte der Krieg, der 6 Jahre zuvor vom faschistischen Deutschland angezettelt worden war und mit dem Hitlers Armeen ganz Europa überzogen hatten, in sein Ursprungsland zurück. Die am 16. April 1944 mit einer Großoffensive der Roten Armee an Oder und Neiße eingeleitete Schlacht um Berlin bildete den Abschluß des verheerendsten aller bisherigen Kriege in Europa und kündigte die baldige Befreiung auch des deutschen Volkes vom Faschismus an. Die Lage in der "Reichshauptstadt" Ende April, wenige Tage vor der Kapitulation am 2. Mai, schildert ein Augenzeuge, Josef Orlopp, wenig später Stadtrat für Handel und Versorgung im ersten Berliner Magistrat nach Kriegsende: "Berlin lag nunmehr seit Tagen in Rauch und Trümmern und brannte in jedem Stadtteil. Tageslicht konnte die Rauchwolken nicht mehr durchbrechen. Der Tag war zur Nacht geworden... Amerikanische und englische Flieger überflogen, durch die Rauch- und Staubwolken ohne Sicht, in geringer Höhe die Reichshauptstadt. Fliegerbomben und Granaten trafen wahllos Paläste, Verwaltungsgebäude und Arbeiterwohnungen. Berlins Innenstadt versank vollends in Schutt und Asche. Das wirtschaftliche Herz Berlins hatte aufgehört zu schlagen, die Straßen waren mit Trümmern übersät und versperrt und die Bevölkerung lebte oder starb in Kellern und Bunkern. Die Lebensmittelzufuhr und -verteilung hatte nun ganz aufgehört, das endgültige Chaos brach herein."¹

Fünf Jahre später, im Jahre 1950, standen die Werktätigen der Hauptstadt der soeben gegründeten DDR, Berlin, mit an vorderster Stelle, als es darum ging, den Zweijahrplan vorfristig zu erfüllen. Im Plan war die Aufgabe gestellt worden, den Vorkriegsstand der Industrieproduktion auf dem Gebiet der DDR wieder zu erreichen. Damit die Berliner Wirtschaft in diesem Tempo mithalten konnte, mußte ihre Industrieproduktion im zweiten Jahr des Zweijahrplans sogar um 41 % erhöht werden. Diese Zielstellung wurde für erreichbar gehalten, nachdem Ende 1949 die volkseigenen und die ihnen gleichgestellten Berliner Betriebe eine durchschnittliche Planerfüllung von 103 % erreicht hatten. Am 31. Januar 1950 faßten rund 100 Funktionäre, Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften, auf der 5. Wirtschaftspolitischen Konferenz des Landesvorstandes der SED Groß-Berlin den Beschluß, den Berliner Zweijahrplan vorfristig abzuschließen.² Die bis 1949 erzielten Ergebnisse und für 1950 eingegangenen hohen Verpflichtungen legten Zeugnis ab von dem Aufbauwillen der Berliner Bevölkerung, von der Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Entwicklung der Wirtschaft in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Leistungen der Werktätigen in der Nachkriegszeit unter der Führung der Arbeiterklasse sind von Historikern, Wirtschaftshistorikern und in der Betriebsgeschichtsschreibung der DDR gebührend gewürdigt worden.³ Wissenschaftler und Laienforscher bemühten sich, Antwort auf die Frage zu geben: Wie, mit welchen Mitteln und Methoden wurden die erstaunlichen Produktionsergebnisse während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erreicht? Wie gelang es der Arbeiterklasse, die im Frühjahr 1945 völlig gelähmte, durch Krieg und Kriegsfolgen dezimierte Wirtschaft so rasch in Gang zu bringen und innerhalb eines halben Jahrzehnts - das Erbe eines Jahrhunderts kapitalistischer Industrialisierung nutzend - das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion wieder zu erreichen? Von den wissenschaftlichen Darstellungen, die sich diesen Fragen widmen, seien hier nur

die Arbeiten von Krause⁴ und Dörnberg⁵ genannt, die heute zu den klassischen Werken der DDR-Geschichts- bzw. Wirtschaftsgeschichtsschreibung zu zählen sind, sowie die neueren wirtschaftshistorischen Untersuchungen von Barthel⁶ und Mühlfriedel⁷. Ungeachtet der erfreulichen Anzahl von Veröffentlichungen kam Mühlfriedel in seiner bereits erwähnten, 1981 veröffentlichten Analyse des Forschungsstandes zu dem Schluß, daß für eine komplexe Industriegeschichte der Nachkriegszeit noch weitere Forschungsarbeit notwendig ist, angefangen vom "Schließen noch erheblicher Materiallücken" bis zur "Vertiefung der theoretischen Einsichten in die industrielle Entwicklung"⁸.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung bei der Erweiterung unserer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kenntnisse über die Nachkriegsjahre kommt mikroökonomischen Untersuchungen von Industriezweigen und einzelnen Betrieben bzw. Industriezentren zu. Derartige Forschungen eröffnen insofern über makroökonomische Untersuchungen hinausgehende Möglichkeiten, als sie nicht durch das sehr spärliche statistische Datenmaterial zur Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt und ihrer einzelnen Bereiche beschränkt sind. Sie können aber auch über die zahlreichen Ergebnisse der Betriebsgeschichtsschreibung hinausgehen, wenn sie Untersuchungen zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den betrieblichen Reproduktionsprozeß in der Nachkriegszeit zum Hauptgegenstand ihrer Untersuchungen machen. Die diesbezüglichen Darstellungen sind in vielen Betriebsgeschichten noch unzureichend,⁹ vor allem aufgrund des fehlenden wissenschaftlichen Vorlaufs der wirtschaftshistorischen Forschungen,¹⁰

Mit dem vorliegenden Artikel wird der Versuch unternommen, auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte und des betrieblichen Reproduktionsprozesses an einem Fallbeispiel - der Untersuchung eines Großbetriebes - sowohl Materiallücken zu schließen als auch zu vertiefenden Einsichten über die industrielle Entwicklung in der Periode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft beizutragen.¹¹

Entsprechend der Themenstellung des vorliegenden Bandes wurde ein Berliner Betrieb ausgewählt, das Kabelwerk Oberspree (KWO). Das im Berliner¹² Industriezentrum Oberschöneeweide gelegene Werk stellt insofern einen charakteristischen Berliner Industriebetrieb dar, als es erstens einem für Berlin besonders typischen Industriezweig angehört. Das KWO stellt Produkte der Elektroindustrie her. Im Jahre 1936 entfielen auf Berlin 51,7 % der Elektroindustrie im Gebiet der heutigen DDR. Noch deutlicher war die Vorrangstellung Berlins in der Kabelindustrie. Von 7 großen und mittleren Kabelbetrieben auf dem Gebiet der DDR arbeiteten 3 in Berlin.¹³ Sie erzeugten 1936 73,2 % der Kabel und Leitungen.¹⁴ Das größte der 3 Berliner Kabelwerke war das zum AEG-Konzern gehörende KWO. Nach seiner Rekonstruktion Ende der 20er Jahre galt das Kupferwalzwerk des KWO als das modernste Deutschlands.¹⁵ Im Kabelwerk Oberspree arbeiteten 1936 22,7 % der Beschäftigten der Kabelindustrie des Deutschen Reiches.¹⁶

Zweitens war das KWO aufgrund seiner Größe nicht nur innerhalb eines Industriezweiges, sondern insgesamt für die Berliner Wirtschaft von Bedeutung. Im Jahre 1938 arbeiteten im Kabelwerk¹⁷ 1 % oder jeder hundertste der in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern und Angestellten Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft Berlins,¹⁸ bezogen auf den Stadtbezirk Köpenick war es jeder fünfte.¹⁹

2. Die Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse im KWO (1945/50)

Die Wiedererreichung des Vorkriegsniveaus der Produktion, die Wiederherstellung der industriellen Produktivkräfte vollzieht sich stets in einem durch bestimmte Produktionsverhältnisse gegebenen Rahmen. Vom Standpunkt der Produktionsverhältnisse erfolgte der Wiederaufbau der Industrie im östlichen wie im westlichen Teil Deutschlands unter entgegengesetzten Vorzeichen. In den Westzonen wurden die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse restauriert,²⁰ in der sowjetischen Besatzungszone übernahm die Arbeiterklasse die Macht und führte das Land in einem einheitlichen revolutionären Prozeß über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zur sozialistischen Revolution.²¹ Die Untersuchung der Wiederherstellung des Produktivkräfte- und des Produktionsniveaus in jedem beliebigen Betrieb im Osten Deutschlands muß daher, ausgehend von der prägenden Rolle der Produktionsverhältnisse für die Art und Weise des Wiederaufbaus, die Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse im Betrieb an den Anfang der Analyse stellen.

Das KWO befand sich seit seiner Gründung am Ende des vorigen Jh. in den Händen des AEG-Konzerns. Während der faschistischen Herrschaft hatte der Konzern an der Aufrüstung, an Kriegsproduktion sowie der Ausbeutung von ins "Reich" verschleppten Angehörigen der unterjochten Völkerschaften²² teilgenommen. Nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschland geriet die kompromittierte Konzernspitze dadurch in eine mißliche Lage und mußte um ihre im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Betriebe bangen. Der bereits am 6. Mai 1945 gebildete neue, demokratische Berliner Magistrat sah es als seine erste Aufgabe auf wirtschaftlichem Gebiet an, alle Nazis von den Kommandohöhen der Wirtschaft zu entfernen. Außerdem mußten solche Betriebe, die im Besitz von aktiven Nazis waren, in treuhänderische Verwaltung gegeben werden.²³ Am 1. Juni 1945 wurde durch den Magistrat von Groß-Berlin eine entsprechende Verordnung erlassen.²⁴ Die vom 17. Juli bis 2. August in Potsdam tagende Konferenz der drei Großmächte der Antihitlerkoalition (UdSSR, USA, Großbritannien) beschloß: "In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen."²⁵ Im Oktober 1945 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Verwirklichung des Potsdamer Abkommens mit Befehl 124 die Konfiszierung (Sequester) einiger Eigentumskategorien an. Dieses Eigentum wurde vorerst der SMAD übertragen, die deutsche Treuhänder einsetzte.²⁶ In den betroffenen Betrieben war damit den Kriegsverbrechern und Konzernherren praktisch jede Verfügung über ihr Vermögen entzogen. In Berlin, das 4 Besatzungsmächten, darunter 3 imperialistischen Staaten, unterstand und desungeachtet als administrative und wirtschaftliche Einheit zu behandeln war, verlief die Entwicklung langsamer und wurde schließlich durch die Westmächte in den ihnen unterstellten Sektoren der Stadt gänzlich vereitelt. Das geschah durch ein Veto gegen den Rechtsakt der Stadtverordnetenversammlung vom März 1947 über die Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten. Die entschädigungslose Enteignung der Konzerne erfolgte daher nur für den öst-

lichen Teil der Stadt durch ein Gesetz des Demokratischen Magistrats vom Februar 1949.²⁷

Die sich seit Anfang Juli 1945 im von amerikanischen, britischen und französischen Truppen besetzten Westberlin befindliche AEG-Fabrikenleitung sah, daß die Existenz des Konzerns auf dem Spiele stand. Sie bemühte sich im Sommer und Herbst 1945 darum, nachzuweisen, daß die AEG weder ein Nazibetrieb noch ein unter die Potsdamer Beschlüsse fallender Betrieb war. Zu diesem Zweck waren von der AEG-Leitung "Überlegungen anzustellen und schnellstens Maßnahmen zu treffen, damit die AEG in neuer, den verlangten Verhältnissen angepaßter Form mit ihren Stamm- und Zulieferfabriken erhalten bleibt"²⁸. Immerhin erreichte die Konzernleitung, daß ihre Berliner Betriebe, einschließlich des KWO, bis Ende 1945 nicht unter Sequester fielen. An den juristischen Eigentumsverhältnissen änderte sich also zunächst nichts. Wie aber sahen die tatsächlichen Machtverhältnisse aus? Wer bestimmte nach der Niederlage Hitlerdeutschlands im KWO?

Am 23. April 1945, noch während der Kämpfe um Berlin, besetzte die Rote Armee Oberschöneeweide und damit auch das Gelände des KWO. Seit dem 24. April bewachten sowjetische Armeeposten das Werk. Das KWO erhielt einen sowjetischen Kommandanten, der eine provisorische Werkleitung aus den Reihen der höheren technischen und kaufmännischen Angestellten des Kabelwerks bildete, die nicht der Nazipartei angehörten und sich nicht aktiv für den Faschismus eingesetzt hatten. Vorläufiger Werkdirektor wurde der bisherige Leiter eines der KWO-Betriebe.²⁹ Unter der zunächst mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigten Belegschaft des KWO bildete sich spontan wieder ein Betriebsrat. Einige seiner Mitglieder hatten diese Funktion bereits einmal, bis zur Auflösung des KWO-Betriebsrates durch die Nazis im März 1933, innegehabt. Mitte Juni, nachdem die SMAD durch den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945³⁰ die Tätigkeit antifaschistischer Parteien und die Bildung freier Gewerkschaften gestattet hatte, bildeten sich Gruppen der SPD und der KPD im Betrieb. Von Anfang an arbeiteten die Mitglieder beider Parteien eng zusammen. Im Juni/Juli begannen sich die Arbeiter des KWO, wie überall in den Berliner Betrieben,³¹ gewerkschaftlich zu organisieren - erstmals in der Geschichte des KWO in einer einheitlichen Gewerkschaft, dem FDGB. Es wurde eine Gewerkschaftskommission gebildet, die Ob- und Vertrauensleute in den nach und nach ihre Arbeit wieder aufnehmenden Betriebsteilen des KWO einsetzte. Sowohl im Betriebsrat als auch in der Gewerkschaftskommission verfügten die Genossen der KPD und SPD über wesentlichen Einfluß.³² Allen fortschrittlichen Kräften war klar, daß die Wiederaufnahme der Produktion im Werk den wichtigsten Beitrag der Belegschaft für den Wiederaufbau und die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland darstellte.³³ Ihre Ziele trafen sich in dieser Hinsicht mit den Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die im Befehl Nr. 9 der SMAD vom 21. Juni 1945 die Wiedereingangssetzung der Produktion bis zum 15. August forderte.³⁴

Nicht so eilig mit dem Wiederaufbau hatte es angesichts der für den Konzern ungewissen Zukunft die AEG-Fabrikenleitung³⁵ in Westberlin. Sie war sich darin einig mit anderen leitenden Westberliner Konzernen. So fand am 23. August 1945 in Berlin-Schlachtensee eine illegale Tagung führender Vertreter der Industriegruppen und Wirtschaftsverbände sowie von

Direktoren bedeutender Westberliner Konzerne statt, auf der über ein gemeinsames Vorgehen gegen die demokratischen Kräfte und den antifaschistischen Magistrat beraten wurde. "Wenn nicht produziert wird, werden die Herrschaften in der Parochialstraße (Sitz des neuen Magistrats) schon zugänglicher werden oder bankrott machen",³⁶ spekulierte man. Der Einfluß der AEG-Fabrikenleitung auf das KWO beruhte weniger auf dem juristischen Status des Kabelwerkes, welcher das KWO weiterhin als AEG-Betrieb auswies, als darauf, daß die Konzernleitung die bisherige wirtschaftliche Abhängigkeit des Kabelwerkes vom gesamten Konzern mißbrauchte, um materiell und finanziell Druck auf die Werkleitung des KWO auszuüben. Vor allem aber nutzte sie das mit jahrzehntelanger geschickter Politik bei leitenden Angestellten, Meistern und Vorarbeitern erzeugte Zugehörigkeitsgefühl zum AEG-Konzern, an dem ein Teil der Belegschaft auch nach dem Mai 1945 festhielt.³⁷ Ganz im Sinne der AEG-Zentrale und im krassen Gegensatz zu den Bestrebungen der Arbeiter im KWO und dem Befehl Nr. 9 der SMAD schrieb am 14. Juli 1945 der provisorische Direktor des KWO an die AEG-Fabrikenleitung: "Irgendwelche Vorarbeiten für eine Wiedereingangssetzung des Kabelwerkes haben wir mit Rücksicht auf die nach den letzten Informationen nicht sehr günstige Situation vorläufig zurückgestellt."³⁸ Vollständig scheint die Übereinstimmung zwischen AEG-Zentrale und dem Direktor im KWO jedoch nicht gewesen zu sein. Am 15. September 1945 ersetzte sie ihn durch einen anderen Abteilungsleiter des KWO.³⁹ Diese Maßnahme offenbart, daß es der AEG-Konzernleitung unter Ausnutzung der besonderen Berliner Situation durchaus noch möglich war, auf die Leitung des Werkes Einfluß zu nehmen, auch wenn es zwecks Abwicklung von Wiedergutmachungsleistungen unter sowjetischer Kontrolle stand. Der Einfluß der AEG reichte jedoch nicht soweit, daß die Wiederaufnahme der Produktion verhindert wurde.

Im Dezember 1945 unternahmen die fortschrittlichen Kräfte im KWO im Zusammenhang mit der Forderung der Belegschaften mehrerer Berliner Großbetriebe - darunter der AEG-Apparate-Fabrik Treptow (heute EAW) - nach Auflösung der Konzerne⁴⁰ einen erneuten Vorstoß in der Eigentumsfrage. Auf einer Belegschaftsversammlung legte der Betriebsrat des KWO eine EntschlieÙung vor, in der die Entmachtung des AEG-Konzerns gefordert wurde. Der Vertreter der Betriebsleitung empfahl den Versammelten jedoch, unter Hinweis auf die engen Kooperationsbeziehungen des Kabelwerkes mit anderen AEG-Betrieben, keine "übereilten Schritte" zu unternehmen.⁴¹

Auf die Dauer gelang es der AEG-Konzernleitung nicht, ihre im sowjetischen Sektor Berlins gelegenen Fabriken den Bestimmungen des Befehls 124 und den Beschlüssen des Magistrats von Groß-Berlin zu entziehen. Am 25. Januar 1946 wurde das KWO zusammen mit 5 anderen AEG-Betrieben, darunter den benachbarten AEG-Fabriken für Transformatoren und Hochspannungsschalter (TRO) und der bereits erwähnten AEG-Apparate-Fabrik Treptow,⁴² unter Sequester gestellt, und es wurde durch das zuständige Bezirksamt, für das KWO durch das Köpenicker, ein Treuhänder berufen, der am 1. Februar seine Tätigkeit aufnahm. Er, der sozialen Herkunft nach Arbeiter, hatte die gesamte technische und kaufmännische Leitung in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Werkskommandanten inne.⁴³ Das KWO gehörte von nun an zu den über 300 Treuhandbetrieben, auf die rund 40 % der Beschäftigten in der Industrie und 50 % der Produktion im

im sowjetischen Sektor von Berlin im Jahre 1946 entfielen.⁴⁴ Gleichzeitig mit der Übernahme des Kabelwerkes in Treuhandschaft wurde das KWO offiziell aus dem AEG-Konzern herausgelöst. Eine wichtige Aufgabe des Treuhänders war es, jegliche Kontakte des nunmehr wirtschaftlich und juristisch selbständigen Betriebes mit der Konzernleitung zu unterbinden.⁴⁵

Im Juni 1946 fanden sich die Genossen der KPD und SPD des Treuhandbetriebes KWO zur Gründung der SED-Betriebsgruppe zusammen. Der Partei der Arbeiterklasse gehörten Ende Mai 1946 128 Genossen an, das waren 4,5 - 5 % der Arbeiter und Angestellten des Kabelwerkes. Durch die Bildung der SED-Betriebsgruppe konnten die fortschrittlichen Kräfte im KWO ihre Position weiter festigen.⁴⁶ Im Kabelwerk existierte noch einige Jahre eine kleine Betriebsgruppe von SPD-Mitgliedern, die sich nicht der SED angeschlossen hatten. Diese Gruppe hatte jedoch wenig Einfluß auf die Arbeiterschaft im KWO und löste sich auf, als die SPD in Westberlin immer deutlicher einen restaurativen und antikommunistischen Kurs zu steuern begann.⁴⁷

Am 1. November 1946 wurde das bisher unter Sequester stehende Kabelwerk Oberspree SAG-Betrieb; Der deutsche Treuhänder übergab den Betrieb dem sowjetischen Generaldirektor.⁴⁸ Später erfolgte eine entsprechende Eintragung beim zuständigen Berliner Gericht ins Grundbuch. Das KWO gehörte jetzt zur "Sowjetischen Aktiengesellschaft Kabel". Diese "SAG Kabel" unterstand mit 27 anderen sowjetischen Aktiengesellschaften der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland" in Berlin-Weissensee, einem Organ der "Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland" beim Ministerrat der UdSSR.⁴⁹ Durch den Eigentumswechsel fiel das KWO wie etwa 200 andere ehemalige Rüstungsbetriebe, darunter 11 Berliner, z. B. das Kabelwerk Köpenick, das Werk für Fernmeldewesen und der Betrieb Siemens-Planitz (heute VEB Elektrokohle),⁵⁰ nicht mehr unter die Bestimmungen des im März 1946 vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen sog. Industriepfandes. Dieser sah das Verbot der Produktion und damit die Liquidierung der Kapazitäten für Güter vor, die einer Wiederaufrüstung dienen könnten. Darüber hinaus enthielt er Produktions- und Außenhandelsbeschränkungen für die übrige Industrie. Der Industrie(niveau)-plan war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat in Berlin, in denen die unterschiedlichen Intentionen der Sowjetunion einerseits und der imperialistischen Siegermächte andererseits deutlich wurden.⁵¹

Der sowjetische Generaldirektor des SAG-Betriebes KWO behielt die deutsche Werkleitung, die aus kaufmännischen und technischen Angestellten aus der AEG-Zeit bestand, bei. Von sowjetischer Seite wurde davon ausgegangen, daß die bürgerliche Intelligenz im Prozeß der Arbeit und des Aufbaus ebenso wie manche Arbeiter und Angestellten Gelegenheit haben würde, sich aus den Fängen der Konzernideologie zu befreien und sich von typisch kapitalistischen Leitungsprinzipien zu trennen.⁵²

Unter der sowjetischen Generaldirektion gelang es den fortschrittlichen Kräften unter den Arbeitern und Angestellten, ihre Positionen weiter zu festigen und durch konsequente Ausübung ihres Mitbestimmungsrechtes im Interesse der Werkstätigen ihren Einfluß unter der Belegschaft des Kabelwerkes zu erhöhen. Das bewiesen die Betriebsratswahlen vom Juni 1947 und Mai 1948, in denen ein Mitglied der SED-Betriebsgruppe zum Betriebs-

ratsvorsitzenden gewählt wurde,⁵³ ebenso wie die im Februar 1947 veranstalteten Wahlen zur Betriebsgewerkschaftsleitung, deren 75 Mitglieder von mehr als 3000 Gewerkschaftern - etwa 25 % der Belegschaft des KWO waren im FDGB organisiert - als Interessenvertretung gewählt wurden.⁵⁴

Ein wesentliches Moment der Machtausübung der Arbeiterklasse im Werk war die Säuberung der Belegschaft von aktiven Faschisten durch die Entnazifizierung. Spontan war sie im Werk bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der Kapitulation durch Ausschaltung einiger übler Nazis, die sich zwischen 1933 und 1945 besonders hervorgetan hatten, vollzogen worden. Eine sorgfältige Untersuchung der Tätigkeit aller Mitglieder der Nazi-Partei ordnete die Direktive 24 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 12. Januar 1946 an.⁵⁵ Ende 1946 hatten 262 Entnazifizierungskommissionen in der sowjetischen Besatzungszone ihre Tätigkeit aufgenommen.⁵⁶ Im KWO wurde eine Entnazifizierungskommission gebildet, der Vertreter des Betriebsrates, der BGL und der Betriebsleitung angehörten. Sie faßte am 6. Januar 1947 folgenden Beschluß: "Sämtliche ehemalige Pg's, welche im KWO in leitender Stellung sind, werden ihrer Stellung enthoben und durch politisch einwandfreie Personen ersetzt. Ferner wurde beschlossen, daß alle Pg's, welche im Angestelltenverhältnis sind, vorgeladen und geprüft werden, ob sie Anträge zur Entnazifizierung (bei den zuständigen örtlichen Entnazifizierungskommissionen - J. R.) eingereicht haben."⁵⁷ Von der Entnazifizierungskommission wurden sämtliche im KWO arbeitenden ehemaligen Mitglieder der Nazi-Partei - das waren am 31. Dezember 1946 insgesamt 333 Personen, davon 24 Angestellte - erfaßt. Bei den Pg handelte es sich sowohl um Werkangehörige aus der Zeit vor 1945 als auch um dem KWO vom Arbeitsamt zugewiesene ehemalige Angehörige der Nazi-Partei, die beim Aufbau des neuen Magistrats bereits wenige Monate nach Kriegsende aus Berliner Verwaltungsorganen entlassen wurden.⁵⁸ Die KWO-Kommission verfolgte die Entnazifizierungsverfahren vor den örtlichen Kommissionen und leistete ihnen bei der Aufklärung von Sachzusammenhängen Hilfe. Belastete Pg wurden entlassen. Im ersten Halbjahr 1947 ging die Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder im KWO auf 247, davon 10 Angestellte, zurück. Bis zur Auflösung der Entnazifizierungskommissionen, die ihre Aufgabe in der sowjetischen Besatzungszone Ende Februar 1948 gelöst hatten,⁵⁹ war die Zahl der ehemaligen Angehörigen der Nazi-Partei im KWO auf 227 gesunken.⁶⁰

3. Kriegsproduktion, Kriegszerstörungen und Kriegsfolgen im KWO

Erstes Ziel des Wiederaufbaus war es, das bereits einmal erreichte Produktionsniveau wiederzugewinnen. Im KWO setzte man die höchste in der AEG-Zeit zu verzeichnende Jahresproduktion als Maßstab für die Wiederherstellung des betrieblichen Reproduktionsprozesses an. Die Werkleitung des SAG-Betriebes orientierte sich an den Ergebnissen des Jahres 1939.⁶¹ Für die einzelnen KWO-Betriebe spielte unter Umständen ein anderes Jahr, dasjenige, in dem dieser Betriebsteil seinen größten Produktionsumfang erreicht hatte, die Rolle des Gradmessers der Wiederherstellung. Die Leitung der Drahtfabrik zog z. B. als Maßstab für die zu erreichende Friedensproduktion die Leistung aus dem Jahre 1941 heran. In diesem Jahr

waren hinsichtlich der Umsatzhöhe und der -breite des Erzeugnissortiments in der Drahtfabrik die höchsten Produktionsergebnisse erzielt worden.⁶²

Bei der Wahl des Ausgangsjahres, das zum Maßstab der Wiederherstellung gemacht wurde, war mit großer Sorgfalt zu verfahren. Wichtigster Gesichtspunkt sollte die Kongruenz der zu vergleichenden Wirtschaftseinheiten sein. Diese war aber im Falle des KWO für das Geschäftsjahr 1938/39 nicht gegeben. Damals gehörten zum Kabelwerk noch einige Betriebsabteilungen, vor allem die Fernmeldeapparatefabrik, deren Ausgliederung im Geschäftsjahr 1939/40 erfolgte. Unter dem Namen Fernmeldeapparatefabrik Oberspree (FAO) wurden diese Betriebsabteilungen, teilweise durch Verlagerung auf ein benachbartes Werksgelände der AEG, zum selbständigen Konzernbetrieb. Im Laufe des Jahres 1940/41 erfolgte für die FAO auch abrechnungstechnisch die Ausgliederung aus dem Kabelwerk. Im KWO-Geschäftsbericht 1940/41 und (rückwirkend) 1939/40 war die Verselbständigung der Fernmeldeapparatefabrik bereits berücksichtigt worden.⁶³ Die FAO wurde noch stärker als das Kabelwerk in die Kriegsproduktion einbezogen. Ihr Produktionszuwachs übertraf bei weitem den des KWO.⁶⁴ Auch nach dem Kriege hatten KWO und FAO getrennte Schicksale. Die Maschinen und Anlagen der Fernmeldeapparatefabrik wurden vollständig demonstert.⁶⁵ Der sich auf dem Werksgelände des KWO befindliche Betriebsteil, die sog. Spreehalle, war durch Bombenangriffe total zerstört.⁶⁶ Aus diesem Grunde kommt als reelles Vergleichsjahr für die Wiederherstellung der Werksproduktion in der Nachkriegszeit unseres Erachtens nur ein Jahr aus dem Zeitraum 1939/40 bis 1942/43 in Betracht. Für diese Kriegsjahre liegen vollständige Geschäftsberichte des KWO vor.⁶⁷ Unter diesen Jahren entschieden wir uns für das Geschäftsjahr 1940/41. In diesem Jahr erreichte das Kabelwerk (ohne FAO) nach Umsatz und Produktion seine höchste Leistung als Betrieb des AEG-Konzerns.⁶⁸ Im folgenden Jahr⁶⁹ blieb die Produktion des KWO annähernd auf dem gleichen Stand wie 1940/41. In den beiden darauffolgenden Jahren ging sie insgesamt um etwa ein Siebentel zurück. Das Kabelwerk blieb nicht mehr länger von Kriegseinwirkungen verschont. Die Zahl der Fehlstunden infolge von Bombenangriffen nahm zu. Bombenschäden zwangen, die Produktion in einzelnen Werksabteilungen immer länger einzuschränken.⁷⁰ Durch weitere Einberufungen sank der Anteil der qualifizierten deutschen Arbeiter. Ihr Ersatz durch Zwangsarbeiter wurde ab 1944 auch rein quantitativ schwierig. Seit Mitte 1944 kam es häufiger zu zeitweiligen Stockungen auch in der Rohstoffzufuhr.⁷¹

Über die Entwicklung des KWO hinsichtlich der Produktion und der Beschäftigten im letzten Kriegshalbjahr (Oktober 1944 bis April 1945) liegen - wie Tabelle 1 erkennen läßt - nur unvollständige Zahlenangaben vor. Sie lassen jedoch erkennen, daß im letzten Quartal 1944 das Produktionsniveau des Geschäftsjahres 1943/44 - zumindest in den besonders wichtigen Kriegsabteilungen, darunter dem Metallwerk - gehalten wurde.⁷² Das geschah unter Anwendung aller Zwangsmittel der faschistischen "totalen Mobilmachung". So betrug die wöchentliche Arbeitszeit im KWO für Arbeiter und ausländische Arbeiterinnen 72 Stunden, für deutsche Arbeiterinnen 60 Stunden. Die technischen und kaufmännischen Angestellten hatten 54 Stunden pro Woche zu arbeiten.⁷³ Im zunehmenden Maße mußte die Belegschaft auch an Sonn- und Feiertagen, die als "Panzerontage" und "Göringfeiertage" deklariert worden waren, arbeiten. Die extreme Ausbeutung der Ar-

beitskräfte wurde von der Werkleitung des KWO auch im Jahre 1945 fortgesetzt. Selbst am 22. April, als die Rote Armee im Südosten die Stadtgrenze Berlins erreichte, war im Kabelwerk noch Sonntagsarbeit angeordnet worden.⁷⁴ Mit diesen Antreibermethoden konnte jedoch der rapide Rückgang der Produktion nicht mehr aufgehalten werden. An Tabelle 1 deutlich ablesbar ist die beträchtliche Verminderung der Produktion zwischen Januar und Februar 1945, teilweise Resultat des schweren Bombenangriffs auf das KWO am 27. Januar 1945.⁷⁵ Zwar blieb bis März 1945 die inzwischen zu 29 % aus ausländischen Zwangsarbeitern⁷⁶ bestehende Belegschaft annähernd erhalten, jedoch konnten die Arbeitskräfte wegen zunehmender Bombenangriffe⁷⁷ und stockender Zulieferung von Material immer weniger in der Produktion eingesetzt werden. Im Preß- und Stanzwerk verringerte sich z. B. die Zahl der Beschäftigten zwischen März 1944 und März 1945 um nur 4 %.⁷⁸ Die Produktionsleistung je Schicht ging aber bis zum März 1945 gegenüber dem Durchschnitt des Geschäftsjahres 1943/44 um 78 % zurück.⁷⁹ Die Belegschaft des Kupferwalzwerkes veränderte sich zwischen März 1944 und März 1945 nicht. Die Pro-Kopf-Leistung je Beschäftigten sank jedoch im März 1945 gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1943/44 um 68 %.⁸⁰ Im April 1945 schließlich hörte das KWO fast vollständig auf zu produzieren. Je mehr sich der Ring um Berlin schloß, desto schwieriger gestaltete sich die Belieferung mit Rohstoffen. Das Energienetz Berlins brach immer häufiger durch Schäden im Kabel- und Transformatorennetz zusammen. Als auch S- und Straßenbahnen mangels Strom ihren Dienst einstellten, konnten die in entfernteren Stadtteilen wohnenden Beschäftigten nicht mehr ins Kabelwerk kommen. Die verbleibenden Arbeiter wurden teilweise mit Schanzarbeiten für eine letzte "Verteidigung" Schöndeweides eingesetzt. In einem sinnlosen Zerstörungsakt ließ die Direktion des KWO einen Tag vor der Besetzung des Werkes durch die Rote Armee die Energiezuleitungen unterbrechen. Damit war die Produktion des Kabelwerkes am letzten Tag der faschistischen Herrschaft über Schöneweide vollständig lahmgelegt.⁸¹

Nachdem die Rote Armee das KWO besetzt hatte, war von sowjetischer Seite das weitere Schicksal des Werkes, das während der letzten Kriegsjahre fast vollständig für die faschistische Wehrmacht arbeitete, zu entscheiden. Das Kabelwerk gehörte ebenso wie die AEG-Fabriken Apparate-Fabrik Treptow und TRO zu denjenigen Industriebetrieben, die in erster Linie für die Wiedergutmachung des vom faschistischen Deutschland in der Sowjetunion verursachten Schadens in Frage kamen.⁸² Überlegungen vom Mai 1945, das KWO sofort vollständig zu demontieren,⁸³ machten bis zum Herbst 1945 Vorstellungen Platz, etwa 20 bis 30 % der Maschinenkapazität in jedem Werkteil zu belassen, um einen späteren Wiederaufbau des KWO zu ermöglichen.⁸⁴ Tatsächlich demontiert wurden ab September 1945 das Kupferwalzwerk⁸⁵ sowie einzelne Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen aus anderen KWO-Betrieben.⁸⁶ Durch die Umwandlung des Werkes in sowjetisches Eigentum im Herbst 1946 waren weitere Demontagen gegenstandslos. Diese Form der Wiedergutmachung sicherte den Bestand des Kabelwerkes und damit der Belegschaft ihren Arbeitsplatz.⁸⁷

Das Ausmaß der Kriegszerstörungen - es handelte sich fast ausschließlich um Bombenangriffe, die Schäden durch Artilleriebeschuß während der Bodenkämpfe waren gering⁸⁸ - wird in den 15 bis 30 Jahre nach Kriegsende verfaßten und im KWO-Archiv aufbewahrten Erinnerungsschriften und Vete-

ranenberichten mit 60 bis 70 % angegeben.⁸⁹ Die 1960 entstandene Industriezweigökonomik "Kabel und Leitungen", die sich u. a. auf Zuarbeiten aus dem KWO stützte, nennt einen Verlust von 60 %, allerdings als Ergebnis von Kriegszerstörungen und Teildemontagen.⁹⁰ Angesichts dieser Differenzen war eine nochmalige Untersuchung anhand von in der Nachkriegszeit erarbeiteten betrieblichen Quellen notwendig. Das um so mehr, als das Tempo des Wiederaufbaus wesentlich danach einzuschätzen ist, was an Kapazität im KWO nach Abzug von Kriegsschäden und -folgen verblieb. Einen ersten Überblick vermittelt Tabelle 2.

Die übrige Gebäudefläche wurde als "brauchbar" bezeichnet. Beide Angaben, die im wesentlichen auch mit einem Bericht über den Wiederaufbau der Gebäude des KWO aus dem Jahre 1949 korrespondieren,⁹¹ weichen im einzelnen teilweise voneinander ab. Das hängt erstens mit der in die Aufstellung einbezogenen unterschiedlichen bebauten Fläche zusammen und ist zweitens auch Ergebnis einer unterschiedlichen Beurteilung teilzerstörter Gebäude. Eine Grenze zwischen "brauchbar" und "beschädigt" zu ziehen, das ist letztlich eine subjektive Entscheidung. In beiden Quellen wird der Zerstörungsgrad mit weniger als einem Drittel der Quadratmeterfläche angegeben. Zerstörungen durch Fliegerangriffe waren von Gebäude zu Gebäude selbstverständlich unterschiedlich. Unter dem Aspekt des Wiederaufbaus ist es bedeutungsvoll, daß die "Fabrikationswerkstätten", die Räume also, in denen die unmittelbare Produktion stattfand, erheblich weniger von Kriegsschäden betroffen waren als die "Hilfsbetriebe" (Reparaturwerkstätten, Verwaltungsstätten, Läger). Funktionstüchtig waren vor allem die Kesselanlagen, die Wärmeerzeugung und die elektrischen Einrichtungen geblieben. Wir haben ferner noch in Betracht zu ziehen, daß die Zerstörungen an Produktionsgebäuden in der Regel größer waren als an den in ihnen installierten Produktionsmitteln.⁹²

Über den Umfang der Produktionsmittel zu Beginn des Krieges gibt der 1949 ausgefertigte "betriebstechnische Werkbrief des KWO"⁹³ Auskunft. Er weist für 1939 insgesamt 3906 "technische Ausrüstungen", darunter 900 "spanabhebende Bearbeitungsmaschinen", aus.⁹⁴ Während der Kriegsjahre (bis 1942/43) sind zwar kaum noch Bauten ausgeführt worden, jedoch wurden, wie Tabelle 3 ausweist, im Dienste der Kriegsproduktion weitere Maschinen und Anlagen investiert.⁹⁵

Rückschlüsse auf die während des Krieges erreichte Maschinenkapazität läßt auch eine durch die Werkleitung des KWO im Herbst 1945 vorgenommene Berechnung zu, in der, nach KWO-Betrieben aufgeschlüsselt, die bei der damals geplanten 80prozentigen Demontage des Kabelwerkes dem KWO verbleibenden "technologischen Einrichtungen" verzeichnet sind.⁹⁶ Danach läßt sich die Maschinenkapazität des KWO im Kriege auf 4270 Einheiten schätzen. Sie wäre also gegenüber 1939 bzw. 1940/41 um nicht ganz 10 % angestiegen. Nehmen wir diese Zahl zur Grundlage und ziehen davon den sich aus Tabelle 2 ergebenden Prozentsatz an Zerstörungen der Fabrikationswerkstätten ab - das ist eine großzügige Schätzung, denn nicht alle Maschinen werden zerstört gewesen sein -, so erhalten wir die Zahl der im Mai 1945 noch vorhandenen technologischen Einrichtungen. Für 1946 sind wir dann wiederum im Besitz von Angaben aus dem "betriebstechnischen Werkbrief". Aus der Differenz zwischen der Anzahl der technischen Ausrüstungen vom Jahre 1946 und vom Mai 1945 - von Investitionen in diesem Zeitraum kann wohl abgesehen werden - läßt sich der ungefähre Umfang

der Demontagen bestimmen, Tabelle 4 faßt unsere Überlegungen noch einmal zusammen.

Wie gesagt, handelt es sich hierbei um eine Schätzung. Nicht die in Tabelle 4 aufgeführten Werte, sondern die in den Werten zum Ausdruck kommenden Proportionen sind für unsere weitere Betrachtung wesentlich.

Zu beantworten bleibt die Frage, warum die durch Bombenangriffe erlittenen Kapazitätsverluste von Augenzeugen später weitaus höher eingeschätzt wurden. Als die heutigen Veteranen im Frühsommer 1945 die Arbeit im KWO wieder aufnahmen und - mit Aufräumarbeiten beschäftigt - Zerstörungen in jedem Gebäude (sämtliche Fenster und Fabrikoberlichter waren ohne Glas⁹⁷) und Verwüstungen in fast jedem Arbeitsraum⁹⁸ wahrnahmen, überschätzten sie meines Erachtens nicht nur die Gebäudeschäden, sondern übertrugen ihre Beobachtungen auch auf den Maschinenpark. Der ursprüngliche Eindruck umfangreicher Kriegszerstörungen festigte sich bei ihnen noch in den Jahren, in denen die Gebäudeschäden nur dort, wo es für die Belange der Produktion unbedingt nötig war, beseitigt wurden. Im Jahre 1949 war noch ein Viertel der Gebäudefläche des Kabelwerkes beschädigt.⁹⁹ Einige weniger produktionswichtige Gebäude hatte man bis 1957 noch nicht wieder aufgebaut.¹⁰⁰ Im übrigen bildete die Überschätzung des Ausmaßes der Kriegszerstörungen im KWO keine Ausnahme, sondern war eher die Regel. So schrieb Josef Orlopp, der wie bereits erwähnt das Ende des Faschismus in Berlin miterlebte, über die Situation im Mai 1945: "Sämtliche Stätten der einst so blühenden Berliner Wirtschaft lagen in Schutt und Asche. Eine Industrie gab es nicht mehr, Handel und Wandel hatten aufgehört."¹⁰¹ Wirtschaftslähmung und Kriegszerstörung wurden - teilweise auch von Historikern - gleichgesetzt. Die Überschätzung der Zerstörung deutscher Industriekapazität war allgemein. Sie war auch in den Westzonen zu beobachten.¹⁰²

4. Wiederingangsetzen der Produktion im KWO

Es schmälert selbstverständlich nicht die Leistung der Aktivisten der ersten Stunde, die unmittelbar nach Kriegsende in den Betrieben, in denen jede Produktion aufgehört hatte, mit Aufräumarbeiten begannen, daß die Zerstörung der Maschinenkapazität in der Regel geringer war als nach dem Augenschein angenommen. Das von der Roten Armee besetzte KWO gehörte nicht zu der Kategorie jener lebensnotwendigsten Betriebe in Berlin, deren Produktionsaufnahme unmittelbar nach Kriegsende befohlen wurde. Ab Mitte Mai diente es zunächst als Umschlagplatz für Demontagegut, u. a. aus dem Siemens-Kabelwerk in Berlin-Gartenfeld.¹⁰³ Im selben Monat wurden im Kabelwerk Oberspree Aufräumungs- und Instandhaltungsarbeiten begonnen. Simons schreibt darüber: "Im Werk regte sich neues Leben. Schutt wurde beseitigt, Fenster verglast oder mit Hilfsstoffen abgedichtet, Ruinen wurden eingerissen und Straßen befahrbar gemacht."¹⁰⁴ Im Juni nahm die Drahtfabrik als erster KWO-Betrieb die Produktion wieder auf. Arbeitswillige gab es genug. Bereits Anfang Mai hatten auf Anfrage des sowjetischen Verbindungsoffiziers 1200 Belegschaftsangehörige des KWO, darunter auch die Mehrzahl der in Oberschöneweide ansässigen Vertreter der Betriebsleitung, ihre Bereitschaft erklärt, im Kabelwerk zu arbeiten, wenn das Werk wieder eröffnet würde. Ihr Hauptmotiv für die

Bereitschaft zum Wiederaufbau war zweifellos das Bestreben, den Arbeitsplatz und damit die materielle Existenzgrundlage für sich und die Familie zu erhalten. Ein Teil, insbesondere der Leitung, fühlte sich gegenüber der AEG, dessen Betrieb das KWO in ihren Augen (und de jure bis Januar 1946) war, verpflichtet.¹⁰⁵ Für die kleine Gruppe von Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich wenige Wochen später in den Betriebsgruppen der KPD und SPD zusammenfanden, handelte es sich bereits um eine bewußte Entscheidung für den Wiederaufbau unter demokratischen und sozialistischen Vorzeichen.¹⁰⁶

Von den 1200 Belegschaftsangehörigen, die sich gemeldet hatten, konnte zunächst jedoch nur ein kleiner Teil im Werk beschäftigt werden. Im Juli 1945 waren es 446 Personen. Das KWO gehörte damit immerhin zu den ersten 600 von 44 000 Industriebetrieben (Stand 1938) Groß-Berlins, die bis zum Juli 1945 wieder die Produktion aufgenommen hatten.¹⁰⁷ Die ca. 450 im KWO Beschäftigten waren überwiegend mit Aufräumungsarbeiten und dem Verladen von Demontagegut beschäftigt; 48 von ihnen, also etwa ein Zehntel, arbeiteten direkt in der Produktion. Inzwischen hatte neben der Drahtfabrik auch die Starkstromkabelfabrik wieder zu fabrizieren begonnen.¹⁰⁸ Bis zum Ende des Jahres 1945 waren die unmittelbarsten Kriegsschäden behoben.¹⁰⁹ Alle KWO-Betriebe hatten die Produktion wieder aufgenommen. Neben der Herstellung von Kabeln erfolgte im KWO die behelfsmäßige Produktion von Konsumgütern, die von Ausgebombten und Umsiedlern dringend benötigt wurden, wie Löffel, Bratpfannen, Kochtöpfe, eiserne Öfen, Herde, Feuerzeuge usw.¹¹⁰ Jedoch sicherten die Reparationsanforderungen der Sowjetunion an Kabeln,¹¹¹ daß sich die Behelfsproduktion in Grenzen hielt - im Unterschied zu den meisten Berliner Betrieben, in denen Behelfsproduktion und die Ausführung von Reparaturarbeiten einen größeren Umfang hatten und sich auch über einen längeren Zeitraum erstreckten.¹¹²

Im Herbst 1945 setzten auch die Demontagen im KWO selbst ein.¹¹³ Das demontierte Kupferwalzwerk wurde durch Anlagen ersetzt, die von anderen Fabriken und Lägern zusammengeholt und reaktiviert worden waren.¹¹⁴ Ende Dezember 1945 zog die Leitung auf einer Belegschaftsversammlung des Kabelwerkes eine erste Bilanz des Wiederaufbaus. Das KWO, das damals noch juristisch zur AEG gehörte, war besser vorangekommen als die übrigen Betriebe des Berliner Konzerns.¹¹⁵ Nach Aussagen eines leitenden Angestellten waren im Dezember 1945 im KWO mehr Werk tätige beschäftigt als in jedem anderen Berliner Betrieb.¹¹⁶ War auch dies dem einzelnen KWO-Arbeiter nicht bewußt, so wußte er doch annähernd über die weniger optimistisch stimmende Situation in anderen Oberschöneweider Betrieben Bescheid. Im benachbarten TRO waren z. B. die 600 Belegschaftsangehörigen noch vollständig mit Aufräumungs-, Instandsetzungs- und Demontgearbeiten beschäftigt.¹¹⁷ Produktion und Umsatz (pro Monat) des Kabelwerkes hatten sich seit dem Juli 1945 vervierzigfacht, die Zahl der Beschäftigten, die nunmehr überwiegend ihrer Tätigkeit als Kabelwerker nachgehen konnten, war auf das 4fache gestiegen. Daß der Wiederaufbau im KWO aber noch am Anfang stand, nur einen Bruchteil der Produktion des letzten "vollen" Geschäftsjahres 1943/44 ausmachte, ist aus Tabelle 5 ersichtlich.

5. Die Entwicklung der Kabelproduktion im KWO 1946/50

Wie bereits gesagt, maß das KWO nach dem Kriege seine Leistungskraft u. a. daran, in welchem Tempo es gelang, das in der AEG-Zeit erreichte Produktions- und Produktivitätsniveau zu erreichen und zu überbieten. Inwieweit dieser Vergleich auch statistisch geführt und abgerechnet wurde, ist nicht bekannt. Daß ein solcher Vergleich, auch in der Produktionspropaganda, eine Rolle spielte, geht aus 2 Beispielen hervor. Auf einer Betriebsdelegiertenkonferenz der BPO der KWO im Oktober 1949 wurde bekanntgegeben: "Wir liegen heute mit 4,7 Prozent über dem Stand der Produktion von 1936, bei einer Belegschaft von nur 81,7 Prozent; die Pro-Kopf-Leistungssteigerung gegenüber 1936 beträgt 29 Prozent,"¹¹⁸ Berechnungsgrundlagen dieses Vergleichs sind nicht übermittelt und konnten auch nicht rekonstruiert werden. Einen zweiten Vergleich enthält die Festrede anlässlich des 75jährigen Bestehens des KWO im Jahre 1963. Danach wurden 1951 eine um 39 % höhere Produktionsleistung als 1938 und eine um 136 % höhere Pro-Kopf-Leistung erreicht,¹¹⁹ Hinweise auf das dieser Berechnung zugrunde liegende Zahlenmaterial enthält das Redemanuskript nicht. Ein Versuch, den Vergleich mit Hilfe der im Archiv vorgefundenen Produktions- und Beschäftigtenzahlen nachzuvollziehen, mußte wie im ersten Fall angesichts der Vielzahl der möglichen Varianten¹²⁰ scheitern. Es blieb also nur der Weg, anhand der vorgefundenen statistischen Angaben des KWO einen Produktionsindex neu zu berechnen. Dieser konnte sich weder, wie bereits erläutert, auf die in den zitierten Beispielen benutzten Vergleichsjahre 1936 bzw. 1938, noch auf das in der SAG-Zeit verwendete Jahr 1939 beziehen, sondern mußte das Geschäftsjahr 1940/41 zum Ausgangspunkt haben. Mit Ausnahme des Jahres 1945 ließ sich der Produktionsumfang für alle Jahre zwischen 1940/41 und 1950 auf der Basis der "Werkleistungen"¹²¹ ermitteln, wie Tabelle 6 zeigt.

Zur größeren Sicherheit wurde für denselben Zeitraum der Umsatz¹²² ermittelt, der in Tabelle 7 ausgewiesen ist.

Produktion und Umsatz sind natürlich nicht identisch. Sie können es auch wegen ihrer unterschiedlichen Berechnungsweise¹²³ selbst dann nicht sein, wenn alle in einem Jahr erzeugten Produkte auch im selben Jahr abgesetzt werden, also keine Bestandsveränderung erfolgt. Die Entwicklungstrends beider Kennziffern müssen sich jedoch über einen längeren Zeitpunkt ähneln. Dies ist, wie Tabelle 8 ausweist, zwischen 1940/41 und 1950 ungeachtet zeitweiliger Probleme beim Abtransport der Erzeugnisse infolge fehlender Waggonbereitstellung der Reichsbahn¹²⁴ auch der Fall gewesen.

Die Produktionsleistungen des KWO lagen während des zweiten Weltkrieges generell niedriger als der Umsatz, näherten sich ihm aber an. Diese Tendenz setzte sich in der Nachkriegszeit mit Ausnahme des Jahres 1949 fort. Möglicherweise ist diese Entwicklung auf den während und vor allem nach dem Krieg zunehmenden Wert selbstausgeführter Instandhaltungsarbeiten¹²⁵ zurückzuführen. Für die Erzeugnisse des KWO bestand also auch nach dem Kriege ein gesicherter Absatz.¹²⁶ Kabel und Leitungen waren durch Bombenangriffe und Bodenkämpfe zerstört und mußten nun ersetzt werden. In Berlin waren im Mai 1945 das 30-kV- und 60-kV-Netz stark zerstört, insgesamt 90 % der Kabelstrecke beschädigt. Bis Dezem-

ber gelang es, 75 % der Schäden am Kabelnetz zu beheben,¹²⁷ Weitaus größer als im Osten Deutschlands war die durch die Politik der "verbrannten Erde" von den faschistischen Truppen systematisch betriebene Verwüstung des Energienetzes im Westen der Sowjetunion.¹²⁸ Wiedergutmachungsleistungen bildeten deshalb vom ersten Tag der Wiederaufnahme der Produktion von Kabeln und Leitungen an den Schwerpunkt der Lieferungen des Kabelwerkes. Sie bestimmten auch in den folgenden Jahren - wie Tabelle 9 zeigt - den Absatz des KWO.¹²⁹

Bereits im Jahre 1947 wurden die bis dahin überwiegend auf das Reparationskonto angeschriebenen Lieferungen in Export umgewandelt, für dessen Gegenwert Waren, vor allem Rohstoffe, aus der Sowjetunion bezogen werden konnten.

Die Produktionsleistungen des KWO in Tabelle 7 und 8 sind in laufenden Preisen angegeben. Auf den ersten Blick ist dies - zumindest für den untersuchten Zeitraum - kein Problem. Noch vor dem zweiten Weltkrieg hatte die Regierung des faschistischen Deutschland als Akt der staatsmonopolistischen Kriegsvorbereitung durch eine Reihe von diesbezüglichen Anordnungen Preiserhöhungen stark eingeschränkt. Im Jahre 1944 wurde ein allgemeiner Preisstopp verkündet.¹³⁰ Da infolge des vom Faschismus zum Zwecke der Rüstungs- und Kriegsfinanzierung geschaffenen Kaufkraftüberhangs¹³¹ eine Inflation drohte, bestimmte die SMAD bereits im Befehl Nr. 9 vom 21. Juni 1945: "Der Verkauf von Waren und Erzeugnissen an die Besatzungstruppen, Unternehmungen und Bevölkerung ist zu den im Jahre 1944 festgesetzten Preisen für das gesamte Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vorzunehmen."¹³² Tatsächlich aber ist der Preisstopp weder zur Zeit der "gebundenen Preise" (1936/44) noch später vollständig eingehalten worden. Für neue bzw. wesentlich veränderte Erzeugnisse gab es keinen Vergleichsmaßstab.¹³³ Die SMAD mußte also für bestimmte Industriezweige Preiserhöhungen genehmigen, um die im Vergleich zu den 30er Jahren vor allem für Rohstoffe erhöhten Weltmarktpreise abzufangen. Das galt besonders für die von Kupfer, Blei und Kautschuk abhängige Kabelindustrie. Die SMAD genehmigte deshalb auch ab 1. Mai 1947 eine 25prozentige Heraufsetzung der Preise für Kabel und Garnituren.¹³⁴

Aus diesen Bemerkungen ist ersichtlich, daß im Untersuchungszeitraum in der Kabelindustrie Preiserhöhungen größeren Ausmaßes stattfanden. Produktion und Umsatz des KWO von 1950 im Vergleich zu 1940/41 sind deshalb in den Tabellen 6 und 7 überhöht ausgewiesen. Wollen wir die tatsächliche Entwicklung des Produktionsumfangs ermitteln, so müssen die Preiserhöhungen aus dem Produktionswert herausgerechnet werden. Das ist in unserem Falle möglich, da vom Statistischen Zentralamt der Deutschen Wirtschaftskommission ein Preisindex für Kabel und Leitungen auf der Basis der Produktionsstruktur von 1947 berechnet wurde. Danach sind die Preise für Kabel und Leitungen zwischen 1936 und 1947 um 31 % gestiegen. Mit Hilfe dieser Angaben konnte die Produktionsentwicklung des KWO deflationiert, d. h. auf seinen ungefähren mengenmäßigen Umfang zurückgeführt werden,¹³⁵ wie in Tabelle 10 geschehen.

Wir wissen bereits, daß die 1950 produzierte Menge in ihrer Struktur im wesentlichen mit den Erzeugnissen übereinstimmte, die das KWO vor dem Kriege bzw. in den Nachkriegsjahren produzierte.¹³⁶ Galt diese Überein-

stimmung aber auch hinsichtlich der Qualität der Erzeugnisse? In den Nachkriegsjahren lag die Güte der produzierten Waren in den meisten Betrieben deutlich unter dem Vorkriegsniveau. Das war bedingt durch fehlende Rohstoffe, gesunkene Arbeitsmoral, aber auch dadurch, daß angesichts des ungeheuren Warenhungers alle Erzeugnisse, auch jene mit schlechter Qualität, ihren Abnehmer fanden.¹³⁷ Im Falle des KWO war der Hauptabnehmer der Erzeugnisse die Sowjetunion. Die sowjetischen Abnahmeoffiziere stellten an die KWO-Erzeugnisse höchste Qualitätsansprüche.¹³⁸ Es kann daher im Falle des Kabelwerkes Oberspree - wie der SAG-Betriebe überhaupt - davon ausgegangen werden, daß sich die mengenmäßige Erzeugung auf gleichem, teilweise sogar höherem Qualitätsniveau vollzog als vor dem Kriege. Der Sicherung des Vorkriegsqualitätsniveaus im KWO kam entgegen, daß sich dank der sowjetischen Lieferungen die Rohstoffversorgung des Werkes nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ nicht verschlechterte, jedenfalls soweit das die Hauptrohstoffe betraf. Die Qualitätskennziffern fanden bereits in die Planung Eingang. Seit Herbst 1946 erfolgte die Produktion im KWO entsprechend den in der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften" ausgearbeiteten Produktionsaufgaben. Sie wurden im Rahmen des sowjetischen Volkswirtschaftsplanes gestellt. Auf der Basis der durch die "SAG Kabel" aufgeschlüsselten Produktionsaufgaben gestaltete der Generaldirektor des KWO die Betriebsplanung des Kabelwerkes.¹³⁹ Beginnend mit dem Halb- und dem Zweijahrplan erfolgte die Planung der Produktion im KWO wie in allen SAG nach gegenseitiger Konsultation zwischen der Deutschen Wirtschaftskommission und der genannten sowjetischen Verwaltung. Produktion, Bedarf usw. der SAG-Betriebe fanden in die Plandokumente der DWK Aufnahme; die SAG wurden im Planungsmechanismus der DWK erfaßt.¹⁴⁰

Auf der Basis der deflationierten Angaben von Tabelle 10 über den Produktionsumfang des KWO können wir uns nunmehr den Faktoren, die das rasche Tempo der Wiederherstellung der Produktion in den Jahren 1946/50 bewirkten, widmen.

6. Ursachen für Tempo und Dynamik der Produktionsentwicklung des KWO 1946/50

Das Arbeitsergebnis ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von Arbeitskräften, Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen im Arbeitsprozeß. Die Arbeitskraft ist der wichtigste, entscheidende Faktor der Produktion, das "belebende Feuer" (Marx). Wollen wir die Frage beantworten, warum die Produktion in einem bestimmten Tempo wuchs, sich (in unserem Falle) einem gestellten Produktionsziel (wieder) annäherte, so sind die Faktoren des betrieblichen Reproduktionsprozesses, ihr Einsatz, ihre Struktur und Qualität näher zu charakterisieren. Beginnen wir mit dem entscheidenden Reproduktionsfaktor, der Arbeitskraft.

6.1. Die Entwicklung der Beschäftigten im KWO 1946/50

Über die Belegschaftsstärke, verglichen mit der des Ausgangsjahres 1940/41, gibt Tabelle 11 Auskunft, Dreierlei fällt bei der Betrachtung dieser Tabelle auf: Erstens, die Beschäftigtenzahl nähert sich dem Vergleichsjahr erheblich langsamer als die Produktion (s. Tabelle 10). Zweitens, der Anstieg der Anzahl der Arbeiter und Angestellten wurde einmal - 1949 - durch Stagnation bzw. leichten Rückgang unterbrochen. Immerhin übertraf Mitte 1946 die Belegschaft im KWO die Anzahl derjenigen, die sich im Mai 1945, unmittelbar nach der Besetzung des Werkes durch die Rote Armee, für die Arbeit im Kabelwerk hatten registrieren lassen, um mehr als das Doppelte. Woher war der Zuwachs an Arbeitskräften gekommen?¹⁴¹ darüber wissen wir wenig. Wahrscheinlich handelte es sich überwiegend um ehemalige KWO-Arbeiter, die nach der allmählichen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Berlin und Umgebung¹⁴² die Arbeit im Werk wieder aufnahmen. Schließlich waren Anfang 1945 noch etwa 4000 Deutsche im Werk beschäftigt gewesen,¹⁴³ darunter allerdings auch eine nicht zu ermittelnde Zahl berufsfremder Zwangsverpflichteter. Ein Teil noch während des Krieges von Männern besetzte Arbeitsplätze hatten im Jahre 1946 Frauen übernommen, die durch Verlust oder längere Abwesenheit des Ehepartners (Kriegsgefangenschaft) gezwungen waren, sich bzw. ihre Familien selbst zu versorgen. Eine allzugroße Verschiebung zugunsten des Frauenanteils hat es 1946 im Vergleich zu 1940/41 jedoch im KWO nicht gegeben, wie aus Tabelle 12 ersichtlich ist.

Bis zum Jahre 1949 ging die Zahl der Frauen relativ, in jenem Jahr auch absolut zurück. Im Jahre 1950 stieg der Frauenanteil nochmals an, ohne jedoch die Werte der Nachkriegsjahre wieder zu erreichen. Strukturveränderungen vollzogen sich in den Nachkriegsjahren auch im Verhältnis der Arbeiter und Angestellten und zwischen technischen und kaufmännischen Angestellten. Diese Entwicklung ist in Tabelle 13 ausgewiesen.

Bei stark gesunkenem Bestand war Anfang Oktober 1945 der Anteil der Angestellten beträchtlich höher als 1940/41. Das dürfte einerseits darauf zurückzuführen sein, daß bereits damals von sowjetischer Seite darauf geachtet wurde, daß die technischen und kaufmännischen Fachkräfte im Werk blieben. Andererseits hatten noch nicht alle KWO-Betriebe ihre Produktion wieder aufgenommen, Produktionsvorbereitung und Materialbeschaffung liefen aber bereits. Aussagekräftiger hinsichtlich eines Entwicklungstrends sind die Angaben über die folgenden Jahre, in denen der Anteil der Angestellten an der Belegschaft konstant blieb und deutlich unter dem Stand von 1940/41 lag. Für die Begründung des relativen Rückgangs der Angestellten ist es notwendig, zwischen der Entwicklung der einzelnen Angestelltengruppen zu unterscheiden. Kaufmännische Angestellte wurden gleich nach dem Kriege in vergleichsweise geringerem Maße als das technische Personal wieder eingestellt. Zwar stieg der Anteil der kaufmännischen Angestellten bis 1947 und dann noch einmal 1949 an, jedoch blieb er deutlich unter dem Stand von 1940/41. Hierin kommt die geringere Bedeutung, welche die "kaufmännische Seite" für die Gewährleistung des betrieblichen Reproduktionsprozesses in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte, zum Ausdruck. Insbesondere das in der AEG-Zeit stark ausgebaute Vertriebssystem für das In- und Ausland hatte angesichts der Produktion von 85 bis 90 % der

KWO-Erzeugnisse auf Bestellung¹⁴⁴ für die Sowjetunion keine Funktion mehr,¹⁴⁵ Auf die Erhaltung des Stammes an Technikern und die Fortführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit achtete die sowjetische Werkleitung von Anfang an,¹⁴⁶ Die alten Meisterbereiche wurden sobald wie möglich wieder aufgebaut, auch wenn die Anzahl der Arbeiter im Bereich nicht mehr oder noch nicht dem ehemaligen Stand entsprach. Im Ergebnis kamen 1947 nur fast halb soviel Arbeiter auf einen Meister wie 1940/41 (35 gegenüber 64).¹⁴⁷ Bis zum Jahre 1950 stieg die Zahl der Arbeiter pro Meisterbereich auf 50 an.¹⁴⁸

Der nochmalige Zuwachs der Beschäftigten des KWO im Verlaufe des Jahres 1947 um fast ein Drittel auf insgesamt etwa 4000 konnte sich im wesentlichen nicht mehr aus der ehemaligen Stammebelegschaft des KWO rekrutieren. Einen Anreiz, im Kabelwerk zu arbeiten, boten gewisse materielle Vergünstigungen,¹⁴⁹ die die Belegschaft als SAG-Betrieb genoß. Die Generaldirektoren der SAG-Betriebe legten von Anfang an großen Wert auf die Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Belegschaften.¹⁵⁰ Über das KWO schreibt Simons: "Zweimal in der Woche gab es für Schwer- und Bestarbeiter und die Spezialisten eine zusätzliche kleine Fleischration und monatlich ein Lebensmittelpaket und, hochgeschätzt von vielen, eine Flasche Schnaps ... Arbeitsschuhe mit Holzsohle und Arbeitskleidung sowie Stoffe wurden von der sowjetischen Verwaltung herangeschafft."¹⁵¹

Weitere Arbeitskräfte wurden dem Kabelwerk auf Anforderung durch die Arbeitsämter zugewiesen. Dadurch konnte der Arbeitskräftebedarf zwar nach der Menge, nicht aber nach Qualität oder Struktur befriedigt werden. Während, wie der Geschäftsbericht 1947 vermerkt, "weibliche Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung standen" (bei insgesamt weiterhin steigender Zahl der Arbeiterinnen ging ihr Anteil 1947 leicht zurück), konstatierte der Geschäftsbericht einen "besonderen Mangel an Facharbeitern".¹⁵² Ein Ausdruck dessen, daß die Rekrutierung über den Bereich des Stammpersonals hinausging, war "der verhältnismäßig starke Wechsel" der Belegschaftsmitglieder pro Monat, wie er aus Tabelle 14 ersichtlich ist.

Das Vergleichsjahr 1940/41 konnte in diesem Falle nicht herangezogen werden, da die Arbeiter seit Kriegsbeginn dienstverpflichtet werden konnten und ein freier Arbeitsplatzwechsel damit generell nicht mehr möglich war.¹⁵³ Die Angaben für 1936 beziehen sich, im Unterschied zur Nachkriegszeit, nur auf die Arbeiter. Da anzunehmen ist, daß die Fluktuation unter den Angestellten 1936 erheblich geringer war als unter den Arbeitern, dürfte der Fluktuationskoeffizient für die gesamte Belegschaft im KWO 1936 noch niedriger gewesen sein, als dies Tabelle 14 erkennen läßt.

Im Laufe der Jahre 1948/49 ging die Fluktuationsrate sichtlich zurück. Ihr abermaliges Ansteigen im Jahre 1950 ist Resultat des Ausscheidens eines Teils der in Westberlin lebenden Beschäftigten des KWO. Sie wurden durch die Umtauschsätze des Westberliner Senats für im demokratischen Sektor arbeitende Westberliner finanziell benachteiligt.¹⁵⁴

Im Jahre 1948 stieg die Zahl der Beschäftigten im KWO nochmals beträchtlich, allerdings nur halb so schnell wie 1947 an. Das Problem der Einstellung geeigneter Arbeitskräfte nahm im ersten Halbjahr 1948 weiter zu. Der Geschäftsbericht zählt u. a. 6 Facharbeiterberufe auf, für die das Arbeits-

amt "unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht decken konnte". Aber auch an- und ungelernte Kräfte, wie Maschinen- und Transportarbeiter, konnten nicht im gewünschten Maße eingestellt werden.¹⁵⁵ Abschließend heißt es im Geschäftsbericht dann völlig überraschend: "Die Arbeitskräftesituation hat sich im letzten Halbjahr wesentlich entspannt."¹⁵⁶

Was war geschehen? Augenscheinlich war innerhalb kurzer Zeit der - zumindest im Berliner Raum - bereits spürbare Mangel an Arbeitskräften beseitigt worden. Über die Ursachen heißt es bei Elle: "Entscheidend sowohl für die Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch für die Herausbildung spezifisch-sozialistischer Formen der planmäßigen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit war die Einführung der Finanzpläne für die volkseigenen Betriebe im zweiten Halbjahr 1948 durch die Deutsche Wirtschaftskommission im Rahmen der ersten zentralen Halbjahresplanung ... Diese erste konkrete Form des in der Konstituierung begriffenen, auf deutschem Boden völlig neuen Wirtschaftssystems zur planmäßigen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit führte wegen der Notwendigkeit zur schnellstmöglichen Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit aber zwangsläufig zur Freisetzung der bis dahin 'gehorteten' Arbeitskräfte."¹⁵⁷ Ähnliche und weitere, z. T. demographisch und sozialökonomisch bedingte Ursachen für die Zunahme des Angebots von Arbeitskräften nennen Barthel, Dittrich und Leinweber.¹⁵⁸ Alle 4 Autoren weisen auf die durch die Freisetzung von Arbeitskräften bedingte zeitweilig rasche Zunahme der von 1945 bis zum Sommer 1948 auf ein Minimum gesunkenen Nachkriegs-Arbeitslosigkeit hin.¹⁵⁹ In der DDR lag sie auf ihrem Höhepunkt im Frühjahr 1949 bei 390 000 bzw. 5 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. In Berlin selbst handelte es sich um 48 000 Arbeitsfähige mit einem Anteil an den Gesamtbeschäftigten von 7,5 %.¹⁶⁰ Im Jahre 1950 waren in der DDR noch 325 000 Arbeitssuchende registriert, das entsprach 4,5 % der erwerbstätigen Bevölkerung.¹⁶¹ Bemerkenswert waren die Auswirkungen der veränderten wirtschaftspolitischen Situation auf das KWO: Im Jahre 1949 herrschte dort praktisch Einstellungsstopp, dem auch 1950 nur eine, für die Nachkriegszeit geringfügige Steigerung der Zahl der Arbeiter und Angestellten folgte. Ungeachtet eines Rückgangs der Belegschaft um 1,2 % im Jahre 1947, wurde ein Produktionszuwachs von 26,8 % erreicht. Das war erheblich mehr als 1948 (17,3 %). Der Zuwachs muß also vollständig auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen sein. Da - wie wir noch sehen werden - die technische Ausrüstung des Kabelwerkes 1949 weder wesentlich größer noch qualitativ besser wurde, ergab sich die Leistungssteigerung fast ausschließlich durch die erhöhte Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Werktätigen. Wie wurde dies erreicht?

6.2. Die Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Werktätigen des KWO in der Nachkriegszeit und der Beginn der Wettbewerbsbewegung

Die AEG hatte die Machtübernahme Hitlers 1933 genutzt, um das in der Novemberrevolution 1918 von der Arbeiterschaft erkämpfte, zumindest formale Mitspracherecht abzubauen und den "Herrn-im-Hause-Standpunkt" wieder voll durchzusetzen.¹⁶² Vor allem in den letzten Jahren der Nazi-herrschaft waren die völlig entrechteten Arbeiter einer beispiellosen Ar-

beitssetze ausgesetzt. Nach dem Mai 1945 hatte in den Augen der KWO-Arbeiter - und keineswegs nur der politisch engagierten - das Führer-Gefolgschafts-Prinzip gründlich abgewirtschaftet. Spätestens Ende 1945 wurde der Mehrzahl der im Kabelwerk Beschäftigten klar, daß der AEG-Konzern nichts mehr zu bestimmen hatte.¹⁶³ Der kapitalistischen Arbeitsmoral und -disziplin waren die Grundlagen entzogen. An eine neue Arbeitsmoral und -disziplin mußte jedoch die Mehrzahl der Belegschaft erst herangeführt werden. Die Partei- und die Gewerkschaftsleitung des KWO, die sich in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Werkleitung um die Hebung der Arbeitsdisziplin bemühten, wiesen wiederholt auf diesbezügliche Mängel hin.¹⁶⁴ Der Anteil der Bummelanten war im KWO weiterhin hoch.¹⁶⁵ Rückschlüsse auf die Entwicklung von Arbeitsmoral und -disziplin im KWO während der Jahre 1947/50 lassen sich aus Tabelle 15 ziehen.

Die meisten der über den früheren Belegschaftsstamm hinaus vermittelten Arbeitskräfte wiesen einen niedrigen Stand der Arbeitsmoral und -disziplin auf. Darüber heißt es im Geschäftsbericht 1947: "Die vermittelten männlichen Arbeitskräfte sind meistens Leute über 55 Jahre in einem 'schlechten Gesundheitszustand. Zum Teil erhalten wir diese Leute bereits vom Arbeitsamt mit dem Hinweis, daß sie Bummelanten sind, zugewiesen. Ein anderer Teil der neu Eingestellten nimmt entweder die Arbeit erst gar nicht auf oder sie melden sich nach einigen Tagen krank. Besonders schlechte Erfahrungen wurden mit jugendlichen Arbeitern gemacht, die des öfteren unentschuldigt fehlen bzw. sich sehr oft krank melden."¹⁶⁶

Eine wesentliche Hilfe beim Kampf um die Erhöhung der Arbeitsleistung und die Verbesserung der Arbeitsdisziplin war der SMAD-Befehl 234.¹⁶⁷ Er verpflichtete alle Betriebsleitungen "zur Ausarbeitung neuer Betriebsordnungen, welche eine normale Arbeitsordnung in den Betrieben gewährleisten und einen entschlossenen Kampf gegen Bummelanten und Desorganisatoren der Arbeit vorsehen". Gleichzeitig ordnete der Befehl eine nach den Leistungen der Betriebsbelegschaften und der einzelnen Werkstätigen gestaffelte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben und die Einführung des Leistungslohnes an. Für das KWO als SAG-Betrieb galt dieser Befehl in Form des am 14. November 1947 von der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland" erlassenen Befehls Nr. 815. Dieser Befehl umfaßte 22 Bestimmungen. Die Generaldirektoren erhielten ausführliche Instruktionen zur "Erweiterung und Anwendung der direkten Akkordarbeit". Mehrere davon befaßten sich mit der Arbeitsnormung. Andere zielten auf eine Hebung der Arbeitsmoral.¹⁶⁸ Im KWO führten die Befehle 234 bzw. 815 zu einer Reihe von Aktivitäten zur Steigerung der Arbeitsleistung. Noch 1947 wurde eine neue Betriebsordnung eingeführt. Im Jahre 1948 ging - wie Tabelle 15 ausweist - die Werkleitung in stärkerem Maße als im Vorjahr gegen Bummelanten und "Desorganisatoren" der Produktion vor. Dazu gab das Nachlassen der Verknappung von Arbeitskräften Ende 1948 auch in stärkerem Maße Gelegenheit.¹⁶⁹ Zu einem Durchbruch hinsichtlich der Steigerung der Arbeitsproduktivität kam es 1949, als sich die Pro-Kopf-Leistung der KWO-Belegschaft um 28,4 % (gegenüber 4,7 % 1947) erhöhte (s. Tabelle 24). Das war im wesentlichen auf 3 Ursachen zurückzuführen: auf die Weiterführung einer leistungsorientierten Beschäftigungspolitik, die Einführung des Leistungslohnes und die Entfaltung der Wettbewerbsbewegung im KWO. Bereits im Oktober 1947 hatte die BPO des KWO einen Arbeitsplan zur Ver-

wirklichung des Befehls 234 beschlossen. Es mußte aber noch erhebliche Überzeugungsarbeit geleistet werden, ehe, angespornt durch die Aktivistenleistung Adolf Hennekes vom 14. Oktober 1948, die Wettbewerbe zur Überbietung der alten Normen einsetzten.¹⁷⁰

Die alten Arbeitsnormen (Akkordsätze) stammten im KWO aus dem Jahre 1938 oder 1939. Ihr Zustandekommen war Ausdruck und Ergebnis der hartnäckig geführten Klassenauseinandersetzung zwischen "Betriebsführung" und "Gefolgschaft". Selbst unter den sich für die Arbeiterschaft sehr ungünstig gestaltenden Klassenkampfbedingungen der 30er Jahre gelang es den KWO-Arbeitern, die Herauspressung der letzten Reserven durch die Betriebsleitung zu verhindern.¹⁷¹ Die Werkleitung wußte das. Sie war ständig bestrebt, die Akkordsätze hochzuschrauben. Im Geschäftsbericht 1937/38 z. B. konnte sie vermerken: "Auch im abgelaufenen Jahr wurde weiter an der Bereinigung des Akkordsystems gearbeitet. Hierdurch sind nicht unbedeutende Leistungssteigerungen erzielt worden."¹⁷² Seit dem Jahre 1942 wurde zunächst für die Starkstromkabelfabrik versucht, eine "Abänderung des jetzigen Akkordsystems" nach den Grundsätzen der "wissenschaftlichen Schweißauspressung" (Lenin), wie sie die REFA entwickelt hatte, einzuführen. Der passive Widerstand der Belegschaft der Starkstromkabelfabrik trug wesentlich dazu bei, daß der neue Lohngruppenkatalog zwar probeweise bis zum Herbst 1944 im KWO eingeführt wurde, aber insgesamt nicht mehr wirksam werden konnte.¹⁷³

Nach dem Kriege wurde der Kolonnenakkord, in dem 1940 drei Fünftel der Arbeiter im Kabelwerk gearbeitet hatten, abgeschafft. Die Arbeitsnormen aus der AEG-Zeit spielten damit für die Entlohnung kaum noch eine Rolle. Im Jahre 1948 verlangten Betriebs-, Partei- und Gewerkschaftsleitung nun die Einführung eines leistungsdifferenzierten Lohnes¹⁷⁴ und die Überprüfung der bestehenden Arbeitsnormen. Dies werteten viele KWO-Arbeiter als Versuch, zu den Methoden der AEG-Geschäftsleitung zurückzukehren. Ablehnung und Vorbehalte wurden laut und konnten erst schrittweise überwunden werden, als Aktivistataten einzelner Arbeiter den Nachweis erbracht hatten, daß die alten Normen überholt waren. Zunächst sah die Mehrzahl der Belegschaft, die auf Reserven, wie sie es aus der AEG-Zeit gewohnt war, nicht verzichten wollte, die Aktivisten aus ihren eigenen Reihen jedoch als Normbrecher an.¹⁷⁵

Im Laufe der Jahre 1948 und 1949 wurden im KWO nach und nach technisch begründete Arbeitsnormen eingeführt.¹⁷⁶ Dazu heißt es bei Simons: "Vorarbeiten hatte das ... am 15. 11. 1947 eingerichtete Zentralbüro für Arbeitsstudium und Leistungslohn ... geleistet. Der Rolle der Arbeiter in der neuen Ordnung entsprechend, erfolgte die Ausarbeitung der Normen stets unter Mitwirkung des betreffenden Arbeiters. Die Parteiorganisation und die BGL klärten gegenüber den Kollegen die Zusammenhänge zwischen Lohn, Arbeitsproduktivität und planmäßiger Verbesserung des Lebensniveaus ... Manchmal mußten harte Auseinandersetzungen geführt werden ... Im Kupferwalzwerk lehnten die Kollegen aller drei Schichten die errechneten Normen ab und weigerten sich, danach zu arbeiten. Nach einer längeren Aussprache mit dem Parteisekretär ..., dem BGL-Vorsitzenden ... und einem Vertreter der BGL-Lohnkommission einigte man sich aber und erfüllte zum Ausgleich die neue Norm gleich in der ersten Schicht mit 108, in der zweiten mit 110 und in der dritten Schicht mit 130 Prozent."¹⁷⁷ Nachdem der Anfang gemacht war, erhielt der Wettbewerb im KWO Auftrieb.

In Einzel-, Gruppen- oder Betriebswettbewerben nahmen 1949 im Monatsdurchschnitt 3000 Arbeiter und Angestellte, d. h. etwa zwei Drittel der Belegschaft, an der Wettbewerbsbewegung teil.¹⁷⁸ Damit reihte sich das Kabelwerk Oberspree nicht nur in die Berliner Wettbewerbsbewegung des Jahres 1949 ein, die Anfang Januar mit einem Aufruf des FDGB zu 2monatigen Leistungsvergleichen eingeleitet worden war und an der sich im Oktober/November 396 Betriebe mit 73 000 Wettbewerbsteilnehmern beteiligten, sondern übertraf die Mehrzahl der Berliner Betriebe hinsichtlich der Einbeziehung ihrer Betriebsbelegschaft.¹⁷⁹ Einen detaillierten Einblick in die Wettbewerbsbewegung des KWO gestattet Tabelle 16.

Bei einer Durchschnittsbeteiligung an der Wettbewerbsbewegung von rund 57 % war die Beteiligung in den einzelnen Betrieben des KWO recht unterschiedlich: überdurchschnittlich bei den Produktionsbetrieben, von denen 5 eine 100prozentige bzw. fast 100prozentige Beteiligung aufwiesen, unterdurchschnittlich in der Drahtfabrik, in den Werkstätten und Lägern sowie bei den Angestellten. Zwei Drittel der 1950 im Wettbewerb stehenden Beschäftigten des Kabelwerkes beteiligten sich an den Wettbewerben von KWO-Betrieb zu KWO-Betrieb. Die Art des Wettbewerbes war teilweise auch durch technologische Besonderheiten der einzelnen Abteilungen bestimmt. Über 10 % der am Wettbewerb Beteiligten waren bereits Aktivisten, z. T. mit Auszeichnungen. Sie bildeten den Kern der Wettbewerbsbewegung im Kabelwerk.¹⁸⁰

Eine wesentliche Hilfe in den Anfängen der Wettbewerbsbewegung im KWO spielten die ausgesetzten Sachprämien in Form von kostenlosen Ferienreisen, Textilien und Uhren für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb. Für die Sieger der Abteilungswettbewerbe gab es eine Wanderfahne, mit deren Verleihung eine Geldprämie verbunden war.¹⁸¹ Die Wettbewerbe vollzogen sich zunehmend auf der Grundlage des Leistungslohnes und neuer Arbeitsnormen. Darüber gibt Tabelle 17 Auskunft.

Auch hinsichtlich der Einführung des Leistungslohnes zählte das KWO innerhalb Berlins zu den Vorreitern.¹⁸² Parallel zur Wettbewerbsbewegung entstand im KWO das Vorschlagswesen. Im Oktober 1948 verfügte der sowjetische Generaldirektor eine "Ordnung der Lenkung von Erfindungsvorschlägen"¹⁸³. Sie beruhte auf einem Passus des bereits zitierten Befehls 815, nach dem "für die Einführung von Vorschlägen der Werk-tätigen Prämien bis zu 15 Prozent der dadurch erreichten Einsparung zu zahlen" sind.¹⁸⁴ Eine Übersicht über die Neuerervorschläge im KWO gibt Tabelle 18.

Flankiert wurden die Initiativen der Arbeiter und Angestellten des KWO zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Maßnahmen der Partei-, Gewerkschafts- und Werkleitung gegen Bummelantentum und ein schlechtes Verhältnis zur Arbeit. Im Geschäftsbericht 1949 heißt es zu den erreichten Resultaten: "Die Zahl der Bummelanten konnten wir weiter vermindern, so daß sie, gesehen zur Zahl der Gesamtbelegschaft, als sehr gering bezeichnet werden kann."¹⁸⁵ Der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsdisziplin fand auch in den Wettbewerbszielen seine Widerspiegelung: Neben der Steigerung der Produktion und Pro-Kopf-Leistung wurde als Wettbewerbspunkt auch die Verbindung der Fehlzeiten konkret abgerechnet.¹⁸⁶

Im Ergebnis aller genannten Maßnahmen zur Hebung der Leistungsbereitschaft der Arbeiter und Angestellten des KWO konnte 1949 nicht nur die Produktion ohne zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften um ein Viertel gesteigert werden, es erfolgte in kleinerem Maßstab auch die Freisetzung von Arbeitskräften (55 Personen). Dies betraf sowohl Arbeiter als auch einige Angestellte unterschiedlicher Kategorie. Vor allem die Zahl der Meister wurde reduziert, wodurch sich das Zahlenverhältnis Meister : Arbeiter normalisierte, ohne allerdings zum Stand von 1940/41 zurückzukehren. Die ursprünglich vorgesehene Reduzierung des kaufmännischen Personals im ersten Jahr des Zweijahrplanes konnte allerdings nicht realisiert werden, da bei einer Kürzung des Stellenplanes "der große Arbeitsanfall - hervorgerufen durch erhöhte Produktion, Planung und Anfertigung von Statistiken ... - auf die Dauer nicht zu bewältigen" war.¹⁸⁷ Der Anteil der kaufmännischen an den gesamten Angestellten stieg merklich an, ging aber bereits 1950 wieder auf das Niveau von 1947/48 zurück.¹⁸⁸

Das Jahr 1949 erwies sich für die Arbeiter und Angestellten des KWO als das entscheidende Jahr hinsichtlich der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung, als das Jahr, in dem sich deutlich die Konturen einer neuen, von Ausbeutung freien Arbeitsdisziplin durch die beispielgebenden Initiativen der fortgeschrittensten Arbeiter einerseits und das starke Engagement der Werkleitung für die Durchsetzung des Leistungsprinzips andererseits abzeichneten.

6.3. Grundfondsreproduktion im KWO 1946/50

Krieg und Kriegsfolgen hatten die Maschinen und Anlagen im KWO vermindert. Ab 1946 wurde - wie Tabelle 19 ausweist - damit begonnen, den Grundmittelbestand wieder zu erhöhen.

Tabelle 19 kann natürlich keine Auskunft über Wert und Gebrauchswert der aufgeführten Anzahl von Maschinen und Anlagen geben. Aus anderen Angaben läßt sich einiges über die Qualität und Zuverlässigkeit der Grundmittel des KWO im Untersuchungszeitraum sagen: Während des Krieges hat sich zweifellos ihr technischer Zustand (mit Ausnahme natürlich desjenigen der relativ wenigen neuangeschafften Maschinen) verschlechtert. Je weiter der Krieg voranschritt, desto weniger sah sich - wie Tabelle 20 ausweist - die Geschäftsleitung des KWO in der Lage, die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen.

Knapp ein Fünftel der Maschinen und Anlagen des KWO wurde durch Kriegseinwirkungen unbrauchbar. In den ersten Nachkriegsmonaten waren die Arbeiter des KWO mit viel Findigkeit und Improvisationstalent bemüht, beschädigte Maschinen wieder funktionstüchtig zu machen. Simons zitiert den Ausspruch eines Meisters aus dem KWO, der über diese Arbeit sagte: "Da waren wahre Künstler am Werk. Genau wie Frauen aus zwei alten Kleidern ein neues machen, so wurde eine gute Maschine aus den Trümmern zweier alter gemacht."¹⁸⁹

Der Wiederbeginn mit aus Schutt und Trümmern geborgenen Maschinen, der am Anfang des Wiederaufbaus in manchem Betrieb in und um Berlin stand,¹⁹⁰ war jedoch für das KWO, dessen Grundmittel zu etwa drei Fünftel Krieg und Kriegsfolgen überlebten, nicht charakteristisch. Bedenklicher

zeigte sich die Situation schon hinsichtlich der Gebäude. Zu den Zerstörungen kamen rasch Witterungsschäden.¹⁹¹ Die Verglasung der Fenster und Fabrikoberlichter sowie die Abdichtung der Dächer bildeten deshalb die erste und bis 1948 auch wichtigste Aufgabe der Instandhaltung. Von Mitte 1945 bis August 1946 wurden im KWO für rund 1 Mrd. M Instandsetzungsarbeiten für Gebäude, Anlagen und Maschinenfundamente durchgeführt. Im Jahre 1947 setzte die Werkleitung neben den Ausgaben für laufende Reparaturen 750 000 M für Großreparaturen (= Generalreparaturen) ein.¹⁹² Das Ausmaß dieser Reparaturarbeiten bis 1948 und ihre Fortführung in vermindertem Maßstab auch in den folgenden Jahren zeigt Tabelle 21.

Ab 1948 wurde dann in größerem Maßstab repariert und auch neu gebaut. Einen recht detaillierten Überblick gibt Tabelle 22.

Während der Umfang der Generalreparaturen zwischen 1948 und 1950 annähernd gleich blieb, war die Investitionssumme 1950 fast doppelt so hoch wie 1948. Darin zeigt sich eine Tendenz zur Normalisierung der Grundfondsreproduktion.¹⁹³ Inwieweit es sich bei den angeführten Investitionen um Neu- oder Ersatzinvestitionen handelte, läßt sich, da der Bruttowert der Grundmittel und die für das KWO geltende Amortisationsrate nicht ermittelt werden konnten, wertmäßig nicht feststellen. Aus einer detaillierten Liste der Investitionsobjekte dieser Jahre¹⁹⁴ geht jedoch hervor, daß es sich überwiegend um den Wiederaufbau zerstörter Gebäude handelte. In diesem Sinne können die Bauten als Ersatzinvestitionen angesehen werden. Interessante Aufschlüsse ergeben sich auch, wenn wir das Verhältnis von Bau- zu Ausrüstungsinvestitionen näher betrachten. Überwog 1948 in der Grundfondsreproduktion noch der Anteil der Bauten, so verschob sich das Verhältnis im Zweijahrplan bei steigenden Ausgaben für Gebäude und Ausrüstungen zugunsten der Maschinen und Anlagen. Noch deutlicher und kontinuierlicher zeigen die Großreparaturen die gleiche Entwicklung. Das läßt darauf schließen, daß sich die Werkleitung des KWO nach der Sicherung des dringendsten Ersatzes an Werkhallen während des Zweijahrplanes stärker dem Erhalt der Maschinen widmen konnte, deren physischem Verschleiß zumindest in jenen Fällen entgegengetreten werden mußte, wo die Produktionsleistung der Anlagen merklich absank. Sicher ist wie bereits 1945 und 1948 auch der Bestand an Maschinen erweitert worden. Mit ebenso großer Sicherheit dürfte es sich noch nicht um fabrikneue Maschinen oder gar um Maschinen von höherem technischem Niveau gehandelt haben. Über den Umfang der während des Zweijahrplanes im KWO hinzugekommenen Maschinen und Anlagen lassen sich - schon wegen der Zeitverschiebung zwischen Investitionen (für Ausrüstungen) und deren Fertigstellung - keine näheren Angaben machen.

6.4. Die Versorgung des KWO mit Rohstoffen und Material 1945/50

Das Kabelwerk Oberspree war von der AEG so gebaut worden, daß Kabel und Leitungen aller Art vom ersten bis letzten Verarbeitungsgang im Werk selbst hergestellt werden konnten. Als Kombination mehrerer Betriebe, die sich voneinander durch den Verarbeitungsgrad des Kabelmaterials bzw. durch den Verwendungszweck der hergestellten Kabel und Leitungen unter-

schieden, war das Kabelwerk im wesentlichen von der Zulieferung metallischer (Kupfer bzw. Aluminium, Blei, Stahl) und nichtmetallischer Rohstoffe (Kautschuk bzw. Buna) abhängig.

Wenn auch Zulieferungen an das Kabelwerk in den letzten Kriegsmonaten wiederholt unterbrochen wurden, so kam die Produktion des Kabelwerkes im April 1945 doch nicht aus Rohstoffmangel zum Erliegen. Die Materialvorräte des KWO reichten Anfang Mai 1945 bei Kupfer noch für 111 Tage, bei Aluminium für 165 Tage.¹⁹⁵ Das war auf die volle Auslastung der Kapazität berechnet, von der zunächst sowieso nicht die Rede sein konnte. Bis zum Ende des Jahres 1945 sanken die Kupfervorräte von 8881 t auf 38 t, die Bestände an Aluminium von 824 auf 72 t, bei Blei von 3047 t auf 120 t. Der Bestand nahm zum kleineren Teil durch die Mitte des Jahres wieder aufgenommene Produktion ab, zum größeren Teil durch Reparationslieferungen an die Sowjetunion.¹⁹⁶ Aber schon 1946 sicherte die UdSSR die Zuführung der benötigten Rohstoffe vollständig. Auf Anordnung von sowjetischer Seite erfolgte auch die durchgängige Wiederumstellung von Aluminium auf Kupfer.¹⁹⁷ Wie Tabelle 23 zeigt, gelang es entsprechend den gewachsenen Dimensionen der Produktion auch die entsprechende Menge der benötigten Rohstoffe bereitzustellen.

Die Sicherung der kontinuierlichen Versorgung mit den wichtigsten Rohstoffen bedeutete nicht, daß das Kabelwerk mit seiner Übernahme in die "SAG Kabel" frei von Versorgungsproblemen war. Die Liste der "hauptsächlich verarbeiteten Rohmaterialien" des KWO umfaßte zwischen 1947 und 1950 etwa 40 Positionen, darunter Antimon, Hartfettsäure, Kaolin, Zink und Zinn.¹⁹⁸ Aber selbst das Fehlen oder die unzureichende Versorgung mit geringen Mengen von in Tonnen überhaupt nicht mehr meßbaren Materialien wie einige Kilogramm Silber insbesondere für Lötmittel und wenige Gramm Platin für Laborgeräte¹⁹⁹ konnten zu Produktionsstörungen führen und mußte Anlaß zur sparsamen Verwendung von Rohstoffen sein. Mit dem 1947/48 einsetzenden "kalten Krieg" und "Wirtschaftskrieg" reduzierten sich die Rohstofflieferungen aus den Westzonen. Zur Zeit der Berliner Krise 1948/49 hörten sie durch die im Juni 1948 von den amerikanischen und britischen Militärbehörden verhängte sog. Gegenblockade des Transports westdeutscher Waren, die in den Osten Deutschlands gehen sollten, zeitweise ganz auf.²⁰⁰ Die Produktion des KWO war gefährdet. Es gelang Leitung und Belegschaft des Kabelwerkes jedoch stets, größere Produktionseinbrüche zu verhindern. An einem Beispiel demonstriert Simons das anschaulich: "Das früher von westdeutschen Firmen bezogene Band Eisen wurde nur noch in geringen Mengen geliefert. Eisenknüppel aus Unterwellenborn standen zur Verfügung. Ein Walzwerk gab es im KWO auch. Das war vorgesehen für das Walzen von Kupfer. Einige Ingenieure erhoben Einwände gegen das Walzen von Eisen und stützten sich auf Erfahrungen und mathematische Berechnungen. Doch dann walzte man das Eisen zuerst auf 3, 5 mm und nachher auf 2, 5 mm herunter. Dieses Band wurde dann in Oranienburg auf die erforderliche Stärke von 0, 5 mm gebracht. Ab November walzte das Kupferwerk selbst auf solche Stärke."²⁰¹

Die sowjetische Werkleitung des KWO machte den deutschen leitenden Mitarbeitern klar, daß Sparsamkeit beim Umgang mit Material nicht ein Gebot der Not, sondern grundlegendes Prinzip des Wirtschaftens im Sozialismus ist. Frühzeitiger als in anderen Betrieben entwickelten sich im SAG-Betrieb KWO Initiativen zur Materialeinsparung. Im Preß- und Stanzwerk

ging man z. B. dazu über, Formteile anstatt wie bisher durch Gießen durch Warmpressen anzufertigen. Der Ausschuß konnte durch dieses Verfahren von vorher 40 bis teilweise 80 % auf Null gesenkt werden.²⁰²

7. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im KWO 1946/50

Durch Krieg und Kriegsfolgen sank im KWO nicht nur das Produktionsvolumen, sondern auch die Erzeugung pro Beschäftigten. Tabelle 24 läßt das Ausmaß des Rückgangs und das Tempo der Wiederherstellung des Niveaus der Arbeitsproduktivität vom Jahre 1940/41 erkennen.

Die Ursachen für das Absinken der Arbeitsproduktivität unter das Niveau des Jahres 1940/41 sind im wesentlichen dieselben, wie wir sie bereits für die Produktion (s. Abschnitt 4.) analysiert haben. Einige spezifische Ursachen kamen hinzu: Infolge des Ausfallens von Maschinen und besonders von Transportmitteln mußte in einigen Fällen von der mechanisierten auf Handarbeit umgestellt werden. Der Ersatz für zerstörte bzw. demontierte Anlagen konnte in der Regel nicht durch hinsichtlich ihres technischen Niveaus bzw. physischen Zustandes gleichwertige Maschinen erfolgen.²⁰³ Berücksichtigt man all dies, dann ist das 1946 wieder erreichte Niveau der Arbeitsproduktivität erstaunlich hoch. Es lag auch weit über dem Durchschnitt der Industrie, die im Jahre 1947 erst 56 % des Vorkriegsstandes (1936) erreichte.²⁰⁴ Das KWO gehörte also zu den Ausnahmen. Was sind die Ursachen dafür?

Erstens: Das KWO verfügte dank der Reparationsaufträge bereits 1946 wieder über einen gesicherten Absatz und eine ausreichende Materialversorgung für seine werkspezifische Produktion. Das bedeutete günstige Bedingungen für eine kontinuierliche Produktion, eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein hohes Niveau der Arbeitsproduktivität. Wie aus Tabelle 25 hervorgeht, dürfte auch die Energieversorgung des KWO, die bei Dampf- und Heizwasser durch die fabrikeigenen Kesselhäuser erfolgte, der kontinuierlichen Produktionssteigerung keine Schranken gesetzt haben. (Die 1946 und 1947 im Vergleich zum Vorkriegsstand geringe Gasversorgung betraf wesentlich nur das Preß- und Stanzwerk.²⁰⁵

Für die Versorgung mit Elektroenergie liegen keine Vergleichsdaten vor. Die Wiederherstellung des notwendigen Niveaus der Elektroenergieerzeugung war 1945 in Berlin ein Schwerpunkt bei der Wiederingangsetzung der Wirtschaft. Bis zum Dezember 1945 hatte die BEWAG die Elektroenergieerzeugung gegenüber Mai 1945 auf mehr als das 10fache steigern können.²⁰⁶ Probleme mit der Energieversorgung hat es in Berlin aber auch besonders in der strengen Winterperiode 1946/47 gegeben. Mitte Dezember 1946 traf der erste Kälteeinbruch die Stadt. Das Thermometer sank auf -15°C . Zwei weitere Kältewellen, die bis in den Februar reichten, folgten. Die Gas- und Strombelieferung mußte wegen ausgebliebener Kohlenlieferungen aus den Westzonen rigoros gekürzt werden. Hunderte von Betrieben wurden stillgelegt. Berlin zählte rund 200 000 Kälte-Arbeitslose.²⁰⁷ Der in Tabelle 26 wiedergegebene monatliche Produktionsindex des KWO zeigt zwar im Februar und März 1947 einen Abfall, jedoch hielt er sich vergleichsweise in Grenzen. Kälte-Urlaub wie im benachbarten TRO gab es nicht.²⁰⁸

Zweitens: Neben der eine relativ kontinuierliche Produktion sichernden Materialversorgung bildete der zu mehr als drei Fünftel erhalten gebliebene Maschinenpark eine weitere Ursache dafür, daß es bereits 1946 gelang, wieder ein relativ hohes Produktivitätsniveau zu erreichen. Dem widerspricht durchaus nicht die Feststellung, daß bei der Herstellung bestimmter Erzeugnisse bzw. auf bestimmten Produktionsstufen durch Verlust bzw. unzureichenden Ersatz von Maschinen und Anlagen beachtliche Produktivitätsverluste hingenommen werden mußten.

Drittens: Dem KWO blieb nicht nur die Mehrzahl der Maschinen und Anlagen, sondern auch die Stammebelegschaft erhalten. Die Verluste an Qualifikation und Fertigkeiten waren im Kabelwerk geringer als in vielen anderen Berliner Betrieben. Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten hatte sich, wie aus Tabelle 27 ersichtlich, gegenüber der Kriegszeit sogar verbessert.

Um die Angaben für die Kriegs- und Nachkriegszeit besser vergleichbar zu machen, wurden für die Jahre 1940/41 und 1942/43 die ausländischen Arbeitskräfte, deren Qualifikationsniveau schon wegen der Art und Weise ihrer zwangsweisen Rekrutierung erheblich niedriger lag, nicht berücksichtigt. Das ist gerechtfertigt, weil der Verfall der Arbeitsmoral und -disziplin in den Betrieben, der vor allem bei den neu aus anderen Klassen und Schichten hinzugekommenen Beschäftigten wahrnehmbar war, wegen des großen Anteils der Stammebelegschaft das Kabelwerk weniger als andere Berliner Betriebe traf.²⁰⁹

Die vierte Ursache bestand in der Kontinuität der Zusammensetzung der Belegschaft des KWO und der sich daraus ergebenden Aspekte für die Arbeitsproduktivität, die sich nicht nur auf die Produktionsarbeiter, sondern bis zu einem gewissen Grade auch auf die technischen und kaufmännischen Angestellten einschließlich der Leiter der Betriebsteile und Direktionsabteilungen bezog. Zwischen 1946 und 1950 wechselte in der deutschen Leitung der Technische Direktor nur einmal im November 1949. Die vor und nach 1949 mit der Funktion des Technischen Direktors betrauten Angestellten waren bis zu ihrer Ernennung Leiter von KWO-Betrieben.²¹⁰ Die Kontinuität in den deutschen Leitungen der SAG-Betriebe auch personell aufrechtzuerhalten, war eine der Grundzüge der Gestaltung der Leitungsorganisation in den SAG von sowjetischer Seite.²¹¹ Dieselbe Praxis galt auch für die sowjetischen Leitungskader.²¹² Im KWO war der sowjetische Kabelfachmann und Oberleutnant Krugly als Generaldirektor bzw. Chefingenieur von 1946 bis Mai 1949 leitender Offizier im Werk. Simons charakterisiert ihn wie folgt: "Von ihm sagt man, daß er sich nach kurzer Zeit im Werk besser auskannte als die zuständigen KWO-Angestellten. Er wußte stets Rat, wenn es um die Herbeischaffung der dringend benötigten Materialien ging, und kannte bald jeden Winkel und jeden verantwortlichen Kollegen. In der Zusammenarbeit mit ihm entstand für viele Kabelwerker ein erst aufkeimendes neues Verhältnis zum sowjetischen Menschen."²¹³ Sein Nachfolger blieb bis zum Jahre 1952, dem Jahr der Übergabe des KWO in Volkseigentum, im Werk.²¹⁴ Über die sowjetische Werkleitung äußerte sich der spätere Direktor des Kabelwerkes, der in der SAG-Zeit zunächst Leiter eines KWO-Betriebes und dann Technischer Direktor war, rückblickend wie folgt: "Die sowjetischen Spezialisten lehrten uns nicht nur das Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu verstehen, sondern sie brachten auch den Kabelwerkern das System der Planung und der Leitung

der Produktion nahe, dessen Verstehen uns anfangs nicht leicht fiel. Während der siebenjährigen Leitung des Werkes durch die sowjetischen Spezialisten wurde es in jeder Form rentabel und erfüllte stets seinen Produktionsplan.²¹⁵

Fünftens: Die Leitungstätigkeit im KWO während der Nachkriegszeit kennzeichnete abgestimmtes Handeln zwischen Betriebsparteiorganisation, Betriebsrat und Betriebsgewerkschaft einerseits und sowjetischer und deutscher Werkleitung andererseits.²¹⁶ Die positiven Auswirkungen dieses Zusammenwirkens auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden besonders 1949 deutlich (s. Abschnitt 6.2.).

Sechstens erklärt sich die Tatsache, daß das Niveau der Arbeitsproduktivität im KWO 1946 nur etwa um ein Fünftel unter dem von 1940/41 lag, auch daraus, daß das Vergleichsjahr nicht das Jahr mit der höchsten Pro-Kopf-Leistung pro Arbeiter bzw. Arbeitsstunde in der AEG-Zeit war. Der höchste Pro-Kopf-Wert²¹⁷ wurde im Geschäftsjahr 1937/38 erreicht.²¹⁸ Die Minderleistung im Vergleichsjahr ist wahrscheinlich zurückzuführen auf Nichtauslastung von Abteilungen mit solcher speziellen Fertigungsstruktur, die für die Kriegsproduktion weniger geeignet war,²¹⁹ und auf die Neueinstellung der weniger qualifizierten,²²⁰ mit der Kabelproduktion nicht vertrauten Fremdarbeiter, die selbstverständlich Leistungszurückhaltung übten. Im Geschäftsjahr 1940/41 waren bereits fast ein Viertel der Arbeiter und fast ein Drittel der Arbeiterinnen im Kabelwerk Ausländer.²²¹

Verfügen wir somit über genügend Anhaltspunkte, um uns das im Jahre 1946 wieder vergleichsweise hohe Niveau der Pro-Kopf-Leistung im KWO zu erklären, so haben wir damit auch gleichzeitig wesentliche Faktoren erfaßt, die die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kabelwerk in den folgenden Jahren bewirkten. Diese Faktoren zu mobilisieren gelang besonders im Jahre 1949. In diesem Jahr konnte das Produktivitätsniveau von 1940/41 erreicht und beträchtlich überschritten werden. Damit lag das KWO weiterhin vor der Mehrzahl der Betriebe. Im Durchschnitt der Industrie betrug das Arbeitsproduktivitätsniveau im Jahr 1949 85 % des Vorkriegsstandes (1936).²²² Auch im Jahre 1950 gelang es, die Arbeitsproduktivität im KWO merklich zu steigern. Jedoch wurde sichtbar, daß eine weitere Produktivitätserhöhung im bisherigen Tempo Investitionen erforderlich machte. Diese mußten vorläufig vor allem auf die Beseitigung von den Produktionsprozeß zwischen den Betriebsteilen hemmenden Engpässen gerichtet sein. Derartige Investitionen versprachen unter den gegebenen Bedingungen den höchsten Kapazitäts- und Produktivitätsgewinn.²²³

Die seit 1948, vor allem aber seit 1950 im KWO getätigten Investitionen sollten - wenn auch selten im selben oder unmittelbar darauffolgenden Jahr - zu Produktivitätssteigerungen führen. Noch längerfristig auf die Sicherung des bestehenden und die Steigerung des künftigen Produktivitätsniveaus gerichtet war die Lehrlingsausbildung im KWO. Mit der Wiedereinrichtung einer Lehrwerkstatt wurde im November 1945 begonnen. Das KWO erhielt später neben einigen anderen größeren Berliner Betrieben die Auflage, 100 Lehrlinge einzustellen.²²⁴ Genaue Zahlen über die Lehrlingsausbildung im KWO sind ab 1947 überliefert und in Tabelle 28 wiedergegeben.

Das Verhältnis der in Ausbildung befindlichen Lehrlinge zur Zahl der Facharbeiter im Kabelwerk lag zwischen 1947 und 1950 recht gleichmäßig bei 1 : 5.²²⁵ Auf Initiative von Lehrausbildern und Ingenieuren des KWO wurden in den Jahren von 1948 bis 1950 die notwendigen Vorarbeiten geleistet, damit ab 1950 der "Kabelmonteur" als Lehrberuf eingeführt werden konnte.²²⁶

8. Schlußbemerkungen

War der Wiederaufbau, wie er sich im KWO vollzog und wie wir ihn nach den wichtigsten ihn bewirkenden Faktoren analysierten, typisch für die Berliner Industrie? Diese Frage werden wir exakt erst beantworten können, wenn die Geschichte der Berliner Industrie während der Nachkriegszeit wirtschaftshistorisch aufgearbeitet ist. Wenn wir das, was an verstreuten Informationen und mehr oder weniger gut vergleichbarem Zahlenmaterial über die Berliner Industrie der Nachkriegszeit vorhanden ist,²²⁷ hinzuziehen, wird zweierlei sichtbar: Erstens finden wir im KWO alle wesentlichen Probleme, Aktivitäten und Erfolge, die die Nachkriegsentwicklung der Berliner Industrie charakterisierten, wieder. Insofern war das Kabelwerk Oberspree ein typischer Berliner Industriebetrieb der Nachkriegszeit. Zweitens gehörte das KWO zu denjenigen Berliner Betrieben, deren Wiederaufbau sich relativ rasch vollzog. Damit wirkte das Kabelwerk, auch wenn seine Produktion nur zu einem geringen Teil dem örtlichen Bedarf zugute kam, schon aufgrund der großen Anzahl von Werktägigen, denen es Beschäftigung gab, als Motor des Wiederaufbaus in der Stadt.

Unsere zweite Feststellung findet ihre indirekte Bestätigung in der Tatsache, daß das KWO 1946/52 einer sowjetischen Aktiengesellschaft angehörte. In den SAG-Betrieben vollzog sich die Wiederherstellung des Produktionsniveaus der Vorkriegszeit in der Regel in höherem Tempo als in den meisten Betrieben auf dem heutigen Territorium der DDR. Es wird eingeschätzt, "daß die SAG in den ersten Jahren des Wiederaufbaus der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone die materiell-technische Basis ihrer Betriebe in raschem Tempo wiederherstellte ..., daß besonders seit 1947 in diesen Betrieben die materiell-technische Basis der Produktion entwickelt wurde, um das Produktionsprogramm erfüllen und erweitern zu können."²²⁸ War das Kabelwerk Oberspree ein typischer SAG-Betrieb? Diese Frage läßt sich auf der Grundlage der von Mühlfriedel zusammengestellten Charakteristika und Kriterien²²⁹ mit "ja" beantworten. Wie prägnant sich die allgemeinen Züge der Wirtschaftsentwicklung der SAG auch in den Besonderheiten des Wiederaufbaus des KWO zeigen, wird besonders hinsichtlich der Kontinuität der Produktion, in der Gestaltung der Leitungsorganisation und in Prinzipien der Kaderauswahl für die Leitungen, der Rolle des Betriebsplanes, der Bedeutung der Materialökonomie, den Anstrengungen um die Aufrechterhaltung bzw. Steigerung von Arbeitsmoral und -disziplin und der frühzeitigen Entwicklung der Wettbewerbsbewegung und des Vorschlagswesens deutlich.²³⁰

9. Anmerkungen

- 1 Orlopp, Josef, Zusammenbruch und Aufbau Berlins 1945/46, Berlin 1947, S. 9 ff.
- 2 Keiderling, G./Stulz, P., Berlin 1945 - 1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 232 ff.
- 3 Einen Überblick gibt Mühlfriedel, W., Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Ein Bericht über Stand und Probleme der Forschungen zur Industriegeschichte, in: JWG, 1/1981, S. 151 ff.
- 4 Krause, W., Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958.
- 5 Doernberg, St., Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 - 1949. Die Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959.
- 6 Barthel, H., Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979.
- 7 Mühlfriedel, W./Wiegand, K., Die SMAD und die industrielle Entwicklung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin 1979, S. 79 - 110; Mühlfriedel, W., SAG-Betriebe, Schulen des Sozialismus, in: JWG, 4/1980, S. 159 - 186; derselbe, Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: ebenda, 1/1981, S. 151 - 171; derselbe, Thüringens Industrie im ersten Jahr der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 9, Weimar 1982, S. 7 - 38; derselbe, Die Entwicklung der privatkapitalistischen Industrie im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung (unveröff. Ms.).
- 8 Derselbe, Die Industrie ..., S. 171.
- 9 Dazu s. die Untersuchungen von Roesler, J., Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: JWG, 4/1982, S. 30.
- 10 Einen ersten bemerkenswerten Versuch - für die private Industrie der sowjetischen Besatzungszone - hat Mühlfriedel unternommen (Mühlfriedel, Die Entwicklung der privatkapitalistischen Industrie ..., S. 15 ff.).
- 11 Zur Charakterisierung der Wiederherstellungsperiode s. Roesler, J., Wiederherstellung der Volkswirtschaft, in: Handbuch Wirtschafts-geschichte, Berlin 1981, S. 1044 ff.; derselbe, Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den europäischen Volksdemokratien. Ein Forschungsbericht zu ökonomischen Problemen der Nachkriegsentwicklung, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 26/1, Berlin 1982, S. 113 - 132.
- 12 Im folgenden wird mit "Berlin" das heutige Berlin, Hauptstadt der DDR, bezeichnet, mit "Groß-Berlin" die Viersektorenstadt bis zur Spaltung durch die Westmächte im 2. Halbjahr 1948.
- 13 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA), E-1/Ö, Nr. 68.
- 14 ZStA, E-1-St, Nr. 6919.
- 15 Protokoll der Unterredung mit Herrn Hube v. 7. 4. 1983 (im Besitz des Autors).
- 16 ZStA, E-1 - St, Nr. 0297.

- 17 Einschließlich der ab 1940/41 zur Fernmeldeapparatefabrik Oberspree (FAO) gehörenden Abteilungen.
- 18 Berlin in Zahlen, Ausgabe 1942, hg. v. Statistischen Amt der Reichshauptstadt Berlin, o. J., S. 108.
- 19 Berlin in Zahlen, Taschenbuch, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1947, S. 158.
- 20 Zur Entwicklung in den Westzonen s. Heiniger, H., Der Nachkriegs-zyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945 - 1950, Berlin 1963, S. 117 ff.; Kuczynski, J., Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945, Berlin 1963, S. 41 ff.; zu materialreichen Darstellungen von BRD-Autoren s. bes. Abelshäuser, W., Wirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; Ambrosius, G., Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1949, Stuttgart 1977.
- 21 Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (Lehrbuch), v. einem Autorenkollektiv unter Leitung v. R. Badstübner, Berlin 1981, S. 34 ff.; Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriss, Berlin 1978, S. 72 ff.
- 22 Radandt, H., AEG - ein typischer Konzern, Berlin 1958, S. 32 ff.; Hautsch, G., Das Imperium AEG - Telefunken. Ein multinationaler Konzern, Frankfurt a. M. 1979, S. 32 ff.; Czepuck, H., Ein Symbol zerbricht. Zur Geschichte und Politik der AEG, Berlin 1983, S. 52; Das Werk der befreiten Arbeiterklasse. Geschichte des Kombinats VEB Elektro-Apparate-Werk, Berlin o. J., S. 23 f.; Wir sind mit unserer Republik gewachsen. VEB Transformatorenwerk "Karl Liebknecht" Berlin o. O., o. J.
- 23 Orlopp, S. 38.
- 24 Verordnungsblatt (VOBl.), Berlin 1945, S. 45.
- 25 Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in: Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1957, S. 75.
- 26 Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Beschlagnahme und die Übernahme einiger Eigentumskategorien, 30. Oktober 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949, Berlin 1968, S. 186 ff.
- 27 Schöneburg, K. -H./Mand, R./Leichtfuß, H./Urban, K., Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 107 f., 282.
- 28 Siehe Die Denkschriften der AEG-Direktoren Koehn, Hartmann, Boese und Thediken (KWO-Archiv, A 287).
- 29 KWO-Archiv, A 1837.
- 30 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen, 10. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 54 ff.
- 31 Keiderling/Stulz, S. 44.
- 32 Simons, E., Das KWO - unser, mein Betrieb (unveröff. Ms.; KWO-Archiv), S. 8.
- 33 Ebenda, S. 11.
- 34 Befehl Nr. 9 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zur Wiederingangbringung der Industrieproduktion, 21.

- Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 72 ff.
- 35 Die AEG hatte sich - wie ihr monopolistischer Konkurrent Siemens - schon vor Kriegsende auf die Zeit nach dem Kriege eingestellt. Sie hatte Gruppenleitungen für die künftigen Besatzungszonen gebildet und hoffte, so leichter ihr Kapital zu retten (Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 24.) Die Aktivitäten der beiden Elektrokonzerne standen im Einklang mit den wirtschaftlichen Nachkriegsplanungen des deutschen Monopolkapitals. Vgl. Groehler, O./Schumann, W., Vom Krieg zum Nachkrieg. Probleme der Militärstrategie und Politik des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26, 1982, S. 289 ff.
- 36 Thomas, S., Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin 1964, S. 96.
- 37 Protokoll Hube.
- 38 Zit. nach: Simons, S. 9.
- 39 KWO-Archiv, P 263.
- 40 Die von den Werktätigen der Berliner AEG-Betriebe erhobene Forderung nach Liquidierung des AEG-Konzerns wurde von den Betriebsräten der AEG-Betriebe der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen. Auf einer Konferenz im Dezember 1945 in Halle verlangten sie die "entschädigungslose Enteignung der gesamten Werke des AEG-Konzerns, Bearbeitungsstellen und Montagebetriebe und ihre Übergabe in die Länderverwaltungen" (30 Jahre volkseigene Betriebe, Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen, Berlin 1976, S. 57).
- 41 Simons, S. 17.
- 42 Keiderling/Stulz, S. 83.
- 43 Simons, S. 17.
- 44 Keiderling/Stulz, S. 137.
- 45 Im Schriftverkehr hatte sich das Werk als "KWO" zu bezeichnen. Alle AEG-Briefumschläge mußten abgeändert werden (KWO-Archiv, A 280).
- 46 Simons, S. 17.
- 47 Keiderling/Stulz, S. 89 ff.; Adler, H., Berlin in jenen Tagen, Berlin 1959, S. 77 ff.
- 48 KWO-Archiv, A 91.
- 49 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 165.
- 50 Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin o. J., S. 251; Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 51.
- 51 Siehe Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1948, S. 105 ff.; zur Reaktion auf den Industrieplan in der sowjetischen Besatzungszone vgl. Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 165; einen Überblick über die 6 1/2monatigen Verhandlungen gibt Jerchow, F., Deutschland in der Weltwirtschaft 1944 - 1947, Düsseldorf 1978, S. 195 ff.
- 52 Protokoll Hube; Simons, S. 11; generell: Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 165.
- 53 Simons, S. 23, 28.
- 54 Ebenda, S. 23.
- 55 Schreiben des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien an die Sowjetische Militäradministration in Deutschland betreffend den Erlaß von Durchführungsbestimmungen zur Kontrollratsdirektive Nr. 24,

17. Februar 1947, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 387 ff.
- 56 Zu ihrer Tätigkeit vgl. Rilling, R., Sozialismus in der DDR, Bd. 1, Köln 1979, S. 92 ff.; einen informativen Überblick über das Entnazifizierungsverfahren in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone bietet das Buch Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945 - 1949, hg. v. K.-H. Schöneburg, Berlin 1983, S. 93 ff.
- 57 KWO-Archiv, A 356.
- 58 Keiderling/Stulz, S. 50.
- 59 Schöneburg/Mand/Leichtfuß/Urban, Bd. 1, S. 224; zu den Ergebnissen vgl. Rilling, S. 87 f.
- 60 KWO-Archiv, A 356.
- 61 KWO-Archiv, AEG 123.
- 62 KWO-Archiv, A 1325.
- 63 KWO-Archiv, AEG 65 u. AEG 67.
- 64 KWO-Archiv, AEG 77.
- 65 Protokoll Hube.
- 66 KWO-Archiv, A 2297.
- 67 KWO-Archiv, AEG 152.
- 68 KWO-Archiv, AEG 67 u. AEG 152.
- 69 KWO-Archiv, AEG 67.
- 70 Zum Verlauf des Bombenkrieges gegen Berlin und zu den Luftschäden in Berlin s. Groehler, O., Berlin im Bombervisier. Von London aus gesehen 1940 bis 1945, Berlin o. J., S. 27 ff.
- 71 KWO-Archiv, KWO 13.
- 72 KWO-Archiv, AEG 153 u. KWO 13 u. A 995.
- 73 KWO-Archiv, KWO 13.
- 74 KWO-Archiv, A 1837.
- 75 Simons, S. 6.
- 76 KWO-Archiv, A 1837.
- 77 Groehler, S. 44 ff.
- 78 KWO-Archiv, KWO 13.
- 79 KWO-Archiv, A 995.
- 80 KWO-Archiv, AEG 153 u. KWO 13.
- 81 KWO-Archiv, A 1837.
- 82 Über Umfang und Ausmaß des in der UdSSR durch die deutschen Faschisten verursachten Schadens s. Barthel, S. 89 ff.; zum Umfang der Demontagen in anderen Berliner AEG-Betrieben s. Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 42; Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 18; generell zum Problem der Wiedergutmachung und zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Demontagen s. Geschichte der SED, S. 96, 126.
- 83 KWO-Archiv, A 1837.
- 84 Für die Treptower AEG-Fabrik war zunächst der Erhalt von 10 % der Kapazität vorgesehen (Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 43). Einen Grundstock für den Wiederaufbau zu erhalten, entsprach einem Grundzug der sowjetischen Demontagepolitik (s. dazu Barthel, S. 97).
- 85 Protokoll Hube.
- 86 KWO-Archiv, AEG 77 u. A 2297; ZStA, E-1/0, Nr. 68.
- 87 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 161 ff.
- 88 KWO-Archiv, A 1837.
- 89 KWO-Archiv, A 1836 u. KWO 13 u. KWO 62.

- 90 ZStA, E-1/0, Nr. 68.
- 91 KWO-Archiv, A 2297.
- 92 KWO-Archiv, A 1837 u. KWO 151.
- 93 KWO-Archiv, A 2297.
- 94 Ebenda.
- 95 KWO-Archiv, AEG 152.
- 96 KWO-Archiv, KWO 151.
- 97 KWO-Archiv, A 93.
- 98 KWO-Archiv, A 1837.
- 99 KWO-Archiv, A 2297.
- 100 KWO-Archiv, A 1836.
- 101 Orlopp, S. 31.
- 102 Charakteristisch dafür ist der Eindruck der Finanzminister der Länder und Provinzen der britischen Besatzungszone, die Ende 1945 glaubten, vor einem Produktionsapparat zu stehen, "der nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung Deutschlands zurückgeworfen ist" (Detmolder Memorandum vom 17. November 1945, zit. in: Abels-hauser, W., Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Frankfurt a. M. 1983, S. 21).
- 103 Protokoll Hube, - Zur Rolle des Siemens-Konzerns während der faschistischen Aufrüstung und im zweiten Weltkrieg s. Siemens: Rüstung - Krieg - Profite, o. O. o. J., S. 37 ff. - Über die von sowjetischer Seite in Berlin durchgeführten Demontagen schrieben Keiderling und Stulz: "In der zweiten Maihälfte 1945 begannen deshalb sowjetischer Techniker und Ingenieure unter Heranziehung deutscher Arbeitskräfte auch in Berlin mit der Demontage zahlreicher Maschinen und Anlagen, vorwiegend in ehemaligen Rüstungsbetrieben ... Naturgemäß brachten die Wiedergutmachungsleistungen, die einerseits die Monopolbourgeoisie schwächten, andererseits aber natürlich das gesamte Wirtschaftsleben belasteten und zu einer Zeit erbracht werden mußten, in der das deutsche Volk - wenn auch selbstverschuldet - schwer unter den Kriegsfolgen litt, viele wirtschaftliche Schwierigkeiten und manche Härte mit sich. Wollte das deutsche Volk jedoch das Vertrauen der anderen Völker wiedergewinnen, dann mußte es ehrlich und gewissenhaft um Wiedergutmachung bemüht sein." (Keiderling/Stulz, S. 33.)
- 104 Simons, S. 9.
- 105 Protokoll Hube.
- 106 Simons, S. 8. - Für die ganz ähnliche Situation im benachbarten Transformatorwerk Oberschöneweide (TRO) s. Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 27.
- 107 Orlopp, S. 46; Berlin in Zahlen 1942, S. 108; Berlin in Zahlen 1946/47, hg. v. Hauptamt für Statistik und Wahlen des Magistrats von Groß-Berlin, Berlin 1949, S. 205; s. auch Bierschenk, E., Berlin im Mai 1945, in: Beiträge - Dokumente - Informationen = Schriftenreihe des Stadtarchivs Berlin, 1/1970, S. 21 ff.; Thomas, S. 90.
- 108 Simons, S. 9.
- 109 KWO-Archiv, KWO 68.
- 110 KWO-Archiv, A 1837 u. A 2233.
- 111 KWO-Archiv, A 187.
- 112 Thomas, S. 90.
- 113 KWO-Archiv, A 2233 u. A 1441.
- 114 Protokoll Hube.

- 115 KWO-Archiv, A 1837.
- 116 Simons, S. 9.
- 117 Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 25.
- 118 KWO-Archiv, A 3.
- 119 KWO-Archiv, KWO 68.
- 120 Das sei am Beispiel der Kennziffer für Produktion erläutert. Es ist einerseits unklar, ob in der Produktionszahl 1938 (verm. Geschäftsjahr 1937/38) die später als FAO selbständig gewordenen Betriebsteile enthalten oder bereits abgezogen sind. Andererseits liegen für die Produktionsangaben 1951 (nur Bruttoproduktion) 4 verschiedene Rechengrößen vor, nämlich in laufenden Preisen, zu Meßwerten, in Planpreisen von 1956 (UPP) und auf Kupfer-Vergleichsbasis bewertet (KWO-Archiv, KWO 2; ZStA, E-1/0, Nr. 68).
- 121 Die Werkleistungen enthielten die Produktion unmittelbar für den Markt (Kundenaufträge) und zur Erhöhung des Bestandes an Fertigwaren (Lageraufträge). Ferner zählten zu den Werkleistungen die sog. innerbetrieblichen Leistungen, d. h. vom Werk selbst durchgeführte Instandhaltungsarbeiten, selbstgefertigte Produktionsmittel u. a. Ihr Anteil an den Gesamtleistungen des KWO belief sich während des Krieges auf 6 bis 7 % (KWO-Archiv, AEG 152).
- 122 Der Umsatz enthielt den Absatz auf dem Markt (Lieferungen an Kunden) sowie an die übrigen Konzernbetriebe (Lieferungen an AEG-Fabriken). Diese Unterscheidung entfiel natürlich nach 1946. Ferner enthielt der Umsatz die nicht im KWO produzierte, sondern als Komplettierung bezogene Verpackung. Auf Komplettierungsteile entfielen während der Kriegsjahre ca. 2 % des Gesamtumsatzes (KWO-Archiv, AEG 152).
- 123 Siehe Anm. 121 u. 122.
- 124 KWO-Archiv, A 2233.
- 125 Ebenda.
- 126 Ebenda.
- 127 KWO-Archiv, KWO 13 u. KWO 17; Eckhardt, A./Ernst, R., Die Hilfe der Sowjetarmee bei der Inangsetzung des Berliner Energiewesens im Jahre 1945, in: Berliner Geschichte, Dokumente, Beiträge, Informationen, H. 3, Berlin 1982, S. 33.
- 128 Barthel, S. 93 ff.
- 129 KWO-Archiv, A 2071.
- 130 ZStA, E-1, Nr. 514.
- 131 Wirtschaft und Staat in Deutschland, Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, Bd. 3: Zumpe, L., Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 - 1945, Berlin 1980, S. 414 ff.
- 132 Befehl Nr. 9 der SMAD, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 74.
- 133 Der Anteil der durch staatliche Preiskontrolle auf diese Weise entzogenen "kalkulierten Preise" belief sich im KWO während des Krieges auf etwa 1/3 des Umsatzes (KWO-Archiv, AEG 152).
- 134 KWO-Archiv, A 276.
- 135 ZStA, E-1, Nr. 261/49.
- 136 KWO-Archiv, KWO 62.

- 137 Roesler, Aufsicht und Kontrolle ..., S. 15; Roesler, J./Schwärzel, R./Siedt, V., Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970, Berlin 1983, S. 87 ff.
- 138 Protokoll Hube.
- 139 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 166. - Zu den in den SAG-Betrieben angewandten Planungsmethoden s. Roesler, J., Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß, Bd. 2, Berlin 1978, S. 522 ff.; s. a. die entsprechenden Aussagen über den Berliner SAG-Betrieb Siemens-Plania, in: Mehls, H., Der Beitrag der sowjetischen Leitungskader im SAG-Betrieb Siemens-Plania-Werke (heute: VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg) bei der Ingangsetzung der Produktion, in: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, Berlin 1977, S. 147 ff.
- 140 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 181; ZStA, E-1, Nr. 11720.
- 141 Generell zur Rekrutierungsproblematik des Proletariats äußerten sich: Dittrich, G., Zu den Reproduktionsquellen und einigen Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse der DDR während der Übergangsperiode (1945 - 1961), in: JWG, 2/1981, S. 243 - 279; Hübner, P., Zu den Auswirkungen des Auf- und Ausbaus von Industriekapazitäten, in: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979; Barthel, S. 64 ff.
- 142 Der bei der Lage des KWO besonders wichtige Straßenbahnverkehr wurde teilweise bereits wieder Ende Mai 1945, anfangs auch mit Omnibussen, wieder in Betrieb genommen (Bierschenk, S. 29 ff.). Bereits im Mai 1946 erreichte der Straßenbahnverkehr, gemessen an der Zahl der beförderten Personen, den Vorkriegsstand (Zahlen zeigen Zeitgeschehen, Berlin 1945 - 1947, hg. v. Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin, o. O., o. J., S. 101).
- 143 KWO-Archiv, A 1837.
- 144 KWO-Archiv, KWO 62.
- 145 KWO-Archiv, AEG 64 u. AEG 67.
- 146 Protokoll Hube; KWO-Archiv, KWO 2 u. A 279.
- 147 KWO-Archiv, AEG 152 u. A 276.
- 148 KWO-Archiv, AEG 279.
- 149 Eine ausgezeichnete Darstellung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in Berlin im Untersuchungszeitraum unter besonderer Berücksichtigung Oberschöneweider Betriebe, darunter auch des KWO, gibt Leisering, P., Zur Versorgung der Arbeiter und Angestellten in Berlin bzw. dem Demokratischen Sektor Berlins und ausgewählten Betrieben in Berlin-Oberschöneweide vom Ende des II. Weltkrieges bis Anfang der 50er Jahre unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse von Betrieb und Territorium, Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin, 1982.
- 150 Protokoll Hube; Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 173.
- 151 Simons, S. 15 f.
- 152 KWO-Archiv, A 276.
- 153 Reichsgesetzblatt I, 1939, S. 1685.
- 154 Insgesamt arbeiteten 125 000 Westberliner im sowjetischen Sektor der Stadt. Sie bekamen nur 60 % ihres Gehaltes in Westmark eingewechselt;

- bezogen sie ihre Lebensmittelkarten ebenfalls im sowjetischen Sektor, dann erhielten sie nur 30 % (Keiderling/Stulz, S. 195).
- 155 KWO-Archiv, A 277.
- 156 Ebenda.
- 157 Elle, M., Arbeitslosigkeit auf dem Weg zum Sozialismus (unveröff. Studie),
- 158 Barthel, S. 59 ff.; Dittrich, G., Die bewußte, planmäßige Gestaltung einiger Prozesse der sozialistischen Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR (1948/49 bis 1955), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 189; Leinweber, R., Das Recht auf Arbeit im Sozialismus. Die Herausbildung einer Politik des Rechts auf Arbeit in der SBZ/DDR 1945 - 1961, Marburg 1983, S. 54 ff.
- 159 Elle, S. 23; Barthel, S. 51 f.; Leinweber, S. 53 ff.; Dittrich, Die bewußte planmäßige Gestaltung ..., S. 188 f.
- 160 Barthel, S. 60; Elle, S. 26 f.
- 161 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 119.
- 162 Radandt, S. 36 ff.
- 163 Protokoll Hube.
- 164 So ließ z. B. die BPO-Leitung anlässlich der Beratung des Produktionsplans für 1949 einen Aufruf an alle Kollegen, Produktionsergebnisse und Arbeitsdisziplin zu heben, herausgeben (Simons, S. 21).
- 165 KWO-Archiv, A 276 - 277.
- 166 KWO-Archiv, A 276.
- 167 Befehl Nr. 234 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Verkehrswesens, 9. Oktober 1947, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 504 ff.
- 168 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 174.
- 169 KWO-Archiv, A 277.
- 170 Simons, S. 30 ff.
- 171 KWO-Archiv, KWO 13.
- 172 KWO-Archiv, KWO 13 u. KWO 123.
- 173 KWO-Archiv, KWO 13.
- 174 KWO-Archiv, A 6572.
- 175 Simons, S. 34 f.
- 176 KWO-Archiv, A 278.
- 177 Simons, S. 35.
- 178 KWO-Archiv, A 278.
- 179 Keiderling/Stulz, S. 239; Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 57.
- 180 KWO-Archiv, A 279.
- 181 KWO-Archiv, KWO 2 u. A 279.
- 182 Keiderling/Stulz, S. 242.
- 183 KWO-Archiv, A 91.
- 184 Zit. in: Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 175.
- 185 KWO-Archiv, A 278.
- 186 Simons, S. 31 f.
- 187 KWO-Archiv, A 278.
- 188 KWO-Archiv, A 279.
- 189 Simons, S. 11.
- 190 Orlopp, S. 48 ff.; Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 42;

- Müller, H./Reißig, K., Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 21 ff.; Thomas, S. 90 ff.
- 191 KWO-Archiv, S. 1837.
- 192 KWO-Archiv, A 215.
- 193 Siehe Matterne, K./Tannhäuser, S., Die Grundmittelwirtschaft in der sozialistischen Industrie der DDR, Berlin 1982, S. 345 ff.
- 194 KWO-Archiv, A 1836 u. KWO 106.
- 195 KWO-Archiv, A 1837 u. A 2233.
- 196 KWO-Archiv, A 278.
- 197 KWO-Archiv, A 336; Protokoll Hube.
- 198 KWO-Archiv, A 279.
- 199 Simons, S. 21.
- 200 Keiderling, G., Die Berliner Krise 1948/49. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und der Spaltung Deutschlands, Berlin 1982, S. 101 ff.
- 201 Simons, S. 29.
- 202 KWO-Archiv, A 276.
- 203 Protokoll Hube.
- 204 Behrens, F., Die Arbeitsproduktivität, Leipzig 1953, S. 108.
- 205 KWO-Archiv, A 2297.
- 206 Eckhardt/Ernst, S. 32 ff.; Thomas, S. 91.
- 207 Keiderling/Stulz, S. 121.
- 208 Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 26.
- 209 Generell dazu s. Kroh, P., Die Herausbildung der sozialistischen Arbeitsdisziplin in der DDR bis 1961, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), H. 3/1982; Bensing, M., Klassenpsychologische Aspekte der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse, in: ZfG, 8/1978.
- 210 Simons, S. 10, 37.
- 211 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 165.
- 212 KWO-Archiv, A 642.
- 213 Simons, S. 10.
- 214 KWO-Archiv, A 91.
- 215 KWO-Archiv, KWO 68, - Ähnliche Aussagen über die sowjetischen Werkleitungen existieren auch für andere Berliner SAG-Betriebe (s. Mehls, S. 147 ff.; Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 51 ff.).
- 216 KWO-Archiv, A 91.
- 217 In laufenden Preisen und einschließlich der später ausgegliederten FAO.
- 218 KWO-Archiv, AEG 64 u. AEG 67.
- 219 KWO-Archiv, AEG 67.
- 220 KWO-Archiv, AEG 152.
- 221 Ebenda.
- 222 Behrens, S. 108.
- 223 KWO-Archiv, A 1315.
- 224 KWO-Archiv, KWO 17.
- 225 KWO-Archiv, A 276 - 279.
- 226 Protokoll Hube.
- 227 Orlopp, S. 46 ff.; Keiderling/Stulz, S. 229 f., 232, 234, 250 f.; Nieschlag, R., Probleme der Berliner Wirtschaft, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 268 ff.

- 228 Mühlfriedel, SAG-Betriebe ..., S. 169 f.
- 229 Ebenda, S. 159 f.
- 230 Ebenda, S. 165 ff.; Roesler, Aufsicht und Kontrolle ..., S. 13.

Tabelle 1

Produktion und Beschäftigte des KWO im 4. Quartal 1944
und 1. Quartal 1945
(Indizes 1943/44 = 100)

Jahr	Umsatz des Metall- werkes ⁺ , ⁺⁺	Produktion des Preß- u. Stanzwerkes		Beschäftigte/KWO
1943/44	100	100 ⁺⁺⁺	100*	100
4. Quartal 1944	103,7	100,3	.	.
Januar 1945	84,5	.	53,6	.
Februar 1945	56,7	.	29,5	.
März 1945	48,5	.	21,9	96,9

+ Das Metallwerk (MWO) umfaßte das Kupfer- und Aluminiumwalzwerk sowie das Preß- und Stanzwerk des KWO

++ umgerechnet auf Monatsdurchschnitte; Basis: laufende Preise

+++ berechnet auf Naturalbasis

* geleistete Schichten pro Monat

Quelle:

KWO-Archiv, KWO 13 u. A 995.

Tabelle 2

Kriegszerstörungen im KWO
(Beschädigung der bebauten Fläche in %)

Betriebsgebäude	nach Quelle 1 beschädigt	nach Quelle 2 völlig zerstört
bebaute Fläche insgesamt	30,7	27,3
Fabrikationsfläche	13,7	18,3
Hilfsbetriebe (Lager, ver- schied. Dienststellen)	28,1	39,1

Quelle 1 = KWO-Archiv, KWO 62;

Quelle 2 = KWO-Archiv, KWO 151.

Tabelle 3

Investitionen (Neuanschaffungen) an Gebäuden und Maschinen
im KWO 1940/41 bis 1942/43
(in 1000 RM)

Grundmittelart	1940/41	1941/42	1942/43
Neubauten und Gebäude	49	77	52
Fertigung (einschl. Arbeitsmaschinen)	901	1695	1073
insgesamt	950	1772	1125

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152.

Tabelle 4

Verluste des KWO an technischen Ausrüstungen durch
Krieg und Kriegsfolgen

	Anzahl in Stück	Index (1942/43 = 100)
Technische Anlagen 1939	3 906	91,5
Technische Anlagen 1942/43	4 270	100
Durch Bombenangriffe zerstörte bzw. unbrauchbar gemachte technische Anlagen	- 781	- 18,3
Technische Anlagen Mai 1945	3 489	81,7
Demontierte Anlagen	- 778	- 18,2
Technische Anlagen 1946	2 711	63,5

Quelle:

KWO-Archiv, A 2297 u. KWO 151.

Tabelle 5

Umsatz, Produktion und Beschäftigte im KWO im 2. Halbjahr 1945
(Indizes: 1943/44 = 100)

Monat	Produktion+		Umsatz+		Beschäftigte	
	(in TRM)	Index	(in TRM)	Index	absolut	Index
Juli	.	.	21,0	0,3	398	4,5
August	.	.	52,2	0,8	.	.
September	.	.	165,2	2,4	.	.
Oktober	.	.	258,7	3,8	1022	11,5
November	888,0	13,7	220,9	3,3	1305	14,6
Dezember	1170,0	18,1	813,3	12,0	2050	23,0

+ zu laufenden Preisen

Quelle:

KWO-Archiv, A 2282, A 1837, A 2233, AEG 152, AEG 77, KWO 13.

Tabelle 6

Produktion des KWO 1940/41 bis 1950
(in laufenden Preisen)

Jahr	Produktion (in TRM)	Index
1940/41	89 666	100
1942/43	81 737	91,2
1946	25 171	28,1
1947	43 684	48,7
1948	55 126	61,5
1949	70 452	78,6
1950	84 976	94,8

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152 u. A 276 - 279.

Tabelle 7

Umsatz des KWO 1940/41 bis 1950
(in laufenden Preisen)

Jahr	Umsatz (in TRM)	Index
1940/41	101 146	100
1942/43	85 790	84,8
1946	25 949	25,7
1947	46 640	46,1
1948	55 061	54,4
1949	68 786	68,0
1950	85 279	84,3

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152 u. A 276 - 279.

Tabelle 8

Entwicklung des Umsatzes im Verhältnis zur
Produktionsentwicklung des KWO 1940/41 bis 1950
(in laufenden Preisen; Produktion = 100)

1940/41	112,8
1942/43	105,0
1946	103,1
1947	106,8
1948	99,9
1949	97,6
1950	100,4

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152, A 276 - 279, A 2282.

Tabelle 9

Struktur des Umsatzes des KWO nach Abnehmern 1947 bis 1950
(Anteile in %)

Abnehmer	1947	1948	1949	1950
Reparationen	68,0	16,0	5,3	1,2
sowjetische Aktiengesellschaften	14,0	13,8	21,3	19,0
sowjetischer Bedarf		2,7	1,8	2,1
deutscher Bedarf	9,9	11,8	16,8	13,8
Export in die Sowjetunion		54,9	50,8	63,5
sonstiger Export	8,1	0,8	4,0	0,4

Quelle:

KWO-Archiv, A 276 - 279.

Tabelle 10

Produktionsentwicklung des KWO 1940/41 bis 1950
(in vergleichbaren Preisen von 1936+)

Jahr	Produktion (in TM)	Index	Wachstum im Vergleich zum Vorjahr
1940/41	87 479	100	.
1942/43	87 242	99,7	.
1946	23 746	27,1	.
1947	35 602	40,7	149,9
1948	41 762	47,7	117,3
1949	52 971	60,6	126,8
1950	63 415	72,5	119,7

+ Da zwar das generelle Ausmaß der Preiserhöhungen zwischen 1936 und 1947 nachweisbar ist, mit Ausnahme der Preiserhöhung vom 1. Mai 1947 jedoch keine Informationen über einzelne Preiserhöhungen bekannt sind, ebenso nicht für die Entwicklung bis 1950, wurde eine lineare Steigerung der Preise zwischen 1936 und Mai 1947 angenommen. Für den Zeitraum 1948/50 wurde unter derselben Annahme auf den Preisindex der Elektroindustrie (Zentrales Staatsarchiv Potsdam, E-1, St, Nr. 0919) zurückgegriffen. Die Produktion des Jahres 1947 wurde auf der Grundlage der monatlichen Durchschnittsproduktion anteilig umbewertet.

Quelle:

KWO-Archiv, A 276 - 279; Zentrales Staatsarchiv Potsdam, E-2, Nr. 261/49 u. E-1-St, Nr. 0919.

Tabelle 11

Arbeiter und Angestellte des KWO 1940/41 bis 1946/50

Jahr	Stichtag ⁺	Arbeiter und Angestellte	Index	Wachstum im Vergleich zum Vorjahr
1940/41 ⁺⁺	9. 1941	9 462	100	.
1943/44 ⁺⁺	1.10. 1944	8 922	94,3	.
1946	Mitte 1946	2 777	29,3	.
1947	1. 1. 1948	3 971	42,0	143,0
1948	31.12.1948	4 580	48,4	115,3
1949	31.12.1949	4 525	47,8	98,8
1950	31.12.1950	4 765	50,4	105,3

+ = Diese Stichtage gelten, soweit nicht anders angegeben, auch für Beschäftigtenzahlen in den folgenden Tabellen.

++ = einschließlich Ausländer, ohne Einberufene.

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 441, AEG 677, AEG 152, A 276 - 279.

Tabelle 12

Struktur der Arbeiter des KWO nach dem Geschlecht
1940/41 bis 1946/50

Jahr	Anzahl	davon		A n t e i l	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1940/41	7 968	5 478	2 490	68,8	31,2
1943/44	7 312	4 417	2 895	60,4	39,6
1946	2 393	1 546	847	64,6	35,4
1947	3 420	2 248	1 172	64,7	35,3
1948	3 964	2 600	1 364	65,6	34,4
1949	3 913	2 644	1 269	67,6	32,4
1950	4 135	2 735	1 400	66,1	33,9

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 77, AEG 152, A 276 - 279.

Struktur der Belegschaft des KWO nach Beschäftigtengruppen 1940/41 bis 1950

Jahr	Arbeiter		Angestellte		davon kaufm. Angest.		davon techn. Angest.		davon Meister	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1940/41 ⁺⁺	7 968	84,2	1 494	15,8	1 005	69,8	313	21,7	124	8,5
1943/44 ⁺⁺	7 312	82,0	1 610	18,0
10. 10. 1945	812	79,5	210	20,5	88	41,9	122 ⁺	58,1 ⁺	.	.
1946	2 393	87,1	384	13,9	177	46,1	207 ⁺⁺	53,9 ⁺	.	.
1947	3 420	86,1	551	13,9	314	57,8	133	24,4	97	17,8
1948	3 964	86,6	616	13,4	346	56,8	162	25,6	101	16,6
1949	3 913	86,5	612	13,5	368	60,8	155	25,6	82	13,6
1950	4 135	86,8	630	13,2	357	57,3	184	29,5	82	13,2

+ = einschließlich Meister; ++ = einschließlich Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, ohne Einberufene

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 77, AEG 152, A 2233, A 276 - 279, KWO 151.

Tabelle 14

Fluktuation unter der Belegschaft des KWO 1936 und 1947/50

Jahr	Abgänge von Belegschaftsmitgliedern pro Jahr	
	absolut	in % der Belegschaft
1936+	931	14,7
1947	1 200	30,2
1948	1 140	24,9
1949	924	20,4
1950	1 128	23,7

+ = nur Arbeiter

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 63 u. A 276 - 279.

Tabelle 15

Entlassungen im KWO 1947/50 nach Gründen
(Gesamtzahl der Entlassungen = 100)

Grund	1947	1948	1949	1950
Unentschuldigtes Fehlen	21,2	20,2	8,4	4,8
Ungeeignet	21,2	28,9	17,4	4,9
Diebstahl	3,4	4,6	3,8	1,2
Arbeit nicht aufgenommen	3,4	3,0	0,6	.
Zusammen	49,2	56,7	30,2	10,9

Quelle:

KWO-Archiv, A 276 - 279.

Innerbetriebliche Wettbewerbe zur Produktionsplanerfüllung, Materialeinsparung
und Selbstkostensenkung im KWO 1950 nach Wettbewerbsarten und Betrieben

Betriebe des KWO	Beschäftigte	davon Wettbewerbs- teilnehmer absolut	in %	davon indivi- duell	brigade- mäßig	Betriebe unter- einander	Aktivisten	davon Träger einer Auszeichnung
Drahtfabrik	1 129	549	48,6	-	15	534	63	20
Fernmeldekabelfabrik	424	422	99,5	-	70	352	48	8
Gummifabrik	320	320	100	-	69	251	36	7
Starkstromkabelfabrik	340	293	86,2	-	83	210	22	8
Kupferwalzwerk	317	315	99,4	-	140	175	44	6
Preßwerk	145	145	100	27	-	118	11	5
Tischlerei	180	180	100	-	-	180	15	1
sonstige Hilfsbetriebe und Abteilungen	1 926	384	25,1	467	17		42	3
insgesamt	4 781	2 708	56,6	494	394	1 820	281	58

Quelle:

KWO-Archiv, A 279.

Tabelle 17

Leistungslohn, Normen und Normerfüllung im KWO 1948/50

Jahr	Leistungslöhner		Herstellungsnormen		Normerfüllung			
	Anzahl	%satz der Arbeiter	Normen	Einzelvorgaben	unter 100 %	100 - 120 %	120 - 150 %	über 150 %
1948	1 209	31,3	159	2 840+	15,3	-	84,7	-
1949	1 341	35,3	485	8 650++	9,4	64,1	15,5	1,0
1950	2 169	54,0	976	35 463++	2,3	59,1	31,1	7,5

+ = Januar 1949; ++ = Jahresende.

Quelle:

KWO-Archiv, A 277 - 279.

Tabelle 18

"Technische Vorschläge" der Arbeiter und Angestellten des KWO 1948/50

Jahr	Gesamt	davon wurden prämiert						ökonomischer Nutzen in M		
		darunter von Arbeitern	Tech- nikern	Kauf- leuten	Arbei- ter	Tech- niker	Kauf- leute	insge- samt	insgesamt	je Prämienvorschlag
1948	197	148	49	-	62	29	-	91	172 622	1 896,94
1949	215	160	50	5	67	22	4	93	350 000	3 763,44
1950	255	107	545 200	5 095,33

Quelle:

KWO-Archiv, A 277 - 279.

Tabelle 19

Entwicklung der "technischen Ausrüstungen" des KWO 1940/41 bis 1948

Jahr	Anzahl		davon spanabhebende Bearbeitungsmaschinen	
	absolut	Index	absolut	Index
1940/41	3 906	100	900	100
1943/44 ⁺	4 270	109,3	990	110
1946	2 711	69,4	642	71,3
1947	2 734	70,0	640	71,1
1948	3 269	83,7	657	73,0

+ = Schätzung

Quelle:

KWO-Archiv, A 2297.

Tabelle 20

Unterlassene Instandhaltungsarbeiten im KWO 1940/41 bis 1942/43
(Angaben in 1000 RM)

1940/41	390
1941/42	1 269
1942/43	1 400

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152.

Tabelle 21

Verbrauch von Fensterglas und Dachpappe im KWO 1948/50
(Angaben in m²)

Jahr	Fensterglas	Dachpappe
1948	19 675	30 604
1949	5 553	29 702
1950	7 661,6	26 275

Quelle:

KWO-Archiv, A 277 - 279.

Tabelle 22

Investitionen und Generalreparaturen im KWO 1948/50
(Angaben in TM)

Jahr	Investitionen			Generalreparaturen		
	Bauten	Ausrüstungen	insgesamt	Bauten	Ausrüstungen	insgesamt
1948	858	701	1 559	681	619	1 300
1949	281	1 233	1 514	543	681	1 224
1950	1 373	1 427	2 800	430	770	1 200

Quelle:

KWO-Archiv, A 214 u. A 215.

Tabelle 22

Versorgung des KWO mit wichtigen Rohstoffen 1947/50
(Angaben in t)

Jahr	Kupfer	Blei	Buna	Kautschuk
1947	4 589	3 033	1 052	37
1948	6 511	4 429	1 294	123
1949	8 681	5 684	1 322	240
1950	11 175	7 846	1 533	351

Quelle:

KWO-Archiv, A 276 - 279.

Tabelle 24

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im KWO 1940/41 bis 1950
(in vergleichbaren Preisen)

Jahr	Produktion je Beschäftigten in M	Index	Wachstum gegenüber dem Vorjahr in %
1940/41	9 245,30	100	.
1942/43	8 333,00	90,1	.
1946+	7 420,63	80,3	.
1947	8 956,50	96,9	104,7
1948	9 118,34	98,6	101,8
1949	11 706,30	126,6	128,4
1950	13 308,50	143,9	113,7

+ Berechnet auf der Grundlage der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 77 u. A 276 - 279.

Tabelle 25

Produktion bzw. Verbrauch von Energie im KWO 1946/48
im Vergleich zu 1939 (Indizes)

Jahr	Produktion	Dampf Heizung	für Heißwasser- versorgung	Gas	Preß- luft	Elektro- energie
1939	100+	100	100	.	100	.
1946	27,1	69,0	62,5	7,9	84,4	100
1947	40,7	89,7	75,0	29,3	84,4	150,9
1948	47,7	96,6	81,3	80,6	377,0	185,2

+ = 1940/41

Quelle:

KWO-Archiv, A 2297.

Tabelle 26

Produktionsentwicklung des KWO im Winter 1946/47
(in laufenden Preisen; Indizes)

Monat	Produktion des KWO	Geleistete Maschinenstunden in der Berliner Industrie
Oktober 1946	100	100
November 1946	108,6	103,8
Dezember 1946	130,5	98,7
Januar 1947	145,0	83,3
Februar 1947	134,9	78,2
März 1947	133,0	87,2
April 1947	156,4	100,0

Quellen:

KWO-Archiv, A 2282; Zahlen zeigen Zeitgeschehen. Berlin 1945 - 1947,
hg. v. Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin, o. O., o. J., S. 70.

Qualifikationsstruktur der KWO-Arbeiter 1940/41 bis 1950

Qualifikation	1940/41		1942/43		1947		1948		1949		1950	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
Facharbeiter+	645	10,4	654	10,8	454	13,6	546	14,1	515	13,6	559	13,9
angelernte Arbeiter++	3920	63,4	3341	55,4	2091	62,8	2440	63,1	2425	63,8	2543	63,3
ungelernte Arbeiter+++	1622	26,2	2036	33,8	787	23,6	879	22,7	859	22,6	914	22,8

+ = bis 1945: gelernte Facharbeiter

++ = bis 1945: angelernte Spezialarbeiter bzw. angelernte Arbeiter

+++ = bis 1945: Hilfsarbeiter

Quelle:

KWO-Archiv, AEG 152 u. A 276 - 279.

Lehrlingsausbildung im KWO 1947/50

Jahr	Anzahl Lehrlinge gesamt	gewerbl. Lehrlinge	kaufmänn. Lehrlinge	Anteil der Lehrlinge an der Belegschaft in %
1947	104	92	12	2,6
1948	118	99	19	2,5
1949	133	114	19	2,9
1950	137	119	18	2,8

Quelle:

KWO-Archiv, A 276 - 279.

Der Berliner und seine Initiativen

Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und zu ihrer aktuellen Bedeutung¹

von Waltraud Falk

"Um den Frieden zu sichern, gilt es, jetzt erst recht unser Land ökonomisch und militärisch zu stärken."² Diese Worte sprach der Meister Bernd Ahrendorf aus dem VEB Elektromechanik Berlin-Kaulsdorf in Vorbereitung der Parteiwahlen 1983. Und der Bauleiter Günter Körner vom VEB Wohnungsbaukombinat Berlin sagte auf der 8. Berliner Bestarbeiterkonferenz: "Wer ehrlich den Frieden will, muß das tagtäglich durch gute Arbeit beweisen, aber auch seinen Mann im Reservistenkollektiv, in der Kampfgruppe oder der Zivilverteidigung stehen."³ So sprechen und handeln heute viele Berliner Werktätige, natürlich nicht nur sie. In der ganzen Republik erkennen immer mehr Werktätige, daß die allseitige Stärkung der DDR in erheblichem Maße die Wirksamkeit der Friedenspolitik des sozialistischen Staates beeinflußt. Sie erkennen deutlicher als je zuvor das Gewicht der eigenen Arbeitsleistung - der täglichen guten Arbeit - im großen, im weltumspannenden Ringen für die Lösung der wichtigsten Frage der Gegenwart, die Erhaltung des Friedens.

Bereits 1977 hatte Genossin Erika Steinführer, Arbeiterin im Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg", Berliner Glühlampenwerk (BGW) das so ausgedrückt: "Es liegt an mir, wie wir unsere Pläne erfüllen. Es liegt an mir, wie gut wir leben. Es liegt an mir, wie stark der Sozialismus ist."⁴ Das erhärtet die Gewißheit außerordentlich, daß der Friedenskampf erfolgreich sein wird, und das begründet nicht zuletzt den historischen Optimismus, von dem die Worte Erich Honeckers auf dem 7. Plenum des ZK der SED im November 1983, unmittelbar nach dem Beginn der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles durch die USA in Westeuropa geprägt waren, als er sagte: "Die DDR ist mit ihrem geistigen Potential und ihren materiellen Ressourcen in der Lage, den nötigen Leistungsanstieg zu realisieren, um den Kurs der Hauptaufgabe auch künftig erfolgreich zu verfolgen."⁵ Dabei wurde weder die Gefahr übersehen, die von den reaktionärsten Kräften des Imperialismus für den Frieden ausgeht, noch außer acht gelassen, daß die Entwicklung der Wissenschaft nicht nur eine solche Größe darstellt, die an den wirklichen Anfang der Menschheitsgeschichte im Engelsschen Sinne erinnert, sondern daß ihre divergierende Entwicklung auch zum Ende der Menschheit führen kann. Um das zu verhindern, braucht es tatsächlich nicht nur, wie der Physiker Weißkopf auf einer Konferenz in Paris 1982 feststellte, Intelligenz.⁶ Dazu reichen aber auch nicht Weisheit, Glauben und Moral, wie er meint. Wahr ist vielmehr: Es ist vor allem ein starker Sozialismus erforderlich, der den Frieden braucht, um seine auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik zu realisieren. Dieser

Zusammenhang tritt immer deutlicher hervor. Die gesamte Geschichte und ganz besonders die gegenwärtige Situation bestätigen: Der Sozialismus ist mehr denn je die festeste Bastion und der zuverlässigste Hüter des Friedens - so lautete die Feststellung anlässlich der 66. Wiederkehr des Roten Oktober.⁷

Als wahr erweist sich auch immer deutlicher: Je besser jeder Bürger der DDR diese Zusammenhänge versteht und sich zu eigen macht, desto effektiver werden die Potenzen erschlossen, die für die weitere Stärkung des Sozialismus erforderlich sind und die notwendiger denn je erschlossen werden müssen. Ist doch der Übergang zur umfassenden Intensivierung gemäß der ökonomischen Strategie des X. Parteitages der SED nicht ein einfaches Fortschreiben der ökonomischen Entwicklung der DDR in den 60er und 70er Jahren, sondern ein zutiefst revolutionärer Prozeß, der letztlich dazu führen muß, daß es den sozialistischen Ländern gelingt, die qualitativen Wachstumsfaktoren besser zu nutzen als der Kapitalismus. Bereits Lenin betonte, daß es nur der Sozialismus ermöglicht, "... die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervor-tun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt..."⁸

Darin liegt auch die aktuelle Bedeutung jeder Thematik, die der Geschichte der Arbeit gewidmet ist, denn das lebendige Wissen um die Arbeitsleistungen unseres Volkes und um die noch gesetzten Grenzen wie um die Reserven ist unerlässlich für das revolutionäre Handeln heute. So gewinnt mit dem Jubiläum Berlins, Hauptstadt der DDR, im Jahre 1987 nicht nur generell die Vermittlung ihrer Geschichte besonderes Gewicht. Aktuelle Bedeutung erlangt vor allem die Beantwortung der Frage: Wie haben die SED und unter ihrer Führung die Gewerkschaften die Arbeiterklasse, die Intelligenz und die anderen Werktätigen immer besser befähigt, elementare Normen industrieller Arbeitskultur wie Pünktlichkeit, Ordnung, Disziplin zu verbinden mit echtem sozialistischem Leistungsverhalten, das Verantwortungsbewußtsein, Kollektivität, gegenseitige Hilfe, Schöpfer-tum und Tatendrang einschließt. Zu diesem "Wie" gehört ganz sicher die Geschichte der Aktivist-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung. Sie muß einerseits als Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Machtausübung in der Wirtschaft angesehen werden. Andererseits war und ist sie bei den Werktätigen ein wichtiger Stimulus für eine sozialistische Einstellung zur Arbeit, stets neu und auf höherem Niveau. Sie reflektiert darüber hinaus in ganz erheblichem Maße die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, Menschen, die auf neue Anforderungen selbständig reagieren und entschlossen sind, für die allseitige Stärkung der DDR alle schöpferischen Fähigkeiten einzusetzen. Das war und ist ein vielschichtiger Prozeß, der nicht allein durch geistige Anstrengungen vollzogen werden kann. Dieser Prozeß ist nur in der Einheit von Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und bewußter Erziehung und Selbsterziehung zu vollziehen; letztlich beruht er auf dem Befreiungsprozeß der Arbeit. Dabei handelt es sich um die "Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst, durch die in gigantischem, gesamtstaatlichen Maßstab (in gewissem Grade auch im internationalen, im Weltmaßstab) planmäßig organisierte Arbeit."⁹

Wir können davon ausgehen, daß die Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik, also auch in Berlin, grundlegend neue Charakterzüge angenommen hat. "Sie ist unmittelbar Arbeit für das Wohl des Volkes; sie

ist befreit von der Geißel der Arbeitslosigkeit, und sie birgt in sich die Perspektive sozialer Höherentwicklung,¹⁰ stellte Günter Mittag fest. Dennoch bestätigt auch der Aufbau des Sozialismus in einem entwickelten Industrieland, daß die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht automatisch das Bewußtsein von der Befreiung der Arbeit erzeugt und noch weniger die Arbeit menschliches Bedürfnis von immer höherem Rang wird, eng verbunden mit der zunehmenden Ausprägung ihres schöpferischen Charakters. Eine sozialistische Einstellung zur Arbeit muß vielmehr bewußt entwickelt und organisiert werden. Deshalb kann man auch die Aktivistinnen-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung als organisierte sozialistische Masseninitiative bezeichnen. Sie brachte in allen sozialistischen Ländern bekannte und unbekannte Helden sozialistischer Arbeit hervor, die zum Vorbild ihrer Klasse wurden. Gerade diese Werktätigen haben besonderen Anteil daran, daß die Wirtschaft der DDR heute von großem Gewicht in der internationalen Klassenauseinandersetzung ist. So diskussionswürdig bestimmte Vergleichszahlen auch sein mögen, 2 seien hier doch angeführt, um diese Erfolge etwas zu verdeutlichen.

Setzen wir das volkswirtschaftliche Endprodukt der BRD gleich 100, d. h. die Summe aller in einem Jahr erzeugten Güter, so war im Jahre 1950 das Endprodukt je Einwohner in der DDR 44. Darin drückten sich die ungleich schlechteren ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR gegenüber der BRD aus. Aber bis 1981 war der Abstand aufgeholt, und 1982 lag die DDR bei 103. Bezogen auf einen Beschäftigten im produzierenden Bereich veränderte sich der Abstand nicht im gleichen Ausmaß, nämlich von 45 zu 100 im Jahre 1950 auf 69 zu 100 im Jahre 1980 und 73 zu 100 im Jahre 1982; dennoch muß auch das als eine gewaltige Entwicklung verstanden werden. In diesem Zusammenhang wird aber auch deutlich, welche Bedeutung der noch zu lösenden Aufgabe zukommt, den Rückstand an Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD - 1982 etwa 30 % - aufzuholen.¹¹

In Berlin ist ein gewaltiges Leistungspotential konzentriert.¹² Mit einer Fläche von 403 km² - lediglich 0,4 % des Territoriums der DDR - und einer Wohnbevölkerung von 1 165 677 Einwohnern leben in der Hauptstadt 2892 Einwohner auf 1 km². Damit gehört Berlin zu den größten industriellen Ballungszentren der DDR; als Finalproduzent ist die Hauptstadt mit allen Bezirken der DDR verbunden. Bei einem Anteil von unter 7 % an der Wohnbevölkerung liegt der Anteil von 7,6 % an den Berufstätigen (ohne Lehrlinge) über dem Durchschnitt der DDR; Berlin hat eine günstige Altersstruktur. Etwa 630 800 Werktätige vollbringen täglich große Leistungen zur Stärkung der DDR. Während im Durchschnitt der DDR per 30. Juni 1981 von 100 Personen Wohnbevölkerung 63,4 im arbeitsfähigen Alter waren, lag ihr Anteil in Berlin zur selben Zeit bei 64,8. Berlin ist eine entwicklungsfähige Hauptstadt, ist ökonomisches Zentrum der DDR und ihre größte Industriestadt: 17 zentralgeleitete Kombinate haben ihren Sitz in Berlin; 17,2 % beträgt der Anteil Berlins (1981) an der Gesamtproduktion der DDR im Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau; 7 % aller Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung werden in der Hauptstadt hergestellt; 5,4 % beträgt der Anteil Berlins an der industriellen Bruttoproduktion der DDR. Gewiß, der Beschäftigtenanteil im nichtproduktiven Bereich liegt in der Hauptstadt über dem Durchschnitt der DDR, denn Berlin ist politisches Zentrum der DDR. Hier haben das Zentralkomitee der SED, die Volkskammer, der Staatsrat der DDR, der Ministerrat der DDR und weitere zentrale Organe und Einrichtungen, gesellschaftliche Organisationen sowie die diplomatischen Ver-

tretungen ihren Sitz. Insgesamt 25 Theater, einschließlich der dortigen Spielstätten, 22 Museen, Kabarets, Varietés, Musikschulen, Ausstellungen und vieles mehr zeugen von einem regen kulturellen Leben. Berlin ist aber auch ein bedeutendes Zentrum der Wissenschaft, Forschung und Bildung mit der Akademie der Wissenschaften der DDR und anderen Akademien, der Humboldt-Universität und der Charité, zahlreichen Hoch- und Fachschulen, wissenschaftlichen Instituten und Bibliotheken.

Aber Berlin wird nicht, wie so manche Metropole eines kapitalistischen Staates, von ihrer Arbeiterklasse entledigt werden, ganz im Gegenteil! Ihr Gewicht wird sich mit dem Übergang zur umfassenden Intensivierung weiter erhöhen. Schon Anfang der 80er Jahre hatten 80 % aller Werktätigen Berlins eine abgeschlossene Berufsausbildung, darunter 30 % einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Jeder 5. Forscher und Ingenieur der DDR arbeitet in Berlin.

In der Planerfüllung nahm Berlin 1983 bei so wichtigen Kennziffern wie Zuwachs an Nettoprodukt, Arbeitszeit- und Materialeinsparung, Kostensenkung verglichen mit anderen Bezirken der DDR führende Positionen ein. Bei hohen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität erzielten die Kollektive der VEB Meßelektronik, Sternradio Berlin, Werk für Fernsehelektronik, Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, Vergaser- und Filterwerke u. a. gute Ergebnisse bei der allseitigen Planerfüllung. Solche Positionen zu halten und auszubauen erfordert auch in den folgenden Jahren, weitere Reserven zu erschließen und vor allem die Nettoproduktion und die Arbeitsproduktivität schneller zu steigern als die industrielle Warenproduktion, eine hohe kalendertägliche Auslastung hochproduktiver Maschinen und Anlagen zu erreichen und den spezifischen Verbrauch an Material, Rohstoffen, Energie je 100 M Warenproduktion bedeutend zu senken, mehr hochwertige Konsumgüter zu erzeugen, die Export- und Devisenerlöse zu erhöhen und Spitzenleistungen bei der Erfüllung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik zu erzielen. Dazu verpflichteten sich die Werktätigen der Hauptstadt auf der 8. Berliner Bestarbeiterkonferenz im September 1983 in ihrem Brief an Erich Honecker. Sie versicherten: "Wir werden all unsere Kräfte darauf richten, daß die Berliner Werktätigen ihren Beitrag für die weitere Erfüllung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED so erhöhen, wie es für die Festigung der Positionen des Friedens unerlässlich ist. Unser Arbeiterwort gilt: Jeder jeden Tag mit guter Bilanz!"¹³

Beispielgebend gingen solche Kollektive voran wie die Brigade "Ernst Thälmann" aus dem Stammbetrieb des Kombinates VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin Treptow "Friedrich Ebert" (EAW), die den Kampf um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" im Jahre 1983 mit neuem Anspruch an die eigene Leistung zu führen begann, oder das Jugendkollektiv "Sojus 31" aus demselben Kombinat, das zu Ehren der Bestarbeiterkonferenz 1983 zur rollenden Woche im Drei-Schicht-System übergegangen war. Vorbild wurden diejenigen, die sich verpflichteten, täglich mit guter oder bester Bilanz zu arbeiten, um im 4. Quartal 1983 bereits Bestwerte bei den qualitativen Kennziffern des Planes 1984 zu erreichen. Breit zu verallgemeinernde Erfahrungen verbargen sich hinter der saldierten Abrechnung der Kennziffer Arbeitszeit im Haushaltsbuch, wie es im VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg praktiziert wurde oder in der Initiative der Berliner Energiearbeiter zur Fondsrückgabe. Wachsendes Gewicht gewann der Wettbewerb in Forschung und Entwicklung auf der Grundlage von Pflichten-

heften, von Initiativplänen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, vom Plan der persönlichen Initiativen des Forschers oder des schöpferischen Leistungsangebotes; mit letzterem wurde im Kombinat Kabelwerk Oberspree (KWO) "Wilhelm Pieck" begonnen. Auch darum ging es auf der 8. Bestarbeiterkonferenz.¹⁴

Völlig zu Recht betrachten wir diese und andere Initiativen als Fortsetzung jener, die durch die ersten Jungaktivisten, Aktivisten, Neuerer und Initiatoren des Wettbewerbes in der sowjetischen Besatzungszone schon vor dem 13. Oktober 1948, dem Beginn der Hennecke-Bewegung, ausgelöst worden waren. Stellvertretend für viele Berliner Werk tätige jener Zeit seien hier genannt: diejenigen Jugendlichen aus den - durch Belegschaftsbeschluß aus dem AEG-Konzern herausgelösten - Apparate-Werken Treptow (EAW), die schon 1946 viele Aufbaustunden leisteten, um ein Erholungsheim am Seddensee fertigzustellen, und der von der Partei und den Gewerkschaften dieses Betriebes bereits im April 1948 ausgelöste Wettbewerb.¹⁵ Im Berliner Bremsenwerk wurde am 1. Mai 1948 Günter Zähler als Jungaktivist ausgezeichnet.¹⁶ Im Berliner Glühlampenwerk kamen die ersten Verbesserungsvorschläge im August 1948 von Willi Riebold und Reinhold Henneke; die Kollegen Erich Blum, Charlotte Raab und Gerhard Richter folgten bald. Ihr Betrieb wurde auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration vom August 1946 durch den Magistrat von Berlin in den ehemaligen Gebäuden des Werkes "Osram 0" aufgebaut.¹⁷ Genannt seien auch die "Knobelmänner" aus dem Funkwerk Köpenick, jenes damaligen SAG-Betriebes, der bereits 1949 in Volkes Hand übergang.¹⁸ In den ehemaligen Graetz-Werken, dem heutigen Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin VEB, waren der Schlosser Paul Albrecht und die Automateneinrichter Karl Heinze und Willi Arndt die ersten Aktivisten.¹⁹

Aber auch diese und andere beispielgebende Leistungen waren nach dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED im April 1946 bereits Fortsetzungen dessen, was zuvor, initiiert durch die "Aktivisten der ersten Stunde", geleistet worden war, um nach dem Ende des Krieges die Produktion wieder in Gang zu bringen. "Aktivisten der ersten Stunde" waren vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten; viele kamen aus den faschistischen Konzentrationslagern oder aus der Illegalität oder hatten im Nationalkomitee "Freies Deutschland" gewirkt. Sie arbeiteten mit Parteilosen zusammen, die den Faschismus haßten oder einfach zur Arbeit gekommen waren, weil sie sich mit ihrem Arbeitsplatz verbunden fühlten. Anstoß, Beispiel und Orientierung erhielten sie durch die Initiativgruppen der KPD; die in Berlin stand unter der Leitung von Walter Ulbricht. Sie waren die Ersten, die Pioniere einer neuen Einstellung zur Arbeit. Sie arbeiteten meist, ohne auf Entlohnung zu rechnen. An der Seite sowjetischer Offiziere und Soldaten hatten sie entscheidenden Anteil, daß vor allem das wirtschaftliche und politische Chaos, das der Faschismus hinterlassen hatte, in kurzer Zeit überwunden wurde. Sie alle würdigend, hieß es in einem Aufruf des Berliner Magistrats vom 19. Mai 1946: "Wenn dereinst die Geschichte des neuen Berlin geschrieben wird, dann mag der geschichtliche Abstand von den Tagen der Not und Verzweiflung es mit sich bringen, daß so manche schöpferische verwaltungstechnische Tat vergessen sein wird. Doch für alle Zeiten wird es eine unauslöschliche Wahrheit bleiben: Es war der einfache Mensch, der Berlin gerettet hat."²⁰

Zu den ersten, die z. B. im Berliner Glühlampenwerk Hand anlegten, gehörten Genosse Willi See und die Kollegen Max Vogt und Otto Rothe. Hans Kehding - auch "Aktivist der ersten Stunde" - erzählt: "Auf unseren Schultern transportierten wir die schweren Eisenrohre, denn wir hatten keine Transportwagen. Alles ging nur mit 'hau ruck!', und abends wurden die wunden Schultern und zerschundenen Knie behandelt, um am nächsten Tag wieder dabeizusein. Unsere alten Kumpel Bruno Ihm, Fritz Brausewetter, Paul Liedtke, Hans Thwesen waren uns gute Vorbilder, und ihnen haben wir es zu verdanken, daß es Schritt um Schritt voranging." Und Bruno Ihm ergänzt: "Aber es gibt wohl keine stärkere Erinnerung von damals als den verdammten Hunger. Mit trockenem Brot oder mit ein paar Kartoffeln begannen wir zu arbeiten ..."²¹ Was jeder zu Hause auftreiben konnte, brachte er mit und stellte es uneigennützig zur Verfügung: Hämmer, Zangen, Bohrer, Schublehren usw.

Diesen Anstrengungen stand eine entgegengesetzte Haltung und Zielsetzung der imperialistischen Klassenkräfte gegenüber, denn gleichzeitig verzögerten die Konzernleitungen von AEG, Siemens, Telefunken oder Osram in den Westsektoren Berlins den Produktionsbeginn, und es kam zu Entlassungen der bereits auch ohne Konzernherren arbeitenden Belegschaften. Im demokratischen Berlin wie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands versuchten die gleichen Kräfte, auf vielfältige Weise das Aufbauwerk zu stören. Aber sie konnten z. B. die Bildung und Entwicklung des volkseigenen Berliner Glühlampenwerkes im demokratischen Berlin nicht verhindern. Natürlich war die Situation in Berlin durch den Viermächtestatus und den alsbaldigen Bruch der alliierten Vereinbarungen von seiten der Westmächte sehr kompliziert, vor allem auch, was die Entstehung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung betraf, denn durch diese Situation wurde die Klärung der Eigentumsverhältnisse im sowjetisch besetzten Teil von Berlin verzögert. In dieser Stadt tobte der Klassenkampf besonders heftig - das widerspiegelt der Appell der ersten Berliner Aktivistenkonferenz am 13. Dezember 1948, wenn es darin heißt: "... Kämpft mit uns für die Demokratisierung der Wirtschaft, denn von unserem Einsatz und unserem Kampf für den Frieden hängt unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder ab! Steigert in den Treuhandbetrieben, die morgen volkseigen sein werden, die Produktivität der Arbeit!"²²

Diese Position im Klassenkampf galt es in Berlin durchzusetzen, damit die Hennecke-Bewegung Fuß fassen konnte. Erwähnt werden muß hier, daß in der sowjetischen Besatzungszone alle Kräfte auf die Schwerindustrie konzentriert wurden und Hennecke nicht zufällig ein Bergmann war. Als es nun darum ging, "dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen ..."²³ einen Arbeitsaufschwung herbeizuführen, standen zahlreiche Berliner nicht abseits. Die Losung "Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben", die die SED auf ihrem II. Parteitag 1947 aufgestellt hatte, fand ihr Echo. Keineswegs von untergeordneter Bedeutung war dafür ein 14-Punkte-Programm, das Generalmajor Kotikow zur Anwendung der Grundsätze des Befehls Nr. 234, der die Rolle der Arbeiterklasse beim demokratischen Aufbau besonders unterstrichen hatte, der alliierten Kommandantur für Berlin zum Beschluß vorlegte. Wenn von diesem Befehl in den Köpfen der Menschen vor allem das sog. Kotikow-Essen haften blieb, so zeigt sich daran, daß die Sorge der sowjetischen Besatzungsmacht für das arbeitende Volk in das Bewußtsein der Berliner drang.

Im heutigen VEB Transformatorenwerk "Karl Liebknecht" (TRO) z. B. war es der Dreher Karl Kalies, der Hennecke nacheiferte und am 8. November 1948 in einer Sonderschicht seine Norm mit 269 % erfüllte. Ihm folgte kurze Zeit später Hermann Lachmuth mit 178 %, Inge Schult, Lenchen Bernd u. a. schlossen sich an.²⁴ Im BGW fand die Hennecke-Leistung Widerhall und Ablehnung. Als z. B. die Kollegin Anni Schwidowski ihre Norm mit über 200 % erfüllt hatte, gab es neben Gratulationen auch Unverständnis und das ironische "Guten Morgen, Frau Hennecke".²⁵ Die ehemalige Kolbenwäscherin Vera Polak, die sich später zur Meisterin qualifizierte, berichtet darüber, wie auf ihre Initiative reagiert wurde: "Wir arbeiteten im Stundenlohn. 12 000 Kolben wurden am Tag gewaschen. Um 13,30 Uhr war das geschafft. Die letzte Stunde wurde getrödelte. Ich arbeitete weiter bis Schichtschluß und brachte es auf 14 000 Kolben. Da brach ein Sturm in der Abteilung los. Weil ich die Arbeitszeit richtig ausnutzte, wurde ich als schwarzes Schaf angesehen."²⁶

Doch nicht wenige Kollegen folgten bald ihrem Beispiel. Zu ihnen gehörten Helga Schneider, Helga Prochnow, Friedel Zernig, Evelyne Dreifke und Charlotte Ludwig, die wie Anni Schwidowski und auch Vera Polak als erste Frauen im BGW als Aktivisten gefeiert werden konnten. An die Zeit, in der auch in den damaligen Graetz-Werken einzelne dem Beispiel Henneckes folgten, erinnert sich der Arbeiterveteran Kurt Wendt mit den Worten: "Leicht hatten sie es nicht. Die westlichen Massenmedien, vor allem der RIAS, verteuflte die Tat Adolf Henneckes. Wochen- und monatelang wurden üble Drohungen ausgestoßen, es wurde versucht, mit Witzkampagnen seine enorme Leistung in den Dreck zu ziehen. Doch Paul, Karl und Willi und später viele andere hatten die notwendige Kraft und das Bewußtsein, sich im Betrieb dagegen zu stemmen."²⁷ Gemeint sind Paul Albrecht, der sich um den Maschinenpark des Werkes Verdienste erwarb, Karl Heinze und Willi Arndt, die sich durch hohe Übererfüllung der Norm und qualitativ gute Arbeit auszeichneten. Dafür erhielten sie vom Betrieb eine Geldprämie und von Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht einen Präsentkorb mit Lebens- und Genußmitteln.²⁸ Überhaupt bestand der Lohn für vorbildliche Aktivistenleistungen meist aus Lebensmitteln oder einem Kleidungsstück; Schuhe oder ein Bezugsschein für eine Uhr waren besonders gefragt.

In der "Geschichte der SED. Abriß" heißt es mit nüchternen, aber treffenden Worten: "Die Hennecke-Bewegung legte Zeugnis ab, daß es gerade unter komplizierten Bedingungen notwendig und möglich ist, allen Widerständen zum Trotz mit der Kraft der gesamten Partei und der Unterstützung aller Sympathisierenden dem Neuen Bahn zu brechen. Sie hob die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung auf eine höhere Stufe."²⁹ Das traf auch auf Berlin zu. Die ständig wachsende Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung war das Ergebnis intensiver politisch-ideologischer Arbeit der Betriebsgruppen der SED - im Oktober 1948 mit den Rechten und der Verantwortung von selbständigen Parteiorganisationen ausgestattet. Dadurch war die Partei in der Lage, ihre führende Rolle in den Betrieben und Institutionen voll zu realisieren und den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung weiter auszuprägen. Dabei war ein Teufelskreis zu durchbrechen, den Lenin so formulierte: "Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben."³⁰

Selbst der hier gegebene kleine Einblick in dieses Ringen unterstreicht die Bedeutung der Taten der damaligen Helden friedlicher Arbeit im Rahmen der von den Gewerkschaften organisierten Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung, die in ihrer über 35jährigen Geschichte zu einem breiten und kräftigen Strom millionenfacher Initiativen und zu einem entscheidenden Kampffeld der Werktätigen für das Gedeihen der sozialistischen Gesellschaft und das persönliche Wohlergehen aller Werktätigen wurde. Die SED stand stets an der Spitze der organisierten Masseninitiative. Sie analysierte ihre Methoden und Formen sorgsam, stellte Kernpunkte ihrer Entwicklung besonders heraus und sorgte für das Bekanntwerden und die Verallgemeinerung hervorragender Beispiele. Das war um so notwendiger, da die Formen und Methoden der Masseninitiativen erst gefunden werden mußten, die der sich entwickelnden sozialistischen Wirtschaftsführung entsprachen. Außerdem verlangte es viel Überzeugungsarbeit, um den Gedanken des Wettbewerbs und eine neue Einstellung zur Arbeit in die Massen zu tragen.

Wie die Hennecke-Bewegung war zunächst die Mehrzahl der sich entwickelnden Formen und Methoden sozialistischer Massenaktivität auf die der Zeit und den Bedingungen entsprechende, vorwiegend quantitative Ausdehnung der Produktion und auf die Beseitigung von Engpässen und Schwierigkeiten gerichtet. Letztere traten vor allem im Zusammenhang mit dem vom wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus gegen die DDR geführten Wirtschaftskrieg auf. Als Beispiele für deren Überwindung seien für die 50er Jahre genannt: Massenwettbewerbe zur Erfüllung und Übererfüllung der Pläne, die zu besonderen Anlässen geführt wurden, die Stahlwerkerwettbewerbe, die Frida-Hockauf-Bewegung und solche von der Sowjetunion übernommene Neuererverfahren wie das Schnelldrehen und -fräsen sowie die Mehrmaschinenbedienung in der Textilindustrie, die auch in Berlin ihr Echo fanden. Es entwickelten sich aber auch solche Initiativen, die bereits stärker auf die Erfüllung qualitativer Kennziffern gerichtet waren, wie die Qualitätsbewegung von Luise Ermisch, die Bewegung zur persönlichen Pflege der Maschinen, Verpflichtungen zur Selbstkostensenkung nach dem Beispiel von Charlotte Steinbach. Ökonomische Konferenzen und ständige Produktionsberatungen, die Christoph-Wehner- und die Seifert-Methoden runden das Bild ab, ohne die Fülle der Formen und Methoden organisierter sozialistischer Masseninitiative damit erschöpfend aufgezählt zu haben.³¹

Mit dem Aufruf der Jugendbrigade "Nikolai Mamai" vom VEB Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 3. Januar 1959, dem Geburtstag von Wilhelm Pieck, zum sozialistischen Wettbewerb um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" entstand die Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" als spezifische Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der kleinsten Arbeitseinheit. Die "Mamais" gingen von der Einsicht aus, daß eine höhere Produktivität der Arbeit qualifizierte und gebildete Arbeiter erfordert, die sich als Angehörige der herrschenden Klasse auch Fähigkeiten aneignen müssen, die es ihnen ermöglichen, an der Leitung des Staates teilzuhaben und ein kulturvolles Leben zu führen. Hatten die meisten der in der DDR entstandenen Formen und Methoden der Massenaktivität ein sowjetisches Vorbild, so auch diese. In Vorbereitung des XXI. Parteitag der KPdSU hatte eine Komsomolbrigade eines Moskauer Eisenbahndepots - es war dasselbe, von dem einst die kommunistischen

Subbotniks ausgegangen waren - die erste "Brigade der kommunistischen Arbeit" gebildet. Mitte 1961 kämpften bereits 20 Millionen Sowjetbürger um diesen Staatstitel. Die Brigadebewegung verbreitete sich auch in der DDR sehr schnell.³² Darin zeigt sich, daß ihr Inhalt Ausdruck einer gesetzmäßigen Entwicklung war, für die mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus nun in der DDR ebenfalls die Bedingungen herangereift waren.

Zu den ersten, die in Berlin um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" kämpften, gehörten die Jugendbrigade "Ernst Thälmann" aus dem VEB Bergmann-Borsig und die Jugendbrigade "Max Reimann" aus dem KWO.³³ Am 28. Februar 1959 eröffnete das Jugendband "Renate Kruse" in der Abteilung Allgebrauchslampen des BGW den Titelkampf.³⁴ Nach dem Vorbild der Jugendbrigade des Zählerbandes kämpften Ende August 1959 bereits 16 Kollektive in den EAW um den Titel, den als erstes Kollektiv die Brigade vom Zählerband erhielt.³⁵ Im TRO waren es zur selben Zeit 5 Brigaden.³⁶

Gewiß, nicht immer blieben die den Titel tragenden Brigaden über Jahre hin zusammen, und es gab auch manche Stagnation. Aber die Brigadebewegung stellte in den 25 Jahren ihrer Existenz eine entscheidende Stütze für den sozialistischen Wettbewerb dar und trug entschieden dazu bei, daß sich bei den Werktätigen neue Arbeitseinstellungen und politische Haltungen ausprägten und daß ihr Kultur- und Bildungsniveau erheblich stieg. Heute ist der Ehrentitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" der höchste Staatstitel in allen gesellschaftlichen Bereichen, der für hervorragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb und bei der Verwirklichung der Kultur- und Bildungspläne der Kollektive verliehen wird.

Wie bereits angedeutet, war es besonders in Berlin nicht leicht, den Durchbruch zu einer neuen Arbeitseinstellung zu erzielen. Um so höher ist es deshalb einzuschätzen, daß schon in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR von Berlin Initiativen für die ganze Republik ausgingen. Aber bereits vorher, schon im Jahre 1946, hatten Berliner Werktätige eine Hilfsaktion für das Oderbruch ausgelöst. Das Nationale Aufbauwerk (NAW), das am 2. Januar 1952 begann, rief die Berliner zum Wiederaufbau ihrer Stadt durch freiwillige Arbeitsstunden auf. Über 45 000 Berliner Werktätige folgten diesem Aufruf der SED: Sie fingen an, Trümmer zu beseitigen und beim Bau neuer Häuser zu helfen. Das NAW wurde von der Nationalen Front getragen und entwickelte sich bald zu einer Massenbewegung für den Neuaufbau Berlins und anderer im Krieg zerstörter Städte. Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung beteiligten sich daran mit freiwilligen Arbeitsinsätzen in ihrer Freizeit und mit Spenden.

Am 5. Juli 1955 war es die Jugendbrigade Kurt Wolter aus dem VEB Berliner Reifenwerk, die zu Ehren des 80. Geburtstages von Wilhelm Pieck das Wilhelm-Pieck-Aufgebot vorschlug - einen Wettbewerb zur vorfristigen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1955 und für die Rentabilität der Betriebe. Die Berliner Elektroindustrie rief zum Wettbewerb zu Ehren der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 auf, und Werktätige des EAW starteten einen Wettbewerb unter dem Leitmotiv "Wer trägt die Fahne nach Charkow" zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1957. Hervorzuheben sind auch Initiativen der Jugend zum "Aufgebot junger Sozialisten Berlins: Zu Ehren der Partei - zum Nut-

zen von uns allen!" in Vorbereitung des V. Parteitages der SED 1958 sowie der Aufruf der ersten Jugendabteilung in der Dreherei des VEB Werkzeugmaschinenkombinat "7. Oktober", Berlin-Weißensee, zum Wettbewerb anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR.³⁷

Ganz besonders in Berlin machten Umfang und Ergebnis sozialistischer Initiativen der Werktätigen deutlich, daß unter den Bedingungen der offenen Grenze gegenüber dem Imperialismus die Vorzüge des Sozialismus noch nicht voll genutzt werden konnten. Jedoch waren in Berlin gewaltige schöpferische Potenzen geweckt worden, die sich ganz deutlich zeigten, als in der Nacht zum 13. August 1961 Einheiten der NVA mit Kampfgruppen der Arbeiterklasse und mit der Volks- und der Grenzpolizei, unterstützt von in der DDR stationierten Gruppen der Sowjetarmee, die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin sicherten und den Schutz der Staatsgrenze zur BRD verstärkten. Da standen nicht nur die Genossen der Kampfgruppen aus den Berliner Betrieben ihren Mann und sicherten die Grenzen, Ihre Kollegen in den Betrieben übten Solidarität, versorgten die Genossen der Kampfgruppen und übernahmen ihre Arbeitsaufgaben in den Betrieben, um Produktionsausfälle zu vermeiden. Vielen sprach das Aktiv der Verbundlagerfertigung im VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke damals aus dem Herzen: "Für die Militaristen hat es am 13. August dreizehn geschlagen. Wir spüren, daß es seitdem bei uns leichter geht. Unsere Aufgaben sind zwar nicht kleiner geworden, aber gewachsen ist unsere Kraft, gewachsen ist unsere Entschlossenheit. Jeder Kollege hat gespürt, wie recht die Partei und Regierung hatten, wenn sie immer sagten: Die Stärkung der DDR - das ist der Weg zum Frieden, zur Bändigung der Militaristen..."³⁸ Aber es waren außergewöhnliche Anstrengungen zu unternehmen, um die durch die offene Grenze verursachten ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden und die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Als einzig gangbarer Weg erwies sich, Arbeitsproduktivität und Warenproduktion bei annähernd gleichbleibendem Lohnniveau zu steigern.

Gründlich vorbereitet, geleitet von der SED und organisiert von den Gewerkschaften entwickelte sich 1961 und 1962 eine bedeutende Produktionsinitiative der Arbeiterklasse. Für sie standen die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg, Anknüpfend an den Aufruf der Brigaden "Otto Krahmann" und "Anton Saefkow" aus dem VEB Kabelwerk Oberspree vom Juli 1961, schlugen sie im Herbst 1961 allen Werktätigen ein Produktionsaufgebot unter Losung vor: "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren." Das war zwar keine gesetzmäßig notwendige Erscheinung organisierter Massenaktivität, aber sie hatte große ökonomische und politische Wirkung. Vor allem im Denken der Menschen, im Sinne der sozialistischen Perspektive der DDR, vollzogen sich große Veränderungen. Das war für den Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR von größter Bedeutung. Nunmehr kam es darauf an, den Sozialismus auf seinen eigenen Grundlagen im Interesse der Erhöhung des Volkswohlstandes allseitig zu entwickeln, seine Vorzüge und Triebkräfte voll zu entfalten und die schöpferische Aktivität der Werktätigen umfassend zu fördern. Dafür konnten sog. Grundformen organisierter sozialistischer Masseninitiative genutzt werden, die sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus aus einer Fülle von Formen und Methoden herausgebildet hatten. Dazu gehören:

1. Wettbewerbe für hohe Produktivität und Effektivität auf der Grundlage schriftlich formulierter Verpflichtungen von Wirtschaftszweigen, Kombinat, Betrieben, Bereichen, Abteilungen, Brigaden und einzelnen Werktätigen zur Erfüllung und gezielten Überbietung der in den jährlichen Volkswirtschaftsplänen festgelegten Aufgaben, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingeschlossen.
2. Verpflichtungen und Leistungen einzelner Werktätiger oder von Kollektiven, die sich als Aktivisten-, Bestarbeiter- oder Neuererleistungen von anderen abheben und auf die Lösung bestimmter Aufgaben des Planes, die Überwindung von Engpässen usw. gerichtet sind und sich gegebenenfalls zu Beispielen oder Initiativen für größere Bereiche entwickeln können. Sie tragen zur Erfüllung der Wettbewerbsverpflichtungen bei, brauchen aber nicht Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs im engeren Sinne zu sein.
3. Die Bewegung des Ringens der Arbeitskollektive um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" als direkter Ausdruck sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, deren arbeitsseitige Verpflichtungen auf den Wettbewerbsverpflichtungen zur Erfüllung und gezielten Überbietung der Planaufgaben beruhen und Kernstück des Titelkampfes sind. Allerdings geht dieser Titelkampf über den sozialistischen Wettbewerb hinaus und wird zum Bestandteil des Kultur- und Bildungsplanes der Gewerkschaftsgruppen. So verbinden sich in der Bewegung "sozialistisch arbeiten, lernen und leben" in hervorragender Weise das bewußte Streben nach hohen ökonomischen Ergebnissen und die gewissenhafte und ehrliche Arbeit als Kern sozialistischer Lebensweise mit der schöpferischen Aneignung der Weltanschauung der Arbeiterklasse sowie hohe fachliche Meisterschaft mit einem regen geistig-kulturellen Leben und interessanter Freizeitgestaltung.
4. Besondere Formen der direkten Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung der Wirtschaft auf allen Ebenen. Diese drücken natürlich am stärksten die direkte Machtausübung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aus. Außer in den Plandiskussionen kommt diese Grundform vor allem in solchen Initiativen zum Ausdruck, die - wie die Notizen zum Plan, die persönlich- und die kollektiv-schöpferischen Pläne - direkt in die Leitung, Planung und Veränderung des Wirtschaftsgeschehens eingreifen.

Die gesammelten Erfahrungen lehren:

Die dargelegten Grundformen organisierter sozialistischer Masseninitiative erhalten bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf stets höherem Niveau und in besserer Qualität vielfältige Gesichter. Sie werden in wachsendem Maße Ausdruck der Erfordernisse der umfassenden sozialistischen Intensivierung beim Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion als Haupttyp der gesellschaftlichen Reproduktion für die künftige Entwicklung der DDR. Mit anderen Worten: In den auf die qualitativen Wachstumsfaktoren gerichteten konkreten Formen und Methoden organisierter sozialistischer Masseninitiative leben in vielfältiger Art Geist und Tatendrang Hennecke, der Stahlwerker, der Wirts, der Seiferts, der Werktätigen der Berliner Elektroindustrie, der Wolter, der "Mamais" u. a. fort.

Wenn sich die Grundformen organisierter sozialistischer Masseninitiative in den 60er Jahren entfalten sollten, beinhaltete das, die Masseninitiative stärker als zuvor auf die Erfüllung qualitativer Kennziffern zu richten und die Verantwortung der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus für die Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung zu erhöhen. Das war in dieser Zeit eng mit Veränderungen im Leitungs-, Planungs- und Stimulierungssystem und mit der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung verbunden. In den Wettbewerben gewannen der Plan "Neue Technik" und der Komplexwettbewerb zur Senkung der Kosten und zur Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an Gewicht. Mehr kam es darauf an, die Arbeiterklasse über die Neuererbewegung direkt in den Kampf um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einzu beziehen und im Interesse der Erhöhung der Wirksamkeit von Neuerungen die kameradschaftliche Zusammenarbeit in und zwischen den Brigaden sowie zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu vertiefen.

In diesem Sinne stellten der Aufruf von VEB Secura-Werke Berlin - heute VEB Robotron Secura-Werke Berlin - VEB Sternradio Berlin und VEB Großdrehmaschinenbau bzw. dem heutigen VEB Werkzeugmaschinenkombinat "7. Oktober" Berlin- Weißensee zum Wettbewerb anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der DDR, der auf die Senkung der Selbstkosten orientierte, und der Beitrag von Gerhard Kast, damals Meister im VEB Funkwerk Berlin-Köpenick, unter der Losung "Unser Betrieb darf nicht mehr auf Kosten anderer leben!" wichtige und in der gesamten DDR wirksame Berliner Initiativen dar. Gerhard Kast schrieb: "Als Besitzer der Produktionsmittel wollen wir die uns unvertrauten Fonds nutzen, daß sie unser Nationaleinkommen mehren, daß uns ständig mehr Mittel für die Mechanisierung und die Automatisierung der Betriebe, aber auch für die Zwecke der Volksbildung, der Kultur sowie des Sozial- und Gesundheitswesens und nicht zuletzt auch für den Prämienfonds für die Belegschaft zur Verfügung stehen."³⁹

Das war ganz im Sinne der stärkeren Beachtung qualitativer Wachstumsfaktoren in den 60er Jahren in engem Zusammenhang mit dem Zweck wirtschaftlicher Entwicklung im Sozialismus, nämlich die Lebenslage der Werktätigen weiter zu verbessern. Demselben Ziel diente der Aufruf der Werktätigen des VEB Kabelwerk Oberspree "Wilhelm Pieck" vom 7. Februar 1968 zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR unter der Losung "Rationeller produzieren - für dich, für deinen Betriebe, für unseren sozialistischen Friedensstaat",⁴⁰ Er wurde 1969 und 1970 weitergeführt von den Wohnungsbauern am Berliner Leninplatz. Solche Berliner Initiativen hielten den Vergleich mit anderen stand, wie der von Margot Bäß und Herbert Mittelstädt, von Arbeitskollektiven wie der Brigade Porstmann des VEB Installationen Karl-Marx-Stadt, der Brigade "August Bebel" des VEB Farbenfabrik Wolfen, von Betrieben wie dem VEB Schwermaschinenbau "Ernst Thälmann" Magdeburg. Wichtige Impulse erhielt die Neuererbewegung von seiten der Jugend durch die jährlichen "Messen der Meister von Morgen". Der Gedanke der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit griff von der Industrie über auf Städte und Gemeinden in der Torgauer Initiative zum "Mach-mit!"-Wettbewerb,⁴¹

In den 60er Jahren wurde jedoch die Wirksamkeit organisierter sozialistischer Masseninitiative zum Teil gehemmt. Manche Regelungen im Rahmen

der sozialistischen Wirtschaftsführung erzielten nicht die beabsichtigten Ergebnisse. Der Planung lagen noch keine langfristigen Normative zugrunde, was die Aufschlüsselung der qualitativen Kennziffern auf Abteilungen und Brigaden erschwerte. Überhöhte und z. T. unrealen und nicht bilanzierte Pläne ließen die Anstrengungen der Werktätigen zur Planerfüllung nicht mehr lohnend erscheinen. Heute können wir auch feststellen, daß der damalige Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik der sozialistischen Intensivierung noch erhebliche Grenzen setzte.

Deshalb war es nicht verwunderlich, daß Probleme in der Wirtschaft sichtbar wurden. Disproportionen machten sich bemerkbar. Hemmend für die Neuererbewegung wirkten sich auch Auffassungen aus, daß die Arbeit der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Leiter für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entscheidender sei als die der Arbeiter. Wie wenig eine solche Auffassung der Wahrheit entsprach, zeigte der Aufschwung sozialistischer Initiativen nach dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971, der eine Wende in der auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik der SED einleitete.

Innerhalb von 2 Jahren danach gelang es unter der Losung "Was der VIII. Parteitag beschloß, wird sein!", die genannten Schwierigkeiten zu überwinden und einen neuen ökonomischen Aufschwung einzuleiten. Dabei nahm die Bereitschaft der Werktätigen zur Erfüllung der vom Parteitag gestellten Aufgaben zu - angesichts des wachsenden Verständnisses für die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit und der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie im Bereich der materiellen Produktion.

Erfüllbare und bilanzierte staatliche Pläne und Gegenpläne der Werktätigen trugen wesentlich dazu bei, das Vertrauen in die sozialistische Planwirtschaft zu festigen und die Initiativen der Werktätigen auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte zu lenken. Die organisierte sozialistische Masseninitiative wuchs quantitativ und qualitativ. Das drückte sich nicht nur darin aus, daß die Zahl der Neuerer auf fast 30 % der Berufstätigen stieg. Der sozialistische Wettbewerb wurde zu einer mehr und mehr anerkannten ständigen Methode und Form gesellschaftlicher Arbeit im Sozialismus. Seinen Charakter prägte nun auch die rege und direkte Verbindung der Produktionsaufgaben mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Erweiterung der schöpferischen Möglichkeiten der Werktätigen im Sinne der Hauptaufgabe. Unter der Losung "Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!" ermöglichten die verschiedenen Formen sozialistischer Masseninitiative, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt breiter durchzusetzen und überhaupt die Aktivitäten stärker im Sinne der sozialistischen Intensivierung zu entfalten.⁴²

Dabei haben sich Gebrauchswert-Kosten-Analysen, persönliche Konten, Haushaltsbücher, persönlich- und kollektiv-schöpferische Pläne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und "Notizen zum Plan" sowie Initiativschichten bewährt, so daß solche Initiativen bei der Weiterführung des Wettbewerbs nach dem IX. Parteitag der SED, der im Mai 1976 stattfand, umfassender durchgesetzt und bereichert wurden. Breitere Anwendung fanden die Slobin-Methoden im Bauwesen und die Bassow-Initiative zur Planerfüllung ohne Unfälle und Havarien sowie das Saratower System der fehlerfreien Arbeit. Im VEB Werk für Fernsehelektronik, im Kombinat VEB

Kabelwerk Oberspree (KWO) "Wilhelm Pieck" und Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, um Berliner Beispiele zu nennen, entwickelte sich die Bewegung: "Einen Tag im Monat mit eingespartem Material" zu arbeiten. Wie nie zuvor spielte bei den Gewerkschaftswahlen zum 9. FDGB-Kongreß der Erfahrungsaustausch zur Verbreiterung vorhandener Initiativen eine Rolle.

Als herausragende Initiative entstand 1977 die der Genossin Steinführer "Jeder liefert jedem Qualität" aus dem Berliner Glühlampenwerk, Sie fügte gewissermaßen zusammen, was sich in verschiedenen Berliner Betrieben an Initiativen entwickelt hatte, so die im VEB KWO geborene Initiative "Trasse der Freundschaft" oder die Arbeit von Wolfgang Schuster nach einem persönlich-schöpferischen Plan des Meisters, die Bemühungen des Kollektivs Paul Österreich aus dem EAW, täglich pro Schicht und Beschäftigten 12 Minuten Arbeitszeit einzusparen. Erika Steinführer eiferte Lore Lindow aus dem Kollektiv "Patrice Lumumba" des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke mit "10 Minuten von uns - 10 Minuten für uns" und Klaus Schammler vom VEB Berliner Wohnungsbaukombinat, der die Bewegung "Jedes Haus ist das Werk vieler Hände" ins Leben rief, nach.⁴³ Von weitreichender Bedeutung wurde die von Giselher Schwab aus dem KWO begründete Initiative: "Technologie, eine Schlüsselfrage?"

Nachdem bereits im September 1976 der Auftakt für das Zentrale Jugendobjekt "FDJ-Initiative Berlin" gegeben worden war, begann die Jugendbrigade Kaiser aus dem VEB Tiefbaukombinat Berlin 1977 nach der Devise zu arbeiten: "Jeder jeden Tag mit guter Bilanz". Das schloß eine hohe Qualität der Arbeit, die Einsparung von Material sowie Ordnung und Sicherheit am Arbeitsplatz ein und wurde zum Maßstab der Arbeit in unzähligen Kollektiven bis zum heutigen Tag. Ähnliches forderte Claus Wachholz vom VEB Steremat "Hermann Schlimme": "Kontinuität nutzt uns allen - über sie entscheidet jeder jeden Tag mit".⁴⁴ In seinem Diskussionsbeitrag auf dem X. Parteitag der SED würdigte Konrad Naumann diese Initiative und unterstrich: "Wer gut leben will, muß kontinuierlicher und besser arbeiten! Nur mit dieser Haltung aller realisieren wir mit Erfolg das Programm der Partei".⁴⁵ 12 Monate danach kämpften 270 000 Werktätige Berlins darum, sich diesen hohen Anspruch zu eigen zu machen. Die Vorsitzende des Bezirksvorstandes des FDGB Berlin, Annelis Kimmel, schätzte ein: "Die besten Berliner Arbeiter, voran die 2000 Jugendbrigaden, vollbringen jeden Tag ehrliche Arbeit unter Nutzung jeder Minute und lassen sich davon leiten, daß alles für das Wirtschaftswachstum der DDR zu tun heißt, den Frieden sicher zu machen."⁴⁶

In Berlin wurde auch die Bestarbeiterbewegung geboren, die insofern den neuen Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung entsprach, als die weitere Ausprägung einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit verbunden mit der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins höhere Anforderungen an den einzelnen und seine persönliche Entwicklung stellt. Andererseits stand und steht die Aufgabe, "daß nicht nur die Besten, sondern nach ihrem Vorbild alle Gewerkschaftsmitglieder die Aufdeckung und Nutzung aller Produktionsreserven zu ihrer persönlichen Sache machen, zu einer Sache ihrer Klassenehre", wie es auf der 1. Berliner Bestarbeiterkonferenz am 8. Oktober 1975 gesagt wurde.⁴⁷ Dafür aber war und ist die Vorbildwirkung, wenn sie sich mit dem überzeugenden Auftreten für den realen Sozialismus verbindet, von großer Bedeutung. Die zur Tradition gewordenen, jedes Jahr statt-

findenden Berliner Bestarbeiterkonferenzen selbst verhalten den Bestarbeitern zum größtmöglichen Wirkungskreis, denn sie entwickelten sich zu Stätten des öffentlichen Erfahrungsaustauschs, wirken für die Anerkennung, Popularisierung und Verallgemeinerung hervorragender Leistungen, lösen neue Aktivitäten aus.

Diese und andere Berliner Initiativen bildeten die Grundlage dafür, daß die Werktätigen des VEB Kabelwerk "Wilhelm Pieck" zum sozialistischen Wettbewerb zur Vorbereitung des X. Parteitages der SED aufrufen konnten mit der Verpflichtung, im Jahre 1980 ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Fonds die Produktion eines Arbeitstages über den Plan hinaus zu erbringen. Später wurde um zwei Tagesproduktionen zusätzlich gerungen.⁴⁸ Hervorragenden Anteil daran hatte der Aufruf von 11 Lichtenberger Bestarbeitern am 3. Januar 1981 unter dem Motto: "Maß meiner Arbeit - ehrlich, gut und mehr". Zu ihnen zählte auch Gerhard Voß, Anlagenmaschinist aus dem VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg. Als Kommunist und Bestarbeiter war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, voranzugehen und die Berliner Initiative "Jeder jeden Tag mit guter Bilanz" mit durchzusetzen.⁴⁹ Die dabei erzielten Ergebnisse im Kampf um höhere Effektivität und Qualität der Arbeit, um die Senkung der Kosten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität waren echte Antworten von Berliner Werktätigen, Antworten nach Arbeiterart auf die Herausforderungen der 80er Jahre. Auch in Berlin rückten die Werktätigen die effektivere Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die Anwendung der Schwedter Initiative "Weniger produzieren mehr" in den Vordergrund des sozialistischen Wettbewerbs, der immer half, die ökonomischen Aufgaben mit der Initiative der Massen zu lösen. Der X. Parteitag der SED im April 1981 entsprach solchen Initiativen mit den 10 Punkten der Wirtschaftsstrategie, deren Kern das Konzept des Übergangs zur intensiv erweiterten Reproduktion durch den lebendige und gegenständliche Arbeit sparenden Typ der Intensivierung ist. Das erwies sich als entscheidend, um trotz veränderter Reproduktionsbedingungen die Politik der Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft fortsetzen zu können. Damit war und ist eine wahrhaft revolutionäre Aufgabe gestellt.

Das wird deutlich, wenn wir nur einige Erfordernisse der umfassenden Intensivierung betrachten: Soll sie nicht auf einzelne Bereiche beschränkt bleiben, sondern als Typ der volkswirtschaftlichen Entwicklung durchgesetzt werden, so ist das nur durch eine ununterbrochene Erneuerung von Erzeugnissen, Verfahren und Technologien möglich. Die umfassende Intensivierung entspricht der permanenten Rationalisierung, um das gesellschaftliche Arbeitsvermögen wirksamer zu nutzen, verfügbare Ressourcen effektiver einzusetzen und eine hohe Veredlung von Rohstoffen und Material zu erreichen, die Grundmittel zu modernisieren, effektiver einzusetzen und Aufwand und Ergebnis bestmöglich zu gestalten. Dazu sind wichtige volkswirtschaftliche Relationen umzukehren. Vor allem müssen Arbeitsproduktivität und Nationaleinkommen schneller wachsen als der Produktionsverbrauch. Das erfordert, daß das Produktionswachstum von einem absoluten Sinken des Energie- und des Materialaufwands begleitet sein muß. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität muß größer sein als das der Produktion und der Grundfonds und zu einer absoluten Einsparung von Arbeitskräften führen. Die Exporterlöse aus neuen und weiterentwickelten Erzeugnissen müssen schneller als die Aufwendungen für Wissenschaft und Technik wach-

sen. "Aber große Aufgaben", sagte Harry Tisch auf dem 10. FDGB-Kongreß im April 1982, "mobilisieren auch große Kräfte, wenn sie voll in ihrer Bedeutung erfaßt und gut organisiert angepackt werden. Das haben wir gerade im Wettbewerb oft genug erlebt. Und es ist gesicherte Wahrheit: Die Arbeiterklasse, die Werktätigen unseres Landes haben große Aufgaben stets als Herausforderung an ihr schöpferisches Talent, an ihr Kämpfertum begriffen."⁵⁰ Das bestätigen über 35 Jahre Geschichte der Aktivistinnen-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung. Sie hat sich als unerschöpfliche Quelle der Überlegenheit des Sozialismus erwiesen.

Wie lächerlich wirken dagegen die Beschimpfungen in älteren und jüngeren Publikationen der BRD über die DDR, die davon reden, daß die Werktätigen im Sozialismus von der planmäßigen Leitung der Gesellschaft ausgeschlossen seien, was nachzuweisen selbst in einem dicken, jüngst in der BRD erschienenen Buch über die Rolle der Gewerkschaften in der DDR⁵¹ nicht gelingen konnte. Die Werktätigen der DDR würden es auch nur belächeln, wenn sie dort lesen, daß der Arbeitswelt angeblich die Arbeit ausgehe. Wenn dem in der BRD so ist, so liegt es am dortigen Gesellschaftssystem und an der Tatsache, daß die gewaltig gestiegenen Rüstungskosten bei anhaltendem Profitstreben "Arbeitsplatzkiller" sind und nicht die neuesten Ergebnisse von Wissenschaft und Technik, wie gern behauptet wird. In der DDR wird dagegen auch mit dem Übergang zur umfassenden Intensivierung nicht nur die Vollbeschäftigung gesichert. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten haben schon lange ihre Fähigkeit bewiesen, eine moderne Volkswirtschaft aufzubauen und zu leiten. Dabei zeigt sich immer deutlicher, wie das Erich Honecker in seiner Rede vor den 1. Kreissekretären 1983 formulierte: "Die Bewußtheit der Werktätigen, ihre Arbeitsdisziplin und ihre Einstellung zum sozialistischen Eigentum, ihr politisches Wissen und fachliches Können werden zu einer ausschlaggebenden Triebkraft für das weitere erfolgreiche Voranschreiten."⁵² Das ist es, was unseren Staat stark macht. Dabei lehrt die Geschichte der sozialistischen Masseninitiative:

- In allen Etappen ihrer Geschichte standen Mitglieder der SED, Arbeiterpersönlichkeiten, an ihrer Spitze. Durch ihr Beispiel und die von der Partei geförderten Aktivitäten der Gewerkschaften wurden Zehntausende und schließlich Millionen von Werktätigen in den Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität einbezogen. Das war das Ergebnis der auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik der SED, ihrer politisch-ideologischen Arbeit und der Anstrengungen der Gewerkschaften, ihre Mitglieder mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse auszurüsten.
- Es hat sich bewährt, mit herausragenden, vorwärtsweisenden Beispielen Reserven zu erschließen und die besten Erfahrungen zum Allgemeingut zu machen. Stets gilt es, bei den Werktätigen mittels Beispiel die Überzeugung zu festigen, daß die gestellten Ziele real und lösbar sind. Im Zusammenhang mit dem Übergang zur umfassenden Intensivierung erweist sich besonders: Soll ein gutes Beispiel dauerhaft massenwirksam sein, muß es sich auf jene Hauptkettenglieder im Reproduktionsprozeß richten, an dem der Durchbruch am dringendsten ist, bei dem eine Leistungssteigerung auch in den vorgelagerten Produktionsstufen große Wirksamkeit erzielt.
- Es zeigt sich, daß das Beste keine konstante Größe ist und Bestleistungen immer wieder aufs neue errungen werden müssen, daß es aber in wachsendem Maße darum geht, das Beste zur Norm aller zu machen.

- Die Erkenntnis der tiefen Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Erscheinungen und den ökonomischen Erfordernissen und Prozessen erweist sich immer stärker als Triebkraft zunehmender Initiativen.

Diese Erfahrungen zu berücksichtigen ist deshalb dringend geboten, weil der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion ein ungleich größeres Maß an aktiver Lebenshaltung und echtem Leistungsverhalten erfordert als bisher, angesichts der äußerst zugespitzten internationalen Lage und der Reproduktionsbedingungen im eigenen Land. So schreibt Harry Tisch: "Die Erschließung aller Reserven, um mit dem geringsten Aufwand ein Maximum an Produktivitäts- und Leistungszuwachs zu erzielen, ist ein hoher Anspruch an die Führung des sozialistischen Wettbewerbs, an alle Wettbewerbsteilnehmer, an ihr politisches Wissen und ihre fachliche Meisterschaft. Nur durch tiefes Verständnis der Dialektik von Ziel und Weg und der davon abgeleiteten Initiative am eigenen Arbeitsplatz werden Vorzüge unserer sozialistischen Planwirtschaft ausgeschöpft, werden im Sinne von Friedrich Engels die von uns in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von uns gewollten Wirkungen haben, werden alle Kräfte entfaltet für die Erreichung der Ziele, die die Partei im Auftrag der Arbeiterklasse und im Interesse des ganzen Volkes gestellt hat."⁵³

Das schließt ein, alles Hemmende zu erkennen und zu überwinden, wirkliche Fortschritte bei der weiteren Ausprägung der sozialistischen Arbeitsmoral in jedem Arbeitskollektiv zu erreichen, keine Rückschläge zuzulassen. Das erfordert gleichzeitig sowohl Anstrengungen bei der Erziehung und Selbsterziehung der Werktätigen als auch bei der konsequenten Anwendung des Leistungsprinzips sowie bei der Vertiefung des sozialistischen Demokratie. Das unter der Führung der SED organisierend voranzutreiben, das ist Klassenauftrag der Gewerkschaften.

Anmerkungen

- 1 Überarbeitetes Referat, gehalten auf einer propagandistischen Großveranstaltung des FDGB-Bezirksvorstandes Berlin am 10. 11. 1983 anlässlich des 35. Jahrestages der Hennecke-Bewegung.
- 2 Berliner Zeitung, 27. 10. 1983.
- 3 8. Berliner Bestarbeiterkonferenz, 19. September 1983, S. 58.
- 4 Jeder liefert jedem Qualität, Berlin 1977, S. 11.
- 5 Honecker, E., In kampfereifüllter Zeit setzen wir den bewährten Kurs des X. Parteitagcs für Frieden und Sozialismus erfolgreich fort. Aus der Diskussionsrede, 7. Tagung des ZK der SED, 24./25. November 1983, Berlin 1983, S. 25.
- 6 Siehe Journal de Physique, Bd. 43, Beil. Nr. 12, Dez. 1982, S. 437.
- 7 Siehe Neues Deutschland, 7. 11. 1983.
- 8 Lenin, W. I., Wie soll man den Wettbewerb organisieren? In: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 402.
- 9 Ebenda, S. 406.
- 10 Mittag, G., Ökonomische Strategie der Partei - klares Konzept für weiteres Wachstum, Berlin 1983, S. 104.
- 11 Siehe Ökonomie im Zentrum der Gesellschaftspolitik, Fakten - Zahlen - Argumente, Berlin 1983, S. 103.
- 12 Die folgenden Zahlen s. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1982, Berlin 1982; Auswahlchronik zur Geschichte der sozialistischen Masseninitiative in Berlin, 1948 - 1983, Berlin 1983, S. 9; 8. Berliner Bestarbeiterkonferenz, S. 11, 23 f.
- 13 8. Berliner Bestarbeiterkonferenz, S. 9.
- 14 Siehe ebenda, S. 52 ff.
- 15 Siehe Das Werk der befreiten Arbeiterklasse. Geschichte des Kombi-nats VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow, Berlin 1979, S. 49, 57.
- 16 Siehe Betriebsparteiorganisation der SED, VEB Berliner Bremsenwerk. Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, Berlin 1980, S. 25.
- 17 Siehe Arbeiter machen Geschichte. Geschichte des VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, Berlin 1979, S. 93.
- 18 Siehe 30 Jahre VEB Funkwerk Köpenick, Berlin 1979, S. 16.
- 19 Siehe Signal auf Grün. Geschichte des VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin, Berlin 1981, S. 43.
- 20 Das erste Jahr. Berlin im Neuaufbau. Ein Rechenschaftsbericht des Magistrats der Stadt Berlin, Berlin 1946, S. 5.
- 21 Arbeiter machen Geschichte, S. 82.
- 22 Zit. in: Auswahlchronik zur Geschichte der sozialistischen Masseninitiative ..., S. 16.
- 23 Lenin, Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1973, S. 416.
- 24 Wir sind mit unserer Republik gewachsen. VEB Transformatorenwerk "Karl Liebknecht" Berlin, Berlin 1981, S. 27.
- 25 Arbeiter machen Geschichte, S. 95.
- 26 Ebenda.
- 27 Signal auf Grün, S. 43 f.
- 28 Siehe ebenda, S. 44.
- 29 Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 192.
- 30 Lenin, Werke, Bd. 29, S. 416.
- 31 Siehe Falk, W., unter Mitarbeit v. H. Barthel, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin 1966.

- 32 Siehe Organisierte Masseninitiative, Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 996.
- 33 Siehe Auswahlchronik ..., S. 149.
- 34 Siehe Arbeiter machen Geschichte, S. 149.
- 35 Siehe Das Werk der befreiten Arbeiterklasse, S. 90.
- 36 Siehe Wir sind mit unserer Republik gewachsen, S. 49 f.
- 37 Siehe Auswahlchronik ..., S. 23.
- 38 Zit. in: Geschichte der SED, S. 421.
- 39 Zit. in: Auswahlchronik ..., S. 29.
- 40 Siehe ebenda, S. 30.
- 41 Siehe Organisierte Masseninitiative ..., S. 998.
- 42 Ebenda, S. 998 f.
- 43 Siehe Auswahlchronik ..., S. 30 ff.
- 44 Siehe ebenda, S. 34 ff.
- 45 Protokoll des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1981, S. 166.
- 46 Protokoll des 10. FDGB-Kongresses vom 21. bis 24. April 1982 in Berlin, Hauptstadt der DDR, Berlin 1982, S. 60.
- 47 Initiativen zum IX. Parteitag der SED, Konferenz der Bestarbeiter der Hauptstadt der DDR, Berlin am 8. Oktober 1975, S. 13.
- 48 Siehe Auswahlchronik ..., S. 40 f.
- 49 Siehe Protokoll des 10. FDGB-Kongresses ..., S. 99 ff.
- 50 Ebenda, S. 19.
- 51 Vgl. Biermann, W., Demokratisierung in der DDR? Ökonomische Notwendigkeiten, Herrschaftsstrukturen, Rolle der Gewerkschaften 1961 - 1977, Köln 1978.
- 52 Neues Deutschland, 19./20. 2. 1983.
- 53 Einheit, 3/1982, S. 246.

Vom Berliner Glühlampenwerk zum Kombinat VEB NARVA

Ein Berliner Großbetrieb als Zentrum der Kombinatbildung in der
Lichtquellenindustrie im Jahre 1969

von Renate Schwärzel

1. Einleitung
2. Zum Prozeß der Kombinatgründung VEB NARVA im Jahre 1969
3. Zur Herausbildung der Wirtschaftseinheit VEB NARVA
4. Zu einigen Aspekten der Erhöhung der sozialökonomischen Effektivität im Kombinat VEB NARVA
5. Fazit
6. Anmerkungen

1. Einleitung

Beim Ausbau der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft kommt dem Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik eine große Bedeutung zu. Aus der Spezifik des Zweiges, dessen wissenschaftlich-technisches Erzeugnisniveau immer stärker auch das Niveau anderer Bereiche bestimmt, resultiert das Verantwortungsbewußtsein aller Betriebskollektive dieses Industriebereichs im Streben um die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Volkswirtschaft.

Innerhalb des Zweiges kommt der Berliner Elektroindustrie mit einem Anteil von 21,3 %¹ an der industriellen Bruttoproduktion des Industriebereichs und einem Anteil von 31,0 %² an der industriellen Bruttoproduktion der Hauptstadt der DDR ein großes politisches und ökonomisches Gewicht zu. Die Leistungskraft der Betriebe der Berliner Elektroindustrie hat ihre Grundlage in den Initiativen zur kontinuierlichen Planerfüllung, im Kampf um die ständige Steigerung der Qualität und im Ringen um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts,

Der VEB Berliner Glühlampenwerk (VEB BGW) ist ein fester Bestandteil der hauptstädtischen Elektroindustrie und hatte sich seit Mitte der 60er Jahre zu einem zuverlässigen Partner der Volkswirtschaft entwickelt. Beispielgebend für die Industrie Berlins im Kampf um hohe, plangerechte Produktionsergebnisse, im sozialistischen Wettbewerb und in der politisch-ideologischen Ausstrahlung des Betriebes auf die Berliner Arbeiterklasse, insbesondere im Stadtbezirk Friedrichshain, stellte das Kollektiv des VEB BGW Ende der 60er Jahre ein wichtiges ökonomisches Potential dar. Da-

mit leistete der VEB BGW einen aktiven Beitrag, "daß Berlin seine Rolle als sozialistische Metropole und als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum unserer Republik immer besser erfüllt".³

2. Zum Prozeß der Kombinatgründung VEB NARVA im Jahre 1969

Die gewachsene Leistungskraft der volkseigenen Betriebe in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, ihr Streben nach stärkerer Konzentration der Produktion, der erfolgreiche Stand der Erzeugnisgruppenarbeit und Kooperation, eine zunehmende Qualifikation der Leitungskader und die ständig steigenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderten neue Organisationsformen in der Industrie.

Auf der 2. Tagung des ZK der SED im Juli 1967 wurde dazu ausführlich Stellung genommen und eingeschätzt, "daß die Bildung von Kombinat ein wichtiger Schritt ist, um das System der Leitung unserer Industrie effektiver und rationeller zu gestalten".⁴ In dieser Phase wurden im Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik zahlreiche Kombinate gebildet, die im Rahmen der selektiven Investitionspolitik des "Ökonomischen Systems des Sozialismus" zugunsten ausgewählter Industriezweige eine "Pionierrolle" zu übernehmen hatten. Hierbei kam der Berliner Elektroindustrie eine besondere Bedeutung zu. So war das 1967 gegründete Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree (KWO) beispielgebend für die Kombinate der Elektrotechnik/Elektronik und zugleich eines der ersten Kombinate mit Sitz in Berlin. Nachdem 1968 in Berlin nur 2 weitere bezirksgeleitete Kombinate entstanden waren (VEB Backwaren-Kombinat und REWATEX VEB Vereinigte Wäschereien Berlin), setzte mit der Kombinatgründung VEB NARVA am 1. Januar 1969 ein zunehmender Trend zur Bildung von Kombinat ein, z. B. das Kombinat VEB Kraftwerksanlagenbau und das Kombinat VEB Dampferzeugerbau Berlin, deren Stammbetriebe Bestandteil der Berliner Industrie waren.⁵ Mit der Bildung von Kombinat innerhalb der Berliner Industrie konnten ein wesentlicher Schritt zur Vervollkommnung der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und bei der Anwendung modernerer Formen der Leitung erzielt werden. Für die Lichtquellenindustrie stellte die Gründung des VEB Kombinat NARVA mit dem ökonomisch stärksten Betrieb als Stammbetrieb - der VEB BGW erbrachte 69,2 % des Gesamtaufkommens an der Produktion des Industriezweiges im Jahre 1967⁶ - einen hohen Grad an Konzentration der Produktion dar.

Die Voraussetzung zur Schaffung dieser größeren Wirtschaftseinheit war die Zusammenarbeit, die sich auf der Basis der Werk- bzw. Erzeugnisgruppenarbeit in den 50er und 60er Jahren in diesem Industriezweig herausgebildet hatte.

Zum Kombinat wurden alle volkseigenen lichtquellenproduzierenden Betriebe der DDR zusammengeschlossen. Gemäß § 46 der Verordnung vom 9. Februar 1967 über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes wurde nun das Kombinat juristische Person und Rechtsträger von Volkseigentum; die Kombinatbetriebe verloren ihre juristische Selbständigkeit und erhielten den Status von Niederlassungen.⁷ Der Kombinatanteil an der Gesamtproduktion des Industriezweiges um-

faßte ca. 97 %.⁸ Der restliche Produktionsanteil entfiel auf Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Privat- und Handwerksbetriebe.

Das Kombinat VEB NARVA umfaßte die folgenden Betriebe:

- VEB Berliner Glühlampenwerk
- Betriebsteil Brand-Erbisdorf
- VEB Glühlampenwerk Plauen
- VEB Glühlampenwerk Oberweißbach
- VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz
- VEB Glimmlampenwerk Cursdorf
- VEB Spezialglühlampenwerk Frauenwald

Bei der Untersuchung der ökonomischen Struktur des entstandenen Kombinats zeigte sich, daß man auch am Beispiel dieses konkreten Kombinats-zusammenschlusses den Einfluß des Vergesellschaftungsprozesses auf die sozialistischen Produktionsverhältnisse nachvollziehen kann. Als Haupt-richtung des Einflusses auf die sozialistischen Produktionsverhältnisse wird u. a. charakterisiert: "Es entstehen und festigen sich in der Industrie und in allen anderen volkswirtschaftlichen Bereichen große Wirtschaftseinheiten (Kombinate) und ihnen entsprechende Produzentenkollektive. Ausgehend hiervon werden die Klein- und Mittelbetriebe in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingeordnet; das Niveau der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Betriebe wird an das der Großbetriebe angenähert."⁹

Tabelle 1

Geplanter Arbeitskräfte- und Produktionsanteil der Kombinatbetriebe im zu bildenden Kombinat VEB NARVA - Stand 1968

Kombinatsbetrieb	Arbeitskräfte- anteil (in %)	Produktionsvolumen- anteil (in %)
VEB Berliner Glühlampenwerk	59,2	63,9
Betriebsteil Brand-Erbisdorf	8,4	5,9
VEB Glühlampenwerk Plauen	13,8	16,2
VEB Glühlampenwerk Oberweißbach	9,6	6,1
VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz	7,2	6,7
VEB Glimmlampenwerk Cursdorf	1,4	0,9
VEB Spezialglühlampenwerk Frauenwald	0,4	0,3
Kombinat gesamt	100,0	100,0

Quelle:

Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Akten-Nr. 104/26, Berechnet auf der Grundlage der "Verfügung über die Bildung des Lichtquellenkombinates VEB NARVA vom 15. Mai 1968".

Im Kombinat VEB NARVA gruppieren sich fast ausschließlich Kleinbetriebe mit ca. 100 Beschäftigten und Mittelbetriebe mit ca. 800 Arbeitskräften um den VEB BGW (ca. 5300 Mitarbeiter) als ökonomischem Zentrum. Die entsprechende Kombinatiensstruktur macht hinsichtlich der Verteilung der Arbeitskräfte- und Produktionsanteile die Verantwortung sichtbar, die dem VEB BGW für die weitere Entwicklung der Lichtquellenindustrie übertragen wurde.

Ein wichtiger Ausdruck für die bei der Kombinatiensgründung vorhandenen Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Klein- und Mittelbetrieben war die Kennziffer Arbeitsproduktivität:

Tabelle 2

Vergleich des Arbeitsproduktivitätsniveaus zwischen den künftigen Kombinatiensbetrieben (VEB BGW = 100 %) - Stand 1968

Kombinatiensbetrieb	Arbeitsproduktivitätsniveau (in %)
VEB Berliner Glühlampenwerk	100, 0
Betriebsteil Brand-Erbisdorf	65, 2
VEB Glühlampenwerk Plauen	109, 1
VEB Glühlampenwerk Oberweißbach	58, 9
VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz	86, 7
VEB Glimmlampenwerk Cursdorf	59, 6
VEB Spezialglühlampenwerk Frauenwald	56, 4

Quelle:

Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Akten-Nr. 104/26. Berechnet auf der Grundlage der "Verfügung über die Bildung des Lichtquellenkombinates VEB NARVA vom 15. Mai 1968".

Der Arbeitsproduktivitätsvergleich zwischen den zum Kombinat VEB NARVA zusammengeschlossenen Betrieben verdeutlichte erhebliche Unterschiede im Ausgangsniveau.

Nur der mit ca. 1200 Arbeitskräften angeschlossene größte Betrieb, der VEB Glühlampenwerk Plauen, wies ein höheres Produktivitätsniveau als der Stammbetrieb auf.

Für den VEB BGW, den Stammbetrieb, erwuchs daraus eine besondere Verantwortung, denn es galt, die schwächeren Betriebe an das Niveau der leistungsstarken heranzuführen. Eine nur langfristig zu lösende Aufgabe. Voraussetzung dafür war, die Leistungsfähigkeit des Stammbetriebes zu erhöhen, um "die zum Teil schon vorhandene Spezialisierung weiter auszubauen und unter Anwendung der EDV-Anlagen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt für die gemeinsam gestellten Aufgaben in Forschung und Entwicklung, in der Projektierung, Konstruktion, Technologie sowie in der Materialwirtschaft, der Produktion und im Absatz mit höherem Niveau als bisher zu nutzen ... Ein weiterer Vorteil bestand in der einheitlichen, zentral durch die Leitung des Kombinats gesteuerten Investitionspolitik mit der Möglichkeit, die vorhandenen Mittel auf die Schwerpunkts-

aufgaben zu konzentrieren.¹⁰ So standen in den Anfangsjahren die Durchführung des Automatisierungsvorhabens für Leuchtstofflampen im Betriebs- teil Brand-Erbisdorf des VEB BGW, die Fertigstellung der Fließreihe für Quecksilberhochdrucklampen im VEB BGW und der Auf- und Ausbau des Halogenprogramms im VEB Glühlampenwerk Plauen im Mittelpunkt der Bestrebungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Kombinat.

3. Zur Herausbildung der Wirtschaftseinheit VEB NARVA

Die Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus erfordert die Herausbildung von Wirtschaftseinheiten, die aufgrund ihrer ökonomischen Potentiale die Bedingungen für die Durchsetzung der notwendigen Einheit von Wissenschaft - Technik - Produktion sichern. Dabei geht es nicht nur um eine Veränderung der Leitungs- oder Organisationsstruktur, sondern um den Prozeß der weiteren Vergesellschaftung der Produktion, denn "der Vergesellschaftungsprozeß ist die Hauptrichtung der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse".¹¹ Es geht also darum, den Zusammenschluß von Betrieben zu Kombinatensystemen so zu gestalten, daß diese sich "in einem längeren Prozeß zu einer qualitativ neuen Einheit, zur Grundeinheit der Produktion, entwickeln können".¹²

Die vorerst überwiegend organisatorische Vereinigung der neuen Wirtschaftseinheit, deren materiell-technische Basis sich erst herausbilden mußte, zeigt dennoch, "daß bereits der administrative und organisatorische Zusammenschluß beträchtliche Effektivitätsreserven erschließt".¹³

Die im Modell der Kombinatensystembildung VEB NARVA durchgeführten Nutzeffektberechnungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Kombinatensystembetrieben erbrachte den Nachweis realer ökonomischer Vorteile. Als Ziel der Kombinatensystembildung war formuliert worden, daß "die Effektivität des Kombinatensystemplanes größer sein muß als die Summe der Pläne der Einzelbetriebe".¹⁴

Tabelle 3

Veränderung ausgewählter Kennziffern entsprechend der Berechnung des Nutzeffekts der Kombinatensystembildung VEB NARVA 1968/70 (1968 = 100 %) und deren reales Wachstum 1969 zu 1970 (1969 = 100 %)

Kennziffer	1968 (in %)	1969 (in %)	1970 (in %)	Entwicklung 1969 : 1970 (in %)
Industrielle Warenproduktion	100,0	122,2	127,2	122,1
einheitliches Betriebsergebnis	100,0	192,5	244,1	158,8
Export (IAP)	100,0	97,6	107,7	100,0
Arbeiter und Angestellte	100,0	101,3	103,8	105,0
produktive Fonds (geschätzt)	100,0	115,6	135,3	.
Fondsrentabilität	100,0	166,5	180,3	149,0

Quellen:

Berechnet auf der Basis der Entwicklung lt. Plan 1968 und der Normative 1969/70; Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Akten-Nr. 104/26; NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 184.

Das im Vergleich zur geplanten Entwicklung dargestellte realisierte Wachstumstempo ausgewählter Kennziffern für den Zeitraum 1969/70 weist auf eine positive Resonanz der Kombinatbildung hinsichtlich einer Nutzeffekterhöhung hin. Die punktuelle Darstellung läßt jedoch offen, ob dies auf die Mobilisierung von Effektivitätsreserven durch den Kombinatzzusammenschluß zurückzuführen war und inwiefern diese Tendenz in der weiteren Entwicklung beibehalten werden konnte.

Zur Realisierung dieser anspruchsvollen Ziele kamen, wie Genosse Konrad Naumann auf der Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation der SED im Mai 1969 ausführte, dem "BGW eine besondere Verantwortung ... für das gesamte Kombinat"¹⁵ und der Betriebsparteiorganisation des Stammbetriebes der entscheidende Einfluß auf die Tätigkeit der Kombinatbetriebe zu. Denn die besondere Verantwortung des Stammbetriebes für das Kombinat mußte in zunehmendem Maße auch durch die Werkstätigen realisiert werden: Mit der Übernahme der Funktion des Stammbetriebes innerhalb des Kombines hatten sich die Arbeitsaufgaben für viele Mitarbeiter vergrößert. Vor allem die Leitungskader bekamen im Rahmen ihres Arbeitsbereichs eine höhere Verantwortung durch die entstehende Doppelfunktion - Stammbetriebs- und Kombinatleitung - übertragen.

Hierzu war es notwendig, sie auf diese neue Aufgabe vorzubereiten und den Gedanken der Kombinatzzusammengehörigkeit zu entwickeln. Dabei mußten Formen erarbeitet werden, die zur Herausbildung der neuen, im Kombinatmaßstab erforderlichen Gemeinschaftsarbeit beitrugen.

Einen Anfang bildete schon im Mai 1968 - im Rahmen der Vorbereitung der Kombinatbildung - ein Austausch von Meistern zwischen dem VEB Glühlampenwerk Plauen und dem Betriebsteil Glühlampen des VEB BGW, der die Vermittlung gegenseitiger Erfahrungen zur Steigerung der Produktivität der Arbeit zum Ziel hatte.¹⁶ So war in Auswertung der Gewerkschaftsversammlungen im VEB BGW im Jahre 1970 als ein wichtiger Schritt in diese Richtung eingeschätzt worden: "In allen Diskussionen spiegelte sich das Kombinatdenken, die Verantwortung für das Ganze wider."¹⁷ Dennoch blieb die Überwindung jeglichen betriebsegoistischen Denkens bei allen Leitern und Werkstätigen eine Aufgabe auf lange Sicht. Sie zu bewältigen, war vor allem für die Entwicklung im VEB BGW notwendig, um den Einfluß des Stammbetriebes auf die Kombinatbetriebe, die Vermittlung von Erfahrungen und die politische Ausstrahlungskraft immer stärker zur Herausbildung eines leistungsfähigen Kombines zu nutzen.

Der konkrete, direkte Einfluß des VEB BGW auf die Reproduktionsbedingungen der angeschlossenen Betriebe konnte jedoch vor allem durch die Realisierung der Vorzüge der Stammbetriebsleitung wahrgenommen werden.¹⁸ Ein wesentlicher Vorzug bestand in der Konzentration und im Ausbau der wichtigsten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Stammbetrieb. Mit der Bildung des Lichtquellenkombines VEB NARVA war ein entscheidender Schritt zur Zusammenfassung der im Bereich dieser Erzeugnisgruppe vorhandenen wissenschaftlich-technischen Potenzen, Arbeitserfahrungen und Fachkenntnisse sowie der materiellen und finanziellen Fonds vollzogen worden, die das Ziel hat, das wissenschaftlich-technische Niveau der Erzeugnisse im gesamten Kombinat zu erhöhen.

Die Konzentration der Grundlagenforschung im Stammbetrieb ermöglichte einen zielgerichteten Einsatz aller Kräfte und Mittel, um die Bedingungen für einen wissenschaftlich-technischen Vorlauf zum Vorteil aller Kombinatbetriebe zu sichern. Das war notwendig geworden, "weil der einzeln wirtschaftende Betrieb den Anforderungen der Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen kann und viele Aufgaben, insbesondere des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, nur noch durch leistungsstarke wirtschaftende Einheiten realisierbar sind".¹⁹

Gleichzeitig waren damit die Voraussetzungen für die Anwendung und Nutzung der im Stammbetrieb vorhandenen EDV-Technik zugunsten aller Kombinatbetriebe gegeben. So wurden im VEB BGW durch die Erarbeitung einheitlicher technologischer Unterlagen für alle Betriebsteile des Kombinates die wissenschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, um im Kombinatmaßstab nach einheitlichen Gesichtspunkten den Erfordernissen der EDV bei der technologischen Vorbereitung der Produktion Rechnung zu tragen.²⁰

Ebenso wie die Grundlagenforschung wurde die Forschung und Entwicklung der Arbeitsmittel in den VEB BGW übernommen, da sich durch den Ausbau des Bereichs Rationalisierungsmittelbau die Möglichkeiten im Stammbetrieb wesentlich verbessert hatten und die Effektivität der Arbeit erhöht werden konnte.

Demgegenüber war auf dem Gebiet der Erzeugnisentwicklung keine Zusammenfassung erfolgt, da diese entsprechend der Spezialisierung der Betriebe vor Ort effektiver zu gestalten war.

Tabelle 4

Vorhandene Entwicklungsstellen in den Betrieben des Kombinats VEB NARVA (Stand 1968)

Kombinatsbetrieb	Arbeitskräfte in Forschung und Entwicklung	Anzahl der Forschungs- und Entwicklungsthemen	Mittel für Forschungs- und Entwicklungsthemen (in TM)
VEB Berliner Glühlampenwerk	239	53	13 461,0
VEB Glühlampenwerk Plauen	14	25	792,0
VEB Glühlampenwerk Oberweißbach	2	4	14,0
VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz	-	4	49,0

Quelle:

NARVA, Betriebsarchiv, Konzeption für die Bildung des Kombinates "VEB NARVA", 1968, S. 19, ohne Archivsignatur.

Betriebe wie der VEB Glühlampenwerk Plauen oder der VEB Glühlampenwerk Oberweißbach arbeiteten demzufolge weiterhin an der Verbesserung bzw. an der Erhöhung des Anteils neu- und weiterentwickelter Erzeugnisse. Dennoch konnte die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben in diesem Zeitraum wesentlich vertieft werden.

Die gemeinsamen Anstrengungen hatten zu einer guten Bilanz der Leistungen beigetragen. So ergab mit Abschluß August 1970 die Gütezeichenstruktur das folgende Bild:

Tabelle 5

Gütezeichenstruktur des Kombinats VEB NARVA, Stand August 1970

Erzeugnisse gesamt	Gütezeichen 1		Gütezeichen 2		DAMW-Überwachungszeichen		Sondergenehmigung		ohne Gütezeichen		
	Anz.	in %	Anz.	in %	Anz.	in %	Anz.	in %	Anz.	in %	
554	100,0	492	88,8	27	4,9	26	4,7	4	0,7	5	0,9

Quelle:

Berechnet nach: NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 35 563.

Hierbei sei hervorgehoben, daß im VEB Glühlampenwerk Plauen durch die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Stammbetrieb für alle Erzeugnisse das Gütezeichen 1 erreicht werden konnte.²¹ Ein Beispiel für die gewachsene Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung sei ebenfalls hier angefügt.

Im Zuge der weiteren Spezialisierung der Betriebe nach der Kombinatsbildung sollte das Sortiment Halogenlampen im VEB Glühlampenwerk Plauen aufgrund eines hohen in- und ausländischen Bedarfs bis zum 20. Jahrestag der DDR grundlegend erweitert werden. Zur Entwicklung und Fertigung der erforderlichen Halogenlampentypen war ein großer Aufwand an Forschungs- und Entwicklungsarbeit, für den die Kapazitäten in Plauen nicht ausreichten, notwendig. Durch die aktive Hilfe und Initiative der Mitarbeiter der Abteilung Forschung und Entwicklung des Stammbetriebes konnte die Zielstellung realisiert werden.²²

Um langfristig günstige Voraussetzungen für die Lösung der Aufgaben in Forschung, Entwicklung und Überleitung der Erzeugnisse, Verfahren und Technologien sowie die personellen und materiellen Bedingungen für diese Entwicklung zu schaffen, sollte ein schrittweiser Aufbau des wissenschaftlich-technischen Zentrums "Lichttechnik" als Industrie-Forschungs-Zentrum erfolgen.²³

Von der qualifizierten Vorbereitung und Realisierung von Rationalisierungsmaßnahmen durch den leistungsfähigen Stammbetrieb hängt es auch in entscheidendem Maße ab, daß Mittel und Kräfte im gesamten Kombinat konzentriert und effektiv eingesetzt werden.²⁴

Zu den im Rahmen der Kombinatsbildung vorrangig zu lösenden Aufgaben gehörte die Ausarbeitung einer Rationalisierungskonzeption für das Kombi-

nat zur Erhöhung der Effektivität der Produktion.²⁵ Einen wesentlichen Aspekt dieser Konzeption bildete die Weiterentwicklung der inneren Spezialisierung und Konzentration der Produktion mit dem Ziel der weiteren Kostensenkung. Um die Möglichkeiten zur Realisierung dieser Konzeption zu schaffen, wurde der im VEB BGW historisch gewachsene Arbeitsbereich Maschinenbau erweitert und zur Abteilung Rationalisierungsmittelbau umgestaltet. Die Basis für diese Veränderung bestand in der Einbeziehung einer Arbeitsgruppe des VEB Elektromat Dresden, die bislang die für die Lichtquellenindustrie benötigten Spezialmaschinen entwickelte und konstruierte. Damit verfügte der Stammbetrieb über leistungsfähige Voraussetzungen für die Verwirklichung der Rationalisierungskonzeption des gesamten Kombinats. Entscheidend dabei war die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit von Forschung und Entwicklung der Produktionsmittelherstellung und der Anwendung dieser Produktionsmittel im Produktionsprozeß schon in der produktionsvorbereitenden Phase im Betrieb. Diese Notwendigkeit der engeren Verbindung zwischen den Herstellern und Anwendern der Lichtquellen-spezialmaschinen hatte sich über Jahre herausgebildet und zu der Erkenntnis geführt, daß die Hersteller von Spezialmaschinen über reiche Erfahrungen in der Anwendertechnologie verfügen müssen. Denn: Spezialmaschinen und auf den Produktionsprozeß abgestimmte Rationalisierungsmittel können nur aus der Kenntnis des betrieblichen Fertigungsablaufs, aus dem Wissen um die Anforderungen, die das Erzeugnis an die Technologie stellt, "maßgeschneidert" werden. Daraus resultiert die Zweckmäßigkeit und Effektivität des Eigenbaus von Rationalisierungsmitteln.

Im Stammbetrieb war nach Gründung des Kombinats die vorhandene Maschinenkapazität fast vollständig für die Herstellung von Rationalisierungsmitteln bzw. zur Modernisierung vorhandener Ausrüstungen in den Kombinatbetrieben gebunden. Aber im VEB Glühlampenwerk Plauen sollten damals durch die Überleitung neuer Erzeugnisse 2 Maschinengruppen freigesetzt und verschrottet werden. Jedoch die Fertigungsausrüstungen für diese neuen Erzeugnisse erforderten einen hohen Investitionsaufwand und waren nur langfristig beschaffbar. Deshalb lautete die Entscheidung: Umbau der vorhandenen alten Maschinengruppen durch die Abteilung Rationalisierungsmittelbau. Auf diese Weise konnten mit niedrigstem Investitionsaufwand moderne Arbeitsmittel entstehen.²⁶

Einen weiteren Schwerpunkt der Konzeption stellte die Rationalisierung des Transport- und Lagerwesens durch die Einführung der Großbehälterpalettierung und den Anschluß an den internationalen Containerverkehr dar.²⁷

Ein weiterer Vorzug der Kombinatbildung besteht darin, daß der "relativ hohe Grad der Konzentration der Produktion im Stammbetrieb ... maßgeblich die Kontinuität des Produktionsprozesses im ganzen Kombinat" bestimmt. "Durch einen großen Anteil am Produktionsvolumen wichtiger Finalerzeugnisse des Kombinates und die Bereitstellung entscheidender Zuliefererzeugnisse für andere Kombinatbetriebe verfügt die Kombinatleitung direkt über entscheidende Kettenglieder des Reproduktionsprozesses und steuert die Produktionsplandurchführung auch der Kombinatbetriebe."²⁸ Auch im Beispiel VEB NARVA bestimmte die Leistungsfähigkeit des Stammbetriebes, sein hoher Anteil am Produktionsvolumen, die Kontinuität des Produktionsprozesses im Kombinat.

Im Kombinat werden alle volkswirtschaftlich notwendigen Lichtquellen produziert. Zulieferer für alle im Kombinat vereinigten Lichtquellenbetriebe waren einst nur der VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz (Glühsockelherstellung) und der Betriebsteil Drahtfertigung des VEB BGW; weitere wichtige Zulieferbetriebe gehörten anfangs nicht zum Kombinat. Zur Erreichung einer leistungsfähigen Wirtschaftseinheit sowie der stärkeren Sicherung der Kontinuität der Produktion war daher vom Kombinat die Einbeziehung weiterer Zulieferer in einer 2. Etappe der Kombinatbildung gefordert worden. Das betraf vor allem den VEB Spezialglaswerk Einheit Weißwasser und den VEB Leuchtstoffwerk Bad Liebenstein.²⁹

Da in beiden Werken die Zulieferungen für das Kombinat VEB NARVA nicht die Hauptproduktion darstellten, wurde die strukturelle Zuordnung dieser Betriebe nicht verändert und diese 2. Etappe der Kombinatbildung nicht realisiert. Aus diesem Grunde konzentrierte sich die Frage der Sicherung der Kontinuität des Produktionsprozesses und damit der Erhöhung der Kombinatseffektivität auf den gezielten Einsatz der Mittel für die stärkere Profilierung der Produktion. Das konnte im Gegensatz zur früheren Erzeugnisgruppenarbeit im Kombinat durch sachkundige Leitungsentscheidungen verwirklicht werden.

Als Beispiele für die Produktionsspezialisierung in den Anfangsjahren sind hier vorrangig und vor allem zu nennen die Auslagerung der Leuchtstofflampenproduktion aus dem VEB BGW in den VEB Leuchten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf (vor der Kombinatgründung Betriebsteil Brand-Erbisdorf) und die Überleitung der Starterfertigung dorthin. Hierbei erhielt der ehemalige Betriebsteil jegliche Hilfe und Unterstützung des Stammbetriebes. Damit wurden die Gedanken in die Tat umgesetzt, die der Genosse Manfred Kirchner aus dem VEB BGW in der Mitgliederversammlung der Betriebsparteiorganisation in Vorbereitung der Kombinatgründung ausgesprochen hatte. Er sagte: Unser Beitrag zur Kombinatbildung wird sein, daß wir allen Lichtquellenproduzenten unsere Erfahrungen vermitteln werden, wenn dafür das Bedürfnis vorhanden ist.³⁰

Eine weitere Maßnahme zur Spezialisierung war die Übernahme der Schwingquartzfertigung durch den VEB BGW und der beginnende umfassende Auf- und Ausbau des Halogenfertigungsprogramms im Kombinatbetrieb VEB Glühlampenwerk Plauen.

Von hohem Wert für die Entwicklung aller Kombinate ist die Tatsache, daß der Stammbetrieb über politisch und fachlich qualifizierte und erprobte Kader verfügt. "Das bezieht sich sowohl auf die Parteiorganisation, auf ihre Vorbildwirkung und Ausstrahlungskraft auf das gesamte Kombinat, die Initiative und Leistungskraft der Werktätigen als auch auf die Leitungskader."³¹ Der Prozeß der Kombinatbildung erforderte eine zielstrebige, umfassende politisch-ideologische Arbeit mit allen Werktätigen in den Kombinatbetrieben. Eine wesentliche Aufgabe der Parteileitungen in den Kombinatbetrieben war es, die Notwendigkeit und Vorteile der Bildung eines leistungsfähigen Kombinats überzeugend darzulegen.

Zur Erreichung einer einheitlichen Parteipolitik im Kombinat unter Führung der Parteileitung des Stammbetriebes war ein Parteiaktiv gebildet worden, bestehend aus erfahrenen Genossen aus allen Sphären des Re-

produktionsprozesses, Parteisekretären, Mitgliedern der Parteileitungen, Sekretären der APO u. a.

Zu den Tagungen des Parteiaktivs standen vor allem Fragen der "Sicherung der einheitlichen, auf Schwerpunkte gerichteten Parteipolitik im Kombinat, besonders auf ökonomischem und ideologischem Gebiet, der Erarbeitung von Argumentationen zu industriezweigtypischen Problemen, der einheitlichen Informationstätigkeit und des Erfahrungsaustauschs über Inhalt und Methoden der politisch-ideologischen Arbeit in den Parteiorganisationen"³² im Mittelpunkt der Diskussion.

Ein weiterer Weg zur Durchsetzung der einheitlichen Parteipolitik im Kombinat bestand in den regelmäßig durchgeführten Konsultationen und Erfahrungsaustauschen der Parteisekretäre der Betriebe.

Zu den weiteren Voraussetzungen der Kombinatbildung und Übernahme der zentralen Verantwortung durch den Stammbetrieb gehört eine "stabile Leitung durch qualifizierte Kader"³³, denn die Entwicklung der Kombinate ist in entscheidendem Maße von der Qualität der Leitungstätigkeit abhängig.

So waren zum Zeitpunkt der Kombinatgründung alle führenden Kader in mehrwöchigen Lehrgängen für sozialistische Wirtschaftsführung auf die neuen verantwortungsvollen Aufgaben vorbereitet worden.³⁴ Damit sich die im Stammbetrieb und auch in den Kombinatbetrieben vorhandenen Leitungspotenzen voll entwickeln konnten, mußte eine ständige Qualifizierung der Leitungskader erfolgen. Aus diesem Grunde wurde am 10. November 1969 die NARVA-Kombinatsakademie³⁵ gegründet. Ziel dieser kombinatsinternen Bildungseinrichtung bestand neben der Erhöhung des Niveaus der Leitungstätigkeit u. a. auch darin, das Verständnis für die Probleme des Kombinats und der einzelnen Betriebe zu erhöhen und das "Kombinatsdenken" positiv zu beeinflussen und betriebsegoistische Tendenzen zu überwinden. Die Notwendigkeit für den weitreichenden Qualifizierungsprozeß der Leitungstätigkeit war auch dadurch gegeben, daß die einzelnen Betriebe des Kombinats nach dem Prinzip der Einzelleitung durch die Betriebsleitung nach den Grundsätzen der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung geleitet wurden.³⁶ Zugleich schuf die Kombinatleitung im Prozeß der Qualifizierung der Leitungskader die Möglichkeiten für die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) im Maßstab des Kombinats als Voraussetzung für die Bewältigung der höheren Aufgaben im Leitungsprozeß. Die Bedingungen dafür waren gegeben, da der VEB BGW als erster Industriebetrieb Berlins im Jahre 1968 die Aufgabe übertragen bekam, die in der DDR produzierte Anlage Robotron 300 in Betrieb zu nehmen.³⁷

Unter Nutzung der im VEB BGW gewonnenen Erfahrungen der EDV-Einsatzvorbereitung konnten u. a. folgende Projekte in Angriff genommen werden:

Markt- und Bedarfsforschung,
Materialbuchhaltung,
technologische Vorbereitung der Produktion,
planmäßig vorbeugende Instandhaltung,
Kapazitätsplanung und -ausnutzungsplan.³⁸

Im Rahmen der wirksamen politischen Massenarbeit waren im Kombinat zur stärkeren Einflußnahme auf die Initiative und Leistungskraft der Werktätigen zahlreiche Konferenzen unter Leitung des Stammbetriebes durchgeführt worden. Stellvertretend seien hier die Arbeiterjugendkonferenz³⁹ und die Frauenkonferenz⁴⁰ vom März 1969, die Qualitätskonferenz vom Oktober 1970⁴¹ und die Bildungskonferenz vom November 1970⁴² genannt.

Zu den in der DDR aus der Kombinatbildung gewonnenen Erfahrungen gehört auch, daß die "Leitung des Kombinates ... in besonderer Weise direkt mit dem Reproduktionsprozeß verbunden" ist. "Das wirkt sich günstig auf den gesamten Stil der Leitung und auf die Gestaltung der Leitungsbeziehungen zu den Kombinatbetrieben aus. In seiner Leistungsentwicklung, der Planerfüllung, der Entwicklung der Initiative der Werktätigen muß er stets Vorbild gegenüber den anderen Kombinatbetrieben sein."⁴³ Diese Erfahrung trifft auch auf das Kombinat VEB NARVA zu.

In Abhängigkeit vom Niveau der bisher im Stammbetrieb geleisteten politisch-ideologischen Arbeit, der Qualität der Leitungstätigkeit innerhalb des Betriebes wie auch in Beziehung zu den Kombinatbetrieben, der gründlichen Information der Werktätigen und der Zusammenarbeit von Leitung und Kollektiven sowie durch das gemeinsame Handeln von staatlicher, Partei- und Gewerkschaftsleitung kann sich im Kombinatmaßstab die sozialistische Demokratie entfalten.

Insbesondere ist die Gestaltung der Leitungsbeziehungen zu den Kombinatbetrieben von dieser Entwicklung geprägt. In dem Maße wie Klarheit in den Beziehungen zwischen Kombinat, Stammbetrieb und Kombinatbetrieben hergestellt wird, wächst die Leistungsbereitschaft im Kampf um gemeinsame Ziele.

Wesentlich unterstützt wurden diese Bestrebungen durch Parteiaktivtagungen, durch regelmäßige Konsultationen und Erfahrungsaustausche der Parteisekretäre innerhalb des Kombinates und auch durch die Schaffung eines Produktionskomitees der Kombinatbelegschaft.⁴⁴ Breiten Raum nahm nach der Kombinatgründung der sozialistische Wettbewerb zur würdigen Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR ein. Zur Sicherung der allseitigen kontinuierlichen Planerfüllung galt es, im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs mit den Schrittmachern der Betriebe und den sozialistischen Kollektiven regelmäßig Erfahrungen auszutauschen, ihre Erfolge in der Arbeit mit dem Haushaltsbuch, dem System der fehlerfreien Arbeit und im Kampf um Qualitätsarbeit an jedem Arbeitsplatz auszuwerten und systematisch zu fördern.

Bereits im Oktober 1969 wurde das Kombinat VEB NARVA anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR mit dem Ehrenbanner des Zentralkomitees der SED ausgezeichnet. Der Minister für Elektrotechnik/Elektronik hob in seinem Glückwunschsreiben hervor, daß die Werktätigen des Kombinats unter Führung der Partei der Arbeiterklasse es "in hervorragender Weise verstanden, den Grundsatz 'Sozialistisch arbeiten, lernen und leben' zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Im Ergebnis dessen entwickelte sich das Kombinat zu einem zuverlässigen Partner der Volkswirtschaft mit kontinuierlicher Planerfüllung."⁴⁵

Die Kampfkraft des Kombinats VEB NARVA war im 1. Halbjahr 1970 erneut unter Beweis gestellt worden. Ausgehend vom Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 15. April 1970 über die Aufholung der Planrückstände in der gesamten Volkswirtschaft und die Schaffung von Plangleichheit bis zum 30. Juni 1970, entwickelte sich eine große Bereitschaft der Mitarbeiter des Kombinats, entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zusätzliche Arbeitsleistungen zu vollbringen. Und das, obgleich trotz vieler Erschwernisse der Plan der Warenproduktion im Kombinat VEB NARVA zum 30. April 1970 mit 1,6 Mill. M übererfüllt worden war. Dabei stiegen die Arbeitsproduktivität im 1. Quartal 1970 im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 118,4 % und die Warenproduktion auf 117,3 %.⁴⁶ Dennoch blieben einige qualitative Kennziffern, wie die Erfüllung des Exportplanes oder auch die Erfüllung der geplanten Arbeitsproduktivität mit 97,8 %, unerreicht.⁴⁷ Deshalb wurde in der Betriebszeitung vom Parteisekretär des VEB BGW betont: "Die volle Erfüllung des Planes 1970, das heißt, die tägliche, quartalsmäßige und monatliche Erfüllung in allen Teilen, in jedem Betrieb, im gesamten Kombinat nach Menge, Qualität, Sortiment, Kosten, Gewinn und Vertragstermine ist entscheidend für die Erreichung unserer ... gesteckten Ziele."⁴⁸

Um die Aufgabenstellung zu realisieren, das Wettbewerbsziel des Kombinats zum 30. Juni mit mindestens 51 % des Jahresplanes in allen Positionen zu erfüllen und dadurch Voraussetzungen für die kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität im 2. Halbjahr zu schaffen, nutzten 4900 Werk tätige aller Kombinatbetriebe zahlreiche Wochenenden, um mit Hilfe von Sonderschichten eingetretene Rückstände zu überwinden. So demonstrierten sie die Geschlossenheit des NARVA-Kollektivs im Kampf um allseitige Plangleichheit.

Der Beschluß des Politbüros zur Aufholung von Planrückständen war notwendig geworden, da sich - ausgelöst durch Produktionsausfälle und Schäden, die im Winter 1969/70 eingetreten waren - Störungen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß bemerkbar machten. Ursachen dafür bestanden u. a. in "Disproportionen zwischen der Zulieferung ... und der Endfertigung. Bei der schnellen Ausdehnung und Modernisierung des Produktionsapparates waren erhebliche Diskrepanzen zwischen dem Bedarf und dem Aufkommen an Elektroenergie entstanden. Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung behinderten die Planerfüllung ... Die Autorität des Planes ließ nach ... Die Konzentration der politischen Führung, der Leitungstätigkeit sowie der materiellen Mittel auf strukturbestimmende Zweige der Industrie brachte ohnehin die Gefahr mit sich, daß die Verbindung zu anderen Teilen der Arbeiterklasse gelockert wurde."⁴⁹

Trotz des großen Einsatzes der Werk tätigen in vielen Betrieben, wie im Kombinat VEB NARVA, mit Hilfe von Sonderschichten die volkswirtschaftliche Situation zu verbessern, konnte dennoch im Rahmen der Volkswirtschaft keine entscheidende Änderung realisiert werden.⁵⁰

4. Zu einigen Aspekten der Erhöhung der sozialökonomischen Effektivität im Kombinat VEB NARVA

Die Bildung und Entwicklung der Kombinate als moderne Organisationsform der sozialistischen Produktion haben an Bedeutung gewonnen, da die "Vertiefung der Vergesellschaftung, das heißt vor allem auch Vertiefung des Zusammenschlusses der Menschen, ihrer Beziehungen sowohl im Produktionsprozeß als auch darüber hinaus,"⁵¹ zum immanenten Bestandteil der sozialistischen Entwicklung geworden ist. Der höhere Grad der Vergesellschaftung ist zugleich unmittelbar mit einer Erhöhung der sozialökonomischen Effektivität der sozialistischen Produktion verbunden.

Durch die einheitliche Leitung ergaben sich auch für das Kombinat VEB NARVA aufgrund des gewachsenen wirtschaftlichen Potentials größere Möglichkeiten zur Realisierung sozialer Ziele, und diese führten zu einer ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei war das Kombinat unter Leitung des Stammbetriebes als ökonomische und soziale Einheit für den Umfang, das Tempo sowie Rang- und Reihenfolge der Maßnahmen in diesem Prozeß entsprechend der gesellschaftlichen Möglichkeiten und der eigenerwirtschafteten Mittel voll verantwortlich.

In dem Maße, "wie sich die Leitungen der Betriebe sowie die Betriebsparteiorganisationen über diese Verantwortung im klaren sind, werden auch die Veränderungen in den Kombinatbetrieben zur Erhöhung der Effektivität arbeitsteiliger Prozesse im Gesamtkombinat und in der gesamten Volkswirtschaft der DDR beitragen."⁵² Für das Kombinat VEB NARVA, gebildet aus Betrieben mit sehr unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, bestanden zum Zeitpunkt der Gründung sehr differenzierte Ausgangsbedingungen. Es waren modern und weniger modern ausgerüstete Betriebe mit unterschiedlichem Arbeitsproduktivitätsniveau zusammengeschlossen worden und auch Betriebe mit relativ gleichen Bedingungen, deren Leistungen differierten. Um diese Unterschiede zwischen den Kombinatbetrieben zu verringern, mußten alle Möglichkeiten genutzt werden, die sich durch die Entwicklung der ökonomischen Leistungskraft des Kombinats ergaben.

Dazu gehörten die verstärkten Einflußmöglichkeiten durch die im VEB BGW konzentrierten und im Kombinatmaßstab gewachsenen ökonomischen Potentiale in "der Forschung und Entwicklung sowie der technologischen Produktionsvorbereitung auf die Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen. In diesen Bereichen wird mit der Vorbereitung, Planung und Realisierung von Rationalisierungsprojekten weitgehend über die künftigen materiellen, zeitlichen und sozialen Bedingungen der Arbeit entschieden."⁵³ Der hiervon ausgehende Einfluß auf den zunehmenden Ausgleich der technisch-ökonomischen Unterschiede zwischen den Kombinatbetrieben war eine wichtige Voraussetzung für die Ausprägung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Betriebskollektive und der wachsenden Identifizierung der Werktätigen mit den Aufgaben des Kombinats. "Die Festigung der inneren Geschlossenheit der Kombinate ist also keineswegs ein vorrangig technisch-organisatorisches, sondern in hohem Maße auch ein sozialen Anliegen."⁵⁴

Zu den Schwerpunkten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehörte nach Kombinatbildung die Fertigstellung des Automatisierungsvorhabens

Brand-Erbisdorf zum 20. Jahrestag der DDR, das einherging mit einer Reduzierung des hohen Anteils manueller Tätigkeiten in der Produktion. Dazu gehörte aber auch die Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen durch räumliche Veränderung (z. B. Verlegung der Kunststoffpresserei im VEB Leuchten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf) oder auch durch solche Maßnahmen wie die Verbesserung der Arbeitsplatzbeleuchtung (im VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz und im VEB Glühlampenwerk Plauen).⁵⁵ Das konnte jedoch nur der Anfang sein.

Wesentliche Fortschritte waren vor allem in Auswertung der im VEB BGW gewonnenen Erfahrungen hinsichtlich der Um- bzw. Neugestaltung von Arbeitsplätzen und der Beseitigung gesundheitsschädigender Umwelteinflüsse in den kleineren Betrieben erzielt worden.

Eine weitere sozialökonomische Aufgabe, die sich durch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für das Kombinat VEB NARVA stellte, war die Erarbeitung einer lohnpolitischen Konzeption für das gesamte Kombinatkollektiv.⁵⁶ Die verstärkte Einstufung in Lohngruppen und die Entwicklung des Lohnes in direkterer Abhängigkeit von Qualifikation und Verantwortung stellten einen Anreiz zur Erhöhung der Qualifikation dar. Zu den konkreten Maßnahmen zählten u. a.:

"- Die Erarbeitung der globalen Grundsätze für eine stärkere materielle und moralische Interessierung der Forscher und Entwickler mit dem Ziel, 1970 produktionswirksamere Lohnformen für die Forschung und Entwicklung zu erarbeiten,

- Vorbereitung der experimentellen Anwendung der Grundmethodik der Arbeitsklassifizierung für die Arbeitsplätze der Fließreihen F 2000 und F 3000,

- gesonderte materielle Stimulierung von Sonderleistungen (Sonderschichten) durch die leistungsabhängige Inanspruchnahme des Lohnfonds für das Kombinat."⁵⁷

Dennoch konnten diese lohnpolitischen Veränderungen nur im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten durchgeführt werden. Eine Angleichung des Tarif- und Durchschnittslohnes innerhalb des Kombinats, wie es insbesondere von den Mitarbeitern in den angeschlossenen Kombinatbetrieben erwartet wurde, war aufgrund der tariflichen Bestimmungen nicht möglich.

Neben dem Arbeitslohn wuchs auch die Bedeutung der Prämien für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Kombinat war die Weiterentwicklung der Jahresendprämierung⁵⁸ als ein wichtiger Beitrag zur Stimulierung höchstmöglicher Arbeitsergebnisse herausgebildet worden.

Zu den Vorteilen der Kombinatbildung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gehörte auch die effektivere, rationelle Nutzung der sozialen Einrichtungen.

Bei der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen stellten sich mehrere Hauptaufgaben.

Tabelle 6

Überblick über den Tarif- und Durchschnittslohn der zukünftigen Kombinatbetriebe des Kombinat VEB NARVA - Stand 1967 und 1968 - im Vergleich zum VEB Berliner Glühlampenwerk (VEB BGW = 100 %)

Betrieb	Tarif	Ortsklasse	1967	1968
1. VEB Berliner Glühlampenwerk				
1.1. Arbeiter und Angestellte	Sondertarif		100	100
1.2. Produktions- arbeiter			100	100
2. Betriebsteil Brand-Erbisdorf				
2.1. Arbeiter und Angestellte	Allgemeiner Maschinenbau	II	98,2	102,0
2.2. Produktions- arbeiter			108,4	106,3
3. VEB Glühlampen- werk Plauen				
3.1. Arbeiter und Angestellte	Allgemeiner Maschinenbau	A	80,6	83,7
3.2. Produktions- arbeiter			81,6	84,2
4. VEB Glühlampen- werk Oberweißbach				
4.1. Arbeiter und Angestellte	IG Metall	C	78,1	77,3
4.2. Produktions- arbeiter			82,5	80,5
5. VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz				
5.1. Arbeiter und Angestellte	Allgemeiner Maschinenbau	II	86,7	87,3
5.2. Produktions- arbeiter			94,5	93,0
6. VEB Spezialglüh- lampenwerk Frauenwald				
6.1. Arbeiter und Angestellte	Chemie	B	88,5	87,6
6.2. Produktions- arbeiter			101,0	98,8
7. VEB Glimmlampen- werk Cursdorf				
7.1. Arbeiter und Angestellte	Glas und Keramik	B	93,9	91,2
7.2. Produktions- arbeiter			104,4	100,9

a) Die weitere Verbesserung der Qualität der Versorgungsleistungen, insbesondere der Betreuung der Schichtarbeiter

Als Bestandteil der Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb umfaßt die Arbeiterversorgung das Angebot von Speisen und Getränken, von anderen Konsumgütern und von Dienstleistungen innerhalb oder in unmittelbarer Umgebung des Betriebes.⁵⁹

Im Berliner Stammbetrieb war von jeher eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeiterversorgung angestrebt worden, Projekte wie die betriebs-eigene Kaufhalle konnten realisiert werden. Daher galt es nach Kombinat-gründung vor allem das Niveau der Arbeiterversorgung in den angeschlos-senen Betrieben zu erhöhen. Dazu gehörten z. B. die Übergabe des Kü-chentraktes und des Speiseraumes im VEB Leuchten- und Leuchtstofflam-penwerk Brand Erbisdorf und im VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz - Voraussetzungen zur Erhöhung des Essensortiments und für die zusätz-liche Versorgung der Belegschaft mit Erfrischungsgetränken und Obst.⁶⁰ Zugleich waren damit im Kombinatsteil Brand-Erbisdorf, in dem vor allem nach der Übernahme der Leuchtstofflampenfertigung im Zuge der Kombinatbildung die Schichtarbeit einsetzte, die Bedingungen für die ausreichende Schichtversorgung der Werkstätigen geschaffen wor-den, denn diese ist für die Gesunderhaltung und Reproduktion der Arbeits-kraft sowie die Erhaltung der Leistungsfähigkeit von besonderer Bedeu-tung.

b) Die weitere Verbesserung der Gesundheitsbetreuung

Mit Hilfe der höheren Leistungskraft des Kombinats konnte ein weiterer Ausbau der betrieblichen Einrichtungen des Gesundheitswesens erzielt werden. Dem Gesundheitswesen kommt im Betrieb eine wesentliche Be-deutung aufgrund der schnellen medizinischen Hilfe bei Unfällen ebenso wie durch die Verringerung von Wege- und Wartezeiten und die Senkung der Ausfallzeiten in der Produktion zu. Darüber hinaus gehören weitere Aufgaben wie Reihenuntersuchungen und Arbeitsplatzhygiene zur medizi-nischen und sozialen Betreuung der Werkstätigen.

Aus diesem Grunde waren dem Ausbau der medizinischen Versorgung von seiten des Kombinats besondere Aufmerksamkeit gewidmet und zahl-reiche Projekte in Angriff genommen worden. So war 1969 im VEB Leuch-ten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf eine neue Arzt-Sanitäs-stelle, einschließlich Wannenbad für medizinische Bäder, übergeben wor-den.⁶¹

c) Die Schaffung weiterer Kapazitäten für die Kinderbetreuung

Die Schaffung weiterer Kapazitäten für die Betreuung der Kinder war in einem Kombinat mit einer vorwiegend weiblichen Belegschaft (z. B. VEB BGW ca. 60 % Frauenanteil) von ganz entscheidender Bedeutung für die Arbeitskräftesituation.

Quelle zu Tabelle 6:

Berechnet auf der Grundlage: NARVA, Betriebsarchiv, Konzeption für die Bildung des Kombinates "VEB NARVA", 1968, S. 11, ohne Archivsignatur.

Für die Realisierung dieser Aufgabe war die enge Verbindung des Kombinats mit den staatlichen und gesellschaftlichen Organen im Territorium entscheidend.

Darüber hinaus konnten Initiativen des Kombinats verwirklicht werden, wie z. B. der 1970 datierte Baubeginn der kombinierten Kindereinrichtungen im VEB BGW und im VEB Leuchten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf.

d) Die Erweiterung der Kapazitäten des Erholungs- und Naherholungswesens

Für die Nutzung der Kapazitäten des Erholungs- und Naherholungswesens erschlossen sich nach Kombinatsgründung weitaus größere Möglichkeiten. Insbesondere für die Werktätigen der Kleinbetriebe verbesserten sich die Bedingungen wesentlich. Da eine Verteilung der vorhandenen Kapazitäten vor allem des Stammbetriebes für alle Kombinatmitarbeiter jedoch nicht ausreichte, war sofort mit der Schaffung neuer Ferienplätze begonnen worden. Das erste im Rahmen des Kombinats geschaffene Ferienheim in Tam-bach-Dietharz wurde im März 1969 an die Werktätigen übergeben.⁶² Es folgte die Einrichtung eines Wohnwagenkomplexes mit 70 Betten in Groß-Stresow.

5. Fazit

Wenn wir davon ausgehen, daß der Zusammenschluß von Betrieben zu Kombinaten mit dem Ziel der Herausbildung einer neuen Wirtschaftseinheit nur in einem längeren Zeitraum realisierbar ist, so erfaßt die vorangehende Darstellung zur Entwicklung des Kombinats VEB NARVA nur den Anfang dieses Prozesses.

Die Langwierigkeit dieser Entwicklung wurde besonders anhand des Prozesses zur Herausbildung des Gedankens der Kombinatszugehörigkeit spürbar. Ließen sich, wie dargestellt, anfängliche Erfolge verzeichnen, so blieb doch über längere Zeit eine zögernde Haltung der Werktätigen im Stammbetrieb und in den anderen Betrieben gegenüber dem Kombinat bestehen. Wenngleich in der Betriebszeitung "Lichtquelle" des VEB BGW nach der Kombinatsgründung zu lesen war, daß "spätestens mit dem Zeitpunkt der Kombinatsbildung die Verantwortung unserer Betriebszeitung weit über das bisherige Maß gestiegen"⁶³ ist, blieben die Möglichkeiten, über Probleme und Perspektiven in den anderen Betrieben des Kombinats und im Kombinat selbst zu informieren, so gut wie ungenutzt. Indem der Gedanke der Kombinatszugehörigkeit kaum eine Resonanz in der Betriebszeitung fand, wurden wesentliche Einflußmöglichkeiten zur Herausbildung eines einheitlichen Produzentenkollektivs im Kombinat VEB NARVA nicht im vollen Umfange genutzt.

Auf die Entwicklung des Kombinatendenkens wirkte sich eine Reihe von Erwartungshaltungen der Werktätigen in den angeschlossenen Betrieben hemmend aus. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Erarbeitung der lohnpolitischen Konzeption des Kombinats. In einigen Kombinatbetrieben bestanden Vorstellungen zur Angleichung der Durchschnittslohnentwicklung an das Niveau des Berliner Großbetriebes. Diese waren jedoch, wie bereits aufgezeigt, aufgrund der tariflichen Bestimmungen im Rahmen des Wirtschaftszweiglohngruppenkatalogs nicht zu realisieren.

Ebenso können die in den Kombinatbetrieben dringend notwendigen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen aufgrund der Begrenztheit der materiellen und finanziellen Fonds nur langfristig realisiert werden. Und obgleich zahlreiche Projekte zur Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, zur Reduzierung schwerer körperlicher Arbeit, zur Anreicherung der Arbeitsinhalte usw. realisiert wurden und zur weiteren Veränderung der Arbeitsbedingungen vor allem in den Kombinatbetrieben geführt haben, wurde von seiten des Kombinats VEB NARVA 9 Jahre nach Kombinatgründung im Jahre 1977 eingeschätzt: "Aufgrund der nicht ausreichenden Kapazität bzw. der zum Teil überalterten Bausubstanz können die Arbeitsbedingungen noch nicht überall so gestaltet werden, daß sie den Erfordernissen eines sozialistischen Betriebes entsprechen."⁶⁴ Die Lösung dieser Aufgabe ist nach der Erweiterung des Kombinats VEB NARVA am 1. Januar 1978 durch die Einbeziehung der leuchtenbauenden Betriebe der DDR nicht weniger notwendig geworden. Die Arbeitsbedingungen bestimmen bekanntermaßen die Arbeitsproduktivität, die Leistungskraft mit. Und wenn im Stammbetrieb erklärt wird: "Es ist eines unserer wichtigsten Anliegen im Berliner Glühlampenwerk, die schwächeren Betriebe an das Niveau der leistungsstarken heranzuführen"⁶⁵, dann gebührt der Verbesserung der Arbeitsbedingungen die besondere Aufmerksamkeit und Initiative aller Beteiligten.

6. Anmerkungen

- 1 Statistisches Jahrbuch der DDR, 1970, Berlin 1970, S. 105.
- 2 Ebenda.
- 3 Wissenschaftlich-technischer Fortschritt sichert hohen Leistungsanstieg. Materialien von der Beratung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler der Berliner Elektroindustrie am 18. Februar 1977, hg. v. Bezirksleitung der SED, Berlin 1977, S. 10.
- 4 Ulbricht, W., Die Konstituierung der staatlichen Organe und Probleme ihrer wissenschaftlichen Arbeitsweise. Materialien der 2. Tagung des ZK der SED, 6./7. Juli 1967, Berlin 1967, S. 46.
- 5 Siehe Berlin, 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild, Berlin 1980, S. 397.
- 6 Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Akten-Nr. 104/26.
- 7 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34659.
- 8 Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Akten-Nr. 104/26.
- 9 Industriekombinate und Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit (Autorenkollektiv), Berlin 1981, S. 22.
- 10 Keil, H./Roth, H., Arbeiter machen Geschichte. Geschichte des VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, Berlin 1980, S. 183.
- 11 Zur Vervollkommnung der Leitung, Planung und Organisation der Kombinate, Erfahrungen und Verallgemeinerungen (Autorenkollektiv), = Schriften zur sozialistischen Wirtschaftsführung, Berlin 1981, S. 8.
- 12 Braun, H.-J./Rudolph, F., Zur Stellung der Kombinate im Prozeß der sozialistischen Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit, in: Wirtschaftswissenschaft, 12/1981, S. 1416.
- 13 Ebenda.
- 14 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34 659.
- 15 Lichtquelle. Betriebszeitung der BPO der SED des VEB BGW, Nr. 14/1969.
- 16 Ebenda, Nr. 21/1968.
- 17 Ebenda, Nr. 5/1970.
- 18 Siehe Zur Vervollkommnung der Leitung ..., S. 167.
- 19 Industriekombinate ..., S. 61.
- 20 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 35 562.
- 21 Ebenda, Akten-Nr. 35 563.
- 22 Lichtquelle, Nr. 30/1969.
- 23 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 184.
- 24 Siehe Zur Vervollkommnung der Leitung ..., S. 168.
- 25 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34 659.
- 26 Ebenda, Akten-Nr. 184.
- 27 Lichtquelle, Nr. 1/1969.
- 28 Zur Vervollkommnung der Leitung ..., S. 168.
- 29 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34 659.
- 30 Lichtquelle, Nr. 21/1968.
- 31 Zur Vervollkommnung der Leitung ..., S. 169.
- 32 NARVA, Betriebsarchiv, Konzeption für die Bildung des Kombinates "VEB NARVA", 1968, S. 58 (ohne Archivsignatur).
- 33 Ebenda, Akten-Nr. 34 659.
- 34 Lichtquelle, Nr. 7/1969.
- 35 Ebenda, Nr. 1/1970.

- 36 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34 659.
37 Lichtquelle, Nr. 11/1968.
38 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 184.
39 Siehe Lichtquelle, Nr. 11/1969.
40 Siehe ebenda, Nr. 6/1969.
41 Siehe ebenda, Nr. 27/1970.
42 Siehe ebenda, Nr. 32/1970.
43 Zur Vervollkommnung der Leitung ..., S. 169.
44 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 34 659.
45 Lichtquelle, Nr. 27/1969.
46 Ebenda, Nr. 15/1970.
47 Ebenda.
48 Ebenda.
49 Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (Lehrbuch),
(Autorenkollektiv unter Leitung v. R. Badstübner), Berlin 1981, S. 288.
50 Ebenda.
51 Braun/Rudolph, S. 1412.
52 Ideologische, soziale und ökonomische Probleme der Veränderung der
arbeitsteiligen Beziehungen in den Industriekombinaten (Autorenkollektiv),
in: Wirtschaftswissenschaft, 9/1972, S. 1316 f.
53 Theorie und Praxis der Sozialpolitik in der DDR (Autorenkollektiv),
Berlin 1979, S. 66.
54 Hummel, L., Zur sozialökonomischen Entwicklung der Kombinate, in:
Sozialistische Arbeitswissenschaft, 4/1980, S. 252.
55 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 184.
56 Ebenda.
57 Ebenda.
58 Ebenda.
59 Theorie und Praxis der Sozialpolitik in der DDR, S. 289.
60 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 184.
61 Ebenda.
62 Lichtquelle, Nr. 10/1969.
63 Ebenda, Nr. 20/1969.
64 NARVA, Betriebsarchiv, Akten-Nr. 374/84.
65 Maßstäbe für die politische Arbeit im Kombinat wachsen, in: Neues
Deutschland, 16. 10. 1978.

Zu einigen Besonderheiten bei der Gründung
einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
an der Berliner Universität

von Frank Zschaler

Mit dem 8. Mai 1945, als durch die bedingungslose Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht der Kampf der Sowjetunion im Bunde mit den anderen Staaten der Antihitlerkoalition um die Beendigung des Krieges und die Befreiung der europäischen Völker vom Faschismus mit dem Sieg gekrönt wurde, eröffnete sich auch dem deutschen Volk die historische Chance einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung und einer demokratischen Staatsgewalt.¹ Die konstruktive Politik der UdSSR als Besatzungsmacht in Deutschland entsprach den vitalen Interessen des deutschen Volkes und aller friedliebenden Menschen in Europa. Ihre Verantwortung um die Erhaltung des Friedens wurde um so größer, je mehr sich, beginnend schon mit der sog. April/Juni-Krise 1945,² die Tendenz in der Politik von führenden Vertretern des amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus abzeichnete, auf die Zeit der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Faschismus eine Zeit der Konfrontation und des kalten Krieges gegen die UdSSR und das sich herausbildende sozialistische Welt-system folgen zu lassen. Viele der daraus resultierenden Probleme traten schon kurz nach dem Einzug der Truppenkontingente Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Sommer 1945 in Berlin zutage.

Seit dem 19. Mai 1945 arbeitete in Berlin der neue, antifaschistische Magistrat der Stadt Berlin, der vom sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin im Stadthaus in der Parochialstraße, dem ehemaligen Gebäude der städtischen Feuersozietät, der Öffentlichkeit vorgestellt worden war.³ Bei der Verwirklichung der verantwortungsvollen und schweren Aufgaben des Neuaufbaus konnten sich die demokratischen Selbstverwaltungsorgane im Stadthaus und in den Bezirksbürgermeistereien auf die Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der sowjetischen Stadtkommandantur für Berlin verlassen, die ihren reichen Erfahrungsschatz zur Verfügung stellten und mit wertvollen Hinweisen sowie materiellen Mitteln die Aufbauarbeit förderten. Bereits auf der ersten Sitzung würdigte der Magistrat die Hilfe, die die Sowjetarmee der deutschen Bevölkerung auf allen Gebieten gewährte. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Berlin, Karl Maron, sagte: "Das alles ist viel, viel mehr, als wir erwarten konnten, noch wegen Hitler erwarten durften. Eine solche 'Vergeltung' dürfte einzig dastehen in der Weltgeschichte."⁴

Als eine vorrangige Aufgabe stand vor dem demokratischen Magistrat unter der Leitung des parteilosen Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner die Frage nach der Neueröffnung der Universität und der Hochschulen der Stadt. Darin fand er volle Unterstützung durch die SMAD.⁵ Den Wesenszug der sowjetischen Hilfe auf diesem Gebiet hat der damalige Chef der Informationsabteilung der SMAD, Oberst Sergej Tjulpanow, formuliert: "Wir nahmen dabei immer den Standpunkt ein, daß der Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands nur dann verwirklicht werden könne, wenn wir uns auf die deutschen Kräfte selbst stützen. Das war überall unser Grundprinzip, also auch im Hochschulbereich."⁶

Zu den dringendsten Aufgaben bei der Beseitigung der geistigen und materiellen Trümmer, die 12 Jahre faschistische Diktatur hinterlassen hatten, gehörten auch "Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes an allen Schulen und Lehranstalten".⁷ So war es im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 formuliert, und solch ähnliche Forderungen enthielten auch die Gründungsaufrufe der anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien (SPD, CDU, LDPD) und des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses von Groß-Berlin. Die Umgestaltung der Hochschulen stand somit im Kontext der Maßnahmen zur Demokratisierung des Bildungswesens, die bereits 1945 unter Führung der KPD im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften verwirklicht wurden.⁸ In besonderem Maße ging es im Hochschulwesen darum, alle Möglichkeiten zu nutzen, um recht schnell Lehre, Forschung und Erziehung in den Dienst eines demokratischen Neuaufbaus der Gesellschaft stellen zu können.

Es war ein Wesenszug der Hochschulpolitik der KPD, daß sie ihre Ziele (Entnazifizierung und Demokratisierung des kulturellen und geistigen Lebens, Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Lehrkörpers, Brechung des Bildungsprivilegs der ehemals herrschenden Klassen⁹) in vertrauensvoller Zusammenarbeit und im engen Bündnis mit allen aufbauwilligen Kräften zu verwirklichen suchte. Das zeigte u. a. die erste Sitzung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien der sowjetischen Besatzungszone am 14. Juli 1945.¹⁰

Getreu dem Ziel, die Spaltung der Arbeiterklasse durch den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zu überwinden und somit eine wichtige Garantie für die Unumstößlichkeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu schaffen, arbeiteten Kommunisten und fortschrittliche Sozialdemokraten gemeinsam an der Lösung vieler wichtiger Probleme des Neuaufbaus. Es war durchaus von historischer Relevanz, daß sich KPD und SPD am 18. Oktober 1945 gemeinsam in einem Aufruf zur demokratischen Schulreform an die Öffentlichkeit wandten. Dieses bildungspolitische Programm hatte auch deshalb zukunftsweisende Bedeutung für die Hochschulen, weil in ihm prononciert eine "gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens" gefordert wurde. Wichtige Punkte waren die Reinigung der Hochschulen und Universitäten vom Ungeist des Faschismus, die Rückberufung aller emigrierten Professoren und Dozenten, der Einsatz geeigneter antifaschistischer Kräfte in Lehre und Forschung und die Beseitigung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. Im Zentrum stand die Forderung nach "wahrhaft fortschrittlichem Humanismus und kämpferischer Demokratie" an den Universitäten und Hochschulen.¹¹

Von allen Hochschulen Berlins war die Wirtschaftshochschule traditionell auf das engste mit den Interessen der Kommune verbunden. Im Jahre 1906 von der "Korporation der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft" gegründet und in einem palaisartigen Gebäude in der Spandauer Straße untergebracht, hatte diese Fachhochschule seither sowohl den Bedarf der Berliner Wirtschaft an akademisch gebildetem Fachpersonal zu decken als auch Handels- und Gewerbelehrer sowie Wirtschaftsspezialisten für den städtischen Dienst auszubilden und Weiterbildungsaufgaben zu erfüllen.¹²

Die Zeit unmittelbar nach der Beendigung der Kampfhandlungen war - wie überall in der sowjetischen Besatzungszone - von ersten Anstrengungen zur Beseitigung der Trümmer und zum Wiederingangsetzen des gesellschaftlichen Lebens geprägt. Bereits 6 Tage nach der Befreiung, am 14. Mai 1945, begannen auch Aufräumarbeiten in der Wirtschaftshochschule, deren Hauptgebäude bei dem großen Luftangriff auf Berlin am 3. Februar 1945 und bei Straßenkämpfen stark beschädigt worden war. Die beteiligten 9 Hochschullehrer und Lehrbeauftragten, 14 Angestellte und 12 Studenten berichteten über ihren Einsatz: "Erschwert wurde die Arbeit durch große zusammenhängende Steinmassen, die von der Decke herabgestürzt waren und die noch an Eisenträgern fest anhakten. Der lose Schutt wurde in Eimern mittels Eimerkette zum Fenster herausbefördert, während die schon erwähnten großen Gesteinstrümmer erst mit einem großen schweren Vorschlaghammer zerschlagen werden mußten. Die Arbeit gestaltete sich zum Teil schwierig, da durch die absplitternden Teile sich recht oft unangenehm blutende Rißwunden nicht vermeiden ließen."¹³

Professoren, Assistenten, Angestellte und Studenten kamen, falls sie nicht in den letzten Monaten des Krieges Berlin verlassen hatten, wie bisher in ihre Lehr- bzw. Arbeitsstätte, denn im Unterschied zu einigen Zweigen der Wirtschaft oder Bereichen der Infrastruktur war der Hochschulbetrieb während der Kämpfe um und in Berlin niemals völlig zum Erliegen gekommen.

Da die neuen städtischen Verwaltungsorgane bei der Fülle der anstehenden Aufgaben Zeit brauchten, um alle Fragen der rechtlichen Stellung der Wirtschaftshochschule neu zu regeln, blieben bisherige Verhältnisse, auch personelle, noch einige Wochen bestehen. So hatte die Wirtschaftshochschule bis zur Befreiung dem faschistischen Unternehmerverband, der Gauwirtschaftskammer Berlin, unterstanden; dieser wurde de jure aber erst am 27. August 1945 durch Magistratsbeschuß aufgelöst.¹⁴ Die Wirtschaftshochschule unterstand damit dem Magistrat. Das Vermögen der ehemaligen Gauwirtschaftskammer, zu dem u. a. auch die Börsenbibliothek ("Bibliothek der Gauwirtschaftskammer, der Börse und der Wirtschaftshochschule") gehörte, übernahm das städtische Finanzamt für Liegenschaften zur Verwaltung mit der Maßgabe, es einer neu zu gründenden Organisation der gewerblichen Wirtschaft Berlins, einer Industrie- und Handelskammer, zu einem gegebenen Zeitpunkt zu übertragen.¹⁵

Das relativ ungeklärte Unterstellungsverhältnis in den ersten Tagen des Neubeginns brachte es auch mit sich, daß wegen noch fehlender neuer Auflagen der Kommunalverwaltung Berlins die Angehörigen des Lehrkörpers der Wirtschaftshochschule die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes in Eigeninitiative verkündeten. In einem Schreiben vom 28. Mai 1945 teilte das Rektorat dem Magistrat/Abteilung Volksbildung und dem Berliner Poli-

zeipräsidenten mit: "Die Wirtschaftshochschule Berlin hat ihren Betrieb wieder aufgenommen ..."¹⁶ Sicher stand das Bestreben dahinter, möglichst schnell eine Normalisierung des Lebens an der Hochschule zu erreichen, aber ohne die Auseinandersetzung mit der geistigen Hinterlassenschaft des Faschismus und dessen Helfershelfern an der Wirtschaftshochschule konnte es dort keinen demokratischen Neubeginn des Lehrbetriebes geben.

Charakteristisch für die Situation war, daß der Lehrkörper der Wirtschaftshochschule 1945/46 fast ausschließlich aus bürgerlichen Ökonomen, die zum größten Teil durch den Faschismus nicht vorbelastet waren, bestand (so der erste Nachkriegsrektor Rogowsky und der zweite Nachkriegsprorektor Schneider). Hinzu kamen ehemalige relativ unbelastete Mitglieder der NSDAP (wie der erste Nachkriegsprorektor Fels und der Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre Mellerowicz). Daß sie in den antifaschistischen Neuaufbau einbezogen wurden, entsprach der Politik der KPD, ein breites Bündnis aller antifaschistischen Kräfte zu schaffen, "die volksverbundene Intelligenz auf dem Boden der humanistischen Traditionen und der demokratischen Ideale zu sammeln, sie für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zu gewinnen und noch Abseitsstehende zur loyalen Mitarbeit am demokratischen Neuaufbau zu bewegen".¹⁷ Gerade Rogowsky und Schneider, die ehemals in den Fachrichtungen Betriebs- bzw. Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule Königsberg (heute Kaliningrad - UdSSR) gearbeitet hatten, haben unbestrittene Verdienste zumindest für den organisatorischen Neuanfang erworben, aber Aktivitäten zur konsequenten Auseinandersetzung mit dem Faschismus und zum Beginn der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform gingen von ihnen bzw. dem Lehrkörper der Wirtschaftshochschule nicht aus.¹⁸

Am 15. Juni 1945 (Protokoll der 1. Sitzung) konstituierte sich beim Magistrat der Stadt Berlin ein Ausschuß für Wissenschaften (später als "Leitender Ausschuß für Wissenschaften" oder auch nur "Leitender Ausschuß" bezeichnet), dessen Aufgabe darin bestand, in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen sowie gemäß den Befehlen der SMAD und der anderen Berliner Besatzungsbehörden sowie unter Aufsicht der demokratischen Selbstverwaltungsorgane den Wiederaufbau des Berliner Hochschulwesens zu lenken und Hochschullehrer auf ihre politische Tauglichkeit für die antifaschistisch-demokratische Erziehung der Jugend zu untersuchen.¹⁹ Maßgebliche Verdienste erwarb sich hier der Stadtrat für Volksbildung und spätere Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer. Die Gründung dieses Ausschusses, in dessen Arbeitsplan unter Punkt I. 2. c. die Wirtschaftshochschule stand, war eine Antwort antifaschistischer und humanistischer Wissenschaftler auf den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, in dem die Säuberung aller öffentlichen Ämter von aktiven Mitgliedern der faschistischen Partei, die demokratische Erneuerung des Bildungswesens und die Freiheit wissenschaftlicher Forschung gefordert wurden.

Bei der Überprüfung der sich zurückmeldenden Professoren und Dozenten ging der "Leitende Ausschuß" sehr differenziert vor. Es galt, jeden Betroffenen genau kennenzulernen und festzustellen, ob er nicht - trotz ehemaliger Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen - seine Fähigkeiten ohne Gefahr für die ihm zur Erziehung anvertrauten Studen-

ten in den Dienst des demokratischen Neuaufbaus stellen konnte, da es unmöglich war, auf einen großen Teil der bürgerlichen Spezialisten zu verzichten, wenn die Lehr- und Forschungsstätten schnellstmöglich wiedereröffnet werden sollten. Darum entschied der "Leitende Ausschuß" auf einer Sitzung am 17. Juli 1945 die vorläufige Einstellung dreier Professoren der Wirtschaftshochschule (Fels, Mellerowicz, Müller-Freienfels), vorbehaltlich der jederzeit möglichen Kündigung.²⁰

Verstärkt geführt wurde die Auseinandersetzung mit allen ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen, nachdem der Zentrale Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien im November 1945 Richtlinien zur Entnazifizierung verabschiedet hatte. Der Hauptteil dieser Aufgabe wurde bis Anfang 1946 bewältigt.²¹ An der Wirtschaftshochschule zeigten sich beachtliche Veränderungen: Gab es im März 1945 bei einer Stärke des Lehrkörpers von 70 Personen 54 Mitglieder der NSDAP (76 %), so blieben 1946 nur noch 2 ehemalige und inzwischen überprüfte übrig - von 33 Mitarbeitern des Lehrkörpers.²² Die Entnazifizierung war insgesamt ein langwieriger und schwieriger, aber notwendiger Prozeß, auch wenn sich deshalb die Neueröffnung der Universitäten und Hochschulen verzögerte. Die Tätigkeit des "Leitenden Ausschusses" und der Entnazifizierungskommissionen der Universität und der Berliner Hochschulen stellte ein weiteres Mal unter Beweis, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung in eigener Verantwortung und mit Entschlossenheit von den aufbauwilligen deutschen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse errichtet wurde.

Im Sommer 1945 orientierte der Magistrat auf die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Wirtschaftshochschule zum 1. Oktober 1945.²³ Die relativ schnelle Eröffnung wurde nicht zuletzt wegen des enormen Bedarfs der beginnenden Berliner Wirtschaft an antifaschistisch eingestellten und ökonomisch gebildeten Kadern angestrebt. Hinzu kam, daß im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Schulreform die Berliner Handels- und Gewerbeschulen vor der Aufgabe standen, eine große Zahl neuer, und zwar antifaschistisch gesinnter Handels- und Gewerbelehrer einzustellen. Deren traditionelle Ausbildungsstätte war ebenfalls die Wirtschaftshochschule.

Darum wurden alle Kräfte auf die Instandsetzung des Hochschulgebäudes konzentriert, um den Eröffnungstermin des Wintersemesters 1945/46 einhalten zu können. Schon am 15. Juni 1945 erfolgte eine erste Besichtigung des Gebäudes - mit dem Ergebnis, die Rekonstruktion in drei Bauabschnitten (Sicherungsarbeiten, Rekonstruktion des Heizungssystems, Wiederherstellung des Auditorium Maximum und des Kapellenhörsaales) durchzuführen.²⁴ Für die Realisierung der Pläne sollten ein bis zwei Jahre ausreichend sein. Allerdings galt es, in der schwer zerstörten Stadt die wenigen vorhandenen Mittel konzentriert einzusetzen. Ihre Bewirtschaftung und Reglementierung erwiesen sich als unabdingbare Notwendigkeiten, um Fortschritte beim materiellen Wiederaufbau erreichen zu können. SMAD und Magistrat unterstützten das Aufbauprojekt der Wirtschaftshochschule. Otto Winzer schrieb am 22. Juni 1945 an den Leiter des Hochbauamtes der Stadt Berlin: "Die Wirtschaftshochschule muß in wenigen Wochen soweit instandgesetzt werden, um den für die Umstellung der Berliner Wirtschaft notwendigen Unterrichts- und Beratungsbetrieb wieder aufnehmen zu können. Ich bitte Sie dringend, die notwendigen Bauarbeiten schnellstens in Angriff zu nehmen. Die russische Be-

satzungsbehörde ist mit diesen Instandsetzungsarbeiten einverstanden.²⁵

Für die bauliche Instandsetzung der Wirtschaftshochschule wurden bis 12. Juni 1946 aus der Stadtkämmerei 116 000 RM zur Verfügung gestellt. Sie wurden in 5 Etappen ausgezahlt: am 18. August 1945 10 000 RM, 30 000 RM am 29. Oktober 1945, 30 000 RM am 22. Dezember 1945, 26 000 RM am 6. März 1946 und noch einmal 20 000 RM am 12. Juni 1946.²⁶ Im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Fakultätsgründung (der späteren Fakultät sollte das Gebäude der Wirtschaftshochschule übertragen werden) wurde die Summe im Juli 1946 um 180 700 RM erhöht.²⁷

Anstrengungen galten ebenfalls der Rückführung der im Krieg ausgelagerten Börsenbibliothek, die mit ihren Monographien, Lexika, Reihen und Zeitschriften zu den Bereichen Volkswirtschaft, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Sozialpolitik, Versicherungen, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsrecht, Pädagogik, Geschichte, Geographie, Landwirtschaft und Technologie die wichtigste Arbeitsgrundlage der Wirtschaftshochschule bildete.²⁸

Für das Wintersemester 1945/46 wurde ein Studienplan erarbeitet, der die traditionellen Fächer der Wirtschaftshochschule - insbesondere die Betriebswirtschaft - in den Mittelpunkt der Ausbildung stellte. Einen breiten Raum nahmen außerdem die sog. Grenzfächer ein. Darunter verstand man die für eine Handels- oder Wirtschaftshochschule charakteristische Sprachausbildung, die neben Grund- und Aufbaukursen in der Sprache auch Kenntnisse der Literatur und Geschichte, aber besonders der Wirtschaft des betreffenden Landes in größtmöglicher Breite vermittelte. Dem Erlernen der russischen Sprache räumte man innerhalb dieses Ausbildungsteils einen besonderen Platz ein; unschwer zu erkennen an der dafür veranschlagten Maximalstundenzahl im Vergleich zu den anderen Sprachen. Außerdem boten die Lehrplangestalter eine Vorlesungsreihe "Organisation und Prüfungsmethoden der sowjetischen Arbeiter- und Bauerninspektion" an.²⁹ Obwohl dieser Plan nicht verwirklicht worden ist, da der Neueröffnungstermin immer weiter hinausgeschoben wurde, kann man die Bedeutung, die die Vermittlung von Kenntnissen über den realen Sozialismus in der UdSSR an der Wirtschaftshochschule erlangen sollte, als vorwärtsweisendes Beispiel der Verbreitung antifaschistischen Gedankenguts und der Förderung der Völkerverständigung nach der eben beendeten Zeit furchtbarsten Antikommunismus' und Antisowjetismus' werten.

Mit dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD vom 15. September 1945 über die Neuaufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs der Hochschulen waren auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung der Wirtschaftshochschule geschaffen. Danach hatten alle Universitäten und Hochschulen zu gewährleisten, daß nazistische und militaristische Doktrinen in Unterricht und Erziehung keinen Platz finden und daß solche Studenten ausgebildet werden, die die Fähigkeit besitzen, die antifaschistisch-demokratischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen.³⁰ Hier ergaben sich für den Magistrat und die sowjetischen Behörden bezüglich der Wirtschaftshochschule Bedenken. Die besondere politische Situation in Berlin, aber auch antisemitische Ausfälle, die in der Beschimpfung des jüdischen Künstlers Richard Tauber durch Studenten der Wirtschaftshochschule gipfelten, führten zur Verschiebung des Neueröffnungstermins (vom ursprünglich ge-

planten 1. Oktober auf Ende Oktober, dann auf den 15. November 1945 und schließlich auf unbestimmte Zeit). Ausdruck für die politische Verwirrung unter Angehörigen des Lehrkörpers war auch die Placierung eines Bildes von Hindenburg an der Stelle des ehemaligen Hitlerbildes.³¹ Hinzu kam, daß noch keine neuen Zulassungsbestimmungen erarbeitet worden waren und daß Schwierigkeiten mit der baulichen Instandsetzung des Gebäudes auftraten. Im Dezember 1945 stellten sich die Arbeitsbedingungen in der Wirtschaftshochschule noch wie folgt dar: "Wir sind doch um unsere Bedachung sehr besorgt, da es bis in unsere Dienstzimmer durchregnet. Überhaupt ist das Arbeiten in den kalten Räumen ein Kapitel für sich. Nachdem wir einige Tage bei 3 Grad Wärme gesessen und uns sämtliche Hände und Füße erfroren haben, haben wir jetzt einen kümmerlichen eisernen Ofen bekommen, der natürlich nur seine nächste Umgebung beheizt. Aber wir sind trotzdem schon glücklich über ihn. Dazu kommt noch, daß wir seit einigen Tagen ganz ohne Strom sind und bei den meist verpappten Fenstern kaum etwas noch sehen können."³²

Bis zum Beginn des Jahres 1946 gelang es, die Arbeitsfähigkeit folgender Institute wieder herzustellen:

- I. Institute innerhalb der Wirtschaftshochschule
 - 1. Institut für Finanzwesen
 - 2. Geographisches Institut
 - 3. Physikalisch-chemisches Institut
 - 4. Berufspädagogisches Institut;
- II. Institute außerhalb der Wirtschaftshochschule
 - 1. Börsenbibliothek (noch ausgelagert, Arbeitsstab gebildet)
 - 2. Institut für Versicherungswirtschaft
 - 3. Institut für Industrielle Betriebswirtschaft
 - 4. Institut für Bürowirtschaftslehre;
- III. in loser Verbindung zur Wirtschaftshochschule
 - 1. Forschungsstelle für Handel beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit
 - 2. Berliner Hochschulinstitut für Versicherungswirtschaft.³³

Schließlich traten mit der Anwendung der neuen, demokratischen Zulassungsbestimmungen an der Wirtschaftshochschule am 1. März 1946 die Bemühungen um ihre Eröffnung in eine neue Etappe. In Fortführung der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform fixierten sie die strikte Ablehnung von Bewerbungen ehemaliger aktiver Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen; sie eröffneten Angehörigen bisher benachteiligter Klassen und Schichten, besonders der Arbeiterklasse, die Möglichkeit, eine Hochschulausbildung zu erwerben. Orientiert wurde auf die Zulassung von Bewerbern für ausgesprochene Mangelberufe wie Revisoren, Wirtschaftsprüfer sowie Handels- und Gewerbelehrer. Vorbereitungslehrgänge und Sonderkurse wurden eingerichtet.³⁴ Im Ergebnis der Arbeit des Zulassungsausschusses wurden bis Juli 1946 insgesamt 452 Direktstudenten und 262 Hörer (die an Sonderreifepfungen oder -kursen teilnehmen mußten) immatrikuliert. Mit 20 % bei den Direktstudenten und 25 % bei den Hörern war die Zahl der Arbeiterstudenten³⁵ vergleichsweise recht hoch, denn der Anteil der Arbeiter- und Bauernstudenten lag im Durchschnitt in der sowjetischen Besatzungszone bei 10,1 %.³⁶ Nicht wenige Studenten und Hö-

rer kamen, einer Tradition deutscher Handels- und Wirtschaftshochschulen entsprechend, aus der Praxis.

Mit einem Zwischensemester im Sommer 1946 nahm die Wirtschaftshochschule Berlin ihre Tätigkeit wieder auf. Parallel dazu begannen im Auftrage des Magistrats Weiterbildungslehrgänge für Betriebswirtschaftler und Handelslehrer.³⁷ Dieses Zwischensemester, im Vergleich zu anderen Universitäten und Hochschulen eine Ausnahmeerscheinung, kam als Kompromiß zugunsten der im Frühjahr an der Wirtschaftshochschule immatrikulierten Studenten zustande, denen eine Verzögerung der Wiederaufnahme des Lehrbetriebes nicht zugemutet werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt war schon entschieden, daß die Wirtschaftshochschule Berlin nur noch wenige Wochen bestehen würde.

Am 5. August 1946 fusionierte die Wirtschaftshochschule Berlin mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaften der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Alma mater.³⁸ Initiatoren dieses Schrittes waren die Universität selbst und die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, der die Universität seit ihrer Wiedereröffnung im Januar 1946 unterstand. Ausgehend von der sich abzeichnenden Bedeutung der Planwirtschaft und damit der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen selbst für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft, war dort die richtige Erkenntnis gereift, daß weder eine rechtswissenschaftliche noch eine philosophische Fakultät auf die Dauer geeignete Pflegestätten für die Wirtschaftswissenschaften sein könnten. Im Sinne einer Konzentration der Fachkräfte und der Bildungskapazitäten in Berlin schlugen die Mitglieder des Lehrkörpers des Instituts für Wirtschaftswissenschaften auf Anregung von Jürgen Kuczynski der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung vor, im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät in Berlin zu gründen. Aufgrund der Bedeutung der Betriebswirtschaftslehre für Forschung und Ausbildung sowie ihrer traditionell geachteten Stellung an der Wirtschaftshochschule wurde eine Verknüpfung von Universität und Wirtschaftshochschule gefordert. Hinzu kamen Erwägungen, daß die Weiterexistenz von zwei wirtschaftswissenschaftlichen Hochschuleinrichtungen in einer Stadt unverantwortliche Effektivitätsverluste mit sich bringen würde.³⁹ Am 20. Juli 1946 konstituierte sich, bestehend aus je zwei Vertretern der Wirtschaftshochschule und der Universität, ein Vorbereitungsausschuß zur Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Mit der Berufung der Professoren Bruno Gleitze, Jürgen Kuczynski, Bruno Rogowsky und Oswald Schneider zum Rat der Fakultät (Kernfakultät) durch den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, am 5. August 1946 wurde die Fakultätsgründung schließlich vollzogen. Die Wirtschaftshochschule Berlin hörte auf als selbständige Fachhochschule zu existieren, ohne jemals offiziell geschlossen worden zu sein.⁴⁰ Am 14. Oktober 1946 fand der Festakt zur Eröffnung der Fakultät im Haus der Deutschen Zentralverwaltungen (Leipziger Straße) statt. Als antifaschistisch-demokratische Bildungseinrichtung, die aber noch bürgerlichen Charakter trug, stellte sie sich die Aufgabe, die dringend benötigten Spezialisten für die Wiederherstellungsphase der Volkswirtschaft auszubilden.⁴¹

Diese Vorgänge tangierten sehr stark die Interessen des Berliner Magistrats, der die Wirtschaftshochschule bis zur Gründung einer Industrie-

und Handelskammer in Berlin verwalten sollte. Nicht nur der Sachwalter des Vermögens der ehemaligen Gauwirtschaftskammer beim städtischen Finanzamt für Liegenschaften, der eine Änderung der vermögensrechtlichen Stellung der Wirtschaftshochschule und der Börsenbibliothek abzuwenden suchte, sondern auch der Stadtrat für Volksbildung und Angehörige des Lehrkörpers der Wirtschaftshochschule standen einer Verbindung mit der Universität skeptisch gegenüber - jedoch aus unterschiedlichen Gründen - und waren daran interessiert, die Bande nicht unauflösbar werden zu lassen. Die Bedenken des Stadtrats resultierten vor allem aus seiner Befürchtung, an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät könnten die Berufspädagogik und der Weiterbildungsbetrieb vernachlässigt werden, und einem Teil des Lehrkörpers ging es darum, die bürgerliche Ökonomie in ihren traditionellen Strukturen, u. a. auch die Vielfalt der bisherigen "Grenzfächer", beizubehalten.⁴² Aus diesem Grunde gestalteten sich die Gespräche zwischen dem Magistrat und der Universität recht schwierig und nahmen einen längeren Zeitraum in Anspruch.

Fast zwei Monate nach der Fakultätsgründung, am 3. Oktober 1946, wurde schließlich vom Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Werner, und vom Rektor der Universität, Prof. Dr. Stroux, eine Vereinbarung über die Wirtschaftshochschule unterzeichnet. Danach blieb die Stadt Eigentümer der Immobilien der Wirtschaftshochschule und stellte diese der Universität zur Nutzung zur Verfügung. Die Universität hatte alle Aufwendungen für den Erhalt des Gebäudes zu tragen und erhielt kein Recht auf Rückerstattung bei Kündigung des Vertrages. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät verpflichtete sich, Handels- und Gewerbelehrer sowie Betriebswirte in dem vor dem Krieg üblichen Umfang auszubilden. Für die Dauer der Nutzung der Gebäude durch die Universität stellte die Wirtschaftshochschule ihren Lehrbetrieb ein. Träte allerdings der Fall ein, daß die Ausbildung von Handels- und Gewerbelehrern durch die Universität beendet würde, ginge sie ihres Nutzungsrechtes verlustig, und dann sollte die Wirtschaftshochschule ihren eigenständigen Lehr- und Forschungsbetrieb erneut aufnehmen. Sie wurde also niemals aufgelöst oder juristisch mit der Universität verbunden. Weitere Bestimmungen der Vereinbarung vom 3. Oktober 1946 galten der Börsenbibliothek.⁴³

So also ergab sich ein Sonderstatus der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät im Vergleich mit den anderen Struktureinheiten der Berliner Universität: Die Fakultät war eine durch Bedingungen - Ausbildung von Handels- und Gewerbelehrern u. a. - zeitlich limitierte Zweckvereinigung zweier Hochschuleinrichtungen unter Stabführung der Universität. Wenn dieser Umstand auch heute keine Rolle mehr spielt, da sich im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung die rechtlichen Grundlagen des Hochschulwesens der DDR gewandelt haben, bietet er doch Rückschlüsse auf den Charakter der Fakultät in den endvierziger Jahren. An ihr dominierten bis zur Einführung einer neuen Studienordnung für das wirtschaftswissenschaftliche Studium im Jahre 1950 die traditionellen Fächer der betriebswirtschaftlich orientierten Wirtschaftshochschule. Sie blieb also eine Bildungseinrichtung, an der vor allem bürgerliche Spezialisten bürgerliches Gedankengut vermittelten. Nur eine Fachrichtung, die Wirtschaftsgeschichtswissenschaft, wurde seit der Gründung der Fakultät von Jürgen Kuczynski auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus betrieben. In seinen Vorlesungen und Seminaren hatten viele Studenten zum ersten Male die Möglichkeit, sich mit dem wissenschaft-

lichen Weltbild der Arbeiterklasse vertraut zu machen, und bekamen somit die Fähigkeit vermittelt, ihre Fragen nach dem "Woher und Wohin" der Entwicklung ihrer Universität, ihrer Stadt und ihres Landes zu beantworten.

Schon wenige Wochen nach Eröffnung der Fakultät wurde die Vereinbarung zwischen Universität bzw. Wirtschaftswissenschaftlicher Fakultät und dem Magistrat einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Denn eine solche Partnerschaft konnte nur dann gedeihen, wenn beide Seiten den Zielen der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform aufgeschlossen gegenüberstanden. Das war aber seitens der Stadt vom Zeitpunkt der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den neuen Magistrat am 5. Dezember 1946, in dem reaktionäre Sozialdemokraten und Vertreter des Bürgertums über eine Mehrheit verfügten, nicht mehr gegeben. Unter Berufung auf den Vertrag wurde versucht, in die Belange der Universität hineinzuregieren und damit ihre Aufbauarbeit zu erschweren.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform gegründet worden war, bessere Möglichkeiten als die Wirtschaftshochschule bot zur effektiveren Gestaltung und grundlegenden Veränderung von Lehre, Forschung und Erziehung auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften.

In Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform vollzogen sich qualitative Veränderungen, die aber nicht ausreichend waren, um eine revolutionäre Umgestaltung im Sinne der Anwendung der marxistisch-leninistischen Methodik in den Teildisziplinen der Wirtschaftswissenschaften und der Nutzung der Erfahrungen der sowjetischen Gesellschaftswissenschaften einzuleiten. Vielmehr vollzog sich die Entwicklung vorerst noch evolutionär. So blieb die Gründung der Fakultät aus der Sicht des Abschlusses ihres Formierungsprozesses vorerst eine Investition für die Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Siehe a. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 72 - 76.
- 2 Siehe Keiderling, G., Die Berliner Krise 1948/49, Berlin 1982, S. 17 - 37.
- 3 Orlopp, J., Zusammenbruch und Aufbau Berlins 1945/46, Berlin 1947, S. 14 f.
- 4 Zit. nach Adler, H., Berlin in jenen Tagen. Berichte aus der Zeit von 1945 - 1948, Berlin 1959, S. 30.
- 5 Siehe a. Erinnerungen des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD, P. V. Zolotuchin, in: Studien zur Hochschulentwicklung, Nr. 81, Berlin 1977, S. 5 f.
- 6 Tulpanow, S., Von den Jahren des Neubeginns, in: Das Hochschulwesen, 5/1965, S. 300.
- 7 Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945 - 1956, Berlin 1965, S. 6.
- 8 Dazu s. Wandel, P., -Unsere Hochschulen des Volkes - ein Werk der Einheit der Arbeiterklasse, in: Das Hochschulwesen, 4/1966, S. 248 ff.
- 9 Dazu s. Schwertner, E./Kempke, A., Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED (1945/46 - 1966), Berlin 1967, S. 17 - 24.
- 10 Siehe dazu Uhlig, G., Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945 - 1946, in: Monumenta Paedagogica, Bd. 2, Berlin 1965, S. 51.
- 11 20 Jahre SED. Zeittafel wichtiger Beratungen und Dokumente, Berlin 1966, S. 15.
- 12 Zur Geschichte der Wirtschaftshochschule s. Schilfert, B., Die Berliner Handelshochschule - Faktoren der historischen Herausbildung und widersprüchlichen Entwicklung einer liberal-bürgerlichen Lehr-, Forschungs- und Studieneinrichtung unter den Bedingungen des deutschen Imperialismus und ihre Einordnung in das gesellschaftliche Erbe (Ms.); zur Baugeschichte des Hochschulgebäudes s. Steiner, A., Die Baugeschichte des Gebäudes der ehemaligen Handelshochschule Berlin (Ms.), Humboldt-Universität zu Berlin, Bereich Wirtschaftsgeschichte.
- 13 Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (UA der HUB), Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät - Dekanat, Nr. 1883, Bl. 475.
- 14 Siehe ebenda, Nr. 1871, Bl. 80.
- 15 Siehe ebenda.
- 16 Ebenda, Nr. 1874, o. Bl.
- 17 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 76 ff., 85
- 18 Siehe UA der HUB, Personalakten Fels, Mellerowicz, Rogowsky und Schneider, o. Bl.
- 19 Siehe ebenda, Rektorat, Nr. 78, Bl. 140.
- 20 Siehe ebenda.
- 21 Siehe Doernberg, St., Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 - 1949, Berlin 1959, S. 91 - 97.
- 22 UA der HUB, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät - Dekanat, Nr. 1872, o. Bl.
- 23 Siehe ebenda, Nr. 1874, o. Bl.
- 24 Siehe ebenda.
- 25 Ebenda.
- 26 Ebenda.

- 27 Ebenda.
- 28 Siehe ebenda, Nr. 1871, Bl. 113.
- 29 Siehe ebenda, Nr. 1862, o. Bl.
- 30 Siehe Wandel, S. 248.
- 31 Siehe UA der HUB, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät - Dekanat, Nr. 1893, Bl. 517 ff., 529 f.
- 32 Ebenda, Nr. 1874, o. Bl.
- 33 Siehe ebenda, Nr. 1862, o. Bl.
- 34 Siehe ebenda, Nr. 1866, o. Bl.
- 35 Ebenda.
- 36 Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945 - 49, (Autorenkollektiv), Berlin 1983, S. 206.
- 37 Siehe UA der HUB, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät - Dekanat, Nr. 1866, o. Bl.
- 38 Siehe ebenda, Rektorat, Nr. 325, o. Bl.
- 39 Siehe ebenda.
- 40 Siehe ebenda.
- 41 Siehe ebenda.
- 42 Siehe ebenda, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät - Dekanat, Nr. 1871, o. Bl.
- 43 Siehe ebenda, Rektorat, Nr. 325, o. Bl.

Autorenverzeichnis

- Baar, Lothar, Prof. Dr. rer. oec. et sc. phil., Ordentlicher Professor, Wissenschaftsbereich Wirtschaftsgeschichte, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Baudis, Dieter, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Falk, Waltraud, Prof. Dr. sc. oec., Ordentlicher Professor, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Habedank, Heinz, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mauter, Horst, Dr. phil., Abteilungsleiter, Märkisches Museum, Berlin.
- Narweleit, Gerhard, Dipl.-Geograph, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roesler, Jörg, Prof. Dr. sc. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Scholze, Renate, Diplom-Ökonom, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schultz, Helga, Dr. sc. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schwärzel, Renate, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Zschaler, Frank, Dr. oec., wissenschaftlicher Assistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter i. R., Berlin.

**Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945
in drei Bänden**

Band 2: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1985, 489 Seiten

122 Tabellen, 15 Abbildungen,

13 Karten, 153 Fotos

20,5 x 27,0 cm

Leinen 48, --- M

LSV: 0265

Bestellnummer: 754 213 0

Bestellwort: Produktivkraefte

6739/2

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden" geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1870 bis 1917/18) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapitel über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte - im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben - erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes "Produktivkraft" behandelt.

In Vorbereitung:

Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1986)

Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1987)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 -4